

hochschule

leipziger beiträge
zu hochschule &
wissenschaft

ost

2/01

hochschule ost. leipziger beiträge zu hochschule & wissenschaft

Herausgegeben von Peer Pasternack

Redaktion:

Sonja Brentjes, Frank Geißler, Monika Gibas,
Thomas Neie, Peer Pasternack, Georg Schuppener

Redaktionsanschrift: Red. *hochschule ost*, Universität Leipzig, PF 920, 04009 Leipzig.

Tel. (0177) 32 70 900.

E-Mail: hso@rz.uni-leipzig.de

www.uni-leipzig.de/~hso

hochschule ost ist keine Publikation der Universität Leipzig. Sie erscheint in ausschließlicher Verantwortung der Redaktion. V.i.S.d.P. ist der Herausgeber. Die veröffentlichten Beiträge geben selbstverständlich nicht in jedem Falle Meinungen der Redaktion wieder. Die Redaktion lädt zur Einsendung von Manuskripten (Ausdruck & Diskette) ein. Ein Veröffentlichungsanspruch besteht nicht.

ISSN 0944-7989

INHALT

FORUM

- Clemens Burrichter & Andreas Malycha:*
„Produktivkraft Wissenschaft“: Das Verhältnis zwischen
Wissenschaft und Politik in der SBZ/DDR..... 7
- Egon Becker:*
Die Einflussnahme der SED auf die Entwicklung der
Technischen Hochschule Magdeburg..... 27
- Klaus Kramer & Ulrich Mielke:*
Die Medizinische Akademie Magdeburg und das
Ministerium für Staatssicherheit der DDR..... 47
- Oliver Benjamin Hemmerle:*
Westdeutsche Hochschulen geheim: z.B. die Wirtschaftshochschule/
Universität Mannheim im Kalten Krieg und danach..... 61
- Manfred Bräuer & Katrin Schmidt:*
Die Ausbildung von Berufsschullehrern für Landwirtschaft
und Gartenbau in der ehemaligen DDR..... 81
- Arnulf Kutsch & Hans-Jörg Stiehler:*
Im Trend der westdeutschen Universitäten. Absolventenbefragung der
Leipziger Kommunikations- und Medienwissenschaft..... 108
- Gabriele Koch:*
Studieren mit Kind an Hochschulen in den neuen Bundesländern..... 124
- Ralf Sowitzki:*
Das Verwaltungs-Fach-Hochschul-Studium zwischen
Praxis- und Wissenschaftsbezug..... 139
- Achim Wiesner:*
Der autoritative Ratschlag. Eine mikropolitische Analyse
präsidialen Führens einer Universität..... 154
- Sigrun Nickel:*
Universitäten auf dem Weg zu Public-Profit-Organisationen?..... 167
- Peer Pasternack:*
Junioprofs, Junioren-ProfessorInnen oder
verjüngte Professorenschaft?..... 182

REAKTIONEN

Günter Wirth:

Deutsch-deutsches Berufungsgeschehen nach 1989 im Lichte
von Professurbesetzungen und Ost-West-Wissenschaftler-
Wanderungen in der SBZ und DDR (zu *hso* 1/2001)..... 189

Lutz Gilbert:

Noch einmal zu Prof. Arno Hecht (*hso* 1-2/200 und 1/2001)..... 204

BERICHTE

Wissenschaftsrat: Empfehlungen zur digitalen Informations-
versorgung durch Hochschulbibliotheken..... 207

Zehn Jahre Berufsakademie Sachsen..... 210

News zu Wissenschaft und Forschung in Mittel- und Osteuropa..... 211

DOKUMENTATION

Terrorismus und Rasterfahndung.

Reaktionen deutscher Hochschulen..... 212

PUBLIKATIONEN

Peer Pasternack:

Bibliographie: Wissenschaft und Hochschulen in Ostdeutschland
und Osteuropa von 1945 bis zur Gegenwart

1. Publikationen zu Wissenschaft & Hochschule in SBZ/DDR
 - 1.1. Nachträge: Erscheinungszeitraum 1990-1998..... 222
 - 1.2. Publikationen ab 1999..... 235
 - 1.3. Unveröffentlichte Graduierungsarbeiten..... 267
2. Publikationen zu Wissenschaft & Hochschulen in Osteuropa
 - 2.1. Nachträge: Erscheinungszeitraum 1990-1998..... 269
 - 2.2. Publikationen ab 1999..... 271

Ulrich van der Heyden: Die Afrikawissenschaften in der DDR,
Münster/Hamburg/London 1999 (*Peter Sebald*) 275

Mario Keßler: Exilerfahrung in Wissenschaft und Politik,
Köln/Weimar/Wien 2001 (*Ulrich van der Heyden*) 279

Handbuch der Universitäten und Fachhochschulen/
München 2000 (*Jürgen Werner*) 282

Hochschullehrer-Verzeichnis Band 1: Universitäten Deutschland,
Band 2: Fachhochschulen Deutschland,
München 2001 (*Jürgen Werner*) 284

St. Laske/T. Scheytt/C. Meier-Scheytt/C. O. Scharmer (Hg.): Universität
im 21. Jahrhundert (*Achim O. Eckhardt/Barbara M. Kehm*) 286

REDAKTIONELLE MITTEILUNG..... 299

Autorinnen & Autoren..... 303

„Produktivkraft Wissenschaft“

Das Verhältnis zwischen Wissenschaft und Politik in der SBZ/DDR. Ein Untersuchungsprogramm

**Clemens Burrichter
Andreas Malycha**

Berlin

1. Untersuchungsrahmen

Seit 1994 werden in einer Arbeitsgruppe unter Leitung von Clemens Burrichter (Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam) sozialwissenschaftliche Forschungen zur Wissenschaftsentwicklung, -praxis und -politik in der DDR koordiniert.

Die Forschergruppe arbeitet auf der Grundlage einer breiten Quellenbasis nach einem Untersuchungsschema, bei dem Wissenschaft als spezifisch gesellschaftliches Handlungssystem auf der personellen, institutionellen und kognitiven Ebene analysiert wird.¹ Die verschiedenen Teilanalysen verstehen sich als notwendige Schritte auf dem Weg zu einer umfassenden sozialwissenschaftlichen Geschichte der Wissenschaftsentwicklung in der SBZ und DDR.

Als Einstieg in eine Gesamtuntersuchung zur DDR-Wissenschaftsentwicklung konzentrierten wir uns zunächst auf ausgewählte

¹ Vgl. Clemens Burrichter/Gerd-Rüdiger Stephan, Zur Theorie einer Analyse der Wissenschaftsentwicklung in der DDR, in: *Utopie kreativ* November/Dezember 1996, S. 22-32.

Bereiche der zentralen wissenschaftlichen Einrichtungen. Für den Bereich der Gesellschaftswissenschaften wird von Gerd-Rüdiger Stephan das Verhältnis von Gesellschaftswissenschaften und SED-Politik in den achtziger Jahren auf der Basis von Fallstudien analysiert. Hier steht das Verhältnis von Politik und Wissenschaft in der DDR im Kontext von Reformüberlegungen für das realsozialistische System im Mittelpunkt, die sich an der Akademie für Gesellschaftswissenschaften und an der Berliner Humboldt-Universität seit Mitte der achtziger Jahre nachweisen lassen. Dabei ist zu klären, inwieweit in den Gesellschaftswissenschaften der DDR die in den achtziger Jahren spürbare gesellschaftliche Orientierungskrise reflektiert wurde und welche Reaktionen es seitens der Politik auf alternative Theorieofferten gab. Selbstverständlich ist hierbei zu berücksichtigen, daß sich der gesellschaftstheoretische Diskurs im Kontext der marxistisch-leninistischen Theorie bewegte. Unser Erkenntnisinteresse konzentriert sich auf spezifische Formen der Kreation und Diskussion von notwendigem theoretischem Wissen für die Gesellschaft durch die DDR-Gesellschaftswissenschaften.

Für den Bereich der Naturwissenschaften wird von Gerald Diesener die Entwicklung des Zentralinstituts für Genetik und Kulturpflanzenforschung der Akademie der Wissenschaften der DDR in Gatersleben über den Gesamtzeitraum seiner Existenz analysiert. Eine zentrale Zielsetzung dieses Forschungsvorhabens ist die Offenlegung des Wechselspiels personeller, institutioneller und kognitiver Faktoren innerhalb jenes sensiblen Beziehungsgefüges, das sich beim Betreiben von Wissenschaft notwendigerweise aufbaut. Ein Schwerpunkt des wissenschaftlichen Interesses liegt auf der Beantwortung der Frage, wie ein von der Politik dekretierter Paradigmawechsel am Widerstand verschiedener Wissenschaftler gescheitert ist. In einer ersten Veröffentlichung hat G. Diesener im Rahmen dieses Vorhabens die Auswirkungen des Lyssenkoismus am Beispiel des Instituts für Kulturpflanzenforschung in Gatersleben in der DDR untersucht.² Es handelte sich beim Lyssenkoismus um einen – letztlich gescheiterten – Versuch, unter Mißachtung der bislang gültigen Normen wissen-

² Vgl. Gerald Diesener, Lyssenkoismus in der DDR. Anmerkungen zum Verhältnis von Wissenschaft und Politik in der SBZ/DDR, in: *Deutschland Archiv* 6/1999, S. 953-962.

schaftlicher Praxis einen Paradigmawechsel herbeizuführen – nämlich im Kern dem „bürgerlichen“ Wissenschaftsbetrieb in der Biologie eine „proletarische“ Wissenschaft entgegenzusetzen. G. Diesener konnte in seiner Untersuchung den Nachweis führen, daß sich dank des couragierten Einsatzes einiger Wissenschaftler (Hans Stubbe, Gustav Becker) die wissenschaftliche Rationalität auch unter ungünstigen Rahmenbedingungen gegen politischen Dogmatismus durchsetzte. Die Episode des Lyssenkoismus war zweifellos wissenschaftsfeindlich, aber sie enthielt zugleich langfristig günstig nachwirkende Elemente der kognitiven Fundierung im Umgang mit der Wissenschaft in der DDR.

Seit einiger Zeit befassen wir uns mit weiter ausdifferenzierten Fragestellungen, die das Handlungssystem Wissenschaft in der DDR umfassender im Blick haben. Hierzu wird bis Ende des Jahres 2001 von Andreas Malycha eine kommentierte Dokumentation über das Verhältnis von Wissenschaft und Politik für die Jahre von 1945 bis 1961 erarbeitet. In dem nunmehr fast abgeschlossen Projekt stehen Fragen nach dem Wissenschaftsverständnis der Politiker (Fremdverständnis) und der Wissenschaftler (Selbstverständnis) im Mittelpunkt des erkenntnisleitenden Interesses.³ Anhand archivalischer Unterlagen über wissenschaftspolitische Entscheidungen zentraler Parteigremien und der Ministerien werden Wandlungen und Veränderungen im Wissenschaftsverständnis der SED-Führung, aber auch wesentliche Zäsuren in der Wissenschaftspolitik für die Jahre bis zum Mauerbau dokumentiert. Somit kann gezeigt werden, auf welche Weise und in welche Richtung in dieser frühen Phase Wissenschaft gesteuert, politisiert und ideologisiert wurde. Das Projekt umfaßt die editorische Bearbeitung der wichtigsten Dokumente aus den Archiven, Bibliotheken und Sammlungen nach quellenkritischen Methoden. Auf der Grundlage der somit gesicherten Quellenbasis sollen die bislang verfolgten Forschungsansätze für die Jahre ab 1961 konsequent weitergeführt und ein Einstieg in eine tiefere und systematischere Analyse zur Wissenschaftsgeschichte der DDR, zu weiteren Bereichen bzw. Schichten des Wissenschaftsbetriebes, seiner Organisati-

³ Vgl. Andreas Malycha, „Alle Wege führen zum dialektischen Materialismus.“ Wissenschaft und Politik in der SBZ/DDR von 1945 bis 1952, in: *Deutschland Archiv* 3/2001, S. 410-426.

onsstruktur, seiner sozio-politischen Kultur sowie seiner kognitiven Dimension vollzogen werden.

Die besondere Bedeutung von Wissenschaft und Technik ist in der bisherigen seit Anfang der neunziger Jahre expandierenden politisch und sozialwissenschaftlich orientierten DDR-Forschung nur unzureichend berücksichtigt worden. Geforscht wurde vor allem zur Entwicklung einzelner Disziplinen und personenbezogen.⁴ Eine Übersicht des Forschungsstandes hat zu der Einschätzung geführt, daß auch nach zehn Jahren intensiver DDR-Forschung noch keine übergreifende Analyse zur DDR-Wissenschaftsgeschichte, vor allem zur SED-Wissenschaftspolitik, vorliegt.⁵ Das betrifft sowohl die gesamte Breite des Themenfeldes wie den gesamten Zeitraum von 1945 bis 1990. So steht sowohl die sozialwissenschaftliche als auch die zeithistorische Forschung zur Wissenschaftsentwicklung, -praxis und -politik in der DDR trotz zahlreicher Einzelstudien bislang erst am Anfang. Im Hinblick auf die uneingeschränkt zur Verfügung stehenden Quellen zur DDR-Geschichte erscheint es überfällig, ein gravierendes Defizit in der Zeitgeschichtsforschung auszugleichen und mit einer übergreifenden Darstellung zum Verhältnis von Wissenschaft und Politik zu beginnen. Dieses Vorgehen kann zwar keine Analyse wissenschaftlicher Forschungsergebnisse und -methoden einzelner natur- und geisteswissenschaftlicher Disziplinen ersetzen, jedoch weitere allgemeine wie spezielle Untersuchungen zur Wissenschaftsgeschichte und Wissenschaftspolitik in der DDR anregen.

⁴ Vgl. insbesondere die bislang erschienenen Sammelbände zu verschiedenen disziplinären Entwicklungen: Jürgen Kocka/Renate Mayntz (Hrsg.), *Wissenschaft und Wiedervereinigung. Disziplinen im Umbruch. Interdisziplinäre Arbeitsgruppe Wissenschaften und Wiedervereinigung*, Berlin 1998; Karin Weisemann/Peter Kröner/Richard Toellner (Hrsg.), *Wissenschaft und Politik – Genetik und Humangenetik in der DDR (1949-1989)*, Münster 1997; Dieter Hoffmann/Kristie Macrakis (Hrsg.), *Naturwissenschaft und Technik in der DDR*, Berlin 1997.

⁵ Vgl. Peer Pasternack, *Hochschule & Wissenschaft in SBZ/DDR/Ostdeutschland 1945-1995. Annotierte Bibliographie für den Erscheinungszeitraum 1990-1998 (=Studien des Instituts für Hochschulforschung Wittenberg an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg)*, Weinheim 1999.

2. Periodisierung

Die Untersuchung eines vierzig Jahre währenden Verhältnisses zwischen Wissenschaft und Politik in der DDR läßt es sinnvoll erscheinen, eine Phaseneinteilung bzw. eine Periodisierung vorzunehmen. Der Zeitabschnitt von 1945 bis 1961 kann im Ergebnis des bisherigen Quellenstudiums als Rekonstruktions- und Konstituierungsperiode im Bereich der Wissenschaft an den Universitäten, Hochschulen und akademischen Einrichtungen bezeichnet werden, wobei innerhalb dieses Zeitraums das Jahr 1951 aufgrund verstärkter Versuche zur Politisierung der Wissenschaft einen deutlichen Einschnitt markiert. Die Politik gegenüber der Wissenschaft war zunächst auf die Personalpolitik fixiert. Man versuchte mit allen verfügbaren machtpolitischen Möglichkeiten und mit vorerst mangelhaftem Erfolg, der SED nahestehende Wissenschaftler an den Universitäten und deren Gremien zu plazieren.⁶ In dieser frühen Phase fanden erste institutionelle Korrekturen in der Lehre statt; hinsichtlich der Forschung war die Politik der SED noch von einem eher „bürgerlichen“ Wissenschaftsverständnis bestimmt, das sich vom Theorienpluralismus leiten läßt.

In den sechziger Jahren ist eine Konsolidierungsphase zu erkennen, in der für die Wissenschaften – vor allem auf der institutionellen Ebene – gravierende Zäsuren verordnet worden sind. Mit der dritten Hochschulreform 1967, der Akademiereform 1968 und der Reform der Industrieforschung 1969 wurde ein völlig neues Wissenschaftssystem etabliert. Die Wissenschaftspolitik nahm im strategischen Konzept der SED nunmehr einen deutlich höheren Stellenwert ein. Es waren zunächst paradigmatische Einschnitte auf der institutionellen Ebene, die von machtpolitisch dekretierten Forderungen nach einer allgemein verbindlichen „marxistisch-leninistischen“ Wissenschaft flankiert wurden. In diesem Kontext standen auch die als Handlungsanleitung erarbeiteten Konzepte über die „Produktivkraft Wissen-

⁶ Vgl. John Connelly, *Creating the Socialist Elite: Communist Higher Education Policies in the Czech Lands, East Germany and Poland, 1945-1954*, Cambridge/Mass. 1994; Ralph Jessen, *Akademische Elite und kommunistische Diktatur. Die ost-deutsche Hochschullehrerschaft in der Ulbricht-Ära. Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft*, hrsg. v. Helmut Berding/Jürgen Kocka/Hans-Peter Ullmann/Hans-Ulrich Wehler, Göttingen 1999.

schaft“ und die „wissenschaftlich-technische Revolution“.⁷ Die totalitär intendierte Politik versuchte auf der kognitiven Ebene die Wissenschaft zu steuern, zu politisieren und zu ideologisieren – jedoch in unterschiedlicher Ausprägung in den Gesellschafts- und Naturwissenschaften.

Dieser Periode folgte seit Anfang der siebziger Jahre die Krisenphase, in der sich im Verlauf der achtziger Jahre eine gesamtgesellschaftliche Orientierungskrise herausbildete. Mit dem zunehmenden Wirksamwerden der Verwissenschaftlichung und Technologisierung entstanden normative Herausforderungen für die Theorie des Marxismus-Leninismus, die von der Parteiführung allerdings weitgehend dogmatisch ignoriert wurden. Diese sich wandelnde und verschärfende Krisenentwicklung wurde in den DDR-Wissenschaften teilweise durchaus erkannt und auch gesellschaftstheoretisch – wenn auch oft nur partiell – reflektiert. Diese Phase war von einer eigentümlichen Spannung zwischen gesellschaftstheoretischem Krisenbewußtsein in den Wissenschaften und dem festgefügteten Politik- und Wissenschaftsverständnis der SED-Führung gekennzeichnet.

3. Methodologische Prämissen

Spätestens seit Max Weber wissen wir, daß der Erkenntnisgegenstand der Gesellschaftswissenschaften die Gesellschaft als komplizierter und komplexer Handlungszusammenhang ist, schließlich konstituiert sich Gesellschaft eigentlich über das Handeln ihrer Mitglieder. Über das wissenschaftliche Handeln bringt der Wissenschaftler sich in die Gesellschaft ein. Dieser methodologische Grundtatbestand ist in der rezenten Zeitgeschichtsforschung fast durchweg unberücksichtigt geblieben, da die spektakuläre Ereignisgeschichte – ausgerichtet auf Personen und Institutionen in geschichtspolitischer Absicht – im Vordergrund stand.

Wissenschaft – verstanden als ein primäres Handlungssystem im arbeitsteiligen Funktionsgefüge der Gesamtgesellschaft – entwickelt sich entsprechend den normativen Vorgaben des wissenschaftsinter-

⁷ Vgl. Hans Ladens/Clemens Burrichter (Hrsg.), *Produktivkraft Wissenschaft. Sozialistische Sozialwissenschaften in der DDR*, Hamburg 1970.

nen Handlungskodex einerseits und den gesellschaftlichen (externen) Rahmenbedingungen andererseits. Unterschiedliche Gesellschaftssysteme – allemal antagonistische wie in Deutschland über mehr als eine Generation – bewirken das Entstehen von jeweils zumindest anderen Wissenschaftssystemen, was seit 1990 in den einseitig geprägten Vereinigungsbestrebungen besonders manifest, allerdings auch weniger verstanden wurde. Das gesellschaftlich und zugleich auch politisch mehr oder weniger akzeptierte Autonomieprinzip – bei aller Relativität ein Konstituens von Wissenschaft – sicherte diesen ein bestimmtes Maß an Autonomie zu, das zweifellos einem ständigen Aushandlungsprozeß unterworfen war. Der gesellschaftstheoretische Charakter (demokratisch/föderal oder zentral/dirigistisch) bestimmte mithin Grad und Maß der jeweils zugestandenen Autonomie. Totalitarismustheoretische Betrachtungen über die Wissenschaften in der DDR setzten den politischen Zugriff auf diese a priori total und erklärten sie, abgesehen von einigen „Nischen“ und Refugien, faktisch zu Nichtwissenschaften („geistige Wüste“).

Richtiger ist unserer Ansicht nach wohl: Eine vom totalitären Anspruch der Politik geprägte Gesellschaft tendiert sui generis dahin, diese schon relative Autonomie von Wissenschaft immer weiter zu relativieren und sie zu instrumentalisieren. Die damit aufkommenden potentiellen Konflikte wurden zumeist durch Anpassung bei den Wissenschaftlern neutralisiert. An ihre Grenzen stößt eine solche Politik da, wo die nach den Kriterien der Wissenschaftlichkeit verfahrenende Produktion neuen Wissens verunmöglicht wird. Daß es von seiten der SED-Eliten solche Versuche gegeben hat, kann schwerlich, insbesondere für die Gesellschaftswissenschaften, bestritten werden. Wie erfolgreich oder weniger erfolgreich diese Versuche waren, läßt sich allein durch

- a) die kritische Prüfung der vorgelegten wissenschaftlichen Ergebnisse (kognitive Evaluierung) und
- b) die analytische Rekonstruktion des Entstehungsprozesses dieser Ergebnisse feststellen und bewerten.

Diesen methodologischen Überlegungen liegt die handlungstheoretische Annahme zugrunde, daß Wissenschaft als Prozeß – und nicht nur als Produkt – zu sehen ist und daß dieser Handlungsprozeß analytisch nur dann hinreichend erfaßt wird, wenn er wissenschaftliches Handeln

1. auf der personalen Ebene,

2. auf der institutionalen Ebene und

3. auf der kognitiven Ebene

systematisch untersucht. Denn Wissenschaft ereignet sich dort, wo entsprechend qualifizierte Akteure mit einem bestimmten Rollen-selbstverständnis als Wissenschaftler in wissenschaftsförmigen Institutionen nach intersubjektiv kontrollierbaren Methoden neues Wissen produzieren.

Unser erkenntnisleitendes Interesse an der Wissenschaftsentwicklung in der DDR orientiert unsere Archivstudien insbesondere auf das Verhältnis von Wissenschaft und Politik. Für den handlungstheoretischen Untersuchungsansatz bedeutet das:

Auf der personellen Ebene sind die Biographien der Akteure in der Politik und in den Wissenschaften daraufhin zu sichten, welches Wissenschaftsverständnis die Interaktionen prägte, und parallel dazu, welches Politikverständnis sie einbrachten. Eine reibungslose und effiziente Interaktion zwischen ihnen kommt nur dann zustande, wenn Selbst- und Fremdverständnis korrespondieren.

Fred Oelbner, Anton Ackermann und auch Otto Grotewohl agierten – das zeigen die Archivstudien – in der Frühphase der SBZ/DDR mit einem „bürgerlichen“ Wissenschaftsverständnis (Fremdverständnis), das sehr wohl mit dem (Rollen-) Selbstverständnis der Wissenschaftler korrespondierte. Das änderte sich zu Beginn der fünfziger Jahre. Von der Politik wurde vor dem Hintergrund und als integrierter Bestandteil des sich entwickelnden und gewollten antagonistischen Gesellschaftssystems jetzt eine „marxistische Wissenschaft“ als die alleingültige theoretische Basis der wissenschaftlichen Produktion ultimativ gefordert. Diese dogmatische Forderung kollidierte mit dem tradierten Selbstverständnis der Wissenschaftler – übrigens auch bei SED-Mitgliedern unter ihnen – und führte zu z.T. heftigen Diskussionen und scharfen Kontroversen. Dies sind allerdings die ersten Anzeichen für einen Wandel im Wissenschaftsverständnis, wobei sich schon bald zeigte, daß die „Lernfähigkeit“ allein von den Wissenschaftlern erwartet wurde und diese Erwartung – wenn auch zähneknirschend – angenommen wurde. Es war dies auch die Zeit, in der die Abwanderung von Wissenschaftler in die Bundesrepublik verstärkt einsetzte.

Anfang der siebziger Jahre vollzog sich in den DDR-Wissenschaften ein allmählicher Generationenwechsel. Auch in leitende Positionen rückten Nachwuchswissenschaftler, die ihre gesellschaftliche und berufliche Sozialisation in der DDR erfahren hatten. Unsere Hypothese ist, daß damit ein modifiziertes Wissenschaftsverständnis („Parteilichkeit“) entstand. Es war dies gleichzeitig auch die Phase, in der die Politik den hohen Stellenwert der Wissenschaften vor allem für die ökonomische Entwicklung der DDR erkannte („Wissenschaftlich-technische Revolution“, „Produktivkraft Wissenschaft“). In dieser Zeit vollzieht sich auch ein wissenschaftspolitischer Paradigmawechsel in der SED, insofern die anfängliche Strategie gegenüber den Wissenschaften, sie in erster Linie als gehobene Lehranstalt bzw. als idealen Transmissionsriemen für die Ideologie zu sehen, aufgegeben wurde. Während bis zu dieser Zeit die Forschung nur einen eher marginalen Stellenwert in der Wissenschaftspolitik der Parteispitze hatte, rückte sie nun ins Zentrum des politischen Interesses. Politisierung und Instrumentalisierung wurden zur politischen Generalstrategie. Wir wollen herausfinden, wie unter den veränderten Bedingungen die Wissensproduktion verlief und welche Ergebnisse sie erbrachte. Dabei könnte uns eine Wissenschaftlertypologie weiterhelfen, die im Verlauf der konkreten Untersuchungen zu erarbeiten ist. Als Ausgangspunkt hierfür dienen folgende Überlegungen:

1. Unbeschadet einer Fülle von informell-persönlichen Kontakten zwischen Wissenschaftlern und Politikern wurde das (Spannungs)Verhältnis zwischen ihnen vornehmlich auf der institutionellen Gremienebene ausgetragen. Das strategische Konzept der SED-Führung gegenüber den Wissenschaften auf dieser Ebene bestand insbesondere darin, in das zunächst tradierte, später systemkonform korrigierte Institutionengefüge der Wissenschaften neue, machtpolitisch ausgestattete politische Instanzen zu implantieren, die den unmittelbaren Zugriff ermöglichen sollten. Insbesondere die nicht systemkonformen Wissenschaftler sollten durch die Rahmenbedingungen des neuen institutionellen Korsetts anpassungsbereit gemacht werden. Alle Reformkonzepte waren nun dadurch gekennzeichnet, daß das „bürgerliche“ System von Autonomie und Selbstbestimmung aufgelöst werden sollte. In diesem Sinne wurden u.a. folgende Institutionen etabliert: Hochschu-

lausschuß, Sekretariate der SED, hauptamtliche Parteisekretäre, Apparate der Massenorganisationen (FDJ, FDGB) usw.

Stellt man zudem noch eine machtpolitische Hierarchie der Institutionen in Rechnung, so ist das Auftreten bestimmter Akteure im Dialog/Monolog zwischen Wissenschaft und Politik entsprechend unterschiedlich zu gewichten (SED-Politbüro, ZK-Abteilung Wissenschaft, Ministerium für Wissenschaft und Technik, Ministerium für Hoch- und Fachschulwesen usw.).

2. Gesellschaftliche Interaktionen sind i.d.R. keine allein persönlichen Aktivitäten. Personen werden im institutionellen Verbund (formell oder informell) aktiv, um damit ein bestimmtes Gruppenziel zu erreichen. Das von den Wissenschaften angestrebte Ziel ist die Produktion neuen Wissens. Damit ist die kognitive Handlungsebene angesprochen. Hier liegen die funktionalen Unterschiede zu anderen gesellschaftlichen Teilsystemen. Es erscheint von daher notwendig, die noch sehr allgemeine Rede von der Kreation neuen Wissens zu präzisieren und zu differenzieren. Ausgehend von der Handlungs- oder auch Problemtheorie und dabei Wissenschaft als eine gesellschaftliche Problemlösungsinstanz begreifend unterscheiden wir zwischen

- a) Orientierungswissen,
- b) Strategiewissen,
- c) Ressourcenwissen.

Auf die Handlungsebene übertragen bedeutet dies:

- a) die Orientierungsfrage lautet: Was soll erreicht werden?
- b) die Strategiefrage lautet: Wie will ich das erreichen?
- c) die Ressourcenfrage lautet: Womit – mit welchen Mitteln will ich es erreichen?

Wenn die Wissenschaften handlungstheoretisch als gesellschaftliche Problemlösungsinstanz verstanden werden, stellt sich an dieser Stelle nun die Frage nach dem gesellschaftlichen Problemlösungsbedarf. Wir konzentrieren uns im Folgenden auf den wesentlichen Aspekt der gesellschaftlichen Entwicklung: von der Industriegesellschaft zur Technologiegesellschaft – damals war schon eine Weiterentwicklung des marxistischen Paradigmas angezeigt.

Seit Mitte der sechziger Jahre und mit der WTR-Diskussion stellten sich auch für die DDR tiefgreifende Orientierungsprobleme: Es stan-

den grundlegende gesellschaftstheoretische Fragen an. Inzwischen hatte jedoch die Politik das Theoriemonopol uneingeschränkt übernommen, was in den vierziger Jahren noch nicht der Fall war, und auch in den fünfziger Jahren wurde noch von Fall zu Fall eine Diskussion zugelassen (Fritz Behrens/Arne Benary). Theoretische Probleme wurden nun durch die Politik verbindlich entschieden. Den Gesellschaftstheoretikern wurde die Aufgabe angetragen, die vorgegebene Theorie auf dem gleichen paradigmatischen Niveau allein weiter zu präzisieren und zu differenzieren, ohne allerdings den Kern des Paradigmas zu verändern. Paradigmatische Grenzüberschreitungen wurden – oft entwürdigend – streng geahndet. Die langjährigen Kontroversen z.B. zum Thema „Produktivkraft Wissenschaft“ belegen dies; obgleich schon in den fünfziger Jahren aus den Wissenschaften (Gerhard Kosel) begründete Hinweise auf theoretische Antinomien vorgetragen wurden.

Wir bezeichnen diese politisch verkürzte Theoriediskussion als horizontale Theorieproduktion. Die Situation hätte dagegen eine vertikale Paradigmaentwicklung verlangt. Hätte die Politik dem entsprochen, wenn also den Gesellschaftstheoretikern eine offene Paradigma Diskussion („schöpferische Weiterentwicklung“) zugestanden worden wäre, wäre damit ein Essential des sowjetischen Sozialismusmodells infrage gestellt worden: die „führende Rolle“ der SED.

4. Forschungsziele

Im Rahmen unserer Untersuchungen über das Verhältnis zwischen Wissenschaft und Politik werden insbesondere die Determinanten und Merkmale des leitenden Wissenschaftsverständnisses in der SBZ/DDR einer analytischen Betrachtung unterzogen. Hinsichtlich der dominanten Merkmale des Wissenschaftsverständnisses werden Vorgänge und Entscheidungen auf der obersten Ebene der Machthierarchie analysiert. Die Auswertung der Quellen erfolgt unter dem Gesichtspunkt der Meinungsbildung im obersten Führungsgremium der SED sowie in den entsprechenden Fachgremien des Ministeriums für Volksbildung bzw. des Ministeriums für Hoch- und Fachschulwesen und steht unter der generellen Fragestellung: Unter welchen Prämissen vollzog sich der Prozeß der Meinungsbildung über die Inhalte der

Wissenschaftspolitik, und auf welche Weise läßt sich ein Wandel im Wissenschaftsverständnis nachweisen?

Es geht also generell um die Frage, mit welcher Absicht, auf welche Weise und in welche Richtung Wissenschaft insbesondere seit Anfang der fünfziger Jahre gesteuert, politisiert und ideologisiert wurde, aber auch welche Freiräume den Wissenschaften zugestanden wurden. Dabei sollen grundsätzliche Beschlüsse und Aussagen der zentralen SED-Führungsgremien, strategische Materialien der zuständigen ZK-Abteilung Wissenschaft der SED in Verbindung mit Führungs- und Anleitungunterlagen staatlicher Einrichtungen inhaltliche Schwerpunkte der Wissenschaftspolitik und des jeweils dominierenden Wissenschaftsverständnisses sowie personelle und institutionelle Kontinuitäten und Brüche deutlich machen.

Im Lauf der fünfziger Jahre erkannte die SED-Führung die überragende Bedeutung der Wissenschaft als Ressource für die wirtschaftliche Entwicklung der DDR. Mit den ersten Formen der Wissenschaftsplanung begann die Ideologisierung von Wissenschaft, denn aufgabenbezogene Forschung hatte sich in der DDR nicht nur nach wirtschaftlichen Bedürfnissen, sondern auch nach wechselnden politischen Kriterien zu orientieren. Ein wesentliches erkenntnisleitendes Interesse unserer Untersuchungen besteht daher darin herauszuarbeiten, durch welche Mechanismen und auf welchen Ebenen Wirtschaftspläne wissenschaftsrelevante Probleme bestimmten. Seit dem Mauerbau 1961 verfügten Parteispitze und Ministerien über verbesserte Bedingungen, ihr von den wirtschaftlichen und politischen Interessen dominiertes Wissenschaftskonzept umzusetzen. Somit wird die Frage aufgegriffen, auf welche Weise und mit welcher Intensität die Natur- und Technikwissenschaften auf wirtschaftspolitische Bedürfnisse ausgerichtet wurden und welche Rolle dabei die Wissenschaftsplanung (Planaufstellungsverfahren) spielte. Insbesondere gilt es zu klären, mit welchen Prämissen die Forschungspläne wissenschaftliche Themenfelder, Prioritäten und Relevanzkriterien festlegten.

Auf der anderen Seite setzte der ZK-Apparat alles daran, die Umwandlung der Geisteswissenschaften als Faktor zur Bildung sozialistischen Bewußtseins zu einem gewissen Abschluß zu bringen. Daraus leitet sich die Aufgabe ab, die Funktion der Gesellschaftswissenschaften im Prozeß der gesamtgesellschaftlichen Umgestaltungskonzepte zu analysieren. Zum Komplex der verstärkten Steuerungsmaßnahmen

gen gehörte vor allem die Absicht, wissenschaftliche Erkenntnisprozesse im geisteswissenschaftlichen Bereich direkt oder indirekt maßgeblich zu beeinflussen.⁸ Im Bereich der Gesellschaftswissenschaften werden also die Versuche der SED-Führung thematisiert, erkenntnistheoretische Prämissen (Wahrheitskriterien, Merkmale der Parteilichkeit) sowie methodische Standards zu definieren und Grundsatzdebatten (Logik-Diskussion, Hegel-Diskussion, Diskussion über den Materiebegriff) in Gang zu setzen.⁹

Auch auf dem naturwissenschaftlichen Feld versuchte die SED-Führung Theoriebildung und wissenschaftliche Forschungsleistungen zu steuern, indem sie Fragestellungen, Kategorien, Hypothesen, Erkenntnisse und Ergebnisse privilegierte oder aber sanktionierte (Diskussionen um die Kybernetik und Quantentheorie).¹⁰ Ein Hauptanliegen unserer Untersuchungen besteht also darin, die komplexen Zusammenhänge, Ursachen und Folgen des sich herausbildenden dirigistischen Wissenschaftsverständnisses in der Politik der Staatspartei herauszuarbeiten.

Damit eng verbunden ist die Frage nach der Realisierung wissenschaftlicher Eigeninteressen unter sich herausbildenden diktatorischen oder totalitären Herrschaftsbedingungen. Die politischen Zugriffsversuche der Politik fanden dort ihre Grenzen, wo im wissenschaftlichen Selbstverständnis der Akteure die gesellschaftliche Verantwortung mit dogmatischen politischen Erwartungen in Widerspruch geriet und dieser thematisiert wurde.¹¹ Indem dieses Spannungsverhältnis analysiert wird, kann auch zur Beantwortung der Frage beigetragen werden, ob es sich bei der DDR tatsächlich um eine Gesellschaft handelte, in der sich das Verhältnis zwischen Wissenschaft und Politik lediglich als ein Verhältnis von Herrschaft und Un-

⁸ Vgl. Eckart Förtsch, Wissenschafts- und Technologiepolitik in der DDR, in: Naturwissenschaft und Technik in der DDR, S. 17-33.

⁹ Vgl. Clemens Burrichter (Hrsg.), Ein kurzer Frühling der Philosophie. DDR-Philosophie in der „Aufbauphase“, Paderborn 1984.

¹⁰ Vgl. Mitchell G. Ash, Wissenschaft, Politik und Modernität in der DDR – Ansätze zu einer Neubetrachtung, in: Wissenschaft und Politik – Genetik und Humangenetik in der DDR, S. 1-25.

¹¹ Vgl. Jürgen Kocka, Wissenschaft und Politik in der DDR, in: Wissenschaft und Wiedervereinigung, S. 435-459.

terwerfung beschreiben läßt. Zu fragen ist, ob es trotz Steuerungsdominanz der Politik und einem hohen Maß an Politisierung von Wissenschaft Bereiche und Elemente der wissenschaftlichen Selbstorganisation und der relativen Autonomie gab. Wo lagen die Grenzen der politischen Beeinflussung, Steuerung und Durchdringung der Wissenschaft? Mithin geht es also auch darum, die Grenzen des Anspruchs einer diktatorischen Durchdringung und Beherrschung der Gesellschaft aufzuzeigen.

5. Quellen

Seit 1990 stehen der zeitgeschichtlichen Forschung die archivalischen Hinterlassenschaften der DDR ohne Verhängung der sonst üblichen Sperrfristen zur Verfügung. Damit ist für den Forschungsgegenstand DDR eine einmalige Situation geschaffen worden. Das Archivgut des Zentralen Staatsarchivs der DDR sowie die Akten der zentralen staatlichen Organe gingen durch die in einer Anlage des Einigungsvertrages verfügte Neufassung des Bundesarchivgesetzes in das Eigentum des Bundes über.

Die Auswertung der vielfältigen archivalischen Quellen stellt die wichtigste Grundlage für die von uns vorgenommene Analyse des Verhältnisses von Politik und Wissenschaft sowie der Erkenntnisprodukte der DDR-Wissenschaft dar. Die Untersuchungen konzentrieren sich auf Materialien ganz unterschiedlicher Gattungen:

a) *Zentrales Parteiarchiv der SED in der Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv in Berlin-Lichterfelde*

Wissenschaftspolitik – und das ist keine grundlegend neue Erkenntnis – wurde vor allem in den speziellen Apparaten der Parteizentrale in Berlin entwickelt. Hier wurden die ersten Weichenstellungen vorbereitet, die Länderministerien bzw. Abteilungen der Bezirksräte in Gestalt von Verordnungen und Gesetzen umzusetzen hatte. Bei den Beständen der Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv steht die Abteilung Wissenschaft des ZK der SED bzw. das Büro Hager im Mittelpunkt. Der Bestand enthält zahlreiche Beschlussvorlagen, Schriftwechsel, Entwürfe für institutionelle Neugründungen bzw.

Umstrukturierungen im Hochschul- und Wissenschaftsbetrieb, strategische Materialien für die Hochschulpolitik, vorbereitende Materialien für Politbüro- bzw. Sekretariatssitzungen. Diese Bestände dokumentieren grundlegende Entscheidungen in der Wissenschafts-, Hochschul- und Intelligenzpolitik der SED. Einen besonderen Platz nehmen dabei – gemäß dem Selbstverständnis der Partei als Führungskraft – Direktiven für die Arbeit der Parteiorganisationen an den Universitäten und Hochschulen ein.

In dieser Stiftung bilden weiterhin Nachlässe bzw. Ablagen von SED-Funktionären einen besonderen Schwerpunkt, die im engeren Führungszirkel für Wissenschaft, Universitäten und Hochschulen innerhalb der Ressortverteilung im Parteiapparat Verantwortung trugen. Es hat sich gezeigt, daß insbesondere die Nachlässe von Anton Ackermann, Fred Oelbner, Otto Grotewohl und Walter Ulbricht zahlreiche Materialien enthalten, die für unseren Forschungsansatz unverzichtbar sind. Besonders Ulbricht und Ackermann waren nicht nur bei der Erarbeitung von Parteidirektiven maßgeblich verantwortlich, sondern brachten vielfach auch eigene Überlegungen und konzeptionelle Vorstellungen in den Entscheidungsfindungsprozeß ein.

b) *Bundesarchiv, Abteilung DDR in Berlin-Lichterfelde*

Eine zweite wesentliche Grundlage unserer Untersuchungen bilden die Bestände der Abteilung DDR des Bundesarchivs. Die Unterlagen des ehemaligen Staatsarchivs Potsdam befinden sich seit 1996 im Bestand des Bundesarchivs in Berlin-Lichterfelde. Die relevanten Quellen sind hier sehr breit gestreut. Im Bundesarchiv werden Unterlagen staatlicher Verwaltungseinrichtungen und der betreffenden Ministerien verwaltet. Das betrifft das Ministerium für Volksbildung bzw. das Staatssekretariat für Hochschulwesen, die Ministerien für Hoch- und Fachschulwesen sowie für Wissenschaft und Technik und die Staatliche Plankommission. Hier ist auch die Einsicht in die Akten des Präsidiums des DDR-Ministerrates bzw. des Plenums des DDR-Ministerrates (Beschluß- und Arbeitsprotokolle sowie Büro des Ministerratsvorsitzenden) möglich. Schließlich existieren im Bestand des Bundesarchivs noch Ablagen der Deutschen Akademie der Wissen-

schaften, anderer Akademiegründungen sowie der Universitäten und Hochschulen der DDR.

c) *Archiv der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften*

Als dritter großer Quellenkomplex sind die Unterlagen der ehemaligen Akademie der Wissenschaften der DDR zu nennen, die jetzt unter der Verwaltung der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften stehen. Die Bestände beinhalten Materialien der zentralen Leitungsgremien, der Parteileitung sowie der einzelnen Institute der Akademie der Wissenschaften der DDR. Nachlässe von Akademiepräsidenten, Präsidiumsmitgliedern sowie Ordentlicher Mitglieder der Akademie enthalten wertvolle Dokumente, die nicht nur Auskunft über institutionelle Weichenstellungen innerhalb der Akademie, sondern auch über das wissenschaftliche Selbstverständnis von Wissenschaftlern in der DDR geben können.

Darüber hinaus kommen die Universitätsarchive sowie weitere regionale Archive in Betracht: beispielsweise das Matthias-Domaschk-Archiv in der Robert-Havemann-Gesellschaft und das Robert-Havemann-Archiv (beide in Berlin).

6. Bisherige Arbeitsergebnisse

Für die Zeit von 1945 bis 1961 lassen sich aufgrund der Auswertung des zugänglichen Quellenmaterials folgende Thesen bezüglich des Verhältnisses zwischen Wissenschaft und Politik formulieren:¹²

1. In der Aufbau- und Rekonstruktionsphase kann durchaus noch von einem diskursiven Verhältnis zwischen Wissenschaft und Politik gesprochen werden, wengleich es sich dabei nicht um eine Diskursgemeinschaft von Gleichberechtigten und Chancengleichen handelte. Die Politik trat allenfalls punktuell als direkter Weisungsgeber der Wissenschaft in Erscheinung. Verbindliche norma-

¹² Vgl. hierzu auch: Andreas Malycha, Das Verhältnis zwischen Wissenschaft und Politik in der SBZ/DDR von 1945-1961, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, Beilage zur Wochenzeitung *Das Parlament*, B 30/31, 20. Juli 2001.

tive Vorgaben an Wissenschaft sind für die ersten Jahre nicht zu erkennen. Formal und auch in weiten Teilen inhaltlich verlief der Wissenschaftsbetrieb in weitgehend traditionellen Bahnen. Nicht nur an den Universitäten und Hochschulen, auch an den Forschungsinstituten der Akademien fand Wissenschaft institutionell in den Jahren bis 1951/52 überwiegend im Rahmen alter Forschungsstrukturen statt. Wissenschaftliche Arbeitsweisen, Tätigkeitsmerkmale und Normen blieben vorerst unangetastet.

2. Das Fehlen externer Funktionszuweisungen und effektiver politischer Steuerungsinstrumente war vor allem der Tatsache geschuldet, daß die politischen Entscheidungsträger 1945/46 über kein stringentes wissenschaftspolitisches Konzept verfügten. Das politische Verständnis von Wissenschaft pendelte zwischen einer auch ideologisch fundierten Wissenschaftsgläubigkeit und einem eher politisch motivierten Mißtrauen gegenüber den Trägern bürgerlicher Wissenschaft. Die maßgebenden wissenschaftspolitischen Aktivitäten fanden an den Universitäten statt, die in erster Linie als Lehranstalten begriffen wurden. Hier erfolgten einschneidende wissenschaftspolitische Eingriffe in Forschung und Lehre auf der personellen Ebene. Dem Selbstverständnis und der sozialen Organisation tradierter Wissenschaft stand die Parteibürokratie in der ersten Phase weitgehend alternativlos gegenüber.
3. Das Verständnis von Wissenschaft, wie es SED-Politiker in der ersten Phase artikulierten, war stets mit wissenschaftspolitischen Absichten gekoppelt. Entsprechend ihrem Führungsanspruch versuchte die SED zunächst über ihre Hochschulgruppen politischen Einfluß an den Universitäten und Hochschulen auszuüben. Das nur längerfristig zu realisierende Vorhaben zielte auf die Schaffung eines akademischen Wissenschaftsbetriebes, das von politisch loyalen bzw. parteigebundenen Professoren beherrscht wird und den Bedürfnissen eines zentral gelenkten Bildungs- und Wissenschaftssystems entspricht. Als erster Schritt hin zu dieser Perspektive galt es zunächst, die Rekrutierung des wissenschaftlichen Nachwuchses politisch und sozial zu steuern. Allerdings scheiterten in den ersten Jahren die anfänglichen Versuche, den traditionellen Weg zur Hochschullehrerkarriere unter politische Kontrolle zu bringen, d.h. die beherrschende Stellung der alten Professoren-

schaft bei der Auswahl, Ausbildung sowie Prägung von Mentalitäten und Verhaltensnormen der nachwachsenden Generation zu brechen. Bis Anfang der fünfziger Jahre war es der SED-Führung auch nur partiell gelungen, die einstmals relativ autonomen universitären Körperschaften, wie beispielsweise die akademischen Senate und Fakultätsräte, in nachgeordnete Organe der administrativen Hierarchie umzuwandeln. Trotz aller Bemühungen konnte die SED in den ersten Nachkriegsjahren ihren politischen Einfluß auf den Lehrkörper der Universitäten nicht entscheidend ausbauen.

4. Seit 1948 begann sich das Verhältnis zwischen Wissenschaft und Politik deutlich zu wandeln. Der nun von der SED offen proklamierte Führungsanspruch betraf auch den Wissenschaftssektor. Nachdem praktische Notlagen anfänglich kognitive Defizite überlagert hatten, begann sich die Politik unter dem Aspekt der Erhöhung der Leistungsfähigkeit der umstrukturierten Wirtschaft stärker für die naturwissenschaftliche und technorientierte Forschung zu interessieren. Mit der Gründung der DDR standen – im Unterschied zu 1945/46 – staatliche Instrumente zur Steuerung von Wirtschaft und Gesellschaft zur Verfügung, die auch in wissenschaftspolitischer Hinsicht von Bedeutung waren. Die nicht nur intern artikulierten und dann auch realisierte Absicht, Wissenschaft steuerbar zu machen und auf politische und ökonomische Aufgaben auszurichten, markierte eine neue Qualität in der Politik.
5. Seit Anfang der fünfziger Jahre zeichneten sich gravierende Änderungen und Wandlungen im Wissenschaftsverständnis jener Funktionäre ab, die im Parteiapparat und in den Ministerien wissenschaftspolitische Entscheidungen fällten. In dieser Hinsicht bildete eine theoretische Konferenz der SED vom Juni 1951 eine deutliche Zäsur, die unter dem bezeichnenden Thema stand: „Die Bedeutung der Arbeiten des Genossen Stalin ‚Über den Marxismus und die Fragen der Sprachwissenschaft‘ für die Entwicklung der Wissenschaften“. Erstmals wurde hier die Forderung nach einem marxistischen Wissenschaftsbegriff dezidiert erhoben und die Rolle der Wissenschaft für den Aufbau des Sozialismus in der DDR neu definiert. Jetzt trat die Ansicht stärker hervor – ohne jedoch das Verständnis von Wissenschaft gänzlich zu dominieren – daß wissen-

schaftliche Tätigkeit im eigentlichen Sinne überhaupt nur auf dem Boden des Marxismus-Leninismus denkbar sei.

6. Im Zuge des „planmäßigen Aufbaus des Sozialismus“ setzte eine organisierte Politisierung der Wissenschaften ein, das heißt deren Steuerung entsprechend politischer Zielsetzungen mit den Mitteln DDR-spezifischer Steuerungsmedien (verbindliche Ideologie, exekutive Autorität, politische Kampagnen und Kontrolle). Mit dem auf der SED-Parteikonferenz 1952 verkündeten Konzept des sozialistischen Aufbaus wurde die Wissenschaft erklärtes Objekt der Politik. Die Parteibürokratie artikuliert jetzt deutlich die Absicht, Wissenschaft auf politische und ökonomische Aufgaben auszurichten. Im Laufe der fünfziger Jahre änderte sich auch als Konsequenz wissenschaftspolitischer Steuerungsprozesse das Selbstverständnis und die soziale Organisation der Wissenschaft. Bis Anfang der sechziger Jahre begann sich hier ein neues, anderes Selbst- und Rollenverständnis herauszubilden, das sich zunehmend deutlicher vom traditionellen bürgerlichen Wissenschaftsverständnis abhob. Es begann sich ein Problemlösungsdenken durchzusetzen, das sich stärker an den DDR-internen gesellschaftlichen Herausforderungen ausrichtet.
7. Mit dem in der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre vollzogenen immensen Ausbau des Wissenschaftssektors war eine neue Stufe der Politisierung der Wissenschaft verbunden. Wissenschaftsrelevante Probleme wurden weitgehend über Wirtschaftspläne definiert. Forschungspläne legten Themenfelder und Förderungskriterien fest. Unter Beteiligung zahlreicher Planungs- und Koordinierungsinstanzen und oftmals ohne Abstimmung untereinander wurde bis Anfang der sechziger Jahre das Prinzip geplanter Forschung durchgesetzt. Fachabteilungen der SED verabschiedeten Richtlinien zu spezifischen Aufgaben einzelner Wissenschaftsdisziplinen, mit denen diese unmittelbar politisch gesteuert werden sollten. Parteibeschlüsse setzten politische als wissenschaftliche Zwecke, gaben Forschungs- und Darstellungsgegenstände vor, definierten Ergebnisse vorweg und trafen organisatorisch-strukturelle Regelungen. Speziell für die Gesellschaftswissenschaften beanspruchte die SED-Führungselite die Hoheit über Theorie- und Methodologiestandards. In den Naturwissenschaften setzte ein Prozeß ein, in

dessen Ergebnis die Dominanz wirtschaftspolitischer Interessen schließlich auch deren fachliches Profil wesentlich beeinflusste, wobei es in nicht wenigen Fällen offenbar eine gewisse Korrespondenz zwischen wissenschaftlichem Forschungsinteresse und dem von der SED postulierten Erkenntnisauftrag gab. Die Politik versuchte nunmehr, mit weitreichenden totalitären Ansprüchen Wissenschaft auch auf der kognitiven Ebene umfassend zu steuern – allerdings noch immer in unterschiedlicher Ausprägung in den Gesellschaftswissenschaften und in den Naturwissenschaften. Das ging mit Vorgängen einher, wissenschaftliche Erkenntnisprozesse direkt und indirekt zu beeinflussen.

8. Der Mauerbau im August 1961 markierte auch für die Wissenschaftler selbst eine deutliche Zäsur. Er setzte der Abwanderung in den Westen und der offenen Konkurrenz mit der westdeutschen Wissenschaft ein Ende. Es war nun nicht mehr erforderlich, mit gut dotierten Einzelverträgen naturwissenschaftliche Fachkapazitäten im Osten zu halten. Die professoralen Gehälter, die dank einer großzügigen Besoldungsanhebung von 1952 das Sieben- bis Zehnfache des durchschnittlichen Arbeitereinkommens ausgemacht hatten, sanken seit den sechziger Jahren stetig und betrugen am Ende der DDR ebenso wie in der Bundesrepublik nur mehr das Zwei- bis Dreifache. Seit 1961 entfaltete die Wissenschaftspolitik der SED, die im Laufe der fünfziger Jahre zu zahlreichen strukturellen Veränderungen im Wissenschaftssystem der DDR und zu einem ausgefeilten System staatlicher Kaderlenkung geführt hatte, ihre volle Wirkung.

Abschließend sei noch einmal betont: Im Hinblick auf die uneingeschränkt zur Verfügung stehenden Quellen zur DDR-Geschichte erscheint es sinnvoll, die offenkundigen Defizite der Forschung zur ostdeutschen Wissenschaftsgeschichte auszugleichen und sich stärker dem Verhältnis zwischen Wissenschaft und Politik zu widmen. Es gilt, das Politische und das Wissenschaftliche als komplex ineinander verwoben zu begreifen und historisch zu analysieren. Dabei könnte die Trias von personeller, institutioneller und kognitiver Ebene eine zentrale Rolle spielen, weil es um die Geschichte von Menschen geht, die von sozialen und kommunikativen Formationen bestimmt sind, in ihnen handeln und sie auch formen.

Die Einflussnahme der SED auf die Entwicklung der Technischen Hochschule Magdeburg

Egon Becker
Magdeburg

Mit der Gründung der Hochschule für Schwermaschinenbau Magdeburg (HfS) Ende 1953 wurden gleichzeitig Parteigruppen in den einzelnen Fakultäten gebildet und eine Hochschulparteileitung (HPL) gewählt.¹ Es war eine schwere Zeit für die SED, denn die

Ereignisse des 17. Juni 1953 wirkten noch deutlich nach. Die Partei trat kurz nach dem Motto Lenins "Zwei Schritte vorwärts, ein Schritt zurück" und trat an der HfS zunächst nicht allzu stark in Erscheinung. Ziel der HPL war aber von Anfang an, die Kontrolle über alle Vorgänge an der HfS zu erlangen. Deshalb wurden die Genossen verpflichtet, alles der HPL zu melden, was sich an den einzelnen Instituten politisch oder fachlich tat.

Um die einzelnen Institute schnell arbeitsfähig zu machen, wurden Fachleute aus der Industrie oder aus anderen Hochschuleinrichtungen als Institutsdirektoren bestellt, die häufig nicht Mitglieder der SED waren. Dies ist nicht verwunderlich, war doch zur damaligen Zeit der

¹ Der vorliegende Beitrag ist eine stark gekürzte Fassung des 1. Teils einer Untersuchung über den Einfluss der SED auf die Entwicklung der Technischen Hochschule Magdeburg. Die Untersuchung ist ein Versuch, Einblicke zu gewinnen in die Zusammenarbeit von Hochschulleitung, Parteileitung und dem Ministerium für Staatssicherheit. Sie erhebt nicht Anspruch, in chronologischer Folge das Geschehen an der Hochschule zu beschreiben. In willkürlicher Auswahl werden politische Ereignisse, Vorkommnisse und Einzelschicksale herausgegriffen, anhand der Aktenlage zusammengestellt und diskutiert. Der ausführliche Bericht, in dem auch über Republikflüchtige und Ausreisewillige geschrieben ist, ist zu beziehen über die Abteilung Publikationen und Öffentlichkeitsarbeit der Universität Magdeburg, Postfach 4120, 39016 Magdeburg.

Nachwuchs der Partei größtenteils noch nicht fachkundlich ausgebildet, wie es nur einige Genossen gab, die für die entsprechenden Fachgebiete einen guten Ruf besaßen. Obwohl die Institutsdirektoren anfänglich noch relativ freie Hand bei der Auswahl ihrer Mitarbeiter hatten, wurde doch bereits seit der Hochschulgründung seitens der SED darauf geachtet, dass auch Genossen eingestellt und in wichtige Positionen eingesetzt wurden. Das letzte Wort der Einstellung sprach die Kaderabteilung, die von Anfang an nur mit Genossen besetzt war. Sie bevorzugte Absolventen der Arbeiter- und Bauernfakultäten, die die Kaderschmieden der SED für den wissenschaftlichen Nachwuchs waren.

Die HPL kümmerte sich nicht nur um die Belange der Partei, sondern sie fühlte sich auch für die Entwicklung der Hochschule verantwortlich. Die HPL wurde zum eigentlichen Leiter der Hochschule. Ihre Anweisungen mussten befolgt werden. Das war nicht gleich so in der Gründungszeit der Hochschule, aber nach und nach erreichte die HPL die Position, die sie von Anfang an angestrebt hatte, nämlich anzuleiten und maßgeblichen Einfluss auszuüben auf alle gesellschaftlichen und wissenschaftlichen Belange. Besonders die Kaderfragen, die Erziehung der Studenten zu klassenbewussten Diplomingenieuren, die Bewusstseinsbildung aller Hochschulangehörigen sah die HPL als wichtige Aufgaben an. So erklärte die HPL am 17.2.1963:

"Das Hauptziel der ideologisch-politischen Arbeit unter unseren Hochschulangehörigen besteht nach wie vor darin, ihnen die Sieghaftigkeit des Sozialismus/Kommunismus und damit die Perspektive der gesellschaftlichen Entwicklung in der Welt und in Deutschland bewusst zu machen; sie im Prozess der Auseinandersetzung und Überzeugung stärker als bisher einzubeziehen in die Lösungen der Aufgaben beim umfassenden Aufbau des Sozialismus in der DDR und der Sicherung des Friedens in Deutschland, um zu erreichen, dass sie ihre persönlichen Interessen, ihr Wirken und Handeln, ihre ganze persönliche Entwicklung in Übereinstimmung mit der Entwicklung unserer Staats- und Gesellschaftsordnung bringen."²

² LA Magd.-LHA-, SED-GO TU Magd. IV/A-7/126/17 Bl. 27. Die hier und im folgenden verwendeten Abkürzungen zum Nachweis der Quellen haben folgende Bedeutungen: LA Magd.-LHA- = Landesarchiv Magdeburg-Landeshauptarchiv; SED-GO TU Magd. = SED-Grundorganisation TU Magdeburg; SED-BL Magd. = SED-Bzirksleitung Magdeburg; AUMD = Archiv Universität Magdeburg; BStU MD = Bundesbeauftragter für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik Außenstelle Magdeburg; BV MD Abt. XX = Bezirksverwaltung für Staatssicherheit Magdeburg Abteilung XX

Der Sinn und Zweck des Sozialismus sei das Wohl des Volkes, wurde von der SED-Führung immer wieder behauptet. Um das tatsächliche oder vermeintliche Wohl des Volkes durchsetzen zu können, musste das Volk die führende Rolle der Partei anerkennen, musste es parieren, egal was von der Partei beschlossen war, was dem Volk aufgetragen war. Denn die Parteiführer meinten, sie wären die einzigen, die wussten, was gut für das Volk sei. Die Partei unterstellte dabei, dass die Menschen noch nicht reif genug seien und deshalb zum Sozialismus erzogen werden müssen. Diese "mangelnde Reife" im Verhalten der DDR-Bürger fürchtete die SED-Führung vor allem bei Wahlen. Nichtwähler waren für sie Feinde der DDR.

Im Oktober 1954 sind drei Studenten der Wahl fern geblieben. Die HPL beschloss ihre Exmatrikulation. Ein anwesender Gast der Kreisleitung der SED betonte, "dass die Kreisleitung entschlossen sei, diesen Fall nicht so ohne weiteres durchgehen zu lassen". Der Prorektor für Studienangelegenheiten erklärte, "dass für ihn der Fall klar sei. Er werde sofort von seinem Recht als Prorektor Gebrauch machen, die Studenten beurlauben, das Stipendium sperren lassen und den Disziplinarausschuss zusammenschicken. Feinde unseres Staates dürfen nicht die Mittel unseres Staates in Anspruch nehmen."³

Wie beschlossen, so geschah es auch. Die drei Studenten hatten keine Chance. Sie hatten zwar etwas getan, das nach DDR-Strafrecht nicht strafbar war, nämlich sie waren nicht zur Wahl gegangen, auch nach Aufforderung nicht. Aber gerade dies war im politischen Verständnis der SED für einen Studenten einer Hochschule unwürdig. Denn sich an den Wahlen nicht zu beteiligen, bedeutete im Sinne der SED, die Politik der Partei und Regierung nicht anzuerkennen, also Feinde des Staates zu sein. Der Disziplinarausschuss begründete den zeitweiligen Ausschluss vom Studium an allen Universitäten und Hochschulen der DDR damit, dass eine ungenügende gesellschaftliche Reife und eine mangelnde gesellschaftswissenschaftliche Bildung vorläge. Das Ansehen der Hochschule sei in der Öffentlichkeit dadurch geschädigt, dass die besondere Bevorzugung, als Student an einer Hochschule zu studieren, nicht als Verpflichtung zur Mitarbeit an

³ LA Magd.-LHA-, SED-GO TU Magd. IV/7/129/3 Bl. 50

der Gestaltung unseres gesellschaftlichen Lebens aufgefasst worden sei.⁴

Die führende Rolle der Partei wurde zum Machtanspruch, zum Diktat über die Gesellschaft, ausgeübt von den Spitzenfunktionären der Partei und ihren willigen Helfern. Die Machtfrage war in der Tat die wichtigste Frage. Und deshalb musste die Macht auch gesichert werden. Der Zugang zu Machtpositionen war nach Kriterien der Kaderauswahl reguliert. Die führende Rolle der Partei beherrschte nicht nur das politische Leben allein, sondern beanspruchte auch das geistige, gesellschaftliche und wirtschaftliche Leben zu lenken. Die HPL definierte 1968 aus diesem Grunde ihre Aufgaben folgendermaßen: Die Aufgabe der HPL ist nicht die tägliche Arbeit der Grundorganisationen durchzuführen, sondern diese Arbeiten und die in staatlichen Leitungsebenen anzuleiten und zu kontrollieren, darunter auch die Arbeit des Rektors. "Die Parteileitungen dürfen nicht die Aufgaben des Rektors und der staatlichen Leitung übernehmen. Die Parteileitungen sind dafür verantwortlich, dass der Rektor richtig arbeitet."⁵

Die Genossen in den staatlichen und gesellschaftlichen Organisationen sind zu befähigen, die Politik unserer Partei zu vertreten und durchzusetzen, um dann vor der Parteileitung Rechenschaft über ihre Arbeit abzulegen, wurde von der HPL gefordert. Die Bezirksleitung Magdeburg der SED schätzte 1972 die Arbeit der HPL folgendermaßen ein:

"Die Hochschulparteileitungen beziehen zu den staatlichen Leitungen der Hochschulen eine kritische Position. Empfehlungen und Beschlüsse der HPL werden von der staatlichen Leitung akzeptiert. Die HPL der TH (...) gewährleistet, dass die Parteibeschlüsse im umfassenden Sinne die Arbeitsgrundlage der staatlichen Leitung sind. Schwierigkeiten gibt es bei der Durchsetzung der Parteibeschlüsse und der Empfehlungen der HPL durch die Funktionaldirektoren, deren Verhalten noch stark vom Ressortdenken geprägt wird und denen es noch schwer fällt, Sachfragen in den entsprechenden politischen Zusammenhang hineinzustellen. Ein allgemeiner Mangel in der Arbeit der HPL besteht noch darin, dass sie die Aufgaben der staatlichen Leitung übernehmen. Das bezieht sich vor allem auf Fragen der Forschung und Investitionspolitik."⁶

⁴ AUMD AI 1.60 Bl. 10

⁵ LA Magd.-LHA-, SED-BL Magd. IV/B-2/9.02/835 Bl. 46

⁶ LA Magd.-LHA-, SED-BL Magd. IV/B-2/9.02/839 Bl. 144

Deutlicher kann wohl kaum dargestellt werden, wer die Leitung der Hochschule in der Hand hat. Die staatliche Leitung hatte durchzuführen, was die HPL beschlossen hatte. Der Hinweis auf die Funktionaldirektoren wurde als Signal aufgefasst, diese "Bremsen" im Zuge des weiteren Verlaufs der Hochschulreform umzusetzen. Die HPL soll anführen, leiten, fördern und kontrollieren. Für die Durchführung und Durchsetzung der gestellten Aufträge und die Lösung der gestellten Aufgaben sind die staatlichen Leitungen verantwortlich. Nur wo diese am schwächsten entwickelt sind und die Durchsetzung der Aufgaben nicht gewährleistet sind, soll die HPL diese Aufgaben übernehmen. Und Schwachstellen gab es überall. Die HPL musste immer wieder eingreifen. Die Partei wurde zum Durchführenden und Kontrolleur in einem. Dies konnte auf Dauer nicht gut gehen.

Zur Einstellung der Studenten zum Studium wurde vom Vertreter der Bezirksleitung ausgeführt:

"Marxistisch-leninistische Kenntnisse sind von einem nicht kleinen Teil der Studenten nur angelernt. Des öfteren wird der Marxismus-Leninismus noch als ein reines Prüfungsfach betrachtet, in dem man eine Note erbringen muss. Ein Teil der Studenten bekennt offen, dass kein Interesse am Marxismus-Leninismus besteht. Hätten sie Interesse daran, so würde mehrfach betont, dann würden sie nicht Physik, Mechanik oder Medizin studieren, sondern Philosophie oder politische Ökonomie."⁷

Sollten sich die vielen Schulungen, die Weiterbildungsmaßnahmen, die Erhöhung der Stundenzahlen der politischen Fächer tatsächlich nicht anders ausgewirkt haben? Dann muss doch etwas an der Erziehungsarbeit nicht richtig sein. Die HPL forderte zwar immer zur freien Diskussion auf, ließ aber keine andere Meinung gelten, so dass die Studenten schließlich lieber schwiegen oder mit Vergleichen argumentierten. Die Diskrepanz zwischen Theorie und Praxis sorgte dafür, dass für den Marxismus-Leninismus so wenig Resonanz bei den Studenten vorhanden war. Auch der Anspruch, die einzige wissenschaftlich begründete Weltanschauung zu sein, stieß bei vielen Studenten auf Ablehnung. Die Partei hatte eine andere Erklärung:

"Eine Hauptursache dafür, dass marxistisch-leninistische Kenntnisse nur angelernt werden und sich nicht in sozialistischen Überzeugungen und

⁷ ebenda, Bl. 145

Verhaltensweisen ausprägen, ist darin zu sehen, dass die Studenten nicht oder nur ungenügend in die Weiterführung der Hochschulreform einbezogen werden. Die Studenten sind nicht genügend mit der Kompliziertheit und den Problemen der Gestaltung der sozialistischen Gesellschaft konfrontiert und finden die gewonnenen marxistisch-leninistischen Erkenntnisse nicht oder nicht genügend in der Praxis bestätigt."⁸

Nach Abschluss der 1968 begonnenen Hochschulreform waren die Einstellungen der Studenten zum Marxismus-Leninismus auch nicht besser. Und es mussten andere Erklärungen gefunden werden. Der Widerspruch zwischen Theorie und Praxis der sozialistischen Gesellschaft war aber so groß, dass er von der Partei nicht weg diskutiert werden konnte. Und diesen Widerspruch sahen und spürten die Studenten auch. Es musste für die HPL und für die SED allgemein enttäuschend sein, dass die Erziehung der Studenten so wenig Erfolg für ihre Sache zeigte; die politischen und die wirtschaftlichen Verhältnisse in der DDR waren aber auch nicht so, dass man begeistert dafür sein konnte. Die Genossen an der Basis hatten es schwer, auf alle Fragen der Studenten solche Antworten zu geben, die diese befriedigten und die gleichzeitig der Linie der Partei entsprachen. Kam man in der Diskussion nicht weiter, versiegten alle Argumente, dann wurde oft die Grundfrage gestellt, ob man für den Frieden sei und damit für die DDR, den Garanten für den Frieden und damit auch für alle politischen und wirtschaftlichen Maßnahmen der Partei und Regierung, die letztendlich alle der Sicherung des Friedens dienten. Damit erstickte man jede weitere Diskussion.

"Im Zusammenhang mit der Diskussion über die Entwicklung beider deutscher Staaten wird immer wieder die Frage aufgeworfen, ob die BRD und die DDR nicht doch eine Nation seien und bleiben müssten. Die Studenten klammern sich an vermeintliche Gemeinsamkeiten, wie die Sprache, die Kultur, die gemeinsame Geschichte etc. Wiederholt wurde zwar zugestanden, dass es sich bei der DDR und bei der BRD um zwei selbständige Staaten handelt, man aber im Zuge einer 'europäischen Regelung' auch die deutsche Wiedervereinigung erreichen müsste. Einer Abgrenzung beider deutscher Staaten für lange Zeit wird nicht zugestimmt."⁹

Dies war eine deutliche Kritik der SED-Bezirksleitung an die Parteiorganisationen und an die Vertreter der politischen Fachrichtungen,

⁸ ebenda Bl. 146

⁹ ebenda Bl. 147

das solche Meinungen überhaupt noch existieren können und zwar nicht nur bei einigen Studenten, sondern bei sehr vielen. Etwa 50% wurde eingeschätzt. Diese Zahl dürfte zu niedrig angesetzt sein. Die Erziehungsarbeit hat wieder einmal nicht im richtigen Sinn, im sozialistischem Sinn, gewirkt. Verwunderlich? Verwunderlich sicherlich nicht. Denn alle politischen Systeme, die eine Erziehung oder Umerziehung des Menschen als Voraussetzung für die Durchsetzung ihres Systems ansahen, sind gescheitert. Ihre Utopie konnte sich nicht verwirklichen. Die Annahme des wissenschaftlichen Sozialismus, es gäbe ein Ziel, das wissenschaftlich zu prognostizieren und historisch gewiss, gesetzmäßig zu erreichen sei, unterstellt ein abstraktes Menschenbild. Es ist ein neuer, noch nie gesehener Mensch, der sozialistische Mensch. Der Mensch muss aber so genommen werden, wie er ist – und nicht so, wie er sich im Bild des Systems spiegelt. Es ist unmöglich, den Menschen eindeutig gut zu machen. Im Namen dieses neuen Menschen beschneidet die Partei die Rechte der konkreten Individuen. Der überhebliche Wille, den Menschen zu verändern, mag eine wesentliche Ursache für das Scheitern des Systems gewesen sein.

Laut Statut der SED konnte die Parteileitung auf allen Ebenen mit Parteaufträgen arbeiten. Meistens wurden die Parteaufträge eingesetzt, um Genossen an die Partearbeit heranzuführen oder um Genossen in ihrer Partearbeit zu aktivieren. Die Genossen waren der Parteidisziplin unterworfen, mussten daher solche Aufträge durchführen und über die Durchführung berichten, die anschließend von der Leitung beurteilt wurde. Der Parteauftrag hatte oft den Beigeschmack, dass man zu einer bestimmten Arbeit "verpflichtet" wird, ohne sie ablehnen zu können.

Gegen unwillige oder anders denkende Genossen, gegen Mitglieder und Kandidaten, die sich der Parteierziehung verschließen, konnten Parteiverfahren durchgeführt werden, vor allem dann, wenn die Betroffenen vom Kurs der Partei abrückten oder wenn sich zumindest Tendenzen dafür abzeichneten. Durch diese Parteiverfahren drohten neben dem Verlust an Privilegien oft auch eine Bewährung in der Produktion.

Die Rede Chruschtschows auf dem XX. Parteitag der KPdSU 1956, in der er mit Stalin und dem Stalinismus abrechnete, hatte für großes Aufsehen überall in der Welt, nicht nur in den sozialistischen Bruderstaaten gesorgt. Sie löste Diskussionen über die Verbrechen Stalins aus, die die Macht der nationalen Potentaten in Frage stellten. Die SED reagierte ziemlich spät, viele Genossen waren verunsichert. Hauptgrund der Verunsicherung war die fehlende bzw. ungenügende Information durch die Presse und den Rundfunk der DDR. Lapidar erklärte W. Ulbricht, Stalin sei kein Klassiker des Marxismus mehr. Das war zunächst alles, was die Partei dazu zu sagen hatte. Auch viele junge SED-Genossen, deren Weltbild durch die Abkehr von Stalin und die Bekanntgabe seiner Verbrechen erschüttert worden war, gerieten in Widersprüche zur eigenen Führung. Die Unsicherheit vieler Genossen gab W. Ulbricht am 18. März 1956 im *Neuen Deutschland* so wieder:

"Wir verstehen, dass es eine große Zahl junger Genossen bei uns gibt, die nach 1945 in die Arbeiterbewegung gekommen sind, die nicht wie wir mehr als 45 Jahre Partekampf und innerparteilichen Kampf mitgemacht haben, sondern die im Parteilehrjahr bestimmte Dogmen auswendig gelernt haben, und nun erleben, dass einige Dogmen nicht mehr zum Leben passen. Aber jetzt sagen manche nicht etwa, der Dogmatismus ist nicht richtig, sondern da stimmt etwas am Leben nicht."¹⁰

Zynischer konnte kaum mit der Unsicherheit, mit der Verstörung vieler, vor allem junger Genossen umgegangen werden. Durch die mangelnde Information seitens der Partei- und Staatsführung waren breiteste Kreise der Bevölkerung gezwungen, sich bei westlichen Rundfunkanstalten und aus westlichen Zeitungen zu informieren. Dies tat auch ein Dozent für Gesellschaftswissenschaften. Er beschaffte sich Zeitungen in Westberlin, wobei er davon ausging, dass es ihm als Dozent gestattet sein müsste, sich direkt beim Gegner über dessen Argumente zu informieren. Deshalb verheimlichte er auch nicht, dass er sich Zeitungen besorgt hatte. Das war für die HPL völlig unakzeptabel. Sie eröffnete am 24. Mai 1956 ein Parteiverfahren gegen diesen Dozenten. Zunächst wurde er belehrt, dass es nicht Aufgabe einzelner Genossen sei, sich direkt beim Klassengegner zu informieren. Damit würden sich eigens dafür bestimmte Stellen und Genossen befassen.

¹⁰ *Neues Deutschland*, Zentralorgan der SED, 18. März 1956

Im Verlaufe des Verfahrens betonte ein Genosse, dass auch das Abhören des RIAS verwerflich sei. Der Genosse Dozent habe zwar in den Seminaren immer die Linie der Partei vertreten, aber seine eigene Haltung sei nicht richtig, wenn er sich Klarheit aus den Zeitungen des Gegners verschaffen wolle; diese könnte er sich nur von seiner Partei holen. Ein weiterer Genosse wunderte sich, wie ein Genosse aus dem Kollektiv der Abteilung Gesellschaftswissenschaftliches Grundstudium überhaupt solche Unklarheiten haben könne. In Zweifelsfällen müsse man sich bei der Partei Klarheit verschaffen. Ein anderer Genosse wies darauf hin, dass die Diskussion dazu beitragen soll, dass die Genossen gestärkt werden und erkennen, welcher Weg in Zweifelsfällen für sie der richtige Weg sei.¹¹

Der richtige Weg war natürlich der, der zur Partei führte, wie es fast aus allen Diskussionsbeiträgen herausklang. Nur die Partei – so die Meinung der Genossen – könne ideologische Unklarheiten beseitigen. Wo das Vertrauen zur Partei fehle, muss nachgeholfen werden. Sich Informationen beim Klassenfeind zu verschaffen, ist ein schlimmes Vergehen, das einem Verrat gleichkommt. Deshalb war auch von der HPL vorgeschlagen worden, dem Gen. Dozenten Gelegenheit zu geben, in einem Produktionsbetrieb zu arbeiten, um die Verbindung mit den Werktätigen wiederzuerlangen. Der Gen. Dozent war mit seiner „verwerflichen“ Handlungsweise nicht mehr tragbar als Dozent an einer sozialistischen Hochschule, so die Wertung der HPL.

Bei der Gründung der Hochschule 1953 war die staatliche Leitung zunächst darauf bedacht, die Institute arbeitsfähig zu machen und mit Fachleuten zu besetzen, ohne dabei unbedingt auf Parteizugehörigkeit zu achten. Wenn auch zu dieser Zeit der Kampf der SED gegen bürgerliche Professoren an den alten Universitäten siegreich für die Partei beendet war, so berief man in Magdeburg viele parteilose Wissenschaftler zu Institutsdirektoren, die vorher in der Industrie oder an anderen Hochschulen tätig waren und sich loyal gegenüber der Politik der SED verhielten. Die HPL war sich zunächst unsicher im Umgang mit den parteilosen Hochschullehrern. Einerseits verwöhnte die HPL

¹¹ LA Magd.-LHA-, SED-GO TU Magd. IV/7/129/2 Bl. 92

sie, andererseits war sie mit deren Äußerungen und Einstellungen zu politischen Ereignissen nicht immer zufrieden.

Die HPL wollte härter durchgreifen, denn nach Aussage des Leiters des Praktikantenamtes Gen. Michalski „sind wir dem Lehrkörper gegenüber zu versöhnlicherisch“.¹² Bereits 1954 forderte Dr. Gießmann, der spätere Minister für das Hoch- und Fachschulwesen und damaliger Direktor des I. Physikalischen Institutes, „bei Berufungen soll ein strenger Maßstab angelegt werden. (...) Dabei müssen wir jedoch darauf achten, und das ist ein Auftrag, den der Genosse Hager den Spezialhochschulen erteilt hat, dass keine Feinde unserer demokratischen Ordnung in den Lehrkörper eindringen“.¹³

Die wissenschaftliche Arbeit wurde nach neuen Maßstäben beurteilt: „Das Kriterium dafür, ob eine wissenschaftliche Arbeit vorliegt, kann nicht darin bestehen, ob sie vom Westen anerkannt wird, sondern darin, dass sie dem sozialistischen Aufbau und den Interessen der Arbeiterklasse dient“.¹⁴ Immer wieder und immer deutlicher wird gefordert, „die Besetzung der Institute mit Genossen ist mehr als bisher zu beachten“,¹⁵ und es wird moniert, „dass zur Zeit an unserer Fakultät an keinem Institut ein Leiter Angehöriger der Partei ist“.¹⁶ Genosse A. Müller, der „Chef-Ideologe“ der HfS brachte es auf den Punkt, als er formulierte:

„Wer nicht für unsere Arbeiter- und Bauernmacht eintritt, für den ist an unserer Hochschule kein Platz. Aktive gesellschaftliche Mitarbeit wird von unseren Mitarbeitern erwartet. (...) Wir können uns nicht mit ‚nur‘ einem wissenschaftlichen Nachwuchs zufrieden geben“.¹⁷

Und das war auch auf die Hochschullehrer bezogen. Im Entscheidungsentwurf der Fakultäts-Parteioorganisation III vom 22.3.1959 heißt es: „Die Kaderpolitik ist nach den Prinzipien der Partei durchzuführen. Das Arbeiterelement ist zu verstärken“ und „die führende Rolle der Partei im Rat der Fakultät ist absolut zu garantieren“.¹⁸

¹² LA Magd.-LHA-, SED-GO TU Magd. IV/7/129/6 Bl. 23

¹³ LA Magd.-LHA-, SED-GO TU Magd. IV/7/129/3 Bl. 16

¹⁴ LA Magd.-LHA-, SED-GO TU Magd. IV/7/129/2 Bl. 243

¹⁵ LA Magd.-LHA-, SED-GO TU Magd. IV/7/129/8 Bl. 155

¹⁶ ebenda Bl. 22

¹⁷ ebenda Bl. 2

¹⁸ LA Magd.-LHA-, SED-Stadtleitung Magd. IV/7/129/9 Bl. 1

Viele Hochschullehrer sahen ihre Pflicht in erster Linie darin, die Studenten fachkundig zu unterrichten und sie zu befähigten Diplom-Ingenieuren zu entwickeln. Sie politisch zu Kämpfern für den Sozialismus auszubilden, sahen sie als Aufgabe der Mitarbeiter des Institutes für Marxismus-Leninismus an, die für ihre Vorlesungen und Seminare immer mehr Stunden forderten und diese auch auf Kosten der technischen Fächer erhielten. In der Parteigruppe Lehrkörper wurde am 16.4.1958 diese Forderung gestellt:

„Es darf keine Lehrveranstaltung und Aussprachen an unserer Hochschule geben, in denen nicht eindeutig für die Sache des Sozialismus Partei ergriffen wird. Das Vorbild der Erzieher in Wort und Tat wird wesentlich zur politisch-moralischen Bewusstseinsbildung der Studenten beitragen.“¹⁹

Und 1963 wurde auf einer Sitzung der HPL festgestellt:

„Bisher fühlt sich die Mehrheit der Wissenschaftler vor allem für eine gute fachliche Ausbildung verantwortlich, während sie die politisch-ideologische Erziehung als Angelegenheit der Partei, Massenorganisationen und der Gesellschaftswissenschaftler betrachten. Es kommt darauf an, dass sich die Wissenschaftler auch für das politisch-ideologische Denken und Handeln der Assistenten und Studenten verantwortlich fühlen.“²⁰

Um dieses im Sinne der Partei politisch-ideologische Fehlverhalten der Hochschullehrer zu ändern, wurden Professorenzirkel zum Studium des Marxismus-Leninismus eingerichtet, die sich bis zum Ende der DDR gehalten haben. Offensichtlich waren sie im Verständnis der SED nötig. So wurde 1968 von der Parteileitung eingeschätzt, dass „die Mitarbeit eines Teils der Lehrkräfte an der ML-Weiterbildung noch unzureichend ist, was [darauf] zurückzuführen ist, dass auch die Qualifizierung im Marxismus-Leninismus in ihrer Bedeutung unterschätzt wird“.²¹

Die im Kollegenkreis als „Rotlicht-Bestrahlung“ bezeichnete Veranstaltung war von Anfang an bis zu ihrem Ende beim Lehrkörper relativ wenig beliebt, und es wurden immer wieder Gründe gesucht und oft gefunden, daran nicht teilnehmen zu können. Die Teilnahme wurde oft als belastend und die Erkenntnisse daraus als wenig ergiebig empfunden, wenn auch die HPL behauptete, diese Veranstaltungen

¹⁹ LA Magd.-LHA-, SED-GO TU Magd. IV/7/129/6 Bl. 95

²⁰ LA Magd.-LHA-, SED-GO TU Magd. IV/7/129/11 Bl. 374

²¹ LA Magd.-LHA-, SED-BL Magd. IV/B-2/9,02/826 Bl. 86

niveauvoll zu gestalten.²² Um die Teilnahme am Professorenzirkel zu sichern, wurde er später als Tagesveranstaltung – oft an Wochenenden in einem hochschuleigenen Heim außerhalb Magdeburgs – durchgeführt. Dadurch war ein Fernbleiben fast unmöglich geworden.

Im Vordergrund der Schulung stand die „wissenschaftliche“ Weltanschauung des dialektischen Materialismus, und dies allein schon deshalb, weil sie den Herrschaftsanspruch der Partei zu begründen vorgab. Vertrauen in die gesetzmäßige Entwicklung der DDR, eine optimistische und siegesgewisse Haltung würde sich dann bei den Hochschullehrern einstellen, so hoffte die SED-Führung. Trotzdem musste die HPL feststellen, dass „es sehr differenzierte Auffassungen zu den marxistisch-leninistischen Weiterbildungsveranstaltungen gibt, die neben konstruktiver Kritik falsche Vorstellungen über den Inhalt und Zweck der marxistisch-leninistischen Weiterbildung enthalten“.²³

Die Diskrepanz zwischen Vorstellung und Tatsächlichkeit, zwischen Theorie und Praxis, zwischen Soll und Ist tritt immer wieder hervor. Um eine Übereinstimmung zu erzielen, war offenbar der marxistisch-leninistische Weiterbildung sehr wenig geeignet. Sie wurde, auch von Genossen, meist als unliebsame, zusätzliche Belastung angesehen, die man über sich ergehen lassen müsse, weil man die Anordnung befolgen musste und sie nur schlecht umgehen konnte. Die Partei hatte das Sagen, was sie anordnete, musste durchgeführt werden. Freiwillig hätten sich sicherlich nur wenige Hochschullehrer bereit gefunden, am Professorenzirkel teilzunehmen. In der Parteileitung war man davon überzeugt, dass ständiges Auseinandersetzen mit dem Marxismus-Leninismus letztendlich auch zu seiner Verinnerlichung führen würde, dass aus loyalen Bürgern wenn schon nicht fanatische Kämpfer für den Sozialismus, so doch vom Sozialismus überzeugte Mitstreiter werden. Systemkonformes Verhalten hatten alle Hochschullehrer bereits bewiesen. Die meisten von ihnen erwarteten, wie viele Bürger der DDR auch, dass sich mit dem Sozialismus eine humane, freiheitliche, gerechte, von Ausbeutung und Unterdrückung befreite Gesellschaft trotz aller Enttäuschungen schließlich doch durchsetzen würde. Sie hofften, dass die Versprechungen des Sozialismus

²² AUMD B653 Bl. 94

²³ ebenda Bl. 92

sich verwirklichen würden. Insofern hielten sie fest an der sozialistischen Zukunftsvision.

Dass auch eine Gegenreaktion hervorgerufen werden könnte, dass die "ständige Berieselung" mit dem Marxismus-Leninismus auch zur inneren Abwehr führen könnte, wurde überhaupt nicht bedacht. Diese Reaktion auf Zwang wurde jedoch mit zunehmender Herrschaftszeit der SED immer deutlicher, als die Wirklichkeit sich immer weiter weg von den sozialistischen Vorstellungen entwickelte, als die Erwartung, die Ideen des Sozialismus könnten sich eines Tages doch noch verwirklichen, immer mehr enttäuscht wurden. Dieser Erkenntnisprozess wurde bei den Hochschullehrern in viel geringerem Maße deutlich als bei den wissenschaftlichen Mitarbeitern und in der werktätigen Bevölkerung der DDR. Wie anders könnte die fast völlige Teilnahmslosigkeit der Hochschullehrer an den politischen Ereignissen zur Wendezeit gedeutet werden? Hat in diesem Falle die marxistisch-leninistische Zirkelarbeit doch gewirkt? Eine totale Ablehnung des SED-Systems kam unter den Hochschullehrern fast nicht vor. In ihren Kreisen wurde festgehalten an der These vom erneuerbaren Sozialismus, an der These vom anderen Weg zum Sozialismus.

Im Herbst 1989 gingen von der TH, wie überhaupt von den Universitäten und Hochschulen der DDR, keine entscheidenden Impulse für gesellschaftliche Veränderungen aus. Wenn sich Professoren und Wissenschaftler an den Umbruchbewegungen aktiv beteiligten, taten sie es als Bürger neben anderen Bürgern.

Die HPL war bestrebt, bestimmte junge Nachwuchswissenschaftler für die Partei zu gewinnen, von denen sie sicher war, dass sie voll und ganz die Linie der Partei vertreten werden. "Denn mit der Zusammensetzung des Lehrkörpers und der Assistentenschaft [bezüglich der Zugehörigkeit zur SED, E.B.] können wir als Partei nicht zufrieden sein", und es wurde gefragt, "wie verändern wir ganz bewusst die Kadersituation in den Instituten?"²⁴

Seit 1962 wurde konsequent für die Partei geworben, und die Zahl der Mitglieder der SED unter den Hochschullehrern und wissenschaftlichen Assistenten stieg sehr stark an. Der prozentuale Anteil der Genossen unter den Hochschullehrern stieg von 33% im Jahre 1959 auf 70% im Jahre 1977, bei den Assistenten war der Prozentsatz

²⁴ LA Magd.-LHA-, SED GO TU Magd. IV/7/129/6 Bl. 89

im Jahr 1959 20% und stieg bis zum Jahre 1970 auf 33% und 1977 auf 40%. Vielen neugeworbenen Genossen wurde eine aussichtsreiche Entwicklung versprochen und in einem Perspektivplan ihr Entwicklungsgang zeitlich festgeschrieben. Mit der III. Hochschulreform, für die die Hochschule Magdeburg als Vorbildmodell ausserkoren war, sollte auch gleichzeitig das Problem mit nach Meinung der SED unliebsamen, politisch-ideologisch indifferenten Hochschullehrern gelöst werden, indem man sie von Leitungsfunktionen entband und diese sowie neugegründete Stellen mit Nachwuchskräften besetzte. So wurde Prof. Müller als Fachrichtungsleiter und Direktor des Chemischen Institutes abgesetzt, Prof. Rugenstein wurde die Möglichkeit entzogen zu forschen, Prof. Göcke wurde fristlos aus dem Hochschuldienst entlassen, da er angeblich schuldhaft Prinzipien der sozialistischen Leitungstätigkeit verletzt habe.

Die Auswirkungen der III. Hochschulreform verliefen zunächst nicht so wie vorgesehen. Die HPL musste zugestehen, "dass im Prozess der 3. Hochschulreform zwar die Leitungsstruktur verändert wurde, die neuen Leitungsorgane für die inhaltliche Leitung der neuen komplizierten Prozesse jedoch noch nicht voll funktionsfähig sind".²⁵ Die HPL war auch über die Stimmung der abgelösten Hochschullehrer gut informiert, deren fachliches Wissen weiterhin genutzt werden sollte:

"Ein besonderes Problem ist die stärkere Nutzung der reichen Erfahrungen derjenigen Hochschullehrer, die an der Entwicklung unserer sozialistischen Hochschule aktiv mitgewirkt haben, in der neuen Leitungsstruktur jedoch keine Leitungsfunktion mehr ausüben. Sie sind zum Teil unzufrieden mit der gegenwärtigen Arbeitsweise und fühlen sich abgeschoben".²⁶

Die Hochschullehrer, vor allem die in Verbindung mit der 3. Hochschulreform und danach berufenen, sollten ihre Ergebenheit zur Partei und der Staatsführung der DDR immer wieder beweisen. Dafür boten sich viele Möglichkeiten an. Entweder man verfasste Grußadressen, Begrüßungsschreiben für Beschlüsse von Parteitagen, in denen man sich voll und ganz mit den Maßnahmen und geforderten Aktivitäten identifizierte. Das galt sowohl für Nichtgenossen als auch für Genossen. Oder aber man zeichnete sich bei der Werbung von Studenten als

²⁵ LA Magd.-LHA-, SED-BL Magd. IV/B-2/9.02/828 Bl.50

²⁶ LA Magd.-LHA-, SED-BL Magd. IV/B-2/9.02/836 Bl. 210

Reserve-Offiziersanwärter aus. Es gab ja so viele Möglichkeiten, seine politisch-ideologische Klarheit unter Beweis zu stellen. So begrüßte Prof. Morgner den Entwurf des neuen Parteiprogramms am 31.1.1976 in der *Magdeburger Volksstimme* enthusiastisch mit den Worten, dass "er tief befriedigt sei, dass das Wort Kommunist besonders betont wird. Ich bin zuerst Kommunist und dann Wissenschaftler. Das Wort Kommunist bedeutet für uns alle eine Forderung nach höherer Qualität in der eigenen Arbeit."²⁷

Nach der III. Hochschulreform wurde den parteilosen Professoren politisch sehr viel mehr abverlangt als vorher. Sie mussten ihr gesellschaftliches Engagement immer wieder unter Beweis stellen. Sie wurden mit wichtigen Leitungsfunktionen in gesellschaftlichen Organisationen auch außerhalb der Hochschule betraut, wie z.B. Nationale Front, Gewerkschaft, Sport- oder Kulturbund. Sie hatten linientreu zu sein, sie sollten ihre Beziehungen zu Verwandten und Bekannten in Westdeutschland abbrechen, was fast alle taten. Dies führte in einigen Fällen zu der paradoxen Situation, dass parteilose Professoren roter als viele Genossen waren. Die Ehre, als erste Frau an der Hochschule mit einer Professur betraut zu werden, überließ die Partei einer parteilosen Frau. Parteilose Professoren waren das Aushängeschild, vor allem für das kapitalistische Ausland. Sie mussten dazu herhalten zu beweisen, dass in der DDR jeder Bürger unabhängig von einer Parteizugehörigkeit die Möglichkeit hat, jede beliebige Position zu erlangen. In der Praxis war es etwas anders, denn alle Schlüsselpositionen und Direktorate der Hochschule waren mit Genossen besetzt.

Die Partei mischte sich in alle Angelegenheiten der Hochschullehrer ein, wenn sie dafür eine politische Motivation hatte. Die Professoren Dierych (Gleiwitz) und Rugenstein (Magdeburg) beschlossen 1978 gemeinsam ein Lehrbuch zu erarbeiten, das sowohl in polnisch als auch in deutsch erscheinen sollte. Ein Verlag in Warschau war für die Drucklegung vorgesehen. Prof. Rugenstein stellte den Antrag auf Genehmigung einer Veröffentlichung beim Rektor, nachdem beim Direktorat für Internationale Beziehung das Einverständnis dafür eingeholt worden war. Am 18.10.1978 erteilte der Rektor die Genehmi-

²⁷ Winfried Morgner: Klar, sachlich und optimistisch, in: *Magdeburger Volksstimme*, 31.1.1976

gung. Das Buch "Einführung in die Konstruktionstechnik" erschien 1982. Prof. Rugenstein übergab vereinbarungsgemäß ein Exemplar dem

Rektor. Dessen Reaktion erfolgte mittels Brief vom 2.8.1982, in dem er erklärte:

"Die mir (...) zugeleitete Broschüre (...) erfüllt nach eingehender Prüfung nicht die Anforderungen, die an die Literatur für die Ausbildung an einer sozialistischen Bildungsstätte zu stellen sind. Ich hebe demzufolge die am 18.10.1978 erteilte Genehmigung (...) auf und untersage die Weiterverbreitung und Nutzung dieser Broschüre."²⁸

Eine Begründung des Verbots wurde nicht gegeben, es genügte dem Rektor zu schreiben, dass das Buch nicht den Anforderungen genüge. Auch eine Aussprache darüber mit Prof. Rugenstein fand nicht statt, in der das Verbot hätte sachlich dargestellt werden können. Diese Entscheidung war nicht nur für Prof. Rugenstein völlig unverständlich, zumal in Polen das Buch weite Verbreitung und Anwendung fand. Sie konnte nur eine politische Entscheidung sein. In der Zeit zwischen Genehmigung und Erscheinen des Buches war in Polen politisch vieles passiert. Die Bewegung "Solidarnosc" hatte sich in Danzig etabliert und verbreitete sich über Polen aus. In der DDR hatte "Solidarnosc" viele Sympathisanten. Die DDR-Regierung dagegen unterstützte die Maßnahmen der polnischen Regierung und kommunistischen Partei und verurteilte die Forderungen der "Solidarnosc" aufs schärfste. War das vielleicht der Grund für die Entscheidung des Rektors, das Buch zu verbieten? Die Entscheidung des Rektors blieb aus wissenschaftlicher Sicht unverständlich, glaubte nicht nur Prof. Rugenstein.

Die Lösung findet sich in den Akten der Stasi. Im Arbeitsplan 1984 der Abteilung XX des MfS vom 12.12.1983 ist unter dem Stichwort "OPK Ökosphäre" zu lesen:

"Das von der Kontrollperson im Zusammenarbeit mit einem Prof. der VR Polen entwickelte und verlegte 'Lehrbuch' ist vom wiss. M/L in seinen gesell.-politischen Aussagen abzulehnen.

Maßnahmen: Der Kontrollprozess über die IMS 'Herbert Lehmann' und IMS 'Bernd Goldbach' weiterführen und die aktuellen Kontakte in die

²⁸ Mitteilung des Rektors Prof. Probst an Prof. Rugenstein, Kopie in Becker 2000 (Fußnote 1), S. 128

VRP aufklären.

Im Zusammenhang mit HA XX dieses ‚Lehrbuch‘ begutachten lassen und über die Leitung TH personenbezogen und zum wissenschaftlichen Wert auswerten lassen. Nachweis des Verbleibs der Exemplare und anstreben, dass diese eingezogen werden bzw. die Anwendung in Lehre und Ausbildung verboten wird.

Über die Ergebnisse ist in einem Zwischenbericht Aussage zu treffen“.²⁹

Am 29.3.1984 ist folgende Notiz vermerkt: “Zur OPK ‚Ökosphäre‘ ist zu berichten, dass das von uns eingeleitete Verbot der Nutzung des Lehrbuches an der TH durchgesetzt wurde, Prof. Rugenstein erhält seit Mitte 1982 keine NSW-Post mehr“.³⁰ Am 30.7.1984 konnte das MfS berichten:

“In der OPK-Arbeit wurde erreicht, dass das Lehrbuch Dietrych/Rugenstein in der DDR als Hochschullehrbuch nicht zugelassen wurde. Durch offensive Maßnahmen wurden die Verbindungen des Prof. Rugenstein zu Dietrych/Polen, Hubka/Schweiz und Andreassen/Holland unterbrochen. Die weitere OPK-Bearbeitung dient zur Aufklärung einer möglichen inspirierenden Rolle der 3 Personen in Bezug auf Rugenstein und der Kontrolle, ob die Verbindung über einen längeren Zeitraum tatsächlich nicht mehr bestehen“.³¹

Prof. Rugenstein wurde vom MfS operativ bearbeitet. Zwei IMS wurden speziell auf ihn angesetzt. Seine Post wurde gelesen und zum Teil zurückgehalten. Das Verbot war eine rein politische Entscheidung, die vom MfS veranlasst worden war. Der Rektor war in diesem Falle nur Übermittler und Ausführer der Anordnung des MfS.

Das MfS entschied aber auch über den Besuch von Tagungen im Ausland. 1965 erhielten Dr. X und Prof. Y von der Universität Halle von einer westdeutschen Gesellschaft die Einladung, je einen Vortrag zu einem bestimmten Thema auf der Jahresversammlung 1966 dieser Gesellschaft zu halten. Dr. X bat daraufhin seinen Institutsdirektor, die Teilnahme an dieser Tagung zu genehmigen. Die Antwort war, dass er es nicht entscheiden könne, vielmehr ein Antrag über den Rektor an das Ministerium gestellt werden müsse, den er befürworten wolle. So geschah es auch. Mitte Februar 1966 erfolgte die Genehmigung. Etwa acht Tage vor Tagungsbeginn erhielt Dr. X vom Institutsdirektor die Mitteilung vom Ministerium, dass diese Tagung durch

²⁹ BStU MD; BV MD Abt. XX, Nr. 1772 Bl. 125

³⁰ BStU MD; BV MD Abt. XX, Nr. 2879 Bl. 121

³¹ ebenda Bl. 127

die DDR nicht beschickt werde, und letzterer drückte sein Bedauern darüber aus. Für Dr. X war es unverständlich, eine so kurzfristige Ab-sage zu erhalten. Was waren die Gründe dafür? Die Antwort darauf erhielt er 1992 aus einer Notiz von einem Treff am 21.2.1966 der Quelle GI “Martin” mit seinem MfS-Führungsoffizier:

“Über Dr. X (...) berichtete der GI, dass er im April/Mai allein nach WD fahren soll. Diesen Fakt berichtete der GI bereits beim letzten Treff. Dabei vertrat er die Meinung, dass er diese Reise für den Dr. X nicht genehmigen bzw. nicht zustimmen will, da er (ihn) nicht für zuverlässig genug zum Schweigen über die eigenen Arbeiten einschätzt. Als jedoch der Teilnehmerkreis für diese Reise gemeldet werden musste, benannte der GI Dr. X. Er verhielt sich also inkonsequent. Beim jetzt stattgefundenen Treff trat der GI nun mit der Bitte an mich heran, dass wir doch diese Reise nach Möglichkeit verhindern sollten aus den o.g. Gründen“.³²

Was dann ja auch geschah. Der Institutsdirektor hatte nicht den Mut, seine Einstellung zu Dr. X diesem direkt zu sagen, zumal diese Einschätzung nicht stichhaltig war und in einem Gespräch hätte geklärt werden können. Er wollte gegenüber Dr. X sein Gesicht als Befürworter der Reise wahren. Welch ein Charakter! Keine Diskussionen, seine einmal gefasste Meinung ist richtig. Das mit dieser Machenschaft auch ein Kollege einer anderen Universität betroffen wurde, scheint ihn wenig gestört zu haben. Nach der Wende wurde bekannt, dass der Institutsdirektor als GI “Martin” für das MfS tätig war.

Die SED entschied aber auch, ob eine Tagung stattfinden könne oder nicht. Für 1969 war eine mehrtägige Tagung geplant, die von der Kammer der Technik (KdT) und der TH Magdeburg gemeinsam organisiert wurde. Es wurden bekannte Wissenschaftler gebeten, einen Vortrag über ein vorgegebenes Thema zu übernehmen, während andere Wissenschaftler und Institutionen eine Einladung zur Tagung erhielten und es ihnen freigestellt war, Vorträge anzumelden. Etwa 85% der Einladungen gingen an Kollegen der sozialistischen Länder, etwa 15% an Wissenschaftler im kapitalistischen Ausland. Als das Programm zusammengestellt werden sollte, stellte sich heraus, dass viele Fachleute aus dem Westen zugesagt hatten, so dass der Prozentsatz der Vortragenden aus dem Westen fast 50% betrug. Das Vorbereitungs-komitee hatte diese hohe Beteiligung nicht erwartet, war aber erfreut, dass die Tagung so starken Anklang gefunden hatte. Eine Zusa-

³² BStU MD; BV MD, AOPK VII/471/81 Bl. 104

ge sowjetischer Wissenschaftler lag noch nicht vor. Das war aber nicht ungewöhnlich. Die Erfahrungen vorheriger Tagungen lehrten, dass die Kollegen aus der Sowjetunion fast zur letzten Minute sich anmeldeten oder bei der Eröffnung der Tagung erschienen. Das lag offensichtlich an der Bürokratie und dem Ausleseverfahren für Wissenschaftler der Sowjetunion. Auch war man daran gewöhnt, dass oft andere Kollegen erschienen, auch mit anderen Themen als gemeldet, als ursprünglich angekündigt waren.

Trotz dieser etwas unvorhersehbaren Situation aus Sicht der Partei, nämlich numerisch starke Präsenz westlicher Fachleute, vertraten viele Herren des Vorbereitungskomitees die Meinung, die Tagung dennoch durchführen zu können. Es sollte die der Partei nicht genehme prozentuale Zusammensetzung der Vortragenden aus Ost und West mit Vorträgen von Fachleuten aus der DDR so verschoben werden, dass es zu einem Gesamtbild käme, die die Dominanz der Vorträge von Wissenschaftlern aus den sozialistischen Ländern sicherten, zumal immer noch auf Meldungen aus der Sowjetunion gehofft wurde.

In dieser Situation gründete sich geheim eine Parteigruppe im Vorbereitungskomitee. Sie empfahl der KdT unter Umgehung der parteilosen Mitglieder des Vorbereitungskomitees, die personell in Überzahl waren, die Tagung abzusetzen, da zu viele Vertreter aus dem Westen sich angemeldet hätten. Dieser vorgebrachte Grund war für viele Informierte völlig unverständlich. In Parteikreisen jedoch befürchtete man, dass die Darstellung von Ergebnissen aus dem sozialistischen Lager nicht dominierend genug zur Wirkung kommen würden, dass die Arbeiten aus dem kapitalistischen Ausland als richtungsweisend betrachtet werden könnten und dass damit der Anspruch, dass die sowjetischen Wissenschaftler zur Weltspitze gehörten, in Gefahr sei. Hatte man so wenig Selbstvertrauen in die eigenen Leistungen, dass eine Überlegenheit auf wissenschaftlichen Gebiet sich auch unbedingt in einer Überlegenheit in der Anzahl der Vorträge ausdrücken müsste? Wird etwa Qualität durch Quantität erzeugt?

Wenn es um die Macht oder um die Verteidigung der Macht, wenn es um die Durchsetzung bestimmter Ziele ging, etablierte die SED ihre Organisationen sogar in kurzzeitig existierenden Gremien, z.B. auf Tagungen mit einer Dauer von nur wenigen Tagen, oder wie im vorliegenden Fall während der Vorbereitungsphase von Veranstal-

tungen, für die "zeitweilige Parteigruppen" mit allen dort anwesenden Parteimitgliedern unter einer eigenen Parteigruppenführung gebildet wurden.

Es geschah so, wie es die Parteigruppe vorgeschlagen hatte. Die Tagung wurde nicht durchgeführt. Eine Woche vor Tagungsbeginn wurde sie abgesetzt. In den Absageschreiben wurden andere Gründe für den Ausfall angegeben. Mit dieser politischen Entscheidung wurde bewusst der Verlust des Ansehens im Ausland in Kauf genommen. Mit dieser Entscheidung fiel auch der Beschluss, solche Tagungen in Zukunft nicht mehr durchzuführen, zumindest nicht in solch einem Rahmen.

Die Medizinische Akademie Magdeburg (MAM) und das Ministerium für Staatssicherheit der DDR (MfS)

Klaus Kramer
Ulrich Mielke
Magdeburg

Die Medizinische Akademie Magdeburg (MAM) war eine von drei in der DDR existierenden Medizinischen Akademien (neben den Akademien in Erfurt und Dresden), sie wurde 1954 gegründet und ist heute Medizinische Fakultät der Otto-von-Guericke-Universität in Magdeburg.

Das Wirken des MfS in den Jahren von 1954-1989 in dieser größten Gesundheitseinrichtung des Bezirkes Magdeburg ist Gegenstand eines Forschungsprojekts, das die Autoren seit 1995 beim Bürgerkomitee Sachsen-Anhalt e.V. realisieren.

1. Zeitgeschichtlicher Hintergrund

Im Jahre 1989/90 versuchte eine Gruppe von Mitarbeitern an der MAM unter dem Vorsitz von mehreren Sprechern als Unabhängiger Untersuchungsausschuss, der sich den Namen „Bürgerkomitee der MAM“ gab, zu ermitteln, welcher Personenkreis an dieser Medizinischen Einrichtung mit dem MfS kooperiert hatte. Von den Mitgliedern dieses Gremiums wurde gefordert, dass sie nicht der SED angehörten, vom Rektor der MAM¹ erhielten sie Ernennungsschreiben zur Legitimation bei ihrer Arbeit.

Die Mitglieder des Bürgerkomitees mussten sich auf Vermutungen über den Umfang der geheimdienstlichen Unterwanderung und die

¹ Heute gibt es Indizien dafür, dass dieser Rektor der IMS/IMV „Roland Winkel“ war (IMS: Inoffizieller Mitarbeiter zur Sicherung eines gesellschaftlichen Bereiches; IMV: Inoffizieller Mitarbeiter zur Bearbeitung einer im Verdacht der Feindtätigkeit stehenden Person).

darin verstrickten Personen beschränken. Außer den hauptamtlichen Mitarbeitern des MfS, die von Zeit zu Zeit Kontakte mit den meist leitenden Funktionären und den Direktoren der Kliniken und Institute aufnahmen, waren „Inoffizielle Mitarbeiter“ (IM) oder gar „Führungs-IM“ (FIM) und „FIM-Systeme“ naturgemäß nicht bekannt. Zwar vermutete man auch an der MAM wie überall unter der Bevölkerung im Lande, dass es von der „Firma Horch, Guck und Greif“ angeworbene Spitzel gäbe, personifizieren aber ließen sich diese Vermutungen nicht. Niemand aus dem Kreis derer, die sich dem MfS für Informationsdienste irgend welcher Art zur Verfügung gestellt hatten, „dekonspirierte“ sich nach Ende des Geheimdienstes freiwillig. Das ist bis in die jüngste Vergangenheit so geblieben, wenn man sich z.B. nur die Geschehnisse um belastete Moderatoren beim Mitteldeutschen Rundfunk (mdr) in Erinnerung ruft, und es gilt auch für die ehemalige MAM.

Zur Wendezeit fiel an der MAM allerdings auf, dass verschiedene Mitarbeiter (sogar Instituts- und Klinikdirektoren) plötzlich ihre guten Positionen in der Einrichtung kommentarlos verließen und sich anderen Ortes, häufig im Westen der Bundesrepublik Deutschland, ansiedelten. Beweiskraft für eine Stasi-Vergangenheit dieser Personen hatte ein solcher Arbeitsplatzwechsel natürlich nicht, es konnten auch völlig andere Gründe vorliegen.

Die vom öffentlichen Dienstern von den Mitarbeitern aller Ebenen geforderte schriftliche Erklärung, weder hauptamtlich noch in irgend einer anderen Weise mit dem MfS zusammengearbeitet zu haben, wurde auch von den belasteten Personen abgegeben. Diese Personen glaubten nicht, dass die Aufzeichnungen der MfS-Mitarbeiter über eine inoffizielle Zusammenarbeit mit ihnen so umfangreich und detailliert sein könnten, um daraus Rückschlüsse zu ermöglichen. Wahrscheinlich war ihnen von ihren Führungsoffizieren versichert worden, dass über sie keine Aufzeichnungen vorhanden wären oder dass man diese vernichtet habe. Zwar war noch unter der Modrow-Regierung bekannt geworden, dass umfangreiche Aktenbestände des MfS existierten, meistens wurden darunter aber Unterlagen von verfolgten oder verhafteten Personen vermutet. Die Medien berichteten täglich über die Praxis des Geheimdienstes, über die Tätigkeit von „Offizieren im besonderen Einsatz“ (OibE), nebenamtlichen „Spitzeln“ und „flächendeckender Überwachung“ der DDR-Bevölkerung;

einen genauen Einblick gewann die Masse der Bürger aber vorerst nicht.

Die örtlichen Bürgerkomitees hatten die Aktenbestände des MfS im Herbst 1989 gesichert und unter Siegelverschluss genommen, gemeinsam mit den Staatsanwaltschaften und der Volkspolizei wurde der Zugang zu den Archiven kontrolliert. Als die erste frei gewählte Volkskammer der DDR ihre Arbeit aufnahm, diskutierte und beschloss sie u.a. auch ein Gesetz zum Umgang mit den Stasi-Akten. Ein Sonderausschuss unter dem Vorsitz von Joachim Gauck nahm die Arbeit mit dieser Hinterlassenschaft auf.

Das MfS hatte noch 1989 die Akten seiner Kreisdienststellen in ihre Bezirksverwaltungen verbringen lassen, wo sie teilweise mangels geeigneter Archive chaotisch eingelagert wurden. Trotzdem teilweise in nicht unerheblichem Maße Unterlagen vernichtet wurden, konnten bis heute viele IM-Vorgänge aufgeklärt werden. Die Identität einiger FIM und IM wird sich wahrscheinlich aber nicht mehr zweifelsfrei eruieren lassen.

In den Magdeburger Aktendeponien des MfS wurden unter der Kontrolle von Mitarbeitern des Volkskammer-Sonderausschusses und der Bürgerkomitees z.B. ehemalige Archivare des MfS zeitweilig dazu eingesetzt, die unterschiedlichen Unterlagen in ein zentrales Lager zu überführen und dort notdürftig zu ordnen. Die vom Sonderausschuss eingesetzte Leiterin des Lagers durfte nur Unterlagen herausgeben, die von der Staatsanwaltschaft für gerichtliche Zwecke angefordert wurden.

Nachdem der Deutsche Bundestag am 20. Dezember 1991 das „Gesetz über die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik“ (StUG) beschlossen hatte, verfährt die Behörde des Bundesbeauftragten im Umgang mit den Akten nach diesen gesetzlichen Bestimmungen. Sie verwahrt, erfasst und bereitet die Unterlagen für die Verwendung auf. So kann u.a. auch die Einsicht in Akten für die Forschung zum Zwecke der politischen und historischen Aufarbeitung der Tätigkeit des MfS sowie zum Zwecke der politischen Bildung beantragt werden (§ 32 StUG).

1994 regte Dr. Mielke, der seit 1965 als Mitarbeiter der MAM und der Medizinischen Fakultät der Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg tätig ist, beim Bürgerkomitee Sachsen-Anhalt e.V. an, bei der Behörde des Bundesbeauftragten einen Forschungsantrag „Die Medi-

zinische Akademie Magdeburg und das MfS“ einzureichen. Im November des Jahres 1995 erhielten die Autoren dann in der Außenstelle des BStU die erste Akteneinsicht.

2. Das Forschungsprojekt

Ziel der Untersuchung sollte es sein, die Ziele, Zielgruppen und Maßnahmen des MfS im „Beobachtungsobjekt“ MAM darzustellen und die dafür geschaffenen Strukturen offenzulegen. Zuständig für die „Sicherung des Objektes“ waren zwei Referate der Abteilung XX der MfS-Bezirksverwaltung (BV) Magdeburg (XX/1 und XX/3), weil die MAM sowohl zu den Hochschulen als auch zum öffentlichen Gesundheitswesen zählte.

Wir glaubten, diese Untersuchungen in überschaubarer Zeit abschließen zu können, zumal der ehemalige Referatsleiter der Abteilung XX/1 der MfS-Bezirksverwaltung Magdeburg, Major Klaus-Dieter Arndt, vor dem Bürgerkomitee der MAM äußerte, dass unter den über 5000 Beschäftigten der Akademie nur ca. 30 IM vorhanden wären. Hinzu kam, dass in der Stasi-Akte von Dr. Mielke ein Auskunftsbericht zu seiner Person vorhanden war, der mit dem Decknamen „Dirk Heuer“ unterzeichnet war. Aus der Opferakte eines ehemaligen Mitarbeiters der MAM konnten wir entnehmen, dass es sich bei „Dirk Heuer“ um einen „hFIM“² handelte. In dessen Akte fanden wir eine große Anzahl von weiteren Decknamen Inoffizieller Mitarbeiter des MfS, deren Unterlagen uns später in vielen Fällen vom BStU zur Einsicht vorgelegt werden konnten. Da der hFIM gleichzeitig andere FIM anleitete und kontrollierte, wurde uns erstmals ein Teil des Beobachtungsapparates bekannt. Es ergab sich damit die Notwendigkeit, auch diese FIM-Systeme offenzulegen. Gleichzeitig sollten von den an der MAM bearbeiteten zahlreichen „Operativen Vorgängen“ (OV) zwei typische, abgeschlossene Verfahren ausführlich dargestellt werden.

² hFIM = hauptamtlicher Führungs-IM. Es handelt sich um einen vom MfS bezahlten, konspirativ tätigen Mitarbeiter. In diesem Falle war er als „Sachbearbeiter“ in die Kaderabteilung der MAM eingeschleust worden und „steuerte“ andere FIM und IM in der MAM und dem Gesundheitswesen des Bezirkes Magdeburg

Nachdem uns im Laufe der Bearbeitung der Unterlagen auch zahlreiche Inoffizielle Mitarbeiter anderer Abteilungen der BV Magdeburg bekannt wurden, wie z.B. der Abt. II (Spionageabwehr) oder der Hauptverwaltung Aufklärung (HVA, Auslandsespionage, in der BV Abt. XV genannt), mussten dazu weitere Recherchen angestellt werden. Alle diese IM trafen sich mit ihren Führungsoffizieren oder den FIM in konspirativen Wohnungen (KW), deren angebliche Anzahl im offiziellen Auflösebericht des Regierungsvertreters der Modrow-Regierung für alle Abteilungen der BV Magdeburg nur mit 48 angegeben war. Eine 1990 in der Berliner Tageszeitung „taz“ veröffentlichte Liste enthält für Magdeburg dagegen 79 KW. Aber allein für die Referate 1 und 3 der Abt. XX wurden uns nach Aktenlage 83 KW bekannt, weshalb wir dafür eine gesonderte Publikation für notwendig hielten.

Unsere Rechercheergebnisse sollten veröffentlicht werden, wobei es sich als erforderlich erwies, eine größere Anzahl der wichtigsten Dokumente der Originalakten als Kopien beizufügen. Die unterdessen seit geraumer Zeit im Gang befindliche öffentliche Darlegung der Fakten aus der MfS-Geschichte der Medizinischen Akademie Magdeburg ist durch einige Besonderheiten gekennzeichnet:

- Es werden die Klarnamen der Inoffiziellen Mitarbeiter bekannt gegeben.
- Die Erkenntnisse wurden nicht nur aus den Akten der IM, sondern auch aus einer Vielzahl von Unterlagen gewonnen, die den Autoren von ehemaligen Studenten oder Mitarbeitern der MAM aus ihren Opferakten zur Verfügung gestellt wurden. Nur so war es manchmal möglich, die Identität einiger IM aufzuklären oder Fälle von Patientenverrat aufzudecken.
- Den Publikationen sind oft zahlreiche Kopien der Originalunterlagen beigelegt. Es wird damit dem Leser ermöglicht, sich ausführlicher über die im eigentlichen Text z.T. nur knapp dargestellten Fakten zu informieren, denn es wurde uns gegenüber wiederholt der Wunsch geäußert, Dokumente im Original lesen zu können. Der eine oder andere Band kann so auch Interessenten als Nachschlagewerk dienen. Die Auswahl der eindeutigen Dokumente aus dem Gesamtmaterial belegt die gezogenen Schlussfolgerungen und führte dazu, dass Versuche von „Verleumdungsklagen“ seitens der Täter ausblieben. Die vereinzelt anderen Ortes geäußerte

Kritik des „Weniger wäre mehr gewesen“ halten wir dagegen nicht für gerechtfertigt. Primär ist diese Aufarbeitung nicht für Historiker gedacht, sondern für einen großen Kreis von Interessenten aus Kreisen der Mediziner Deutschlands.

Im Einzelnen wurden bisher die folgenden sieben Komplexe untersucht und publiziert:³

Band 1: Operativer Vorgang „Labor“

Anhand dieses Vorgangs wird exemplarisch das enge Zusammenspiel zwischen den Organen der SED, der staatlichen Leitung der Medizinischen Akademie Magdeburg und dem MfS gezeigt.

Ein Jahr nach der Gründung der MAM wurde in Greifswald die Medizinische Fakultät der Ernst-Moritz-Arndt-Universität in eine Bildungsstätte für Militärärzte umgewandelt. Studenten, die nicht bereit waren, die militärische Laufbahn einzuschlagen, wurden zwangsweise in andere Hochschulen umgesetzt. Im März 1955 protestierten deshalb zahlreiche Studenten in Greifswald gegen diese Willkürmaßnahme, worauf neun von ihnen wegen sogenannter Rädelsführerschaft verhaftet und zu Zuchthausstrafen bis zu acht Jahren verurteilt wurden. Die Umsetzung der anderen Studenten erfolgte planmäßig, so auch an die MAM. Alle „Greifswalder“ waren deshalb für die Sicherheitsorgane bereits „verdächtig“.

Bei einem Treff mit seinem Führungsoffizier, dem Oberfeldwebel Gisela Rätzel der MfS-Bezirksverwaltung Magdeburg im April 1957 berichtete der IM „Zarlino“ (ein leitendes Mitglied der evangelischen Studentengemeinde) u.a., dass einer der Greifswalder Studenten die Versammlungen der ESG nicht mehr besuche, weil sie ihm „zu lahm“ wären. Ähnliche Informationen eines anderen IM an den gleichen Führungsoffizier ließen diesen vermuten, dass dieser „Greifswalder“ eine „Gruppe“ aufbaut, die es zu „zerschlagen“ galt. Die Studenten aus Greifswald wurden ab sofort zielgerichtet beobachtet, der dazu ange-

³ Vgl. Ulrich Mielke/Klaus Kramer: Forschungshefte „Die Medizinische Akademie Magdeburg und das Ministerium für Staatssicherheit“ 1-7, hrsg. von Bürgerkomitee Sachsen-Anhalt, Magdeburg 1997 – 2000. Bezug bei: Historisches Dokumentationszentrum des Bürgerkomitees Sachsen-Anhalt e.V., Umfassungsstr. 76/Am Moritzplatz, 39124 Magdeburg.

legte „Überprüfungsvorgang“ erhielt den Decknamen „Labor“. Rätzel arbeitet einen ausführlichen Operativplan zur Aufklärung aller Aktivitäten dieser Studenten aus.

Im Laufe der Ermittlungen wird dem MfS zufällig bekannt, dass unter Studenten in der Zeit des Ungarn-Aufstandes 100,- Mark Spendengelder gesammelt und an eine heute nicht mehr feststellbare Adresse nach Westberlin gebracht wurden. Auch diese Aktivität hat man später den Greifswalder Studenten zur Last gelegt.

Weiter wurde festgestellt, dass die inzwischen aus 18 Mitgliedern bestehende Gruppe anlässlich des Jahrestages der Ereignisse in Greifswald eine Zusammenkunft durchgeführt hat, auf der eine Satzung des Bundes der ehemaligen Greifswalder Studenten in Marburg/Lahn verlesen wurde. Darin soll angeblich auch die Forderung enthalten gewesen sein, gegen das Terrorregime in Mitteldeutschland anzukämpfen.

Aktivitäten dieser Studenten gegen ihnen verhasste oder unliebsame Vorlesungen oder gegen unsympathische Dozenten, die sich z.B. in unruhigem Verhalten während der Vorlesungen oder der Ablehnung des Dozenten als Prüfer äußerte, wurden nun als Sabotageakt gewertet.

Alle unter dem Einsatz einer größeren Zahl von IM vorgenommenen Überwachungs- und Kontrollmaßnahmen hatten das Ziel, die Studenten zu disziplinieren. Dazu diene auch eine in Szene gesetzte Veranstaltung für das 5. Studienjahr kurz nach der Verhaftung von vier Studenten. Der Prorektor für Studienfragen, Prof. Dr. sc. med. Matthies (IM „Kropnatel“) gab eine Einschätzung der „feindlichen Tätigkeit“ der Verhafteten. Das wörtlich ausgearbeitete Manuskript für seine Rede erhielt er drei Tage vor der Veranstaltung vom MfS, das den Text in einer Beratung mit dem 1.Sekretär der SED-Bezirksleitung abgestimmt hatte.

Im Ergebnis des Operativen Vorganges „Labor“ wurden die vier verhafteten Studenten zu Zuchthausstrafen zwischen einem Jahr sechs Monaten und zwei Jahren drei Monaten verurteilt, andere Beteiligte wurden durch Beschluss der Disziplinarkommission „zur Bewährung“ in die Produktion versetzt.

Diese Publikation enthält die wesentlichen Teile des Vorganges einschließlich einer Zusammenfassung der vom MfS im Abschlußbericht aufgelisteten „Verbrechen“. Angaben zu den im Vorgang einge-

setzten hauptamtlichen und inoffiziellen Mitarbeitern des MfS schließen den Band ab.

Band 2: Der Vorgang Prof. Dr. med. habil. Linke= und als IM tätige Leitungskader der MAM

Der Professor mit Lehrauftrag Dr. med. habil. Horst Linke war Leiter der angiologischen Abteilung der Medizinischen Klinik der MAM. Er hielt 1971 auf dem Jahreskongress für Ärztliche Fortbildung in Dresden einen vielbeachteten Vortrag über „Therapiestandards und ärztliche Entscheidung“.

Vom Direktor der Akademie für ärztliche Fortbildung Berlin, Prof. Winter, wurde er daraufhin der Nähe zur Euthanasie und der Verbreitung bürgerlicher Ideologien beschuldigt. Auf Veranlassung von Prof. Winter inszenierte die SED-Leitung der MAM 1972 ein „Strafkolloquium“ gegen Prof. Linke, zu dem vorwiegend SED-Mitglieder des Lehrkörpers geladen waren. Prof. Linke wurde danach die Ausbildung von Studenten untersagt, seine Funktion in der Klinikleitung erheblich eingeschränkt. Neun Monate später verließ Prof. Linke die DDR anlässlich eines Kongressbesuches in Wien, den er erst nach massivem Protest beim Ministerium für Hoch- und Fachschulwesen gegen die Ablehnung durch die MAM hatte antreten können.

Danach wurde gegen ihn ein Ermittlungsverfahren eingeleitet und ein Haftbefehl erlassen, sein Ruf in der Öffentlichkeit systematisch verunglimpft und sogar seine wissenschaftlichen Verdienste in 20-jähriger Tätigkeit an der MAM in Abrede gestellt. Man genierte sich nicht einmal, seinen Namen in den Festschriften zu Jubiläen der MAM fortzulassen.

Seine in der DDR verbliebene Frau und Tochter wurden zeitweise überwacht, ihr Telefon abgehört und die Post kontrolliert. Ausreiseträger der Familienangehörigen von Prof. Linke wurden nicht genehmigt. Es gelang ihnen trotzdem, 1973 ebenfalls in den Westen zu entkommen. Das führte zu einem zweiten Haftbefehl gegen Prof. Linke, diesmal wegen sogenannten „Menschenhandels“. Zwei mit Linkes befreundete Ehepaare sowie ein Student wurden der Mitwisserschaft verdächtigt, verhaftet und verurteilt.

Durch den Minister für Wissenschaft und Forschung des Landes Sachsen-Anhalt wurde Prof. Linke im Jahre 1994 rehabilitiert. Dieses Schreiben war allerdings die einzige Art der Ehrenrettung für ihn.

Im Band 2 werden neben persönlichen Dokumenten von Herrn Prof. Linke, die er den Autoren zur Verfügung stellte, auch diejenigen Leitungskader der ehemaligen MAM dargestellt, die als Inoffizielle Mitarbeiter des MfS erheblichen Anteil an der Verfolgung von Prof. Linke und anderen Personen besaßen.

Band 3: Operativer Vorgang „Versuch“

In den Jahren 1967/68 traten im Institut für Pharmakologie und Toxikologie der MAM bei einem Forschungsvorhaben für das Ministerium für Nationale Verteidigung (MfNV) der DDR Störungen auf. Unbekannte ließen Versuchstiere sterben, schalteten Kühlschränke mit wichtigen Laborchemikalien ab, Geräte wurden unbrauchbar gemacht, und Forschungsunterlagen kamen abhanden.

Der mit der Forschung beauftragte Oberarzt war Offizier der Nationalen Volksarmee und gleichzeitig Inoffizieller Mitarbeiter der Staatssicherheit. Er war beauftragt, Toxine zu erforschen, die eine enorme Bedeutung bei einer eventuellen chemischen Kriegsführung besitzen könnten.

Das Referat XX/3 der MfS-Bezirksverwaltung Magdeburg leitete 1967 zuerst einen „Operativen Vorlauf“ ein, der dann zu einem Operativen Vorgang erweitert wurde. Im Verlauf der Ermittlungen grenzte man die mögliche Täterschaft auf 11 Personen aus dem Institut ein, die dann einer weiteren „Aufklärung“ unterzogen wurden. Sie erstreckte sich sowohl auf deren jeweiligen Arbeitsbereich als auch auf den der persönlichen Freizeit, die Hobbys bis hin zur Kontrolle ihrer Privatkonten. Eingesetzt waren dabei neben dem (IM-) Institutsdirektor und weiteren IM aus dem Institut auch Inoffizielle Mitarbeiter anderer Abteilungen des MfS, die in den Wohngebieten der Verdächtigen ansässig waren. Die umfangreichen „Operativpläne“ brachten allerdings kein Licht in die Angelegenheit, so dass der Vorgang ab Mai 1969 „ruhte“. Sechs Jahre später wertete ein Mitarbeiter der MfS-Abt. XX die Ergebnisse der Untersuchung noch einmal kritisch aus. Er kam zu dem Schluss, dass zahlreiche Fehler bei den Ermittlungen gemacht wurden, wodurch der Täter nicht personifiziert wurde. Dass

eine Person „feindlich tätig“ gewesen sein musste, schien für den Auswerter klar auf der Hand zu liegen, denn so viele „zufällige“ Störungen seien in Frage zu stellen. Da inzwischen aber fast alle der ehemaligen Verdächtigen das Institut verlassen hatten und keine weiteren Störungen auftraten, wurde der Vorgang abgeschlossen, die Unterlagen archiviert. Der mögliche Verdacht der Mittäterschaft wurde auf einen Diplom-Chemiker des Institutes gelenkt, der wegen eines Ausreiseantrages verdächtigt wurde, einen möglichen ungesetzlichen Grenzübertritt vorzubereiten und staatsfeindliche Verbindungen aufgenommen zu haben. Was lag da näher, als auch noch den Verdacht der Spionage hinzuzufügen und ihn im OV „Chemiker“ zu bearbeiten? Unter den auf ihn angesetzten IM befand sich auch der IMS „Roland Winkel“, der Vorgesetzte des im OV bearbeiteten Wissenschaftlers.

Im Band 3 findet der Leser die einzelnen Phasen der Untersuchung des Vorganges an Hand der Aktenlage des BSTU, es konnten dazu auch die Unterlagen zu den IM ausgewertet werden. Zu ihnen liegen eindeutige Dokumente der Zusammenarbeit mit dem MfS vor, auch wenn z.B. der IM „Wilfried Germer“ noch 1992 anlässlich seiner Entlassung aus der MAM in einem Zeitungsinterview diese Tätigkeit bestritt. Die Akten des verantwortlichen Forschungsleiters fehlten jedoch, denn er war IM der Abt. XV; sie wurden erst jüngst aufgefunden.

Band 4: Die FIM-Systeme der Medizinischen Akademie Magdeburg (Teil 1 und 2)

Dieser zweiteilige Band ist der umfangreichste Teil der Publikationsreihe. Hier wird das System der Informantenführung dargelegt, das von einem hauptamtlichen Führungs-IM (hFIM) geleitet wurde. Er „führte“ bis zu 38 IM direkt und leitete fünf weitere FIM unmittelbar an. Für diese Arbeit standen ihm zehn konspirative Treffquartiere zur Verfügung.

Einleitend werden die Bezeichnungen für die einzelnen Kategorien der Inoffiziellen Mitarbeiter dargelegt, die sich in den Jahren 1950-1980 veränderten. Weiter wird der Leser über die Anforderungen informiert, die Erich Mielke an die Arbeit mit den FIM-Systemen und die „Qualifikation der FIM“ stellte. Zwei Dokumente der MfS-

BV Magdeburg geben dafür einen Einblick: Es handelt sich um die „Konzeption zur langfristigen Sicherung [...] der MAM [...]“ von 1985 und den „Bericht [...] zu ausgewählten Fragen der Gestaltung der IM-Arbeit [...] in der Abt. XX/1 und XX/3“ von 1989 (s. Bd. 4/1, Seite 12-44).

Im Anschluss daran werden die 15 FIM-Systeme erläutert, die von 1954-1989 für die MAM unterschiedlich lange im Einsatz waren; von 13 FIM konnten die Klarnamen ermittelt werden. Von besonderer Bedeutung ist dabei die ausführliche Dokumentation zum hFIM „Dirk Heuer“, dessen berufliche Entwicklung, seine erste Zusammenarbeit mit dem MfS und der schriftlichen Arbeitsvereinbarung bis hin zu seiner, vom MfS gesicherten Perspektive nach dem Ausscheiden aus dem „aktiven Dienst“ im Jahre 1989 systemtypisch ist.

Ein ausführliches Register der Deck- und Klarnamen mit Findhinweisen auf die betreffenden Dokumente beschließt den Band 4.

Band 5: Das Wirken der HVA in der Medizinischen Akademie Magdeburg

Die von ehemaligen leitenden Mitarbeitern der Hauptverwaltung Aufklärung (HVA) immer wieder aufgestellte Behauptung, dass ihre Mitarbeiter „nur“ Informationen im Ausland sammelten, um einer Bedrohung der DDR zuvorzukommen, ist inzwischen durch umfangreiche Erkenntnisse widerlegt. Die IM der Abteilungen XV (wie die Dienst-einheiten der HVA in den MfS-BV'en genannt wurden) erfüllten ebenso bereitwillig ihnen erteilte Aufträge bei der Ausspähung von Bürgern ihres eigenen Landes.

In den Vorbemerkungen zum Band 5 wird auf die Zusammenarbeit zwischen den „Abwehreinheiten“ (in der DDR tätig) und den „Aufklärem“ (HVA) eingegangen, danach kurz die Entwicklung und Struktur der HVA erläutert. Eine Besonderheit bilden die verschiedenen Kategorien der IM der Abt. XV, deren Aufgaben und Bezeichnungen sich von denen anderer Abteilungen des MfS unterscheiden.

Die in den Unterlagen des BStU aufgefundenen 13 IM der Abt. XV bzw. der HVA, die in der MAM platziert waren, lassen sich bisher nicht immer eindeutig personifizieren. Alle diesbezüglichen HVA-Unterlagen wurden bekanntlich bis zum Juni 1990 von den Mitarbeitern des Geheimdienstes offiziell komplett vernichtet. Von

uns in den anderen Akten aufgefundene Hinweise lassen aber zu, ihre Arbeitsstätten in der MAM und z.T. auch ihre Identitäten eindeutig festzustellen.

Inzwischen sind uns nach Drucklegung von Bd. 5 sechs weitere „Quellen“ (MfS-interne Bezeichnung von IM der Abt. XV gegenüber den anderen Dienst-einheiten) bekannt geworden, so dass eine spätere Ergänzung dieses Bandes erfolgen muss. Möglicherweise ergibt auch die Auswertung der SIRA-Datei (System Information, Recherche und Auswertung der HVA), von der einige Magnetbänder zufällig der Vernichtung entgangen sind und beim BStU entschlüsselt werden konnten, weitere Hinweise. Sie kann zusammen mit der sog. „Rosenholz“-Datei⁴ ggf. noch für Überraschungen sorgen.

Band 6: Das Wirken der Spionageabwehr

Einleitend wird dargestellt, dass neben den IM der Abteilung XX, die naturgemäß den größten Anteil der Informanten des MfS an der MAM ausmachten, auch die Abt. II (Spionageabwehr) in unterschiedlichen Zeiträumen über 15 Inoffizielle Mitarbeiter verfügte, von denen zwei sogar direkt von der Hauptabteilung II in Berlin geführt wurden. Die Abteilungen II und XX arbeiteten begrenzt zusammen, wie sich am einem Beispiel des Operativ-Vorlauf „Resident“ nachlesen lässt (Anlage 1 zum Bd. 5).

Weil die Spionageabwehr des MfS sich hauptsächlich mit der Überwachung der Diplomatischen Vertretungen anderer Staaten, speziell des westlichen Auslandes, zu befassen hatte, verwundert es zunächst, dass eine solche „Abwehr“-Abteilung in einer medizinischen Einrichtung wirkte. Doch brachte die besondere Lage des Bezirkes Magdeburg mit der längsten Westgrenze sowie eines Teiles der Trans Autobahn nach Westberlin vermehrt Kontakte zu Bürgern der Bundesrepublik mit sich. Die medizinische Versorgung nach Unfällen erfolgte in den meisten Fällen durch die MAM. Bei der Betreuung der Angehörigen, z.T. direkt über die Botschaften der betreffenden Länder, ergaben sich für die IM gute Möglichkeiten zur „Kontaktaufnahme“ und sogar zur Ausspähung von Botschaftsangehörigen.

⁴ „Rosenholz“-Datei: im Verlaufe einer Aktion „Rosewood“ in die USA gelangte Klarnamen-Datei von HVA-Agenten. Sie soll dem BStU als Kopie übergeben werden.

Je nach Aktenlage wird jeder der 15 IM in seiner Tätigkeit für das MfS dargestellt und Dokumente vorgelegt.

Besonderes ausführlich sind die Erkenntnisse zum IM „Erich A-melung“ dargelegt, der als langjähriger Funktionär und Stellvertreter des Direktors für medizinische Betreuung der MAM viele Aufgaben für die MfS-Abt. II erfüllte. Einer der Führungsoffiziere war dabei der MfS-Major Gallrein, dessen Werdegang im Anhang zu finden ist.

Band 7: Konspirative Wohnungen der Bezirksverwaltung für Staatssicherheit Magdeburg

Die im offiziellen Bericht zum Stand der Auflösung des ehemaligen Bezirksamtes für Nationale Sicherheit (AfNS)⁵ des damaligen Regierungsvertreter Dr. Stranz vom 20.1.1990 in der Anlage 8 aufgeführte Zahl von 48 Konspirativen Wohnungen (KW) für die BV Magdeburg war schon damals unglauwbüdig. Bei unseren Recherchen fanden wir allein für die Abt. XX/1 und XX/3 nahezu doppelt so viele (83) KW. Es handelte sich bei diesen konspirativen Treffquartieren sogar meist um eine langjährige Nutzung.

Einleitend zum Band 7 wird zusammenfassend auf die MfS-internen Bestimmungen zur Schaffung von geheimen Trefforten eingegangen. Im Laufe des Bestehens des MfS wurden dabei immer mehr verfeinerte konspirative Methoden zur Nutzung von KW angewendet. Die Werbung und Dokumentation der Führung von IMK/KW⁶ wurde dabei mehr und mehr an die anderer IM angeglichen.

Die von uns in den IM-Akten als Treffquartiere aufgefundenen KW werden im Band 7 mit ihren Decknamen aufgelistet und, soweit zu ermitteln, ihre Inhaber und die Nutzungsdauer genannt. Konnten bis zur Drucklegung die Akten zur KW nicht aufgefunden werden, sind die Quellen benannt, durch die ihre Existenz bekannt wurde. Weitere 35 KW (Decknamen) anderer Dienstseinheiten fielen bei der Durchsicht der BStU-Unterlagen zufällig an, sie sind in den meisten

⁵ Aus dem MfS versuchte die Modrow-Regierung, ein AfNS zu bilden, das zwar mit geringfügig vermindertem Personal, dieses aber rekrutiert aus den alten Mitarbeitern tätig sein sollte.

⁶ IMK/KW: Inoffizieller Mitarbeiter für Konspiration/konspirative Wohnung, so die letzte Bezeichnung für die oder den Inhaber einer KW.

Fällen der Abt. II zuzuordnen, ohne dass dazu nähere Angaben gemacht werden können.

Anschließend werden 32 ausgewählte KW in ihrem Werdegang beschrieben, um die Vielzahl der Werbewege und der Führung der IMK/KW zu zeigen. Die Registrier- und die Archiv-Nummern zeigen den Anfang und das Ende der Tätigkeit der IM an. Soweit nachweisbar, sind die finanziellen Zuwendungen an die Wohnungsbesitzer genannt. Welche IM sich mit ihren Führungsoffizieren trafen, ist am Ende der Kurzbiographie bzw. im „WKW-Schema“ („Wer kennt Wen“) der Akte nachzulesen.

Eine Besonderheit stellt das Konspirative Objekt (KO) „Dom“ dar, das nur von MfS-Mitarbeitern für konspirative Treffs verwaltet und betrieben wurde. Es erhielt seine „legale Abdeckung“ in jeder Form als Einrichtung der Deutschen Post. Es wurde daher etwas ausführlicher dargestellt.

Ausblick:

Durch U. Mielke werden noch in diesem Jahr zwei weitere Bände zur Publikation vorbereitet. Darin werden die Führungsoffiziere des MfS für die MAM behandelt (Bd. 8) und die Ergebnisse der Untersuchungen zu „Reisekadern“ der Akademie dargelegt (Bd. 9). Im Band 10 wird über Erkenntnisse zu Studenten-IM berichtet. Ein Ergänzungs- und Registerband schließlich wird die Reihe „Die Medizinische Akademie und das MfS“ abschließen. Danach plant der Autor, das Wirken des MfS in anderen Bereichen des Gesundheits- und Sozialwesens des Bezirkes Magdeburg zu untersuchen.

Westdeutsche Hochschulen geheim: z.B. die Wirtschaftshochschule/Universität Mannheim im Kalten Krieg und danach¹

Oliver Benjamin
Hemmerle
Mannheim

1. Eine "missing dimension" der Universitätsgeschichts- schreibung?

"[...] CIA operatives with academic cover have worked extensively on campuses around the world",² heißt

es einleitend in dem Aufsatz "Students, Scholars, and Spies: The CIA on Campus", der 1989 in dem der amerikanischen Bürgerrechtsbewegung zuzurechnenden *Covert Action Information Bulletin* erschien. Das Thema hat im angelsächsischen Bereich längst die Sphäre linksradikal-libertärer Aktivisten verlassen, der Kalte Krieg³ und die nach-

¹ Stark gekürzte Version der Schrift: Oliver Benjamin Hemmerle. Was *nicht* im Rektorsbericht stand: Wirtschaftshochschule/Universität Mannheim geheim – Annotationen zur Geschichte der Wirtschaftshochschule/Universität Mannheim im Kalten Krieg und danach. Mannheim 2001

² Robert Witaneck. Students, Scholars, and Spies: The CIA on Campus. o.O. o.J. [Sonderdruck "from Covert Action Information Bulletin, Winter 1989"]

³ Vgl. z.B.: Jane Sanders. Cold war on the campus - academic freedom at the University of Washington 1946-64. Seattle 1979; Lionel S. Lewis. The Cold War and academic governance - the Lattimore case at John Hopkins. Albany 1993; Joel Kotek. Students and the Cold War. New York 1996; Noam Chomsky. The Cold War & the university - toward an intellectual history of the postwar years. New York 1997; Rebecca S. Lowen. Creating the Cold War university - the transformation of Stanford. Berkeley 1997; Christopher Simpson (Hg.). Universities and Empire: money and politics in the social sciences during the cold war. New York 1998; Thomas F. Richards. The cold war within American higher education - Rutgers university as a case study. Raleigh 1999; Timothy Glander. Origins of Mass Communications Research during the American Cold War: Educational effects and contemporary implications. Mahwah 2000

richtendienstlichen Aktivitäten an Hochschulen⁴ sind das Objekt wissenschaftlicher Forschung geworden. Demgegenüber gibt es für das westliche Kontinentaleuropa kaum entsprechende Literatur, die intensive Beschäftigung in der Bundesrepublik mit dem MfS-Engagement an DDR-Hochschulen bildet hier eine Ausnahme,⁵ die sich nur durch die spezifische Situation in der DDR 1989/90 und der damit verbundenen Öffnung der MfS-Akten ("Gauck-Behörde") erklären läßt. Auch die Erforschung der nachrichtendienstlichen Instrumentalisierung der Hochschulen im "3. Reich" steckt noch in den Kinderschuhen.⁶ Dem Thema "Hochschule und Kalter Krieg" für US-

⁴ Vgl.: Robin W. Winks. Cloak & Gown – Scholars in the Secret War 1939-1961. New York 1987; Sigmund Diamond. Compromised Campus – The collaboration of the universities with the intelligence community, 1945-1955. New York 1992; Frances Stoner Saunders. Who paid the piper? – The CIA and the cultural Cold War. London 1999; Andrew Boyle. Ring der Verräter – Fünf Spione für Rußland. Hamburg 1980; Richard Deacon. The Cambridge Apostles - A history of Cambridge University's élite intellectual secret society. London 1985

⁵ Vgl. z.B.: Rainer Schottlaender. Das teuerste Flugblatt der Welt – Dokumentation einer Großfahndung des Staatssicherheitsdienstes an der Berliner Humboldt-Universität. Berlin 1993; Gerhard Kluge und Reinhard Meinel. MfS und FSU – Das Wirken des Ministeriums für Staatssicherheit an der Friedrich-Schiller-Universität Jena. Erfurt 1997; André Gursky. Vorgang "Riga" – Die "Bearbeitung" eines evangelischen Studentenpfarrers 1953 in Halle (Saale) durch das Ministerium für Staatssicherheit. Magdeburg 1998; Eberhard Jäger und Hendrike Raßbach. Struktur und Arbeitsweise des MfS an der Ingenieurschule für Maschinenbau Schmalkalden (1980-1990) – (Forschungsbericht). Erfurt 1998; Michael Feige. Vietnamesische Studenten und Arbeiter in der DDR und ihre Beobachtung durch das MfS. Magdeburg 1999; Gerhard Kluge (Hg.). Der "NATO-Professor" Walter Brödel. Erfurt 1999; ferner für das Spezialhochschulwesen des MfS in der DDR z.B.: Günter Förster. Die Dissertationen an der "Juristischen Hochschule" des MfS. Eine annotierte Biblio-graphie. Berlin 1994; Günter Förster. Die Juristische Hochschule des MfS [= MfS-Handbuch, Teil III/6]. Berlin 1996; Günter Förster. Bibliographie der Diplomarbeiten und Abschlusarbeiten an der Hochschule des MfS. Berlin 1998

⁶ Vgl. z.B.: Lutz Hachmeister. Der Gegnerforscher – Die Karriere des SS-Führers Franz Alfred Six. München 1998 [das ansonsten ausgezeichnete Buch gibt sich für die Verbindungen von Six zur "Organisation Gehlen" bzw. zum BND m.E. viel zu zurückhaltend (vgl.: S. 305); diesbezüglich wesentlich hilfreicher: Andreas von Bülow. Im Namen des Staates - CIA, BND und die kriminellen Machenschaften der Geheimdienste. München 2000. S. 384f.]; ferner: Gideon Botsch: "Geheime Ostforschung" im SD – Zur Entstehungsgeschichte und Tätigkeit des "Wannsee-Instituts" 1935-1945. In: *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft*. Berlin 2000. S. 509-524; diesbezügliche Hinweise im Fall "Schneider/Scherte" enthält auch: AutorInnenkollektiv für Nestbeschmutzung. Schweigepflicht – Eine Reportage – Der Fall Schneider/Schwerte und

amerikanische und westeuropäische Hochschulen kann man sich dabei m.E. unter 3 Stichwörtern annähern: (1.) "Säuberungen", (2.) Einfluß auf Lehr- und Forschungsinhalte und (3.) Instrumentalisierung für geheimdienstliche und militärische Zwecke.

2. Wirtschaftshochschule/Universität Mannheim als Rekrutierungsfeld West (BND)

2.1. Studierende

Im Jahre 1998 wurde ein ehemaliger BWL-Student der Wirtschaftshochschule Mannheim mit einer der sensibelsten Aufgaben betraut, die die Bundesrepublik Deutschland in ihrem Verwaltungsapparat zu vergeben hat: Der damals 62-jährige Siegfried Barth (Deckname: "Imhorst") wurde Vizepräsident des Bundesnachrichtendienstes.⁷ Nun läßt sich zumindest für den Autor nicht rekonstruieren, welche Karrierepfade den in Mannheim diplomierten Betriebswirt in die Leitung des deutschen Auslandsnachrichtendienstes führten bzw. wie er mit dieser Institution in Kontakt kam. Aus den Memoiren des BND-Mitarbeiters und KGB-Spions Heinz Felfe geht allerdings hervor, daß der BND schon in den 1950er Jahren an deutschen Universitäten im Allgemeinen und an der Mannheimer Wirtschaftshochschule im Besonderen auf Nachwuchssuche ging:

"Für die Arbeit mit Wissenschaftlern und Studenten war in der Zentrale des Bundesnachrichtendienstes ein gewisser Dr. Mommert verantwortlich. Er leitete den Sektor 'Basis West/Hochschularbeit' [...]. Über seinen Tisch liefen alle Studenten und Wissenschaftler betreffenden Hinweise, die im gesamten BND anfielen. Er hatte das Recht, mehr oder weniger mitzuentcheiden, ob Personen an den Universitäten erworben oder deren Personalakten dem BfV oder MAD überlassen wurden. Seit 1959/60 lieferte der 'Sektor Hochschularbeit' das Gros der neu angeworbenen Spione. Vor Ort befaßten sich spezielle Niederlassungen des Bundesnachrichtendienstes mit der Bearbeitung der Hochschulen, so etwa [...], das] Inkasso-Institut/Köln [...], mit der] Wirtschaftshochschule Mannheim [...]. Hauptziel der geheimdienstlichen Hochschularbeit war die Anwerbung

andere Versuche, nationalsozialistische Kontinuitäten in der Wissenschaftsgeschichte aufzudecken. Münster 1996

⁷ Vgl.: ap/dpa. Zur Person - Siegfried Barth. In: *Frankfurter Rundschau*. Frankfurt 11.9.1998; ferner: rtr. Barth neuer BND-Vizepräsident. In: *Die Welt*. Berlin, 11.9.1998, S. 2

von Personen aus dem 'Hochschulsektor West' als

- Kontaktabnehmer im In- und Ausland zu Personen aus dem 'Hochschulsektor Ost',
- Reise-Quellen,
- Quellen auf Zeit im Inland,
- hauptamtliche Nachwuchskräfte.

Die Abwerbungen umfaßten Studenten, studentische Praktikanten, Jungwissenschaftler (Assistenten, Lektoren) sowie Dozenten und Professoren. Über die Anwerbung von hauptamtlichen Nachwuchskräften ist in der BRD viel geschrieben und geredet worden, besonders als die BND-Mitarbeiter offen und unverföhren an den Hochschulen und Universitäten ihre Werbesprüche klopfen. [...] Andererseits wird über die Allgemeinen Studentenausschüsse (ASTA) [sic!] an den bundesdeutschen und Westberliner Universitäten und Hochschulen in einem BND-Vortrag aus demselben Jahr [1959] festgestellt: '... haben wir gute Erfahrungen gemacht mit ASTA-Funktionären [...].' Der Konzentration der Spionage an den Hochschulen diene auch die spezielle Reservierung von Hochschulplätzen für V-Männer und hauptamtliche BND-Mitglieder. So gab es ab 1959/60 an den bundesdeutschen und Westberliner Hochschulen und Universitäten keinen Bereich mehr, in dem sich der Pullacher Dienst nicht einmischte hatte. Im ganz besonderen Maße traf dies für die Rechtswissenschaften zu.⁸

Nun wäre Felfe als KGB-Spion mit seinen von dem KGB und/ oder dem MfS vermutlich 'redigierten' Memoiren nicht unbedingt ein verläßlicher Zeuge, wenn er nicht durch den in dieser Hinsicht gänzlich unverdächtigen BND-Gründer Reinhard Gehlen bestätigt würde:

"Sobald sich die Möglichkeit bot, habe ich versucht, über Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens neue Mitarbeiter, insbesondere geeignete Nachwuchskräfte für den höheren Dienst, zu gewinnen. Aus zunächst sporadischen Hinweisen entwickelte sich daraus bis zum Ende meiner Amtszeit eine rege und wertvolle Hilfeleistung, die – wie könnte es anders sein – gleichfalls auf Kritik der Öffentlichkeit gestoßen ist. [...] Während meiner Amtszeit haben einige hervorragende Persönlichkeiten, darunter vor allem der verstorbene Professor Bergtraesser [sic!], auf diesem Gebiet besonderes Verständnis gezeigt und große Hilfsbereitschaft erwiesen. Ihnen war klar, daß die für unser Land lebensnotwendige Aufklärung des Dienstes unter den sich ständig verändernden Verhältnissen nur von Mitarbeitern geleistet werden kann, bei denen Vorbildung und Eignung die Qualität bestimmen."⁹

Die Darstellung Felfes wird auch dadurch plausibel, daß das Thema "BND-Anwerbungen an westdeutschen Hochschulen" im Jahre 1968

⁸ Heinz Felfe. Im Dienst des Gegners. Berlin (Ost) 1989. S. 305ff.

⁹ Reinhard Gehlen. Der Dienst - Erinnerungen 1942-1971. Stuttgart 1971. S. 235f.

ausführlich in den Medien debattiert wurde: Ein Oberst "Löffelholz" besuchte damals bundesrepublikanische Hochschullehrer, um von ihnen Hinweise auf Studierende zu erlangen, die für eine mögliche Werbung in Frage kämen. An der Universität Kiel sprach er u.a. den Politologen Michael Freund an, was zu heftigen Protesten des Soziologieprofessors Michael Trappe und des damaligen Rektors Horst Brauner führte.¹⁰ Die Kieler Affäre weitete sich zum Skandal aus, als herauskam, daß Oberst "Löffelholz" von dem prominenten Tübinger Hochschullehrer Theodor Eschenburg eine Liste mit Namen von Professoren erhalten hatte, die für "Tippdienste" bei der Nachwuchsrekrutierung unter Umständen hilfreich sein könnten.

"Eschenburg aber zeigte sich erbost über die gegen ihn gerichtete Kritik. Gewiß, er habe Löffelholz, den er aus dessen Studienzeit kenne, die Namen etlicher Professoren genannt [...]. Doch verstehe er nicht, daß darum soviel Aufhebens gemacht werde. Der Oberst, so Eschenburg, habe mit ihm über die Nachwuchssorgen des BND gesprochen und gefragt, wo qualifizierte Hochschulabsolventen als künftige Mitarbeiter des deutschen Abwehridienstes gesucht werden könnten. Dabei habe er auch auf den Kieler Politologen Michael Freund hingewiesen. [...] Der AstA [der Universität Tübingen; O.B.H.] hält den Historiker [Eschenburg] als Dozenten 'für nicht mehr tragbar'. Ein AstA-Sprecher: Wir erwarten, daß Eschenburg nach Bekanntwerden seiner Verbindungen zum Bundesnachrichtendienst seine Konsequenzen zieht, 'andernfalls verlangen wir die Zwangs-emeritierung'.¹¹

Zu derlei Konsequenzen oder einer grundsätzlichen Debatte oder Klärung der Frage, ob der BND an bundesrepublikanischen Hochschulen auf diese Weise werben sollte oder nicht, kam es im Spätjahr 1968 allerdings nicht. Ein Bonner Regierungsdementi solcher Vorgänge vom Oktober 1968 hatte sich durch die geschilderten Vorgänge zwei Monate später als obsolet erwiesen.¹² Die Anwerbepraxis des BND wurde aber offensichtlich zunächst weitergeführt,¹³ da z.B. Gabriele Gast,

¹⁰ Vgl.: dpa. Spionageabwehr - BND wollte wieder Studenten in Kiel anwerben. In: *Die Welt*. Hamburg 4.12.1968. S. 6

¹¹ O.A. Bundesnachrichtendienst - Studenten fordern den Rücktritt Professor Eschenburgs. In: *Die Welt*. Hamburg 7.12.1968. S. 5

¹² Vgl.: AP. Bonn: Keine Spionageaufträge für Wissenschaftler. In: *Süddeutsche Zeitung*. München 10.10.1968. S. 5

¹³ Für BND-Werbungen im akademischen Bereich vgl. auch: Waldemar Markwardt. *Erlebter BND - Kritisches Plädoyer eines Insiders*. Berlin 1996. S. 201ff.; Udo Ulfkotte. *Verschlußsache BND*. München 1998. S. 229ff.

eine Doktorandin des Aachener Professors und Osteuropa-Experten Klaus Mehnert, wenige Jahre später auf ähnliche Weise ihre Karriere beim BND begann,¹⁴ allerdings war sie – Mehnert und dem BND unbekannt – schon vorher im Laufe der Recherche für ihre Dissertation¹⁵ für das MfS angeworben worden.¹⁶ Später suchte der BND u.a. über das Arbeitsamt seine akademischen Nachwuchskräfte,¹⁷ neuerdings auch über das Internet.¹⁸

2.2. Lehrende¹⁹

Eine Zusammenarbeit zwischen Lehrenden der Wirtschaftshochschule/Universität Mannheim und dem BND, so wie sie in den Fällen Bergsträsser und Eschenburg exemplarisch beschrieben wurde, ist bisher nicht bekannt geworden. Dafür nahm der Mannheimer Ordinarium Rudolf Dolzer als Leiter der Abteilung 6 des Bundeskanzleramtes von März 1992 bis zum März 1996 eine interessante Scharnierfunktion zwischen Politik bzw. Verwaltung und Geheimdienst ein. Hochschulrelevanz erhielt diese Tätigkeit Dolzers dadurch, daß sie eine Station in einer akademischen Karriere war, die ihn vom Max-Planck-Institut in Heidelberg über die Universität Mannheim und deren Rektorat sowie das Bundeskanzleramt (bei gleichzeitigem "Bestandsschutz" für die Mannheimer C4-Stelle) an die Universität Bonn führte. Man darf unterstellen, daß der „Ausflug“ ins Bundeskanzleramt der Versuch einer Karrierefortsetzung außerhalb des akademischen Bereichs war, wobei die Universität als „Sicherheitsleine“ im Falle des be-

¹⁴ Vgl.: Gabriele Gast. *Kundschafterin des Friedens – 17 Jahre Topspionin der DDR beim BND*. Frankfurt 1999. S. 111ff.

¹⁵ Vgl.: Gabriele Gast. Die politische Rolle der Frau in der DDR. Düsseldorf 1973

¹⁶ Vgl.: Gast. *Kundschafterin*. a.a.O. S. 61ff.

¹⁷ Vgl.: O.A. Jobs in Pullach. In: *Der Spiegel* Nr. 35. Hamburg 1982. S. 16

¹⁸ Vgl.: www.bundesnachrichtendienst.de

¹⁹ Die in diesem Kapitel verwendeten Informationen resultieren, soweit nicht andere Quellen angegeben sind, aus den Notizen des Autors bei den entsprechenden öffentlichen Sitzungen des 1. Untersuchungsausschusses des Deutschen Bundestages in der 13. Wahlperiode. Für freundliche Hinweise dankt der Autor Herrn Helmut Lorscheid, Mitarbeiter der Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen für den genannten Untersuchungsausschuß, sowie Frau Ute Vogt, MdB, und ihren Mitarbeitern – die gezogenen Schlußfolgerungen sind, soweit es sich nicht um Zitate handelt, selbstverständlich die des Autors.

rufflichen ‚Scheiterns‘ im politisch-administrativen Bereich beibehalten wurde. Diese ‚fall-back‘-Möglichkeit wurde von Dolzer dann tatsächlich in Anspruch genommen, nachdem es im weiteren Verlauf der sogenannten "Plutoniumaffäre" zu mehreren politischen ‚Bauernopfern‘ im Umfeld des damaligen Kanzleramtsministers Bernd Schmidbauer kam.

Der von Dolzer vorgenommene Funktionswechsel zwischen Hochschule und politisch-administrativer Regierungstätigkeit ist für die Bundesrepublik Deutschland eher ungewöhnlich (professorale Hochschullehrer wechseln in aller Regel lediglich als Parlamentarier oder Minister bzw. Staatssekretäre in die Politik). Im April 1992 meldete der *Uni-Report Mannheim*:

"Prorektor Prof. Dr. Dr. Rudolf Dolzer verläßt das Rektorat[.] Der Mannheimer Jurist, Völker- und Verfassungsrechtler und seit Oktober [19]91 Prorektor der Universität Mannheim, Rudolf Dolzer ist seit dem 15. März [1992] im Bundeskanzleramt in Bonn als Leiter der Abteilung für die Koordination der Geheimdienste tätig."²⁰

Damit wurde Dolzer die ‚rechte Hand‘ des Kanzleramtsministers Schmidbauer, durch den dieser Positionswechsel vermutlich überhaupt zustande gekommen sein dürfte. Die von Dolzer gegen die Prorektorenschaft eingetauschte Abteilungsleiterstelle im Bundeskanzleramt erscheint zunächst von nachrangiger Bedeutung, als Karriere-sprung hätte man wohl eher einen Wechsel als Staatsminister ins Bundeskanzleramt oder Staatssekretär angesehen, so wie es der partielle Schmidbauer-Vorgänger Waldemar Schreckenberg, ein Rechtsprofessor der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften in Speyer, 1982 vollzogen hatte (bis 1989).²¹ Der Wechsel Dolzers auf die subaltern erscheinende Abteilungsleiterstelle läßt sich nur mit der Sensibilität der speziellen Funktion der Geheimdienstkoordination erklären, die wohl als ‚Bewährungsstelle‘ für ‚höhere Weihen‘ angesehen werden muß. Zu einem späteren Aufstieg im eben angedeuteten Sinne kam es allerdings nicht mehr, da die "Plutonium-affäre" einige politisch-administrative Karrieren im Umfeld des

²⁰ O.A. Prorektor Prof. Dr. Dr. Dolzer verläßt das Rektorat. In: *Uni Report* Nr. 2. Mannheim 1992. S. 1

²¹ Vgl.: foev.dhv-speyer.de/foev/pages/mainpages/resumes/schrecke.htm

Staatsministers Schmidbauer vorzeitig beendete – darunter die von Dolzer.²²

3. Wirtschaftshochschule/Universität Mannheim als Rekrutierungsfeld Ost (MFS)

3.1. Studierende

Die Anwerbung westdeutscher Studierender hauptsächlich durch die Hauptabteilung Aufklärung des Ministeriums für Staatssicherheit ist dank der neueren Veröffentlichungen von Hubertus Knabe, einem Mitarbeiter der "Gauck-Behörde", das mit Abstand besterforschte Teilgebiet des Themenkomplexes "Nachrichtendienste und bundesrepublikanische Hochschulen".²³ Knabe konnte die konzeptionelle Vorgehensweise des Ministeriums für Staatssicherheit bei dem Anwerbeunterfangen weitgehend rekonstruieren, obwohl die Quellenlage teilweise ausgesprochen schwierig ist.²⁴ Die exemplarische Einzeldarstel-

²² Vgl. dazu: O.A. Plutonium - Alles rund. *Der Spiegel* Nr. 43. Hamburg 1995. S. 96-99; "i-k". Persönlich. In: *Mannheimer Morgen*. Mannheim 30.4./1.5.1996. S. 28; O.A. Plutonium - "500 gr. aus Moskau". In: *Der Spiegel* Nr. 22. Hamburg 1996. S. 41-45; René Heilig. Der große Schwarze mit dem Zwickern im Gesicht. In: *Neues Deutschland*. Berlin 11.12.1995. S. 3; dpa. Ministersuche per Phantombild. In: *Die Welt*. Berlin 13.12.1995. S. 2; O.A. BND-Chef Porzner wehrt sich gegen neue Vorwürfe. In: *Die Welt*. Berlin 19.2.1996. S. 2; O.A. Nachrichtendienste - Auf Pirsch. *Der Spiegel* Nr. 8. Hamburg 1996. S. 75-78; Deutscher Bundestag. Drucksache 13/10800. Bonn 1998. S. 230-275; Oliver Benjamin Hemmerle. Mannheimer Professor in Plutonium-Affäre verwickelt? In: *flugblatt* Nr. 1. Mannheim 1995. S. 8-9; Oliver Benjamin Hemmerle. Plutoniumspuren im Westflügel? - Ein ehemaliger Prorektor der Universität Mannheim und der BND-Skandal. In: *Dissens* Nr. 31. Mannheim 1996. S. 2-3; Oliver Benjamin Hemmerle. Das Plutonium kam, Dolzer (noch) nicht. In: *basta!* Nr. 5. Mannheim 1996. S. 6-7; Oliver Benjamin Hemmerle. Man lehrt nur einmal: Bonner wollen ehem. Mannheimer Prorektor Dolzer nicht. In: *Dissens* Nr. 34. Mannheim 1996. S. 2; Oliver Benjamin Hemmerle. Gute Freunde: Schmidbauer und Dolzer. In: *basta!* Nr. 9. Mannheim 1997. S. 8-9; Bonner Studierendenparlament. Resolution - Keine BND-Profis an an [sic!] die Bonner Uni. In: *SP Aktuell*. Bonn [Juni] 1996; "db". Universität - Vom Kanzler zum Katheder. In: *Stadtmagazin Schnüss*. Bonn [August] 1996; O.A. Zoff an der Uni: Ein Agent als Professor. In: *Express*. Bonn 25.6.1996. S. 17

²³ Vgl.: Hubertus Knabe. Die unterwanderte Republik - Stasi im Westen. Berlin 2000. S. 182ff. und S. 340ff.

²⁴ Vgl.: Hubertus Knabe u.a. West-Arbeit des MFS - Das Zusammenspiel von "Aufklärung" und "Abwehr". Berlin 1999. S. 23-59

lung für die Technische Hochschule Berlin²⁵ überzeugt zwar, doch muß eine Betrachtung der MfS-Aktivitäten an westdeutschen Hochschulen ohne Kontextuierung mit den Abwehrmaßnahmen des Verfassungsschutzes etc. lückenhaft bleiben. Nur die Betrachtung beider Seiten und deren Interaktion könnte ein halbwegs zutreffendes Bild ergeben.²⁶

Für die Universität Mannheim, Zielobjekt "BRD.412.34"²⁷ der HV A, kann der allgemeinen Darstellung Knabes bezüglich der westdeutschen Hochschulen nur eine Begebenheit auf anekdotischem Niveau aus der Endphase der DDR hinzugefügt werden, die anachronistisch und obskur zugleich ist: Im Januar 1990 war die Zukunft der DDR bereits Geschichte, das Ministerium für Staatssicherheit schon mehrere Wochen zuvor gestürmt worden. Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble hatte die ‚gewendete‘ DDR mehrfach zum Rückruf ihrer verbliebenen Agenten aus dem Bundesgebiet aufgefordert.²⁸ Die nachfolgend zitierte Meldung der Zeitung *Die Welt* vom 24.1.1990 wirkte vor dem Hintergrund einer rapide zerfallenden DDR fast schon surreal:

„DDR-Spion verhaftet – Geld aus Stasi-Kasse / Agentenwerber an Uni Mannheim [...] Mit über tausend Mark ‚operativen Geldern‘ aus der Stasi-Kasse zum Ködern von Studenten wurde der 31jährige Michael K.²⁹ aus Leipzig [...] an der Universität Mannheim verhaftet. Er besaß einen gefälschten Westberliner Personalausweis und einen falschen Reisepaß mit Daten eines West-Berliners. Nach dem Muster früherer DDR-Spione habe der Agent in Mannheim und vermutlich auch an anderen Universitäten Studenten mit englischen Sprachkenntnissen Gelegenheitsjobs angeboten, ermittelte die Abwehr. Bei der Festnahme trug er eine Reisetasche mit Geheimfach, in dem gefälschte Papiere und Agentengeld deponiert waren. Nach Angaben aus Sicherheitskreisen lautete der Auftrag in Leipzig, auch nach der Auflösung des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) auf

²⁵ Vgl.: Knabe. Republik. a.a.O. S. 351-353

²⁶ Einen interessanten diesbezüglichen Ansatz bietet das Buch "Battle Ground Berlin – CIA vs. KGB in the Cold War", das von ehemaligen Gegenspielern des Kalten Krieges (David E. Murphy, Sergei A. Kondrashev und George Bailey) gemeinsam verfaßt wurde (New Haven 1997). Allerdings handelt es sich dabei eher um Memoirenliteratur als um ein Werk der Geschichts- oder Politikwissenschaft.

²⁷ Zielobjekte der HV A - alphabetische Liste. Zitiert nach dem vollständigen Abdruck in: Knabe. West-Arbeit. a.a.O. S. 518-554 (hier: S. 552)

²⁸ Vgl. z.B.: dpa. "DDR soll Agenten zurückziehen". In: *Die Welt*. Hamburg 15.1.1990, S. 4

²⁹ Name wird in der Quelle vollständig genannt.

Weisung des noch arbeitsfähigen Staatssicherheitsdienstes für den Geheimdienst zu arbeiten und mit (West-)Mark bei der Werbung nicht zu sparen.³⁰

Einen Tag später griffen die lokalen Mannheimer Medien die *Welt*-Veröffentlichung vom Vortag auf.³¹ Über einen Prozeß war den Medien in der Folge m.W. nichts zu entnehmen, die zuständigen Behörden verweigern eine diesbezügliche Auskunft unter Verweis auf den Datenschutz.³² Das Phänomen, daß der Fall nur kurzzeitig in der Presse gehandelt, dann aber sang- und klanglos in Vergessenheit geriet, läßt einen ‚Deal‘ zwischen dem ‚letzten Mohikaner‘ des MfS an der Universität Mannheim und den (gerade noch) westdeutschen Sicherheitsbehörden möglich erscheinen.

3.2. Lehrende

Der bundesweit Aufsehen erregende Fall des Mannheimer DDR-Forschers Dietrich Staritz, der sowohl für das Ministerium für Staatssicherheit als auch für das Bundesamt für Verfassungsschutz tätig gewesen war, unterscheidet sich von dem eben ausgeführten Fall dadurch, daß die Mitarbeit von Staritz bei ost- und westdeutschen Sicherheitsorganen wohl nur vor Beginn seiner akademischen Lehrtätigkeit an der Universität Mannheim stattfand. Insoweit wäre er eigentlich unter der vorherigen Rubrik ("Studierende") abzuhandeln, allerdings ohne Mannheim-Bezug. Die nachrichtendienstliche Karriere von Staritz ist zumindest für die MfS-Seite ausgesprochen gut nachvollziehbar, da ausnahmsweise die entsprechenden Akten relativ komplett vorliegen. Diese Rekonstruktion hat zuletzt Hubertus Knabe nach wissenschaftlichen Kriterien durchgeführt,³³ nachdem dies zunächst weitgehend durch Presseorgane geschehen war.

³⁰ "W. K.". DDR-Spion verhaftet. In: *Die Welt*. Hamburg 24.1.1990, S. 10

³¹ Vgl.: dpa/ap. Noch vor kurzem für die Stasi spioniert. In: *Die Rheinpfalz*. Ludwigshafen. 25.1.1990. S. 1; Claus Donath. DDR-Spion in Mannheim gefaßt. In: *Mannheimer Morgen*. Mannheim 25.1.1990. S. 1; "we". An der Uni für die Stasi geworben. In: *Rhein-Neckar-Zeitung*. Heidelberg 25.1.1990. S. 13;

³² Vgl. die entsprechende abschlägige briefliche Auskunft des Pressesprechers des Generalbundesanwaltes beim Bundesgerichtshof an den Autor vom 16.4.1997

³³ Vgl.: Knabe. Republik. a.a.O. S. 344ff.

Die Biographie von Staritz stellt sich dabei so dar: Der in der DDR aufgewachsene Staritz war zunächst wohl überzeugter Kommunist (SED-Mitglied), aus familiären Gründen (Festnahme des Bruders) kam es jedoch bald zu Zweifeln an real existierenden DDR-System, weshalb er 1958 in den Westen übersiedelte. Auf journalistische Arbeit und Studium folgt eine wissenschaftliche Karriere, die ihn bis zu einer Professur an der Universität Mannheim führte. Die aus den überlieferten östlichen Geheimdienstakten – die westlichen sind nicht zugänglich – und den Selbstdarstellungen von Staritz zu rekonstruierende Geschichte stellt sich folgendermaßen dar, wobei es hier nicht um biographische Details, sondern um eine für westdeutsche DDR-Forscher zwar nicht typische, aber vermutlich auch nicht einmalige Nebenkarriere geht: In den 1960er Jahren trat Staritz in regelmäßigen Kontakt sowohl mit dem Ministerium für Staatssicherheit als auch mit dem Bundesamt für Verfassungsschutz. Die Reihenfolge des ‚Engagements‘ ist zwar klar (zuerst die MfS-Verbindung), die tatsächliche ‚Präferenz‘ von Staritz jedoch strittig und letztlich anhand der nicht mehr oder noch nicht zur Verfügung stehenden Quellen kaum zu rekonstruieren. Es ist zu vermuten, daß die Wahrheit irgendwo zwischen der vom *Spiegel*³⁴ und von Knabe³⁵ behaupteten langjährigen treuen MfS-Gefolgschaft und den Relativierungen bzw. Selbstrechtfertigungen von Staritz³⁶ liegt.³⁷

Der ganze hier zu behandelnde Vorgang ist nur vor dem Hintergrund der heiß umstrittenen DDR-Forschung in der Bundesrepublik vor und nach 1989/1990 zu verstehen. Für die DDR, ihre Sicherheitsorgane und ihre Propaganda war die Sache klar und unzweideutig: "DDR-Forschung" im Dienste antisozialistischer Militärpolitik und

³⁴ Vgl.: O.A. Berichte von "Erich" - Die Stasi-Akte des DDR-Forschers und früheren Berliner Journalisten Dietrich Staritz. In: *Der Spiegel* Nr. 38. Hamburg 1994. S. 95-101

³⁵ Vgl.: Knabe. Republik. a.a.O. S. 344ff.

³⁶ Vgl.: Hartmut Philippe und Peter Schmalbauch. "Ein durchaus schwachsinniges Unterfangen" - Professor Staritz im Transmitter-Interview über seine Stasi-Vergangenheit. In: *Transmitter* Nr. 51. Mannheim 1995. S. 18-22

³⁷ Für die Mannheimer Reaktionen vgl.: Hermann Weber. Mannheimer Forschungen zur Geschichte und Politik der DDR - Gegen Versuche, den "Fall Staritz" zu instrumentalisieren [nebst Stellungnahme des Rektorats in einem Kasten]. In: *Uni Report* Nr. 4. Mannheim 1994. S. 5; Markus Kosselt. Professor Staritz und die Stasi - Von "moralisch fragwürdig" bis "indoktriniert". In: *Alma* Nr. 14. Mannheim 1994. S. 2

psychologischer Kriegführung des Imperialismus der BRD".³⁸ Auch wenn es für eine Wertung der tatsächlichen Funktion der bundesrepublikanischen DDR-Forschung vor 1989/1990 schon deshalb zu früh ist, weil die diesbezüglichen Akten westlicher Dienste (noch?) nicht freigegeben sind, und gleichzeitig schon zu spät ist, weil entsprechende Akten des MfS in der Übergangsphase 1989/1990 teilweise gezielt vernichtet wurden, kann man wohl festhalten, daß DDR-Forschung an westdeutschen Hochschulen natürlich nicht reines Hilfsorgan der westlichen Sicherheitsdienste war, aber auch nicht im nachrichtendienstlich ‚luftleeren Raum‘ stattfand.

4. Wirtschaftshochschule/Universität Mannheim als Überwachungsfeld West (VS)

4.1. *Der Verfassungsschutz Baden-Württemberg und die Abschaffung der Verfaßten Studentenschaft*

Die (19)68er Studierendengeneration veränderte zumindest die politische ‚Stimmung‘ an den bundesrepublikanischen Hochschulen nachhaltig. Neben Berlin und Frankfurt war Heidelberg ein Zentrum der gesellschaftlichen Auseinandersetzung, deren sichtbare und lautstarke Anführer die Studierenden waren. In der nordbadischen Provinzstadt Heidelberg mit ihrer großstädtischen Universität kam es dabei über Jahre hinweg immer wieder zu kleineren oder größeren gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen Studierenden und der Staatsmacht.³⁹ Demgegenüber blieb es in der Großstadt Mannheim mit ihrer vergleichsweise provinziellen Universität, die sich in diesen Jahren gerade erst von der Wirtschaftshochschule zur – zumindest namensmäßigen – Universität mauserte, vergleichsweise still.⁴⁰ Militanteres Poten-

³⁸ R. Kramer. "DDR-Forschung" im Dienste antisozialistischer Militärpolitik und psychologischer Kriegführung des Imperialismus der BRD. In: Herbert Kruse (Hg.). Die vierte Front – Zur psychologischen Kriegführung der NATO. Berlin (Ost) 1977. S. 104-109

³⁹ Für Heidelberg gibt es eine parteiische, aber bisher unübertroffene Dissertation: Dietrich Hildebrandt. "...und die Studenten freuen sich!" – Studentenbewegung in Heidelberg 1967-1973. Heidelberg 1991

⁴⁰ Für Mannheim gibt es noch keine umfassende Darstellung zum Thema "1968", für Hinweise siehe: Oliver Benjamin Hemmerle (Hg.). Universität Mannheim 1968 - war

tial wechselte meist in die Heidelberger Universitätsszene (so zum Beispiel der Mannheimer Psychologiestudent Klaus Jünschke, der über das "Sozialistische Patientenkollektiv" in die entstehende terroristische Szene und anschließend für Jahre ins Gefängnis geriet). Dieser historische Hintergrund ist im Auge zu behalten, wenn man exemplarisch für die Tätigkeit des Verfassungsschutzes an der Mannheimer Hochschule die 1970er und frühen 1980er Jahre betrachtet.

Auch hier sind die Akten des zuständigen Landesamtes für Verfassungsschutz selbstverständlich für die Forschung noch nicht zugänglich, jedoch erweisen sich die seit Mitte der 1970er Jahre publizierten "Verfassungsschutzberichte", auch wenn ihre Intention unter dem offiziellen Label "Verfassungsschutz durch Aufklärung"⁴¹ verbrämt zutage tritt, als eine brauchbare Quelle. Die Interaktion zwischen einer partiell stark politisierten (linksradikalen) Studierendenschaft, dem Landesamt für Verfassungsschutz als "neutraler", aber "wertegebundener" Behörde und der weitgehend von der CDU bestimmten Landespolitik tritt besonders zu Tage, wenn man die Darstellung der Studierendenschaften in den Verfassungsschutzberichten von 1976/77 bis 1984 und die 1977 erfolgte Abschaffung der Verfassten Studentenschaft in Baden-Württemberg in Kontext setzt.

Im "Verfassungsschutzbericht Baden-Württemberg" für 1976/77 findet sich ein eigenes Kapitel "Zur Situation an den Hochschulen des Landes"; eine Sektion, die bis 1984 beibehalten wurde.⁴² In unserem Zusammenhang interessiert aber die Frage, inwieweit das baden-württembergische Landesamt für Verfassungsschutz im entsprechenden Zeitraum an der Universität Mannheim tätig wurde. Aus den "Verfassungsschutzberichten" ergibt sich eindeutig, daß offene Quellen in Form von Gremienwahlergebnissen und studentischen Publika-

da was? - Ein Lesebuch [= Schriftenreihe des Außenreferates des "asta" der Universität Mannheim – Band 8]. Mannheim 1994; Oliver Benjamin Hemmerle. Zwischen akademischer Selbstdarstellung und Alternativmedien. 75 Jahre Studierendenschriften und -zeitungen des Mannheimer AstA [= Schriftenreihe des AstA der Universität Mannheim – Band 7]. Mannheim 2000. S. 7-12

⁴¹ Vgl. dazu: Bundesministerium des Innern (Hg.), Verfassungsschutzbericht 1999. Berlin 2000. S. 216-220

⁴² Innenministerium Baden-Württemberg (Hg.). Verfassungsschutzbericht Baden-Württemberg 1976/77. Stuttgart 1978. S. 31-34 ([für] 1978: S. 57-61; 1979: S. 60-63; 1980: S. 74-77; 1981: S. 88-92; 1982: S. 84-88; 1983: S. 76-81; 1984: S. 97-103)

tionen systematisch gesammelt, erfaßt und ausgewertet wurden. Nach den gesetzlichen Möglichkeiten stand dem VS zur Beobachtung der studentischen Szene unter bestimmten Bedingungen der Einsatz von "V-Leuten", d.h. unter einer Legende oder ‚nebenamtlich‘ tätigen Informationsbeschaffern, zu. Daß es solche gab, darüber kann kein Zweifel bestehen.⁴³ Die eigentlich interessierenden Fragen hierbei, die zum jetzigen Zeitpunkt seriös beantwortet werden können, betreffen die Anzahl derartiger V-Leute und deren Herkunft (Anwerbung unter politisch aktiven Studierenden oder gezielte Einschleusung Dritter). Daneben wäre natürlich eine mögliche Zuarbeit der universitären Verwaltung, der Lehrenden und unbezahlter, politisch motivierter Zuträger aus der Studierendenschaft von mangels Quellen nicht zu befriedigendem Interesse. Eine 1979 vom AstA-Vorstand, bestehend aus Vertretern der Juso-HSG und des MSB Spartakus, herausgegebene Pressemitteilung griff mögliche Zulieferdienste der Verwaltung an den VS auf:

"Am Donnerstag, den 17.5.[19]79 gab der Innenminister des Landes Palm im Landtag bekannt, daß von sieben Universitäten des Landes Studentenlisten an den Verfassungsschutz gegangen bzw. von diesem 'beschafft' wurden. Palm weigerte sich, vor dem Landtag auszuführen, welche Universitäten 'freiwillig' derartige Listen herausgegeben haben und bei welchen der Verfassungsschutz sie sich selbst 'beschaffte'. Der Vorstand des Studentischen Senatsausschusses der Uni Mannheim sieht in der Herausgabe wie auch in der Beschaffung von gesamten Immatrikulationslisten eine Grundrechtsverletzung [...]. Nach heftigen Angriffen in der Senats-sitzung erklärte Rektor Wildenmann, für den Verfassungsschutz keine Amtshilfe geleistet zu haben. Auf die Frage, ob ihm bekannt sei, daß Agenten des Verfassungsschutzes sich die Studenten-Listen anderweitig 'beschafft' hätten, verweigerte er eine Antwort und war zu weiteren Auskünften nicht bereit. [...]"⁴⁴

⁴³ Vgl.: Landtag von Baden-Württemberg. Protokoll. Stuttgart 13.6.1979. S. 5217-5228; ferner für den wohl während seiner Tätigkeit im AstA Kaiserslautern vom VS angeworbenen und durch die blutige RAF-Festnahme in Bad Kleinen bekannt gewordenen Klaus S.: www.nadir.org/nadir/archiv/Repression/bad_kleinen/34vs1.html

⁴⁴ Vorstand des Studentischen Senatsausschusses der Universität Mannheim. Pressemitteilung [Flugblatt]. Mannheim 19.5.1979. Reprinted in: Juso-Hochschulgruppe Mannheim (Hg.) Aus der Geschichte der Juso-Hochschulgruppe Mannheim - Ein Lesebuch [= *Dissens Spezial* Nr. 7] Mannheim 1994; vgl. dazu: Landtag von Baden-Württemberg. Protokoll. Stuttgart 13.6.1979. S. 5217-5228; für einen späteren Fall vgl.: Isw. Bespitzelung von Studenten? - Stuttgart: SPD wirft von Trotha "Stasi-Methoden" vor. In: *Mannheimer Morgen*. Mannheim 14./15.2.1998. S. 5; vgl. ferner:

4.2. "Verfassungsschutz durch Aufklärung" und Studierendenreaktionen

Neben der Beobachtung extremistischer Gruppierungen gehört nach dem Grundgesetz und dessen Auslegung durch das Bundesverfassungsgericht auch der sogenannte "Verfassungsschutz durch Aufklärung" zum staatlichen Aufgabenbereich, der von den Innenministerien und den Verfassungsschutzämtern des Bundes und der Länder wahrgenommen wird.⁴⁵ Dieser "Verfassungsschutz durch Aufklärung" manifestiert sich u.a. in Broschüren, Ausstellungen und Vorträgen. Letztere fanden und finden gelegentlich auch an Hochschulen statt, entweder im Rahmen des "Studium generale" oder auf Einladung von Hochschulinstitutionen oder -gruppen. Ein derartiger Vortrag führte an der Universität Mannheim am 1.12.1982 zu einem Eklat.⁴⁶

Auf Einladung der "Juristen im RCDS", einer Untergliederung der CDU-nahen Studierendenvereinigung RCDS, sollte im Hörsaal W117 Oberregierungsrat Dr. Max Mundig vom baden-württembergischen Innenministerium zum Thema "Verfassungsschutz: Aufgabe, Arbeitsweise, rechtliche Grundlage" referieren. Der Beginn des Vortrages wurde durch rund 20 lautstark Protestierende aus dem linken Spektrum verhindert. Daraufhin rief der Veranstalter die Polizei und wollte in den Hörsaal EW 151 – natürlich unter Nicht-Mitnahme der Störer – ausweichen. Dies führte zu einer Eskalation, in deren Verlauf der Referent Mundig und ein Mitglied der veranstaltenden Gruppe durch eine Flüssigkeit getroffen wurden, die zumindest brennend auf der Haut wirkte und die von einer nicht identifizierten Frau versprüht bzw. geworfen wurde. In der Folge kam es zu einigen Personalienfeststellungen durch die Polizei, die mittlerweile mit 20 Mann angekrückt war.⁴⁷ Insgesamt führten die nach dieser Veranstaltung gestell-

⁴⁵ Vgl. dazu z.B.: Bundesministerium des Innern (Hg.). Verfassungsschutzbericht 1994. Bonn 1995. S. 228ff.

⁴⁶ Ob vorher oder nachher weitere solche Vorträge an der Mannheimer Wirtschaftshochschule/Universität stattfanden, war bis auf eine noch angeführte Ausnahme nicht zu ermitteln.

⁴⁷ Vgl. die Presseberichterstattung: "hk". "Anschlag mit ätzender Flüssigkeit" – Zwischenfall bei einer Veranstaltung der "Juristen im RCDS". In: *Mannheimer Morgen*. Mannheim 3.12.1982; "eg". Tätlichkeiten an der Uni. In: *Rhein-Neckar-Zeitung*. Heidelberg 3.12.1982; "ach". Ätzende Flüssigkeit auf Studenten verspritzt. In: *Die Rheinpfalz*. Ludwigshafen 3.12.1982

ten Strafanzeigen und die staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen zu sechs Anklagen, die allesamt mit Freispruch endeten.⁴⁸

Dieser für die Betroffenen bzw. – im wörtlichen Sinne – Betroffenen äußerst unangenehme Vorfall bliebe eine vernachlässigenswerte Marginalie, wenn sich nicht anhand der nachfolgend produzierten Pressemitteilungen und Flugblätter aller Beteiligten sehr anschaulich die Stimmung der politisch interessierten und tätigen Mannheimer Studierenden exemplarisch für den Zeitraum von den ausgehenden 1960er bis Ende der 1980er Jahre rekonstruieren ließe. Dabei lassen sich in der Debatte zwei ‚Lager‘ ausmachen: auf der einen Seite der RCDS und der von ihm zu dieser Zeit gestellte AStA, auf der anderen Seite die universitäre Linke, die damals von der SPD-nahen Juso-Hochschulgruppe bis zum DKP-/DDR-nahen MSB Spartakus und dem diesen Gruppen nahestehenden UStA (= Gegen-AStA) reichte.⁴⁹ Darf man die konträren Positionierungen wohl als typisch nicht nur für die Mannheimer Studierenden von den späten 1960er bis zu den frühen 1980er Jahren ansehen, so läßt sich die seit den 1980er Jahren vielfach behauptete Entpolitisierung zumindest zu dem Thema "Verfassungsschutz durch Aufklärung" anhand universitärer Vortragsveranstaltungen belegen bzw. demonstrieren: Scheiterte ein entsprechender Vortrag 1982 an dem Protest Mannheimer Studierender, so scheiterte er 1991 – im fast leeren Hörsaal – an deren Desinteresse.⁵⁰

5. Geheim arbeitende Organe versus offene Wissenschaftsinstitutionen?

Die hier vorgetragenen Einzelbeispiele, die mehr oder weniger zufällig fast alle denkbaren Varianten des Verhältnisses deutscher Geheimdienste (MfS, BND und VS) zumindest exemplarisch für die Wirt-

⁴⁸ Vgl.: Bernd Bähr. "Anschlag mit ätzender Flüssigkeit" endete mit Freispruch. In: *Transmitter* Nr. 9. Mannheim 1994. S. 35

⁴⁹ Vgl.: AStA-Info: Uni Mannheim gestern abend: Anschlag gegen Personen! [Flugblatt]. Mannheim [Dezember 1982]; RCDS Mannheim (Hg.). Giftgas - Nein danke! Säure - Ja bitte? - Was geschah am Mittwoch Abend [sic]? [Flugblatt]. Mannheim [Dezember 1982]; UStA-Info WS 82/83 Nr. 13 [Flugblatt]. Mannheim [Dezember 1982]

⁵⁰ Vgl.: Juso-Hochschulgruppe Mannheim. [Anzeige]. In: *AStArix* Nr. 22. Mannheim 1991. S. 12

schaftshochschule/Universität Mannheim angerissen haben, markieren den Raum für die wissenschaftliche wie politische Diskussion, die zu diesem Themenkomplex m.E. überfällig ist. Dabei lassen sich zwei Ebenen dieses Diskussionsdesiderates ausmachen: Für die historisch-politikwissenschaftliche Forschung stellt sich die Frage nach der Einordnung dieser Phänomene, nach ihrer Wirkung auf Wissenschaftsgeneese, Politikberatung sowie den Gesellschaftsspiegel und Mikrokosmos "Hochschule" insgesamt. Das Problem für den forschenden Ansatz mit wissenschaftlichem Anspruch ist dabei die desaströs schlechte Quellenlage, die durch die Sensibilität der zu untersuchenden Vorgänge determiniert ist und die sich vermutlich auf absehbare Zeit nicht ändern wird. Zu den hier vorgestellten Fällen konnte allenfalls zum Thema Staritz anhand sehr selektiv überlieferter Ost-Akten jenseits journalistischer Recherche geforscht werden,⁵¹ wobei das Gegenstück in Form der West-Akten selbst in diesem Fall nicht zugänglich ist. Die andere Ebene ist die der politischen und wissenschaftlichen Ethik, die sich mit einigen Fragen anreißt läßt: Soll der (demokratische) Staat seine Hochschulen zur Rekrutierung und für die Arbeit seiner Nachrichtendienste nutzen? Kann er dies überhaupt verhindern? Was bedeutet diese "Zweitnutzung" für die Hochschulen und ihre Angehörigen, inwieweit gibt es Auswirkungen auf die Wissenschaftsfreiheit nach Art. 5 Abs. 3 GG?

"CIA off campus" nannte sich eine US-amerikanische Bürgerrechtsgruppe von Studierenden und Wissenschaftlern bzw. Wissenschaftlerinnen.⁵² VS, BND und ausländische Dienste "off Campus" in der Bundesrepublik? Pauschal läßt sich dies sicher nicht beantworten. Es geht hier um demokratietheoretische Fragestellungen⁵³ ebenso wie um das institutionelle Selbstverständnis unserer Hochschulen und die gesellschaftliche Funktion bzw. Rolle, die wir diesen zuschreiben:

Relativ unproblematisch scheint die Sache beim Verfassungsschutz zu sein. Setzt man voraus, daß die Hochschulen integraler Be-

⁵¹ Vgl.: Knabe. Republik. a.a.O. S. 344ff.

⁵² Vgl.: Hayden B. Peake. *The Reader's Guide to Intelligence Periodicals*. Washington 1992. S. 23-24

⁵³ Vgl. dazu: Hans-Georg Wieck. *Demokratie und Geheimdienste*. München 1995; Waldemar Schreckenberger (Hg.). *Staatliche Kommunikation und Sicherheit* [= Speyerer Arbeitshefte 113]. Speyer 2000

standteil unserer Gesellschaft und kein Biotop sind, so stellt sich die Spezialfrage "VS und Hochschule" gar nicht. Die demokratische Gesellschaft bestimmt ihre grundsätzliche Haltung bezüglich eines als Geheimdienst organisierten und institutionalisierten Verfassungsschutzes. Wie immer diese Entscheidung ausfällt, sie ist im republikanisch-demokratischen Staatswesen auf die Hochschule wie auf alle anderen gesellschaftlichen Bereiche anzuwenden, da ein wie immer geartetes Sonderrecht für den Hochschulbereich an ständische Universitätssonderrechte vorrepublikanischer Zeiten anknüpfen würde. Ihre vormals durchaus brennende Aktualität⁵⁴ hat die Frage "VS und Hochschule" allerdings in dem Umfang verloren, wie die bundesrepublikanischen Hochschulen aufhör(t)en, artikulierender Brennpunkt gesellschaftlich-politischer Auseinandersetzung zu sein.

Schwieriger ist das Problem "BND und Hochschule". Der BND ist aufgrund seiner gesetzlichen Aufgabenbestimmung für das Staatsgebiet der Bundesrepublik Deutschland schlicht unbefugt.⁵⁵ Die Hochschulen könnten dennoch ein interessantes Rekrutierungsfeld darstellen: hochqualifizierte Nachwuchskräfte, deutsche Studierende und Wissenschaftler, die sich für eine längere Zeit im Ausland aufhalten, und schließlich ausländische Studierende und Akademiker, die an deutschen Hochschulen lernen, lehren und forschen. Jede offenkundig werdende BND-Tätigkeit bei, mit oder durch solche Personengruppen stellt eine Belastung für die internationalen Wissenschaftsbeziehungen und/oder die betroffene Hochschule dar. Studierende und Lehrende mit einem zweiten Auftraggeber, der nicht offen zutage tritt, schaffen ein Klima des Mißtrauens, das nicht zuletzt auch der Wissenschaftsfreiheit nach Artikel 5 Abs. 3 GG zumindest indirekt in seinem Wesensgehalt abträglich ist. Dies konstatiert, muß man konzedieren, daß der BND, sofern er in einer und von einer demokratischen Gesellschaft gewollt ist, auf die Universitäten zumindest bei der

⁵⁴ Vgl. dafür z.B. die romanartig-tagebuchmäßige Schilderung: Peter Schneider. ...schon bist du ein Verfassungsfeind - Das unerwartete Anschwellen der Personalakte des Lehrers Kleff. Berlin 1977

⁵⁵ Vgl.: Christoph Gröpl. Die Nachrichtendienste im Regelwerk der deutschen Sicherheitsverwaltung - Legitimation, Organisation und Abgrenzungsfragen. Berlin 1993; Shlomo Shpiro. Guarding the Guards - Parliamentary Control of the Intelligence Services in Germany and Britain [= KAS Interne Studie Nr. 146/1997]. Sankt Augustin 1997

Nachwuchsrekrutierung angewiesen ist, will man nicht zur notorischen Vetterwirtschaft⁵⁶ der (latent undemokratischen⁵⁷) Ära des Generals Gehlen zurückkehren. Aber Professoren als Tipgeber für die BND-Personalabteilung? Das Abschlußexamen mit beigefügter FDGO-Bescheinigung? Aus hygienischen Gründen sollte das (Be-)Werbungsverfahren nicht an den Hochschulen stattfinden,⁵⁸ der BND sollte sich auf die auch für andere Arbeitgeber üblichen Rekrutierungswege beschränken.⁵⁹

Der problematischste Aspekt sind die Aktivitäten ausländischer Dienste an deutschen Hochschulen. Auch wenn hier für die Universität Mannheim (außer dem bereits historisch zu nennenden MfS-Fall 1989) kein konkretes Beispiel angeführt werden konnte, ist es kein gewagter "educated guess", daß hier ein weithin unterschätztes Konfliktpotential an den Hochschulen schlummert. Dabei sind zwei Kategorien zu unterscheiden: Die Überwachung ausländischer Hochschulangehöriger durch Dienste ihrer Heimatländer einerseits, die Wissenschafts- und Wirtschaftsspionage gegen die Bundesrepublik Deutschland andererseits. Die Einschüchterung mit der tatsächlichen oder nur vermuteten Bespitzelung durch Sendboten aus der fernen Heimat (der Eltern)⁶⁰ ist eine Realität, sie ist dem Autor an der Universität Mannheim in dem vergangenen Jahrzehnt sowohl bezüglich kurdischer Studierender durch Dienststellen des NATO-Partners Türkei, bezüg-

⁵⁶ Vgl. für einen Begründungsversuch: Markwardt. a.a.O. S. 90f.

⁵⁷ Vgl.: Hermann Zolling und Heinz Höhne. Pullach intern - General Gehlen und die Geschichte des Bundesnachrichtendienstes. Hamburg 1971; Reese. a.a.O.; ferner: Erich Schmidt-Eenboom. Schnüffler ohne Nase: Der BND - die unheimliche Macht im Staate. Düsseldorf 1993; Saskia Henze und Johann Knigge. Stets zu Diensten - Der BND zwischen faschistischen Wurzeln und neuer Weltordnung. Hamburg 1997

⁵⁸ Neuerdings treten BND-Offizielle häufiger zu Fachvorträgen an Hochschulen auf, was eine Form der indirekten, aber zumindest nicht geheimen Nachwuchswerbung ist; vgl.: Uwe Schlicht und Stephan Blanke. BND sucht Nachwuchs - Von Freunden umzingelt. In: *Der Tagesspiegel*. Berlin 16.5.2000; ferner: www.jura.uni-augsburg.de/FSJura/hausjurist/Bnd.html

⁵⁹ Die nicht nur diesbezüglich zunehmende Vermischung von Privatwirtschaft und Hochschulen ist ebenfalls kritikwürdig, was aber an dieser Stelle nicht ausgeführt werden kann.

⁶⁰ Teilweise werden auch von "befreundeten Diensten" an die deutschen Behörden entsprechende "Wünsche" geäußert, die nicht immer kompatibel mit der deutschen Rechtslage sind; vgl. z.B.: Markwardt. a.a.O. S. 279f.

lich dissidenter chinesischer Studierender und Wissenschaftler bzw. Wissenschaftlerinnen⁶¹ als auch bezüglich kroatischer Studierender durch die (neu-)kroatischen Dienststellen während des jugoslawischen Bürgerkrieges mehrfach zugetragen worden. Eine publikationsfähige Einschätzung der Relevanz solcher Vorgänge ist zumindest dem Autor nicht möglich. Bei der Beurteilung der weitgehend unterschätzten Wissenschafts- und Wirtschaftsspionage kann man sich demgegenüber auf die diversen Publikationen der Verfassungsschutzämter beziehen, die diesen Aspekt seit einigen Jahren stärker betonen.⁶² Es handelt sich dabei wohl nicht nur um den Versuch einer – nach dem Ende des Kalten Krieges anzupassenden – Selbstlegitimation dieser Behörden.

⁶¹ Vgl. dazu auch: O.A. China – Vergiftete Herzen. In: *Der Spiegel* Nr. 31. Hamburg 1990. S. 124-126

⁶² Vgl. z.B.: Landesamt für Verfassungsschutz Baden-Württemberg (Hg.). Wirtschaftsspionage - Die gewerbliche Wirtschaft im Visier fremder Nachrichtendienste. Stuttgart 1998

Die Ausbildung von Berufsschullehrern für Landwirtschaft und Gartenbau in der ehemaligen DDR

**Manfred Bräuer
Katrin Schmidt**
Berlin

Die Ausbildung von Berufsschullehrern für Landwirtschaft und Gartenbau in der DDR ist bislang noch nicht zusammenhängend dargestellt worden. Zwar sind in dem von Gerhard P. Bunk und Erdmann Röhlig herausgegebenen Buch „Agrarpädagogik zwischen Tradition und Neubeginn“ – veröffentlicht anlässlich des hundertjährigen Bestehens der landwirtschaftlichen Lehrerbildung an der Universität Leipzig – etliche Beiträge auch zur Berufsschullehrerbildung in der DDR enthalten. Doch behandeln diese jeweils nur Teilaspekte. Darüber hinausführend sollen im folgenden vor allem Ziele, Inhalte, Methoden, Anlage und Ablauf des Universitätsstudiums zum Berufsschullehrer einschließlich der Modifizierungen in unterschiedlichen Phasen der DDR-Geschichte aufgezeigt werden.¹ Der Überblick bezieht sich auf die drei Studienformen Direktstudium, Fernstudium und Postgradualstudium. Zugleich lässt sich vor diesem geschichtlichen Hintergrund verdeutlichen, wie die Ausbildung zu Berufsschullehrern für Landwirtschaft und Gartenbau im Zusammenhang mit der Herstellung der Einheit Deutschlands grundlegend verändert wurde – von der einphasigen Ausbildung zum zweiphasigen Studium mit dem Ausbildungsziel Studienrat der beruflichen Fachrichtung Land- und Gartenbauwissenschaften. Sichtbar zu machen sind die Wurzeln der Berufsschullehrerausbildung Landwirtschaft und Gartenbau in der ehemaligen DDR – nicht zuletzt, um auf diesem

¹ Die Ausbildung von Fachschullehrern für Landwirtschaft und Gartenbau sowie von Ingenieurpädagogen ist nicht Gegenstand nachstehender Ausführungen.

Wege erhaltenswerte Erfahrungen zu sichern, die unter veränderten gesellschaftlichen Verhältnissen gegebenenfalls partiell auf ihre Transferfähigkeit überprüft werden können.²

1. Anfänge der Berufsschullehrerausbildung für den Agrarbereich nach 1945 in der SBZ/DDR

Die Ausbildung von Berufsschullehrern für den Agrarbereich verlief nach dem 2. Weltkrieg auf dem Gebiet der SBZ bzw. DDR in zwei Richtungen. Erstens galt es, an den neu einzurichtenden Berufsschulen und Höheren Landbauschulen kurzfristig Neulehrer einzustellen und sie zu qualifizieren. Diese stammten vorwiegend aus den Reihen nichtakademischer Schichten und waren, wie es hieß, „fest mit der Arbeiterklasse verbunden“. Zum anderen kam es darauf an, künftige Landwirtschaftslehrer fachlich und pädagogisch auf die kommenden Aufgaben vorzubereiten.

Die Lage an den landwirtschaftlichen Berufsschulen war sowohl personell als auch materiell äußerst unbefriedigend, denn schon zu Kriegszeiten waren sie vernachlässigt bzw. geschlossen worden. Wegen der Lehrerfrage, die schier unüberwindlich war, konnten sie dann nur schwer wieder in Betrieb genommen werden. Volksschullehrer, die bisher als nebenamtliche Lehrer an landwirtschaftlichen Schulen fungiert hatten, waren – bedingt durch Kriegsverluste oder NSDAP-Zugehörigkeit – kaum vorhanden bzw. einsatzfähig. Die eingesetzten Neulehrer für landwirtschaftliche Bildungseinrichtungen besaßen in der Regel weder einen fachlichen noch pädagogischen Hochschulabschluß, zum Teil nicht einmal einen Fachschulabschluß. Sie bereiteten sich auf den Beruf eines Landwirtschaftslehrers in Kurzlehrgängen vor, die von den damaligen fünf Landesverwaltungen eingerichtet wurden.

² Die Autoren verfassen diesen Beitrag mit dem Erfahrungshintergrund, selbst dieses Studium zum Berufsschullehrer für Landwirtschaft an der Berliner Humboldt-Universität absolviert zu haben, als Berufsschullehrer tätig gewesen zu sein, an der Ausbildung von Berufsschullehrerstudenten an der Humboldt-Universität viele Jahre mitgewirkt zu haben und nun seit 1990 nach verändertem Ausbildungskonzept an dieser Universität Studienräte mit der beruflichen Fachrichtung Land- und Gartenbauwissenschaft auszubilden.

Am 18. September 1945 wurde in einer Verordnung des Präsidenten der Provinz Sachsen zur Neugestaltung des landwirtschaftlichen Berufs- und Fachschulwesens festgelegt, daß ein Seminar für Landwirtschaftslehrer einer Höheren Landbauschule anzugliedern war. Die Landesverwaltung Sachsen eröffnete am 4. Dezember 1945 ihren ersten Lehrgang zur Heranbildung neuer Landwirtschaftslehrer an der Staatlichen Landwirtschaftlichen Versuchs- und Forschungsanstalt Pommritz.³ Am 16. Mai 1946 ordnete die Sowjetische Militäradministration mit dem Befehl Nr. 148 die Einrichtung von zentralen Ausbildungslehrgängen an. Ab dem 1. Juli 1946 sollten 750 Frauen und Männer in Elfmonatskursen zu hauptamtlichen Berufsschullehrern ausgebildet werden.⁴ Solche Lehrgänge für Landwirtschaftslehrer wurden beispielsweise in Bornim, Greifswald, Halle, Oranienburg, Potsdam und Schleusingen, später auch in Eisenach und Leipzig-Abtauendorf durchgeführt. Zum Abschluß dieser Ausbildung fand eine Prüfung statt und danach hatten sich die Anwärter einer Weiterbildung zu unterziehen. Bei erfolgreicher Durchführung der Weiterbildung konnten sie ein Jahr nach Abschluß der Kurzausbildung die erste Berufsschullehrerprüfung, nach weiteren zwei Jahren die zweite Berufsschullehrerprüfung ablegen.

Um dem immer noch herrschenden Mangel an Lehrkräften für landwirtschaftliche Klassen berufsbildender Schulen zu begegnen, wurde wiederum von der Deutschen Verwaltung für Volksbildung 1949 angeordnet, Absolventen landwirtschaftlicher Fachschulen, die ihre Abschlußprüfung mit „gut“ oder „sehr gut“ bestanden haben, als Bewerber in den Schuldienst einzustellen. Folgende Bedingungen mussten dafür erfüllt werden:

- Hospitationen nach einem feststehenden Plan bei ausgebildeten Lehrkräften
- regelmäßige Teilnahme an Wochenendschulungen und

³ Verordnung des Präsidenten der Provinz Sachsen zur Neuordnung des landwirtschaftlichen Berufs- und Fachschulwesens, in: *Verordnungsblatt für die Provinz Sachsen*, Nr. 2/1945, S. 41

⁴ Einrichtung kurzfristiger Lehrgänge für Lehrer für Grundschulen und Berufsschulen und kurzfristige Umschulungskurse für Schulräte. Befehl Nr. 148 vom 16.5.1946 des Oberkommandierenden der sowjetischen Militärverwaltung – des Oberbefehlshabers der Gruppe der sowjetischen Besatzungstruppen in Deutschland

- die Bewerber mußten für künftige Lehrgänge zur Ausbildung von Berufsschullehrern angemeldet werden.⁵

Neben diesen zweisemestrigen Lehrgängen, die 1952 auf vier und später auf sechs Semester erhöht wurden, führte man eine Diskussion zur planmäßigen Ausbildung von landwirtschaftlichen Berufsschullehrern. Auf dem Zweiten Berufspädagogischen Kongreß, der vom 19.-21. Oktober 1948 in Berlin stattfand, wurde die Grundsatzentscheidung verkündet, daß Berufs- und Fachschullehrer einen fachlichen und pädagogischen Hochschulabschluß nachzuweisen haben.⁶

Die Wiedereinrichtung einer Hochschulausbildung für Landwirtschaftslehrer gestaltete sich jedoch zunächst sehr schwierig. Entsprechend den materiellen und personellen Bedingungen entschied sich die Deutsche Verwaltung für Volksbildung am 23. September 1948 vorerst für eine örtliche Beschränkung der Hochschulausbildung von Lehrern für berufsbildende Schulen. Danach sollten Landwirtschaftslehrer an den Universitäten Halle und Greifswald eine pädagogische Hochschulausbildung absolvieren. In Halle bestand schon seit April 1948 ein Institut für Landwirtschaftspädagogik. Hier studierten Diplomlandwirte in einem zweisemestrigen Kurs agrarpädagogische Disziplinen. Die Absolventen erhielten ein „Zeugnis über die Universitäts-Abschlußprüfung für das Lehramt an landwirtschaftlichen Schulen“.

Zur gleichen Zeit stellte der Ausbau des landwirtschaftlichen Berufsschulwesens einen besonderen Schwerpunkt dar. Infolge der gesellschaftlichen Veränderungen und Anforderungen entstanden durch Förderung der „Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe“ (VdGB) an den volkseigenen Gütern und Maschinenausleihstationen landwirtschaftliche Betriebsberufsschulen. Darüber hinaus erfolgte die Umgestaltung der Landwirtschaftsschulen, der Umbau der Höheren Landbauschulen und deren Integration in das im Aufbau befindliche einheitliche Fachschulwesen. Dadurch entstand kurzfristig ein großer Bedarf an Lehrern für die Ausbildung in landwirtschaftlichen Lehr-

⁵ Landwirtschaftliche Lehrer an berufsbildenden Schulen. Deutsche Verwaltung für Volksbildung in der sowjetischen Besatzungszone, Sch. 13518/1949

⁶ 2. Berufspädagogischer Kongreß 19.-21. Oktober 1948 in Berlin. „Zweijahresplan und die Berufsbildung“. Dokumente zur Geschichte des Schulwesens in der DDR Teil 1: 1945 – 1955, Volk und Wissen Volkseigener Verlag, Berlin 1970, S. 284-290

gebieten. Diese Lehrkräfte sind dann an Instituten für Berufsschullehrerbildung, an Hochschulen und z.T. auch an Fachschulen in Berlin, Dresden, Gotha, Greifswald, Halle, Jüterbog, Leipzig, Magdeburg und an anderen Orten ausgebildet worden. Die pädagogische Ausbildung der Landwirtschaftslehrer erfolgte postgradual in einem zweisemestrigen Zusatzstudium.⁷

Die bis Ende der 50er Jahre praktizierten Formen der Berufsschullehrerausbildung für Landwirtschaft und Gartenbau wurden dann jedoch den differenzierter werdenden Anforderungen nicht mehr gerecht. Die Folge davon war, daß im Jahre 1958 das hallische Institut für Landwirtschaftspädagogik vom Staatssekretariat für das Hoch- und Fachschulwesen (später Ministerium für Hoch- und Fachschulwesen) aufgelöst wurde. An seine Stelle trat auf dem Gebiet der Ausbildung von Lehrkräften für landwirtschaftliche Fachschulen die Abteilung für Erwachsenenbildung am damaligen Institut für Pädagogik der Universität Leipzig. Im Jahre 1959 wurde dort die Unterabteilung Spezielle Didaktik des landwirtschaftlichen Unterrichts gebildet. Zur Aus- und Weiterbildung von landwirtschaftlichen Berufsschullehrern wurden in den betreffenden Festlegungen des Staatssekretariats keine Aussagen getätigt. Demzufolge existierte sie nicht mehr.

An den Berufsschulen wurden zu dieser Zeit landwirtschaftliche Fachleute ohne pädagogische Ausbildung als Lehrer eingestellt. Um diesen Zustand zu verändern, war eine Lösung notwendig, die den damaligen Anforderungen an die Berufsschullehrerausbildung entspricht. Nach etwa zwei Jahren konnte die Leitung des Staatssekretariats für das Hoch- und Fachschulwesen überzeugt werden, daß in der DDR als ein Staat mit einer hochentwickelten Landwirtschaft dringend eine landwirtschaftspädagogische Aus- und Weiterbildung für Lehrkräfte an Berufsschulen benötigt werde.

⁷ Röhlig, E.: Das Studium für Landwirtschaftslehrer zwischen Tradition und Neubeginn, in: Bunk, G. P./Röhlig, E.: Agrarpädagogik zwischen Tradition und Neubeginn, Fernwald bei Gießen 1991, S. 11-26

2. Beginn und Ausgestaltung der Hochschulausbildung von Berufsschullehrern für Landwirtschaft und Gartenbau

2.1. Beginn und Konzept der Ausbildung

Die Defizite in der Ausbildung von Berufsschullehrern im Bereich der Landwirtschaft Ende der 50er Jahre waren offensichtlich. In den Grundsätzen zur weiteren Entwicklung des Systems der Berufsbildung in der DDR, die der Ministerrat am 30. Juni 1960 bestätigte, wurde betont, daß die höheren Ziele in der Berufsausbildung nur mit besser qualifizierten Lehrkräften zu erreichen sind. In Verwirklichung dieser Grundsätze beschloß der Ministerrat der ehemaligen DDR: „Der Staatssekretär für das Hoch- und Fachschulwesen hat im Zusammenhang mit dem Minister für Volksbildung die Voraussetzungen zu schaffen, daß eine hochschulmäßige Ausbildung von Lehrern für die Landwirtschaft und das Gesundheitswesen neu aufgenommen werden kann.“⁸

Unter Berücksichtigung der vor allem an der Technischen Universität Dresden gewonnenen Erfahrungen wurden im Jahr 1961 zunächst an der Humboldt-Universität Berlin sowie der Universität Rostock, 1964 auch an der Friedrich-Schiller-Universität Jena und im Jahr 1965 an der Karl-Marx-Universität Leipzig das fünfjährige Direktstudium Diplomagrarpädagogik eingerichtet. Nach dem Vorbild der bereits 1958 an der Technischen Universität Dresden gebildeten Institute für Unterrichtsmethodik wurden Abteilungen für Landwirtschaftspädagogik/Agrarpädagogik an den Pädagogischen Fakultäten der genannten Universitäten gegründet. Sie sahen ihre Aufgabe in erster Linie darin, Unterrichtsmethodiken für landwirtschaftliche Fächer zu entwickeln.⁹ Immatrikuliert waren die Berufsschullehrerstudenten überwiegend an den Landwirtschaftlichen Fakultäten der jeweiligen Universitäten.

⁸ Beschluß des Ministerrates über die hochschulmäßige Ausbildung von Lehrern für Landwirtschaft und das Gesundheitswesen, in: *Gesetzblatt der DDR* (GBl.) Teil I Nr. 44 vom 13. August 1960

⁹ Röhlig, E.: Das Studium für Landwirtschaftslehrer zwischen Tradition und Neubegegnung, a.a.O.

Im Rahmen der III. Hochschulreform von 1968 erfolgte eine Konzentration der agrarpädagogischen Einrichtungen sowie eine Spezialisierung der Ausbildung. An der Humboldt-Universität Berlin wurden Diplomagrarpädagogen für Pflanzenproduktion und ab 1970 auch Diplomgartenbaupädagogen ausgebildet. Die Leipziger Universität übernahm die Ausbildung von Diplomagrarpädagogen für Tierproduktion. Die Universitäten Rostock und Jena stellten ihre Ausbildungen zu dieser Zeit ein.

Nach der Gründung der Sektionen an den Universitäten wurde die Fachrichtung Agrarpädagogik an der Humboldt-Universität Berlin 1969 der Sektion Gartenbau zugeordnet. 1974 erfolgte eine Trennung in die Fachrichtung Gartenbaupädagogik, die an dieser Sektion verblieb, und in die Fachrichtung Agrarpädagogik/Pflanzenproduktion, die an der Sektion Pflanzenproduktion angesiedelt wurde.¹⁰ Die Leipziger Agrarpädagogen waren mit ihrem Wissenschaftsbereich Landwirtschaftliche Berufs- und Betriebspädagogik in die Sektion Tierproduktion und Veterinärmedizin integriert.

Die Ausbildung von Berufsschullehrern für Landwirtschaft und Gartenbau erfolgte zunächst nur im Direktstudium. Ergänzend dazu wurde 1971 ein Fernstudium Agrarpädagogik¹¹ und 1975 ein Postgradualstudium Berufspädagogik Landwirtschaft und Gartenbau¹² aufgenommen. Zur Weiterbildung der Berufsschullehrer wurden ebenfalls seit 1975 Fach- und Speziallehrgänge an den bestehenden agrarwissenschaftlichen lehrerbildenden Sektionen durchgeführt, die auf eine Weisung des Staatssekretariats für Berufsbildung vom Juni 1974 zurückgehen. Hierbei handelte es sich um ein- und zweiwöchige Lehrgänge während der Ferienzeit.

¹⁰ Bräuer, M./John, W./Seidel, I., Müller, H.: Festschrift zum Jubiläum. 30 Jahre Ausbildung von Fachlehrern für Landwirtschaft und Gartenbau an der Humboldt-Universität zu Berlin 1961 – 1991, in: Humboldt-Universität zu Berlin, Fakultät für Landwirtschaft und Gartenbau, Institut für Agrarpädagogik Berlin, November 1991

¹¹ Anweisung vom 26. Februar 1971 über die Einrichtung und Durchführung eines Hochschulfernstudiums für Lehrkräfte für den berufstheoretischen Unterricht, in: *Verfügungen und Mitteilungen des Staatssekretariats* Nr. 17, 1972, S. 177

¹² Anordnung über das postgraduale Studium an den Hoch- und Fachschulen vom 1. Juli 1973, in: GBl. Teil I Nr. 31, S. 308

2.2. Ziele und Schwerpunkte der Ausbildung

Die Ziele für die Ausbildung von Berufsschullehrern für Landwirtschaft und Gartenbau wurden auf der Grundlage gesellschaftlicher Anforderungen sowie der allgemeinen Ziele der Persönlichkeitsentwicklung bestimmt. In den unterschiedlichen Phasen der Entwicklung der DDR-Gesellschaft erwiesen sich Modifizierungen der Ziele als notwendig. Der Absolvent sollte – wie es in den Zielformulierungen für alle DDR-Studiengänge hieß – eine allseitig entwickelte Persönlichkeit sein, die sich durch ein hohes gesellschaftliches Verantwortungsbewußtsein auszeichne und fest den Klassenstandpunkt der Arbeiterklasse vertrete. Dazu waren in der Ausbildung sichere Grundlagen der Persönlichkeitsentwicklung zu legen. Die Tätigkeit der Berufsschullehrer im besonderen sollte darauf gerichtet, einen wirksamen und der Spezifik des berufstheoretischen Unterrichts entsprechenden anteiligen Beitrag zur sozialistischen/kommunistischen Erziehung der Lehrlinge und zur Aus- und Weiterbildung der Werk-tätigen in der beruflichen Erwachsenenbildung zu leisten. Ihre entscheidende Aufgabe der Lehrer bestehe darin, den landwirtschaftlichen und gärtnerischen Unterricht wissenschaftlich, parteilich sowie eng mit der gesellschaftlichen, beruflichen und betrieblichen Praxis verbunden durchzuführen. Hierzu wurde es als nötig angesehen, ihre Schöpferkraft und Disponibilität zu entwickeln. Letztlich war das Ziel der Ausbildung, die berufliche Handlungskompetenz der künftigen Berufsschullehrer für Landwirtschaft und Gartenbau zu entwickeln und zu fördern.¹³

¹³ Die Ziele und Schwerpunkte der Ausbildung sowie der Aufbau und der Ablauf des Studiums waren in den jeweils gültigen Plänen festgelegt, z.B. im „Studienplan für die Grundstudienrichtung Berufsschullehrer Agrarwissenschaftliche Richtungen“ (Studienplan für die Grundstudienrichtung Berufsschullehrer Agrarwissenschaftliche Richtungen zur Ausbildung an Universitäten und Hochschulen der DDR vom 1.9.1981. Ministerrat der Deutschen Demokratischen Republik, Ministerium für Hoch- und Fachschulwesen, Staatssekretariat für Berufsbildung) sowie im „Studienplan für das postgraduale Studium Berufspädagogik“ (Studienplan für das postgraduale Studium Berufspädagogik an Universitäten und Hochschulen der DDR vom 1979. Ministerrat der Deutschen Demokratischen Republik, Ministerium für Hoch- und Fachschulwesen).

2.3. Prinzipien der Ausbildung

Wie auch in anderen Studienrichtungen folgte die Ausbildung von Berufsschullehrerstudenten für Landwirtschaft und Gartenbau vor allem den hochschulpolitischen Prinzipien der Einheit von Lehre, Forschung und Erziehung sowie der Einheit von Theorie und Praxis. Das erstere Prinzip formulierte den untrennbaren Zusammenhang von Lehr-, Lern- und wissenschaftlichem Arbeitsprozeß. Die Einheit von Ausbildung und Erziehung sollte sicherstellen, dass Lehrpersönlichkeiten mit solidem Fachwissen und gefestigtem Klassenstandpunkt entwickelt werden. Die Qualität der Lehre war wesentlich davon bestimmt, wie das den Studenten zu vermittelnde theoretische Wissen durch Forschungsergebnisse des Lehrenden gestützt wurde. Die Lehre entsprach dann den Anforderungen, wenn sie das Theorie-Bewußtsein der Studenten entwickeln half und wenn die Vermittlung der grundlegenden berufspädagogischen Erkenntnisse ständig mit den Ergebnissen praxisbezogener Forschung verbunden wurde.

Wirksam wurde dieses Prinzips besonders dann, wenn die Einbeziehung der Lehrerstudenten unmittelbar in die berufspädagogische Forschung gewährleistet werden konnte.¹⁴ Die III. Hochschulreform von 1968 widmete sich insbesondere diesem Schwerpunkt. Sie forderte den Übergang zur forschungsbezogenen Lehre, „deren Grundanliegen die volle Durchsetzung einer auf den Welthöchststand orientierten Einheit von Forschung und Lehre in der Ausbildung ist“.¹⁵ Die Verwirklichung der forschungsbezogenen Lehre verlangte die Entwicklung des wissenschaftlich-produktiven Studiums vom 1. Studienjahr an. Damit verbunden war die Einbeziehung der Studenten in die Forschungsarbeit der jeweiligen Wissenschaftsbereiche, vorrangig in die berufspädagogische und unterrichtsmethodische Forschung. Unterrichtsforschung war für die Studenten auch am besten zu realisieren, da sie sich mit ihrer Tätigkeit in der schulpraktischen

¹⁴ Autorenkollektiv: Aus- und Weiterbildung von Lehrkräften für die sozialistische Berufsbildung. Verlag die Wirtschaft, Berlin 1984

¹⁵ Beschluß des Staatsrates der Deutschen Demokratischen Republik. Die Weiterführung der 3. Hochschulreform und die Entwicklung des Hochschulwesens bis 1975. Materialien der 16. Sitzung des Staatsrates der Deutschen Demokratischen Republik am 3. April 1969. Schriftenreihe des Staatsrates 3. Wahlperiode H. 8 1969, S. 103-112

Ausbildung günstig vereinbaren ließ und eine wechselseitige Motivation für Unterrichts- und Forschungsarbeit bewirken konnte. Darüber hinaus wurde die Einbeziehung der Studierenden in die Forschung auch als ein bedeutsamer Faktor der Persönlichkeitsentwicklung – insbesondere im Hinblick auf schöpferisches Denken und Arbeiten – bewertet.

Die studentische Forschungsarbeit vollzog sich in verschiedenen Formen und Stufen. Es war eine schrittweise Befähigung der Studenten mit steigendem Anforderungsniveau zur wissenschaftlichen Arbeit zu sichern. Dazu wurden u.a.

- die Arbeit in wissenschaftlichen Studentenzirkeln an einem Tag pro Woche,
- die Forschungsarbeit im Rahmen von sog. Jugendobjekten,
- das wissenschaftlich-methodische Praktikum,
- die Forschungsarbeiten zur Anfertigung der Beleg- und Diplomarbeiten sowie
- die Anfertigung und Erprobung von zwei Unterrichtsmitteln genutzt.

Ein weiteres wichtiges Prinzip bzw. Bestandteil der Ausbildung von Berufsschullehrern für Landwirtschaft und Gartenbau war die Einheit von Theorie und Praxis. Praxisbezug im Feld der Lehrerbildung wurde für zwei Funktionen verlangt. Zum einen sollte der Praxisbezug das Hochschulstudium begleiten, also das Studium selbst an Praxiserfahrungen und -relevanz binden. Zum anderen sollte das Studium auf die spätere Praxis orientiert werden, d.h. praxistauglich gemacht werden. Das Prinzip der Einheit von Theorie und Praxis bei der Ausbildung von Berufsschullehrern bezog sich sowohl auf die pädagogische als auch auf die fachspezifische Ausbildung.

Pädagogisches Handeln ist planvolles Handeln. Daher sollten die schulpraktischen Abschnitte der Ausbildung Möglichkeiten bieten, die eigene Kompetenz zur Planung und Vorbereitung von Unterricht und anderen pädagogischen Aktivitäten in der Schule zu erproben. In den Begründungen der Planungsentscheidungen und der Form der schriftlichen Darstellung wurde versucht, den Studierenden die integrierende pädagogisch-praktische Aufgabe der Vermittlung von Theorie und Praxis unmittelbar einsichtig werden zu lassen. Die Ausprägung pädagogischen Könnens der künftigen Berufsschullehrer erfolgte am effektivsten, wenn die schulpraktische Ausbildung in inhaltlicher Abstimmung mit der theoretischen unterrichtsmethodischen

Ausbildung erfolgte. So gesehen ermöglichten die schulpraktischen Ausbildungsabschnitte die theoriegeleitete Reflexion der pädagogischen Erfahrungen. Analysen der eigenen Praxis oder des pädagogischen Handelns anderer, selbstkritische Einschätzung und die Auseinandersetzung mit Kritik anderer dienten der Weiterentwicklung eigener Handlungskompetenz. Sie verbesserten aber auch die Fähigkeit zur kritischen Reflexion der pädagogischen Praxis generell. Insofern läßt sich die schulpraktische Ausbildung tatsächlich als ein Ausbildungsabschnitt bewerten, von dem wertvolle Impulse für die vertiefenden theoretischen Studien ausgingen.

Die Gewährleistung der Einheit von theoretischer und praktischer landwirtschaftlicher/gärtnerischer Ausbildung erforderte die Koordination theoretischer Lehrveranstaltungen mit produktionspraktischer Ausbildung sowie schulpraktischer Abschnitte. Die Rolle der Praxis hatte im Studium als Feld der Erkenntnis, der Bestätigung, der Bewährung, als „Kriterium der Wahrheit“ einen hohen Stellenwert und wurde in engem Zusammenwirken mit landwirtschaftlichen und gärtnerischen Berufsschulen und Ausbildungsbetrieben realisiert.

2.4. Studienformen

2.4.1. Direktstudium

Für die Bewerbung bzw. Zulassung zum Studium galten die Festlegungen des Ministeriums für das Hoch- und Fachschulwesen über die Bewerbung, Auswahl und die Zulassung zum Direktstudium an den Universitäten und Hochschulen. Es wurden Bewerber aufgenommen, die über die Hochschulreife und eine abgeschlossene fachrichtungsbezogene Berufsausbildung oder ein Vorpraktikum entsprechend den gesetzlichen Grundlagen verfügten.

Die Dauer des Studiums änderte sich infolge zentraler Entscheidungen mehrmals. Sie wurde 1970 von fünf auf vier Jahre herabgesetzt und betrug ab 1983 in allen berufsschullehrerbildenden Einrichtungen viereinhalb Jahre. Charakteristisch für die Ausbildung von Berufsschullehrerstudenten für Landwirtschaft und Gartenbau war, daß sie einphasig erfolgte. Der Diplomstudiengang vollzog sich als integrierter Studiengang fachwissenschaftlicher, unterrichtsmethodi-

scher und erziehungswissenschaftlicher Lehrgebiete. Diese Parallelität der Studienbestandteile erstreckte sich über das gesamte Studium. Hohe Anteile schulpraktischer Ausbildung waren während des Studiums auf die Herausbildung praxisorientierter Absolventen gerichtet. Entsprechend gewandelter Anforderungen wurde der Diplomstudiengang Agrarpädagogik mehrfach verändert und war der erreichte Spezialisierungsgrad der Absolventen unterschiedlich stark ausgeprägt: vom breit ausgebildeten Diplomlandwirtschaftslehrer bis zum spezialisierten Berufsschullehrer für Pflanzenproduktion, Tierproduktion und Gartenbau.¹⁶ Ebenso änderten sich im Laufe der Zeit auch die Bezeichnungen für den Studiengang und die Berufsbezeichnungen.¹⁷

Bestandteile der Ausbildung waren Vorlesungen, Seminare, Übungen, Selbststudium, Praktika und Exkursionen sowie die wissenschaftlich-produktive Tätigkeit in der Forschungsarbeit. Prüfungen und Leistungskontrollen absolvierten die Studenten auf der Grundlage der jeweilig gültigen Prüfungs- und Diplomordnung. Am Ende des Studiums reichten die Studenten eine Diplomarbeit ein und verteidigten diese. Der Hochschulabschluß wurde mit dem Erwerb des akademischen Grades Diplomagrarpädagoge bzw. Diplomgartenbaupädagoge erteilt.¹⁸

2.4.2. Fernstudium

Für das Fernstudium von Berufsschullehrern für Landwirtschaft und Gartenbau galten die Festlegungen des Ministeriums für Hoch- und

¹⁶ Vgl. Bräuer, M.: Weiterentwicklung der Ausbildung von Agrarpädagogen in den neuen Bundesländern – insbesondere an der Humboldt-Universität zu Berlin, in: Bunk, G. P., Röhlig, E.: Agrarpädagogik zwischen Tradition und Neubeginn, Fernwald bei Gießen 1991, S. 272-279; ders.: 30 Jahre agrarpädagogische Lehre und Forschung an der Humboldt-Universität zu Berlin, in: *Wissenschaftliche Zeitschrift der Humboldt-Universität zu Berlin, R. Agrarwissenschaften* 41 (1992) 1, S. 11-14

¹⁷ Vgl. Verzeichnis der Ausbildungsfachrichtungen und der dazugehörigen Berufsbezeichnungen im Hoch- und Fachschulwesen der DDR. Ministerium für Hoch- und Fachschulwesen, November 1972; Anordnung über die Erteilung und Führung von Berufsbezeichnungen der Hoch- und Fachschulausbildung vom 3. März 1976. Der Minister für Hoch- und Fachschulwesen

¹⁸ Studienplan für die Grundstudienrichtung Berufsschullehrer Agrarwissenschaftliche Richtungen zur Ausbildung an Universitäten und Hochschulen der DDR vom 1.9.1981, a.a.O.

Fachschulwesen und des Staatssekretariats für Berufsbildung gemäß „Anweisung über die Einrichtung und Durchführung eines Hochschulfernstudiums für Lehrkräfte für den berufstheoretischen Unterricht“ vom 26. Februar 1971.¹⁹ Grundlage der Wissensaneignung war die das Selbststudium anhand festgelegter didaktisch-methodisch aufbereiteter Literatur in Form von Lehrbriefen, Lehrbüchern und Studienanleitungen. Durch Konsultationen, Vorlesungen, Seminare, Übungen, Laborpraktika und Exkursionen wurde das Selbststudium angeleitet, unterstützt, vertieft und kontrolliert.

Charakteristisch für das Fernstudium war die Einheit von Studium und Berufstätigkeit. Der Fernstudent nutzte für die Aneignung und Anwendung von Wissen umfassend die Möglichkeiten seiner beruflichen Arbeit und anderer gesellschaftlicher Tätigkeiten. Da Fernstudenten im Berufsschullehrerstudium bereits hauptamtlich als Lehrer tätig waren, konnten sie die im Studium erworbenen Kenntnisse, Fähigkeiten und Fertigkeiten unmittelbar bei der Vorbereitung, Durchführung und Auswertung des berufstheoretischen Unterrichts anwenden. Fernstudenten, die als Leiter in der Berufsbildung tätig waren, hatten mindestens sechs Stunden berufstheoretischen Unterricht pro Woche in den Fächern, die der gewünschten Fachrichtung entsprachen, zu erteilen.

Die Gesamtdauer des Fernstudiums betrug einschließlich der Anfertigung und Verteidigung der Diplomarbeit dreieinhalb Jahre. Es gliederte sich in zwei Studienabschnitte:

- Der 1. Studienabschnitt vollzog sich an einem Konsultationszentrum, für die Fachrichtung „Berufsschullehrer für Pflanzenproduktion und Gartenbau“ an der Humboldt-Universität Berlin und für die Fachrichtung „Berufsschullehrer für Tierproduktion“ an der Universität Leipzig. Die Fernstudenten erwarben gesellschaftswissenschaftliches, allgemeinbildendes und agrarwissenschaftliches Grundlagenwissen sowie erziehungswissenschaftliche Kenntnisse. Über einen Zeitraum von zwei Jahren ist das Selbststudium in regelmäßigen Konsultationen angeleitet, kontrolliert und gefestigt worden.

¹⁹ Anweisung vom 26. Februar 1971 über die Einrichtung und Durchführung eines Hochschulfernstudiums für Lehrkräfte für den berufstheoretischen Unterricht, a.a.O.

- Der 2. Studienabschnitt wurde an der immatrikulierenden Hochschule fachrichtungsspezifisch fortgesetzt, indem das im Selbststudium erworbene Wissen und Können durch Seminare, Übungen, Laborpraktika und Vorlesungen, die im Rahmen mehrtägiger Studienkurse stattfanden, gefestigt, erweitert und vertieft wurde. Im Mittelpunkt standen, neben der Fortführung der gesellschaftswissenschaftlichen Studien, die unterrichtsmethodische Ausbildung sowie das Studium der spezifischen Fachwissenschaften. Da zwischen diesen Studienkursen größere Zeitabschnitte lagen, sind hohe Anforderungen an die Selbständigkeit der Fernstudenten bei der Aneignung des Wissens und Selbstkontrolle der Fortschritte gestellt worden.

Die Prüfungen und Leistungskontrollen erfolgten auf der Grundlage der Prüfungsordnung des Ministeriums für Hoch- und Fachschulwesen. Zur Teilnahme an den festgelegten Lehrveranstaltungen, zur Vorbereitung und Ablegung der vorgeschriebenen Prüfungen sowie zur Anfertigung der Beleg- und Diplomarbeiten erhielten die Fernstudenten von ihren Einrichtungen eine Freistellung. Das waren im 1. Studienjahr 42 Tage, im 2. ebenfalls 42 Tage, im 3. Jahr 60 Tage und im 7. Semester 3 Monate für die Anfertigung der Diplomarbeit. Der Hochschulabschluß wurde mit dem Erwerb des akademischen Grades Diplomagrarpädagoge bzw. Diplompflanzenbaupädagoge erteilt.²⁰ /16/.

2.4.3. Postgradualstudium

Das postgraduale Studium wurde 1975 an den berufsschullehrerbildenden Hochschuleinrichtungen etabliert. Dieses Studium war eine planmäßige Weiterbildung zur berufs- bzw. funktionsbezogenen Qualifizierung von Hoch- und Fachschulabsolventen ohne pädagogischen Abschluß. Es diente der Aktualisierung der Kenntnisse, der Erweiterung der Fähigkeiten, der Spezialisierung oder der Vermittlung von Kenntnissen auf zusätzlichen, für die Tätigkeit als Berufsschullehrer

²⁰ Studienplan für die Grundstudienrichtung Berufsschullehrer Agrarwissenschaftliche Richtungen zur Ausbildung an Universitäten und Hochschulen der DDR vom 1.9.1981, a.a.O.

erforderlichen Wissensgebieten.²¹ Die Voraussetzungen für die Aufnahme ins Postgradualstudium bestanden darin, daß die Bewerber hauptsächlich als Lehrer an Berufsbildungseinrichtungen tätig waren und über einen Hochschulabschluß, in Ausnahmefällen einen Fachschulabschluß, in den den Spezialisierungseinrichtungen entsprechenden Fachrichtungen verfügten. Leiter in der Berufsbildung hatten als Voraussetzung eine Lehrtätigkeit mit mindestens sechs Stunden pro Woche bei der Facharbeiterausbildung der entsprechenden Studienrichtung zu erfüllen.

Die Teilnahme am postgradualen Studium erfolgte durch Delegation, also nicht durch Eigenbewerbung an der Hochschule. Die Studiendauer betrug vier Semester. Die Postgradualstudenten erhielten Konsultationen in den pädagogischen, psychologischen und unterrichtsmethodischen Disziplinen sowie in Marxismus-Leninismus. Zur Teilnahme an den festgelegten Lehrveranstaltungen, zur Vorbereitung und Ablegung der vorgeschriebenen Prüfungen sowie zur Anfertigung der Abschlußarbeiten erhielten sie eine Freistellung von ihren Einrichtungen. Diese betrug insgesamt 72 Tage zuzüglich 4 Wochen für die Abschlußarbeit.

Die Abschlußarbeit war am Ende des 3. Semesters abzugeben und zu verteidigen, daneben waren zwei Prüfungslektionen abzulegen. Über den erfolgreichen Abschluß des postgradualen Studiums erfolgte die Ausstellung eines Zeugnisses sowie eine Ergänzung zu der in der ursprünglichen Hoch- bzw. Fachschulausbildung erworbenen Berufsbezeichnung in Gestalt einer Urkunde.

2.5. Absolventenzahlen und Einsatzmöglichkeiten

Von 1961 bis 1993 verließen 530 Berufsschullehrer für Landwirtschaft und Gartenbau als Absolventen im Direktstudium und 275 Absolventen im Fern- und Postgradualstudium seit 1971 bzw. 1975 die Humboldt-Universität. Für die anderen Universitäten, die Berufsschullehrer für Landwirtschaft und Gartenbau ausgebildet haben, können derzeit keine Absolventenzahlen angegeben werden. Nach

²¹ Anordnung über das postgraduale Studium an den Hoch- und Fachschulen vom 1. Juli 1981, a.a.O.

dem Erwerb des Diploms nahmen die Absolventen eine Tätigkeit vor allem als Berufsschullehrer an Betriebsberufsschulen, Betriebsschulen, Kommunalen Berufsschulen und Kreislandwirtschaftsschulen auf. Einige Absolventen begannen eine Tätigkeit in den Bezirkskabinetten für Weiterbildung oder wissenschaftlichen Institutionen.²²

3. Charakterisierung des Studiums in der Grundstudienrichtung Berufsschullehrer agrarwissenschaftlicher Richtungen

3.1. Fachwissenschaftliche Ausbildung

Die Tätigkeit der Lehrer für den landwirtschaftlichen und gartenbaulichen Unterricht war vor allem darauf gerichtet, die Ausbildung und Erziehung von künftigen Facharbeitern auf dem Gebiet der Landwirtschaft und des Gartenbaus durchzuführen. Im komplexen Tätigkeitsfeld der Lehrer bildeten unterrichtliche, außerunterrichtliche und außerschulische Tätigkeiten eine Einheit. Zentral war jedoch die unterrichtliche Tätigkeit. Das erforderte unterrichtsmethodisches Können und eine solide fachwissenschaftliche Ausbildung. Diese bestand aus den mathematisch-naturwissenschaftlichen Grundlagen, der agrarwissenschaftlichen Ausbildung, den verschiedenen ökonomischen Disziplinen sowie einer Reihe anderer Disziplinen.

Die im Studienplan vorgesehene sog. „wahlweise obligatorische Ausbildung“ verfolgte das Ziel, das Studium nach fachspezifischen Aspekten zu differenzieren. Die Vertiefung und Erweiterung des Studieninhaltes sollte es den Studierenden ermöglichen, einen Einblick in spezielle Wissenschaftsgebiete zu erhalten und spezielle Problemstellungen der Berufspraxis kennenzulernen. Damit erfolgte eine Vorbereitung der Absolventen auf die spezifischen Anforderungen ihrer künftigen Berufstätigkeit.²³ Charakteristisch für die Ausbildung

²² Vgl. Bräuer, M./John, W./Seidel, I./Müller, H.: Festschrift zum Jubiläum. 30 Jahre Ausbildung von Fachlehrern für Landwirtschaft und Gartenbau an der Humboldt-Universität zu Berlin 1961 – 1991, a.a.O.

²³ Die Ausbildungsbestandteile und das dazugehörige Zeitvolumen in den verschiedenen historischen Phasen lassen sich aus den jeweiligen Studienplänen entnehmen, die bei den Autoren einzusehen sind.

war ein recht enges Verhältnis zwischen Vorlesungen und Seminaren. Die Stundentafeln wiesen diesbezüglich durchschnittlich ein Verhältnis 2:1 aus.

3.2. Erziehungswissenschaftliche Ausbildung

Das Ziel der erziehungswissenschaftlichen Ausbildung der Berufsschullehrerstudenten in der DDR war dergestalt formuliert, daß sie befähigt werden sollten, den Prozeß der sozialistischen Bildung und Erziehung heranwachsender Facharbeitergenerationen wissenschaftlich zu planen und zu gestalten. Die erziehungswissenschaftliche Ausbildung sollte den Studenten den Blick für das komplexe pädagogische Geschehen im Kontext des gesamtgesellschaftlichen Systems öffnen. Dieses Ziel galt uneingeschränkt auch für die Ausbildung von Berufsschullehrerstudenten für Landwirtschaft und Gartenbau. Es ergab sich aus dem allgemeinen Ziel der Entwicklung von Lehrerpersönlichkeiten und muß dementsprechend in den gesamtgesellschaftlichen Kontext eingeordnet werden.

Die erziehungswissenschaftliche Ausbildung bestand aus den Lehrgebieten Grundlagen der Pädagogik, Didaktik der sozialistischen Berufsbildung, Erziehungstheorie der sozialistischen Berufsbildung, Geschichte der Theorie und Praxis der Berufsbildung, die zum Oberbegriff „Berufspädagogik“ zusammengefaßt wurden, sowie Psychologie. Im engen Zusammenwirken ihrer Bestandteile vermittelte die erziehungswissenschaftliche Ausbildung den Studierenden grundlegende bildungspolitische, berufspädagogische und psychologische Erkenntnisse zu den Zielen, Inhalten, Methoden und Bedingungen der Erziehung „allseitig entwickelter sozialistischer Facharbeiterpersönlichkeiten“ im und außerhalb des Unterrichts. Sie führte sie in die Methodologie der berufspädagogischen Wissenschaften ein und sollte einen wesentlichen Beitrag zur Entwicklung ihres erzieherischen Könnens sowie zur Festigung ihrer motivierten Berufseinstellung leisten. Damit wurden die Absolventen darauf vorbereitet, spezifischen Anforderungen ihrer künftigen Berufstätigkeit gerecht zu werden, aktuelle Aufgaben der weiteren inhaltlichen Ausgestaltung der Be-

rufsausbildung zu erkennen und entsprechende Lösungen schöpferisch zu verwirklichen.²⁴

3.3. Unterrichtsmethodische und schulpraktische Ausbildung

Im Lehrgebiet Unterrichtsmethodik wurden die künftigen Berufsschullehrer für Landwirtschaft und Gartenbau befähigt, den berufstheoretischen Unterricht in Verwirklichung der staatlichen Dokumente für die Aus- und Weiterbildung der Facharbeiter schöpferisch, parteilich, wissenschaftlich fundiert und praxisverbunden vorzubereiten, durchzuführen und auszuwerten. Die Studierenden sollten in Verbindung mit der schul- und betriebspraktischen Tätigkeit das pädagogische Können erwerben, die Erziehung sowie Aus- und Weiterbildung der Facharbeiter im theoretischen Unterricht als Einheit von Wissenserwerb, Fähigkeits- und Fertigkeitenentwicklung, Herausbildung kommunistischer Überzeugungen, Einstellungen und Verhaltensweisen zu gestalten.

Die Wissenschaftsbereiche Agrarpädagogik und Gartenbaupädagogik der Humboldt-Universität Berlin sowie der Wissenschaftsbereich Landwirtschaftliche Berufs- und Betriebspädagogik der Leipziger Universität waren für die unterrichtsmethodische Ausbildung der Berufsschullehrerstudenten verantwortlich. Dies geschah vor allem in den Lehrveranstaltungen der Unterrichtsmethodik, für die insgesamt beispielsweise nach dem Studienplan von 1981 220 Stunden vorgesehen waren (jeweils 4 SWS im 4. bis 6. Semester, 2 SWS im 8. und 1 SWS im 9. Semester). Durch diese Lehrveranstaltungen erhielten die Studenten tiefere Einsichten in die fachbedingten Besonderheiten der methodischen Realisierung des Unterrichtsprozesses unter Berücksichtigung der Ziel-, Inhalt-, Methoden- und Bedingungsrelation.

Die agrarpädagogische Ausbildung setzte sich aus den Unterrichtsmethodiken der betreffenden Fachrichtung und aus eigener Unterrichtstätigkeit der Studenten in den verschiedenen Abschnitten der schulpraktischen Ausbildung zusammen. Sie begann im 4. Semester

²⁴ Studienplan für die Grundstudienrichtung Berufsschullehrer Agrarwissenschaftliche Richtungen zur Ausbildung an Universitäten und Hochschulen der DDR vom 1.9.1981, a.a.O.

mit einer einführenden Veranstaltungsreihe „Grundlagen der Unterrichtsmethodik für die landwirtschaftliche bzw. gärtnerische berufliche Ausbildung“. In dieser 2 SWS umfassenden Einführung wurden Grundlagen und Gemeinsamkeiten der Unterrichtsmethodiken der jeweiligen Fachrichtung (spezielle Methodiken) vorangestellt. Daran schlossen sich die Lehrveranstaltungen „Spezielle Unterrichtsmethodik landwirtschaftlicher bzw. gärtnerischer Fächer der beruflichen Aus- und Weiterbildung“ an. So erfolgte z.B. die Ausbildung der Studierenden der Fachrichtung „Berufsschullehrer für Pflanzenproduktion“ in folgenden speziellen Unterrichtsmethodiken (deren Bezeichnungen Modifikationen unterlagen):

- Unterrichtsmethodik „Acker- und pflanzenbauliche Grundlagen“
- Unterrichtsmethodik „Pflanzenbau“
- Unterrichtsmethodik „Landtechnik“
- Unterrichtsmethodik „Ökonomie (Pflanzenproduktion)“
- Einführung in die Unterrichtsmethodik „Berufspraktische Ausbildung/Pflanzenproduktion“.²⁵

Die auf hohem theoretischen Niveau realisierte unterrichtsmethodische Ausbildung wurde in enger Beziehung zur schulpraktischen Ausbildung der Studenten durchgeführt. Diese fand statt in Form von simulierten Unterrichtsübungen an der Universität, der semesterbegleitenden Schulpraktischen Übungen (180 Stunden) an Berufsschulen, des Pädagogisch-psychologischen Praktikums (3 Wochen seit 1984), des Großen Schulpraktikums (bis 1983 mit einer Dauer von 5 Monaten), des Komplexpraktikums (24 Wochen, darunter 12 Wochen schulpraktischer Ausbildungsabschnitt seit 1984) sowie der Einsatzbezogenen Spezialisierung (14 Wochen ebenfalls seit 1984).

Zur Entwicklung des pädagogischen Könnens hatte die schulpraktische Ausbildung folgende spezifische Funktionen zu erfüllen:

- die Studenten in die schulpraktische Realität der Lehrer-tätigkeit einzuführen,

²⁵ Lehrprogramm für das Lehrgebiet Unterrichtsmethodik zur Ausbildung in der Grundstudienrichtung Berufsschullehrer Agrarwissenschaftliche Richtungen an Universitäten und Hochschulen der DDR vom 1.9.1987. Ministerrat der Deutschen Demokratischen Republik, Ministerium für Hoch- und Fachschulwesen; Brüner, M./Seidel, I.: Vorbereitung der Lehrkräfte auf ihre Tätigkeit, in: Schriftenreihe „Berufliche Bildung im ländlichen Raum“, Band 4, Centaurus-Verlagsgesellschaft, Pfaffenweiler 1992, S. 125-140

- sie unter Anleitung von Mentoren zu zunehmend selbständiger Bildungs- und Erziehungsarbeit im Unterricht zu befähigen, sie in die vielfältigen Beziehungen zwischen unterrichtlicher und außerunterrichtlicher Tätigkeit an der Berufsschule einzuführen und
- bei den Studenten Einsichten zur Zusammenarbeit mit den berufspraktischen Lehrkräften und anderen an der Ausbildung Beteiligten zu wecken.

Die Betreuung der Studenten während der schulpraktischen Ausbildung erfolgte in engem Zusammenwirken der Unterrichtsmethodiker der Universität mit den Mentoren der landwirtschaftlichen bzw. gärtnerischen Berufsschulen. Fester Bestandteil der agrarpädagogischen Ausbildung war die wissenschaftliche Arbeit der Studenten unter Anleitung von Unterrichtsmethodikern auf unterrichtsmethodischem Gebiet. Die Ergebnisse dieser Arbeit legten die Studenten in Beleg- bzw. Diplomarbeiten nieder.

Diese Beschreibung der agrarpädagogischen Ausbildung macht deutlich, daß die Unterrichtsmethodiken in Verbindung von Theorie und praktischer Anwendung einen hohen Stellenwert in der Ausbildung der Berufsschullehrer für Pflanzenproduktion, für Tierproduktion und für Gartenbau einnahmen. Sie leisteten einen wesentlichen Beitrag, die Berufsmotivation der künftigen Berufsschullehrer und ihr Streben nach ständigem Weiterlernen, nach kritischem Analysieren der eigenen Unterrichtserfahrungen zu entwickeln und zu festigen.²⁶

4. Vom Diplomstudiengang zum Lehramtsstudiengang mit der beruflichen Fachrichtung Land- und Gartenbauwissenschaft

4.1. Das Konzept der Ausbildung der Lehramtsstudenten

Die Neugestaltung der gesellschaftlichen Verhältnisse in den ostdeutschen Bundesländern führte auch auf dem Gebiet der Ausbildung von Berufsschullehrern für Landwirtschaft und Gartenbau zu erheblichen

²⁶ Vgl. Bräuer, M./Seidel, I.: Vorbereitung der Lehrkräfte auf ihre Tätigkeit, a.a.O.; Bräuer, M. (Hg): Neukonzipierung der Fachdidaktik Land- und Gartenbauwissenschaft sowie agrarpädagogischer Wahlfächer. Humboldt-Universität zu Berlin, Landwirtschaftlich-Gärtnerische Fakultät, Fachdidaktik Land- und Gartenbau-wissenschaft 1994

Veränderungen. Die bisherigen Studiengänge zur Ausbildung von Berufsschullehrern in den alten und neuen Bundesländern unterschieden sich erheblich voneinander. Im Oktober 1990 wurde eine gesamtdeutsche Arbeitsgruppe zur Harmonisierung der Studiengänge von Agrarpädagogen gebildet, in der Hochschullehrer der Universität Gießen, der TU München, der Humboldt-Universität Berlin und der Leipziger Universität mitwirkten. Durch deren Tätigkeit konnte eine weitgehende Angleichung der Ausbildungskonzepte erreicht werden. Dabei war für die Humboldt-Universität die Tatsache zu berücksichtigen, daß das Lehrerbildungsgesetz des Landes Berlin nunmehr für ganz Berlin galt und die darin enthaltenen Regelungen zur Ausbildung von Lehrern umzusetzen waren.²⁷ In Leipzig ist die Ausbildung von Berufsschullehrern für Landwirtschaft Anfang der 90er Jahre eingestellt worden.

Seit dem Wintersemester 1990/91 erfolgte an der damaligen Fakultät für Landwirtschaft und Gartenbau der Humboldt-Universität Berlin (ab 1994 Landwirtschaftlich-Gärtnerische Fakultät) die Ausbildung von Lehrkräften für Landwirtschaft und Gartenbau nach einer neuen Konzeption. Dieses vom vormaligen Institut für Agrarpädagogik erarbeitete Ausbildungskonzept sah einen Lehramtsstudiengang mit einer Regelstudienzeit von neun Semestern vor. Der Lehramtsstudiengang trug die Bezeichnung „Amt des Studienrats mit der beruflichen Fachrichtung Landwirtschaft und Gartenbau“. Die heutige Bezeichnung ist „Amt des Studienrats mit der beruflichen Fachrichtung Land- und Gartenbauwissenschaft“. Die Ausbildung zum Studienrat erfolgt in zwei Phasen: die erste Phase in Gestalt eines neunsemestrigen Studiums an der Universität, die zweite Phase als ein zweijähriger Vorbereitungsdienst (Referendariat) an Studienseminar und Ausbildungsschule. Am Ende des Studiums steht die Erste Wissenschaftliche Staatsprüfung, den Abschluß des Referendariats bildet die Zweite Staatsprüfung. Mit deren Bestehen wird die Ausbildung abgeschlossen, womit die Laufbahnvoraussetzungen für das Amt des Studienrats gegeben sind.

Das Studium an der Universität ist als grundständiger Studiengang in durchgängiger Parallelität von fachwissenschaftlichen, fach-

²⁷ Vgl. Bräuer, M.: Weiterentwicklung der Ausbildung von Agrarpädagogen in den neuen Bundesländern – insbesondere an der Humboldt-Universität zu Berlin, a.a.O.

didaktischen und erziehungswissenschaftlichen Studienbestandteilen angelegt, kombiniert mit einer Zweitfachausbildung. Das Studium gliedert sich in ein viersemestriges Grundstudium, in dem die naturwissenschaftlichen und agrarwissenschaftlichen Disziplinen dominieren, und ein fünfsemestriges Hauptstudium. Insgesamt besteht das Studium aus folgenden Säulen:

1. *Erstfach Landwirtschaft bzw. Gartenbau einschließlich Fachdidaktik des Erstfaches = 80 Semesterwochenstunden*

In diesem Fach können die Studierenden zwischen den Fachrichtungen Landwirtschaft bzw. Gartenbau wählen. Im Grundstudium werden zunächst die mathematisch-naturwissenschaftlichen Grundlagen vermittelt. Darauf aufbauend enthält das Grundstudium als Pflichtveranstaltungen die Einführungen in die Studienbereiche Pflanzenbau und Tierproduktion bzw. Gartenbau sowie Agrarökonomie. Die Studienordnung für die Lehramtsstudiengänge²⁸ weist die Studienbereiche für die beiden Studienrichtungen Landwirtschaft und Gartenbau detailliert aus.

Im Hauptstudium sind von den Lehramtsstudenten zwei Prüfungsbereiche zu belegen. Für die Fachrichtung Landwirtschaft sind das im 1. Prüfungsbereich wahlweise Landwirtschaftlicher Pflanzenbau oder Tierproduktion. Der 2. Prüfungsbereich enthält komplementär zum 1. Prüfungsbereich Tierproduktion bzw. Landwirtschaftlichen Pflanzenbau oder einen der gartenbaulichen Studienbereiche. In der Studienrichtung Gartenbau besteht der 1. Prüfungsbereich aus wahlweise einem der gartenbaulichen Studienbereiche Gemüsebau, Obstbau, Zierpflanzenbau oder Baumschulwesen. Der 2. Prüfungsbereich beinhaltet wahlweise Landwirtschaftlichen Pflanzenbau oder einen der noch nicht gewählten gartenbaulichen Studienbereiche. Einige ergänzende Fächer komplettieren das Hauptstudium.²⁹

2. *Zweitfachausbildung (nichtberufsbezogenes Fach) einschließlich Fachdidaktik des Zweitfaches = 60 Semesterwochenstunden. Folgende Fächer können von den Studenten gewählt werden: Biologie, Chemie, Deutsch, Englisch, Informatik, Mathematik, Physik, Sport, Sonderpädagogik. Die Ausbildung erfolgt an der Fakultät, die das jeweilige Fach anbietet.*

²⁸ Studienordnung für die Lehramtsstudiengänge an der Humboldt-Universität zu Berlin Teil II 12: Fachspezifische Bestimmungen für das Studium im Prüfungsfach Land- und Gartenbauwissenschaft/Landwirtschaft/Gartenbau, in: *Amtliches Mitteilungsblatt der Humboldt-Universität zu Berlin Nr. 7b/1999*, 8. Jahrgang/7. April 1999, S. 3-5

²⁹ Ebd.

3. Erziehungswissenschaftliches Studium einschließlich einer anderen Sozialwissenschaft = 20 Semesterwochenstunden. Das sind 12 SWS Berufspädagogik und 8 SWS andere Sozialwissenschaft (Psychologie oder Philosophie oder Politologie oder Soziologie).
4. Obligatorische Schulpraktika: Orientierungspraktikum, Unterrichtspraktikum im Erstfach und Unterrichtspraktikum im Zweitfach.

Zur Ausbildung gehört ferner ein 52 Wochen umfassendes Betriebspraktikum, das in der Regel zur Hälfte vor dem Studium durchzuführen ist. Die ersten 26 Wochen sind spätestens zum Abschluß des Grundstudiums nachzuweisen, die gesamten 52 Wochen zum Abschluß des Hauptstudiums.³⁰

5.2. Die fachdidaktische Ausbildung der Lehramtsstudenten

Die fachdidaktische Ausbildung nimmt eine Bindegliedfunktion zwischen der fachwissenschaftlichen und der erziehungswissenschaftlichen sowie der unterrichtspraktischen Ausbildung ein. Bedingt durch diese Bindegliedfunktion besteht das hauptsächliche Anliegen der fachdidaktischen Ausbildung darin, die Lehramtsstudenten zu befähigen, fachwissenschaftliche Inhalte so in lehrbaren Unterricht umzusetzen, daß dabei berufliche Handlungskompetenz der Auszubildenden entsprechend den Lehrplanziele erreicht wird. Mit dieser angestrebten fachdidaktischen Kompetenz sollen die Lehramtsstudenten in die Lage versetzt werden:

- Ziele für Unterrichtsthemen auf der Grundlage der Lehrplanangaben zu bestimmen;
- die Auswahl, Anordnung, Aufbereitung und Gestaltung des Inhalts der jeweiligen Lerngebiete auf der Basis der ihnen bekannten beruflichen Anforderungen und der daraus abgeleiteten Ziele der Berufsausbildung vorzunehmen;
- eine vor allem der Zielrealisierung dienende, inhaltsadäquate und den Leistungsvoraussetzungen sowie anderen Bedingungen entsprechende methodische Gestaltung des Unterrichts zu gewährleisten;

³⁰ Vgl. Bräuer, M./Seidel, I.: Vorbereitung der Lehrkräfte auf ihre Tätigkeit, a.a.O.; Bräuer, M. (Hg): Neukonzipierung der Fachdidaktik Land- und Gartenbauwissenschaft sowie agrarpädagogischer Wahlfächer, a.a.O.

- die Bedingungen, unter denen der Unterricht stattfindet, sind so zu gestalten, dass damit günstige Voraussetzungen für die selbständige Aneignung der Lerninhalte bestehen.³¹

Aus diesen Zielstellungen leiten sich die folgenden Inhalte der Fachdidaktik ab:

- Ziele und Bestimmungsfaktoren für den Unterricht in der berufsbildenden Schule der Fachrichtungen Landwirtschaft und Gartenbau im Rahmen des gesamten beruflichen Bildungskonzepts;
- Inhalte, Organisationsformen und Bedingungen des Unterrichts in diesen Fachrichtungen;
- Umsetzung agrarwissenschaftlicher Erkenntnisse in lehrbaren Fachunterricht, insbesondere Auswahl, Anordnung, Strukturierung und Gestaltung agrarwissenschaftlicher Inhalte für landwirtschaftliche und gärtnerische Lerngebiete;
- Vermittlungs- und Aneignungsprinzipien sowie handlungsorientierte Unterrichtsmethoden;
- Gestaltung und Einsatz von Unterrichtsmedien;
- Analyse, Planung, Durchführung und Auswertung von agrarwirtschaftlichem Fachunterricht;
- Formen und Probleme der Leistungsmotivation und -bewertung;
- Methoden der Umwelterziehung im Fachunterricht.

Die fachdidaktische Ausbildung der Lehramtsstudenten gliedert sich in folgende Abschnitte:

1. *Einführung in die Fachdidaktik und Praktikumsvorbereitung.* Dieser Abschnitt umfasst 6 SWS und beinhaltet die Pflichtlehrveranstaltungen Einführung in die Fachdidaktik Land- und Gartenbauwissenschaft (Grundkurs) 2 SWS; Praktikumsvorbereitung Teil I 2 SWS, (Analyse, Planung, Durchführung, Auswertung des landwirtschaftlichen bzw. gartenbaulichen Unterrichts); Praktikumsvorbereitung II 2 SWS (Einzelaspekte der Fachdidaktik entsprechend dem Ausbildungsprofil).
2. *Unterrichtspraktikum.* Die Studierenden des Lehramtsstudiengangs führen im Hauptstudium ein vierwöchiges Unterrichtspraktikum durch. Während des Praktikums sollen sie mindestens 8 Stunden eigenen Unterricht erteilen und in 30 Unterrichtsstunden hospitieren.

³¹ Vgl. Bräuer, M. (Hg): Neukonzipierung der Fachdidaktik Land- und Gartenbauwissenschaft sowie agrarpädagogischer Wahlfächer, a.a.O.

3. *Vertiefung der Fachdidaktik.* Zur Vertiefung der didaktischen Kenntnisse und Fähigkeiten ist als Pflichtveranstaltung die Lehrveranstaltung Fachdidaktisches Hauptseminar im Umfang von 2 SWS im Hauptstudium nach Absolvierung des Unterrichtspraktikums zu besuchen. Während der fachdidaktischen Ausbildung sind von den Studierenden in den einzelnen Abschnitten genau definierte Leistungsnachweise zu erbringen.³²

Im Zusammenhang mit der neuen Lehrerprüfungsordnung des Landes Berlin von 2000 wurde das Gebiet Fachdidaktik Land- und Gartenbauwissenschaft zu einem Prüfungsfach der Ersten Wissenschaftlichen Staatsprüfung, und die Lehramtskandidaten haben die Möglichkeit, die Wissenschaftliche Hausarbeit auf dem Gebiet der Fachdidaktik Land- und Gartenbauwissenschaft zu schreiben. Dadurch hat die fachdidaktische Ausbildung eine deutliche Aufwertung erfahren.

Durch die auf die genannten Schwerpunkte gerichtete fachdidaktische Ausbildung werden die Studenten in die Lage versetzt, den beruflichen Unterricht in Landwirtschaft und Gartenbau zu planen, vorzubereiten, durchzuführen und auszuwerten. Den Studierenden werden Wege aufgezeigt, wie moderner, handlungsorientierter, selbstgesteuerter Unterricht durchgeführt werden kann, bei dem der Lehrer Gestalter moderner Lernarrangements ist und zunehmend die Rolle des Lernplaners, Lernberaters und Moderators übernimmt. Im Mittelpunkt steht der schülerzentrierte Unterricht, der das selbständige Lernen und Handeln der Auszubildenden betont und parallel zur beruflichen Handlungskompetenz Schlüsselqualifikationen entwickelt. Die fachdidaktische Ausbildung ist so angelegt, daß Anregungen, jedoch keine Rezepte, zur Unterrichtsgestaltung gegeben werden. Es wird großer Wert auf die Erkenntnis gelegt, daß die Lernwege variabel sein können. Fachdidaktische Positionen werden als offene, einem handlungsorientierten Ansatz folgende Konzeption dargestellt.

Mit der für die erste Phase der Studienratsausbildung beschriebenen fachdidaktischen Ausbildung ist diese jedoch noch nicht abge-

³² Studienordnung für die Lehramtsstudiengänge an der Humboldt-Universität zu Berlin Teil IV B 12: Fachspezifische Bestimmungen zur Fachdidaktik des Prüfungsfaches Land- und Gartenbauwissenschaft/Landwirtschaft/Gartenbau, in: *Ämtliches Mitteilungsblatt der Humboldt-Universität zu Berlin* Nr.7b/1999, 8. Jahrgang/7. April 1999, S. 10-11

schlossen. Sie wird in der 2. Phase, dem Referendariat, unter Anleitung eines Fachseminarleiters, in Regie der Schulverwaltungen fortgeführt.

5. **Schlußbetrachtungen**

Die universitäre Ausbildung von Berufsschullehrern für Landwirtschaft und Gartenbau zu Diplomagrarpädagogen bzw. Diplomgartenbaupädagogen hatte über verschiedene Entwicklungsstufen in der DDR zum Ende der 80er Jahre solch einen Stand erreicht, der nach 9 Semestern einphasiger Ausbildung zu praxisorientierten Absolventen führte, die unmittelbar nach Studienende an beruflichen Schulen des Agrarsektors einsetzbar waren. Der Bedarf, den diese Berufsschulen an Diplomagrarpädagogen bzw. Diplomgartenbaupädagogen hatten, war hoch. Da auch die Wertung der von den Absolventen erreichten beruflichen Handlungskompetenz durch die Direktoren überwiegend positiv ausfiel, bestanden günstige Bedingungen für die Aufnahme einer entsprechenden Lehrtätigkeit. Absolventen dieser Ausbildungsform hatten vor allem eine umfangreiche fachwissenschaftliche und unterrichtsmethodische Ausbildung erfahren, in die ein hoher Anteil an Schulpraktika und Betriebspraktika integriert war. Da die Studienkonstruktion in erheblichem Umfang Seminare und Übungen, vor allem in der unterrichtsmethodischen Ausbildung, vorsah, waren die Absolventen deutlich handlungsorientiert geprägt und auf selbständiges adäquates Reagieren in realen Unterrichtssituationen aktiv vorbereitet. Im Studium hatten sie auch das Verständnis und die Befähigung erworben, den Fachunterricht praxis- und betriebsverbunden zu gestalten und so einen beträchtlichen Beitrag zur Lernortkooperation zu leisten.

Das Konzept der Ausbildung von Diplomagrarpädagogen bzw. Diplomgartenbaupädagogen konnte nach 1990 nicht mehr fortgeführt werden. Die Herstellung der deutschen Einheit führte u.a. zu der Konsequenz, die Ausbildung an das in der Altbundesrepublik geregelte Ausbildungsmodell anzupassen. Die damit verbundene Umstellung auf eine zweiphasige Ausbildungsstruktur, die neben dem Studium eines Erstfaches (Landwirtschaft oder Gartenbau) auch noch das Studium eines Zweitfaches (nichtberufsbezogenes Fach) vorsieht,

brachte erhebliche Probleme mit sich, die in der Folgezeit nur teilweise lösbar waren. Vor allem ist das Koordinierungsproblem der Studienbestandteile (paralleles Studieren von Erstfach-Zweifach-Erziehungswissenschaften an jeweils anderen Fakultäten) geblieben. Dieser Faktor wirkt sich in der Regel studienzeitverlängernd aus. Auch ist das Prozedere der Ersten Wissenschaftlichen Staatsprüfung derart kompliziert geregelt, dass Studenten in langwierigen Absprachen mit dem Landesamt für Lehramtsprüfungen viel zu lange brauchen, die Voraussetzungen für das Eintreten ins Referendariat zu erwerben. Das gegenwärtige Ausbildungssystem erweist sich insoweit als zu wenig flexibel. Es ist daher zu hoffen, dass die Bestrebungen der Humboldt-Universität nach Reformierung des Lehrerbildungsgesetzes möglichst bald erfolgreich sind, damit die Schwächen des gültigen Konzeptes der Lehramtsausbildung der Studienräte mit beruflicher Fachrichtung Land- und Gartenbauwissenschaft beseitigt werden können. Wünschenswert ist dabei, auch Erfahrungen vergangener Modelle der Ausbildung von Berufsschullehrern einzubeziehen.

Im Trend der westdeutschen Universitäten Ergebnisse einer Absolventenbefragung des Leipziger Instituts für Kommunikations- und Medienwissenschaft

**Arnulf Kutsch
Hans-Jörg Stiehler**
Leipzig

1 Anliegen der Untersuchung

Die erste Studie zu Berufswegen und zur Retrospektive des Studiums der Absolventen des Instituts für Kommunikations- und Medienwissenschaft liegt 10 Jahre nach Beginn des Neuaufbaus und der Umstrukturierung der Fachstudiengänge Journalistik und Kommunikations- und Medienwissenschaft vor. Untersuchungen zum Lebens- und Berufsweg der Absolventen universitärer Ausbildungsgänge haben Tradition. Stellenchancen und sich daraus ergebende Konsequenzen für die Hochschulausbildung sowie Stärken und Schwächen der Ausbildung im Rückblick sind Schwerpunkte entsprechender Studien. Hochschuleinrichtungen mit Ausbildungsgängen in Publizistik bzw. Kommunikations- und Medienwissenschaft und/ oder Journalistik verfolgen, neben den genannten, besondere Interessen mit ihren Absolventenstudien. Zum einen dienen die erstellten Studien der Erfolgskontrolle, da verschiedene Ausbildungsmodelle der noch jungen Fachdisziplin in ihrer institutionellen Anbindung und in Praxisanforderungen gerecht werdenden Curricula konkurrieren. Zum anderen geben die Befragungen der Absolventen untersuchter Fachstudiengänge Hinweise und Aufschluss zu aktuellen und bestehenden Entwicklungen in den Medienberufen.¹

¹ siehe u.a. Arbeitsgruppe Absolventenbefragung: Journalistik – Studium und Beruf. Ergebnisse einer Befragung von Hamburger Absolventinnen und Absolventen. Institut für Journalistik der Universität Hamburg 1996; Neuberger, Christoph/Roth, Susanne: Studienverlauf und Berufserfahrung. Der Eichstätter Diplomstudiengang Journalistik im Urteil von Absolventen und Studenten. Eichstätt 1994; Neubert, Kurt/Reus, Gunter: Ergebnisse der Befragung von Absolventen des Ergänzungsstudiengangs Journalistik. Hannover 1997

Für Untersuchungen am Leipziger Institut gibt es außerdem weitere Interessen und Besonderheiten, die aus dem Neuaufbau des Instituts und damit verbundenen Veränderungen in den Studienablaufbedingungen sowie aus den gestiegenen Ausbildungsmöglichkeiten für Medienberufe in Sachsen resultieren. Hier sollen nur zwei genannt werden:

- a) Über 90% der früheren DDR-Journalisten sind an der Sektion Journalistik in Leipzig ausgebildet worden. Mit dem geflügelten Wort vom "Roten Kloster" ist zwar die ideologische Ausrichtung des Studiums umrissen, jedoch weniger die fachspezifische Berufsvorbereitung, deren Qualitäten sich im Nachwendejournalismus der DDR sowie bei den in den neuen Medienstrukturen untergekommenen Journalisten durchaus zeigte. Für die Absolventen des jetzigen Instituts, die vor 1989 das Studium aufgenommen hatten, bedeuteten nun Wende und Vereinigung gravierende Veränderungen ihrer Tätigkeitsmöglichkeit, -felder und -anforderungen, wobei zweifellos je nach Ausbildungs- "Generation" Differenzierungen zu vermuten sind. Neben der individuellen Bewältigung des Strukturbruchs nach dem Ende der DDR, die als Aufgabe für alle Berufsgruppen stand und steht, gab es für Journalisten aufgrund der staatstragenden Funktion der DDR-Medien besondere Transformationsproblematiken.
- b) Nach der Abwicklung der Sektion Journalistik der damaligen Karl-Marx-Universität sind die Studierenden zunächst in einem eher provisorischen Studienprogramm Journalistik weitergeführt worden. Es folgte der Neuaufbau des Instituts für Kommunikations- und Medienwissenschaft mit einem Diplomstudiengang Journalistik und einem Magisterstudiengang Kommunikations- und Medienwissenschaft. Anknüpfungen an Leipziger Traditionen im Handwerklichen verbinden sich mit neuen Lehrformen und -inhalten. Die Mehrzahl der in beiden Studiengängen Immatrikulierten beabsichtigt, publizistisch tätig zu werden. Die Studierenden, die nach 1991 das Institut verlassen haben, hatten durch den erlebten Umbruch ein von Provisorien und Unwägbarkeiten gekennzeichnetes Studium, die das Normalmaß an Problemen der Hochschulausbildung in der Deutschland erheblich überschritten.

Forschungsleitend für die empirische Untersuchung ergaben sich daraus drei Fragestellungen:

1. Welche Karrieremuster weisen Leipziger Absolventen auf? Wie haben sie einen Einstieg in Medienberufe gefunden? In welchen Berufsfeldern sind sie tätig?
2. Wie wird aus der Sicht der Berufstätigkeit das Studium bewertet? Welche Stärken und Schwächen weisen die Studiengänge aus der Sicht der Berufspraxis und Karriere auf? Haben die Studieninhalte und -formen befähigt, selbständig Wandlungen im Mediensystem und in den Berufsfeldern zu meistern?
3. Welches berufliche Selbstverständnis haben die Absolventen? Wie sehen insbesondere die im Journalismus tätigen Absolventen ihre Funktionen in der pluralistischen Gesellschaft?

Die Untersuchung der Absolventen des Instituts für Kommunikations- und Medienwissenschaft, die von 1990, dem Beginn des Wandels der Medienstrukturen und der Neugestaltung der Studiengänge, bis 1999 ihr Studium in Leipzig abgeschlossen hatten, wurde als postalische Befragung durchgeführt. Von 524 versandten Fragebogen wurden 314 zurückgesandt, 312 konnten in die Auswertung einbezogen werden. Das entspricht einem Rücklauf von knapp 60 Prozent, der leicht unter vergleichbaren Untersuchungen anderer Institute liegt. Von diesen 312 Absolventen belegten 51 den Studiengang Kommunikations- und Medienwissenschaft und 261 den Studiengang Journalistik. Damit stehen die Aussagen über die Diplomstudiengänge auf einer statistisch fundierteren Basis als die über den Magisterstudiengang.

Tabelle 1: Rücklauf nach Studiengang und Geschlecht

	ermittelte Absolventen		an Befragung teilgenommen		Rücklauf
	n	%	n	%	%
Gesamt	524	100	312	100	60
Studiengang: Journalistik	471	90	261	84	55
KMW	53	10	51	16	96
Geschlecht: männlich	216	41	138	44	64
weiblich	308	59	173	55	56

Aus den Angaben der Studiendauer, praktischer Vorerfahrung und den studierten Fachkombinationen lässt sich folgendes Profil der Leipziger Institutsabsolventen kennzeichnen: Die Hälfte der Absolventen der Kommunikations- und Medienwissenschaft studierte im Schwerpunkt den Bereich „Medienwissenschaft“ und mehr als die Hälfte (56 Prozent) der ehemaligen Journalistikstudenten wählte die Vertiefungsrichtung „Printmedien“.

Häufigste gewählte Studienfachkombination war eine mit sozialwissenschaftlichen Fachdisziplinen (vor allem Politikwissenschaft, Soziologie, Kulturwissenschaft und Psychologie), gefolgt von Sprach- und Literaturwissenschaft sowie Geistes-, Wirtschafts-, Sport- und Rechtswissenschaft. Die Mehrheit der Absolventen (66 Prozent) studierte 9 Semester oder sogar weniger und blieb damit innerhalb der neunsemestrigen Regelstudienzeit. Nur ein Viertel aller Befragten hat mehr als 9 Semester bis zum Studienabschluss benötigt. Ein Großteil der damaligen Studierenden, vor allem des Studienganges Journalistik, hatte vor dem Studium bereits praktische Erfahrungen in Medienberufen gesammelt (79 Prozent). Dies ist teilweise durch die Studienordnungen, die Praktika vorschreiben oder empfehlen, bedingt, geht aber auch auf das Interesse der Studierenden an Medienberufen zurück.

2 Ergebnisse

2.1 Berufswege und berufliches Profil der Absolventen

Berufseinstieg

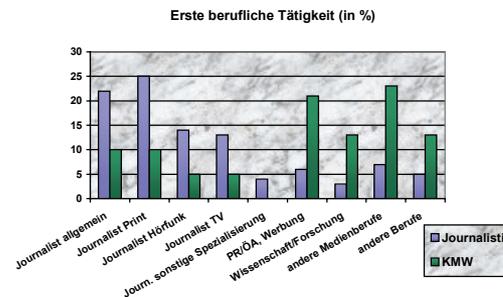
Über die Hälfte (55 Prozent) der befragten Absolventinnen und Absolventen hatte die Zusage für ihre erste feste Stelle noch während des Studiums erhalten. Jeder vierte war direkt nach dem Examen berufstätig. D.h., fast 80 Prozent der Befragten konnte ohne zeitliche Verzögerung in das Berufsleben einsteigen. Rund 17 Prozent erhielten innerhalb eines Jahres nach Studienabschluss eine Zusage, nur wenige mussten über 12 Monate auf ihre erste Zusage warten.

Drei Viertel der Berufseinsteiger fanden ihre Stelle im Journalismus, häufig durch freie Mitarbeit. Das trifft vor allem auf die Absol-

venten der Journalistik (78 Prozent) zu, aber auch auf fast ein Drittel der Absolventen der Kommunikations- und Medienwissenschaft (30%). Die Bandbreite an interessanten Arbeitsfeldern zu Berufsbeginn reicht für die Letztgenannten von einer Tätigkeit im Bereich der Öffentlichkeitsarbeit, der Werbung sowie in weiteren den Medien zuzurechnenden Gebieten. Hier wurde jeweils jeder vierte im Anschluss an das Studium tätig (21 bzw. 23 Prozent). Auch in Wissenschaft und Forschung und innerhalb „studienferner“ Tätigkeitsfelder fanden ehemalige Studierende des Magisterstudienganges ihren Berufseinstieg (siehe Abbildung 1).

Für Absolventen der Journalistik sind die für ehemalige Kommunikations- und Medienwissenschaftsstudierende genannten Einstiegsbereiche außerhalb der traditionellen Medien (journalistischen Tätigkeiten) erwartungsgemäß weniger attraktiv. Jedoch ist eine Entwicklung weg von den klassischen traditionellen Tätigkeiten im Journalismus hin zu Tätigkeiten außerhalb des journalistischen Berufsfeldes bei den jüngeren Absolventengenerationen zu beobachten, möglicherweise ein Ausdruck veränderter Arbeitsmarktbedingungen.

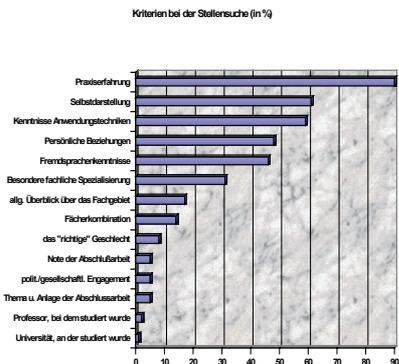
Abbildung 1: Erste berufliche Tätigkeit der Absolventen (in%)



Nach den vorliegenden Angaben kann man den Anteil derer, die ihren Berufseinstieg nicht in Medienberufen fanden, auf ca. 10 Prozent

schätzen. Durchschnittlich verweilen die Absolventen 2,6 Jahre in ihrem ersten Arbeitsverhältnis und waren dabei mit ihrem Einkommen recht zufrieden.

Eine Rangfolge der Wichtigkeit von Kriterien für die erfolgreiche Stellensuche zeigt die Abbildung 2.



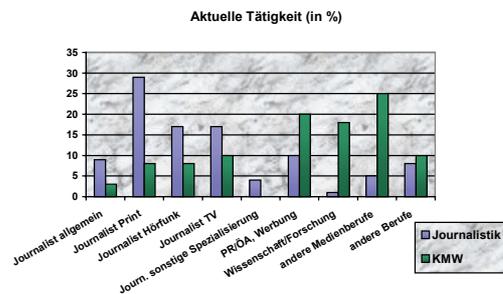
Der erste Arbeitsplatz wurde vor allem durch vorherige Kontakte mit dem Arbeitgeber gefunden. Nach Auffassung der Absolventen sind es besondere spezielle Qualifikationen, vor allem in Anwendungsbereichen, die für eine Stellensuche Erfolg versprechen. Auch die persönlichen Beziehungen sowie die Fähigkeit, das eigene Wissen gut darstellen zu können, gilt als ein sehr wichtiges Kriterium bei der Stellensuche. Andere Aspekte der universitären Ausbildung wurden hingegen als weit weniger wichtig eingeschätzt.

Aktuelle Tätigkeiten und Arbeitsfelder

Zum Zeitpunkt der Befragung waren fast 80 Prozent der Absolventinnen und Absolventen erwerbstätig. Nur drei Prozent gaben an, arbeitslos oder nicht erwerbstätig zu sein, etwa genauso viele studierten oder befanden sich in einer Berufsausbildung. Ungefähr jeder zehnte

tat „etwas anderes“ (u.a. Erziehungsurlaub, Dissertation oder Wehr-/Zivildienst) siehe Abbildung 3.

Abbildung 3: Aktuelle Tätigkeit der Absolventen (in %)



Die meisten Absolventen der Journalistik arbeiteten innerhalb eines journalistischen Tätigkeitsfeldes, vor allem in den Printmedien und im öffentlich-rechtlichen Rundfunk. Der Großteil der Absolventen der Kommunikations- und Medienwissenschaft ist ebenfalls in den Tätigkeitsbereichen geblieben, die gleich nach dem Studium angetreten wurden, wobei allerdings ein leichter Rückgang bei den PR- und Werbefachleuten und ein leichter Zuwachs bei Beschäftigungen in anderen Medienberufen zu verzeichnen ist. Die Mehrzahl der Absolventen ist somit in Berufsfeldern tätig, auf die durch die Lehrinhalte der jeweils gewählten Studiengänge vorbereitet wurde. Immerhin hatten seit dem Abschluss des Studiums mehr als zwei Drittel eine weitere Ausbildung (Volontariat, Zweitstudium u.a.) aufgenommen. Drei Viertel dieser Weiterbildungen lassen sich unmittelbar dem Medienbereich zurechnen.

Beschäftigungsverhältnisse

Heute arbeiten mehr Absolventen als Angestellte, als das während der ersten Stelle der Fall war. Nur noch knapp jeder dritte gab für seine aktuelle Tätigkeit an, als freier Mitarbeiter beschäftigt zu sein. Allerdings waren nach dem Abschluss des Studiums rd. 58 Prozent der ehemaligen Studentinnen und Studenten mindestens einmal als freie oder feste freie Mitarbeiter tätig (vorwiegend in den Printmedien sowie im öffentlich-rechtlichen Rundfunk), die meisten davon für längere Zeit. Die Angaben zu den Gründen für die freie Mitarbeit lässt darauf schließen, daß sich die Mehrheit der Befragten eher eine feste Anstellung gewünscht hätte.

Der sehr geringe Anteil derer, die momentan arbeitslos oder nicht erwerbstätig sind (drei Prozent aller Befragten), entspricht in etwa den Resultaten, zu denen die Autoren der Absolventenstudien ähnlicher Fachrichtungen kamen. Diese verweisen allerdings darauf, daß der Anteil auf ca. das Doppelte, hier auf fünf bis sieben Prozent, zu korrigieren ist, da in der Gruppe derjenigen, die an solchen Untersuchungen nicht teilnehmen, die Arbeitslosenrate deutlich höher ist.² Etwa jeder vierte aller Absolventen war nach seinem Examen mindestens einmal arbeitslos gemeldet, die meisten von ihnen jedoch nur für kurze Zeit. Die Absolventinnen beider Fachrichtungen waren öfter von der Arbeitslosigkeit betroffen als die männlichen Absolventen, die ehemaligen Studentinnen und Studenten der KMW häufiger als die der Journalistik. Ein Vergleich der Absolventenjahrgänge zeigt, dass mit den Jahren der Berufseinstieg schwieriger geworden, was angesichts des schnellen Aufbaus konkurrierender Medienstudiengänge in den neuen Bundesländern (so u.a. in Dresden, Mittweida, Ilmenau, Weimar, Erfurt, Halle) nicht verwundert.³

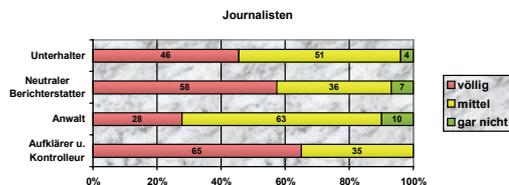
² Diese Schätzung beruht auf einem Hochrechnungsmodell, das in einer Mainzer Studie entwickelt wurde; siehe Kehl, Jürgen: Absolventenbefragung 1989. Berufswege ehemaliger Publizistik-Studenten. Mainz 1989 (unveröff. Magisterarbeit)

³ siehe für einen Überblick: Ruhrmann, Georg/Kohring, Matthias/Görke, Alexander/Maier, Michaela/Woelke, Jens: Im Osten was Neues? Ein Beitrag zur Standortbestimmung der Kommunikations- und Medienwissenschaft. In: *Publizistik*, Jg. 45 (2000) H. 3, S. 283-309

Berufliches Rollenverständnis

Die Absolventen sehen die Aufgaben des heutigen Journalismus vor allem im Bereich des Informationsjournalismus. Dazu gehören die Erklärung komplexer Sachverhalte genauso wie die neutrale Information des Publikums über die Realität. Auch die Aufgabe der Kritikfunktion wird hoch bewertet. Geringe Zustimmung findet hingegen ein Meinungs- und kontrollierender Journalismus. Damit entspricht das Grundverständnis der Rolle des Journalismus der Institutsabsolventen weitgehend dem bereits in anderen Studien erhobenen Verständnis der Journalisten in Deutschland.⁴

Abbildung 4: Rollenverständnis des Journalismus bei Absolventen, die als Journalisten arbeiten (in %)

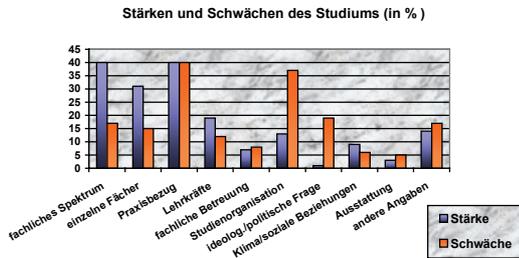


Eine Zusammenfassung der Rollenverständnisse in vier Dimensionen (siehe Abbildungen 4 und 5) und eine nach Berufsgruppen getrennte Betrachtung (journalistische vs. nichtjournalistische Berufe) der Aufgabenfelder des heutigen Journalismus ergeben folgende Zuschreibungen journalistischer Aufgabenfelder:

⁴ siehe Weischenberg, Siegfried/Löffelholz, Martin/Scholl, Armin: Merkmale und Eigenschaft von Journalisten. Journalismus in Deutschland II. In: *Media Perspektiven*, Jg. 32 (1994) H. 4, S. 154-167 sowie Scholl, Armin: Rollenselbstverständnis ost- und westdeutscher Journalisten. In: Haller, Michael/Puder, Klaus/Schlevoigt, Jochen (Hrsg.): *Presse Ost – Presse West. Journalismus im vereinten Deutschland*. Berlin 1995, S. 226-231

In beiden Berufsgruppen dominiert ein Verständnis des Journalismus als Kontrolleur und Aufklärer bzw. neutraler Berichterstatter über ein anwaltschaftliches bzw. unterhaltendes Verständnis des Journalismus. Zwar stimmt die Reihenfolge der Rollenzuschreibung des heutigen Journalismus der betrachteten Gruppen weitestgehend überein. Jedoch gibt es graduelle Unterschiede zwischen beiden Berufsgruppen, die interessanterweise besonders die Rolle des Journalisten als Unterhalter betreffen. Praktizierende Journalisten sehen sich und ihre Berufskollegen hier offensichtlich stark in der Pflicht.

Abbildung 5: Stärken und Schwächen des Studiums im Rückblick (in %; Mehrfachantworten)



2.2 Retrospektive des Studiums

Studienmotive

Die Aufnahme des Studiums war verbunden mit einer zielgerichteten und berufsorientierten Motivationsstruktur. Kennzeichnend für die Wahl des Studienfachs der Absolventen des Instituts war ein ausgeprägtes Interesse am Fach als Hauptmotiv für die Studienentscheidung bei 93 Prozent der Journalistikabsolventen und sogar 96 Prozent

der Kommunikations- und Medienwissenschaftsabsolventen. Bereits konkret vorhandene Berufsvorstellungen zu Beginn des Studiums hatten 86 Prozent der Journalistik- und 45 Prozent der KMW-Absolventen, was den Daten zu den Berufswünschen bei Studienbeginn entspricht. Diese Motive sind Beleg für bewusste Studienentscheidungen der ehemaligen Studenten der kommunikationswissenschaftlichen Fachstudiengänge.

Tabelle 2: Begründungen für die Studienfachwahl nach Studiengang (in %)

Grund	Studiengang		Gesamt
	Journalistik	KMW	
persönliches Interesse am Fach	93	96	94
vorhandene Ausbildung weiterführen	25	10	22
Studium versprach sichere Berufslaufbahn	43	51	45
es war ein konkreter Berufswunsch vorhanden	86	45	80
es gab keine andere Ausbildungs-/Arbeitsmöglichkeit	16	8	15

Anmerkung: Antwortvorgaben 1 und 2 auf einer 4-stufigen Skala

Studienorientierung und Studienorientierung

Die an das Studium gerichteten Erwartungen sind eng verbunden mit dem Erwerb berufspraktischer Kenntnisse und Fähigkeiten. Dabei gibt es auffällige Unterschiede zwischen den ehemaligen Studenten beider Fachstudiengänge, die sich im Studienverlauf in der Studienweise widerspiegeln und bereits bei einer früheren Untersuchung der Leipziger Studierenden gefunden wurden.⁵ Es lassen sich zwei Typen der Studienorientierung differenzieren. Nachweisbar ist ein stark praktizistischer Typus (70%), für den der Erwerb berufspraktischer

⁵ siehe Kutsch, Arnulf/Stiehler, Hans-Jörg: „... weil die Dinge hier ganz anders funktionieren“. Leipziger Studentenenquete 1994. Berlin 1996

Fähigkeiten im Vordergrund steht sowie ein berufspraktisch und analytisch-reflektierender Typus (30%), für den der Kompetenzerwerb in beiden Feldern gleichwertig ist.

Der praktizistische Typ überwiegt im Studiengang Journalistik, im Studiengang Kommunikations- und Medienwissenschaft gibt es ein ausgeglichenes Verhältnis beider Typen.

Betrachtet man die Studienorientierung aus der Perspektive der eingeschlagenen Berufswege, haben sich hingegen die Relationen verschoben. In nahezu allen heutigen Berufsfeldern finden wir ähnliche Anteile der beiden Typen, d.h. der Berufsweg (in dieser pauschalen Betrachtung) ist im Unterschied zum Weg durch das Studium von der Studienorientierung weitgehend unabhängig. Allerdings bewerten in beiden Studiengängen jene Absolventen ihr Studium rückblickend besser, deren Erwartungen und Studienorientierungen eher dem universitären Charakter ihrer Berufsvorbereitung entsprachen.

Praktische Erfahrungen im Studium

Der Anteil der Absolventen, die als Studierende bereits berufspraktische Erfahrungen gesammelt haben, ist mit 96 Prozent sehr hoch, wobei hier nicht geklärt werden kann, in welchen Relationen bei diesen Tätigkeiten – vorrangig freie Mitarbeit und Praktika – der Erwerb von praktischen Erfahrungen oder von Mitteln für den Lebensunterhalt stand. Beide Motive spielen gewiß eine Rolle. Generell ist ein sehr hoher Stellenwert studienbegleitender praktischer Tätigkeiten zu konstatieren. Sie werden von den Studierenden im Rückblick auch hoch bewertet. Absolventen, die heute als Journalisten tätig sind, setzen den Wert der während des Studiums gesammelten praktischen Erfahrungen noch höher an als Absolventen, die andere Medienberufe ergriffen haben.

Relevanz der studierten Lehrgebiete

Die Absolventen wurden gebeten, die Relevanz der studierten Lehrgebiete retrospektiv und aus der aktuellen Sicht zu beurteilen.

Ehemalige Journalistikstudenten schätzten während des Studiums vor allen Dingen die praxisorientierten journalistischen Lehrgebiete,

aber auch einige nichtjournalistische Fachgebiete. Im Gegensatz dazu bewerteten sie die theorie- und methodenorientierten Studienbereiche der Kommunikationswissenschaft nur als mäßig wichtig. Vor dem Hintergrund des Inhalts der Studienordnung erscheinen diese Ergebnisse durchaus verständlich. Die medienspezifischen Lehrgebiete der Journalistik nahmen – als wählbare Studienschwerpunkte – einen Großteil der Lehrveranstaltungen ein und stimmten im wesentlichen mit der gewählten Berufsperspektive überein.

Eine andere Entwicklung zeigen die Einschätzungen der Absolventen des Studiengangs Kommunikations- und Medienwissenschaft. Bei ihnen gibt es eine generell größere Wertschätzung der kommunikationswissenschaftlichen Theorie- und Methodenfächer, während in der Retrospektive die Wichtigkeit der journalistischen Gebiete (mit Ausnahme: Printmedien) sowie von Öffentlichkeitsarbeit/PR nur wesentlich anders beurteilt wird. Auffällig ist die hohe Relevanz des Lehrgebiets Medienwissenschaft für die Gruppe der ehemaligen Studierenden der Kommunikations- und Medienwissenschaft. Hier lässt sich eine Parallele zur Schwerpunktpräferenz erkennen, da 50 Prozent diese Studienschwerpunkt wählten. Wie bei den Absolventen der Journalistik ist auch bei den Absolventen der Kommunikations- und Medienwissenschaft für einige Lehrgebiete (z.B. Kommunikationswissenschaft, Kommunikationsgeschichte, Medienpädagogik, Medienwissenschaft) eine abnehmende Wichtigkeit zwischen der Beurteilung im Studium und aus heutiger Sicht erkennbar. Insgesamt sind die Differenzen aber gering und bei einigen Lehrgebieten (z. B. Kommunikationspolitik, empirische Medienforschung, Öffentlichkeitsarbeit/PR) nicht vorhanden. Offensichtlich sind die Kenntnisse und Fähigkeiten aus diesen Lehrbereichen für die aktuelle Tätigkeit wesentlich geblieben. Die Befunde stimmen mit den bereits ermittelten Ergebnissen der Studienorientierung und den eingeschlagenen Berufswegen überein.

Stärken und Schwächen der Ausbildung

Die Absolventen beurteilen ihr früheres Studium sehr differenziert. Von ihnen festgestellte Defizite der universitären Ausbildung liegen insbesondere im Bereich fachlicher, berufspraktischer Qualifikationen

und im Fehlen von berufsnotwendigen Schlüsselqualifikationen (Abbildung 5).

Im Rahmen des überwiegend positiv bewerteten breiten fachlichen Spektrums der Ausbildung werden theoretische Lehrinhalte mehr oder minder akzeptiert, jedoch wird eine stärkere praxisbezogene Vermittlung gefordert. Mit der Kritik an dem mangelnden Praxisbezug ihres Studiums bestätigen die Leipziger Absolventen bereits an anderen universitären Ausbildungsstätten des Fachgebietes ermittelte Ergebnisse.

Im Vergleich der verschiedenen Absolventenjahrgänge gibt es einige markante Veränderungen, die teils auch bedenklich stimmen müssen. Stärken im Praxisbezug sahen beachtliche 47 Prozent der bis 1992 studierenden Absolventen, von den Abschlussjahrgängen 1997-1999 aber lediglich 39 Prozent. Hingegen hat die Kritik am mangelnden Praxisbezug von 30 Prozent (1990-92) auf 48 Prozent (1997-99) zugenommen. Noch deutlicher ist die Veränderung bei der Bewertung der Studienorganisation und -bedingungen: kritische Äußerungen stiegen von 14 Prozent (1990-92) auf 58 Prozent (1997-99). Beide Ergebnisse können kaum überraschen, hatte sich im letztgenannten Zeitraum das Studium als „Massenbetrieb“ mit über 1.500 Studierenden in beiden Studiengängen längst durchgesetzt und eine betreuungsintensive praxisorientierte Ausbildung in kleinen Gruppen erheblich erschwert.

Die in der Abbildung deutliche Kritik an einer politischen Ausrichtung der Ausbildung stammt hingegen lediglich von Absolventen, die zu noch DDR-Zeiten das Studium begannen und bezieht sich auf die damaligen Verhältnisse.

Gesamtbewertung und Fachverbundenheit

Vor dem Hintergrund ihrer heutigen ausgeübten Tätigkeit bewerten die Absolventen die fachliche Vorbereitung durch das Studium im Durchschnitt mit einer 2,8. Der Diplomstudiengang Journalistik wird dabei mit 2,7 etwas besser bewertet als der Magisterstudiengang Kommunikations- und Medienwissenschaft (Durchschnittsnote 2,9). Diese Bewertung liegt im Trend von Absolventenstudien anderer Institute in Deutschland.

Die Berufsvorbereitung durch die Leipziger Studiengänge wird durch heutige Journalisten insgesamt leicht schlechter bewertet als von Absolventen in anderen Medienberufen.

Die Verbundenheit mit dem studierten Fach ist eher zurückhaltend positiv zu nennen und schwächer als mit dem Studienort Leipzig. Allerdings stellen jene Absolventen, die auf keinen Fall wieder ihr Fach studieren würden, nur eine kleine Minderheit dar. Absolventen der Kommunikations- und Medienwissenschaft urteilen über Studiengang und -ort wesentlich positiver als Absolventen der Journalistik. Das kann aufgrund der vielfältigen Wege in publizistische Berufsfelder nicht überraschen. Der Vergleich der Absolventengenerationen zeigt eine leichte Zunahme der Akzeptanz der Studiengänge und eine starke Zunahme der Akzeptanz des Studienortes im Urteil der Absolventen.

3 Schlußbemerkungen

Die erste Studie zu Berufswegen und zur Retrospektive des Studiums bei Absolventen des Instituts für Kommunikations- und Medienwissenschaft an der Universität Leipzig hat in großen Teilen Befunde erbracht, die weitgehend den Trends zurückliegender Absolventenuntersuchungen anderer Fachinstitute (in den alten Bundesländern, aber auch in Österreich und in der Schweiz) entsprechen.

Trotz der komplizierten Phase der Neuorganisation des Faches in Leipzig und trotz des gravierenden Umbruchs in der Mediensphäre gibt es keine extrem oder auch nur durchschnittlich schlechteren Resultate hinsichtlich der Bewährung der Absolventen auf dem Arbeitsmarkt und im Hinblick auf die Bewertung des Studiums der Journalistik und Kommunikations- und Medienwissenschaft aus heutiger Sicht. Allerdings weisen die Urteile der Absolventengruppe, die in den letzten Jahren beide Studiengänge abschlossen, auf deutliche Verschlechterungen in den Studienbedingungen hin. Das ist nicht verwunderlich angesichts des Massenbetriebes, unter denen in den letzten Jahren zunehmend studiert werden muss.

Im Ergebnis der Leipziger Absolventenbefragung stellt sich der berufliche Werdegang und die nahe berufliche Zukunft der ehemaligen Studentinnen und Studenten derzeit durchaus positiv dar. Das

trifft vor allem auf die Absolventen der Journalistik zu, die in erster Linie in den traditionellen medialen Berufsfeldern ihren Platz fanden. Für die Absolventen der Kommunikations- und Medienwissenschaft gestaltet sich der Berufseinstieg schwieriger. Allerdings findet sich bei ihnen eine größere Breite der Berufsfelder, ohne dass sich hinter diesem Befund nun bereits der oftmals diskutierte Wandel in Medienberufen zeigt.⁶

Das Studium wird retrospektiv für die Berufsvorbereitung gemäß positiv eingeschätzt. Auch darin unterscheiden sich die Absolventen des Leipziger Instituts wenig von Absolventen anderer Institute des Fachs. Die differenzierten Urteile zu Stärken und Schwächen der Ausbildung sind eine gute Grundlage, um über die Optimierung des Studiums zu diskutieren. Schwerpunkte einer solchen Diskussion sollten u. a. Praktika, die Praxisrelevanz der Ausbildung und Studienbedingungen sein. Nötige Optimierungen erfordern allerdings strukturelle Verbesserungen und personale Aufstockungen des Fachs, wenn man in Leipzig den Anforderungen der Berufsfeldentwicklung weiterhin genügen will.

⁶ siehe Löffelholz, Martin/Altmeppen, Klaus-Dieter: Kommunikation morgen. Perspektiven der „Informationsgesellschaft“. In: Merten, Klaus/Schmidt, Siegfried J./Weischenberg, Siegfried (Hrsg.): Die Wirklichkeit der Medien. Eine Einführung in die Kommunikationswissenschaft. Opladen 1994, S. 570-591

Studieren mit Kind an Hochschulen in den neuen Bundesländern

Gabriele Koch
Potsdam

Die Studiensituation von Studierenden mit Kindern ist infolge Mehrfachbelastung durch Studium, Kinderbetreuung und evtl. auch Erwerbstätigkeit besonders erschwert. Wie aus der 15. Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerks¹ hervor-

geht, äußert sich dies beispielsweise darin, dass Studierende mit Kindern häufiger ihr Studium unterbrechen, oft nur unter großen Schwierigkeiten die Praktikumsanforderungen erfüllen können und seltener die Chance eines studienbegleitenden Auslandsaufenthaltes nutzen. Der Anteil an Langzeitstudierenden liegt hier deutlich höher als bei Studierenden ohne Kind, die Identifikation mit dem Studium ist wesentlich schwächer und der Zeitaufwand für das Studium geringer. Außerdem erschweren finanzielle Probleme und nicht zuletzt das Fehlen von geeigneten Kinderbetreuungsmöglichkeiten den Studienalltag von studierenden Eltern.

Im Rahmen der 1998 bundesweit durchgeführten Sozialerhebung wurden vielfältige Daten zur Lebens- und Studienwirklichkeit von Studierenden mit Kind erhoben. Demnach haben 6,9% aller Studierenden an deutschen Hochschulen Kinder. Nach Geschlechtern verteilt bedeutet dies, dass 7,4% aller Studentinnen und 6,5% aller Studenten Kinder haben. Davon sind 56% verheiratet und 28% mit einem Partner zusammenlebend sowie 8% allein erziehend². 28% der Studierenden mit Kind betreuen und versorgen während ihres Studiums Kinder im Alter von unter einem Jahr, 27% haben Kinder zw-

¹ Bundesministerium für Bildung und Forschung (Hrsg.): Das soziale Bild der Studentenschaft in der Bundesrepublik Deutschland, 15. Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerks, durchgeführt durch HIS Hochschul-Informations-System, Bonn 1998.

² Über die verbleibenden 8 % liegen keine Angaben vor.

schen 2 und 3 Jahren, in 14% der Fälle sind die Kinder älter als 10 Jahre. Mehr als die Hälfte aller studierenden Eltern hat also Kinder im Krippenalter von 0 bis 3 Jahren, bei denen der Betreuungsaufwand besonders hoch ist.

Die Zahlen zum wöchentlichen Zeitaufwand dokumentieren, dass Studierende insgesamt zwischen 74 und 79 Wochenstunden auf Studium, Erwerbstätigkeit und Kinderbetreuung verwenden, wobei durchschnittlich zwischen 26 und 41 Wochenstunden allein auf die Kinderbetreuung entfallen. Dabei zeigt sich, dass den Frauen ein deutlich höherer zeitlicher Kinderbetreuungsaufwand zukommt als den Männern. Alleinerziehende Frauen sind mit einem Betreuungsaufwand von über 40 Wochenstunden von dieser Mehrfachbelastung besonders betroffen.

Im Jahr 1992 war das Thema „Studierende mit Kindern“ Gegenstand einer großen Anfrage an die Bundesregierung.³ Im Fragetext hieß es, die Problematik von Studium und Elternschaft habe mit der deutschen Einheit eine neue Dimension gewonnen, der Anteil studierender Eltern läge in den östlichen Bundesländern weit höher als in den westlichen und die Probleme der Doppelbelastung, Fragen der Studienorganisation, der Abhängigkeit von Sozial- und Unterhaltsleistungen sowie die Notwendigkeit, eine Betreuungsmöglichkeit zu finden, werden von der Gesellschaft häufig nicht in ausreichendem Umfang gesehen. Die Bundesregierung legt ihre generelle Position zu diesem Thema folgendermaßen dar:

„Die Bundesregierung ist sich der vielfältigen Probleme von Studierenden mit Kindern bewußt. Die Leistungsanforderungen im Studium sind hoch und müssen von diesen Studierenden neben der Kinderbetreuung und -erziehung bewältigt werden. Hinzu kommt die Schwierigkeit, die Betreuung der Kinder während der Vorlesungszeit zu sichern, zumal die vorhandenen Krippen- und Kindergartenplätze häufig nicht ausreichen und Partner/Partnerinnen oder Verwandte die Betreuung der Kinder während dieser Zeit oft nicht übernehmen können. Eigeninitiativen und Elterngruppen sind für die Eltern sehr zeitaufwendig, eine Betreuung durch Tagesmütter jedoch für die meisten Studierenden zu kostspielig. Die Probleme der Studien- und Alltagsorganisation werden dadurch verschärft, dass es für Studierende mit Kindern oft nur schwer möglich ist, angemessenen und bezahlbaren Wohnraum zu finden. [...] Die durch ein Kind be-

³ Antwort der Bundesregierung auf die Große Anfrage zum Thema Studierende mit Kindern, 21.10.92, Deutscher Bundestag, 12. Wahlperiode, Drucksache 12/3491, 1992, S. 2.

dingten höheren Lebenshaltungskosten können zudem vielfach nur durch eine Erwerbstätigkeit neben dem Studium und Kinderbetreuung gedeckt werden, womit sich für die betroffenen Studierenden eine weitere Belastung ergibt.“⁴

Die Bundesregierung weist ebenfalls darauf hin, dass in ihrem Zuständigkeitsbereich bereits zahlreiche Maßnahmen ergriffen wurden, um die Vereinbarkeit von Studium und Kindererziehung zu erleichtern. Diese sind im Hochschulrahmengesetz (Benachteiligungsverbot⁵) und im Bundesausbildungsförderungsgesetz⁶ festgeschrieben und werden durch die Mitfinanzierung des Baus von Kinderbetreuungseinrichtungen im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe Hochschulbau, im Bund-Länder-Programm zur Schaffung von Studentenwohnraum und durch das Wohngeldgesetz bzw. Wohngeldsondergesetz realisiert. Damit soll ein wesentlicher Beitrag zur Verwirklichung der Chancengleichheit für Frauen und Männer im Hochschul- und Wissenschaftsbereich geleistet werden.

Die Bundesregierung legt außerdem dar, dass die Voraussetzungen für die Vereinbarkeit von Studium und Kindererziehung darüber hinaus durch die Länder und die Hochschulen in ihrer Verantwortung für die Studiengestaltung und Studienbedingungen sowie durch die Länder und Kommunen in ihrer Zuständigkeit für Kinderbetreuungseinrichtungen geschaffen werden müssen. Nicht zuletzt wird in dieser Frage der gesellschaftlichen Rollenaufteilung zwischen Männern und Frauen in Familien- und Kindererziehungsaufgaben eine wesentliche Verantwortung zuerkannt.

An der Fachhochschule Potsdam wird diese Verantwortlichkeit insofern aufgegriffen, als sich die Gleichstellungsbeauftragten seit mehreren Jahren dafür einsetzen, die Studienbedingungen für Eltern mit Kindern an der FH Potsdam zu erleichtern. Eine im Jahr 1996 an der

⁴ Antwort der Bundesregierung auf die Große Anfrage zum Thema Studierende mit Kindern, 21.10.92, Deutscher Bundestag, 12. Wahlperiode, Drucksache 12/3491, 1992, S. 2.

⁵ Demnach darf Studienwerbende bis zur Dauer von drei Jahren kein zulassungsrechtlicher Nachteil aus der Betreuung oder Pflege eines Kindes unter 18 Jahren entstehen.

⁶ Demnach wird Ausbildungsförderung über die Förderungshöchstdauer hinaus geleistet, wenn diese infolge einer Schwangerschaft und/oder der Pflege und Erziehung eines Kindes bis zum vollendeten fünften Lebensjahr überschritten worden ist.

FH Potsdam durchgeführte Studie⁷ belegt den dringenden Bedarf studierender Eltern an einer Verbesserung ihrer finanziellen Lage und ihrer Wohnsituation, an der Einrichtung von zentralen Informationsstellen, der Schaffung von Teilzeitstudiengängen sowie der Erweiterung der Kinderbetreuungsangebote.

Modelle hochschulnaher Kinderbetreuung

Die Lektüre vorhandener Studien zu diesem Thema zeigte, dass sich vor allem in den westlichen Bundesländern, zunehmend aber auch in den östlichen vor dem Hintergrund knapper bzw. knapper werdender Kapazitäten in Kindertagesstätten öffentlicher und freier Träger eine Vielfalt von Kinderbetreuungsmodellen an den Hochschulen entwickelt hat. Den wohl umfangreichsten und zugleich am besten strukturierten Überblick über die gängigsten Modelle bietet eine 1996 veröffentlichte Studie des Deutschen Jugendinstitutes mit dem Titel „Kinderbetreuung im Hochschulbereich“.⁸ In Form von Standortportraits beschreiben die Autoren bereits etablierte Kinderbetreuungsmodelle an unterschiedlichen Hochschulstandorten in den westlichen und östlichen Bundesländern Deutschlands. Folgende Angebotstypen von Kinderbetreuung im Hochschulbereich werden dabei herausgearbeitet.⁹

1. professionell organisierte Kindertageseinrichtungen im Hochschulbereich, deren Träger meistens die Studentenwerke sind;
2. hochschulnahe Vereine als Träger von bedarfsgerechten Kinderbetreuungsangeboten, die oft auf ehrenamtlicher Arbeit basieren und von den Verwaltungen der Hochschulen oder des Studentenwerkes oder politisch von Funktionsträgern in den Selbstverwaltungsorganen der Hochschule unterstützt werden;
3. Elterninitiativen als Träger von Einrichtungen, die oft als gemeinnütziger eingetragener Verein fungieren, um öffentliche Mittel zu erhalten, von denen qualifiziertes pädagogisches Per-

⁷ M. Badzong/K. Gaudlitz: Soziale Probleme von Müttern während des Studiums am Beispiel der Fachhochschule Potsdam, Diplomarbeit, Fachbereich Sozialwesen. 1996.

⁸ Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie (Hrsg.): Kinderbetreuung im Hochschulbereich, Bonn 1996.

⁹ Vgl. ebd., S.8-11.

sonal finanziert werden kann. Die Einrichtung wird von den Eltern selbst verwaltet und durch ehrenamtliche Mitarbeit unterstützt. Solche Elterninitiativen werden oft durch Beratung, die Überlassung von Räumlichkeiten, Sachleistungen und Zuschüsse vom örtlichen Studentenwerk unterstützt;

4. Eltern-Kind-Gruppen, die Kinderbetreuung in wechselseitiger Hilfe organisieren. Es wird keine „Einrichtung“ aufgebaut, die Betreuung wird von den Eltern selbst übernommen und gegebenenfalls von bezahlten Betreuungspersonen unterstützt;
5. zeitlich flexible Betreuungsangebote, z.B. zu bestimmten Seminarzeiten, an bestimmten Wochentagen oder in arbeitsintensiven Phasen. Hier bieten sich unterschiedliche Lösungsformen an, die teils als Babysitting, als wechselseitige Hilfe von Elterngruppen oder in hochschulnahen Einrichtungen angeboten werden;
6. Tagespflege als eine Betreuungsform, die zwar für die Eltern kostenaufwendig ist, sich aber flexibel auf individuelle und sich verändernde Bedürfnisse der Eltern einstellt;
7. Informations- und Beratungsdienste für Hochschulangehörige mit Kindern als erste Anlaufstelle, die Betroffene sachkundig beraten und Betreuungsplätze im Hochschulbereich vermitteln.

Die Autoren betonen, dass die beschriebenen Konzepte und Initiativen keine perfekten Lösungen für eine befriedigende Vereinbarkeit von Familie und Studium oder akademischer Karriere sind, jedoch brauchbare Anregungen bieten, von denen auch andere Hochschulen profitieren können und sie sprechen den eruierten Lösungen somit Modellcharakter zu.

Hochschulnahe Kinderbetreuung an der Fachhochschule Potsdam

An der Fachhochschule Potsdam engagierte sich eine Gruppe von Eltern für die Verbesserung der Studienbedingungen von Studierenden mit Kindern. Mit Unterstützung der Gleichstellungsbeauftragten gelang es dieser Elterninitiative durch langwierige, hartnäckige Bemühungen, auch gegen zahlreiche Widerstände unter anderem den Grundstein für die Entstehung eines Kinderbetreuungsmodells an der

FH Potsdam zu legen. Dieses Modell hat seine Grundlage in den Frauenförderichtlinien¹⁰ der Fachhochschule Potsdam, in denen es unter § 11 Kinderbetreuung heißt:

- (1) In beiden Standorten der Fachhochschule sind Räume für Kinder einzurichten und öffentlich auszuweisen.
- (2) Kinderbetreuung wird nach individueller Absprache durch studentische Hilfskräfte dann gewährleistet, wenn Veranstaltungen außerhalb der Öffnungszeiten der Kinderbetreuungseinrichtungen stattfinden.
- (3) Um die Kinderbetreuung in Abstimmung mit der Arbeitszeit zu gewährleisten, sollten die Gremienverantwortlichen möglichst solche Bedingungen für die Tätigkeit schaffen, dass auch Hochschulangehörige mit Kinderbetreuungsverpflichtung an den Gremiensitzungen teilnehmen können.
- (4) Die Fachhochschule wirkt langfristig darauf hin, dass für alle Beschäftigten und Studierenden mit Kindern ausreichend Betreuungsplätze für Klein- und Vorschulkinder mit studien- und arbeitsfreundlichen Betreuungszeiten bereitgestellt werden.“

Die Bereitstellung eines Kinderbetreuungsraumes an der FH Potsdam und die Entwicklung eines flexiblen, stundenweisen Kinderbetreuungsmodells durch studentische Hilfskräfte, die aus dem Gleichstellungsetat finanziert werden, ist grundsätzlich positiv zu bewerten. Gleichwohl zeigen die bisherigen Erfahrungen auch, dass dieses Modell dem realen Bedarf und den Anforderungen der Studierenden mit Kind nur in begrenztem Maße entgegenkommt. Die teilweise immer noch unbefriedigende Situation weckte das Interesse einerseits an einer Objektivierung der Erwartungs- und Bedarfslage von studierenden Eltern in Potsdam und andererseits an einem Vergleich mit den Erfahrungswerten anderer Hochschulen. Auf Initiative der Gleichstellungsbeauftragten wurde zu diesen beiden Fragen eine Untersuchung in Auftrag gegeben. Dabei wurde von Beginn an eine Eingrenzung auf Hochschulen in den neuen Bundesländern vorgenommen, da die Unterschiede der örtlichen Verhältnisse in den westlichen und östlichen Bundesländer beträchtlich zu sein scheinen.

Im Westen herrscht „eine jahrzehntelange Tradition studentischer Eltern-Kind-Gruppen, die Selbsthilfe organisieren und Netzwerke

¹⁰ Solange die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung der Mutter die Hauptverantwortung für die Kindererziehung zuspricht, sind Fragen der Kinderbetreuung eine Angelegenheit der Frauenförderung.

bilden“.¹¹ Im Osten hingegen wird nach wie vor deutlich, dass „die Vereinbarkeit von Studium und Beruf politisch gewollt“¹² und durch ausreichend ganztägige institutionelle Betreuungseinrichtungen sichergestellt war, die auch heute noch weitgehend bedarfsdeckend bestehen, nicht aber den spezifischen Anforderungen von Studenten entsprechen.

Studie „Hochschulnahe Kinderbetreuung in den neuen Bundesländern“

Die Studie zum Thema „Hochschulnahe Kinderbetreuung in den neuen Bundesländern“ verfolgte zwei Hauptfragestellungen und zwei dementsprechende empirische Untersuchungsansätze:

1. *Fragestellung:* Wie sieht die spezielle Bedarfs- und Erwartungslage hinsichtlich hochschulnaher Kinderbetreuung seitens der Studierenden der Fachhochschule Potsdam aus?
Untersuchungsansatz: Fragebogenerhebung, gerichtet an die Gesamtheit der Studierenden der FH Potsdam (= etwa 1.700 Studierende). Der Fragebogen gliedert sich inhaltlich in zwei Hauptbereiche, nämlich einerseits Betreuungsbedarf und andererseits Erwartungen der Studierenden an hochschulnahe Kinderbetreuung. Im Rahmen des ersten Themenkomplexes (Betreuungsbedarf) wird erfragt, ob die/der Befragte unter der Voraussetzung, dass es ein zuverlässiges und qualifiziertes Betreuungsangebot an der FH gäbe, dieses in Anspruch nehmen würde, wie viele Kinder und in welchem Alter betreuungsbedürftig wären, in welchem Umfang die Betreuung erwünscht wäre (wobei sieben verschiedene Antwortkategorien von stunden-, fallweise bis ganztags zur Auswahl standen) und ob eine hochschulnahe Kinderbetreuung als Ergänzung oder Alternative zur Kita gesehen wird.
2. *Fragestellung:* Wie gestaltet sich die Kinderbetreuungssituation an den Hochschulen der neuen Bundesländer, insbesondere vor dem Hintergrund der allgemeinen Kinderbetreuungssituation in den östlichen Bundesländer?

¹¹ Kinderbetreuung im Hochschulbereich, a.a.O., S. 4.

¹² ebd.

Untersuchungsansatz: Befragung der Gleichstellungsbeauftragten sämtlicher Hochschulen der neuen Bundesländer (= 56 Hochschulen in den Bundesländern Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen) zum Thema hochschulnahe Kinderbetreuung in Form von halbstrukturierten telefonischen Interviews (bzw. z.T. schriftlicher Befragung). In Anlehnung an die Zielsetzungen der o.g. Studie des Deutschen Jugendinstitutes wurde im Rahmen der vorliegenden Untersuchung ein Leitfaden zur Befragung der Gleichstellungsbeauftragten der Hochschulen der neuen Bundesländer¹³ entwickelt. Es sollte erfasst werden, ob an der Hochschule ein Kinderbetreuungsangebot besteht oder nicht. In beiden Fällen sollte den herrschenden Bedingungen nachgegangen werden. Aus welchen Gründen gibt es keine Kinderbetreuung, wie wird der Bedarf eingeschätzt, welche Barrieren verhindern oder erschweren eine Realisierung eines Angebotes trotz bestehenden Bedarfes (ungeklärte Zuständigkeit, Finanzierung, etc.), warum scheiterte ein evtl. bereits bestehendes Angebot, ist die Vereinbarkeit von Studium und Familie an der betreffenden Hochschule überhaupt ein Thema und in welcher Hinsicht (z.B. Sonderstudienpläne, Prüfungsordnung, Praktikum-sordnung etc), wird eine langfristige Perspektive für die Entstehung eines Kinderbetreuungsangebotes gesehen? Oder aber: Welches Modell wird an der betreffenden Hochschule verwirklicht, wer ist der Träger, detaillierte Angaben zur Betreuungseinrichtung (Lage, Altersgruppe, Versicherung, pädagogisches Konzept, Finanzierungsmodell, Elternbeteiligung etc.), ist das derzeitige Angebot bedarfsgerecht bzw. worin bestehen die Mängel und wie könnten sie behoben werden?

Ad 1) Ergebnisse der Studentenfragung an der Fachhochschule Potsdam

Die Studentenfragung an der Fachhochschule Potsdam fand unter den Studierenden zufriedenstellend hohe Resonanz. Die Ergebnisse beziehen sich auf 206 auswertbare Fragebögen von Studierenden aus

¹³ Auswahl laut Hochschulkompaß der Hochschulrektorenkonferenz (www.hochschulkompass.hrk.de)

allen Fachbereichen. Die höchste Anzahl an Fragebögen erreichte uns aus dem Fachbereich Sozialwesen, aber auch die Fachbereiche Architektur und Städtebau sowie Design waren zahlenmäßig gut vertreten. Auch in den Fachbereichen Archiv-Bibliothek-Dokumentation, Bauingenieurwesen und Kulturarbeit gab es deutliches Interesse an dem Thema hochschulnahe Kinderbetreuung, wenngleich auch zahlenmäßig nicht im gleichen Umfang.

Von den 206 beantworteten Fragebögen wurde in 182 Fällen angegeben, dass ein Interesse besteht, ein anforderungsgerechtes Kinderbetreuungsangebot an der Fachhochschule in Anspruch zu nehmen. Davon haben 105 Studierende derzeit auch tatsächlich ein Kind, andere beantworteten die Fragen hypothetisch. In den weiteren Ausführungen beziehen wir uns also auf den Personenkreis von 182 studierenden Eltern, die ein Interesse an Kinderbetreuung an der Fachhochschule Potsdam artikuliert haben.

Die Mehrheit der Eltern wünscht sich Betreuung für ein Kind, etliche aber auch für zwei, manche für mehr als zwei Kinder. Die zu betreuenden Kinder wären zum Zeitpunkt der Übernahme der Betreuung zwischen 3 Monaten und 12 Jahren, wobei der deutliche Schwerpunkt auf Kindern zwischen 0 und 3 Jahren liegt. Wir sehen an diesen Ergebnissen, dass einerseits Betreuungsbedarf für Kinder besteht, die nicht bzw. noch nicht in Krippen untergebracht sind, bei denen aber eine Ergänzung zur familiären Betreuung erforderlich ist, andererseits wird Betreuung für Krippen- oder Kindergartenkinder gebraucht, sofern Lehrveranstaltungen oder studienbezogener Arbeitsaufwand außerhalb der Öffnungszeiten der Kita liegen.

Hinsichtlich des zeitlichen Umfangs von Kinderbetreuung ergibt die Auswertung der Ergebnisse folgende Rangreihe (geordnet nach Häufigkeit der gewählten Antwortmöglichkeiten):

3. stundenweise Betreuung
4. fallweise in arbeitsintensiven Phasen
5. fallweise bei kurzfristigen Betreuungsempässen
6. außerhalb der Öffnungszeiten der Kitas
7. ganztags
8. am Wochenende
9. fallweise bei Erkrankung des Kindes

Schwerpunktmäßig wünschen sich die studierenden Eltern also eindeutig stundenweise Betreuung, die fallweise in Anspruch genommen werden kann.

Die obige Aufstellung deutet auch schon auf die Frage hin, ob die Eltern ein Kinderbetreuungsangebot an der Fachhochschule als Ergänzung oder als Alternative zur Kita sehen. Mehr als zwei Drittel der Befragten können sich vorstellen, dass eine Betreuung an der Fachhochschule eine Alternative zur Kita darstellen könnte. Dieses Ergebnis darf allerdings nicht ausschließlich so verstanden werden, dass sich diese Eltern eine hochschuleigene, den öffentlichen Einrichtungen vergleichbare Tageseinrichtung wünschen. Vielmehr ist es auch so zu verstehen, dass vor allem Eltern von Kindern zwischen 0 und 3 Jahren die Möglichkeit suchen, ihr Studium ohne allzu große Belastung weiterzuführen, *bevor* ihr Kind in der Krippe oder Kita untergebracht wird. Insofern handelt es sich dann bei dem gewünschten Modell um eine Ergänzung zur familiären Betreuung und spricht scheinbar Personen an, die sich dafür entscheiden, ihr Kind (trotz evtl. verfügbarem Krippenplatz) noch nicht in diesem Alter in die Krippe zu geben. Die Gründe dafür können vielfältig sein, liegen aber mit Sicherheit auch darin, dass die Qualität der Krippenbetreuung nach wie vor sehr umstritten ist und in vielen Fällen nicht den Vorstellungen junger Eltern entspricht.

Was sind nun die Anforderungen, die studierende Eltern an ein hochschulnahes Kinderbetreuungsangebot stellen. Wieder sollen die Ergebnisse in Form einer Rangreihung zusammen gefaßt werden:

Hochschulnahe Kinderbetreuung soll:

1. zeitlich möglichst flexibel sein
2. an die Lehrveranstaltungszeiten angepasst sein
3. Verpflegung des Kindes beinhalten
4. ein pädagogisches Konzept beinhalten
5. durch ausgewählte, pädagogisch kompetente studentische Hilfskräfte geleistet werden
6. sich auf dem Hochschulgelände befinden
7. vertraglich abgesichert sein
8. sich in unmittelbarer Nähe der Hochschule befinden
9. auch in den Semesterferien möglich sein
10. ausschließlich von pädagogisch geschultem Personal geleistet werden
11. zentral gelegen sein

Die Aufstellung spricht für sich. Der Schwerpunkt liegt auf einem zeitlich flexiblen Angebot, das an die Lehrveranstaltungszeiten angepasst ist. Hinsichtlich der Lage würden es einige Eltern akzeptieren, wenn sich die Kinderbetreuung in unmittelbarer Nähe oder aber auch in zentraler Lage mit guter Verkehrsanbindung befände. Der überwiegende Teil, nämlich 102 Studierende sprechen sich aber deutlich für eine Lage direkt auf dem Hochschulgelände aus.

Hinsichtlich der Beteiligung der Eltern an der Kinderbetreuung wurden zwei unterschiedlich Aspekte erfasst, der Kostenaspekt und die Bereitschaft zur Übernahme von Elternaufgaben. Der überwiegende Teil der Befragten, insgesamt 147 Studierende, geben an, zu einer Kostenbeteiligung bereit zu sein, wobei sich die Möglichkeiten je nach Angebot zwischen 15 und 300 DM bewegen. 29 Studierende meinen allerdings, definitiv keine zusätzlichen Kosten tragen zu können. Nicht ganz so stark ausgeprägt, aber dennoch in der Mehrheit der Fälle vorhanden, ist die Bereitschaft, sich aktiv durch die Übernahme von Elternaufgaben an der Betreuung zu beteiligen. Das zeitliche Ausmaß der Beteiligung bewegt sich in der Regel zwischen 1 und 5 Wochenstunden, nur in Ausnahmefällen ist mehr Zeitaufwand denkbar.

Ad 2) Kinderbetreuung an den Hochschulen in den neuen Bundesländern

Die Umfrage zur Kinderbetreuungssituation unter den Gleichstellungsbeauftragten der 56 Hochschulen in den neuen Bundesländern erbrachte folgende Ergebnisse:

An insgesamt 16 Hochschulen¹⁴ wird Kinderbetreuung angeboten, an drei davon allerdings nur in einem speziellen Fachbereich. In den restlichen 40 Fällen besteht derzeit kein diesbezügliches Angebot.

¹⁴ Brandenburgische Technische Hochschule Cottbus, Fachhochschule Potsdam, Universität Potsdam, Technische Universität Dresden, Technische Universität Bergakademie Freiberg, Universität Leipzig, Hochschule für Technik und Wirtschaft Mittweida, Hochschule für Technik, Wirtschaft und Sozialwesen Zittau/Görlitz, Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, Fachhochschule Magdeburg, Pädagogische Hochschule Erfurt, Technische Universität Ilmenau, Fachhochschule Jena, Friedrich-Schiller-Universität Jena, Hochschule für Musik „Franz Liszt“ Weimar, Bauhaus-Universität Weimar.

Das Verhältnis zwischen bestehendem und nicht vorhandenem Kinderbetreuungsangebot beträgt somit etwa 30:70.

Als Grund, warum keine Kinderbetreuung angeboten wird, nennt die überwiegende Mehrheit der Befragten, dass kein Bedarf bekannt bzw. jemals von Studentenseite an die Zuständigen herangetragen worden sei. Andere konstatieren, dass der bestehende Bedarf durch die örtlichen Kitas in öffentlicher und freier Trägerschaft gedeckt sei. In wenigen Ausnahmefällen wird das Vorliegen eines Bedarfes nicht ausgeschlossen, aber als unbekannt bezeichnet. Mehrfach werden Problemsituationen direkt im Fachbereich gelöst, was eine hochschulweite Auseinandersetzung mit dem Thema Kinderbetreuung bisher nicht erforderlich machte. In zahlreichen anderen Fällen wird davon ausgegangen, dass zwar ein Bedarf besteht, aber entweder die Zuständigkeit ungeklärt ist, ein vorangegangenes Angebot bereits gescheitert ist, der Bedarf als zu gering für eine Umsetzung eingeschätzt wird oder aber die Realisierung eines Kinderbetreuungsangebotes bereits in Angriff genommen wurde, sich aber noch in der Schwebe befindet, da noch keine Räumlichkeiten zur Verfügung gestellt wurden.

Im Rahmen der Erhebung und Auswertung wird deutlich, dass das durchschlagendste Argument gegen ein Kinderbetreuungsangebot, nämlich dass kein Bedarf bestehe bzw. nicht herangetragen würde, in vielen Fällen zwar ganz überzeugend, in manchen aber auch recht trügerisch ist. Vor dem Hintergrund der Erfahrungen an der Fachhochschule Potsdam, anhand derer deutlich wird, wie schwierig es teilweise für Studenten ist, die richtigen Ansprechpartner und auch offene Ohren für derlei Anliegen zu finden, liegt die Vermutung nahe, dass auch bei einem Teil der befragten Hochschulen die Bedarfslage derzeit im Argen liegt. Diese Interpretation versteht sich als Aufforderung an die Betroffenen, entschlossen aufzutreten und dadurch die Gleichstellungsbeauftragten, falls erforderlich, für den Problembereich Studieren mit Kind zu sensibilisieren und in die Pflicht zu nehmen.

Andere Gleichstellungsbeauftragte fühlen sich dem Thema Kinderbetreuung hingegen durchaus verpflichtet. Mit Rücksicht auf die eingeschätzte Bedarfslage, die kommunale Situation und die finanziellen Voraussetzungen an der jeweiligen Hochschule geben sie an, die Situation im Auge zu behalten und die Entwicklungen zu beobachten. Insofern besteht bei einer kleinen Minderheit der Fälle, die derzeit keine Kinderbetreuung anbieten, dennoch eine gewisse Per-

spektive und Bereitschaft, gegebenenfalls die Umsetzung eines Kinderbetreuungsmodells ins Auge zu fassen. Generell kann aber festgestellt werden, dass – auch wenn es kein Kinderbetreuungsangebot gibt – Themen hinsichtlich der Vereinbarkeit von Studium und Familie bedeutend sind. Es handelt sich dabei z.B. um Fragen zu Seminarzeiten, Beurlaubung, Prüfungsordnung, verlängerte Öffnungszeiten in Bibliotheken, Wohnraumbeschaffung, Praktikumsordnung oder Studienzzeitverlängerung für studierende Eltern.

Von den 16 Hochschulen, die derzeit Kinderbetreuung anbieten, verfügt die Hälfte über professionell geführte Kindertageseinrichtungen. Die zweite Hälfte organisiert Kinderbetreuung in Form von selbstverantwortlichen Eltern-Kind-Gruppen, zeitlich flexiblen Betreuungsangeboten, Tagespflege, Bereitstellung eines Kinderraumes oder einer Kombinationsform dieser Modelle.

Als Träger der Kinderbetreuungsmodelle, vor allem der professionell organisierten Einrichtungen, tritt insbesondere das Studentenwerk in Erscheinung. Darüber hinaus übernimmt das Studentenwerk in Kooperation mit der Kommune oder der Hochschule Kostenanteile beispielsweise für Personalaufwand oder Raummiete. In einigen Fällen versteht sich die Hochschule selbst oder eine Elterninitiative als Träger des Kinderbetreuungsangebotes, in einem Fall erfolgt die Finanzierung über die „Aktion 55“.¹⁵

Hinsichtlich der Finanzierung kann allgemein gesagt werden, daß neben der ausschließlichen Finanzierung über die Studentenwerke, Mischfinanzierungsmodelle vorherrschen, bei denen Gelder von der Hochschule, dem Studentenwerk, Elternanteile und öffentliche Zuschüsse zusammenfließen.

Der Großteil der Kinderbetreuungsangebote ist direkt auf dem Hochschulgelände lokalisiert, in den meisten Fällen richtet sich das Angebot an die Kinder von Studierenden, in Einzelfällen werden auch Kinder von HochschulmitarbeiterInnen oder Kinder aus dem Wohngebiet mitbetreut. Einige Hochschulmodelle können Kinderbetreuung auch außerhalb der Öffnungszeiten der Kitas anbieten, allerdings können nur professionell organisierte Einrichtungen den Anforderungen nach einem pädagogischen Konzept, Verpflegung und Versiche-

¹⁵ Ein Arbeitsmaßnahme für langzeitarbeitslose Frauen im Alter von über 55 Jahren.

rungsschutz für die Kinder gerecht werden. Der Altersschwerpunkt liegt im Krippen- und Kindergartenalter. Die Ausstattung wird meist – wenn auch teilweise improvisiert – als ausreichend eingestuft.

Im allgemeinen werden von den Gleichstellungsbeauftragten folgende Mängel an den derzeit bestehenden Kinderbetreuungsmodellen festgestellt: Es bestehen Defizite in der Betreuung nach 16 Uhr, fallweise wird Betreuung nur in einem einzigen Fachbereich angeboten, es wird mehr Eigeninitiative der Eltern gewünscht, und es gibt generell zu wenig Krippenplätze im Hochschulbereich.

Die Durchführung der Untersuchung hat an der Fachhochschule Potsdam zu einer intensiven Auseinandersetzung mit den Bedingungen funktionierender und gescheiterter Modelle zur Unterstützung von studierenden Eltern geführt und nicht zuletzt auch in der Studentenschaft zu neuen Impulsen geführt. Im Sinne einer gelingenden Vereinbarkeit von Studium und Familie und damit eines erfolgreichen Studienfortganges ist es uns ein Anliegen, anderen Hochschulen Anregungen zur Schaffung von Kinderbetreuungsmöglichkeiten zu geben. Als ebenso wichtig erachten wir es, unter Berücksichtigung pädagogischer Überlegungen Fragen der Zuständigkeit und Finanzierung zu klären, um den Studienalltag von Studierenden mit Kindern zu erleichtern.

Literatur

- Antwort der Bundesregierung auf die Große Anfrage zum Thema Studierende mit Kindern, 21.10.92, Deutscher Bundestag, 12. Wahlperiode, Drucksache 12/3491, Bonn 1992, S. 2.
- Badzong M./Gaudlitz K.: Soziale Probleme von Müttern während des Studiums am Beispiel der Fachhochschule Potsdam, Diplomarbeit, Fachbereich Sozialwesen, Potsdam 1996, unveröff.
- BMBF (Hrsg.): Kinderbetreuung im Hochschulbereich, Bonn 1996.
- BMBF (Hrsg.): Das soziale Bild der Studentenschaft in der Bundesrepublik Deutschland, 15. Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerks, durchgeführt durch HIS Hochschul-Informations-System, Bonn 1998.
- Drews, Lydia: Alles unter einen Hut kriegen. Die Situation von Studierenden und WissenschaftlerInnen mit Kindern. Berlin, 1994.
- Fuchs, Dieter (Hrsg.): Das Tor zur Welt, Krippenerziehung in der Diskussion. Freiburg im Breisgau, 1995.
- Fthenakis, Wassilios E. - LBS-Initiative Junge Familie (Hrsg.): Vereinbarkeit von Familie und Beruf - Eltern vor neuen Herausforderungen. Weinheim, 1994.

- Hedervari, Eva: Bindung und Trennung. Frühkindliche Bewältigungsstrategien bei kurzen Trennungen von der Mutter. Wiesbaden, 1995.
- Hoff, Andreas. Bundesministerium für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit (Hrsg.): Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Neue Forschungsergebnisse im Dialog zwischen Wissenschaft und Praxis. Stuttgart, 1987.
- Laewen, Andres, Hedervari. Ein Modell für die Gestaltung der Eingewöhnungssituation von Kindern in Krippen. Berlin, 1990.
- Laewen, Andres/Hedervari: Ministerium für Bildung, Jugend, Sport des Landes Brandenburg. Auf dem Weg zu einer neuen Kleinkindpädagogik. Anmerkungen zur Tagesbetreuung von Kleinkindern in Kindertagesstätten und ein Modell zur Gestaltung der Eingewöhnungsphase. Berlin, 1993.
- Mann, Bettina: Kinderbetreuung an der Universität Bielefeld. Ein Problemauflauf anhand einer Befragung betroffener Elternteile im Sommersemester 1990, Bielefeld, unveröff.
- Sturzbecher et al.: Kindertagesbetreuung in Brandenburg. Erwartungen – Bedingungen – Chancen. Bericht des Staatsinstituts für Frühpädagogik, Projekt "Neue Konzepte für Kindertageseinrichtungen. Eine empirische Studie zur Situation- und Problemdefinition der beteiligten Interessensgruppen, Potsdam, 1996.
- Weber, Christine. Berliner Institut für Kleinkindpädagogik und familienbegleitende Kinderbetreuung - KIK e.V. (Hrsg.): Entdeckerland - Ein Modell für die pädagogische Arbeit mit Kleinkindern. Berlin, 1998.
- Wedler, Diana. Betreuungsbedingungen 0-3 jähriger Kinder in Potsdamer Kindertagesstätten, Eine empirische Untersuchung, Diplomarbeit an der Fachhochschule Potsdam, Potsdam 1999, unveröff.
- Wellnitz-Kohn, A. (Hrsg.): FHW-interne Kinderbetreuung - ein Projektbericht der Fachhochschule für Wirtschaft Berlin. Berlin 1995.

Das Verwaltungs-Fach-Hochschul-Studium zwischen Praxis- und Wissenschaftsbezug

Ralf Sowitzki
Meißen/Berlin

1. Entwicklungstendenzen im Studienalltag

Im Zuge der Arbeitsmarktentwicklung drängt sich – diesmal von der ökonomischen Seite – erneut die Frage nach der inhaltlichen Ausgestaltung der Studiengänge an Fachhochschulen auf. Waren es früher eher Fragen nach dem erforderlichen Anteil der reinen Wissensvermittlung gegenüber der möglichst selbständigen Erarbeitung methodischer Kompetenz, auch bezüglich der Gewichtung der „Theorieanteile“ gegenüber der „Praxisbezogenheit“,¹ so artikulieren die Beteiligten z.Zt. immer häufiger ein grundsätzlicheres „Unbehagen“ an einer stark arbeitsplatzbezogenen Ausbildung der Studenten.² Diese Studenten selbst gehen in zunehmender Anzahl davon aus, dass sie die erworbenen Qualifikationen nicht in einem Arbeitsfeld anwenden können, für das sie i.d.R. nach überalterten und wenig flexiblen Lehrplänen ausgebildet werden.

Die Reaktionen auf diese teilweise seit Jahren bekannte Problematik zeigen sich in unterschiedlichen Ausprägungen, so z.B.

- in der Wahl unterschiedlicher Rechtsformen der Institutionen: Fachhochschulen als Körperschaft des öffentlichen Rechts, z.B. in Berlin, als „Unterabteilung“ einer Abteilung einer Behörde, etwa einem Ministerium, oder direkt unterstellte unselbst-

¹ Wobei der dabei i.d.R. unterstellte „Theoriebegriff“ kritisch zu reflektieren wäre: Eine gute Theorie steht – selbstverständlich – nicht im Gegensatz zur „Praxis“.

² Hansgeorg Frohn hat kürzlich in seinem Beitrag: Quo vadis, Verwaltungsfachhochschule? (in: *Das Hochschulwesen* 5/1999, S. 138-142) erneut die grundsätzliche Problematik in diesem Bildungsbereich kritisch dargelegt.

ständige Einheit, so bspw. in Sachsen; auch eine privatrechtlich organisierte Hochschule ist in der Diskussion;

- der Zusammensetzung des Lehrkörpers (Fragen, die hier stehen, sind: Wieviel Professoren hat die FH? Wie ist der Stellenkegel – C2 und oder C3 - beschaffen? Welche Entwicklung wird hier angestrebt? Welche – formalen – Qualifikationen haben die Dozenten? Wie hoch sollte der Anteil der Dozenten mit Universitätsabschluß sein? Wie ist der Anteil der Dozenten im höheren oder gehobenen Dienst? Ist die Hochschulausbildung der Dozenten obligatorisch? Welchen Anteil und welche Qualifikation haben die „Praktiker“ und die Lehrbeauftragten im Studienbetrieb? Dürfen diese Diplomarbeiten betreuen und beurteilen – ggf. auch ohne selbst den Nachweis einer wissenschaftlichen Qualifikation erbracht zu haben? Welchen Stellenwert in der praxisorientierten Ausbildung hat das „Rotationsprinzip“, also die zeitweise Abordnung der Dozenten in Arbeitsbereiche außerhalb der Hochschulen? Sind – gerade im Zuge der sich entwickelnden EU-Studiengänge – Gastdozenten und ggf. fremdsprachliche Lehrveranstaltungen integriert?) sowie
- der inhaltlichen und methodischen Ausgestaltung der Curricula; modulare Konzepte sollen helfen, die Studienpläne besser zu verbinden und vergleichbar zu machen.³

Die Hauptbetroffenen, die Studenten, reagieren ebenfalls recht unterschiedlich. Die Bewerberzahl bleibt trotz der „offenen Zukunft“ auf einem hohen Niveau;⁴ der Studienabbruch ist weiterhin selten. Ob die Motivation „früher“ höher war, ist eher fraglich. Sicher ist nur, dass

³ Die Vergleichbarkeit spielt auch im Rahmen der zunehmenden Mobilität eine starke Rolle. Studenten wollen erbrachte Studienleistungen „anerkannt“ bekommen, weil das Lernen an einem einzigen Ort, an einer einzigen Institution seltener wird. Zudem ist auch die „virtuelle Hochschule“ inzwischen mehr als nur Fiktion.

⁴ Trotz der für die meisten Absolventen völlig ungewissen beruflichen Zukunft – eine Übernahmezusage wird von den meisten Ausbildungsbehörden seit Jahren nicht mehr gegeben, bewerben sich an der FH der Sächsischen Verwaltung Meißen noch immer viel mehr junge Menschen um einen Studienplatz, als im Anschluss eingestellt werden. Viele dieser Bewerber hätten aufgrund ihrer i.d.R. weit überdurchschnittlich guten Abiturnoten, sicher Alternativen, die aber aufgrund der finanziellen Anreize – das Studium wird noch mit rd. 800,-DM, bis vor einem Jahr mit 1300,-DM monatlich alimentiert – nicht gewählt werden.

die für die überwiegende Mehrheit der anderen Studenten übliche Unsicherheit bezüglich der beruflichen Zukunft nun auch auf die Studenten der Verwaltungs-Fachhochschulen übergreift.

Aus der Annahme dieser Studenten, dass die Inhalte der Lehrpläne für ihre Zukunft keine optimale Qualifikation bieten (denn diese Inhalte wurden zu anderen Zeiten, unter anderen Voraussetzungen und mit anderen Zielen entwickelt), entstanden Wünsche und Forderungen nach veränderten Ausbildungsschwerpunkten. Die früher eher als garnierende „Nebenfächer“ angesehenen „Allgemeinen Lehrgebiete“ erhalten eine neue Bedeutung. Themenbereiche aus der Volks- und Betriebswirtschaftslehre (hier speziell aus dem betrieblichen Rechnungswesen mit Statistik, doppelter Buchführung, Kostenrechnung und Planung, Controlling und Organisationslehre), Finanzwissenschaft, Psychologie und sogar Soziologie⁵ werden nicht mehr nur für Klausuren gelernt, sondern hinsichtlich ihrer potentiellen Verwertbarkeit in vermuteten Arbeitsfeldern bedacht. Diesbezügliche Kenntnisse und Fähigkeiten werden zunehmend unter dem Aspekt erworben, dass man sie „später“ (also in z.Zt. meist noch imaginierten Arbeitsverhältnissen) einmal gebrauchen kann.

Verglichen mit den oft sehr speziellen Inhalten der Studienlehrpläne erhoffen sich einige (Studenten wie Dozenten) von der Vermittlung mehr methodischer, mehr „grundsätzlicher“ Inhalte eine bessere Anpassungsfähigkeit der qualifizierten Arbeitskraft an die Anforderungen der „offenen“ und hinsichtlich des Bedarfs kaum zu prognostizierenden Arbeitswelt.

Der Grundgedanke ist nicht neu: Mit der stärkeren Vermittlung sogenannter „Schlüsselqualifikationen“ wurde diese Problematik bereits vor Jahrzehnten in zahlreichen Berufsfeldern zu entschärfen versucht. Allerdings scheint es nicht befriedigend gelungen zu sein, diesen Begriff inhaltlich unstrittig zu füllen. Was unter diese Schlüsselqualifikationen gerechnet werden kann, dürfte nicht für lange Zeit eindeutig festlegbar sein. In einer dynamischen Gesellschaft liegt es auf der Hand, dass von Zeit zu Zeit neu darüber befunden werden

⁵ Neuerdings auch wieder der Informatik bzw. generell der Informationstechnologie.

muss, welche Kenntnisse und Fähigkeiten geeignet sind, die gestellten Anforderungen optimal zu realisieren.⁶

Somit ist dieser Aspekt auch für die Absolventen universitärer Studiengänge interessant. Diese müssen sich häufig – immer noch – mit dem Vorwurf einer wenig praxisrelevanten Ausbildung auseinandersetzen, denn ihr Studium gilt den in der Arbeitswelt Tätigen oft als „theorielastig“ und den spezifischen Anforderungen des Alltags nicht ausreichend angepasst. Auch hier dürfte unstrittig sein, dass die benötigten „praktischen“ Fertigkeiten einem stetigen Wandel unterliegen und die schnelle und möglichst reibungslose Anpassung an eben diesen Wandel eine zu entwickelnde Qualifikation darstellt.

1.1. Logik als Schlüsselqualifikation

Eine durchaus allgemein akzeptierte und dennoch unverständlicher Weise stark vernachlässigte Schlüsselqualifikation besteht darin, dass man denken kann – gut, richtig, vernünftig und logisch.

Wer nicht logisch denkt, wem man „unlogische Argumente“ vorwirft, wird es in fast allen Berufen, in fast allen Lebensbereichen schwer haben.⁷ Daher scheint mir bedenkenswert zu überlegen, ob es nicht sinnvoll wäre, diese i.d.R. stillschweigend als ausreichend vorhandenen unterstellte Fähigkeit z.B. bei den Studenten aller Fachrichtungen⁸ – systematisch (evtl. durch eigene Lehrveranstaltungen) – zu schulen. Diese Schlüsselqualifikation ist unbestritten nützlich und wichtig; nachzuweisen bliebe, so lautet jedenfalls meine Hypothese, dass sie nicht in einer ausreichend tiefen und exakten Art vorhanden ist.

⁶ Man bedenke aktuell hierzu beispielsweise die (unumgänglichen?) (Fehl-?)Entscheidungen bezüglich der vor wenigen Jahren vollzogenen Schließung der Informatikstudiengänge an Berufsakademien in mehreren Bundesländern und der Diskussion um eine „green card“ Vergabe für benötigte ausländische Spezialisten.

⁷ Dass dieser letzte Satz *nicht* logisch ist, mit Logik kaum etwas zu tun hat, könnte motivieren, darüber nachzudenken, was diese zumeist stillschweigend unterstellte Fähigkeit – logisch denken zu können – eigentlich genau bedeutet und warum sie so wichtig ist.

⁸ Dabei denke ich hier zunächst an alle Fachrichtungen an Verwaltungs-Fachhochschulen.

Die Studenten einer Fachhochschule müssen in die Lage versetzt werden, einen Streit darüber, ob ein Satz aus anderen Sätzen logisch folgt, eindeutig entscheiden zu können. Vornehmlich diese Methodenkompetenz unterscheidet z.B. Berufsschulwissen vom Hochschulwissen: In der Lehre wird dem Studenten also auch vermittelt, *wie* (mit welcher Methode, auf welchem Weg) man zu den Ergebnissen gekommen ist.⁹ Eine korrekte Anwendung der Logik ermöglicht u.a. die Gewinnung neuer (mittelbarer) Erkenntnisse, die rationale Begründung von Argumenten, die Prüfung von Hypothesen. Außerdem kann das Verständnis logischer Grundregeln dazu beitragen, unklare bzw. präzisierungsbedürftige Argumente zu korrigieren.

Relativ unstrittig dürfte sein, dass in unserem informationsüberfluteten Zeitalter¹⁰ *nicht unbedingt mehr* Wissen erforderlich ist, sondern mehr *Begründungsfähigkeit*, mehr *Kritikfähigkeit*.¹¹ Informationen müssen analysiert und beurteilt werden können. Das ist kein inhaltliches, sondern methodisches Wissen und Können. Die Fähigkeit zur korrekten logischen Folgerung muss allerdings geschult und entwickelt werden. Falsch ist es, diese Fähigkeiten als (ausreichend) vorhanden vorauszusetzen.¹²

⁹ Selbstverständlich schließt eine derartige Methodenlehre eine Kritik der hierfür notwendigen Prämissen ein.

¹⁰ Weltweit liegt der Ausstoß an Fachpublikationen bei 20000 am Tag, nach: *Der Spiegel* 13/2000, S. 292.

¹¹ Hier im (formalen) Sinne von „begründeter Kritik an nicht korrekten Aussagen“ (bzw. „an nicht ausreichend belegten Behauptungen“) gemeint.

¹² So unterläuft auch Frohn, a.a.O., S. 139, der Fehler, zu behaupten, dass „sich aber logisch zwingend (ergibt)“, was sich (erstaunlicherweise? bedauerlicherweise?) *nicht logisch zwingend* ergibt: Trotz intensiver und gutwilliger Interpretation (und Formalisierung) ist es (zumindest mir) nicht gelungen, die von ihm gezogene Schlussfolgerung als „logisch korrekt“ nachzuweisen. Wörtlich schreibt Frohn: „Wer die Aufgabenkompetenz nach Art. 83 ff. GG hat entscheidet als Dienstherr ja mit darüber, wen er einstellt und mit der Erledigung dieser Aufgaben betraut; aus dieser ‚Rekrutierungskompetenz‘ ergibt sich aber logisch zwingend eine Ausbildungsinhaltskompetenz, zu der sich notwendigerweise eine Ausbildungsdurchführungskompetenz gesellen muss, weil niemand Ausbildungsinhalte gewährleisten kann, wenn er nicht den unmittelbaren organisatorischen Zugriff auf die Ausbildung hat.“ Der Beweis dafür, dass „sich aber logisch zwingend“ etwas ergibt, ist hier nicht möglich, denn die Begründung „weil niemand ...“ ist für die logische Folgerung völlig unerheblich. Altbekannt ist, dass „Sokrates ist unsterblich“(!) *logisch zwingend* aus den (z.T. falschen) Prämissen: „Alle Menschen sind unsterblich“ und: „Sokrates ist ein Mensch“ folgt. Allein aus der Tatsache, dass (bislang) niemand etwas konnte (z.B. Ausbildungs-

1.2. Die wissenschaftliche Methode als Schlüsselqualifikation

Wettbewerb als Strukturmerkmal unserer Gesellschaftsordnung spart das Bildungswesen nicht aus. Auf diesem zukunftsträchtigen Markt werden Lebenschancen verteilt. Hochschulen werden sich dabei als Leistungsanbieter zunehmend der Konkurrenz stellen und den „Nachfragern“ qualitativ hochwertige Produkte präsentieren müssen. Erklärungen, Prognosen und Handlungsempfehlungen, die aufgrund *wissenschaftlicher* Methoden gewonnen wurden, die geprüft wurden und sich bewährt haben, gelten hierbei allgemein als anzustrebende Wissenschaftsziele. An diesen werden die unterschiedlichen Leistungen gemessen und gegeneinander abgewogen.

Hinzu kommt für die „internen“ Fachhochschulen,¹³ dass insbesondere sie im allgemeinen ‚Wissenschaftsbetrieb‘ ständig um Reputation bemüht bleiben müssen, zumal der Wissenschaftsrat erneut 1996 in seinen „Cottbusser Empfehlungen“¹⁴ im Rahmen einer Evaluierung erhebliche Kritik an Strukturen, Organisationsabläufen und inhaltlicher Ausgestaltung dieser Hochschulen geübt hat. Die in diesem Bericht vorgeschlagenen Änderungen – sie reichen von „vollständiger Hochschulautonomie“ bis „Rückführung in eine Verwaltungsfachschule“ – sind in der Diskussion.¹⁵

Auch den nicht im Hochschulbereich tätigen Menschen ist zumeist bekannt, dass es Methoden gibt, die das Prädikat *wissenschaftlich* beanspruchen können (bzw. verliehen bekommen haben). Wann gilt jedoch eine Methode (und übrigens auch eine Erkenntnis) als „wissenschaftlich“? Jeder Dozent steht vor der Frage, ob sein alltägliches Handeln, z.B. die Bewertung einer Diplomarbeit, dem Wissenschafts-

inhalte gewährleisten, ohne „... Zugriff auf die Ausbildung“ zu haben), folgt *nichts logisch*.

¹³ Damit sind die ressortgebundenen, also einem Ministerium direkt unterstellten, weder personell noch inhaltlich autonomen Hochschulen gemeint.

¹⁴ Siehe WissR-Drs. 2542/96 vom 10.5.1996

¹⁵ Aktuell sind hier z.B. die aus den seit vielen Jahren durchgeführten ‚Gliednicker Gespräche‘ entwickelten „Thesen 2000“ der FHVR Berlin und die „Thesen 2000“ des Wissenschaftsrates zu nennen. Vgl. Peter Heinrich (Hg.): *Modernisierung durch Ausbildung – Innovationsdruck und Innovation für den öffentlichen Sektor*. 12. Gliednicker Gespräch 2000. Redebeiträge und Gliednicker Thesen, hrsg. von der Fachhochschule für Verwaltung und Rechtspflege Berlin 2000; Wissenschaftsrat: *Thesen zur künftigen Entwicklung des Wissenschaftssystems in Deutschland, Köln 2000*.

anspruch einer Hochschule genügt. Ist das eine Frage des inhaltlichen Niveaus, der Terminologie, des Schwierigkeitsgrades, des Stoffumfangs, der Konvention oder gar die einer Definition? Was unterscheidet z.B. die „Betriebswirtschaftslehre“ an der Fachhochschule von einer „Betriebswirtschaftskunde“ an der Berufsschule? Gelten die inzwischen allgemein üblichen Kriterien für Wissenschaftlichkeit für alle Wissenschaften? Gibt es spezielle Forderungen für die empirischen Wissenschaften, also auch die Sozialwissenschaften?

In den folgenden Abschnitten wird in aller Kürze und ohne die Gefahr zu übersehen, dass einige Aussagen trivial erscheinen, nachzuweisen versucht, dass die Beurteilung von „Theorie“¹⁶ wiederum eine Theorie, eine Meta-Theorie, also eine Wissenschaftstheorie erfordert – und eine Gemeinschaft der Wissenschaftler (*scientific community*), die sich nicht völlig uneinig ist.

2. Welche „Praxis“ betreibt man als „Wissenschaft“?

Studienfächer, die an (Fach-)Hochschulen und Berufsakademien den Studierenden gelehrt werden, werden üblicherweise als *Wissenschaftsdisziplinen* bezeichnet. Diesen ist gemeinsam, dass sie Erkenntnisse produzieren wollen, die das Prädikat *wissenschaftlich* verdienen. In Abgrenzung zu anderen Erkenntnisssystemen glaubt man in der Wissenschaft eine Methode zur Erkenntnisgewinnung entwickelt zu haben, die sich von den anderen Vorgehensweisen positiv abhebt und auszeichnet. Nicht eindeutig geklärt ist jedoch die stillschweigend unterstellte Antwort auf die Frage: *Wann* genügt eine Disziplin den Standards der Wissenschaftlichkeit (und wann nicht)? Für jede Lehre heißt das beispielsweise: Wann vermittelt der jeweilige Studienbetrieb¹⁷ mehr als eine „Kunde“, also mehr als nur Ansichten und Meinungen – nämlich wissenschaftlich fundierte¹⁸ *Erkenntnisse*? Es gibt

¹⁶ Der Begriff „Theorie“ bezeichnet üblicherweise „begründete Aussagenzusammenhänge“ bezüglich eines Objektbereiches. Für die Realwissenschaften sind diese Aussagen prinzipiell hypothetisch.

¹⁷ z.B. an einer Berufsakademie, an einer Fachhochschule, ... an jeder Institution, die diesen Anspruch erhebt.

¹⁸ Dieses Prädikat kann beanspruchen, wer bestimmte Methoden beherrscht und anwendet. Die Vermittlung der (richtigen) *Wege* zur Erkenntnis gehört wesentlich zur Wissenschaftlichkeit einer Bildungsmaßnahme.

bislang zu diesen Fragen zwar keine eindeutige Antwort, aber eine „herrschende Meinung“, die sich in den letzten Jahrzehnten immer deutlicher herauskristallisiert.

Bezüglich der Herausarbeitung der „üblichen“ Standards für Wissenschaftlichkeit kann man zunächst zwei Vorgehensweisen unterscheiden. Man könnte durch Beobachtung und Beschreibung *feststellen*, wie sich die Wissenschaftler verhalten, welche Regeln sie befolgen, welche Voraussetzungen sie annehmen bzw. verwerfen. Dies wäre die *deskriptive Analyse*. Ausgehend von bestimmten Zielstellungen, Absichten und Hoffnungen könnte man, weil man es für rational begründet hält, festlegen, wie die Fachwissenschaftler forschen sollten. Diese *normative Theorie* hat sich, aus philosophischen Überlegungen abgeleitet, als Wissenschaftstheorie etabliert.¹⁹ Strittig ist indessen, wer berechtigt sein könnte, diese Wissenschaftsstandards festzulegen.

Festzustellen, ob die vom Studenten abgelieferte Diplomarbeit den Anforderungen an (ausreichender) Wissenschaftlichkeit genügt, ist Hauptaufgabe der korrigierenden Fachperson, i.d.R. des Fachdozenten. Mit der Verleihung des Diploms wird schließlich bestätigt, dass der Student die Fähigkeit zum wissenschaftlichen Arbeiten nachgewiesen hat.²⁰

Zahlreiche Gespräche der letzten Jahre verdichteten bei mir die Ansicht, dass sowohl bei den Studenten als auch zu einem erhebli-

¹⁹ Die „moderne“ Wissenschaftstheorie, i.d.R. verbunden mit den Ansichten Stegmüllers, versucht einen dritten Weg einzuschlagen. Seine „rationale Rekonstruktion“ dessen, was Fachwissenschaftler tun, versucht ohne Vorschriften auszukommen: Durch Präzisierung dessen, was im Wissenschaftsbetrieb „gewollt“ ist, wird hier versucht anzugeben, wie man wissenschaftlich arbeiten sollte, um zu diesen Zielen zu gelangen. Man geht sozusagen davon aus, dass die Fachwissenschaftler weder genau wissen, welche erkenntnistheoretischen Überzeugungen ihre Arbeit leiten, noch wie sie diese Ziele erreichen können. Beispielsweise wollen sie etwas „erklären“, wissen jedoch nicht wie eine korrekte Erklärung sprachlich konstruiert sein sollte, zwar suchen sie nach wahren Aussagen, wissen jedoch nicht, wann man eine Aussage als „wahr“ bezeichnen darf ...

²⁰ So formuliert die Diplomierungssatzung für die Fachhochschule der Sächsischen Verwaltung – und ähnlich alle anderen Hochschulen - im § 1: „Die FHSV verleiht ... einen Diplomgrad ... wenn der Kandidat ... eine eigenständige wissenschaftliche Leistung mit einer Diplomarbeit erbracht hat.“

chen Teil bei den Korrektoren²¹ überwiegend unklare bzw. unzweckmäßige Vorstellungen darüber vorherrschen, was mit dieser Forderung nach *Wissenschaftlichkeit* gemeint sein könnte bzw. sollte. In den Diskussionen über die Qualität dieser Arbeiten geht es bedauerlicherweise überwiegend um die Anzahl und Anordnung der Fußnoten, die korrekte Zitierweise, die Quellennachweise, die Einhaltung weiterer formaler Kriterien (wie z.B. der Seitenzahlen und -ränder, der Zeilenabstände, der Anlagen und dgl.) bis hin zur Prüfung, ob das Thema „verfehlt“ wurde. Diese formalen Selbstverständlichkeiten, für die es zahlreiche anleitende Lektüre gibt, die jedoch immer nur empfehlenden, nicht verbindlichen Charakter haben kann,²² machen nicht die Wissenschaftlichkeit einer Arbeit, auch nicht eines Arbeitsprozesses aus. Auch besagt der inhaltliche Schwierigkeitsgrad von Abhandlungen nichts darüber, ob dem Anspruch an Wissenschaftlichkeit genüge getan wurde: Eine Abschrift der Einsteinschen Relativitätstheorie ist genauso wenig eine wissenschaftliche Arbeit, wie das Abschreiben allein eine wissenschaftliche Betätigung darstellt.

Bei der Forderung nach Wissenschaftlichkeit geht es in erster Linie um methodisch korrektes Arbeiten, wobei „methodisch korrekt“ durch die z.Zt. gültigen Standards der Wissenschaftlergemeinschaft definiert wird, also durchaus historisch relativ²³ zu sehen ist.

²¹ Wobei neben einer – m.E. mitunter durchaus verständlichen – Unsicherheit bezüglich des Inhalts der Forderung nach Wissenschaftlichkeit mir gegenüber nicht selten eine (m.E. unnötig) ironisierende, gelegentlich Überheblichkeit andeutende, aber auch schroff ablehnende Haltung deutlich wurde. Von „Das weiß keiner, was damit gemeint sein könnte ...“ über „Wie an Hochschulen gelehrt und geforscht wird, ist wissenschaftlich“ bis hin zu „Wissenschaft ist etwas für die Theoretiker an den Universitäten – nichts für Fachhochschulen!“ spannen sich die Ansichten.

²² und – wie ich im Rahmen dieser Arbeit allerdings nur unbegründet postulieren kann – m.E. auch sollten!

²³ Wie (und dass) sich diese Standards der „scientific community“ ändern, hat Thomas Kuhn in seinem bedeutenden Buch: „Die Struktur wissenschaftlicher Revolutionen“ (Frankfurt a.M., 3. Aufl. 1978. Originalausgabe: „The Structure of Scientific Revolutions“, Chicago 1962) eindrucksvoll nachgewiesen. Dieser „Paradigmenwechsel“ ist (glücklicherweise) selten, so dass derart „Grundsätzliches“ im Leben eines Wissenschaftlers sich i.d.R. nur einmal ändert ...

3. Methodik und Methodologie

Was sind nun diese grundlegenden Standards, auf deren Vermittlung wir m.E. in der Ausbildung an Hochschulen verstärkt Wert legen sollten? Bevor hierzu einige Aussagen formuliert werden, scheint noch eine kleine Unterscheidung angebracht: Neben der Vermittlung von Fachkenntnissen in den unterschiedlichen Studienfächern wird (selbstverständlich) auch die dabei jeweils angewandte Methode (explizit, manchmal auch „nur“ implizit) gelehrt. Auch das ist Methodik, gleichsam „Fachmethodik“.²⁴ Die Einhaltung der für jede Fachwissenschaft üblichen und gültigen Kriterien qualifiziert zum „Experten“ auf diesem Gebiet: Man beherrscht dann die Mathematik, die Jurisprudenz, die Ökonomie oder Physik usw., man ist möglicherweise ein „guter Jurist“, ein „erfolgreicher Ökonom“ usw. und dennoch eventuell kein Wissenschaftler.

Für wissenschaftlich arbeitende Personen besteht über die Anwendung der die spezifische Fachmethodik prägenden „Werkzeuge“ hinaus eine grundsätzlichere Anforderung an ihr Tun: die Berücksichtigung wissenschaftlicher Methoden, die diesen mehr oder weniger „übergeordneten“ sind. Damit ist etwas prinzipiell anderes gemeint als die jeweils fachspezifische Methodik. Eine anerkannte Wissenschaft (jede als Fachwissenschaft akzeptierte Veranstaltung) ist der Versuch, Erkenntnisse zu gewinnen und diese – i.d.R. mittels sprachlicher Ausdrücke – darzustellen. Damit steht die Wissenschaft neben anderen Erkenntnisssystemen, beispielsweise der (göttlichen) Offenbarung, der astrologischen Deutung, der intuitiven Erfahrung. Wissenschaft hatte und hat darüber hinaus den Anspruch, mit rationalen (d.h. auf der Vernunft beruhenden, intellektuellen) Methoden Ergebnisse zu produzieren, die unabhängig vom Subjekt gelten, also nicht allein subjektiv, sondern intersubjektiv prüfbar und gültig, sozusagen „objektiv“ sind. Hier entsteht die natürlich ebenfalls klärungsbedürftige, im Rahmen dieser Arbeit jedoch zu vernachlässigende Frage: Was versteht man in den Wissenschaften und in der Wissenschaftsphilosophie heutzutage üblicherweise unter

²⁴ So lehren die Juristen wie die Ökonomen, die Psychologen wie die Physiker die in ihrem Fach jeweils üblichen, erfolgreichen Methoden der Auslegung, der Modellbetrachtung, der Befragung oder Beobachtung wenn nicht ausdrücklich, so doch unvermeidbar nebenbei, quasi im „hidden curriculum“ ihren Zuhörern.

phie heutzutage üblicherweise unter Objektivität? Wissenschaft versucht sich, auch über diesen Begriff, in einem noch nicht abgeschlossenen Prozess, von ausschließlich subjektiven, individuellen und emotionalen Erkenntniswegen abzugrenzen – ohne diesen jedoch abzuspüren, dass auch auf diesem Wege Erkenntnisse gewonnen und begründet werden können: Nur nicht mit dem Prädikat „wissenschaftlich“.

Wissenschaft befasst sich mit der Produktion von Aussagen; Erfahrungswissenschaft mit Aussagen „über die Welt“ (die Realität). Von diesen wissenschaftlichen Aussagen fordert man u.a., sie sollen *begründet* sein, sie dürfen nicht *widersprüchlich* sein, sie sollen wahr sein, sie müssen (prinzipiell) einer (intersubjektiven) *Überprüfung* zugänglich sein, sie müssen an neuen Erfahrungen *scheitern* können²⁵

4. Formale Aspekte der Wissenschaftlichkeit: Die Logik

Die üblichen Merkmale einer guten erfahrungswissenschaftlichen Theorie beinhalten logische Aspekte. Für Aussagenzusammenhänge gilt, dass z.B. Definitionen und Argumente „logisch zirkelfrei“, widerspruchsfrei und folgerichtig sein müssen. Da jedoch für alle Fachwissenschaften (wie normalerweise für alle geschriebenen und gesprochenen Produkte des menschlichen Geistes) gilt, dass die Gesetze der Logik nicht verletzt werden dürfen, sondern strikt beachtet und eingehalten werden sollen, lohnt es sich sicher, diese kennenzulernen und zu beherrschen – wenigstens in Grundzügen.

Insbesondere bezüglich der Forderungen nach Begründungen vernünftiger Art, Erklärungen, Prognosen, Handlungsempfehlungen, nach exakter logischer Folgerung und Widerspruchsfreiheit, gilt die Logik für alle Wissenschaften, für alle Wissenschaftler – und übrigens auch für (fast) alle Nichtwissenschaftler – als strikt zu beachtendes Regelwerk. Was nicht „logisch“ ist, das „Unlogische“ wird nicht als gültig akzeptiert. Eine vom Kommunikationspartner akzeptierte Behauptung: „Also folgt daraus logisch, dass ...“ wird als nicht weiter nachprüfungswürdig, weil unbezweifelbar richtig angesehen. Bei uns allen gilt: Was logisch folgt, kann nicht falsch sein – was unlogisch

²⁵ Dieser „Fallibilismus“ verlangt, dass wenigstens „eine Situation denkbar sein muß“, in der die Aussage „falsch“ wäre.

ist, kann nicht wahr sein. Nur *was* „folgt“ eigentlich? Wem? Wann? Und vor allem: Warum? Mit diesen Fragen werden die Studenten (und andere Mitbürger) in der Regel allein gelassen. Es wird nicht einmal eine selbständige Answerarbeit erwartet oder gefordert. Stattdessen wird davon ausgegangen, dass (fast) jeder Mensch im Laufe seiner familiären, schulischen und beruflichen Sozialisation – quasi „en passant“ – die zur Beantwortung dieser Fragen nötigen Kenntnisse und Fähigkeiten erwirbt bzw. erworben hat.²⁶

Zur Erarbeitung der methodischen Fähigkeit des korrekten logischen Schließens müssen sich die Beteiligten zunächst auf ein Entscheidungskalkül einigen. Allerdings steht es uns hier genauso wenig wie in der Mathematik völlig frei, ein beliebiges zu wählen. Letzteres ist zwar nicht verboten, wäre aber sehr unzweckmäßig. Die Wissenschaftler haben sich auf ein z.Zt. gültiges System „geeignet“, besser: sie haben das allgemein gültige – die „Klassische Logik“ – akzeptiert und es (analog zur Mathematik) ihrer alltäglichen Anwendung zu Grunde gelegt. Es empfiehlt sich m.E., sich diesem Verfahren (zunächst) anzuschließen.

Nun ist dieser Kalkül oft unbekannt; insbesondere fehlen die – mechanischen – Fähigkeiten zu entscheiden, ob eine Aussage aus einer anderen „tatsächlich“ logisch folgt. Statt eines überzeugenden Beweises gibt es in argumentativen Disputen oft lediglich einen Appell an das intuitive Einverständnis. Wenn dieses jedoch nicht vorhanden ist, fehlt es häufig an der Fähigkeit, überzeugende Beweise zu liefern. Dabei kann einerseits die (vermeintliche, mitunter unberechtigt unterstellte) nicht vorhandene Einsichtsfähigkeit des Gesprächspartners kritisiert werden, der jedoch zumeist die fehlende Überzeu-

²⁶ Wie schon Reinhard Kamitz 1979 (in: ders. (Hg.), Logik und Wirtschaftswissenschaften, Berlin, 1979, Seite 16 ff.) bemerkte, beruht diese Annahme jedoch auf einem – doppelten – Irrtum: Der zu optimistischen Einschätzung der menschlichen Denkfähigkeit und einer falschen Vorstellung vom Umfang der Logik. Deshalb rate ich auch dringend von einer pauschalen – unkritischen – Übernahme der (weit-vertretenen?) Ansicht eines Lehrbeauftragten ab, der in aller Deutlichkeit aussprach, was (aus meinen Erfahrungen: vermutlich) viele Kollegen denken: „Ich setze bei den Studenten voraus, dass sie logisch denken und schlußfolgern können. Wer das nicht kann, gehört nicht an eine Hochschule!“

gungskraft des Arguments bemängelt,²⁷ andererseits läßt sich aber ohne gemeinsam akzeptierte Kalküle nicht eindeutig entscheiden, ob etwa ein Satz aus anderen Sätzen folgt. Erschwerend kommt hinzu, dass sogar gemeinsam akzeptierte Argumente falsch sein können, eine notwendige Überprüfung kann jedoch häufig wegen der dafür fehlenden Fähigkeiten nicht erfolgen. Die „moderne“ symbolische Logik zwingt hingegen zur präzisierenden Eindeutigkeit und – auch aufgrund der Symbolisierung und des Kalküls – zum Beweis.²⁸

5. Betrachtungsebenen der Wissenschaft

Um die Bedeutung der Logik besser beurteilen zu können, dürfte eine weitere Differenzierung der Betrachtungsmöglichkeiten nützlich sein. Bezüge zur Wissenschaft finden sich auf drei ganz unterschiedlichen Ebenen:

1. der Ebene der Fakten (der Tatsachen, Sachverhalte),
2. der Ebene der Menschen, die sich mit diesen Fakten befassen, z. B. die Fachwissenschaftler,
3. der Ebene der Wissenschaftstheoretiker, die sich mit dem Tun der Wissenschaftler befassen.

Auf dieser „Meta-Ebene“ werden (vorzugsweise) die Standards formuliert, nach denen die wissenschaftlichen Theorien beurteilt werden. Hier werden u.a. die Regeln der Logik und ihre Anwendungsbezüge entwickelt. An einem illustrierenden Beispiel soll dieser Zusammenhang verdeutlicht werden:

(a) Die Ebene der Fakten

Im Zeitraum t_1 bis t_2 im Raum O geschieht Folgendes:

- Die Arbeitslosigkeit steigt.
- Die Regierung erhöht die Steuern.
- Die Inflation sinkt.

²⁷ In diesem „Teufelskreis“ befinden sich häufig Dozenten und Studenten, Lehrer und Schüler, Eltern und Kinder – alle in Beziehungen, die über Kommunikationsstrukturen um Autorität (und „Macht“) ringenden Personen.

²⁸ Üblicherweise wird die „Moderne Logik“ als eine *Formalwissenschaft* verstanden. Als Formale Logik beinhaltet sie die Aussagenlogik und – auf einer höheren Ebene – die Prädikatenlogik. Im Rahmen und auf der Grundlage des hier jeweils geltenden Regelwerkes sind eindeutige Beweise für bestimmte zu prüfende Behauptungen, z.B. der, dass ein Satz aus anderen logisch folgt, möglich.

- Die Erdölpreise blieben stabil.

(b) Die Ebene der Wissenschaftler

Sie beobachten und beschreiben diese Realität.

„Im Zeitraum t_1 bis t_2 geschah im Raum O Folgendes:

Die Arbeitslosigkeit stieg und die Regierung erhöhte die Steuern.

Die Inflation sank aber die Erdölpreise blieben stabil.“

Dann formulieren sie Hypothesen, z.B.: „*Wenn* die Inflation sinkt und die Steuern erhöht werden und die Arbeitslosigkeit steigt, *dann* bleiben die Erdölpreise stabil.“

(c) Die Ebene der Wissenschaftstheoretiker

Hier wird versucht zu klären, was diese „Wenn ..., dann ...“ Formulierungen „meinen“ könnten. Sollen Ursache-Wirkungs-Zusammenhänge behauptet werden? Sind diese deterministisch oder statistisch? Wie kann man die Wahrheit oder Falschheit nachweisen? Wie könnte man aus diesen Erkenntnissen eine korrekte Prognose der Inflation entwickeln? Falls man die Arbeitslosigkeit reduzieren möchte, was sollte man dann aufgrund dieser Kenntnisse tun? Aber auch: Sind die Schlußfolgerungen, die zu Hypothesen führen, logisch korrekt?

Die im Eingangskapitel aufgeworfenen Überlegungen könnten mit Hilfe der Wissenschaftstheorie einer wenn auch nur vorläufigen und rudimentären Antwort zugeführt werden. Da der Wissenschaftsrat in seinen Empfehlungen anmahnt, dass das Studium an („internen“ wie „externen“) Verwaltungs-Fachhochschulen, die ein Hochschuldiplom vergeben, die „Absolventen in die Lage versetzen (soll), Probleme der beruflichen Praxis durch die Anwendung wissenschaftlicher Methoden eigenständig zu lösen“,²⁹ läßt sich für die mit der Umsetzung dieser Forderung betrauten Hochschullehrer die Frage, was damit gemeint ist, prinzipiell einer rationalen Lösung zuführen, vermutlich sogar beantworten.

Ohne explizite und deutlich erkennbare rational gut begründete wissenschaftstheoretische Grundüberzeugungen läßt sich der Nachweis einer auf wissenschaftlichem Niveau vollzogenen Ausbildung nicht erbringen. *Mit* einer solchen Grundlage ist andererseits jede Institution, die einen Wissenschaftsanspruch erhebt, gegen Kritik und Sanktion gut geschützt.

²⁹ Siehe WissR-Drs. 2542/96 vom 10.5.1996, Seite 73

Außerdem ergibt sich ein weiterer Vorteil aus der Beschäftigung mit dieser Materie: Durch das Beherrschen des Logikkalküls wird man befähigt, die vorgestellte Argumentation nachzuvollziehen und begründet (!) zu akzeptieren bzw. kritisch zurückzuweisen. Auch kann das Verständnis logischer Grundregeln dazu beitragen, unklare bzw. präzisierungsbedürftige Argumente zu korrigieren.

6. Ein Beitrag zur Förderung von „Schlüsselqualifikationen“

Zusammenfassend ergeben sich zwei wesentliche Vorteile aus der Beschäftigung mit der skizzierten Materie:

1. Durch das Beherrschen des Logikkalküls wird man befähigt, eine vorgelegte Argumentation nachzuvollziehen und *begründet* zu akzeptieren bzw. kritisch zurückzuweisen. Außerdem kann das Verständnis logischer Grundregeln dazu beitragen, unklare bzw. präzisierungsbedürftige Argumente zu korrigieren. Weiter ist man besser in der Lage, logisch konsistente Argumentationsketten aufzustellen. Unstrittig dürfte sein, dass im Studienalltag an Verwaltungs-Fachhochschulen, auch³⁰ in den traditionell im Vordergrund stehenden rechtswissenschaftlichen Themenkomplexen, die diesbezüglichen Fähigkeiten unabdingbar sind. Die Wissenschaftstheorie beinhaltet als wesentliches Element logische Analyse der fachwissenschaftlichen Aussagen. Die Schulung und Beherrschung dieses Instrumentariums gehört m.E. unabdingbar zur wissenschaftlichen Bildung aller Studierenden.

2. Fachhochschulen betrachten ihre Nutzer nicht mehr als Schüler, sondern als Studenten. Damit soll der eigene aktive Teil des Lernenden in der Qualifizierungsmaßnahme bereits begrifflich, quasi „programmatisch“, benannt werden. Die inzwischen schon seit Jahrzehnten propagierte und m.E. auch immer noch berechtigt geforderte, verstärkte Vermittlung von „Schlüsselqualifikationen“ könnte durch Fähigkeiten wie „korrekte Beweisführung folgerichtiger Argumente“

³⁰ und für manche sogar „hier vor allem!“ – man denke nur an die viel geforderte Fähigkeit, korrekt subsumieren zu können.

und „eigenständige Erarbeitung auf wissenschaftlicher Grundlage“ einen entscheidenden Schub erhalten.

Der autoritative Ratschlag

Eine mikropolitische Analyse präsidentialen Führens einer Universität

Achim Wiesner
Essen

Wenn Universitäten sich verändern – welche Rolle spielt dabei die Leitung? Eine unerlässliche, meinen die einen, denn nur charismatische und durchsetzungsfähige PräsidentInnen¹ und DekanInnen können Entscheidungsblockaden und Strukturkonservatismus durchbrechen und strategische Überlegungen mit dem operativen Geschäft in Einklang bringen. Keine, sagen die anderen, da die Universität keine Organisation ist, in der rationale Steuerung möglich wäre: Alles, was aus der Nähe nach absichtsvoller, effektiver Führung aussieht, zeigt sich aus der Ferne als kaum steuerbares, zufälliges Zusammentreffen von Problemen, Entscheidungen und Lösungen. Diesen grundsätzlichen Einwand haben Cohen/March 1974 in „Leadership and ambiguity“ für US-amerikanische Universitätspräsidenten durchbuchstabiert.²

Heute, in der laufenden zweiten Welle der Universitätsreform, werden an die PräsidentInnen auch der deutschen Universitäten hohe Steuerungsansprüche herangetragen (Müller-Böling/Fedrowitz 1998;

¹ Ich spreche im folgenden von PräsidentInnen anstatt von RektorInnen, weil mir das zu zeigende Interaktionsmuster unter den Bedingungen von Präsidialverfassungen deutlicher hervorzutreten scheint. Zudem konzentriere ich mich auf die einzelne Person an der Spitze und vernachlässige die Frage kollegialer Leitungsstrukturen (zu sechs möglichen Grundformen kollegialer Leitungsstrukturen vgl. Nullmeier 2000: 106ff.).

² „The presidency is an illusion. Important aspects of the role seem to disappear on close examination. In particular, decision making in the university seems to result extensively from a process that decouples problems and choices and makes the president's role more commonly sporadic and symbolic than significant“ (Cohen/March 1974: 2).

Müller-Böling/Zechlin 1998). „Starke“ PräsidentInnen als UniversitätsmanagerInnen sollen das Profil ihrer Einrichtung in Forschung und Lehre schärfen, Besitzstände beschneiden und die Universität für den internationalen Wettbewerb um Gelder, ForscherInnen und StudentInnen rüsten. Damit dies möglich wird, sollen die Leitungsorgane insgesamt – PräsidentInnen und DekanInnen – mit mehr Entscheidungsbefugnissen ausgestattet und professionalisiert werden. Das Gegenbild zu einer solch reaktionsschnellen und veränderungsbereiten Universitätsorganisation bildet die Gremienuniversität, in der langwierige Entscheidungsprozesse und die Einigung auf den kleinsten gemeinsamen Nenner den universitären Alltag prägen.

Eine solche Gegenüberstellung von Gremien und Präsidium überschätzt allerdings Akt und Kraft der Entscheidung, ob nun von Gremien oder PräsidentInnen getroffen. Denn nicht allein eine Entscheidung zu treffen, sondern eine andere Akteure in ihrem Handeln *bindende* Entscheidung zu treffen, ist ein mindestens ebenso großes Problem der Organisation Universität. Die Gründe dieses Steuerungsproblems sind schnell einsichtig und geläufig: die hoch fragmentierte Struktur angesichts stark spezialisierter und in wechselseitiger Nichtbeachtung handelnder Disziplinen, die primäre Orientierung der Akteure eben an der Disziplin und damit an universitätsübergreifenden Kontexten, die Leistungserstellung in einem unplanbaren bottom-up-Prozess, die grundgesetzlich geschützte akademische Freiheit, die professorale und zunächst eigeninteressierte Kleinunternehmenscharakter mit Zentrale, Fachbereichen, Instituten und gegebenenfalls Arbeitsgruppen, insgesamt ein hohes Maß an Offenheit, Uneinigkeit oder Ambiguität bezüglich der gemeinsam zu erreichenden Ziele.

Im Folgenden soll eine Praxis der Interaktion expliziert werden, in der sich präsidiales Führen bei – so die Vermutung – gleich welcher formaler Verteilung der Entscheidungsbefugnisse vollzieht: der *autoritative Ratschlag*. Vorgeschlagen wird, darin neben und parallel zu Hierarchie und Verhandlung einen organisationstypischen Modus zur Herstellung kollektiv bindender Entscheidungen zu sehen. Die Analyse des autoritativen Ratschlages ist geeignet, jenes Führungshandeln von PräsidentInnen oder zumindest Teile davon zu spezifizieren, das zumeist mit Begriffen wie Informalität, Gespräch, Vorklärung, Schleichwege abschließend benannt wird (u.a. Beckmeier/Neusel

1992: 67ff.). Im Kern handelt es sich dabei um einen Konsultationsprozess, in dessen Verlauf die drei Aspekte von Konsultation und Ratschlag – sich gemeinsam beratschlagen, jemandem konsultieren, jemandem einen Ratschlag erteilen – ineinander übergehen, ihre eigentümliche Bindungswirkung entfalten und dabei zugleich universitätstypische Steuerungsschwierigkeiten berücksichtigen.

Diese empirische Annäherung an das Führungshandeln eines Universitätspräsidenten beruht auf mehrwöchiger Feldforschung³: Als hospitierender Forscher oder forschender Praktikant, in jedem Fall aber mit allen Freiheitsgraden des Forschers, der nicht zur Mitarbeit im Büro verpflichtet ist, habe ich den Präsidenten drei Wochen lang begleitet, mich mit ihm unterhalten, an Sitzungen und Unterredungen in seinem Zimmer teilgenommen, mich im Vorzimmer des Präsidialbüros aufgehalten, habe ich mich mit den beiden Sekretärinnen, der persönlichen Referentin und anderen Ein- und Ausgehenden unterhalten, häufig habe ich aber auch nur Gespräche, Telefonate und Handgriffe dieser Akteure verfolgt. Dreiviertel der gesamten Zeit war dies mein Feld: das Vorzimmer, das Büro des Präsidenten, das Büro der persönlichen Referentin. Dieses politikethnographische Vorgehen kann den kognitivistischen Bias anderer Präsidentenstudien ein wenig auffangen. Durchweg wird dort eingeräumt, dass Interviews zum Leitungsverständnis mit einem systematischen Bruch zwischen Reflexion des Handelns und tatsächlichem Handeln leben müssen (Beckmeier/Neusel 1992: 9f.; Birnbaum 1989: 127). Die Feldarbeit hingegen öffnet den Blick auch für routinisierte politische Praktiken, die in ihrer Eingelebtheit der reflexiven Vergewisserung der Akteure entgegen können. Zudem tritt der Kontext der Interaktion hinzu und bildet methodisch gesehen eine überraschend harte Kontrollinstanz für die eigenen Interpretationen: man hat zuviel (Inkonsistentes, Zufälliges,

³ Die Feldforschung fand statt im Rahmen des politikwissenschaftlichen DFG-Projektes „Die Mikrostrukturen einer Policy – eine Fallstudie der deutschen Hochschulpolitik“ an der Universität Hamburg (www.mikropolitik.de). Sie bildete Auftakt und Einübung weiterer ethnographischer Arbeit an anderen Orten bundesdeutscher Hochschulpolitik; entsprechend reicht das Forschungsinteresse im Projekt über die Frage der Leitung von Universitäten hinaus.

Irrationales) gesehen, um sich die (konsistente, kausale, rationale) Deutung des Geschehens zu leicht machen zu können.⁴

Der Ratschlag und seine Bindungswirkung

Was tut der Präsident? Er kommt früh, er geht spät, nimmt an Sitzungen teil, häufig leitet er sie – Sitzungen der akademischen Selbstverwaltung, Sitzungen bei sich oder anderenorts, etwa in der Landesbehörde –, er liest Akten, er schreibt Vermerke, er telefoniert, er statet Instituten und Fachbereichen „Hausbesuche“ ab, etwa für ein Grußwort zu einer herausgehobenen Veranstaltung, einer institutionellen Neuerung, aber auch für die Besprechung von Problemen und Entwicklungen eines Fachbereiches.⁵

Verbleiben wir zunächst bei diesem Phänotyp des Präsidenten und reduzieren die Tätigkeiten über ihre Orte hinweg auf einen gemeinsamen Nenner, so teilen sie sich auf in a) das Einholen von Informationen und b) das Erteilen von Ratschlägen. In einem geringem Maße entscheidet der Präsident, lässt er sich ausdrücklich beraten, oder teilt er selbst Informationen mit. Da das Erteilen von Ratschlägen eine solch hervorsteckende Praxis ist, können wir wohl mit einigem Recht hierin eine für den Präsidenten wesentliche Form des Leitens der Universität sehen.

Was beinhaltet ein präsidialer Ratschlag? Wir können ihn uns als Steigerungsform vorstellen. In erster Linie kommuniziert der Präsident damit seine Präferenzen, er lässt die AdressatInnen wissen, was

⁴ Die Dominanz interviewbasierter und/oder stark präskriptiver Leadership-Literatur (vgl. etwa die Arbeiten aus dem Institutional Leadership project (ILP), einführend Birnbaum/Bensimon/Neumann 1989) fordert empirisch detaillierte Fallstudien geradezu heraus. Eine solche und weit ausführlichere als der vorliegende Text stammt von Martin Trow (1999) und untersucht die Umgestaltung der Biologie an der UC Berkeley – der „Fall“ ist hier jedoch ein besonderes Projekt und nicht der Interaktionsprozess selbst, zudem spielt die Rekonstruktion in Interviews eine ebenfalls große Rolle. Trow wendet sich gegen den verbreiteten Steuerungspessimismus und zeigt, dass und unter welchen Bedingungen zielgerichtetes Leadership erfolgreich Reformen umsetzen kann.

⁵ Ähnlich detaillierte Darstellung des Zeitbudgets von PräsidentInnen und der auf einzelne Tätigkeiten, Kontaktformen und Personengruppen entfallenden Anteile wie in Cohen/March (1974) sind mir hinsichtlich deutscher Universitätsleitungen nicht bekannt.

aus seiner Sicht in einem noch recht allgemeinen Sinne wünschenswert ist. Darüber hinaus kann der Ratschlag mit einer Handlungsanleihe verbunden sein, welche schon Mittel zur Erreichung des bevorzugten Zieles angibt. Schließlich kann die Zielerreichung auch mit Aussichten auf Ressourcengewinne verknüpft werden. Dennoch ist damit der präsidiale Ratschlag keine schlichte, unidirektionale Anweisung, und zwar in dreierlei Hinsicht nicht: Erstens sind Informationseinholung und Erteilung von Ratschlägen situativ verbunden, das eine ist im Sinne des Konsultationsprozesses nur die komplementäre Handlung zum anderen – das Erteilen eines Ratschlags einerseits und die Bildung der darin artikulierten Präferenz andererseits fallen oft nahezu in eins, nämlich auf der prekären Basis der soeben eingeholten Information. Zweitens, und auch aus diesem Grund ist der Ratschlag tentativ: wenn die Lage so ist, wie sie sich darstellt – wenn die Diagnose stimmt –, sollte man es mal auf diese Weise versuchen. Dies schließt ein, dass man es mit guten Gründen auch auf anderen Wegen hätte versuchen können. Drittens ist die Belohnung durch Ressourcenzuteilung für den Präsidenten häufig selbst so unkalkulierbar oder schwer durchführbar, dass Führung durch Anreize und Sanktionen hinsichtlich der Ressourcen zwar möglich ist, aber kaum eine gesicherte Befolgung des Ratschlags produzieren kann und nicht den Kern präsidialen Führens bildet.

Wie können wir unter diesen Umständen von einem autoritativen Ratschlag sprechen, wie müssen wir uns die Autoritativität und die Bindungswirkung vorstellen, die hiervon ausgeht? Denn schließlich scheint es doch unter den skizzierten Voraussetzungen jeder und jedem freizustehen, einen erteilten Ratschlag gutzuheißen, ihm möglicherweise zu folgen – oder dies nicht zu tun. Doch diese Alternative ist hier in ganz spezifischer Weise beschränkt, und der Ratschlag entfaltet eine eigentümliche Verbindlichkeit als autoritativer Ratschlag. Autoritativ funktionieren Ratschläge, weil ein stilles Einverständnis zwischen Präsident und ProfessorInnen herrscht, dem Präsidenten genau dadurch Macht zu verleihen, dass man ihn nicht an die Grenzen seiner Machtbefugnisse treibt. Und dies geschieht in der Weise, dass man ihn nicht zu eigenen oder (kontroversen) Gremienentscheidungen zwingt zur Durchsetzung seiner Präferenzen, sondern die präsidialen Präferenzen in den eigenen Präferenzbildungsprozessen bereits berücksichtigt – sofern man sie in Form eines autoritativen Ratschlags

mitgeteilt bekommen hat. Die Macht des Präsidenten – ganz unabhängig von formalen Machtverteilungen – besteht hier also in der Fähigkeit zum Erteilen autoritativer Ratschläge, einer Fähigkeit, die auf nichts weiter beruht als auf der generalisierten Bereitschaft, den Ratschlägen zu folgen. Was sind die Effekte eines solchen Arrangements, das nicht nur, aber vor allem zwischen dem Präsidenten und der Statusgruppe der ProfessorInnen funktioniert?

Der Effekt – erstens – für den Präsidenten ist deutlich: zum einen ein Mehr an Führungsmacht als formal gegeben, zum anderen ein Weniger an Führungsmöglichkeiten: Das Instrument des autoritativen Ratschlags unterliegt spezifischen Mengenbeschränkungen, es nutzt sich ab und ist nicht wie Weisungen (und in geringerem Maße Gremienentscheidungen) prinzipiell beliebig vermehrbar.

Der Effekt – zweitens – für die WissenschaftlerInnen: zum einen stabilisiert der autoritative Ratschlag als Ratschlag die professorale Sicht der individuellen Freiheit, einer akademischen Freiheit, die sich nicht präsidialen oder Gremienbeschlüssen zu beugen habe. Zum anderen verpflichtet die Akzeptanz des autoritativen Ratschlags als autoritativ quasi als Vorleistung den Präsidenten auf einen restriktiven Einsatz seiner autonomen Entscheidungsmacht insgesamt.

Drittens der Effekt für, wenn man so will, die Regierbarkeit der Hochschule insgesamt – und das heißt wiederum: für die Möglichkeit, überhaupt kollektiv verbindliche Entscheidungen produzieren zu können. Er besteht schlicht darin, einen erheblichen Teil der tatsächlich notwendigen Entscheidungen von der akademischen Selbstverwaltung fernzuhalten oder in präjudizierter Form zuzuführen: eine kollaborative Umgehung der akademischen Gremien im Interesse ihres Funktionierens.

Im autoritativen Ratschlag haben wir es demnach mit einer selbsttragenden Konstruktion ohne rechtliche Stützen zu tun. Um so dringender sollten wir der Frage nachgehen, wo der autoritative Ratschlag in den alltäglichen Praktiken des Feldes verankert ist, sich verzweigt und seine Grenzen findet.

Die Praxis des autoritativen Ratschlags

Der autoritative Ratschlag ist in Auftreten und Form zunächst von großer *Unscheinbarkeit*. Er kommt zumeist gänzlich unspektakulär

daher; dass ihm eine Konfliktsituation vorhergeht, ist die Ausnahme. Vielmehr ist er stark antizipativer Art, und leicht wird man von einem Ratschlag überrascht, denn der Ratschlag ist allgegenwärtig und kann in jeder Situation informeller oder formeller Kommunikation zu jeder Zeit platziert werden. Nicht Geübte könne ihn überhören und vergebens sich so die Möglichkeit, sich als Baustein in diese selbsttragende Konstruktion einzufügen.

Sein zentrales Kennzeichen ist die *Schriftlosigkeit*. In der Verwaltung, um den Präsidenten herum, gehen die Akten hin und her, mit-teinrin aber gilt das gesprochene Wort: keine Tagesordnungen, kaum Tischvorlagen, keine flipcharts, der Präsident macht in den Akten für VerwaltungsmitarbeiterInnen Notizen, jedoch keine für sich selbst. Seltenst werden Akten zur Rekonstruktion von Vergangenen herangezogen. Auf den Tisch gelangt, was der Präsident assoziiert und für relevant erachtet oder was andere situativ vorzubringen in der Lage sind. Der autoritative Ratschlag braucht diese höhere Unbestimmtheit, Ausdeutbarkeit der mündlichen Kommunikation, denn schriftliche Ratschläge sind schnell keine Ratschläge mehr, sondern Anweisungen. Insofern ist es nicht zwingend, aber doch konsequent, dass ein Präsident, der mittels autoritativen Ratschlags führt, kein intensiver Bearbeiter von Akten ist, aber auch, dass er nicht mittels E-mail kommuniziert und entschieden das Telefon bevorzugt. Denn ein Telefongespräch ist das prädestinierte Verfahren zur Erteilung eines autoritativen Ratschlags.

Mit der Kultur der Schriftlosigkeit hängt zusammen, dass wir in einer derartigen Organisation und Führung einer Universität eine *Dehnung der Zeit* erleben. Ein nirgendwo fixierter Ratschlag definiert in den seltensten Fällen den Zeitpunkt seiner Umsetzung. Den un-deutlichen Beginn-Signalen einer Maßnahme entsprechen die unklaren Ende-Signale. Ratschläge begründen keine Berichtspflichten, es gibt also kein festgelegtes System, ob überhaupt und wann und wie die Folgen eines autoritativen Ratschlags wiederum dem Präsidenten kommuniziert werden.

Die zeitliche Dehnbarkeit und die fehlenden Berichtspflichten begründen nun eine erste von drei *Abwehrstrategien* im Umgang mit einer besonderen Kategorie von Ratschlägen, nämlich den unerwünschten. Die Abwehr besteht zunächst in der Verschiebung der Ratschlagsbefolgung auf spätere Zeitpunkte. Weil der Ratschlag keine

Anordnung ist, kann diese Reaktion kaum offen sanktioniert werden. Die unbestimmte Verschiebung entspricht aber keiner Ablehnung, und wenn der selbe Ratschlag erneuert werden muss und kann, ist er um so verpflichtender, sofern man sich nicht endgültig außerhalb des ihn tragenden Interaktionsmusters stellen will und auf diese Weise auch nicht mehr in den Genuss eines autoritativen Ratschlags kommen kann.

Noch komfortabler angesichts der Unerwünschtheit von Ratschlägen ist gewiss eine Situation, in welcher der Präsident nicht nur den Zeitpunkt der Ratschlagsbefolgung nicht kennt oder steuern kann, sondern seine Präferenzen mittels eines autoritativen Ratschlags gar nicht kommunizieren konnte. Ein einmal ausgeteilter autoritativer Ratschlag reduziert aufgrund seiner Bindungswirkung die Ungewissheit des Präsidenten über die Handlungen des Adressaten. Die einzige Möglichkeit, sich diese Ungewissheit des Präsidenten vollkommen als eigenes Machtpotenzial zu erhalten, besteht darin – dies ist die zweite Abwehrstrategie –, dem autoritativen Ratschlag grundsätzlich auszuweichen, seine Gelegenheiten zu vereiteln: man muss sich keinen Termin beim Präsidenten holen, man muss zu keinen universitären top-Events gehen, nur dem Telefon ist dauerhaft schwer auszuweichen.

Ein solches Ausweichmanöver ist unmöglich, wenn der Präsidentenkontakt angesichts gewisser Präsenzpfllichten und institutionalisierter Zusammentreffen unvermeidlich wird. Solange der Ratschlag aber noch nicht erteilt ist, bleibt anstatt der reaktiven Verschiebung seiner Umsetzung eine antizipative Strategie: die der angedeuteten Beratungsrenitenz. Denn insbesondere in Situationen der Krise und der Ungewissheit kann es sich als sehr ungeschickt erweisen, sich den autoritativen Ratschlag des Präsidenten ins Haus zu holen. Die Gegenmaßnahme besteht darin, schon im Vorwege durch die vorsichtige Bekundung von Dissens den Präsidenten davon abzuschrecken, die offene Abwehr seines – erahnten – autoritativen Ratschlags zu riskieren; ihm präventiv die Unmöglichkeit eines unerwünschten Ratschlags in dieser besonderen Situation zu signalisieren. Solche Versuche der Abwehr unerwünschter Ratschläge gehen in der Regel mit einem gesteigerten Maß an anderen Autoritätsbekundungen einher. Häufig aber führen auch sie nicht zur völligen Vermeidung, sondern zu einem wechselseitig akzeptierten Moratorium.

Ich habe Überraschung durch und Genuss des autoritativen Ratschlags erwähnt: Sicherlich wird der Ratschlag auch gezielt nachgesucht, konsultiert man in einer Angelegenheit den Präsidenten. Erteilt er im Zuge der *Konsultation* den erhofften Ratschlag, wirkt diese Interaktionsform um so mehr doppelt bindend, hat man doch dem Präsidenten eine Präferenzbildung und deren Artikulation abringen können, die weiter zu verfolgen oder zumindest zu unterstützen nun auch ihm selbst abverlangt ist. Das Risiko bei diesem Einholen von Ratschlägen ist offensichtlich: man kann mit einem zunächst erbetteten und dann aber unerwünschten, weil „falschen“ Ratschlag zur Tür hinaus gehen. Generell ist die Möglichkeit des Einholens und Erteilens von Ratschlägen insofern beschränkt, als die Zeit des Präsidenten endlich und der Kalender voll ist: Der hoch reglementierte und zumindest auf Wochen hinaus ausgebuchte Zugang zum Präsidenten ist damit ein echter Engpass für ein Führen durch Ratschläge – und ein sozial selektiver zudem, da er weitgehend durch den reputierten oder mit Ämtern betrauten Teil der Professorenschaft ausgefüllt wird. Eine leichte Weiterung ergibt sich allein dann, wenn man statt eines Termins beim Präsidenten ihn zu einem Termin im eigenen Institut oder Fachbereich gewinnen konnte.

Eine letzte Kategorie von Ratschlägen, bei denen die Erwünschtheit oder Nicht-Erwünschtheit schwerer zu erkennen ist, sind Ratschläge von außen. Eine solche *Externalisierung* des Ratschlags bietet sich an, wenn präsidiale Präferenzen bei ihrer Befolgung weitreichend und massiv in Besitzstände einzugreifen drohen. Die Grundierung präsidialer Ratschläge mit Gemeinwohl- bzw. Universitätswohlverweisen wird hier rissig. Das Instrument des autoritativen Ratschlags würde absehbar dadurch geschädigt, dass das ihn tragende stille Einverständnis durchbrochen und offen die Befolgung verweigert würde. In diesem Fall empfiehlt es sich, über Bande zu spielen und externe Ratgeber ins Spiel zu bringen. In externen Ratschlägen wird der Bereich präsidialer Führungsaufgaben der Kritik geöffnet, die Gemeinwohlunterstellung wird kritisierbar. Der Widerstand kann so aufgenommen, abgefedert, kanalisiert werden, es wird eine ersatzweise Angriffsfläche geboten – der Präsident wird nicht beschädigt, bevor dann im Detail und der Umsetzung der externen Ratschläge wieder der autoritative Ratschlag des Präsidenten ungefährdet zum Zuge kommen kann. Funktion und Vorteil externer Ratschläge liegt ja dar-

in, dass sie die Selbstwahrnehmung der Beteiligten angreifen und angreifen dürfen, hier sind Ratschläge mitunter Schläge, ein Mittel, das einzusetzen dem Präsidenten im wechselseitigen Spiel des stillen Einverständnisses nicht möglich ist, ohne die andere Seite gegen sich aufzubringen.

Kontexte präsidialen Führens

Können wir den so charakterisierten autoritativen Ratschlag in Beziehung setzen zu anderen Formen präsidialen Führens? Eine gängige Typologisierung, aus der allgemeinen Management-/Leadership-Literatur in die Analyse des ‚academic leadership‘ übernommen, unterscheidet zwischen der bürokratischen, kollegialen, politischen und symbolischen Dimension (Birnbaum 1988, Bensimon 1989: 108ff.). Erstere betont die Zielorientierung und hierarchische Entscheidungsfindung, die zweite die Wertschätzung der ‚human resources‘ aller Beteiligten und partizipative Entscheidungsformen, die dritte Dimension die Pluralität der Interessen und Konflikte einschließlich ausgehandelter und vermittelter Entscheidungen, die vierte die geteilten Interpretationen der gemeinsamen Universitätskultur, ihrer Geschichten, Werte und Rituale und deren orientierenden Charakter. Alle vier werden mehr als handlungsleitende ‚frames‘ und Selbstverständnisse denn als konkrete Handlungsformen dargestellt. Ihre Mischung sei für ein effektives, interaktionistisch orientiertes Führen am erfolgversprechendsten, Orientierung an allein einer Dimension werde der Komplexität der universitären Führungsaufgaben nicht gerecht.

Eine andere Typologie von Universitätsmanagern hat Ada Pellert entworfen, in der „eine Verbindung zwischen dem Verständnis von Management einerseits und dem Verständnis von den Aufgaben von Universität und Wissenschaft andererseits hergestellt wird“ (Pellert 1999: 211ff.). Es werden eher Persönlichkeiten mitsamt der ihnen eigenen Handlungsweisen typologisiert: der traditionelle Rationalist, der problemlösende Betriebswirt, der politikorientierte Modernisierer, der konstruktive Universitätsentwickler, der konservative Idealist. Wenngleich schwer zuzuordnen, so ließe sich der autoritative Ratschlag wohl am ehesten beim konstruktiven Universitätsentwickler finden.

Beiden Typologien lässt sich der autoritative Ratschlag weder einfach als weitere Dimension hinzufügen, noch liegt er systematisch quer dazu, er steht aber auch nicht eigenständig daneben. Mit seiner Hilfe lassen sich weitgehend dieselben Handlungen beschreiben, er beruht jedoch darauf, diese strikter als Interaktionsbeziehung zu interpretieren. Deshalb wäre es auch ein Missverständnis, dieses Führungshandeln vom Begriff der Autorität her verstehen zu wollen: Autorität ist noch zu sehr ein Merkmal von Personen (wenngleich sie von anderen anerkannt werden muss), Autoritativität dagegen ist ein Merkmal der Interaktion selbst. Entsprechendes gilt für Konsultationsprozesse im allgemeineren: In der Literatur werden sie als wesentliches Kennzeichen universitärer Entscheidungsfindung benannt, die der Entscheidung vorausgehen und sie vorbereiten. Hier wird wiederum mit dem autoritativen Ratschlag der Gedanke nahegelegt, die kollektive Verbindlichkeit einer Entscheidung bereits im Konsultationsprozess zu verorten und als sein Merkmal zu begreifen und damit die Trennung von Konsultation und Entscheidung in Frage zu stellen.

Eingangs wurde die Vermutung geäußert, der autoritative Ratschlag sei unabhängig von der formalen Verteilung von Entscheidungsgewalt in einer Universität – ob sie nun eher bei den Gremien oder beim Präsidenten liegt. Man mag dagegen einwenden, dass gestärkte Universitätsleitungen ihre Stärke zum einen darin finden, alleine Entscheidungen treffen zu können, zum anderen aber auch darin, die Nichtbefolgung zu sanktionieren, kollektive Verbindlichkeit also real über Sanktionsandrohungen herzustellen und damit auf die selbsttragende Konstruktion des autoritativen Ratschlags zur Verbindlichkeitsherstellung leichter verzichten zu können. Der autoritative Ratschlag wäre demnach für die Gremienuniversität ein wesentlicher komplementärer Mechanismus, für manageriale Universitätsleitungen jedoch schiene er zukünftig entbehrlich.

Den ersten Teil dieser These bestätigt implizit eine niederländische Studie (Boer 1998): Hierzu wurden Mitglieder von Fakultäts- und Universitätsräten danach befragt, wer grundlegende Fragen beschließen sollte und wer sie tatsächlich beschließt. Dabei wurde eine erhebliche Soll-Ist-Differenz festgestellt: Zwar sollten die wichtigsten Entscheidungen in enger Zusammenarbeit von Kollegialorganen und Exekutive entschieden werden, tatsächlich geschehe dies weitgehend alleine durch die Exekutive. Die Umfrage wurde kurz vor der Einfüh-

rung managerialer Leitungsstrukturen durch ein neues Hochschulgesetz von 1997 durchgeführt, das genau jenes exekutivische Handeln befördern sollte. Die Schlussfolgerung lautete deshalb, dass es sich hier um keine Revolution der Universitäten handele, sondern dass „das neue Gesetz zur Leitungsstruktur nur die Praxis des exekutiven Führungsstils kodifiziert“ (Boer 1998: 81f.).

In unserem Zusammenhang könnte dies nun bedeuten, dass der autoritative Ratschlag bereits der Ausdruck eines exekutiven Führungsstils ist oder er doch zumindest die verbreitete Wahrnehmung, wer in der Universität entscheidet, von den kollegialen Gremien zur präsidentialen Exekutive verschiebt. Wir hätten es demnach mit einem Führungshandeln zu tun, das die Entscheidungsprozesse der Gremienuniversität nicht nur komplementiert, sondern bereits transzendiert hin zu managerialen Universitätsleitungen. Jedoch – dies zum zweiten Teil der These – finden sich auch bei Universitäten mit traditionell starken Exekutiven wie in den Vereinigten Staaten (immer wieder als Vorbild für die Erneuerung der Leitungsstrukturen in Deutschland herangezogen) starke konsultative Elemente:

„Ordinarily, Berkeley, like research universities everywhere, is governed through a process of continuous consultation among all the concerned and competent actors, with the issue of formal power and authority only one, and often not always even a major, element in the outcomes, i.e., in the decisions made and policies pursued“ (Trow 1999: 37f.).

Exekutive Stärke wird hier in Konsultationen eingebettet und damit abgeschwächt.⁶ Diese Praxis verweist auch auf die realen Grenzen von Sanktionierbarkeit in einer Universität, in der egozentrische Individualisten mit über die Universität hinausreichenden Handlungsbezügen agieren.

Beide empirischen Beobachtungen zusammengenommen legen es nahe, das Führen mittels autoritativen Ratschlags nicht einseitig einer formalen Entscheidungsstruktur zuzuschlagen oder gar hinter der allzu leichten Opposition von entscheidungsschwachen Gremien und

⁶ Jedoch beschreibt Trow im selben Zusammenhang auch das Instrument des „receivership“, mit dem die Leitung des Colleges bei erheblichen Defiziten eines Departments eine Art intellektuellen Insolvenzverwalter bestellen kann, um den gewünschten Standard wiederherzustellen. Eine solche Stärke ist deutschen Universitätsleitungen nicht gegeben.

starken PräsidentInnen verschwinden zu lassen, sondern es als ein eigenständiges Element des academic leadership und als Kennzeichen universitärer Entscheidungsprozesse zu begreifen. Deren mikropolitische Dimension erschließt sich vorzugsweise in der detaillierten Analyse des universitären Alltagsgeschehens, wie sie hier unternommen wurde. Der nah-distanzierte Blick einer solchen Mikroanalyse ist eine wesentliche Voraussetzung, um in der laufenden Diskussion zur Veränderung der Leitungsstrukturen sich stärker von der universitären Organisationswirklichkeit leiten zu lassen und die Erfolgsbedingungen neuer, scheinbar ganz gegensätzlicher Modelle realistisch einschätzen zu können.

Literatur

- Beckmeier, Carola/Neusel, Aylá, 1994: Leitungsstrategien und Selbstverständnis von Hochschulpräsidenten und -rektoren. Eine Pilotstudie an zehn ausgewählten Hochschulen. Wissenschaftliches Zentrum für Berufs- und Hochschulforschung der Gesamthochschule Kassel, Werkstattberichte 35, Kassel
- Bensimon, Estela M., 1989: The Meaning of "Good Presidential Leadership": A Frame Analysis, in: *Review of Higher Education*, Jg. 12, H. 2, S. 107-123
- Birnbaum, Robert, 1988: How Colleges Work. The Cybernetics of Academic Organization and Leadership. San Francisco: Jossey-Bass
- Birnbaum, Robert, 1989: The Implicit Leadership Theories of College and University Presidents, in: *Review of Higher Education*, Jg. 12, H. 2, S. 125-136
- Birnbaum, Robert/Bensimon, Estela M./Neumann, Anna, 1989: Leadership in Higher Education: A Multidimensional Approach to Research, in: *Review of Higher Education*, Jg. 12, H. 2, S. 101-105
- Cohen, Michael D./March, James M., 1974: Leadership and Ambiguity. New York: McGraw-Hill
- De Boer, Harry, 1998: Vom partizipatorischen System zum Managerialismus? Internationale Trends in der Leitung von Hochschulen, in: Müller-Böling, Detlef/Fedrowitz, Jutta (Hrsg.), S. 59-83
- Müller-Böling, Detlef/Fedrowitz, Jutta (Hrsg.), 1998: Leitungsstrukturen für autonome Hochschulen. Verantwortung - Rechenschaft - Entscheidungsfähigkeit. Gütersloh: Verlag Bertelsmann Stiftung
- Müller-Böling, Detlef/Zechlin, Lothar (Hrsg.), 1998: Strategieentwicklung an Hochschulen. Konzepte - Prozesse - Akteure. Gütersloh: Verlag Bertelsmann Stiftung
- Nullmeier, Frank, 2000: Moderne Organisationsmodelle und die Zukunft der Hochschulen, in: Hanft, Anke (Hrsg.), Hochschulen managen? Zur Reformierbarkeit der Hochschulen nach Managementprinzipien. Neuwied, Kriftel: Luchterhand, S. 99-118
- Pellert, Ada, 1999: Die Universität als Organisation. Die Kunst, Experten zu managen. Wien u.a.: Böhlau
- Trow, Martin, 1999: Leadership and Academic Reform: Biology at Berkeley. Working Paper Nr. 99-8 des Institute of Governmental Studies, UC Berkeley. <http://atticus.igs.berkeley.edu:8880/publications/workingpapers/99-8.pdf>

Universitäten auf dem Weg zu Public-Profit-Organisationen?

Sigrun Nickel
Hamburg

Der Druck auf die Universitäten, sich leistungsorientierter und wirtschaftlicher als bisher zu verhalten und sich dabei den Interessen und Bedürfnissen der Gesellschaft stärker zu öffnen, zeigt Wirkung.¹ Eine Welle von Modernisierungsprojekten

versucht, das im höchsten Maße eigensinnige System „Universität“ in diese Richtung zu irritieren und zu mobilisieren. Inzwischen gibt es dafür sogar einen Preis vom CHE (Centrum für Hochschulentwicklung), einer Einrichtung der Bertelsmann-Stiftung. Das CHE zeichnet jährlich zwei „best practice-Hochschulen“ aus, eine Universität und eine Fachhochschule.² Auch die VolkswagenStiftung ist aktiv und fördert in ihrem Programm „Leistungsfähigkeit durch Eigenverantwortung“ mit großem finanziellen Aufwand neun Projekte zur Universitätsentwicklung.³

So unterschiedlich die Modernisierungsprojekte in ihrer individuellen Ausgestaltung auch sein mögen, so weisen sie doch eine zentrale Gemeinsamkeit auf: die starke Fokussierung auf das New Public Management (NPM).⁴ In der Praxis beschäftigt sich Universitätsentwicklung in weiten Teilen mit der Implementierung von NPM-Instrumenten. Dazu zählen z.B. Zielvereinbarungssysteme, Kosten-

¹ Bei dem Text handelt es sich um einen überarbeiteten Vortrag, der anlässlich des Workshops „Politikwissenschaftliche Perspektiven der Hochschulpolitik“ im März 2001 an der Universität Hamburg gehalten wurde. Er ist Teil eines Promotionsvorhabens zum Thema „Partizipatives Management von Universitäten“ am IFF in Wien.

² siehe www.che.de

³ siehe www.volkswagen-stiftung.de und www.prouni.uni-hamburg.de

⁴ vgl. Schedler, Kuno./ Proeller, Isabella: New Public Management, Bern 2000

und Leistungsrechnung, kennzahlengestützte Budgetierung sowie Berichtssysteme.

Beim NPM handelt es sich um einen umfassenden Modernisierungsansatz, der Managementinstrumente der profitorientierten Privatwirtschaft mit dem Ziel modifiziert, die Wirtschaftlichkeit und die Wirksamkeit öffentlichen Handelns zu verbessern. Der Einsatz des NPM wird deshalb auch oft mit einer indirekten oder „formellen“ Privatisierung⁵ in Verbindung gebracht, die dazu führt, dass der öffentliche Sektor in seinen Strukturen künftig zunehmend stärker privatwirtschaftlich ausgerichtet sein wird. Dies bewirkt in letzter Konsequenz eine Neupositionierung des öffentlichen Sektors „zwischen Staat und Markt“, so wie es der britische Soziologe Anthony Giddens skizziert hat.⁶

Dieser „dritte Weg“ hat in den zurückliegenden zehn Jahren sowohl zu einer verstärkten Übernahme von privatwirtschaftlichen Verhaltensweisen in öffentlichen Einrichtungen als auch zu einer direkten Privatisierung von öffentlichen Einrichtungen geführt. Parallel dazu erfolgt die Vergabe öffentlicher Mittel zunehmend in Form von Wettbewerbsverfahren, so dass der Staat nicht länger nur als Finanzier sondern eher als Auftraggeber von Leistungen fungiert.⁷ Dazu ein aktuelles Beispiel aus der Arbeitsmarktpolitik: So ist in Hamburg geplant, schwer vermittelbare Arbeitslose künftig „passgenau“ für mögliche Arbeitsplätze zu qualifizieren. Entsprechende Aufträge würden dann von der zuständigen Behörde nicht mehr nur an die staatsnahen Qualifizierungseinrichtungen vergeben, sondern es können sich auch private Personalentwicklungsagenturen darum bewerben.

Angesichts solcher Entwicklungen halten es einige Wissenschaftler/innen nicht mehr für angebracht, von einem Non-Profit-Sektor,

⁵ Heuer, Ernst: Privatwirtschaftliche Wege und Modelle zu einem modernen (anderen?) Staat, in: *Die öffentliche Verwaltung* 3/1995, S. 85-95, und Di Fabio, Udo: Privatisierung und Staatsvorbehalt, in: *Juristen Zeitung* 12/1999, S. 585-636.

⁶ Giddens, Anthony: *The third way. The renewal of social democracy*, Oxford (Polity Press) 1998.

⁷ vgl. Nielandt, Jörg/Brodkorb, Mathias: *Ausbau der Zivildienstgesellschaft. Non-Profit-Organisationen und Dritter Sektor*, Hamburg 2000.

sondern provokativ von einem „Public-Profit-Sektor“ zu sprechen.⁸ Public-Profit-Organisationen wären danach Einrichtungen, die dem Gemeinwohl verpflichtet sind, aber um öffentliche Gelder konkurrieren müssen und Einnahmen erzielen dürfen.

Das NPM hat den öffentlichen Sektor in den zurückliegenden Jahren tiefgreifend verändert und dieses Rad lässt sich kaum zurückdrehen. In den Universitäten erzeugt die Umgestaltung nach NPM-Prinzipien allerdings viele Probleme. Der Grund liegt im spezifischen Charakter von Universitäten, der sich mit dem üblicher Verwaltungs- und Wirtschaftsorganisationen nur schwer vergleichen lässt. So ist es beispielsweise für ein Unternehmen überlebenswichtig, dass es Strategien und Ziele entwickelt, die von allen Mitgliedern der Organisation bestmöglichst umgesetzt werden.

Eine Universität hingegen ist eine Korporation, also ein Zusammenschluss von Individuen, die zwar das Interesse an der Wissenschaft verbindet, die aber ansonsten höchst unterschiedliche und individuelle Ziele verfolgen und nur schwerlich zu gemeinsamen Handlungen zu bewegen sind. Deshalb werden Universitäten auch als „notorisch unterdeterminierte Organisationen“ mit „heterogenen, teilweise sogar konfligierenden Aufgaben und ganz unterschiedlichen Arbeitsweisen“⁹ charakterisiert, welche „dumm“ sind, weil sie es nicht schaffen, „institutionalisierte Regelsysteme und organisationale Karrieremuster zu etablieren, welche aus der Summe konkurrierender Einzelkämpfer, isolierter Individuen und einsamer Forscher vernetzte Gemeinschaften kooperierender Gruppen, Teams und Projekte“¹⁰ machen.

Wie kaum eine andere öffentliche Einrichtung war die Universität als Korporation schon immer relativ autonom und jetzt entlässt der Staat – gemäß der Philosophie des NPM, dessen Grundprinzipien inzwischen auch die meisten deutschen Hochschulgesetze prägen – sei-

⁸ So der österreichische Organisationsforscher Ralph Grossmann (Leiter des IFF – Institut für Organisationsentwicklung und Systemsteuerung, Wien) in einem persönlichen Gespräch im Oktober 2000.

⁹ Müller-Böling, Detlef/Schreiterer, Ulrich: *Hochschulmanagement durch Zielvereinbarungen. Perspektiven eines neuen Steuerungsinstruments*, in: Fedrowitz, Jutta u.a. (Hg.), *Hochschulen und Zielvereinbarungen*, Gütersloh 1999.

¹⁰ Helmut Willeke: *Dumme Universitäten, intelligente Parlamente*. In: IFF-Texte, Band 1, Wien 1997, S. 107-110

ne Hochschulen noch weiter in die Selbstständigkeit oder anders ausgedrückt in die „formelle“ Privatisierung (Heuer/Di Fabio).

Diese wachsende Staatsferne ist ein heikler Punkt, um den herum sich in Deutschland eine heftig geführten Debatte über die „Rechtsform“ von staatlichen Universitäten entsponnen hat. Dabei geht es um die Frage, ob es nicht adäquater sei, Universitäten rechtlich und damit auch finanziell zu verselbstständigen, z.B. in Form von Stiftungen, GmbHs oder AGs und dadurch ihre Eigenverantwortung zu erhöhen. Die Idee entbehrt nicht eines gewissen Charmes: Für Universitäten würde sich die Chance eröffnen, Gelder erwirtschaften und damit die staatlich bedingte Finanzknappheit kompensieren zu können. Im Gegenzug hofft der Staat auf eine gesteigerte Leistungsfähigkeit seiner Wissenschaftseinrichtungen, indem er ihnen die Sicherheit nimmt, als öffentliche Einrichtung unsterblich zu sein.

Nach dem jetzigen Stand der Diskussion ist es jedoch höchst unwahrscheinlich, dass die deutschen Bundesländer ihre Universitäten wirklich privatisieren. Vielmehr setzt der Staat zunächst einmal auf den Konkurrenzdruck durch private Neugründungen, wie zum Beispiel die Bucerius Law School in Hamburg oder die International University in Bremen. Und es werden weitere folgen: Ungefähr 100 Anträge auf Gründung von Privathochschulen sollen bei den diversen Kultusministerien vorliegen.¹¹

Allerdings gibt es in der Bundesrepublik derzeit kaum echte Privathochschulen. Die meisten von ihnen kommen nämlich ohne staatliche Förderung nicht aus. Paradebeispiele dafür sind die Privatuniversität Witten-Herdecke, die am Tropf des nordrhein-westfälischen Haushalts hängt, oder die International University Bremen, deren Anschlag vom Land Bremen großzügig gefördert wird. Bei den meisten Privatuniversitäten handelt es sich zudem um kleine, eher monodisziplinär ausgerichtete Einrichtungen, die wenig Forschung betreiben und für die Ausbildung einer großen Masse von Studierenden nicht geeignet sind. In diesem Sinne sind sie eher Fachhochschulen als Universitäten. Dennoch begrüßt der Staat ihr Entstehen und gewährt ihnen sogar mehr Freiheiten als seinen eigenen Hochschulen, zum Beispiel bei der Bezahlung des Personals.

¹¹ vgl. Über allen Gipfeln ist Ruh, in: *SZ Magazin* vom 14.5.2001

Die staatlichen Universitäten werden demnach vorerst staatlich bleiben, wenn auch formell bzw. indirekt privatisiert durch das NPM. Diese formelle Privatisierung wird vermutlich mittelfristig dazu führen, dass sich Universitäten als „Public Profit Organisationen“ verstehen, also als Wissenschafts- und Bildungsdienstleister, die sowohl um staatliche und private Gelder als auch um Studierende mit anderen, teils privaten Einrichtungen konkurrieren müssen. Absehbar ist auch, dass Universitäten ihre „Produkte“ in den Bereichen Weiterbildung und Technologietransfer in Zukunft stärker als bisher verkaufen müssen, um Einnahmen zu erzielen. Dazu bedarf es rechtlicher Änderungen, wie sie zum Beispiel das Land Niedersachsen plant. Laut Gesetzentwurf soll den niedersächsischen Hochschulen künftig freigestellt werden, sich in eine Stiftung öffentlichen Rechts umzuwandeln.¹² In diesem Fall wäre die Universität zwar weiterhin als Körperschaft des öffentlichen Rechts organisiert, befände sich jedoch nicht mehr in der Trägerschaft des Staates, sondern in der Trägerschaft einer Stiftung öffentlichen Rechts.

Ein solch deutlicher Rückzug des Staates ist ein tiefer Eingriff in die gewohnte Situation und kann natürlich nicht unwiderrprochen bleiben. So warnt der Osnabrücker Rechtswissenschaftler Jörn Ipsen vor der Preisgabe der Selbstverwaltung durch die avisierte Rechtsformänderung: „Das durch den Referentenentwurf konzipierte Stiftungsmodell erfüllt die an den verfassungsrechtlichen Begriff der Selbstverwaltung nach Art. 5 Abs. 3 NV (Niedersächsische Verfassung, S.N.) gestellten Anforderungen nicht nur nicht, sondern hebt die Selbstverwaltung der Hochschulen in wichtigen Bereichen auf.“¹³

Dieser Einwand berührt durchaus eine spannende Frage, denn die Selbstverwaltung ist nicht nur ein Organisationsprinzip, sondern auch Ausdruck der Idee, dem Selbstverständnis einer Universität: Wird durch die Umgestaltung der Universität nach der Philosophie des NPM nicht nur deren Organisation, sondern auch deren Idee verändert? Und wenn ja, ist diese Entwicklung wirklich abzuwehren und zu verurteilen, oder ist sie vielleicht notwendig, um neben der organisa-

¹² Siehe www.nhg.niedersachsen.de/nhg/

¹³ Ipsen, Jörn: Hochschulen als Stiftungen öffentlichen Rechts?, in: *Forschung und Lehre* 11/2000, Seite 580-583.

tionalen auch die kulturelle Krise der Universität zu beheben? Diesen Fragen werde ich im Folgenden nachgehen.

1. Zwischen Institution und Organisation: Die Idee der Universität

In seinem 1946 erschienenen Buch „Die Idee der Universität“ zeichnet Karl Jaspers das Idealbild der Universität als einzigartige Schule, in der „nicht nur unterrichtet werden soll, sondern der Schüler an der Forschung teilnehmen und dadurch zu einer sein Leben bestimmenden wissenschaftlichen Bildung kommt“.¹⁴ Ferner ist die „Universität die Stätte, an der Gesellschaft und Staat das hellste Bewußtsein des Zeitalters sich entfalten lassen“. Die Idee der Universität besitzt einen übernationalen, weltweiten Charakter wie die der Kirche. Die Menschen, die in der Wissenschaft arbeiten, sind getrieben von dem Drang nach „unbedingtem Wissenwollen“. Dieses unbedingte Wissenwollen ist wie ein Glaube, der den Beseelten ganz ergreift und führt. Nach Karl Jaspers braucht Wissenschaft Führung – und zwar eine Führung, die „von innen“ kommen muss, aus jedem einzelnen heraus und nicht von außen. Geht diese innere Führung verloren, verwahrlöst die Wissenschaft. Es versteht sich von selbst, dass Menschen, die aus einer solch hohen intrinsischen Motivation heraus arbeiten und zudem qua definitionem zur Elite einer Gesellschaft zählen, die größtmögliche Freiheit und Raum zur individuellen Entfaltung brauchen. Ironisch vergleicht Jaspers die Fakultätsmitglieder mit den Affen auf den Palmen des heiligen Hains von Benares: „Auf jeder Kokospalme sitzt ein Affe, alle scheinen sehr friedlich und kümmern sich gar nicht umeinander; wenn aber ein Affe auf die Palme eines anderen klettern möchte, so gibt es eine wilde Abwehr durch Werfen von Kokosnüssen“. Sofern es also zu überhaupt zu einer Kommunikation, zu einem Austausch zwischen den Wissenschaftler/innen kommt, erfolgt dieser von einem individuell-willkürlich abgesteckten Territorium zum nächsten, während sich, so Jaspers, „das Gemeinsame taktvoll auf das Formale erstreckt“.

Das Formale ist die Institution. Die Idee der Wissenschaft „gewinnt in der Institution ihren Leib“. In der Organisationswissenschaft heißt es dazu: „Organisationen (...) dienen der Institution, sie sind jene Handlungszusammenfassungen und -aufteilungen, die Menschen

¹⁴ Jaspers, Karl: Die Idee der Universität. Reprint der Ausgabe Berlin 1946, Berlin/Heidelberg/New York 1980.

jeweils veranstalten“.¹⁵ Wissenschaft braucht trotz ihrer geistigen Ausrichtung den Rückhalt durch solch materielle Dinge wie Gebäude, Geräte, Bibliotheken und „die Ordnung einer Verwaltung dieser Dinge“. In diesem Sinne dient die Universitäts-Verwaltung den Wissenschaftler/innen, während laut Jaspers die Staats-Verwaltung darauf achtet, dass die Universität ihre Idee weiterhin richtig verwirklicht und nicht verwahrlost. Da die Träger/innen dieser Idee in erster Linie die Professor/innen sind, kommt dem Staat insbesondere bei Berufungen eine entscheidende Kontrollfunktion zu, denn hier sieht Jaspers eine der größten Schwächen der Universitäten: „Man wehrt sich instinktiv gegen die überragenden Persönlichkeiten“. Denn es besteht eine Neigung dazu, „sich aus persönlichen Interessen und Furcht vor dem Überragenden zu verwandeln in Cliques monopolistischer Sicherung ihrer Durchschnittlichkeit“.

Summa summarum zeichnet Jaspers also das bekannte und heute immer noch prägende Bild der Universität als „Spielwiese“: Die Wissenschaftler/innen dürfen machen, was sie wollen. Die Institution stellt den Rahmen zur Verfügung, und der Staat beaufsichtigt dezent die eigenwilligen Forscher/innen, die in Einsamkeit und Freiheit (so das berühmte Zitat von Schelsky) Wissen schaffen. Im heutigen Sinne könnte man auch von einer „Expertenorganisation“ sprechen.¹⁶ Diese Übertragung ist allerdings problematisch, weil Jaspers von der Universität explizit als „Institution“ spricht und nicht als einer „Organisation“. Diese Differenzierung ist wichtig, weil die Begriffe Institution und Organisation unterschiedliche Konzepte für ein Selbstverständnis von Universitäten widerspiegeln, die einen erheblichen Einfluss auf die Möglichkeiten oder Unmöglichkeiten der Universitätsmodernisierung haben.

Institutionen sind, soziologisch und anthropologisch betrachtet, Ausdruck für ein stabiles Muster strukturierter menschlicher Beziehungsgeflechte sowie für die gelebte Form solcher Muster (z.B. Ehe). Institutionen bieten Menschen die Möglichkeit, sich auf Bewährtes zu verlassen, sich dadurch zu entlasten und sich nicht selten auch dahinter zu verstecken. Dies umso mehr, wenn sich die Institution als auch

¹⁵ Heintel, Peter/Götz, Klaus: Das Verhältnis von Institution und Organisation, München/Mering 2000.

¹⁶ vgl. Pellert, Ada: Die Universität als Organisation, Wien 1999.

als dauerhaft erweist: „Je mehr auf Dauer gestellt (dogmatisiert), umso freier können sich Menschen allen möglichen Aufgaben (auch dem Luxus) zuwenden“.¹⁷ So sieht auch Jaspers die Institution Universität – als Entlastung für die dort tätigen Wissenschaftler/innen mit Ewigkeitscharakter.

Dem gegenüber ist eine Organisation definiert als eine zielgerichtete Ordnung bzw. Regelung von Aufgaben (Funktionen) und Tätigkeiten (Arbeitsvorgängen) in sozialen Gebilden in der Weise, dass alle Elemente der Organisation (Aufgaben, Tätigkeiten) und alle daraus gebildeten Organisationseinheiten (Stellen, Abteilungen, Arbeitsprozesse) in das Gefüge des Sozialgebildes eingegliedert sind. Der formale Ausdruck der geschaffenen Ordnung ist eine bestimmte, zweckmäßige und integrative Struktur. In der Organisation ist festgelegt, was jeder in welcher Situation wie zu tun hat. Damit weisen Organisationen Funktions-, Autoritäts-, Rang- und Kommunikations- und Informationsstrukturen auf. Organisationen sind nicht auf Dauer gestellt.

Betrachtet man die „Universität als zielgerichtete Organisation“, entsteht ein ganz anderes Verständnis von Universität, als wenn man die „Universität als Institution mit Entlastungsfunktion“ versteht. Würde die Universität sich genauso als Organisation wie als Institution begreifen, müssten Wissenschaftler/innen akzeptieren, dass sie ebenso wie die Verwaltung, das technische Personal, die wissenschaftlichen Angestellten und die Nachwuchswissenschaftler bestimmte Aufgaben und Funktionen neben anderen zu erfüllen haben, und zwar im Dienste übergeordneter Ziele der gesamten sozialen Gebildes und nicht nur im Dienste ihrer eigenen Ziele.

Dieses Selbstverständnis ist in der Realität jedoch eher unterentwickelt. Vielmehr meinen Wissenschaftler/innen, dass sich die Organisation ihren individuellen Bedürfnissen und Zielen unterzuordnen hat. Gemeinsame Ziele zu bilden, ist wenig attraktiv und kommt dem Verlust eines wichtigen Privilegs gleich, nämlich der individuellen Autonomie. Dieser stark ausgeprägte Individualismus führt in der Öffentlichkeit zu dem häufig erhobenen Vorwurf, Wissenschaftler/innen berücksichtigten bei ihrem Tun nicht genug die Interessen der Gemeinschaft.

¹⁷ Heintel/Götz: Das Verhältnis von Institution und Organisation, 2000.

Folgt man der Theorie des Kommunitaristen Amitai Etzioni,¹⁸ so ist dieser Verdacht nicht unbegründet. Etzioni beschreibt das soziale Phänomen der inversiven Symbiose. Danach können zwei grundlegende Formationen – z.B. Autonomie und Ordnung – eine sich gegenseitig befruchtende Symbiose eingehen, wenn sie im Gleichgewicht bleiben. Sobald aber eines der beiden Elemente über einen bestimmten Punkt hinauswächst, beginnt es das andere Element zu mindern. Nehmen wir die Anarchie: Diese entsteht, wenn ein exzessiver Individualismus die Ordnung zurückdrängt. In diesem Sinne werden Universitäten organisationswissenschaftlich auch als „organisierte Anarchien“ bezeichnet.¹⁹

Wenig vereinbar mit dem augenblicklichen Selbstverständnis der Wissenschaftler/innen ist es auch anzuerkennen, dass sich die Wissenschaft und ihre Organisation gegenseitig bedingen. Andernfalls müsste die Wissenschaft denjenigen einen höheren Stellenwert einräumen, die für das Funktionieren der Organisation sorgen – der Verwaltung. Konkret hieße das: Wissenschaftler/innen und Verwaltung müssten Seite an Seite ihre Arbeitskraft in den Dienst der Organisation stellen, damit diese ihr Ziel bestmöglichst erreichen kann. Verwaltung wäre dann nicht mehr wie bei Karl Jaspers die „Pflege der geistig schaffenden Menschen wie kostbare Pflanzen“, sondern das Management von Expert/inn/en.

Von einer gleichberechtigten Arbeitsteilung zwischen Management und Expert/inn/en ist die Universität im Jahre 2001 allerdings noch weit entfernt. Im Wesentlichen ist die Universität noch genau so, wie Karl Jaspers sie beschrieben hat. Die Universität begreift sich im Grunde kaum als Organisation, sondern eher wie Niklas Luhmann sie in seinem Aufsatz aus dem Jahr 1992 beschreibt, nämlich als „organisierte Institution“,²⁰ oder wie Karl E. Weick sie bezeichnet: als „lose gekoppeltes System“.²¹

¹⁸ Etzioni, Amitai: Die Verantwortungsgesellschaft. Individualismus und Moral in der heutigen Demokratie, Darmstadt 1997.

¹⁹ Cohen, M.D./March, J/Olsen, J.: A Garbage Can Model of Organizational Choice, in: *Administrative Quarterly* 1/1972, S.1-25.

²⁰ Luhmann, Niklas: Die Universität als Milieu, hrsg. von André Kieserling, Bielefeld 1992.

²¹ Weick, Karl.E: Educational organizations as loosely coupled systems, in: *Administrative Science Quarterly* 21/1976

Für die Praxis der Universitätsentwicklung stellt dieses mangelnde Selbstverständnis der Universität als Organisation eines der Haupthindernisse dar. Hochschulmodernisierer/innen müssen diese Organisation entwickeln, die – wie es die Wiener Hochschulforscherin Ada Pellert formuliert – sich selber nicht primär als Organisation, sondern als Institution versteht und deshalb für Organisationsentwicklung wenig ansprechbar ist. Versucht man dennoch, einen Organisationsentwicklungsprozess an einer Universität durchzuführen, kann es zunächst nur darum gehen, erst einmal eine erkennbare Organisation herauszubilden. Doch welche Organisationsform ist die richtige? Darüber wird in Universitäten leider zu wenig diskutiert. Aktive Willenbildungsprozesse dazu laufen eher schleppend und meist nur unter geringer Beteiligung von Universitätsangehörigen. Statt dessen wird lieber auf äußeren, d.h. vorrangig politischen Druck reagiert, was dazu führt, dass über die bestehenden Strukturen system- und kulturfremde Muster und Instrumente darüber gelegt werden. So zum Beispiel das New Public Management.

2. Organisation und Rechtsform

2.1. Die Rolle des New Public Management

Die Universität in ihrer jetzigen Form steht in einem rechtlichen Spannungsverhältnis. Einerseits ist sie seit dem Mittelalter eine Korporation, das heißt ein Zusammenschluss von Individuen, die sich weitgehend selbst verwalten und relative Unabhängigkeit genießen. Zugleich ist sie eine Körperschaft des öffentlichen Rechts und damit dem Staat unterstellt. Nicht selten kollidiert das Prinzip der Autonomie mit dem Prinzip der staatlichen Aufsicht. Sofern sich eine Universität als „Institution mit Entlastungsfunktion“ begreift, scheint die Korporation, die Körperschaft, die richtige Rechtsform zu sein. Die Frage ist, ob diese Rechtsform noch passt, wenn sich die Universität stärker als bisher als Organisation versteht.

Um dieser Frage nachzugehen, möchte ich zunächst auf die Rolle des New Public Management eingehen. Wie bereits eingangs geschildert, führen derzeit die meisten Universitäten Instrumente des NPM ein, wie zum Beispiel Budgetierung, Zielvereinbarungen oder leis-

tungsorientierte Mittelzuweisung. In der Schweiz ist das NPM unter dem Begriff New University Management (NUM) auf die Universitäten übertragen worden.²²

Beim New Public Management (NPM) handelt es sich um einen umfassenden Modernisierungsansatz, der die Wirksamkeit und die Wirtschaftlichkeit des öffentlichen Sektors zum Wohl der Gesellschaft verbessern soll. Dies geschieht vor dem Hintergrund des Konzepts der „Zivilgesellschaft“, das heißt die Eigeninitiative sowohl der Bürger/innen als auch der öffentlichen Einrichtungen soll gestärkt werden, während sich der Staat mehr darauf konzentriert, geeignete Rahmenbedingungen für die selbstorganisierten Aktivitäten zur Verfügung zu stellen. Im Universitäts-Bereich findet dieses Konzept seinen Ausdruck z.B. in der Erhöhung der Autonomie. Politik und Gesellschaft gewähren diesen Zuwachs an Selbstständigkeit jedoch nicht bedingungslos, sondern verknüpfen ihn mit der Forderung nach mehr Leitungstransparenz und einer stärkeren Ausrichtung am gesellschaftlichen Nutzen. Genau dazu dienen u.a. die NPM-Instrumente.

NPM-Instrumente sind – wie bereits geschildert – Managementinstrumente, die sich für zielgerichtet arbeitende Organisationen eignen. Das bedeutet im Umkehrschluss, ihre Anwendung kann nur gelingen, wenn sie in einer Einrichtung eingesetzt werden, die wie eine Organisation funktioniert und auch ein dementsprechendes Selbstverständnis hat. Dies ist aber – wie im zurückliegenden Kapitel gezeigt wurde – in Universitäten nicht der Fall. Die Instrumente treffen nicht auf eine Management-Struktur, wie es eigentlich erforderlich wäre, sondern auf eine Selbstverwaltungsstruktur.

Die Folge ist, dass Wissenschaftler/innen im Rahmen der Selbstverwaltung immer häufiger genötigt sind, sich mit Managementaufgaben zu beschäftigen. Dabei haben sie wenig Lust, sich selbst zu managen, weil ihre eigentliche Berufung die Forschung ist, von der auch ihre Reputation wesentlich abhängt. Nach wie vor ist zum Beispiel das Amt des Dekans/der Dekanin nicht sehr beliebt. Ein Ausweg aus der unbequemen Situation wäre, sich managen zu lassen und zwar durch die Verwaltung, das aber würde ein neues Rollen-

²² Kopp, Daniel: New University Management. WWZ-Forschungsbericht 1/98, Basel 1998.

verständnis von Wissenschaft und Verwaltung erfordern. Die beiden Prinzipien Wirtschaftlichkeit und Wissenschaftlichkeit, die sich jetzt noch feindlich gegenüber stehen, müssten sich aussöhnen. Dieser Meinung ist auch Jürgen Heß, Generalsekretär der Hochschulrektorenkonferenz (HRK). Die Trennung von akademischer und rechtlich-wirtschaftlicher Sphäre an Universitäten sei eine „reine Fiktion“ und eine „Fehlentwicklung“ und gehöre deshalb abgeschafft, so der langjährige Kanzler der Universität Freiburg.²³

Wenn es also in Universitäten durch die Einführung des NPM einerseits verstärkt zur Ausprägung privatwirtschaftlicher Verhaltensweisen kommt und andererseits die Autonomie, d.h. also die Staatsferne, erhöht wird, warum dann nicht Nägel mit Köpfen machen und die Universitäten rechtlich verselbständigen, so wie es zum Beispiel gerade Österreich mit seinen Universitäten macht?²⁴ Ist es von den Universitäten richtig zu glauben, dass sie bei größtmöglicher Staatsferne trotzdem weiterhin an der finanziellen Nabelschnur der Gesellschaft hängen dürfen?

2.1. Rechtsformänderung – ein Beitrag zur Universitätsentwicklung?

Wer Universitäten als zielgerichtete Organisationen entwickeln will, steht in der Regel vor dem Problem, dass dieses Engagement auf auszehrende defensive Routinen und Widerstände trifft. Immer wieder schafft es die über Jahrhunderte gewachsene Institution „Universität“ zu oszillieren, d.h. Veränderungen zu neutralisieren und damit die alte Systemlogik wieder herzustellen. Dieser Mechanismus entfaltet bisweilen so starke Kräfte, dass in der Öffentlichkeit Zweifel aufkommen, ob Universitäten überhaupt reformierbar sind.

Die Frage ist deshalb, ob die beabsichtigte Systemveränderung effektiviert und beschleunigt werden kann. Und hier kommt die Rechtsform ins Spiel. Es gibt Stimmen, die meinen, Übernahmen privatwirtschaftlicher Verhaltensweisen durch das NPM reichten allein nicht aus, seien zu schwach, um eine nachhaltige Modernisierung zu bewirken. Universitäten müssten stärker als bisher einer marktwirtschaftlichen Wettbewerbssituation ausgesetzt werden. Der Zwang, die

²³ Heß, Jürgen in: *hochschule innovativ* 5/2000.

²⁴ www.bmbwk.gv.at und www.weltklasse.uni.at

wirtschaftliche Überlebensfähigkeit eigenverantwortlich zu sichern, würde den Drang zu gemeinschaftlichem Handeln steigern, den exzessiven Individualismus der Wissenschaftler/innen Grenzen setzen und in der Folge die innere Funktionsfähigkeit der Gesamtorganisation stärken. Zudem bestünde Grund zu der Annahme, dass die Beweglichkeit und die Innovationskraft durch die Wettbewerbsorientierung erhöht würden.

Der Weg zu mehr Beweglichkeit und Innovationskraft führt in dieser Logik über die Privatisierung. Es muss nicht gleich eine echte, direkte Privatisierung sein, sondern es gibt inzwischen genügend Möglichkeiten, Universitäten im öffentlich-rechtlichen Rahmen mehr privatwirtschaftlich zu organisieren. Die Markt- und Wettbewerbsorientierung wäre dadurch erheblich abgeschwächt, aber die Vorteile der privatrechtlichen Organisation blieben erhalten. Erhoffte positive Effekte sind: Entfesselung vom staatlichen Dienst-, Vergütungs- und Besoldungsrecht und vom Haushaltsrecht, welche beide als zu starr und als inadäquat empfunden werden, mehr Unabhängigkeit von politischen Vorgaben und die bessere Nutzung von steuerlichen Vorteilen und Subventionen.

Im Falle einer indirekten Privatisierung würde die Universität also dem sogenannten Dritten Sektor angehören, dem Sektor zwischen Staat und Markt, dem Non-Profit-Bereich bzw. dem Public-Profit-Bereich. Die Universität wäre dann nicht mehr mittelbare Staatsverwaltung, sondern eine unabhängige Organisation, die zur Maximierung des Gemeinnutzens eine in gewissen Maßen wirtschaftliche Tätigkeit ausübt. Eine solche Universität passt sehr gut in das Konzept einer modernen Zivilgesellschaft. Zumindest organisatorisch.

3. Die Universität als Genossenschaft?

In anderen europäischen Ländern, wie z.B. den Niederlanden und Großbritannien, haben Universitäten schon große Schritte hin zur Wandlung in Public-Profit-Organisationen gemacht. In jüngster Zeit hat sich auch Österreich sehr weit in das Feld der indirekten Privatisierung bewegt. Nach den augenblicklichen Plänen der ÖVP-FPÖ-Regierung werden die Universitäten dort zwar öffentlich-rechtliche Einrichtungen bleiben, doch erhalten sie die „Vollrechtsfähigkeit“, d.h.

finanziell und personell werden sie eigenständig. Eine entsprechende Gesetzesänderung wird vermutlich noch in diesem Jahr umgesetzt.

In Vorbereitung der Vollrechtsfähigkeit hatte die österreichische Regierung eine Reihe von Gutachten zur Prüfung unterschiedlicher Reformen in Auftrag gegeben.²⁵ Eines davon stammt von den Rechtswissenschaftlern Günter H. Roth und Hanns Fitz.²⁶ Das Gutachten der beiden Innsbrucker ist deshalb erwähnenswert, weil es zu dem Ergebnis kommt, dass – sofern man überhaupt eine wirtschaftliche Organisationsform für Universitäten in Betracht zieht – sich die Genossenschaft am besten eignen würde. Der Grund: Anders als bei der GmbH, der AG, der Co. KG, dem Verein oder aber auch der Stiftung lasse sich die Selbstverwaltungsstruktur und damit auch der Korporationsgedanke am besten realisieren.

In einer genossenschaftlich organisierten Universität wären alle Mitarbeiter/innen und alle Studierenden Genossenschaftler/innen und müssten als solche eine – wenn auch geringe – Kapitaleinlage übernehmen. Studierende könnten die Kapitaleinlage anstelle von Studiengebühren entrichten und ihren Anteil auch als Alumni behalten und damit die Hochschule weiter fördern. Die Genossenschaft hätte einen klaren Förderungsauftrag, nämlich der Förderung des Gemeinwohls sowie dem Erwerb ihrer Mitglieder zu dienen, wobei sie natürlich Gewinne erzielen darf. Die Mitgliederzahl der Genossenschaft ist offen. Die Mitglieder der Genossenschaft bilden die Generalversammlung. Ihre Rechte – also z.B. die Bestellung des Vorstands, Fassung von Grundlagenbeschlüssen – könnten sie an eine von ihnen gewählte Delegiertenversammlung oder einen Senat weitergeben. Die Mitglieder des Vorstands können auch von außen kommen, sofern sie bereit sind, Mitglieder der Genossenschaft zu werden. Der Vorstand hat zwar eine hohe Rückkoppelungsverpflichtung nach innen, besitzt aber dessen ungeachtet das Vertretungsmonopol nach außen.

Dieser einigermaßen originelle Vorschlag hat in Österreich keine Beachtung gefunden.

²⁵ Titscher, Stefan et al. (Hrsg.): Universitäten im Wettbewerb. Zur Neustrukturierung österreichischer Universitäten, München 2000.

²⁶ Roth, G.H./Fritz, H.: Organisationsformen des Privatrechts für Universitäten, in: ebd., S. 182-212, hier vor allem 193-197.

4. Schlussfolgerung

Die Universität befindet sich in einer ernsthaften Krise, die sie produktiv nutzen sollte, um sich zu überdenken und zu erneuern. Das betrifft nicht nur ihre Organisation, sondern ihre Idee, ihre Identität. Die Universität muss sich fragen, wer sie ist und was ihr Beitrag zu der Gesellschaft ist, die sie braucht und die sie deshalb bezahlt. Das bedeutet nicht, dass Wissenschaft sich einem platten Nützlichkeitsdenken ausliefert. Die Universität ist gefordert, zu reflektieren, welche Reformen notwendig sind – auch bei sich selbst. Das hieße sich an einem Experiment zu beteiligen, das „alte Grenzziehungen aufhebt und an die Stelle der Exklusion Inklusion, Aktivierung, neue Identitäten, Verantwortlichkeiten, Macht- und Aufgabenteilung setzt“.²⁷ Dieses Experiment mit Namen „Zivilgesellschaft“ ist allerdings eine zarte Pflanze, welche ständig von der ökonomischen Logik zerdrückt zu werden droht. Oft genug entsteht der Eindruck, das ein erstarkendes Engagement von Bürgerinnen und deren wachsende Emanzipation von staatlicher Fürsorge, letztlich doch wieder nur der Kostensenkung dient und das hohe Ziel, die Steigerung des Gemeinwohls, verfehlt. So beschreibt der Soziologe Ulrich Beck die Gefahr der Zivilgesellschaft als „die größte denkbare Rationalisierungsmaßnahme im öffentlichen Dienst“, die im Hochschulbereich zu einer „völlig wissenschaftsfremden, bürokratischen McDonaldisierung“ führt.²⁸ Gemeint ist damit u.a. die Umstrukturierung der Wissenschaft in eine vorrangig leistungsorientierte und weniger kreativitätsfördernde Sphäre, wie es möglicherweise durch das NPM geschieht. Für den Bereich der Universität heißt das, das es nicht genügt, die Organisation zu verändern ohne ihre Idee zu erneuern. Mit seinem Weit- und Scharfblick sah das auch schon Karl Jaspers 1946 so: „Entweder gelingt die Erhaltung der deutschen Universität durch Wiedergeburt der Idee im Entschluss zur

²⁷ Beck, Ulrich: Zivilgesellschaft light?, in: *Süddeutsche Zeitung* vom 23./24. Juni 2001

²⁸ ebd.

Verwirklichung einer neuen Organisationsgestalt oder sie findet ihr Ende im Funktionalismus riesiger Schul- und Ausbildungsstätten für wissenschaftlich-technische Fachkräfte“.

Juniorprofs

Junioren-ProfessorInnen oder verjüngte Professorenschaft?

Peer Pasternack
Wittenberg/Leipzig

Der Weg zur Professur ist ein merkwürdiger Karriereweg. Einerseits zielt er auf einen Beruf mit anspruchsvollster Rollenkomplexität. Andererseits gilt er als berufliche Sackgasse für den Fall, dass das Ziel verfehlt wird.

Professoren und Professorinnen sollen

vieles zugleich sein: gut in der Forschung wie in der Lehre, begeistert in der Selbstverwaltung, erfolgreich im Netzwerkmanagement und bei der Drittmittelinwerbung, hinreichend finftenreich gegenüber der Hochschulverwaltung, gelassen und kompetent in partnerschaftlicher Mitarbeiterführung, dazu souveräne Instrumentalisten auf allen neuen Medien, kognitive Innovateure wie auch unablässige Erzeuger öffentlicher Resonanz und nimmermüde Übersetzer wissenschaftlicher Fragestellungen auf gesellschaftliche Relevanzbedürfnisse hin.

Dass in einer Sackgasse landet oder landen soll, wer sich zirka zwanzig Jahre auf eine derart rollenkomplexe Tätigkeit vorbereitet hat, ist nicht spontan plausibel – insbesondere nicht im Lichte der heutigen berufsweltlichen Anforderungen und der entsprechenden Debatten über die nötigen individuellen Qualifikationsprofile: Deren Elemente sind kritisches Denken, innovative Neugier, vernetztes und Mehrebenenendenken, Methodenkompetenz und methodische Reflexion, Polyzentrismus, Befähigung zur gesellschaftlichen Kontextualisierung und Handlungsfolgenabschätzung, Risikobereitschaft und Innovationsneigung, Fremdsprachigkeit und individuelle Zeitmanagement-Fertigkeiten, Mobilität, lebenslanges Lernen, Fähigkeit zum Berufswechsel, Kommunikationsfähigkeit, Teamfähigkeit, Konfliktmanagementkompetenz, Multitasking, Zielorientiertheit, Entscheidungs-

stärke und Stresstabilität – mithin Elemente, die der Professoren*rolle* sämtlich nicht fremd sind.

Als Erklärungen dafür, dass der Weg zur Professur ein Karriereweg ist, der einerseits auf einen Beruf mit anspruchsvollster Rollenkomplexität zielt, andererseits als berufliche Sackgasse für den Fall gilt, dass das Ziel verfehlt wird, bieten sich alternativ zwei Thesen an: Entweder bereitet der Karriereweg gar nicht auf die Rollenkomplexität vor, deren Beherrschung von den in der Regel mindestens 40jährigen Erstberufenen dann vom ersten Tage an erwartet wird. Oder die komplexen Fähigkeiten und Fertigkeiten, die auf dem Weg zur Professur erworben werden, liegen vollständig *neben* den außerhalb des Hochschulbetriebs erforderlichen Fähigkeiten und Fertigkeiten.

Augenblicklich ist die hierüber nötige Debatte weitgehend überformt durch Argumentationen, die mit beträchtlicher Vordergründigkeit interessengeleitet sind. Anlass dafür ist die Einführung der Juniorprofessur als ein hochschulreformerisches Großprojekt, das die traditionelle Professorabilitätsproduktion (in Deutschland) grundsätzlich in Frage stellt. Das Projekt zielt darauf, das Berufungsalter zu senken, jüngeren WissenschaftlerInnen frühzeitiger als bisher zu wissenschaftlicher Selbständigkeit zu verhelfen und mittelfristig die Habilitation abzuschaffen. Promovierte forschungserfahrene junge WissenschaftlerInnen sollen auf eine befristete Professur berufen werden, zunächst für drei Jahre mit einer Verlängerungsoption für weitere drei Jahre, worüber eine Zwischenevaluation entscheiden wird. Dort sollen sie in Forschung, Lehre und Wissenschaftsmanagement die für den Hochschullehrerberuf nötigen Fähigkeiten und Fertigkeiten erwerben, ohne zusätzlich das bisherige Habilitationsverfahren durchlaufen zu müssen.

Um den sachlich gebotenen Anschluss an das oben entwickelte Problem von Rollenkomplexität einerseits und beruflichen Sackgasenrisikos andererseits zu finden, wird hier indes eines zu prüfen sein: Lässt die Juniorprofessur im allgemeinen und ihre aktuell projektierte Ausgestaltung im besonderen erwarten, dass einerseits die Beherrschung der Rollenkomplexität des Professorenberufs erworben wird, andererseits die etwaige – und in dem Modell auch systematisch angelegte – Scheiternserfahrung umgemünzt werden kann in professionellen Erfolg auf einem anderen Feld?

Erst wenn beides bejaht werden kann, ist eine zentrale Erwartung realistisch: dass die Juniorprofessur zum Bestandteil individueller Karrierestrategien nicht allein der vollständig intrinsisch motivierten, also zu jedem Opfer incl. des existentiellen Scheiternsrisikos bereiten AnwärtlerInnen wird, sondern dass sie vielmehr ebenso zum Bestandteil individueller Karrierestrategien solcher KandidatInnen avanciert, die auch unter Zugrundelegung individueller Nutzenskalküle entscheiden. Denn sofern die Juniorprofessur ein Instrument zur Steigerung der Leistungsfähigkeit der Hochschulen sein soll, wird sie beide Gruppen ansprechen müssen.

Ebenso aber wird die Juniorprofessur um ihres Erfolges willen eine akademische Kulturrevolution benötigen, deren Katalysator sie zugleich sein soll. Was da zu verändern ist, wird man sich immer wieder vergegenwärtigen müssen, denn die Größe der Aufgabe wird nicht dadurch geringer, dass man sie sich kleiner denkt.

Wenn heute ein deutscher Professor einen anderen Professor anspricht, sagt er „Herr Kollege“, gegebenenfalls „Frau Kollegin“. Darauf muss die Gelehrte, die womöglich klüger, aber ohne Professorintitell ist, verzichten. Sie ist nur, zum Beispiel, „Frau Dr. Müller“. Solche Feinheiten sollten nicht unterschätzt werden. Darin drückt sich eine Menge aus: ob jemand Forschungsanträge stellen kann oder zu Gutachten gebeten wird, ob er oder sie an der Verteilung von Institutsressourcen hin zu bestimmten Forschungsgegenständen (und von anderen Gegenständen weg) mitwirkt, ob man in Berufungskommissionen sitzen darf, Doktorandenstellen zu vergeben hat oder auch ob man auf subtile Art MitarbeiterInnen nötigen kann, sich an unsauberen, weil unter Zeitdruck durchgeführten Experimenten zu beteiligen, bei denen am Ende dann die Daten hingebogen werden, damit der Auftraggeber nichts merkt.

Die freie Entfaltung des Professors geschieht auf Kosten der NichtprofessorInnen. Während dieser biographisch seine Produktivitätsspitze meist überschritten hat (wenn auch manches durch Erfahrung wettmacht), sind jene meist in ihrer kreativsten Lebensphase. Manche Professoren sind nett, aufgeschlossen und großzügig, dann ist das Hierarchiegefälle kein Problem. Andere sind es nicht, dann kann sich die Abhängigkeit desaströs auswirken.

Um hier zu einer Lösung zu kommen, gäbe es einen einfachen Weg: die Abschaffung des Professoriats. Etwas Besonderes ist dieses

ohnehin nicht mehr. Seit der Hochschulexpansion in den 70er Jahren und seitdem es Fachhochschulen gibt, hat sich das Professoriat zur Massenbewegung entwickelt. 39.000 Profs gibt es in Deutschland heute. Dennoch hat der Titel nach wie vor ein außergewöhnliches Sozialprestige. Jenseits der Hochschulmauern hält sich hartnäckig der Glaube, ein Professor sei zwingend überdurchschnittlich klug und begütert. In den Hochschulen weiß man es natürlich besser. Dennoch ist der Titel und die Institution der Professur sakrosankt. Was also tun?

Wenn sich etwas nicht abschaffen lässt, dann könnte es zumindest durch Inflationierung unwichtiger gemacht werden. Zugespitzt gesagt: Man sollte also am besten alle oder, wenn das nicht geht, möglichst viele zu ProfessorInnen ernennen. Das kehrt auf Dauer die Hierarchiepyramide um, bis diese die Balance verliert, auf die Seite fällt und Oben und Unten gründlich durcheinander wirbelt. Die Juniorprofessur, in der Tat, könnte ein Schritt dahin sein: statt bis Mitte 40 als „Nachwuchswissenschaftler“ zu gelten und allseits flexibel zwischen Forschungsprojekten und Arbeitsamt hin und her zu turnen, demnächst also mit Anfang 30 so selbständig, wie es ProgrammierInnen und NetzdesignerInnen schon mit Anfang 20 sind. Die Juniorprofessur könnte dazu beitragen, die traditionelle akademische Machtmechanik außer Kraft zu setzen. Eine Juniorprofessorin, anders als die Assistentin, kann der altgediente Ordinarius nicht zum Kopieren schicken, sondern hat sie an Promotionsverfahren zu beteiligen.

Die so erzeugte Selbständigkeit hat auch einen Nötigungseffekt. Wer sich selbst kümmern muss, weiß anschließend, wie es geht. Wer sich frühzeitig selbst kümmern muss, wird mit manchen Anforderungen nicht erst in einem Alter konfrontiert, in dem er oder sie sich kaum noch ändert – Stichwort Rollenkomplexität, siehe oben.

Ein paar Voraussetzungen müssen dafür freilich gegeben sein. Wenn diese fehlen, dann werden sich kaum allzu viele finden, die nicht nur ProfessorIn werden wollen, sondern auch noch einige der vielfältigen Anforderungen auf die Reihe kriegen. In den 70er Jahren gab es schon einmal etwas ähnliches wie die Juniorprofessur, die Assistenzprofessur. Akzeptanz hatte die seinerzeit nicht gefunden. Sie wurde folglich wieder abgeschafft. Nun muss man Fehler nicht noch einmal machen, sondern kann sie auch produktiv auswerten. Eine Reform in den Sand zu setzen, wird nicht dadurch vermieden, dass sie gut gemeint ist – sondern weil das gute Ziel mit angemessenen In-

strumenten verfolgt wird und weil die Rahmenbedingungen darauf abgestimmt sind.

Die Hochschulrektorenkonferenz (HRK) hat unlängst der Dienstrechtsreform, in der die Juniorprofessur tragendes Element ist, überraschend ihre Unterstützung entzogen. Die Begründungen sind auch dann nicht abwegig, wenn man sich fragt, ob die Gründe tatsächlich erst unmittelbar vor der Abstimmung im Bundestag (am 8.11.2001) zu erkennen waren: Die strikte Kostenneutralität – von der Bundesbildungsministerin gefordert und von der Finanzministerkonferenz betont – mache, so die HRK, die an sich begrüßenswerten Ziele der Reform unerreichbar. Insbesondere den Fachhochschulen und den ostdeutschen Hochschulen fehlten die Finanzmittel für leistungs- und arbeitsmarktbezogene Zulagen. Auch seien die Hochschulen benachteiligt, die nur wenige altershalber freierwerdende Professuren (mit den damit verfügbar werdenden bisherigen Alterszuschlägen) haben. Schließlich müsse auf die Definition der Juniorprofessur als Regelberufungsvoraussetzung verzichtet werden.

Letzteres erscheint angemessen, wenn damit keine implizite Naturschutzklausel für die Habilitation intendiert ist, sondern die anderen Zugangswege zur Professur gleichberechtigt werden sollen. Immerhin qualifiziert sich auch heute nur eine Minderheit des Hochschullehrernachwuchses auf regulären Stellen. Die Mehrheit nutzt – weniger aus Neigung, sondern auf Grund des Mangels an Etatstellen – Projektfinanzierungen, um die Habilitation vorzubereiten. Der Zugang zur Professur über Projekte – wie auch über außerwissenschaftliche Beschäftigungen – muss neben der Juniorprofessur ebenso möglich sein, wie die Habilitation so unattraktiv gemacht werden muss, dass sie keine Chance hat, das Anliegen der Laufbahnreform zu unterlaufen. Bleibt die Habilitation jedoch als eine Normalvariante des Zugangs zur Professur erhalten, dann wird sie in Besetzungsverfahren weiterhin bevorzugt werden. Denn es sind habilitierte Professoren, die diese Verfahren dominieren.

Ersatzweise ließe sich zweierlei tun. Entweder wird die Habilitation in den Landeshochschulgesetzen gar nicht mehr erwähnt (außer für eine zehnjährige Übergangsfrist, wie sie geplant ist, um die gegenwärtige Habilitiertengeneration nicht zu benachteiligen). Oder von den Habilitierten wird verlangt, nicht nur einen Forschungsnachweis zu erbringen, sondern gleichrangig noch zwei weitere Nachweise: ei-

nen für Lehrbefähigung (da reicht die bisherige Probevorlesung nicht aus) und einen für Managementfertigkeiten (erfolgreiche Projektorganisation zum Beispiel). Wem das zu viel der Anforderungen ist, kann sich ja auf eine Juniorprofessur bewerben. Und wer allein für gutes Netzwerkmanagement talentiert oder nur ein sehr guter Forscher ist, ist gewiss ehrenwert, aber unzureichend qualifiziert. Er oder sie sollte einen Platz im Hochschulmanagement oder an einem Max-Planck-Institut finden.

Schließlich wird ein wenig Anstrengung des Nachdenkens noch in die Phase nach der Juniorprofessur zu investieren sein: Wie geschieht der geregelte Übergang aus der Junior- in die „Senior“-professur? Den Fakultäten und Fachbereichen wird man das nicht als Einzelfallentscheidungen überlassen dürfen. Denn dann bleibt die traditionelle akademische Machtmechanik in Kraft, obwohl soeben ein großer Schritt zu ihrer Außerkräftsetzung vollbracht worden war.

Wie zu sehen ist, vieles will bedacht und finanziert sein, und wenn es diesmal doch wieder nicht klappen sollte – auch kein Problem: Dann wird sich vermutlich – vergleiche die Assistenzprofessur der 70er Jahre – bereits gegen 2025 erneut eine Gelegenheit zur tiefgreifenden Personalstrukturreform bieten.

Deutsch-deutsches Berufungsgeschehen nach 1989 im Lichte von Professurbesetzungen und Ost-West- Wissenschaftlerwanderungen in der SBZ und DDR Ergänzende Anmerkungen zu einigen Aufsätzen in hso 1/2001

Günter Wirth
Berlin

Zu dem aufschlußreichen Aufsatz von Siegfried Prokop: „Freiheit ist ein Selberwollen“. Rudolf Schottaenders (1900-1988) zum 100. Geburtstag“ (*hochschule ost* 1/2001, S. 157ff.) könnten noch einige ergänzende Bemerkungen über die Dresdner Zeit

Schottaenders 1947/49 gemacht werden – dies einmal in Hinsicht auf Schottaender selber, dann aber auch zum anderen mit Blick auf die im selben Heft der Zeitschrift an mehreren Stellen geäußerten Angaben und Auffassungen zum Transformationsprozeß in den Hochschulen der neuen Bundesländer, also zur objektiven Problematik zumal im Bereich der Geisteswissenschaften, die m.E. freilich ohne Respektierung ihrer historischen Voraussetzungen nicht gerecht gewürdigt werden kann. So hat Peer Pasternack in seinem Aufsatz „Innerdeutsche Beziehungen. Ost und West an den Ost-Hochschulen“ (*hso* 1/2001, S. 114ff.) festgehalten, daß bei den Geisteswissenschaften „Fächer wie die Philosophie, die Geschichts- oder die Literaturwissenschaft sehr westdominant besetzt [sind], während es in den Sprachwissenschaften und den sog. Kleinen Fächern eine deutliche Ausgewogenheit zwischen Ost und West gibt ...“. Pasternack hat nicht ohne „Ossi“-Selbstkritik hinzugefügt, daß man „insbesondere in den Geistes- und Sozialwissenschaften ... es wohl keinem Studierenden

[hätte] ernsthaft wünschen dürfen, ausschließlich von früherem DDR-
Personal belehrt zu werden“ (S. 118).

Damit ist ein Sachverhalt vornehm beschrieben, den ich bei verschiedenen Gelegenheiten im Klartext dahingehend bestimmt habe, daß genau die von Pasternack genannten Disziplinen in DDR-Zeiten SED-dominant besetzt waren. Hier hatten „Bürgerliche“, zumal evangelische oder katholische Christen, einschließlich der heute als „Blockflöten“ geschmähten DDR-Christdemokraten, nicht die geringsten Chancen. Unter der Zwischenüberschrift „Tabuzonen für christliche Demokraten“ habe ich in einem Aufsatz über die Kulturpolitik der DDR-CDU u.a. dies festgestellt:

„... einige Bereiche [waren] für Christen, christliche Demokraten trotz ihres Bekenntnisses zum Führungsanspruch der SED eingeschlossen, tabu – von jeweils zwei, drei Sonderfällen abgesehen. Zu den Bereichen gehörten Philosophie – sie in herausragender Weise –, Rechtswissenschaften, Militärwissenschaften, Geschichtswissenschaft und Wirtschaftswissenschaft, nicht zuletzt Pädagogik. Dies betraf, wenn ihre weltanschauliche Haltung schon genau bekannt war, Studierende, es betraf aber vor allem den Nachwuchs an Hochschullehrern.

Wenn in Halle/Saale ein Unionsfreund Völkerrechts-(speziell Luftrechts)-Lehrer werden konnte, Gerhard Reintanz, dann deshalb, weil er 1953 als Leiter der Rechtsabteilung des Außenministeriums nach der Verhaftung des CDU-Außenministers Georg Dertinger ... nicht mehr ‚tragbar‘ war und aus Berlin ‚verschwinden‘ sollte. Dr. Dieter Melzer, in den achtziger Jahren Mitarbeiter von Hermann Klenner und mit Arbeiten über Savigny ausgewiesen, war ein persönlicher Mitarbeiter des damaligen stellvertretenden Generalsekretärs der CDU, Wolfgang Heyl, und bekam als solcher die Genehmigung zum Jurastudium ... Der Althistoriker Hans-Joachim Diesner hatte sich früh habilitieren und seine ‚Karriere‘ (in Halle/Saale) entwickeln können, als die Situation noch etwas offener war. Analoges galt für den pädagogischen Methodiker Karl Werner in Leipzig. Daß ein CDU-Mitglied eine Professur für Weltwirtschaft in Halle erhielt, hatte allein mit seiner Leitungsfunktion in der CDU – früh Mitglied des Hauptvorstandes – zu tun: Harald-Dietrich Kühne. Ein sozusagen ‚normaler‘ Sonderfall war der des Berliner Oberassistenten für Geschichte der Pädagogik, des früh verstorbenen Dr. Eberhard Heubach, der von seinem Lehrer Robert Alt gefördert wurde.“¹

Von hier aus meine ich schon, daß es bei der Bewertung der Transformationsprozesse, ihrer positiven wie ihrer negativen Seiten, notwendig ist, solche gern übersehenen und (zugunsten einer eher an eine

¹ In: Evemarie Badstüber (Hrsg.), *Befremdlich anders. Leben in der DDR.*, Berlin 2000, S. 483f.

Klagemauer führenden Haltung) zurückgestellten Tatbestände nicht auszuklammern. Dabei sollen usurpatorische Tendenzen aus dem Hochschulumfeld der alten Bundesländer keineswegs verharmlost werden.

Für insgesamt viel wichtiger halte ich allerdings einen anderen Umstand – und damit komme ich auf den einleitend vorgenommenen Bezug auf Prokops Aufsatz zurück: Bis 1948/49 war die Situation an den Universitäten und Hochschulen in der SBZ, nicht zuletzt in den geisteswissenschaftlichen Bereichen, eine noch ganz andere, die nämlich durchaus noch plurale Züge trug (auch unter Berücksichtigung der führenden Rolle der Besatzungsmacht).² Vom Frühjahr 1948 an – Litt und Gadamer hatten Leipzig schon verlassen, aus Jena folgte Leisegang, in Berlin erfolgte die Sezession zur FU – begann ein schärferer Wind zu wehen (noch heute spürbar bei der Lektüre der Katechismusfragen eines sowjetischen Hochschuloffiziers gegenüber der Berliner Philosophin Liselotte Richter).³ Spätestens 1951, mit der II. Hochschulreform, war dann jener Zustand der SED-Dominanz, von dem schon die Rede war, erreicht.

Am *subjektiven* Fall von Rudolf Schottlaender lassen sich die zwischen 1945/46 und 1949/50 (bzw. 1951) rasch ablaufenden jeweiligen *objektiven* Stadien der hochschulpolitischen Entwicklung (zugleich als Signalement der allgemeinen politisch-ideologischen) relativ gut ablesen und charakterisieren.

In der Zeit unmittelbar nach der Zerschlagung des NS-Regimes war Schottlaender (kultur)politisch und (ab 1946) pädagogisch in Berlin-West tätig. Durch seine Verfolgung in der NS-Zeit geprägt, hatte er keine Schwierigkeiten, zu einer für das *erste* Stadium der Nachkriegsentwicklung ohnehin aktuellen übergreifenden Zusam-

² Vgl. Günter Wirth: Die Problemsicht Gadamers, Litts und des Theologen Dedo Müller. Aus den Debatten von 1946 - „lost moments of history“, in: Zentralinstitut für Philosophie (Hg.), Alternativen denken. Kritisch emanzipatorische Gesellschaftstheorien als Reflex auf die soziale Frage in der bürgerlichen Gesellschaft, Berlin 1991, S. 121ff.

³ Vgl. Catherina Wenzel: Von der Leidenschaft des Religiösen. Leben und Werk der Liselotte Richter (1906-1968), Köln/Weimar/Wien 1999, vor allem S. 214ff.; Günter Wirth: Leibniz und Rußland, in: *Spectrum* (19), Berlin 1988, S. 29ff.; Günter Wirth: Katechismusfragen der Inquisition statt geistiger Auseinandersetzung. Liselotte Richter, die Berliner Universität und die SMA 1946-1948, in: *Utopie kreativ* 29/30, Berlin 1993, S. 79ff.

menarbeit mit politisch und weltanschaulich anders Denkenden zu gelangen, so daß man sich auch nicht wundern muß, Rudolf Schottlaender als Verfasser eines Aufsatzes zum 300. Geburtstag von Leibniz (1. Juli 1946) im *Neuen Deutschland* zu finden (dort unter der Überschrift: „Der klassische Begründer des ‚Optimismus‘“).

Zwei Gesichtspunkte vor allem hatte Schottlaender in diesem Aufsatz herausgearbeitet. Einerseits hob er – mit Blick auf das für Leibniz zentrale Problem der Monadologie – hervor, daß die „voneinander getrennten Seelenindividuen – ‚Monaden‘ – doch miteinander korrespondieren und harmonieren können“. Sie bewahrten ihre Individualität indes, „insofern sie die Welt auf eine besondere Weise [spiegeln], so wie man verschiedene Bilder von derselben Sache gewinnen kann“. Als zweiten Hauptgedanken bei Leibniz sah Schottlaender damals den der „gesetzmäßig kontinuierlichen Entwicklung“, den er aus seinen mathematischen und geometrischen Arbeiten abgeleitet habe:

„Wie nach dem Gedanken des universellen Ergänzungszusammenhangs das Fernste mit dem Nächsten, so tritt nach dem Prinzip der gesetzmäßig kontinuierlichen Entwicklung das Früheste mit dem Spätesten in eine geheime Gesellung, deren fortschreitende Erkenntnis dem forschenden Betrachter eine unerschöpfliche Freudenquelle ist. Das hieraus entspringende Glücksgefühl ist der tiefste Grund des Leibnizschen ‚Optimismus‘.“

1947 wurde Rudolf Schottlaender auf den philosophischen Lehrstuhl an der Technischen Hochschule Dresden (TH) berufen – wir sind inzwischen im *zweiten* Stadium der Nachkriegsentwicklung in der SBZ. Die kulturwissenschaftliche Abteilung dieser TH hatte in der Weimarer Republik einen überaus guten Ruf – u.a. mit Paul Tillich und dann Friedrich Delekat auf dem theologischen, mit Richard Kroner auf dem philosophischen, mit Victor Klemperer auf dem romanistischen Lehrstuhl, und selbst der später als NS-Ideologe unruhlich hervorgetretene Alfred Baeumler war damals wissenschaftlich noch nicht umstritten.⁴

Sicherlich gab es nach 1945 – übrigens auch im Zusammenhang mit strukturellen Fragen solcher Art, ob die kulturwissenschaftliche

⁴ Vgl. hierzu: Victor Klemperer, Leben sammeln, nicht fragen wozu und warum. Tagebücher von 1918-1932, hg. von Walter Nowojcki, Berlin 1996 (in zwei Bänden). Dort viele persönliche Belege zu den hier genannten Persönlichkeiten und Sachverhalten.

Abteilung in ihrem Charakter überhaupt erhalten oder auf die Lehrausbildung reduziert werden sollte – keine geringen Probleme, die überdies mit dem Involviertsein einiger der Ordinarien ins NS-System zusammenhängen. Auch damals gab es einen „Transformationsprozeß“, der allerdings für die nicht direkt mit der NSDAP verbunden gewesenen „bürgerlichen“ Professoren zunächst Freiräume bot – sehr zum Leidwesen Victor Klemperers, der nicht nur in seinen Tagebüchern, sondern auch in der hochschulpolitischen Praxis hiergegen auftrat und offenbar allein aus diesem Grunde der KPD beitrug. Es war dies für Klemperer (zumal in seinen Auseinandersetzungen mit dem Historiker Johannes Kühn) nicht ohne Probleme für die eigene Karriere, da einige SED-Hochschulpolitiker damals Bündnispolitik noch relativ groß schrieben.

Unter solchem Aspekt könnte auch die Berufung Schottlaenders auf den Lehrstuhl für Philosophie verstanden werden; dieser war vakant geworden, als der 1946 aus der NS-Zwangsemeritierung zurückgerufene Gustav Kafka eine Berufung nach Würzburg annahm.

Aus Klemperers Tagebüchern, um dies hier doch einzuschreiben, wissen wir, daß im Frühjahr 1948 Schottlaender sogar für den Leipziger Lehrstuhl im Gespräch war, den dann Ernst Bloch erhielt. Klemperer:

„Die Fakultät hätte ihn faute de mieux an Schottlaender gegeben, der rechts steht. Bloch ist Marxist, Emigrant und mehr Soziologe ... Es ist Rocholl [einem Dresdner Staatsfunktionär] gelungen, Blochs Berufung durchzusetzen, u. der wenig sympathische, allgemein als hochmütig prepotente empfundene Schottlaender bleibt Dresden u. unserem Häuschen erhalten.“⁵

Prokop hat von hier aus sicher recht, wenn er von einem „Mißklang“ zwischen beiden spricht und diesen auch mit politischen Haltungen in Verbindung bringt. Bei der genauen Durchsicht der Schottlaender betreffenden Tagebuchnotizen fällt allerdings auf, daß dieser allgemeine Eindruck differenzierter erscheint. Klemperer sieht sich nämlich vor allem durch Schottlaenders intellektuelles Potential in seinen eigenen Skrupeln bestätigt. Am 2. November 1947 notierte er Schottlaenders Kritik an einem seiner Vorträge und fügte hinzu: „Ich war

⁵ Victor Klemperer: So sitze ich denn zwischen allen Stühlen. Tagebücher 1945-1959, hg. von Walter Nowojski, Berlin 1995, 1. Band, S. 542. – Auch zu anderen Sachverhalten (etwa Berufung Kafka) finden sich hier Belege.

sehr bedrückt, zumal jetzt so vieles hapert.“⁶ Interessanter noch ist freilich, daß nach Schottlaenders Weggang aus Dresden („teils ‚fristlos entlassen‘ ..., teils verduftet“) dann doch, wenn auch im Zitat eines Freundes, der Begriff seiner „sturen Civilcourage“ fällt, die man „schätzen“ müsse.⁷

Rechtsstehend (dies allerdings mit Anführungszeichen zu verstehen, da damit eigentlich „linksbürgerlich“ gemeint ist), präventiv, Zivilcourage: Offensichtlich sind damit die entscheidenden Momente in der Haltung und im Verhalten Schottlaenders während seines Dresdner Gastspiels benannt. Es waren dies freilich gerade die Ingredienzien einer geistigen Position, die Schottlaender die Sympathien der in Dresden noch wirkenden „bürgerlichen“ Kollegen einbrachten. In seinen Erinnerungen nennt Schottlaender vor allem den Germanisten Christian Janetzky, der katholisch profiliert war und vor allem über Bürger und Lavater gearbeitet hatte, und den Psychologen Werner Straub, den damaligen Dekan, der – nach Klemperer – aus einem schwäbischen Pfarrhaus kam und in der mütterlichen Linie mit Schelling verwandt war; Klemperer bezeichnet ihn als Mitglied der CDU, was er m.W. aber nicht war⁸. Auch dem aus der Sozialdemokratie kommenden Karl Trinks, einem Pädagogen, der auf S. 309 dieses Heftes von *hochschule ost* in einer Annotation erwähnt ist, widmet er Bekundungen der Sympathie. Natürlich hätte Schottlaender gut und gern noch andere Kollegen nennen können, die so ins „bürgerliche“ Umfeld gehörten, etwa den Volkskundler Adolf Spamer, den Kunsthistoriker Eberhard Hempel, einen prominenten Katholiken, der später als Mitglied der Sächsischen Akademie der Wissenschaften einen viel beachteten Vortrag über Cusanus halten sollte, und den Soziologen Richard Woldt, einen früheren sozialdemokratischen Dezernenten des preußischen Kultusministeriums (von dem ich meine, daß ich ihn im Frühsommer 1945 in meiner sächsischen Heimatstadt Brand-Erbisdorf in der Wohnung des in der NS-Zeit diskriminierten sozialdemokratischen Lehrers Griewatsch gesehen habe).

⁶ Ebenda, 1. Band, S. 454.

⁷ Ebenda, 1. Band, S. 669.

⁸ Ebenda, 1. Band, S. 263 (dort schöne Charakteristik Straubs) und S. 463. – Was Eberhard Hempel angeht, hat er 1949 eine Geschichte der Architektur herausgegeben.

Wir sehen also im geisteswissenschaftlichen Bereich der TH Dresden um 1948 ein beachtliches bürgerliches Potential (freilich ohne Theologie), in den technisch-naturwissenschaftlichen Fächern unter dem Rektorat des Liberaldemokraten Enno Heidebroek ohnehin. Daher wundert man sich auch nicht, wenn Schottlaender sich noch nach vierzig Jahren mit einer gewissen Zufriedenheit daran erinnert, daß ihm nach seiner Antrittsvorlesung der Germanist Janentzky die Hand geschüttelt und ihm gesagt habe: „So etwas hat uns lange gefehlt.“⁹

Wenn Schottlaender mit Blick auf seine Dresdner Zeit (und später auch auf die Berliner) etwas tut, was man bei Gelehrten seltener findet, nämlich Studierende namentlich zu erwähnen, so beweist dies, daß er offenbar auch auf die Studierenden – er war ja ein glänzender Rhetoriker, als den ich ihn später in der Berliner Evangelischen Akademie erleben sollte – einen starken Eindruck hinterließ. Die von ihm erwähnte Dresdner Studentin Renate Zuchardt¹⁰ (ich sah sie 1951 als Berliner Kommilitonin, verlor sie aber aus dem Auge) war die Tochter des in der DDR wohlbekannten Autors viel gelesener historischer Romane, und vor 1945 hatte sich Studienrat Dr. Karl Zuchardt, den Klemperer als Antinazi schätzte,¹¹ mit Schauspielen (etwa über Moritz von Sachsen: „Held im Zwielicht“), mit Komödien („Die Prinzipalin“) und mit historischen Novellen einen Namen gemacht.

Schottlaender nennt Renate Zuchardt freilich in einem besonderen Zusammenhang, der uns auf das *dritte* Nachkriegsstadium verweist: Er erfährt von ihr, daß sie ihn beobachten und denunzieren sollte. Es gehört dieser Umstand zu jenen von Prokop ausführlich geschilderten Vorgängen, die das Ende von Schottlaenders Dresdner Professur signalisieren. Subjektives Schicksal und objektive Begebenheiten fallen also zusammen.

⁹ Rudolf Schottlaender: Trotz allem ein Deutscher. Mein Lebensweg seit Jahrhundertbeginn, Freiburg im Breisgau 1986, S. 57. – Zu Schottlaenders Biographie sei nachgetragen, daß seine erste Frau, die Schwester von Günther Stern (Anders), später Hans Marchwiza heiratete.

¹⁰ Ebenda, S. 61.

¹¹ Victor Klemperer: Ich will Zeugnis ablegen bis zum letzten. Tagebücher 1933-1945, hg. von Walter Nowojski, Berlin 1996⁸, 1. Band, S. 118: „Er Studienrat und dramatischer Autor; er ... leidenschaftlich antinationalsozialistisch.“

Es kommt nun freilich noch ein anderer – sagen wir: – merkwürdiger Umstand hinzu, der diese Feststellungen nachdrücklich verifiziert. Wir hatten schon die Antrittsvorlesung Schottlaenders in Dresden erwähnt – sie trug den für ihn charakteristischen Titel “Die ärztliche Objektivität des Philosophen“. Gedruckt wurde sie erst im Heft 1 des ersten Jahrgangs (1949) der bei de Gruyter in (West-)Berlin verlegten Zeitschrift *Philosophische Studien*, die ihrer Anlage und ihrer (halbjährlichen) Erscheinungsweise nach den *Kant-Studien* entsprachen, und in der Tat war die Initiative zur Herausgabe dieses philosophischen Periodikums (noch) in der „Philosophischen Gesellschaft“ des Kulturbundes entstanden, die zeitweilig (1947/48) als der Versuch identifiziert werden konnte, der alten Kantgesellschaft – der bis 1933 größten philosophischen Gesellschaft der Welt – neu zum Leben zu verhelfen.¹² Diese Initiative war von dem 1946 aus der englischen Emigration heimgekehrten geschäftsführenden Präsidenten dieser Gesellschaft bis 1933, dem Philosophen Arthur Liebert, ausgegangen, der freilich kaum ein Vierteljahr nach seiner Rückkehr (als Dekan der pädagogischen Fakultät der Berliner Universität) verstarb. Liebert ist natürlich in dem von Prokop genannten Buch Schottlaenders über die verfolgten Berliner Hochschullehrer genannt.¹³

Die Herausgeber dieser *Philosophischen Studien*, unter ihnen Rudolf Schottlaender, hatten angenommen, daß ihr Periodikum insonderheit für die Interessierten in der SBZ vorzusehen sei, da in den Westzonen bereits mehrere philosophische Zeitschriften existierten. Als sie diesen Plan 1948 verfolgten, konnten sie womöglich annehmen, daß diese Überlegung eine Chance hätte, zumal mit Schottlaender in Dresden, Paul Feldkeller in Potsdam-Wilhelmshorst, Gerhard Stammeler in Halle/S. und dem Soziologen Alfred Vierkant sowie Alfred Werner, zeitweilig leitender Mitarbeiter des Berliner Magistrats unter Stadtrat Otto Winzer, Persönlichkeiten in diesem Initiativkreis zu orten waren, die die Diskussionslage in der SBZ nicht nur kannten, sondern auch in sie involviert waren.

¹² Hierzu liegt eine genauere Analyse in einer noch unveröffentlichten Arbeit des Verfassers vor.

¹³ Rudolf Schottlaender: Verfolgte Berliner Wissenschaft (mit Vorworten von Wolfgang Scheffler und Kurt Pätzold sowie einem Nachwort von Götz Aly), Berlin 1988, S. 127.

Als dann 1949 das erste Heft (eigentlich mehr ein Buch) erscheint, war die Lage schon ganz anders – in der Folge der spätestens seit Mitte 1948 grundlegend veränderten politisch-geistigen Situation in der SBZ, die auf deren „Volksdemokratisierung“ zielte. Feldkeller hatte Ende 1948 Wilhelmshorst verlassen müssen, Werner hatte sich nach Westberlin zurückgezogen, und Schottlaender stand in Dresden zur Disposition. Allein Stammeler blieb in der SBZ und war Pfingsten 1949 einer der Hauptredner auf dem kulturpolitischen Kongreß der CDU in der SBZ auf der Wartburg in Eisenach. Vierkants Stellung als eines *grand old man* war ohnehin singular ...¹⁴

Prokop hat im einzelnen beschrieben, was sich in Dresden abgespielt hat. Es verdient hinzugefügt zu werden, daß für Schottlaender die „ärztliche Objektivität des Philosophen“ zum „Objektivismus“ des „bürgerlichen Philosophen“ geworden war, dem „anglo-amerikanische Propaganda“ unterstellt wurde. Er ging nach Westberlin, ohne allerdings an einer Hochschule unterzukommen ...

In den *Philosophischen Studien* hat Schottlaender noch 1949 einen weiteren, offenbar in Dresden geschriebenen, mindestens aber dort konzipierten Aufsatz geschrieben: „Der Ursprung der Verbindung von Idealismus und Nationalismus bei Fichte“. Wie in seinem Aufsatz über Leibniz im *Neuen Deutschland* ist Schottlaender auch hier von charakteristischen biographischen Elementen ausgegangen – bei Fichte schon im ersten Satz der Studie mit dem Urteil Hufelands: „Sein Grundcharakter war die Überkraft.“ Diese habe Fichte, so Schottlaender, als „sublimierte Gewalttätigkeit“ auch in der Durchsetzung seines philosophischen Denkens praktiziert und in seinem Solipsismus (ohne

¹⁴ 1949 kam etwa in der Akademischen Verlagsgesellschaft Athenaion, Potsdam, eine Festschrift zum 80. Geburtstag von Vierkant heraus: „Gegenwartsprobleme der Soziologie“, herausgegeben von Vierkants Schüler Gottfried Eisermann, der damals die Zeitschrift *Forum* redigierte. Unter den Mitarbeitern der Festschrift: Leopold von Wiese, Theodor Geiger, Richard Thurnwald, Richard Müller-Freienfels, Alfred Meusel. „Über den ‚verloren geglaubten‘ Anhang zu Karl Marxens Doktordissertation“ ist der Beitrag von David Baumgardt überschrieben, der als Philosophieprofessor die Berliner Universität verlassen mußte, 1935 über Spanien nach England und von dort in die USA ging. Der aus Erfurt stammende Philosoph war ein enger Mitstreiter Lieberts in der Kantgesellschaft gewesen. Übrigens war Meusel nach 1945 involviert in die dann freilich gescheiterten Bemühungen, Baumgardt an die Ostberliner Universität zurückzuberufen. Übrigens wäre auch dies ein Thema, das der gesonderten Untersuchung bedürfte: Rückberufungen, gelungene und gescheiterte, von Emigranten.

daß dieser Begriff von Schottlaender gebraucht wird) theoretisch zur Geltung gebracht:

„Wenn Fichte zuerst vom ‚Ich‘ sprach als dem Zentrum der Welt und es dem Nicht-Ich entgegengesetzte ..., so meint er zwar stets das sittliche Ich, ... aber die Geringschätzung, die allein schon in der negativen Kennzeichnung der Natur als des Nichtich liegt, führte doch ... zu einer faktischen Mißachtung und zum Unverständnis der Welt außerhalb des Ich ...“

Schottlaender geht dieser grundsätzlichen Problematik (der „Ichheit“) in verschiedenen Bereichen von Fichtes Denken nach, wobei er etwa auch deutlich herausstellt, daß Fichte als erster das Recht auf Arbeit (im „Geschlossenen Handelsstaat“) gefordert hatte, um dann eingehend den aus der geschichtlichen Situation (Napoleon und die Folgen) hervorgegangenen Aspekt der Nationalerziehung genauer zu behandeln (und dabei womöglich an die Situation auch nach 1945 zu denken):

„Der große, in den ersten drei Reden monumental herausgestellte Gedanke, daß ein im Kriege besiegtetes Volk sich am gründlichsten regenerieren könne durch eine neue National e r z i e h u n g, ist in seinem schlichten Ernst ewig beherzigenswert für jede Situation nationalen Tiefstandes, wann und wo eine solche in der Geschichte auch wiederkehren mag. Insofern war die außerordentliche Tiefenwirkung, die von Fichtes Anruf ausging, m e h r als eine nur zeitbedingte Erscheinung ...“

Doch freilich, zum Ausgangspunkt zurückkehrend, macht Schottlaender klar, daß es dann bei Fichte „die Situation der Niederlage [ist], aus der der Machtwille einer hochentwickelten Geistigkeit sich den wahrhaftigen Ausweg sucht“. Am sprachphilosophischen Exempel weist Schottlaender (immer im Kontext der philosophischen Gesamtlinie Fichtes bleibend) nach, wie dieser andere Völker in ihrer Eigenart (etwa die slawischen) ignoriert, wie sich diese Haltung in extremer Weise zur „Deutschtümelei“ des Philosophen verselbständigt habe. Diese äußerte sich nach Schottlaender nicht nur in seinen Kraftakten gegen Fremdwörter als solche, sondern vor allem (an den Paradigmen: Humanität, Popularität, Liberalität) in der substantiellen Absage an deren Gehalt. Seine Überlegungen und Analysen faßt Schottlaender füglich so zusammen:

„Die Überkraft, die einen unnatürlichen Ausweg sucht, indem sie zuerst die der Ungeduld widerstrebende Natur zum Nichtich degradiert und später dem mit Waffen nicht zu besiegenden Gegner die geistige Ehre abschneidet, offenbart sich als eine moderne Form der Hybris und als Mutter eines idealistisch-nationalistischen Zwillingswahns. Es genügt nicht,

solche Erscheinungen kurzerhand als überholt abzutun; die Ursachen, die zu ihnen geführt haben, dauern fort und müssen, wenn sie unerkannt bleiben, früher oder später unter vielleicht ganz anderen Namen zu ähnlichen Übeln führen.“

Zweifellos drückt sich in diesem letzten Absatz der stilistisch glänzend gestalteten, oft aphoristisch zugespitzten Studie das antifaschistische Credo Schottlaenders aus. Allerdings ließe sich aus dem Schlußsatz überdies eine zusätzliche Positionsbestimmung ablesen, zumal im Zusammenhang mit einer anderen Bemerkung dieser Studie:

„An allen Nichtidealisten[,] d.h. Nichtvorläufern und Nichtanhängern Fichtes[,] bleibt [bei Fichte. G.W.] in philosophischer Hinsicht wenigstens kein gutes Haar, es ist das Äußerste an Schwarzweißmalerei, was die Geschichte der Philosophie aufzuweisen hat; und wenn heute die entgegengesetzte Schwarzweißmalerei Vielen von uns nicht gefallen will, so dürfen wir nicht vergessen, daß ein Idealist damit begonnen und daß die von ihm ausgehende Bewegung den materialistischen Gegenschlag erst ausgelöst hat.“

Damit zog Schottlaender subjektiv den Schlußstrich unter sein Dresdner Gastspiel. Objektiv signalisierte er die inzwischen eingetretenen nicht mehr nur quantitativen Veränderungen in der politisch-geistigen Situation in der SBZ, das Ende einer Zwischenphase, in der noch deutliche Tendenzen einer Pluralität spürbar gewesen waren.

*

Hinsichtlich der Geistes-, der Gesellschaftswissenschaften wäre mit Blick auf das hier erörterte Heft von *hochschule ost* noch eine Anmerkung zu dem Aufsatz über die Afrikanistik¹⁵ zu machen, gerade auch deshalb, weil ihm abzuspüren ist, daß sein Verfasser nicht (nur) an der Klagemauer steht bzw. stehen will. Allerdings läßt auch dieser überaus informative Aufsatz etwas durchblicken, was im wissenschaftlichen Leben in der DDR gang und gäbe war, offenbar aber auch sozusagen postum erhalten geblieben ist, nämlich den Verzicht darauf, über die Grenzen der eigenen Disziplin hinauszusehen oder sie gar zu überspringen (und dies trotz seinerzeit offizieller pathetischer Beschwörungen des Interdisziplinären).

¹⁵ Ulrich van der Heyden: Standpunkte, Hintergründe und Diskussionen zum Für und Wider der Beseitigung der Afrikawissenschaften aus der DDR, in: *hochschule ost* 1/2001, S. 171ff.

In einem Brief an die *Weimarer Beiträge* vom 15. August 1989¹⁶ habe ich auf diesen Umstand mit Blick auf die Slawistik aufmerksam gemacht, etwa anlässlich des Dostojewski-Buches des Hallenser Theologen und Ikonenforschers Konrad Onasch. Oder ein anderes Beispiel: In den achtziger Jahren habe ich vor der Historikerkommission Ungarn-DDR einen Vortrag über die Kirchengeschichtsschreibung in der DDR (nicht ohne Seitenblicke auf die DDR-Historiographie) gehalten. Als ich ihn anschließend der *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft* zum Abdruck (nach Überarbeitung) anbot, bekam ich ihn dankend mit allgemeinen Bemerkungen, deren Urhebererschaft kaum zweifelhaft war, zurück. Heute liegt er in meinem Archiv in der Konrad-Adenauer-Stiftung.

Doch zurück zur Afrikanistik: Der in anderem Zusammenhang in van der Heydens Aufsatz erwähnte Ernst Dammann, ein hervorragender altbundesdeutscher Afrikanist, der in den dreißiger Jahren als Missionar in Ostafrika tätig gewesen war, lehrte von 1957 bis 1961 an der Humboldt-Universität zu Berlin, auch in der theologischen Fakultät, ehe er, worauf van der Heyden sich bezieht, nach Marburg ging. Die Berliner theologische Fakultät war ohnehin vor 90 Jahren die Wiege der Missionswissenschaft,¹⁷ und eine ebenfalls große Bedeutung hatte in diesem Bereich wie in anderen die Hallenser (die Greifswalder für Palästinakunde). Daher auch war in den fünfziger und sechziger Jahren bis zu seinem allzu frühen Tod mit Dr. Gerhard Brennecke ein herausragender Ökumeniker und Missionswissenschaftler mit Lehrauftrag an der Berliner theologischen Fakultät tätig, und als Chefredakteur der *Zeichen der Zeit* setzte er im allgemeinen wie im besonderen (zu Afrika) relevante publizistische Akzente, die angesichts des damaligen Informationsstandes wissenschaftlichen Charakter annahmen. Zum Universitätsjubiläum 1960 konnte Prof. Dr. Baéta (Ghana) – wohl der damals (außerhalb Südafrikas) bedeutendste protestantische Theologe auf dem Kontinent – die Ehrendoktorwürde entgegennehmen und in Vorträgen über afrikanisches theologisches Denken informieren. Was Halle angeht, war der von Arno

¹⁶ Vgl. *Weimarer Beiträge*, Berlin, 1/1990, S. 155 ff.

¹⁷ Der Lehrstuhl wurde 1913 eingerichtet, erster Inhaber war Julius Richter. Archiv der Humboldt-Universität zu Berlin. Bestand Theologische Fakultät, Nr. 168, Bl. 203b-208.

Lehmann, ebenfalls einem ehemaligen Missionar, wahrgenommene missionswissenschaftliche Lehrstuhl entsprechend seinen Erfahrungen eher auf den indischen Subkontinent als auf Afrika bezogen.

Es ist bei diesen knappen, mehr statistischen Mitteilungen bisher ausgeblendet geblieben, daß die DDR-Offiziellen gegenüber Mission und Missionswissenschaft (als des „Kolonialismus“ und „kolonialistischer“ Ideologie verdächtig) ohnehin beträchtliches Mißtrauen hatten, so daß gegen Brennecke wie Lehmann immer wieder repressive Aktionen geplant oder exekutiert wurden. Ebenfalls unberücksichtigt blieb bisher, daß eine der drei kirchlichen Hochschulen in der DDR, die nicht offiziell, sondern nur „geduldet“ waren, nämlich das Leipziger Missionsseminar (später Theologisches Seminar), in diesem Zusammenhang Interesse verdient.

Etwa von den siebziger Jahren an, nicht ohne Verbindung zur damaligen Hochschulreform, wurde an den Sektionen Theologie der sechs Universitäten generell Ökumenik eingerichtet, wobei entsprechend der Interessenlage der einzelnen Kollegen entweder mehr organisationsgeschichtliche Tendenzen (Ökumenischer Rat, konfessionelle Weltbünde) verfolgt wurden oder bestimmte Kontinente stärker ins Blickfeld traten, etwa in Berlin bei Carl-Jürgen Kaltenborn (auch auf der Grundlage entsprechender Sprachkenntnisse) Afrika, zumal Angola oder Madagaskar. Vereinzelt konnten auch einige Afrikaner (zumeist postgradual) an der Berliner Sektion studieren.

Die m.E. bedeutendste wissenschaftliche Leistung zur Afrikanistik erfolgte theologischerseits allerdings außeruniversitär, nämlich von Johannes Althausen: „Christen Afrikas auf dem Wege zur Freiheit“, eine 1971 erschienene Sammlung von (kommentierten) Dokumenten aus dem Zeitraum von 1955 bis 1969; das Buch erschien auch in der Bundesrepublik, in Österreich und der Schweiz. Überhaupt war der Union Verlag, in dem Althausens Buch herausgekommen war, bekannt für Publikationen aus diesem Umfeld, so Albert Luthulis Autobiographie, seine Nobelpreisrede sowie Texte von Kenneth D. Kaunda und dem madegassischen christlichen Politiker Richard Andriamanjato.¹⁸ Der andere CDU-Verlag, Koehler & Amelang, brachte

¹⁸ Die meisten der genannten Publikationen erschienen in der Zeit meines Cheflektorats 1964 bis 1970. – Der in van der Heydens Aufsatz (S. 101) gewürdigte Heinrich Loth hat später ebenfalls im Union Verlag publiziert, und seine in Anm. 63 angeführte Arbeit „Prinzipien deutscher Entwicklungspolitik. Gegenwart und geschichtlicher

1965 ein Buch Kwame Nkrumahs heraus. Mit Luthuli, dem Präsidenten des Afrikanischen Nationalkongresses, Kaunda und Nkrumah waren damit bedeutende Politiker der antikolonialistischen Bewegung in Afrika im Programm der DDR-CDU-Verlage. Analog setzte sich die Evangelische Verlagsanstalt ein, u.a. mit einem weltweit beachteten Buch von Elisabeth Adler zur Apartheid.

Es sind dies nur unvollständige Angaben, die allein signalisieren sollen, daß es schon der Mühe wert ist, diese Grenzüberschreitung zu wagen – sie *endlich* zu wagen!

*

Die gründliche Bearbeitung des Themas der „West“-„Ost“-Berufungen an den Hochschulen der neuen Bundesländer in dem hier in Betracht gezogenen Heft von *hochschule ost* läßt mich zusätzlich auf einen Aspekt hinweisen, von dem ich nicht weiß, ob er schon einmal genauer analysiert worden ist.

Ich hatte Ernst Dammann erwähnt. Er war (mit den Unterbrechungen seines missionarischen Einsatzes und dessen Folgen) von 1930 bis 1957 mit der Hamburger Universität verbunden, kam dann an die Humboldt-Universität zu Berlin und ging 1961 („legal“) nach Marburg. Das hieße also mit anderen Worten, daß a) seine Berufung nach Ostberlin von vornherein einen anderen Charakter hatte als etwa die meines germanistischen Lehrers Joachim G. Boeckh von Heidelberg nach Potsdam und Berlin, die eine Berufung des „no return“ war. Andererseits zeigt dieser „Fall“ b), daß nicht alle Weggänge von Hochschullehrern aus der DDR (nach deren Sprachgebrauch) „illegal“ waren.

Am 7. Dezember 1987 schrieb der bekannte (und in der DDR offiziell umstrittene) Dresdner Kunstschriftsteller und Stadthistoriker Fritz Löffler in der CDU-Zeitung *Die Union*, Dresden, einen Nachruf auf Will Grohmann, der viele Jahre Lehrer in Dresden gewesen war, die dortige Kunstszene bereichert hatte, nach 1945 Mann der ersten Stunde

Hintergrund“, o.O. 1991, hat seinen früheren Lektor im Union Verlag und Promovenden, Harald Schreiber, zum Mitverfasser; Schreiber (inzwischen verstorben) wurde CDU-Abgeordneter im 1990 gewählten Bundestag und war zeitweilig in der Leitung des dortigen Ausschusses für Entwicklungspolitik.

war (von Klemperer in seinen Tagebüchern erwähnter Dezernent für Kultur)¹⁹ und 1947 Rektor der neuen Hochschule für Werkkunst wurde.

„Doch schon im folgenden Jahr wurde diese nach Berlin-Weißensee verlegt. Damit war seine Aufgabe in Dresden erledigt. Seine künstlerischen Vorstellungen entsprachen ohnehin nicht den neuen Doktrinen. So trennte man sich zur Zufriedenheit beider Teile. Innenminister Dr. Fischer stellte die Lastwagen zur Übersiedelung nach Westberlin.“²⁰

Dort ließ Grohmann seine großen Werke u.a. über Kandinsky und Klee in den Druck gehen, und er wurde Professor an der (heutigen) HdK und Kunstkritiker der (amerikanischen) *Neuen Zeitung*.

Noch 1951/52 hat Dr. Karl Buchheim, Geschichtsdozent der Leipziger Universität und zeitweiliger Direktor der Universitätsbibliothek sowie CDU-Abgeordneter im 1946 gewählten sächsischen Landtag, eine Berufung an die TH München mit der „Genehmigung“ des sächsischen Volksbildungsministers (und das war damals immerhin H. Holtzhauer) annehmen und geordnet ausreisen können.

Es wäre m.E. durchaus sinnvoll, der Frage nach Berufungen und Lehrveranstaltungen von „West“-Professoren an den Hochschulen der DDR in den fünfziger Jahren umfassender nachzugehen (analog übrigens den Verleihungen von Ehrendoktoraten an bundesdeutsche Gelehrte sowie deren Aktivitäten in der Akademie der Wissenschaften, in der „Leopoldina“ usw., und in den Anfangszeiten hatte ja auch der DDR-Nationalpreis noch „gesamtdeutschen“ Charakter).

Als ich 1951 mein Germanistikstudium an der Humboldt-Universität zu Berlin begann, hörte ich geistreiche Vorlesungen des 1900 geborenen Werner Simon, der seit 1949 Professor an der HUB und an der Hamburger Universität war. Ähnlich war die Lage des bedeutenden, eng mit der AdW verbundenen Philologen Wilhelm Wißmann, der (bis 1953) in München *und* in Ostberlin las. Noch Mitte der fünfziger Jahre hatte ich das Glück, den unvergleichlichen Richard Hamann hören zu können (er „vagabundierend“ zwischen Berlin und Marburg).

¹⁹ Zu Grohmann vgl. Victor Klemperer: So sitze ich denn zwischen allen Stühlen. Tagebücher 1945-1959, a.a.O., S. 6 sowie an weiteren 21 Stellen.

²⁰ Nachdruck des Aufsatzes „Ein Förderer junger Künste. Erinnerung an Will Grohmann anlässlich seines 100. Geburtstages“, in: Fritz Löffler. Dresden. Vision einer Stadt, herausgegeben und eingeleitet von Ingrid Wenzkat, Dresden 1995, S. 189ff.

Ich habe vorstehend Liselotte Richter genannt. Die Westberlinerin, die Ende der vierziger Jahre genügend Ärger mit der SMA und der SED gehabt hatte und die philosophische bzw. pädagogische Fakultät in Richtung theologische Fakultät hatte verlassen müssen, blieb dennoch nach dem 13. August (in Westberlin wohnend) an der HUB, ähnlich wie der Westberliner Heinrich Vogel, der Systematiker an der HUB und an der Kirchlichen Hochschule in Berlin-Zehlendorf war und sich als „Brückenbauer“ fühlte und bekannte, offen kritisch gegenüber der DDR und doch stolz den ihm zum Universitätsjubiläum 1960 verliehenen Vaterländischen Verdienstorden in Silber tragend (auch zur Verblüffung der DDR-Bischöfe auf Empfängen des Berliner russischen orthodoxen Exarchen zum 7. November).

Angesichts der heute bevorzugten Dichotomie in der Bewertung solcher Faktenlagen in der DDR bleiben derartige Vorgänge weitgehend ausgespart – es sei denn, sie werden in *hochschule ost* thematisiert...

Noch einmal zu Prof. Arno Hecht (hso 1-2/2000 und 1/2001)

Lutz Gilbert
Dresden

In *hochschule ost* 3-4/2000 erschien meine Erwiderung²¹ auf einen Beitrag von Prof. Arno Hecht zum Berufungsgeschehen in den neuen Bundesländern.²² Bereits zuvor hatte ich ihn in einem Brief auf Unzutreffendes in diesem Beitrag aufmerksam gemacht

und dabei die aus der o.g. Erwiderung hervorgehende Auffassung vertreten. Der kurze Briefwechsel endete mit meiner Reaktion auf seine Antwort, daher hatte ich geglaubt, der Streit sei – ohne Einigung – erledigt. Er fand es hingegen für richtig, ihn nicht mit mir, sondern öffentlich fortzuführen (*hochschule ost* 1/2001, S. 238ff.), und es gibt in seinen „Anmerkungen“ eine Äußerung, die nicht unkommentiert bleiben kann.

Damit ich nicht falsch verstanden werde: Mir steht der Sinn nicht nach engstirnigem Gezänk und auch nicht nach einem politischem Disput mit Prof. Hecht. Das erste will ich weder mir noch anderen antun, und für das zweite wäre *hochschule ost* nicht der richtige Rahmen. Ich will daher auf den Gegensatz nicht eingehen, der zwischen dem – sehr unerfreulichen – Sachverhalt, dass eine demokratische Gesellschaft auch doppelzüngige Politiker hervorbringen kann, und dem von Diktaturen auf ihre Bürger ausgeübten Zwang zum Lügen besteht; und nur als Randglosse will ich erwähnen, dass Prof. Schluchter in Leipzig den Fachbereich Politikwissenschaften gegründet hat und diesen wohl nicht mit SED-Propagandisten aus der Sektion M/L „durchmischen“ wollte.

Es würde überhaupt keiner Erwiderung zu den „Anmerkungen“ bedürfen, wenn Prof. Hecht außer dem Ergebnis seiner Studien nur kundgetan hätte, dass er das Richtigstellen ihm genehmer, aber falscher Zahlen und das öffentliche Zurückweisen einer nicht zu ertragenden Diskriminierung von Teilen der Professorenschaft als mangelhaften Umgang mit Andersdenkenden ansieht – es ist ihm nicht verwehrt, sich selbst zu beschädigen. Aber mit dem demagogischen Wort von der angeblichen „Verwestlichung“ beschädigt er die ostdeutschen

²¹ hso 3-4/2000, S. 307-309

²² Arno Hecht: Zur Dynamik des Berufungsgeschehens an den Universitäten der neuen Bundesländer, in: *hochschule ost* 1-2/2000, S. 210ff.

Hochschulen, und das muss ihm verwehrt bleiben. Er weiß um die Wirkung, die ein Gefühl der Fremdbestimmung stets auslöst, und er bedient sich ihrer. – Es wirkt fast wie eine Grotteske, ist aber keine: Die DDR hat uns Jahrzehnte lang hautnah erleben lassen, dass Abschottung vom Rest der Welt das Geistige erstarren und dumpfen Provinzialismus gedeihen lässt. Zehn Jahre nach ihrem Untergang scheint die Zeit gekommen, Isolation wieder als Ziel anpreisen, und Weltoffenheit als Fremdbestimmung diffamieren zu können. Wie weit ist es da eigentlich noch bis zu einem „Wessis raus“?

Erinnern wir uns: Es war von Beginn an das erklärte Ziel der ostdeutschen Länder, eine weltoffene, leistungsfähige und moderne Hochschullandschaft zu etablieren. In der ersten Phase des Neuaufbaus wurde der Grundsatz der Bestenauslese vorübergehend eingeschränkt und freie Wissenschaftlerstellen fast ausschließlich mit – fachlich geeigneten – Ostdeutschen besetzt. Das war gut so, denn in freier Konkurrenz mit den westlichen Kollegen hätten zwar in der wissenschaftlichen Entwicklung privilegierte SED-Protagonisten eine Chance gehabt (die sie auch so hatten, sofern sie nicht gegen Bürger- und Menschenrechte verstoßen haben), aber nicht die vielen Wissenschaftler, die das SED-Regime an ihrer Entfaltung gehindert hat. Doch diese Phase ist längst abgeschlossen, die Isolation überwunden, und im akademischen Leben Ostdeutschlands ist Normalität eingeleitet. Das ist ein Verdienst der hier tätigen Wissenschaftler, und es ist völlig gleichgültig, ob deren Geburtsort in Ost- oder Westdeutschland oder auch im Ausland liegt.

Hätten die ostdeutschen Hochschulen wegen andauernder Einschränkung der Bestenauslese geringere Qualität als die anderer Bundesländer und des Auslandes, dann könnten sie sich in der Konkurrenz mit diesen nicht erfolgreich behaupten, ihr Untergang wäre dann nur eine Frage der Zeit. Wer dieses Faktum negativen Emotionen aussetzt, will die ostdeutschen Hochschulen auf abschüssige Bahn führen.

Wissenschaftsrat: Empfehlungen zur digitalen Informationsversorgung durch Hochschulbibliotheken

Digitalen Publikationen – auf CD-ROM oder als Publikationen im Internet – kommt heute bereits in vielen Bereichen von Wissenschaft und Forschung eine große Bedeutung zu, sie wird in Zukunft noch stark zunehmen. Für die Hochschulbibliotheken bedeutet der Umgang mit digitalen Informationen und Publikationen einen weitreichenden Wandel der Aufgaben und der Arbeitsbedingungen und –anforderungen ihrer Mitarbeiter. Der Wissenschaftsrat stellt fest, daß die Bibliotheken sich noch nicht hinreichend zu Zentren der Versorgung mit digitalen Informationen und Publikationen entwickelt haben; sie unterstützen Lehrende und Lernende mit entsprechenden Schulungen und Dienstleistungen nicht in ausreichendem Maße.

Auf absehbare Zeit werden "Hybridbibliotheken", die sowohl gedruckte als auch digitale Publikationen und Informationsquellen bereitstellen, das vorherrschende Modell sein. Mit einer ausgeprägten Benutzerorientierung sollten sie neben der traditionellen Aufgabe der Speicherung vorhandenen Wissens auch und vor allem wissensorganisierende und damit inhaltlich orientierende Funktionen übernehmen.

Bibliotheken werden künftig die meisten Dokumente nicht mehr selbst vorhalten, sondern vielmehr weltweite Zugänge und Zugriffe auf die gewünschten Informationen ermöglichen. Der Wissenschaftsrat empfiehlt den Bibliotheken, künftig dem Nutzer die benötigten Informationen schnell und kostengünstig am jeweiligen Arbeitsplatz zur Verfügung zu stellen ("Bring-Bibliotheken").

Die lokale Hochschulbibliothek wird diese Dienstleistungen nicht allein erbringen können, sie muß vielmehr integriert werden in ein System vernetzter und kooperierender nationaler und internationaler Bibliotheken wie beispielsweise den Fachportalen der Virtuellen Fachbibliotheken, Informationsverbänden und den wissenschaftlichen Fachgesellschaften.

Mit Zunahme der digitalen Literaturversorgung ist auf absehbare Zeit keine Minderung der Kosten für die Informationsbeschaffung und keine Entlastung der Erwerbungssets der Hochschulbibliotheken verbunden. Aufgrund der kurzen technischen Innovationszyklen und der damit verbundenen Folgekosten besteht auch auf Dauer ein hoher Reinvestitionsbedarf. Der Wissenschaftsrat gibt zu bedenken, daß dies nicht ohne Mittelumschichtungen und zusätzliche finanzielle Mittel geschehen kann. Dies wird auch notwendig sein, um die vorhandenen Defizite bei der Literaturerwerbung zu mildern. Der Wissenschaftsrat spricht sich für eine Anpassung der Erwerbungssets an die Preisentwicklung und an den wachsenden Umfang der Publikationen aus, um eine auch international vergleichbare und konkurrenzfähige Informationsversorgung für Wissenschaft und Forschung nachhaltig zu gewährleisten. Die Bereitstellung der erforderlichen Mittel könnte durch eine Finanzierung über Förderprogramme, eine Erhöhung des Globalbudgets der Bibliotheken, durch Schwerpunktsetzungen im Globalhaushalt der Hochschulen sowie durch eine Mitbeteiligung der institutionellen Nutzer an der Finanzierung erreicht werden.

Unabhängig von den neuen Anforderungen an Hochschulbibliotheken setzt eine global orientierte wissenschaftliche Informationsversorgung ein hohes Maß an technischer Standardisierung und internationaler Abstimmung voraus. Der Wissenschaftsrat empfiehlt:

- eine Standardisierung der Dokumentenformate. Hierzu bietet der XML-Standard eine weitreichende Möglichkeit, durch die Trennung von Inhalt und Präsentation eine Kompatibilität der Systeme zu gewährleisten;
- die Lieferung von Metadaten zu der Publikation, um eine maschinelle und strukturierte Erfassung und Aufbewahrung zu ermöglichen. Der bereits weit verbreitete Dublin Core ist als Mindeststandard für die Erschließung digitaler Objekte anzusehen und sollte durch Autoren und Verlage allgemein übernommen werden;

- international abgestimmte Konzepte zur Langzeitarchivierung digitaler Publikationen;
- eine Intensivierung der bislang schwachen Beteiligung deutscher Wissenschaftler in internationalen Gremien, um Arbeiten zur Standardisierung zu befördern und zeitnah in Deutschland umzusetzen.

Der Wissenschaftsrat sieht zudem die folgenden Rahmenbedingungen als zentral für die Förderung einer digitalen Informationsversorgung an:

- Das Prinzip der Pflichtabgabe für deutsche konventionelle Publikationen sollte auch für digitale Publikationen Anwendung finden. Die Deutsche Bibliothek sollte die Funktion einer überregionalen Pflichtexemplarbibliothek für digitale Verlagspublikationen übernehmen.
- Wissenschafts- und Förderorganisationen sollten dafür Sorge tragen, das mit ihrer Förderung erzielte und dokumentierte wissenschaftliche Wissen für eine wissenschaftliche Nutzung auf Dauer frei verfügbar zu machen. Auch die Ergebnisse aus der Forschungsförderung von Stiftungen sowie privater Initiativen sollten in gleicher Weise zugänglich gemacht werden.
- Autoren sollten ihre Verwertungsrechte mit der Freigabe zur wirtschaftlichen Verwendung nicht pauschal an Verlage abtreten. Im Wissenschaftssystem sollte Einvernehmen darüber bestehen, daß dem Autor das Recht zur Zweitverwertung erhalten bleibt, um eine elektronische Neuauflage (Re-Print) beispielsweise über den Server einer Hochschule oder über Fachportale anbieten zu können.

Das Internet bietet den Wissenschaftlern auch die Alternative, Publikationen selbst zu publizieren, ohne hierbei auf die Leistungen von Verlagen oder Bibliotheken angewiesen zu sein. Hierzu zählen die Internetseite einer Forschergruppe oder verlagsungebundene Zeitschriften und Dokumentenserver. Für bestimmte Gebiete der Naturwissenschaften bietet es sich für die Hochschulen zudem an, neue Publikationswege entweder unabhängig von Verlagen oder in neuartigen Kooperationsformen mit ihnen zu erschließen. Dies setzt nach Auffassung des Wissenschaftsrates jedoch voraus, ein System der Qualitätssicherung mit vergleichbarer wissenschaftlicher Reputation, wie sie bisherigen Verlagsveröffentlichung zugeschrieben wird, zu etablieren.

Zehn Jahre Berufsakademie Sachsen

"Berufsakademie Sachsen. Der andere Weg zum Diplom" – so lautet der Titel einer Broschüre, die jetzt zum zehnjährigen Bestehen dieser Bildungseinrichtung vom Sächsischen Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst herausgegeben wurde. Grundidee dieser Bildungseinrichtung des tertiären Sektors ist das sogenannte duale Prinzip, nämlich die enge Verknüpfung von Theorie und Praxis. Von der dreijährigen Ausbildungszeit verbringen die Studierenden jeweils die Hälfte an einer der Studienakademien und in ihrem Ausbildungsbetrieb. Die Berufsakademie hat derzeit sieben Standorte, die Staatlichen Studienakademien in Bautzen, Breitenbrunn, Dresden, Glauchau, Leipzig, Plauen und Riesa. Gemeinsam mit etwa 2.500 Praxispartnern aus der Wirtschaft bilden sie die Berufsakademie Sachsen, die vor zehn Jahren nach dem Modell Baden-Württembergs konzipiert wurde.

Was im Oktober 1991 mit nur 93 Studierenden an drei Studienstandorten begann, hat sich als attraktive Alternative zum traditionellen Hochschulstudium entwickelt. Derzeit studieren rund 4.200 junge Leute an den sieben Standorten. Etwa die Hälfte davon sind Frauen; jeder fünfte Studierende kommt von außerhalb Sachsens. Insgesamt werden in den Bereichen Wirtschaft, Technik und Sozialwesen derzeit 46 Studiengänge angeboten, darunter neuere Angebote etwa in den Richtungen Telekommunikation oder Veranstaltungsmanagement.

Dadurch, dass die Praxispartner bei Formulierung und Definition neuer Studiengänge aktiv mit einbezogen sind, kann die Berufsakademie in ihrem Angebot verhältnismäßig flexibel auf neuere Trends oder Entwicklungen am Arbeitsmarkt reagieren. Dies kommt offenkundig auch den Absolventen zugute. Mehr als 80 Prozent haben zusammen mit ihrem Diplomzeugnis bereits einen Arbeitsvertrag in der Tasche.

Die jetzt erschienene Broschüre ist zu beziehen bei: Publikationen@sachsen.de

Sächsisches Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst

News zu Wissenschaft und Forschung in Mittel- und Osteuropa

Das Ost-West-Wissenschaftszentrum der Universität GH Kassel bietet neuen Internet-Service über aktuelle Entwicklungen in Osteuropa

Es besteht in Deutschland in Politik und Wissenschaft wachsendes Interesse an einer wissenschaftlich-analytisch aufbereiteten Kurzinformation über aktuelle Entwicklungen in Osteuropa im Bereich Forschung, Lehre, Technologien. Diesem Bedarf trägt der neue Service des Ost-West-Wissenschaftszentrums der Universität Gesamthochschule Kassel Rechnung. Das Internet-Angebot bietet monatlich aktualisierte Kurzdossiers und ist kostenfrei verfügbar. Die Dossiers umfassen neue Entwicklungen in Forschung, Technologie und Lehre in staatlichen und nichtstaatlichen Wissenschaftseinrichtungen sowie für die Wissenschaft und Hochschullandschaft relevante politische und ökonomische Entscheidungen. Einbezogene Länder sind: Polen, Ungarn, Tschechien, Rumänien, Moldowa, Russland, die Ukraine und Belarus.

Die Informationen werden aus deutscher Sicht zusammengestellt. Die Recherchen erfolgen durch wissenschaftliche Länderexperten: So arbeitet das Ost-West-Wissenschaftszentrum u.a. zusammen mit der Arbeitsstelle für vergleichende Bildungsforschung der Ruhr-Universität Bochum oder dem Zentrum für Hungarologie der Universität Hamburg. In einem Archiv bleiben die News für Recherchen auf Dauer verfügbar. Die Zugangsadresse lautet: http://www.uni-kassel.de/owwz/Wiss_Aktu/

Weitere Informationen: Ost-West-Wissenschaftszentrum, Universität Gesamthochschule Kassel, Dr. Gabriele Gorzka, Holländische Str. 36-38, D-34109 Kassel, Tel. 0561 - 804 3567/3609, e-mail: gorzka@uni-kassel.de, <http://www.owwz.de>

informationsdienst wissenschaft (idw)

DOKUMENTATION

Terrorismus und Rasterfahndung Reaktionen deutscher Hochschulen

Pressemitteilung der Humboldt-Universität zu Berlin, 27. September 2001:

Die Leitung der Humboldt-Universität informierte am Dienstag den Akademischen Senat darüber, dass das Landeskriminalamt in der vergangenen Woche die Daten von Studierenden aus arabischen Ländern übergeben haben wollte. Dies wurde von der Humboldt-Universität mit Verweis auf die geltenden Gesetze vorerst abgelehnt. Nach nun vorliegenden Beschlüssen des Amtsgerichtes Tiergarten wurde die Humboldt-Universität verpflichtet, bestimmte personenbezogene Daten herauszugeben. Nach Prüfung des richterlichen Beschlusses hat die Humboldt-Universität Angaben von 23 Personen, die bestimmten Kriterien entsprechen, an das LKA übergeben.

Der Präsident der Humboldt-Universität, Prof. Dr. Jürgen Mlynek, betonte in diesem Zusammenhang einmal mehr den Anspruch der HU auf Welttoffenheit.

"Forschen und Lehren ist vor allem

Merkmalisliste des Landeskriminalamts Berlin zur Identifizierung möglicher Terroristen:

- männlich
- islamische Religionszugehörigkeit ohne nach außen tretende fundamentalistische Grundhaltung
- legaler Aufenthalt in Deutschland
- keine eigenen Kinder
- Studententätigkeit (technische Studienfächer)
- Mehrsprachigkeit
- keine Auffälligkeiten im allgemeinkriminellen Bereich
- rege Reisetätigkeit
- häufige Visabeantragungen
- finanziell unabhängig
- Flugausbildung

Quelle: www.heise.de

geprägt vom Gespräch und von der vorurteilsfreien Begegnung mit Menschen aus aller Welt. Wir unterstützen die Aufklärung der Terroranschläge auf die USA und sind zur Kooperation mit den zuständigen Behörden bereit. Wir sind uns aber auch einig darin, dass niemand allein auf Grund seines Glaubens oder seiner Herkunft ungerechtfertigt verdächtigt werden darf. Alle internationalen Studierenden, Mitarbeiter und Gäste sind uns herzlich willkommen."

Pressemitteilung der TU München, 8. Oktober 2001:

Internationalisierung ist weiterhin eines der wichtigsten Ziele der Technischen Universität München. Dies äußert Prof. Wolfgang A. Herrmann, Präsident der Hochschule, in einem Statement zur „Rasterfahndung“ des Bayerischen Verfassungsschutzes.

Prof. Herrmann: „Die wichtigste Aufgabe des Staates besteht darin, die Sicherheit seiner Bürger und Gäste zu gewährleisten. Angesichts der fürchterlichen Terroranschläge in New York und Washington ist auch bei uns erhöhte Wachsamkeit geboten. In diesem Kontext ist die Rasterfahndung des Bayerischen Verfassungsschutzes selbstverständlich zu akzeptieren. Zu Recht erwarten auch unsere 3200 Studierenden aus dem Ausland, dass ihnen ihr Gastland die größtmögliche Sicherheit garantiert. Mit der Diskriminierung irgendeiner Personengruppe hat dies nichts zu tun.“ [...]

Pressemitteilung der Ruhr-Universität Bochum, 10. Oktober 2001:

[...] Zum Zwecke des automatischen Abgleichs von personengebundenen Daten wandte sich heute nachmittag die Polizei Bochum auch an die Leitung der Ruhr-Universität Bochum und bat um Herausgabe von Daten der männlichen Studierenden bestimmter Geburtsjahrgänge. Grundlage für die Weitergabe der Daten ist eine Anordnung des Amtsgerichts Düsseldorf.

Seit den Terroranschlägen auf die USA ist in Deutschland die so genannte Rasterfahndung wieder in aller Munde. Zum Zwecke dieses automatischen Abgleichs von personengebundenen Daten wandte sich heute Nachmittag die Polizei Bochum auch an die Leitung der Ruhr-Universität Bochum und bat um Herausgabe von Daten der männlichen Studierenden bestimmter Geburtsjahrgänge. Grundlage für die Weitergabe der Daten ist eine Anordnung des Amtsgerichts Düsseldorf. Die gerichtliche Anordnung verpflichtet u.a. auch die anderen Bochumer Hochschulen zur Weitergabe von Daten ihrer Studierenden.

Keine Daten zur Religionszugehörigkeit

Im einzelnen berechtigt Paragraph 31 des Polizeigesetzes (Rasterfahndung) die Polizeibehörden zum Erhalt folgender personengebundener Daten: Name, Geschlecht, Anschrift, Tag und Ort der Geburt sowie andere für den Einzelfall benötigte Daten. Konkret beinhaltet der letzte Punkt beim Ersuchen an die Ruhr-Uni den jeweiligen Studiengang und die Semesterzahl. Über die Religionszugehörigkeit ihrer Studierenden hingegen besitzt die RUB keine Daten.

Kein Terrorismusverdacht

RUB-Rektor Prof. Dr. Dietmar Petzina und RUB-Kanzler Gerhard Möller betonen ausdrücklich, dass sie keinen ihrer Studierenden des Terrorismus verdächtigen. Ebenso wenig stellen sie irgendeine Gruppe der Studierenden an der RUB unter Kollektivverdacht. Statt dessen fühlen sich Rektor und Kanzler dem offenen und internationalen Geist der Ruhr-Universität verpflichtet und möchten weiterhin das friedliche Miteinander der Kulturen und Religionen an der RUB unterstützen und fördern.

Rechtliche und moralische Verpflichtung

Andererseits ist die RUB durch die aktuelle Rechtslage zur Datenweitergabe gezwungen. Zudem fühlen sich Rektor und Kanzler durch das Ausmaß des grausamen Verbrechens vom 11. September und die mögliche weiterbestehende terroristische Gefahr nicht nur rechtlich, sondern auch moralisch verpflichtet, die Ermittlungsbehörden bei Aufklärung begangener und Verhinderung zukünftiger Verbrechen zu unterstützen. Sie erachten es als selbstverständlich, dass entsprechend geltendem Recht nach Beendigung der Maßnahme die zusätzlich angefallenen Daten gelöscht werden.

Pressemitteilung der Deutschen Sporthochschule Köln,

10. Oktober 2001:

[...] Als Rektor einer international ausgerichteten Universität äußerte Rektor Prof. Walter Tokarski seine Besorgnis über die internationalen Entwicklungen in Zusammenhang mit den Terroranschlägen in New York. Auch die Hochschulen sind aufgefordert, sich an der bundesweiten Rasterfahndung zu beteiligen. Die Deutsche Sporthochschule akzeptiert dieses Vorgehen, anstehende Maßnahmen dürfen jedoch nicht "diskriminierend wirken und unsere ausländischen Studierenden pauschal brandmarken". [...]

Pressemitteilung der Otto-von Guericke-Universität Magdeburg,

11. Oktober 2001:

Die Datenübermittlung an das LKA Sachsen-Anhalt, die in der vergangenen Woche wie in zahlreichen anderen öffentlichen Institutionen des Landes auch an der Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg erfolgt ist, beruht auf einer Anordnung des Amtsgerichtes Magdeburg vom 26. September 2001. Sie ist landesgesetzlich (SOG LSA §§31 und 44) geregelt und mit dem Datenschutzbeauftragten des Landes Sachsen-Anhalt abgestimmt. Das LKA hat zugesichert, dass die Daten unmittelbar nach der Rasterfahndung, wenn sich keine belastenden Hinweise ergeben, vernichtet werden. Die Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg wird diese Vorgänge sorgfältig beobachten und keine Auskünfte über die Auswahlkriterien, die der Datenfrage zugrunde liegen, erteilen.

Die Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg verkennt nicht, dass es sich hier um eine Maßnahme handelt, die durchaus rechtliche Zweifel zulässt. Andererseits ist der Gedanke unerträglich, dass durch Unterlassung geeigneter Maßnahmen weitere Anschläge, wie wir sie am 11. September 2001 in furchtbarer Weise erlebt haben, Vorschub geleistet wird. Es ist nicht auszuschließen, dass die breit angelegten Ermittlungen als pauschale Verdächtigung der Angehörigen bestimmter Nationen und Religionen aufgefasst werden können. Die Otto-von-Guericke-Universität wird allen Diskriminierungen entschieden entgegenzutreten. Die ausländischen Kommilitoninnen und Kommilitonen aller Länder sind uns willkommen und werden als eine Bereicherung angesehen.

Pressemittteilung der Gesellschaft für Informatik, 11. Oktober 2001:
Die Rasterfahndung im Kampf gegen den Terror: Daten unbeteiligter Personen müssen schnellstmöglich wieder gelöscht werden. Die Gesellschaft für Informatik e.V. (GI) warnt vor Vorverurteilung ausländischer Studierender und unkontrollierter Speicherung von Bevölkerungsprofilen

Als "gefährlich für den Wissenschafts- und Wirtschaftsstandort Deutschland" hat der Präsident der Gesellschaft für Informatik e.V. (GI), Prof. Dr. Dr. h.c. Heinrich C. Mayr, die aufgeheizte Diskussion um die Rasterfahndung nach den Terroranschlägen in New York und Washington bezeichnet. "Es ist selbstverständlich, dass jedes Land dieser Erde daran mitwirkt, Terroranschläge wie die vom 11. September aufzuklären und international vernetzte Terrororganisationen auszuschalten", sagte Mayr. Auch Deutschland müsse die USA tatkräftig dabei unterstützen, die Drahtzieher der Anschläge und deren Verbindungen nach Deutschland ausfindig zu machen.

Dennoch beobachte die GI mit großer Sorge, dass nunmehr ausländische Studierende insbesondere technischer Fachrichtungen unter den Ge-

neralverdacht einer möglichen Sympathie oder gar Beteiligung an terroristischen Aktionen geraten.

[...] Der Einsatz einer groß angelegte Rasterfahndung unter anderem bei Studierenden islamischen Glaubens sowie arabischer Kultur und Sprache werde momentan als wirksames Mittel zur Verhütung terroristischer Anschläge propagiert. "Es ist sicher richtig und hilfreich, dass damit Personenkreise mit bestimmten Merkmalen herausgefiltert werden können. Aber darüber darf nicht vergessen werden, dass über grobe Raster auch unbescholtene Bürgerinnen und Bürger im Netz der Ermittlungsbehörden landen", so Mayr.

"Die Gesellschaft muss sich deshalb fragen, was mit den erhobenen Daten geschieht und wie sicher gestellt werden kann, dass diese nicht missbräuchlich genutzt werden", erläuterte Prof. Dr. Klaus Brunnstein, Datenschutzexperte aus Hamburg. "Es muss garantiert werden, dass die Rasterfahndung nicht zum Sammeln großer Datenmengen benutzt wird, die anschließend auf unbestimmte Zeit gespeichert werden. "Nach dem Ausschluss einer Beteiligung an terroristischen Aktivitäten müssen die erhobenen Daten unverzüglich gelöscht werden", forderte Mayr. Die Rasterfahndung dürfe nicht dazu dienen, detaillierte Profile ganzer Bevölkerungsgruppen zu erstellen und zu speichern. "Die tragischen Ereignisse in den USA dürfen nicht dazu benutzt werden, in Deutschland den Überwachungsstaat durch die Hintertür einzuführen", warnten Mayr, Brunnstein und Peroz.

Brief des Kanzlers der Universität Leipzig zur Rasterfahndung:

Leipzig, im Oktober 2001¹ – Liebe ausländische Kommilitoninnen und Kommilitonen! Als Leiter der Universitätsverwaltung wende ich mich an Sie, weil ich von einigen von Ihnen erfahren habe, daß Sie sich wegen der von der Polizeiführung unseres Landes angeordneten Rasterfahndung diskriminiert fühlen.

Dafür gibt es keinen Grund. Ich wende mich daher an Sie, um Sie darüber zu informieren, was tatsächlich geschehen ist und geschieht: Ausgangspunkt sind die Terroranschläge vom 11. September in den USA und die Befürchtung, weitere hinterhältige Angriffe – auch mit biologischen oder chemischen Kampfstoffen – könnten auch unser Land betreffen. Um derartige Anschläge nach Möglichkeit zu verhindern, haben die

¹ Der Brief wurde zwei Tage nach einer Podiumsdiskussion, an der auch der Kanzler beteiligt war und während der die Leipziger Universitätsverwaltung massiv wegen ihres "unpolitischen" Umgangs mit den Datenanforderungen der Sicherheitsbehörden kritisiert worden war, auf die Homepage der Universität gestellt. (Red.)

Verantwortlichen in den Sicherheitsbehörden unseres Landes gemäß § 47 des Sächsischen Polizeigesetzes eine sogenannte "Rasterfahndung" angeordnet. Nachdem ein mögliches Täterprofil erstellt wurde, sollen durch einen Vergleich der in der Staatsverwaltung, u.U. auch bei Privaten vorhandenen Dateien mit Hilfe der modernen Rechentechnik die dem Täterprofil entsprechenden Personen identifiziert werden, um die weiteren Fahndungsmaßnahmen auf diesen Personenkreis konzentrieren zu können. Dazu werden die vorhandenen Daten an eine Zentrale übermittelt und "zusammengespielt". Die Daten aller nicht dem Profil entsprechenden Personen werden nicht mehr weiter bearbeitet und gelöscht.

Zu diesem Zweck wurde auch die Universität Leipzig aufgefordert, bestimmte Angaben so weit zur Verfügung zu stellen, wie sie bei einer groben Kategorienbildung einem möglichen Täterprofil entsprechen. Die Maßnahme richtete sich nicht – wie vielfach angenommen wird – gegen die muslimischen Studierenden. Zu der betroffenen Gruppe von Universitätsangehörigen gehören auch Studierende aus vielen nichtmuslimischen Ländern und selbstverständlich auch aus Deutschland. Zum anderen konnte sich die Maßnahme auch deshalb gar nicht gegen muslimische Studierende richten, weil die Universität die Religionszugehörigkeit der Studierenden überhaupt nicht kennt, solche Daten infolgedessen nicht gespeichert hat und daher auch nicht weitergeben kann.

Die den Ermittlungsbehörden mitgeteilten Angaben betreffen daher nur solche selbstverständlichen Merkmale wie Name, Geburtsdatum, Anschrift in Leipzig und im Heimatland, das Jahr der Aufnahme des Studiums und das Studienfach. Der sächsische Datenschutzbeauftragte hat mir auf Befragen ausdrücklich erklärt, daß die datenschutzrechtlichen Bestimmungen bei der aktuellen Ermittlungsaktion genau beachtet werden, so daß er keinen Anlaß zu irgendwelchen Vorbehalten hat.

Angaben über den Verlauf des Studiums in Form von Prüfungszeugnissen oder Daten aus anderen Akten, die eventuell in der Universität vorhanden sind, werden von der Rasterfahndung nicht erfaßt. Das ergibt sich aus den Vorschriften des sächsischen Polizeigesetzes eindeutig. Selbstverständlich beachtet die Universitätsverwaltung diese Vorschriften sorgfältig.

Allerdings sind die Polizeibehörden bei Vorliegen konkreter Verdachtsmomente durchaus befugt, auch in derartige Unterlagen Einsicht zu nehmen und sie sogar zu beschlagnahmen. Käme derartiges vor, wären jeder einzelne von Ihnen erheblich stärker betroffen, als es der – weitestgehend – maschinelle Vergleich von Daten mit sich bringt. Da die Computer an Hand der eingegebenen Merkmale automatisch sortieren,

werden die nicht als mögliche Täter in Frage kommenden Personen automatisch aussortiert und die entsprechenden Daten gelöscht.

Man hat mich gefragt, ob ich den Betroffenen nicht – auch zur Einhaltung datenschutzrechtlicher Bestimmungen – einzeln mitteilen müßte, daß ihre Daten an die Polizei weitergegeben wurden. Da Zweck der Ermittlung ist, mögliche Straftäter zu ermitteln, würden diese durch eine solche Mitteilung aber gewarnt. Sie könnten sich dann auf diese Situation vorbereiten. Damit aber würde das Bemühen, sie ausfindig zu machen, wenn nicht vereitelt, so doch erschwert. Eine derartige Mitteilung an die Betroffenen ist also nicht möglich. Das Strafgesetzbuch bedroht ein solches Verhalten auch mit hohen Freiheitsstrafen.

Daß aber diejenigen, die terroristische Anschläge planen, ermittelt werden – daran müssen wir gemeinsam ein Interesse haben. Als Beamter, der sowohl für die Sicherheit der Angehörigen der Universität als auch dafür, daß von der Universität keine Gefahren für die Sicherheit unseres Landes und darüber hinaus ausgehen, in hohem Maß verantwortlich ist, muß mir persönlich daran liegen, daß mögliche Täter frühzeitig enttarnt werden. Das liegt ja aber auch in Ihrem Interesse. Ich hoffe daher auch auf Ihr Verständnis.

Auf der anderen Seite dürfen Sie sicher sein, daß die Universität sich mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln für Sie einsetzen wird, wenn es zu Diskriminierungen wegen Ihrer Herkunft oder zu Übergriffen gegen Sie als Ausländer kommt. Das hat die Universität bei den bedauerlichen Fällen, die es in den letzten Jahren gegeben hat, immer wieder unter Beweis gestellt. Die Universität Leipzig ist auf Grund eines Nationalitätenkonflikts an der Universität Prag im Jahr 1409 entstanden. Weil dort die Deutsche Nation diskriminiert wurde, haben damals viele Professoren und Studenten das Land verlassen und in Leipzig eine neue Universität aufgebaut. Die Folge dieser Entstehungsgeschichte ist, daß unsere Universität von Anbeginn an ausländische Studierende und Gelehrte mit offenen Armen empfangen hat. Wir sind froh darüber, daß Sie sich für ein Studium an unserer Universität entschieden haben und werden alles tun, damit Sie diesen Beschluß nicht bereuen. Sie werden auch festgestellt haben, daß es ein ausländerfeindliches Klima an unserer Universität nicht gibt. Vor einzelnen Narren ist man natürlich nie sicher. Aber gehen Sie bitte davon aus, daß die Universitätsleitung in solchen Fällen das Erforderliche schnell und konsequent tun wird.

Ich möchte Ihnen noch einmal versichern, daß die von der Polizei unseres demokratischen Rechtsstaates für erforderlich gehaltenen Maßnahmen zur Bekämpfung des Terrorismus keine Diskriminierung für Sie bedeuten. Ich wünsche uns allen, daß wir möglichst bald wieder in dem für

Studium, Lehre und Forschung unverzichtbaren Klima des Friedens unseren Aufgaben nachgehen können.

Mit freundlichen Grüßen Peter Gutjahr-Löser, Kanzler

Pressemitteilung der Universität Dortmund, 12. Oktober 2001

Vor dem Hintergrund der öffentlichen Diskussion um die Einbeziehung der Hochschulen in die Ermittlungen wegen der Beteiligung an terroristischen Gewaltverbrechen gibt die Leitung der Universität Dortmund folgende Erklärung ab.

Am vergangenen Montag haben die ermittelnden Behörden auch die Universität Dortmund um die Weitergabe von Daten im Zuge der sogenannten "Rasterfahndung" gebeten. Die Bitte stützt sich auf eine entsprechende Anordnung des Amtsgerichts Düsseldorf vom 2. Oktober, und die benötigten Daten wurden den Ermittlungsbehörden am Mittwoch übergeben.

Die Weitergabe beschränkt sich auf diejenigen Daten, zu deren Übermittlung die Universität nach dem Beschluss des Amtsgerichtes Düsseldorf verpflichtet ist. Für weitere Auskünfte zu erhobenen Daten verweist die Universität auf die Pressestelle der örtlichen Polizeibehörde. Die Universität Dortmund geht davon aus, dass der Gebrauch der Daten auf den gesetzlich beschriebenen Zweck beschränkt bleibt und dass die Daten gelöscht werden, sobald im Einzelfall eine Beteiligung an terroristischen Aktivitäten ausgeschlossen werden kann.

Die Universität Dortmund legt Wert darauf zu betonen, dass aus den Ermittlungen kein Pauschalverdacht gegen Angehörige bestimmter Religionen oder Nationalitäten entstehen darf. Sie wird daher alles in ihrer Kraft Stehende dafür tun, dass im universitären Leben keine Einschränkungen im Sicherheitsempfinden der ausländischen Studierenden entstehen. [...]

Pressemitteilung der Hochschule Magdeburg-Stendal (FH), 12. Oktober 2001:

Die Datenübermittlung an das LKA Sachsen-Anhalt, die in der vergangenen Woche auch an der Hochschule Magdeburg-Stendal (FH) stattgefunden hat, beruht auf einer Anordnung des Amtsgerichtes Magdeburg vom 26.9.2001. Das LKA hat zugesichert, dass die Daten unmittelbar nach der Rasterfahndung vernichtet werden, wenn sich keine belastenden Hinweise ergeben.

Dazu erklärt der Rektor der Hochschule, Prof. Dr. Andreas Geiger: "Es handelt sich bei der Datenübertragung an das LKA um eine Maßnahme, die nicht ohne gewisse Bedenken hingenommen wurde. Natürlich wollen wir nicht durch Unterlassung möglicher Untersuchungen dazu beitragen, dass terroristischen Anschläge nicht aufgeklärt werden bzw. ihnen gegebenenfalls Vorschub geleistet werden könnte. Allerdings ber-

gen solche Datenweitergaben das Risiko, dass es zu Vorurteilen, pauschalen Verdächtigungen und sogar zu Vorverurteilungen kommen kann – insbesondere im Hinblick auf ausgewählte Nationalitäten und ausgewählte Religionen. Die Hochschule Magdeburg-Stendal (FH) wird sich gegen eventuelle Versuche dieser Art wehren und möglichen Diskriminierungen entschieden entgegenzutreten. Internationalismus und die Toleranz gegenüber Angehörigen anderer Nationalitäten und Religionen haben höchste Priorität in der Hochschule und wir sind fest entschlossen, die Zahl der Ausländer, die im Rahmen von Forschung und Lehre zu uns kommen, deutlich zu erhöhen."

Pressemitteilung der Universität Hamburg, 22. Oktober 2001:

Zum Auftakt des Wintersemesters 2001/2002 begrüßte Universitätspräsident Jürgen Lüthje rund 2000 Erstsemester im Audimax der Universität Hamburg. Vor dem Hintergrund der aktuellen politischen Lage betonte der Präsident in seiner Rede vor allem die herausragende Bedeutung der Hochschulen für die internationale Völkerverständigung und den Dialog der Kulturen. [...]

Auch zu der derzeit heftig diskutierten Rasterfahndung nahm der Präsident in seiner Rede ausdrücklich Stellung. Er distanzierte sich von dem Vorwurf der pauschalen Verdächtigungen ausländischer Studierender und stellte klar, dass die Universität ausschließlich "offene Daten" an die Behörden weiterleite, also Daten, die nicht dem Datenschutz unterliegen. "Die einzigen Daten, die die Universität erhebt, sind Name, Geburtsdatum, Anschrift und die Tatsache der Immatrikulation. Diese Daten sind ohnehin öffentlich zugänglich. Weitere Daten wie z. B. die Religionszugehörigkeit eines Studenten werden von der Universität nicht an Dritte weitergegeben."

Pressemitteilung der Ruhr-Universität Bochum, 22. Oktober 2001:

Das Thema Rasterfahndung beunruhigt die deutschen Hochschulen: Was passiert mit den Daten der Studierenden, die die Hochschulen weitergeben müssen? Das Rektorat der Ruhr-Universität und der AstA stellen sich den Fragen und Sorgen der Mitglieder der RUB. Rektor Prof. Dr. Dietmar Petzina und AstA-Vorsitzende Verena Witte laden ein zu einer öffentlichen Diskussion „Rasterfahndung: Sicherheit und Bürgerrechte in einer offenen Gesellschaft“. [...]

Pressemitteilung der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn, 30. Oktober 2001:

Auch einige Wochen nach den verheerenden Terroranschlägen von New York und Washington erfüllen die weitreichenden Konsequenzen der Ereignisse des 11. September 2001 die Mitglieder der Universität Bonn noch immer mit großer Sorge. Die Tatsache, dass einer der Terroristen zeitweise das Studienkolleg in Bonn besuchte und dass zur so genannten Rasterfahndung nach weiteren "Schläfern" nun auch Personendaten der Bonner Universität herangezogen werden, sorgen für erhebliche Unruhe. Der Rektor der Universität, Professor Klaus Borchard, hatte bereits kurz nach den Terroranschlägen zur Besonnenheit gemahnt und Pauschalverurteilungen gegenüber muslimischen Studierenden vehement zurückgewiesen. Tatsächlich sei der Terrorismus nicht eine Folge des Islam, sondern vielmehr Ausdruck eines komplizierten Wirkgefüges, dessen Hintergründe gründlich zu analysieren zu den Aufgaben einer Universität gehören.

Die Universität Bonn ist zudem bereits seit vielen Jahren eng mit amerikanischen Partnern wie etwa der renommierten New York University verbunden. Und mit dem von 11 Jahren gegründeten Nordamerikaprogramm (NAP) sind die transatlantischen Verbindungen in Forschung und Lehre weiter gefestigt worden. Im Wintersemester 2001/2002 veranstaltet die Universität Bonn daher eine öffentliche Ringvorlesung mit dem Titel "America Under Attack – Der 11. September 2001 – Folgen, Fragen, Hintergründe". Die Reihe wird federführend vom Nordamerikaprogramm der Universität mit Unterstützung des Rektorats organisiert. [...]

Bibliographie: Wissenschaft & Hochschulen in Ostdeutschland und Osteuropa von 1945 bis zur Gegenwart¹

Peer Pasternack
Wittenberg/Leipzig

1. Publikationen zu Wissenschaft & Hochschulen in SBZ/DDR/Ostdeutschland

1.1. *Nachträge: Erscheinungszeitraum 1990 – 1998²*

Burkhardt, Anke/Scherer, Doris: *Materialien zur DDR-Hoch- und Fachschulstatistik. Dokumentation bildungsstatistischer Quellen der Projektgruppe Hochschulforschung Berlin-Karlshorst*. Hrsg. von der Projektgruppe Hochschulforschung Berlin-Karlshorst, Berlin 1993. 203 S. Bezug bei: HoF Wittenberg, Collegienstr. 62, 06886 Wittenberg.

Um Daten im Rahmen der Landes- und Bundesstatistik für Gesamtdarstellungen auswerten zu können, wird der Sicherung von Materialien der DDR-Statistik eine wichtige Bedeutung beigemessen. Die Autorinnen wollen mit dieser Quellendokumentation einem breiteren Interessenkreis Kenntnis über die in der Projektgruppe vorhandenen

¹ Die Bibliographie erfasst ausschließlich selbständige Publikationen: Monographien, Sammelbände, Broschüren, ggf. auch komplette Zeitschriften-Nummern, sofern diese einen an dieser Stelle interessierenden thematischen Schwerpunkt haben.

² „Nachträge“ bezieht sich auf folgende Veröffentlichung, die an dieser Stelle (jeweils im Kapitel 1) fortlaufend ergänzt wird: Peer Pasternack: Hochschule & Wissenschaft in SBZ / DDR / Ostdeutschland 1945-1995. Annotierte Bibliographie für den Erscheinungszeitraum 1990 – 1998, Deutscher Studienverlag, Weinheim 1999, 566 S., ISBN 3-89271-878-4, DM 98,-.

Materialien zur Hoch- und Fachschulstatistik geben. Die in der Projektgruppe vorliegenden zahlreichen statistischen Quellen reichen bis zum Anfang der 60er Jahre zurück und schließen auch Materialien ein, die wegen ihres vertraulichen Charakters zu DDR-Zeiten einen begrenzten Verteilerkreis hatten und in der Strukturierung bei der Studenten- und Personalstatistik über bisher vorliegende Publikationen hinausreichen. Die Quellen sind nach thematischen Gruppen und jeweils in sich chronologisch geordnet.

Prümmer, Christine von/Stein, Ruth Heidi: *Zur Situation von Fernstudierenden in der DDR* (Frauen im Fernstudium/Nr. 5). Hrsg. vom Zentrum für Fernstudienentwicklung ZFE der FernUniversität, o.O. [Hagen] 1991. 37 S. Mit diesem Bericht soll die Situation der Fernstudierenden in der DDR zum Zeitpunkt der gesellschaftlichen Umbruchs in der DDR dokumentiert werden. Er enthält Beiträge von Ruth Heidi Stein zur Situation von "Frauen im Fernstudium der ehemaligen DDR" und von Christine von Prümmer zum "Fernstudium und Fernstudierenden in der DDR". Ersterer Beitrag wird durch einige Hintergrundinformationen über die Situation von Frauen an den DDR-Hochschulen und in der DDR allgemein ergänzt.

Rapoport, Samuel Mitja (Hg.): *Sitzungsberichte der Leibnitz-Sozietät* (Bd. 20, Jahrgang 1998 Heft 1). Trafo Verlag, Berlin 1998. 129 S. DM 35,-. Im Buchhandel.

Im hiesigen Kontext ist auf folgende Beiträge dieses Heftes hinzuweisen: „Erträgliche Bilanz. Anmerkungen zu 'Wissenschaft und Wiedervereinigung' (Reinhard Mocek), „Gedanken beim Lesen der Studien und Materialien der Arbeitsgruppe 'Wissenschaft und Wiedervereinigung' der Berlin-Brandenburger Akademie der Wissenschaften" (Wolfgang Schirmer), „Die Träger der Sieger. Wissenschaft und Wiedervereinigung – eine kritisch Bilanz" (Helmut Steiner), „Nicht so gewollt" (Hermann Klenner).

Küttler, Wolfgang/Meier, Helmut (Hg.): *Gibt es erledigte Fragen an die Geschichte? Beiträge eines wissenschaftlichen Kolloquiums aus Anlaß des 65. Geburtstages von Walter Schmidt am 1. Juli 1995 in Berlin* (Gesellschaft – Geschichte – Gegenwart Bd. 5), Trafo-Verlag Dr. Wolfgang Weist, Berlin 1996. 169 S. DM 49,80. Im Buchhandel

Auf Einladung des Vereins „Gesellschaftswissenschaftliches Forum“ fand am 1. Juli 1995 in Berlin ein Kolloquium zu dem im Titel genannten Thema statt. DDR-historiographiegeschichtlich interessieren folgende Beiträge: „Wie offen ist die Geschichte? – Bemerkungen unerledigten Fragen aus der DDR-Historiographie“ (Wolfgang Küttler), „Schwierigkeiten historischen Denkens“ (Wolfgang Eichhorn) Geschichtsbewusstsein – Ideologie oder adäquater Umgang mit Geschichte?“ (Helmut Meier), „Einige Gedanken zur Biographik der Arbeiterbewegung“ (Martin Hundt), „Arbeiterbewegung und Demokratie in den 1848er Revolutionsforschungen der DDR. Leistungen und Defizite“ (Walter Schmidt).

Neuhaus, Friedemann: *Walter Schmidt im Umbruch. Geschichtspolitik, Geschichtsunterricht und Geschichtsbewußtsein in der DDR und den neuen Bundesländern 1983- 1993*. Verlag Peter Lang, Frankfurt a.M./Berlin/Bern/ New York/Paris/Wien 1998. 424 S. DM 98,-. Im Buchhandel.

Anhand interner und öffentlich geführter Diskussion über den in der zweiten Hälfte der 80er Jahre in der DDR neu eingeführten Lehrplan für Geschichte wird der Zusammenhang von Geschichtspolitik der SED und den Inhalten des Geschichtsunterrichts untersucht. Wengleich diese Reform an inneren Widersprüchen scheiterte, sei sie doch Ausgangspunkt für die Umgestaltung des Geschichtsunterrichts nach der „Wende“ gewesen, wie am Beispiel der Lehrplanentwicklung in Thüringen nachgewiesen wird. Intensivinterviews mit LehrerInnen sowie SchülerInnen ergänzen die Darstellung. Im Hinblick auf das Dilemma der Gleichzeitigkeit von rascher institutioneller Umwälzung einerseits und einem sehr viel langsameren Mentalitätswandel versucht das Buch außerdem einen Beitrag zur Transformationsforschung.

Gebauer, Fritz/Neuhaus, Manfred (Hg.): *Mitteilungen Heft 10*. Rosa-Luxemburg-Verein e.V., Leipzig 1993. 58 S. Bezug bei: Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen, Sternwartenstr. 31, 04103 Leipzig.

Diese Ausgabe ist dem verstorbenen Vorsitzenden und Mitgründer des Rosa-Luxemburg-Vereins Leipzig, Gustav Seeber, gewidmet. Seit 1972 war Seeber bis zur Auflösung des zur Akademie der Wissenschaft gehörenden Zentralinstituts für Geschichte im Jahre 1991 Leiter des dortigen Wissenschaftsbereiches „Deutsche Geschichte 1789-1917“. Seit 1981 fungierte er als leitender Herausgeber der Reihe "Studienbibliothek DDR-Geschichtswissenschaft", in der Forschungsergebnisse auf verschiedenen Gebieten vorgestellt wurden. Das Heft enthält u.a. die Trauerreden von Wolfgang Küttler und Hans-Jürgen Friederici. Neben dem Beitrag von Heinz Wolter "Zwischen Bebel und Bismarck. Gustav Seeber verstorben" ist auf das im Heft enthaltene Verzeichnis der wissenschaftlichen Veröffentlichungen von Gustav Seeber hinzuweisen.

Beth, Hans-Joachim/Reinhard Brühl/Dieter Dreetz (Hg.): *Forschungen zur Militärgeschichte. Probleme und Forschungsergebnisse des Militärgeschichtlichen Instituts der DDR* (Gesellschaft – Geschichte – Gegenwart Bd. 11), Trafo-Verlag Dr. Wolfgang Weist, Berlin 1998. 339 S. DM 49,80. Im Buchhandel.

Die Beiträge geben einen Einblick in die Forschungen am Militärgeschichtlichen Institut der DDR (MGI) und zum Teil auch darüber hinaus an anderen Einrichtungen der DDR, soweit diese militärhistorische Studien betrieben. Die Autoren waren selbst Militärgeschichtler in der DDR und gehen daher als Insider auf Probleme und Zusammenhänge ein, die sich aus Akten allein oft nicht erschließen lassen. Ihr Hauptaugenmerk richtet sich darauf, einen Beitrag zur Faktensicherung und zur kritischen Bestandsaufnahme der DDR-Militärgeschichte und der speziellen Arbeitsgebiete der Autoren zu leisten. Im einzelnen mit folgenden Beiträgen: „Militärgeschichtsschreibung in der DDR. Zu Anliegen und Problemen eines Neubeginns“ (Reinhard Brühl), „Die Militärgeschichtswissenschaft der DDR und das System wissenschaftlicher Erkenntnisse über Krieg und Streitkräfte“ (Kurt Schützle), „Zur Erforschung militärgeschichtlicher Probleme der älteren deutschen Geschichte vom Frühmittelalter bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts“ (Helmut Schnittler), „Forschungen zur Vorgeschichte und Geschichte des Ersten Weltkrieges“ (Werner Knoll), „Zur Geschichts- und Militärgeschichtsschreibung der DDR über den Zweiten Weltkrieg. Ansprache – Widersprüche – Bilanz“ (Gerhart Hass), „sine ira et studio? Einige Gedanken über die Forschungen zur Geschichte des Zweiten Weltkrieges“ (Werner Stang), „Zur deutsch-sowjetischen Zu-

sammenarbeit bei der Herausgabe der ‚Geschichte des Zweiten Weltkrieges 1939-1945‘“ (Erhard Moritz), „Zur Darstellung der militärpolitischen und militärischen Beziehungen DDR-UdSSR und im Warschauer Pakt. Eine Rückschau“ (Günther Glaser), „Forschungen zur Militärgeschichte der NATO und der BRD in den 70er und 80er Jahren“ (Lothar Schröter), „Die Zeitschrift ‚Militärgeschichte‘ (1962-1990)“ (Karl Nuß), „Das ‚Wörterbuch zur deutschen Militärgeschichte‘ – ein bedeutsames Arbeitsergebnis der Militärgeschichtsschreibung der DDR“ (Norbert Müller), „Probleme mit der Parteilichkeit. Aus persönlichen Aufzeichnungen (1996)“ (Otto Hennicke), „Militärgeschichtswissenschaft im Erneuerungsprozess. Ansätze einer Neuorientierung der Militärgeschichtswissenschaft der DDR auf einem Kolloquium Anfang 1990“ (Wilfried Hanisch), „Das sanfte Ende des MGI“ (Dieter Dreetz), „Bibliographie der Forschungsarbeiten am MGI“ (Renate Stang/Werner Stang).

Institut für Geschichte und Geschichtsdidaktik der Pädagogische Hochschule "Karl Friedrich Wilhelm Wander" (Hg.): *Jahrestagung der Geschichtsdidaktiker der DDR. 26. bis 28. Juni 1990 in Dresden. Protokoll*. Dresden 1991. 173 S.

Die 30. Jahrestagung der Geschichtsmethodiker der DDR war deren letzte. Zugleich war sie aber auch die erste mit zahlreich teilnehmenden Geschichtsdidaktikern aus Westdeutschland. Das Protokoll ist nur begrenzt eine Dokumentation des Tagungsverlaufs, da manche Teilnehmer aufgrund der damaligen Ereignisse kurzfristig ihr Thema und den Inhalt der Beiträge in der freien Rede änderten. Neben der Eröffnungsr Rede von Wendelin Szalai sind folgende Beiträge von besonderem Interesse: "Erneuerung oder Neuanfang. Überlegungen zum Geschichtsunterricht" (Friedrich Hora), "Überlegungen zur Wende im Geschichtsunterricht" (Wendelin Szalai), "Historisches Lernen zwischen Elbe und Oder und Rhein. Wer weiß, wo es lang geht?" (Klaus Gebauer), "Zum Konzept des Rahmenplans Geschichte der Dresdner Lehrplankommission. Zu Rahmenbedingungen für die Planung historischer Bildung" (Renate Kappler), "Zu einigen Fragen der Umgestaltung der Ausbildung von Lehrerstudenten in der Disziplin Geschichtsdidaktik" (Hermann Meltzer), "Zur neuen Geschichtslehrausbildung" (Petra Beetz) und "Zum Rahmenprogramm der geschichtsdidaktischen Ausbildung ab Wintersemester 1990" (Ingrid Wallentin).

Müller, Matthias (Hg.): *Multiplicatio et variatio. Beiträge zur Kunst. Festgabe für Ernst Badstübner zum 65. Geburtstag*. Lukas-Verlag, Berlin 1998. 353 S. DM 48,-. Im Buchhandel.

Der im Mittelpunkt dieser Publikation stehende Ernst Badstübner war Denkmalpfleger, Burghauptmann der Wartburg, Universitätsprofessor und Direktor des Greifswalder C.-D.-Friedrich-Instituts für Kunstwissenschaften. Der Sammelband versucht, die weitgefächerten Forschungsinteressen Badstüblers dokumentieren. Neben den Fachartikeln finden sich auch drei biographische Beiträge: Publikationsverzeichnis Badstüblers für den Zeitraum 1955 – 1996, "Multiplicatio et variatio" - ein Geburtstagsstraub" (Matthias Müller) und "Ernst Badstübner zu Ehren" (Reiner Hausserr).

Verpohl, Franz-Joachim/Helmut G. Walther/Josef Bayer/Geert Lotzmann/Edwin Kratschmer: *Zwischen Grat und Nische. Laudatio aus Anlaß des 60. Geburtstages von Gottfried Meinhold am 28. Juni 1996*. Hrsg. vom Collegi-

um Europaeum Jenense an der Friedrich-Schiller-Universität Jena, Jena 1996. 43 S. Bezug bei: CEJ, FSU, Fürstengraben 1, 07743 Jena.
Dieser Band würdigt Meinhold, seinerzeit Prorektor der Universität Jena, insbesondere im Hinblick auf dessen Arbeit für die Sprechwissenschaften und seine Bemühungen bei der Umgestaltung der Universität Jena nach dem Umbruch von 1989. Mit folgenden Beiträgen: „Begrüßung“ (Franz-Joachim Verspohl), „Nachhaltige Begegnungen“ (Helmut G. Walther), „Von der Phonetik zur Poesie“ (Josef Bayer), „Zwischen den Disziplinen“ (Geert Lotzmann), „Vermutungen über M.“ (Edwin Kratschmer), „Zwischen Grat und Nische“ (Gottfried Meinhold).

Brislinger, Evelyn/Brigitte Hausstein/Eberhard Riedel (Hg.): *Empirische Sozialforschung aus der DDR und den neuen Bundesländern 1968 bis 1996*. Hrsg. vom Zentralarchiv für Empirische Sozialforschung an der Universität zu Köln, Köln 1997. 224 S. + CD-ROM. Bezug bei: Zentralarchiv für Empirische Sozialforschung an der Universität zu Köln, Bachemer Str. 40, 50931 Köln.

Diese Publikation dokumentiert die im Kölner Zentralarchiv archivierten Studien aus der DDR und den ostdeutschen Bundesländern von 1968 bis 1996. Damit werden ca. 400 Studien für Sekundäranalysen zugänglich gemacht. Die Studien sind hinsichtlich ihrer inhaltlichen und methodischen Anlage, des Stands ihrer datentechnischen Aufbereitung, möglicher Vergleiche mit anderen Studien, verfügbarer Forschungsberichte und Publikationen sowie ihrer Zugänglichkeit für Forscher beschrieben. Mit umfangreichen Registern.

Händle, Christa/Nitsch, Wolfgang (Hg.): *Integrierte Lehrerbildung bleibt aktuell. Materialien zur deutsch-deutschen Reformdiskussion*. Hrsg. vom Zentrum für Pädagogische Berufspraxis der Universität Oldenburg in Zusammenarbeit mit der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, Oldenburg 1991. 299 S. DM 18,-. Im Buchhandel.

Die Publikation versteht sich als Beitrag zu den Diskussionen um die Struktur der Lehrerbildung im Zusammenhang der deutsch-deutschen Integration. Es wird zunächst die Lehrerbildung in West- und Ostdeutschland vergleichend skizziert. Daran schließt sich eine Dokumentation von Arbeitspapieren und Diskussionsbeiträgen an, die als 'graue Papiere' zu jener Zeit zirkulierten. Es folgen bildungspolitische Positionspapiere und kritische Stellungnahmen aus Gewerkschaften und Hochschulen, die sich gegen eine neue Formierung und einseitige Anpassung der Lehrerbildung der DDR an westdeutsche Strukturen wenden. Anschließend werden rechtliche Grundlagen und ein Gesetzentwurf für eine einphasige Lehrerbildung in Westdeutschland dokumentiert. Im letzten Abschnitt sind Übersichten zur Institutionalisierung der Lehrerbildung zusammen gefasst.

Alisch, Steffen: *Das Institut für Internationale Politik und Wirtschaft. "Imperialismusforschung" und SED-Westpolitik* (Arbeitspapiere des Forschungsverbundes SED-Staat Nr. 19/1996). Berlin 1996. 69 S. Bezug bei: Forschungsverbund SED-Staat, Freie Universität Berlin, Ihnstraße 53, 14195 Berlin.

Das Institut für Internationale Politik und Wirtschaft (IPW) der DDR war das wich-

tigste Institut der sog. Imperialismusforschung im Lande. Es befasste sich vorrangig mit der Bundesrepublik Deutschland. Das Arbeitspapier will zeigen, wie sehr das in Westdeutschland hochangesehene IPW unmittelbar an die für die Westpolitik der SED zuständige Abteilung des SED-Zentralkomitees angebunden war. Der Autor sieht in seiner Untersuchung einen Beitrag zur Rekonstruktion der in der Ära Honecker betriebenen Westpolitik der SED. Im Mittelpunkt der Darstellung stehen strukturelle Probleme der Arbeit des Instituts und dessen politische und wissenschaftliche Wirkungsgeschichte.

Universität Leipzig, Theologische Fakultät (Hg.): *Die Theologische Fakultät. Ein Leitfaden durch Lehre und Studium, geistliches Leben, Geschichte und Forschung*. Leipzig 1997. 42 S. Bezug bei: Universität Leipzig, Theologische Fakultät, Emil-Fuchs-Str. 1, 04105 Leipzig.

Die Theologische Fakultät der Universität Leipzig ist die einzige Ausbildungsstätte für künftige Pfarrer in Sachsen. Die Broschüre soll Interessierten wesentliche Informationen über das Studium der Theologie an der ältesten Leipziger Fakultät geben. In einem zweiten Teil werden die Geschichte der Einrichtung, bedeutende Gelehrte sowie die aktuellen Strukturen und Schwerpunkte der Forschung in den einzelnen Instituten vorgestellt.

Evangelische Hochschule für Kirchenmusik Halle an der Saale (Hg.): *70 Jahre Evangelische Hochschule für Kirchenmusik in Halle an der Saale*. Halle/Saale 1996. 27 S.

Das Heft enthält zwei Hauptbeiträge: "70 Jahre Kirchenmusikalische Ausbildung in der Kirchenprovinz Sachsen" (Ursula Herrmann) und "Die Ausbildungsreform 1975-1987" (Wolfgang Fischer). Es schließen sich kurze Artikel über die Kirchenmusikdirektoren Kurt Fiebig, Eberhard Wenzel, Walter Bruhns, Helmut Gleim und Wolfgang Kupke (Einlegeblatt) an. In einem letzten Beitrag "Lehren und Studieren an der Hochschule für Kirchenmusik Halle" (Franziska Seils) wird auf den Studienbetrieb der vergangenen Jahre eingegangen.

Herrmann, Dieter B.: *100 Jahre Archenhold-Sternwarte. Die Geschichte der Archenhold-Sternwarte*. Paetec Gesellschaft für Bildung und Technik, Berlin 1996. 91 S. DM 9,80. Im Buchhandel.

In dieser Schrift wird der Weg der Treptower Sternwarte von der Errichtung des Riesenfernrohrs im Jahr 1896 bis in die Gegenwart nachgezeichnet. Als Grundlage dienen zahlreiche Quellenmaterialien aus einschlägigen Archiven ebenso wie Erinnerungen und Materialien von Zeitzeugen. Ein Großteil widmet sich der Geschichte der Sternwarte nach 1945, so dem Neuaufbau und der Erweiterung, der Tagung der Volksternwarten sowie dem Thema „Astronomie in der Schule“. Weitere Abschnitte beschäftigen sich mit der Astronomiegeschichte in Forschung und Popularisierung sowie dem Entstehen des Zeiss-Großplanetariums. Abschließend wird auf die Zeit nach 1989 eingegangen.

Herrmann, Dieter B./Hoffmann, Karl-Friedrich (Hg.): *Die Geschichte der Astronomie in Berlin*. Archenhold-Sternwarte und Wilhelm-Foerster-Sternwarte, Berlin, Berlin o.J. [1998]. 159 S. Bezug bei: Archenhold-Sternwarte,

Alt-Treptow 1, 12435 Berlin.

Die Stadt Berlin spielt in der Geschichte der Astronomie eine wichtige Rolle. Bereits an der Schwelle zum 18. Jahrhundert wurde die erste Berliner Sternwarte gegründet. In dieser Publikation wird die gesamte Geschichte der Berliner Astronomie bis ca. 1990 im Zusammenhang erzählt. Im hiesigen Kontext interessieren dabei folgende Beiträge: "Die astronomische Forschung nach dem 2. Weltkrieg unter dem Dach der Akademie der Wissenschaften", "Universitäre Astronomie im geteilten Berlin" sowie "Hundert Jahre populärwissenschaftliche Arbeit in der Astronomie".

Höxtermann, Ekkehard: **Zur Profilierung der Biologie an den Universitäten der DDR bis 1968** (Preprint 72). Hrsg. vom Max-Planck-Institut für Wissenschaftsgeschichte, o.O. [Berlin] 1997, 110 S.

Die Arbeit beschäftigt sich mit der Profilierung der Biologie in den naturwissenschaftlichen Fakultäten der DDR-Universitäten mit ihren traditionellen, systemübergreifenden disziplingenetischen Bahnen, und beschränkt sich auf die Zeit bis zur Dritten Hochschulreform (1968). Der Anhang enthält einen Vortrag von Hans Stubbe, gehalten auf einer Konferenz des ZK der SED am 25. Mai 1951, unter dem Titel „Die Situation der Genetik und die Begegnung mit Lysenko“. Mit Personenregister.

Ernst-Moritz-Arndt-Universität Greifswald, der Rektor (Hg.): **100. Geburtstag Robert Bauch. "Hiddensee war seine wirkliche Heimat"** (Greifswalder Universitätsreden N.F. Heft 82). Greifswald 1998. 20 S. Kostenlos bei: Ernst-Moritz-Arndt-Universität Greifswald, Öffentlichkeitsarbeit, Domstr. 11, 17489 Greifswald.

Das Heft enthält die Rede von Lore Steubing, Emerita für Pflanzenökologie der Justus-Liebig-Universität Gießen, und die Laudatio von Hannelore Bernhardt, Professorin für Medizinische Mikrobiologie der Ernst-Moritz-Arndt-Universität Greifswald, anlässlich des im Jahre 1997 begangenen 100. Geburtstages von Robert Bauch (1897-1957), dem ehemaligen Direktor des Pflanzenökologischen Instituts in Greifswald. Bauch übernahm 1947 auch die seit Kriegsende ebenfalls verwaiste Stelle des Direktors der Biologischen Forschungsanstalt auf der Insel Hiddensee. Während seiner fast zehnjährigen Amtszeit machte er aus den ihm unterstellten Instituten wieder arbeitsfähige Lehr- und Forschungsstätten. An der Forschungsanstalt weilten namhafte Wissenschaftler im Rahmen von Exkursionen oder Gastforschungsprojekten. Wie schon zu Zeiten des Nationalsozialismus war Bauch aber auch nach Kriegsende mit politischen Schwierigkeiten konfrontiert. So gab er 1953 seine Vorlesung "Genetik" auf, da er ständigen Befindungen aufgrund „mangelnder Linientreue“ ausgesetzt war.

Ebel, Friedrich/Kümmel, Fritz/Beierlein, Christine (Hg.): **Botanische Gärten Mitteleuropas. Geschichte, technische Einrichtungen, Anlagen, Sammlungen und Aufgaben** (Wissenschaftliche Beiträge der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg 1990/27 P 40). Halle 1990. 232 S.

Als Laboratorien botanischer Forschung, Städten akademischen und schulischen Unterricht, Refugien vom Aussterben bedrohter Pflanzen und Oasen der Ruhe sind die Botanischen Gärten mit ihren reichhaltigen Sammlungen und umfangreichen technischen Einrichtungen von beachtlichem wissenschaftlichen und wirtschaftlichen, pädagogischen und sozialen Wert. In diesem Buch stellen sich, neben anderen, folgende

ostdeutsche Gärten vor: Berlin, Dresden, Eberswalde, Gatersleben, Greifswald, Halle, Jena, Rostock, Sangerhausen, Tharandt, Wörlitz und Brocken.

Schmidt, Loki: **Die Botanischen Gärten in Deutschland**. Hoffmann und Campe, Hamburg 1997. 320 S. DM 68,-. Im Buchhandel.

Bei der Erforschung der pflanzlichen Artenvielfalt, ihrem Erhalt und einer entsprechenden Bewusstseinsbildung spielen Botanische Gärten eine wesentliche Rolle. Erst seit 1992 gibt es einen gemeinsamen "Verband Botanischer Gärten" in Deutschland. Mit dieser Publikation wurde erstmals eine umfassende Übersicht der rund siebenzig Botanischen Gärten in Deutschland vorgelegt. Zu den in Ostdeutschland befindlichen und im Buch vorgestellten Gärten gehören jene in Altenburg, Chemnitz, Dresden, Eberswalde, Gatersleben, Gera, Greifswald, Halle, Jena, Leipzig, Potsdam, Rostock und Tharandt.

Förderkreis Museum Heineanum (Hg.): **Museum Heineanum. Geschichte und Bedeutung**. Halberstadt 1994. 71 S. Bezug bei: Förderkreis Museum Heineanum e.V., Domplatz 37, 38820 Halberstadt.

Das auf eine mehr als 160jährige Vergangenheit zurückblickende Museum Heineanum ist ein wichtiger Bestandteil der historischen Kulturlandschaft Halberstadts. Es zählt zu den bedeutendsten ornithologischen Museen Deutschlands und hat seinen Ursprung in der bemerkenswerten Vogelsammlung von Ferdinand Heine (1809-1894). Die Broschüre will über die langjährige Geschichte, die Entwicklung und überregionale Bedeutung informieren. Insbesondere wird auf die Geschichte und Entwicklung nach 1945, die Bedeutung als Forschungsstätte, die Bibliothek und die Ausstellungen im Museum eingegangen.

Brosin, Hans-Jürgen: **Zur Geschichte der Meeresforschung in der DDR** (Meereswissenschaftliche Berichte Bd. 17). Hrsg. vom Institut für Ostseeforschung Warnemünde an der Universität Rostock, Warnemünde 1996. 214 S. Bezug bei: Institut für Ostseeforschung Warnemünde, Bibliothek, Seestr. 15, 18119 Warnemünde.

Seewirtschaft und Meeresforschung waren auf dem Gebiet der SBZ und späteren DDR nur schwach entwickelt. Der Autor schildert den Aufbau meereswissenschaftlicher Einrichtungen für Fischerei, Seeverkehr, Küstenschutz sowie die spätere Gründung der Sektion Meeresbiologie an der Universität Rostock.

Institut für Zoologie und Zoologische Sammlungen der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg (Hg.): **225 Jahre Institut für Zoologie und Zoologische Sammlungen der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg**. Halle 1994. 21 S. Bezug bei: Institut für Zoologie und Zoologische Sammlung der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, Domplatz 4, 06099 Halle/S.

Im Jahr 1994 feierte nicht nur die Universität Halle den 300. Jahrestag ihrer Gründung, sondern auch das Institut für Zoologie und Zoologische Sammlungen wurde 225 Jahre alt. Diese Festschrift befasst sich mit der Vergangenheit und Gegenwart des Instituts. Herausgehobene Beachtung finden die Umbrüche in den zurückliegenden drei

Jahren.

Mecklinger, Ludwig: *Zur Umsetzung der Gesundheitspolitik im Gesundheits- und Sozialwesen der DDR. Teil 4* (Medizin und Gesellschaft H. 16). Hrsg. von der Interessengemeinschaft Medizin und Gesellschaft e.V., Berlin 1998. 89 S. Im Buchhandel oder bei: Trafo-Verlag Dr. Wolfgang Weist, Finkenstraße 8, 12621 Berlin, trafoberlin@t-online.de

Aus der Perspektive eines Zeitzeugen – der Autor war Gesundheitsminister der DDR – werden hier das Sozialwesen, Wissenschaft und Forschung die Bereiche der Aus-, Weiter- und Fortbildung des DDR-Gesundheits- und Sozialwesens betrachtet. Der Autor verhandelt u.a. die damals bestehenden Nachwuchssorgen in den theoretisch-experimentellen Disziplinen, internationale Forschungsk Kooperationen, medizin-relevante gesellschaftswissenschaftliche Forschungen, den Rat für medizinische Wissenschaft, den Ältestenrat, Forschungsförderung in territorial geleiteten Gesundheitseinrichtungen, das Institut für Wissenschaftsinformation in der Medizin, weitere medizinisch-wissenschaftliche Gesellschaften und ethische Fragen in der Medizin.

Michel, Günther (Hg.): *75 Jahre Veterinärmedizinische Fakultät in Leipzig gegründet als Churfürstliche Thier-Arznei-Schule zu Dresden (1780)*. Hrsg. von der Veterinärmedizinischen Fakultät der Universität Leipzig, Leipzig 1998. VIII+154 S. Bezug bei: Veterinärmedizinische Fakultät der Universität Leipzig, Zwickauer Str. 59, 04103 Leipzig.

Anliegen des reich illustrierten Bandes ist es, einen Überblick zur Entwicklung der Veterinärmedizinischen Fakultät der Universität Leipzig zu geben, wobei auch die Vorgeschichte als Tierarzneischule bzw. Tierärztliche Hochschule zu Dresden gebührende Berücksichtigung findet. Neben einer zusammenfassenden Übersicht wird die Herausbildung der einzelnen Einrichtungen und Lehrgebiete jeweils gesondert dargestellt.

Richter, Siegfried H.: *Prof. Dr. Otfried Wagenbreth. Bibliographie seiner Veröffentlichungen anlässlich seiner Emeritierung 1995* (Veröffentlichungen der Bibliothek "Georgius Agricola" der TU Bergakademie Freiberg Nr. 130). Hrsg. von TU Bergakademie Freiberg, Freiberg 1995. 40 S. Bezug bei: Bibliothek der TU Bergakademie Freiberg, Briefpost, 09596 Freiberg.

Otfried Wagenbreth hat sich als Wissenschaftler auf mehreren Gebieten breite Anerkennung verschaffen können. Vor allem befaßte er sich mit der Geologie und ihrer Geschichte. Ein weiteres Hauptarbeitsgebiet war die Geschichte der Technik und die Erhaltung sowie Pflege technischer Denkmale, besonders in Ostdeutschland. Als bedeutend werden seine Hauptwerke über den Bergbau im Erzgebirge, speziell auch im Freiburger Revier, gewertet. Seine akademische Laufbahn begann 1951 als Assistent und Lehrbeauftragter am Geologischen Institut der Freiburger Bergakademie. Neben seiner wissenschaftlichen Tätigkeit leitete er ab 1976 den Zentralen Fachausschuß „Technische Denkmale“ in der Gesellschaft für Denkmalpflege der DDR. Bis 1992 wirkte er über zehn Jahre als Dozent für Geschichte und Dokumentation der Produktionsmittel (Technikgeschichte und technische Denkmale) an der TU Dresden. Im Juni 1992 wurde er zum Professor für Technikgeschichte und Industriearchäologie an der TU Bergakademie Freiberg ernannt und arbeitete als Gründungsdirektor des Instituts

für Wissenschafts- und Technikgeschichte.

Parthier, Benno (Hg.): *Jahrbuch 1995* (Leopoldina Reihe 3, Jahrgang 41). Hrsg. von der Deutschen Akademie der Naturforscher Leopoldina, Halle (Saale) 1996. 576 S. DM 20,-. Bezug bei: Leopoldina e.V. August-Bebel-Str. 50a, 06108 Halle (Saale).

Neben statistischen Bestandteilen und Dokumentationen der Veranstaltungen enthält der Band Reden, Berichte und Abhandlungen. Im hiesigen Kontext ist insbesondere auf folgende Beiträge hinzuweisen: „Wissenschaft in den neuen Bundesländern fünf Jahre nach der deutschen Wiedervereinigung“ (Benno Parthier), „Die Leopoldina und ihre 40jährige Klammerfunktion in der deutsch-deutschen Wissenschaftslandschaft“ (Benno Parthier).

Parthier, Benno (Hg.): *Jahrbuch 1996* (Leopoldina Reihe 3, Jahrgang 42). Hrsg. von der Deutschen Akademie der Naturforscher Leopoldina, Halle (Saale) 1997. 602 S. DM 20,-. Bezug bei: Leopoldina e.V. August-Bebel-Str. 50a, 06108 Halle (Saale).

Neben statistischen Bestandteilen und Dokumentationen der Veranstaltungen enthält der Band Reden, Berichte und Abhandlungen. Im hiesigen Kontext ist insbesondere auf folgende Beiträge hinzuweisen: „Die Leopoldina in Halle: Deutschlands älteste Akademie in ihrer jüngsten Geschichte“ (Benno Parthier), „Die Mitgliederzuwahlen der Leopoldina in den Jahren 1945 und 1954“ (Sybille Gerstengarbe).

Parthier, Benno (Hg.): *Jahrbuch 1997* (Leopoldina Reihe 3, Jahrgang 43). Hrsg. von der Deutschen Akademie der Naturforscher Leopoldina, Halle (Saale) 1998. 433 S. DM 20,-. Bezug bei: Leopoldina e.V. August-Bebel-Str. 50a, 06108 Halle (Saale).

Neben statistischen Bestandteilen und Dokumentationen der Veranstaltungen enthält der Band Reden, Berichte und Abhandlungen. Im hiesigen Kontext ist insbesondere auf folgende Beiträge hinzuweisen: „Festkolloquium anlässlich des 70. Geburtstages von Herrn Prof. Dr. Gottfried Geiler, Vizepräsident der Leopoldina, am 18. Dezember 1997. Laudatio“ (Benno Parthier), „Ansprache des Jubilars“ (Gottfried Geiler), „Begrüßung und Einführung zur DAAK-Leopoldina-Konferenz in Halle (Saale), 6. bis 9. April 1997“ (B. Parthier) und „Transformation and Perspectives of Research in Reunified (West+East) Germany“ (ders.).

Krüger, Marina (Hg.): *Einnisungen / DDR. Zu Fragen der Ökologie, Verhaltensbiologie, Psychologie, Pädagogik, Philosophie*, Springer-Verlag, Berlin/Heidelberg/New York/London/Paris/Tokyo/Hong Kong 1990. 86 S.

Unmittelbar nach dem Herbst 1989 geschrieben, äußern sich hier anerkannte Wissenschaftler auf den Gebieten Ökologie, Verhaltensbiologie, Entwicklungspsychologie und Philosophie aus ihrer je spezifischen Sicht zu Entwicklungsproblemen Ostdeutschlands. Hierbei wurden auch die Vergangenheit und persönliche Erfahrungen nicht ausgeklammert, die von Personen stammen, die sich schon vor dem Umbruch engagiert und kritisch für fachliche und gesellschaftliche Belange eingesetzt haben. Im hiesigen Kontext interessieren folgende Beiträge: „Psychologie und Politik“ (Hans-Dieter Schmidt), „Die Verhaltensbiologie in der DDR“ (Günter Tembrock), „Einmi-

schung oder ein Versuch über Ohnmacht und Macht“ (Karl-Friedrich Wessel).

World University Service WUS (Hg.): **“Herder-Club”. Begegnungszentrum für ausländische Absolventen von Bildungseinrichtungen der DDR. Reminiscenz in Artikeln, Interviews, Meinungen, Briefen** (Auszeit 36, Nr. 3 + 4). Wiesbaden 1998. 92 S. Bezug bei: WUS, Goebenstraße 35, 65195 Wiesbaden.

Der "Herder-Club als Begegnungszentrum für ausländische Absolventen der Bildungseinrichtungen der DDR" wurde im Dezember 1985 in Berlin gegründet. Die Arbeit sollte dazu beitragen, ausländische Studierende während und nach ihrem Studium wissenschaftlich und kulturell zu betreuen, die Verbindungen zu den ausländischen Absolventenvereinigungen herzustellen und die Zusammenarbeit zu intensivieren und gemeinsam mit Betrieben die wirtschaftliche Zusammenarbeit zu fördern. Nach 1990 versuchte u.a. der "Herder-Club Dresden" e.V. diese Arbeit regional fortzusetzen, löste sich aber im Jahr 1996 auf. Das Heft veröffentlicht Artikel, Briefe, Berichte, Dokumente und Interviews, die einen Einblick in die knapp zehnjährige Arbeit des Herder-Clubs geben.

Schroeder, Klaus/Stadt, Jochen: **Im Westen nichts Neues? Dokumentation zur Diskussion um den Einfluß von SED, FDJ und MfS auf die Freie Universität** (Arbeitspapiere des Forschungsverbundes SED-Staat Nr. 18/1995). Berlin 1995. 80 S. Bezug bei: Forschungsverbund SED-Staat, Freie Universität Berlin, Ihnestraße 53, 14195 Berlin.

Das Projekt, welches zum Untersuchungsfeld "Westpolitik der SED" des Forschungsverbundes zählt, befasst sich mit Einflussversuchen der SED, FDJ und des MfS auf West-Berliner Wissenschaftseinrichtungen. Die Resultate basieren auf Recherchegergebnissen in der Stiftung "Archive der Parteien und Massenorganisationen der DDR" im Bundesarchiv, in der Behörde des Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen sowie Zeitzeugenbefragungen. Hintergrund der um dieses Thema entstandenen öffentlichen Kontroverse war auch die Frage nach dem Umgang mit Personen an der Freien Universität Berlin (FU), die für das MfS gearbeitet haben. Dieses Arbeitsheft dokumentiert die bisherige Auseinandersetzung über den Umgang mit den geplanten und feststellbaren Interventionen von SED, FDJ und MfS an der FU, wie sie sich in der Presse und in diversen Briefwechseln niederschlugen.

Aulerich, Gudrun/Döbbeling, Karin: **Als Ossi an der Freien Universität. Eine vergleichende Befragung von Erstsemesterstudenten aus alten und neuen Bundesländern an der Freien Universität Berlin**. Hrsg. vom Projekt Studienberatungs- und Studentenbetreuungskonzepte der Projektgruppe Hochschulforschung, Berlin 1991. 18 S. Bezug bei: HoF Wittenberg, Collegienstr. 62, 06886 Wittenberg.

Die Untersuchung beschäftigt sich mit den Studenten, die ihre Hochschulzugangsberechtigung in der DDR erworben hatten und sich zum Wintersemester 1990/91 an der Freien Universität Berlin einschrieben. Die Autoren fragen nach Spezifika dieser Gruppe, den Motiven für die Wahl einer westdeutschen Universität und dem Erleben des Studienbeginns an einer Massenuniversität. Zudem sollen zukünftige Anforderungen an die Studienberatung für die Arbeit mit Bildungspendlern eruiert werden.

Aulerich, Gudrun/Döbbeling, Karin: **“Da frag ich doch mal lieber drüben nach!”. Eine Analyse schriftlicher Anfragen junger DDR-Bürger an West-berliner Studienberatungsstellen der Technischen Universität und der Freien Universität im Zeitraum zwischen Grenzöffnung (November 1989) und Sommer 1990**. Hrsg. vom Projekt Studienberatungs- und Studentenbetreuungskonzepte der Projektgruppe Hochschulforschung, Berlin 1991. 31 S. Bezug bei: HoF Wittenberg, Collegienstr. 62, 06886 Wittenberg.

Eine im Rahmen des Projekts Studienberatungs- und Studentenbetreuungskonzepte durchgeführte Briefanalyse bezog insgesamt 424 schriftliche Anfragen ein, die junge Leute aus der ehemaligen DDR vom Winter 1989 bis Sommer 1990 an die Allgemeinen Studienberatungsstellen der Technischen Universität und der Freien Universität in West-Berlin schickten. Die Durchsicht dieser Briefe nach einem Raster mit soziodemographischen und bildungssoziologischen Merkmalen sollte zu Einsichten in die gruppenspezifische Bewältigung des Umgestaltungsprozesses im Bildungssystem beitragen. Die Inhalte der Anfragen markierten das damalige Informations- und Beratungsdefizit der jungen Leute aus der ehemaligen DDR und wiesen auf entsprechenden Handlungsbedarf von Beratungsstellen hin.

Buck-Bechler, Gertraude/Jahn, Heidrun/Lewin, Dirk: **Befragung von Studienanfängern im Wintersemester 1993/94 an der Technischen Universität Cottbus**. Hrsg. von der Projektgruppe Hochschulforschung Berlin-Karlsdorf, Berlin 1993. 9 S. + Anh. Bezug bei: HoF Wittenberg, Collegienstr. 62, 06886 Wittenberg.

Ziel der Befragung war es, Aufschlüsse über das Studienwahlverhalten der Studienanfänger hinsichtlich der Aufnahme eines Studiums in einer bestimmten Fachrichtung, in einem bestimmten Hochschultyp und an einem bestimmten Hochschulort zu erhalten. Desweiteren interessierten die AutorInnen die von den Studienanfängern angestrebten Studienstrategien und erwartete Studienbedingungen sowie ihre beruflichen Orientierungen zu Studienbeginn. An der schriftlichen Befragung nahmen 117 Studienanfänger der TU Cottbus teil. Nachgewiesen wurde der überdurchschnittliche Wunsch nach einer guten beruflichen Existenz sowie die Annahme, den Berufswunsch nur über ein Studium realisieren zu können. Interesse am Fach sowie die Erwartung guter Berufsaussichten bestimmen die Motive der Studienfachauswahl.

Friedrich-Schiller-Universität Jena, Thüringer Universitäts- und Landesbibliothek (Hg.): **Mitteilungen. Fünfzig Jahre Universitätsarchiv** (Mitteilungen der Thüringer Universitäts- und Landesbibliothek Jena Jahrgang 7 Heft 4). Jena 1997. 40 S. Bezug bei: Universität Jena, Thüringer Universitäts- und Landesbibliothek, Fürstengraben 1, 07743 Jena.

Unter dem Eindruck der Zerstörungen des II. Weltkriegs reifte der Gedanke, die Archivalien der Universitätsverwaltung in einem eigens dafür eingerichteten Archiv zusammenzutragen. Dieser Band entstand zum fünfzigsten Jahrestag der Gründung des Archivs am 1. September 1947. Im hiesigen Zusammenhang ist insbesondere auf folgende Beiträge hinzuweisen: „Glückwunsch und Gruß des Thüringer Archivverbandes zum 50jährigen Jubiläum des Universitätsarchivs Jena“ (Volker Wahl), „50 Jahre Universitätsarchiv Jena – Geschichte und Probleme“ (Leni Arnold), „Erschließung

von persönlichen Nachlässen im Universitätsarchiv, dargestellt am Beispiel des Nachlasses Walter Brednow“ (Margit Hartleb), „Einsatz und Nutzung der EDV im Universitätsarchiv Jena“ (Rita Seifert), „Das Universitätsarchiv als Ausbildungsstätte“ (Gudrun Ritze, Rita Seifert).

Hochschule Zwickau, Fachbereich Textil- und Ledertechnik (Hg.): **1848 – 1998. 150 Jahre Textiltechnik-Studium in Reichenbach/Vogtland**, Reichenbach 1998. 28 S. Kostenlos bei: Hochschule Zwickau, FB Textil- und Ledertechnik, Klinkhardtstr. 30, 08468 Reichenbach.

Die illustrierte Festschrift zum 150jährigen Bestehen der textiltechnischen Ausbildung in Reichenbach enthält neben statistischen Daten, historischen Daten und einem Abriss der Geschichte des Fachbereichs und seiner Vorgängereinrichtungen (Textilfachschule, Textilingenieurschule usw.), Grußworte u.a. des Rektors, des Ministerpräsidenten Sachsens und des Oberbürgermeisters von Reichenbach.

Hochschule für Technik und Wirtschaft, der Rektor (Hg.): **Vom Technikum zur Hochschule. 125 Jahre technische Bildung in Mittweida**. Mittweida 1992, 132 S. Bezug bei: Hochschule für Technik und Wirtschaft, Ref. Öffentlichkeitsarbeit, PF 91, 09642 Mittweida.

Im hiesigen Kontext interessiert zunächst das Kapitel „Das Mühen um eine neue Chance“ mit den Beiträgen „Der gescheiterte Wiederbeginn (1945-1946)“, „Die Auseinandersetzungen um die Wiedereröffnung der Ingenieurschule Mittweida in den Jahren 1946-1947“, „Tradition und Wandel in einer bewegten Zeit (1947-1951) sowie „Die Ingenieurschule wandelt ihr Profil (1951-1954)“. Das Kapitel „Von der Ingenieurschule zur Ingenieurhochschule“ beschreibt den Zeitraum von 1954-1968 mit dem Beitrag „...eine gute und solide fachliche Ausbildung...“. Des weiteren findet sich ein Kapitel zur jüngsten Geschichte der Ingenieurhochschule Mittweida von 1969-1991 mit den Beiträgen „Tradition und Erneuerung in einer Hochschule anderer Art (1969-1989)“ und „Die ‚Wende‘ – Ende und Anfang (1989-1991)“.

Jäger, Eberhard/Raßbach, Hendrike: **Struktur und Arbeitsweise des MfS an der Ingenieurschule für Maschinenbau Schmalkalden (1980 – 1990)**. Hrsg. vom Landesbeauftragten des Freistaates Thüringen für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR, Erfurt 1998. 462 S.

Das Ministerium für Staatssicherheit war auch an der Ingenieurschule Schmalkalden bis 1989 tätig. Die Autoren beschränken sich bei der Beschreibung der Tätigkeit des MfS auf den Zeitraum 1980 bis 1990, da sie diese Jahre im wesentlichen selbst an der Schule miterlebt haben.

1.2. Publikationen ab 1999

Deutscher Bundestag (Hg.): **Materialien der Enquete-Kommission „Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozess der deutschen Einheit“ (13. Wahlperiode des Deutschen Bundestages), Bd. IV/1-2: Bildung – Wissenschaft – Kultur**, Nomos Verlag/Suhrkamp Verlag, Baden-Baden 1999,

1.895 S. Im Buchhandel (nur komplett alle acht Bände der Edition in 14 Teilbänden: DM 980,-).

Im hochschul- und wissenschaftsgeschichtlichen Kontext interessieren folgende Beiträge dieses Bandes: „Öffentliche Anhörung: Die Kaderpolitik der SED an Schulen und Hochschulen in der DDR und ihre Folgen“, „Folgen der Kaderpolitik der SED für die Universitäten in den neuen Bundesländern im Transformationsprozess“ (Cornelius Weiß), „Umsetzung kaderpolitischer Konzeptionen in der Lehrerbildung an DDR-Hochschulen“ (Siegfried Kiel), „Einfluss des Ministeriums für Staatssicherheit auf die Kaderpolitik an den Hochschulen und Schulen der DDR“ (Matthias Braun), „Die politische Instrumentalisierung von Bildung und Wissenschaft in der DDR und ihre Folgen“ (Oskar Anweiler), „Beispiel der Instrumentalisierung: Erbe und Traditionsdebatte in der DDR in den achtziger Jahren“ (Bernd Florath), „Evaluierung und Hochschulrenewierung“ (Friedhelm Neidhardt; Manfred Görtemaker), „Öffentliche Anhörung: Die Industrieforschung in den neuen Bundesländern“, „Vergangenheit, Umgestaltung und Perspektiven der Industrieforschung in den neuen Bundesländern“ (Cornelia Yzer; Heinrich L. Kolb), „Die Industrieforschung in der DDR und in den neuen Bundesländern“ (Siegfried Wölfling), „Die Situation der Industrieforschung in den neuen Bundesländern aus der Sicht von Verbänden“ (Franz-Josef von Kempis), „Patente als Kriterium innovativer Forschung in den neuen Bundesländern“ (Siegfried Greif), „Perspektiven einer ostdeutschen Industrieforschung aus der Sicht der Praxis“ (Hilmar Fuchs). Diese Beiträge sind sämtlich verschriftlichte Protokolldokumentationen aus den mündlichen Verhandlungen der Enquete-Kommission. Daneben ist auch eine Reihe ausführlicher Expertisen abgedruckt, welche die Kommission in Auftrag gegeben hatte: „Erziehungswissenschaft im Transformationsprozess“ (Erich E. Geissler), „Erziehungswissenschaft im Transformationsprozess“ (Jan H. Olbertz), „Die Rezeption der westlichen Geistes- und Sozialwissenschaften in der DDR und die Wahrnehmung der westdeutschen und ausländischen DDR-Forschung“ (Karlheinz Blaschke), „Die Rolle des Ministeriums für Staatssicherheit an den Hochschulen der DDR an den Beispielen der Humboldt-Universität zu Berlin und der Universität Rostock“ (Rainer Eckert), „Wissenschaftsplanung und Kaderpolitik unter besonderer Berücksichtigung der ideologischen Steuerung“ (Bernd Florath), „Wissenschaftsplanung und Kaderpolitik in der DDR unter besonderer Berücksichtigung der ideologischen Steuerung in den Naturwissenschaften“ (Rainer Hohlfeld/Monika Mattes), „Der Stand der literaturwissenschaftlichen Forschung der DDR im internationalen Vergleich“ (Eberhard Lämmer), „Die Zensur- und Publikationspraxis der DDR“ (Siegfried Lokatis), „Der Stand der Forschung in der DDR im internationalen Vergleich: Naturwissenschaften“ (Klaus Meier), „Der Stand der Forschung in der DDR im internationalen Vergleich: Literaturwissenschaften“ (Roswitha Wisniewski), „Das System der Reisekader als Instrument der DDR-Wissenschaftspolitik“ (Stefan Wolle).

Heinemann, Manfred (Hg.): **Hochschuloffiziere und Wiederaufbau des Hochschulwesens in Deutschland 1945 – 1949. Die sowjetische Besatzungszone** (Edition Bildung und Wissenschaft Bd. 4). Akademie-Verlag, Berlin 2000. 478 S. DM 124,-. Im Buchhandel.

Die Beiträge dieses Bandes sind Ergebnisse eines wissenschaftlichen Kolloquiums, das neben Materialien aus ostdeutschen Archiven zur Geschichte der Anfänge der SBZ/DDR auch die kurzzeitige Öffnung der russischen Archive nutzen konnte. Beteiligte aus der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland sowie Professoren

und Studierende der verschiedenen Hochschulen der Sowjetischen Besatzungszone berichten über ihre Erfahrungen und interpretieren die oft dramatischen Ereignisse des "Sturms auf die Festung Wissenschaft". Dabei stehen die Prozesse im Mittelpunkt, die das Ende der Universität in der DDR als eine bürgerliche Einrichtung zum Ziel hatten. Folgende Beiträge sind im hiesigen Kontext zu erwähnen: "Die Sowjetische Militäradministration und die Sowjetisierung des Volkssbildungssystems in Ostdeutschland 1945-1949" (Andrej P. Nikitin), "Die Entnazifizierung der Universitäten in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands" (Iwan A. Bejдин), "Die Politik der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland zur Bildung des Lehrkörpers der Hochschulen" (Andrej P. Nikitin), "Zur Geschichte der Gründung der Freien Universität" (Pjotr I. Nikitin) und "Zu den Auswirkungen der Reparations- und der Entnazifizierungspolitik der Sowjetischen Militäradministration an der Bergakademie von 1945 bis 1948" (Alexandr Haritonow).

Bundeszentrale für politische Bildung (Hg.): *Aus Politik und Zeitgeschichte* (Beilage zur Wochenzeitung *Das Parlament*) B 30-31/2001. Bonn 2001. 32 S. Bezug bei: Vertriebsabteilung *Das Parlament*, Fleischstr. 62-65, 54290 Trier.

Das Heft beschäftigt sich mit dem schwierigen Umgang mit der DDR-Geschichte. Auf zwei der vier Beiträge ist im hiesigen Kontext hinzuweisen: „Das Verhältnis zwischen Wissenschaft und Politik in der SBZ/DDR von 1945 bis 1961“ (Andreas Malycha), „Von der Volkserhebung zum Mauerbau. Reaktion von Hochschulangehörigen auf die Ereignisse in der DDR in den Jahren 1953, 1956 und 1961“ (Ilko-Sascha Kowalczyk).

Skyba, Peter: *Vom Hoffnungsträger zum Sicherheitsrisiko. Jugend in der DDR und Jugendpolitik der SED 1949 - 1961* (Schriften des Hannah-Arendt-Instituts für Totalitarismusforschung Bd. 10). Hrsg. vom Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung, Böhlau Verlag, Köln 2000. 462 S. DM 88,-. Im Buchhandel.

Die Dissertation thematisiert anhand der Jugendpolitik einen Ausschnitt des Verhältnisses von Diktatur und Gesellschaft in der DDR. Nach Meinung des Autors war Jugendpolitik das wichtigste Mittel, mit dem die SED-Führung direkt die angestrebte Beziehung von Partei und Staat auf der einen und der Jugend auf der anderen Seite zu konstituieren suchte. Die Studie will dabei die Perspektive über die Massenorganisation FDJ hinaus erweitern. Einer ihrer Schwerpunkte liegt auf der Analyse der Formulierung jugendpolitischer Positionen. Ausgehend von der Hypothese, daß sich Loyalität, normiertes Verhalten und insbesondere Engagement für vorgegebene Ziele auch in einer Parteidiktatur dauerhaft nicht allein durch Druck, Zwang und Repression erzeugen lassen, soll am Beispiel der Jugendpolitik ein spezifisches Problem der Herrschaftsdurchsetzung in Diktaturen beleuchtet werden. Im Zentrum der Arbeit steht die primär politikgeschichtliche Rekonstruktion und Analyse der Genese, der Umsetzung und der Wirkung jugendpolitischer Entscheidungen. Die Untersuchung gliedert sich weitgehend chronologisch in fünf Abschnitte. Im ersten Abschnitt werden Ursprünge kommunistischer Jugendpolitik aufgezeigt, die 1946 in das Konzept einer Einheitsjugendorganisation münden. Die Genese des Jugendgesetzes der DDR und sein Stellenwert innerhalb der SED-Jugendpolitik sind Inhalt des zweiten Abschnitts. Der 17. Juni 1953 und die starke Beteiligung Jugendlicher an den Unruhen sind Ausgangspunkt des dritten Kapitels, in dem die zur Krisenüberwindung gedachten jugendpolitischen Ver-

suche im "Neuen Kurs" im Mittelpunkt stehen. Das anschließende Kapitel widmet sich einer Zäsur im Bereich der Jugendpolitik ab 1955, in deren Zusammenhang auch das Organisationsmonopol der FDJ seitens der Herrschenden in Frage gestellt wurde. Das abschließende Kapitel thematisiert die Gegenreaktion Walter Ulbrichts auf den jugendpolitischen Kurs Karl Schirdewans.

Hörz, Herbert (Hg.): *Sitzungsberichte der Leibniz-Sozietät* (Bd. 29, Jahrgang 1999 Heft 2). Trafo Verlag, Berlin 1999. 148 S. DM 35,-. Im Buchhandel.
Der thematische Schwerpunkt dieses Bandes ist die Geschichte der Berliner Akademie der Wissenschaften von 1950 bis 1972. Im hiesigen Kontext sind vor allem folgende Beiträge von Interesse: „Das Akademie-Jubiläum von 1950“ (Peter Th. Walther), „Die Akademie im Spannungsfeld der Schiffs- und Deutschlandpolitik der 50er und 60er Jahre“ (Werner Scheler), „Das Zentralinstitut für Physik der Erde und die in ihm auf gegangenen Institute der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin im Zeitraum von 1950 bis 1973“ (Heinz Kautzleben), „Einige Bemerkungen zu wissenschaftspolitischen Aspekten genetischer Forschung der 50er Jahre in der DDR im Zusammenhang mit der Lysenko-Problematik“ (Helmut Böhme), „Juristen an der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin von 1949 bis 1969“ (Hermann Klenner), „Die Entwicklung der klassischen Altertumswissenschaft in der Berliner Akademie in den fünfziger und sechziger Jahren“ (Johannes Irmischer), „Kolloquium zum 90. Geburtstag von Ernst Engelberg. Schlußwort“ (Ernst Engelberg), „Leseprobe aus: 1992. Das verdrängte Jahr. Dokumente und Materialien zur Geschichte der Gelehrtensozietät der Akademie der Wissenschaften für das Jahr 1992“ (Horst Klinkmann/Herbert Wöltge).

Köhler, Gabriele/Knauss, Georg/Zedler, Peter (Hg.): *Der bildungspolitische Einigungsprozess 1990. Verlauf und Ergebnisse der deutsch-deutschen Verhandlungen zum Bildungssystem*. Verlag Leske + Budrich, Opladen 2000. 275 S. DM 48,-. Im Buchhandel.

Der Band will den Verlauf und die Ergebnisse des bildungspolitischen Transformationsprozesses Deutschlands dokumentieren, deren Grundlage die Verhandlungen zum Einigungsvertrag sowie die in der Gemeinsamen Bildungskommission erarbeiteten Empfehlungen zur deutsch-deutschen Einigung waren. Schwerpunkt der Analyse und Dokumentation bildet dabei der Bereich des allgemeinbildenden Schulwesens. Den drei Kapiteln des Dokumententeils geht eine Einleitung unter dem Titel "Eigentlich müßten wir über alles reden" voraus. Im hochschulpolitischen Kontext interessieren vor allem Kapitel 1 "Gemeinsame Bildungskommission BRD/DDR" und Kapitel 3 "Gemeinsame Bildungskommission und Einigungsvertrag".

Helm, Christoph: *Zehn Jahre Wissenschaftsentwicklung in den neuen Bundesländern an Hand des Paradigmas Sachsen-Anhalt* (HIS-Kurzinformation A 1/2001). Hrsg. vom Hochschul-Informations-System, Hannover 2001. 28 S. Bezug bei: HIS, Gosseriede 9, 30159 Hannover.

Der Autor – langjähriger Abteilungsleiter im sachsen-anhaltinischen Kultusministerium, zum Zeitpunkt der Veröffentlichung dann Wissenschaftsstaatssekretär in Brandenburg – zieht eine Bilanz der Wissenschaftsentwicklung im Osten Deutschlands seit 1990. Im Mittelpunkt stehen dabei Fachhochschulen, die außeruniversitäre Forschung

und Universitäten des Bundeslandes Sachsen-Anhalt. Seiner Meinung nach hätte der Aufbau eines gesamtdeutschen Wissenschafts- und Forschungssystems im Ergebnis der 'Wende' von der Analyse der strukturellen Schwächen und Defizite der westlichen Organisationsformen ausgehen müssen, um Chancen und Risiken eines gemeinsamen Neuaufbaus auszuloten. Dies sei ebenso nicht erfolgt wie auch nicht von möglichen Stärken des östlichen Modells die Rede war. Der Autor sieht u.a. folgende Rückwirkungen, die sich aus dem dennoch erfolgreichen Umbau und Neuaufbau der ostdeutschen Wissenschaft und Forschung für das Gesamtsystem ergeben haben: die bundesweite Bedeutung der Fachhochschulen in Deutschland habe durch die Gründungswelle im Osten stark zugenommen, besonders ostdeutsche Universitäten mit naturwissenschaftlichem Profil hätten eine unkomplizierte und pragmatische Kooperationsfähigkeit mit Industriebetrieben und dem Mittelstand eingebracht. Die nachhaltigsten Auswirkungen auf das gesamtstaatliche Wissenschaftssystem seien aber durch die Neuordnung der gesamten außeruniversitären Forschung Ostdeutschlands verursacht worden.

Dornuf, Stefan/Reinhard Pitsch (Hg.): *Wolfgang Harich zum Gedächtnis. Eine Gedenkschrift in zwei Bänden. Band I.* Verlag Müller & Nerding, München 1999. 487 S. DM 78,- (Bd. I u. II zus. 148,-). Im Buchhandel.
Aus Anlaß des 75. Geburtstages von Wolfgang Harich initiieren seine Schüler und engsten Mitarbeiter des letzten Lebensjahrzehnts diese posthume Festschrift. Die Beiträge des ersten Bandes zur Ontologie, Anthropologie, Geschichtsphilosophie, Politik, Ökonometrie und Literaturwissenschaft sollen beispielhaft die Spannweite Harichs Interessen verdeutlichen. Autoren des Bandes sind: Dorotea Fortini, Georg Lukács („Über Wolfgang Harich“), Reinhard Pitsch („Nekrolog auf Wolfgang Harich“), Paul Alsberg („Das Körperausschaltungsprinzip“), Dorothea Böck („Jean Paul als ‚geheimer Lehrer‘“), Caroline De Luis („Von echten Ahnen und falschen Pässen“), Paul Falck („Der Philosoph, der in die Kälte kam“), Hans G. Helms („Künstliche Intelligenz“), Melvin J. Lasky („Die Auflösung der Ideologien“), Thomas Metscher („Dialektik und Wirklichkeit“), Werner Mittenzwei („Im Aufbau-Verlag oder ‚Harich dürest nach großen Taten‘“), André Müller senior („Jacob und die Folgen; ‚Macbeth‘“), Costanzo Preve („Marxismus, Ontologie, Unabgeschlossenheit“), Adam Schaff („Strukturelle Arbeitslosigkeit“), Rudolf Schottlaender („Der gefesselte Prometheus des Auschylus“), Norbert Trenkle („Was ist der Wert? Was soll die Krise?“), Manfred Wekerth („Atheistische Pfingstfeste“), Gisela Witkowski („Unsere Mutter“) und Ralph-Rainer Wuthenow („Der romantische Flaubert“).

Dornuf, Stefan/Reinhard Pitsch (Hg.): *Wolfgang Harich zum Gedächtnis. Eine Gedenkschrift in zwei Bänden. Band II.* Verlag Müller & Nerding, München 2000. 551 S. DM 78,- (Bd I u. II zus. 148,-). Im Buchhandel.
Aus Anlaß des 75. Geburtstages von Wolfgang Harich initiieren seine Schüler und engsten Mitarbeiter des letzten Lebensjahrzehnts diese posthume Festschrift. Der zweite Band enthält u.a. eine Autopsie Karl-Siebert Rehbergs des Briefwechsels zwischen Wolfgang Harich und Arnold Gehlen sowie die Beiträge "Besuche bei Wolfgang Harich" (Günter Gaus), "Momentaufnahmen mit Wolfgang Harich" (Gisela May), "Über das Jahr 1956 und die 'weiße Ehe' Wolfgang Harichs. Ein Gespräch mit Irene Galtier-Giersch" (Siegfried Prokop) und "Ich lasse auf Hegel nicht scheißen!" Wolfgang Harichs Vorlesungen zur Geschichte der Philosophie 1951-1954" (Camilla

Warne).

Schottlaender, Rainer: *Gedenkwerk. Zum 100. Geburtstag Rudolf Schottlaender (5.8.1900 - 4.1.1988)*. o.J. [2000] o.S. DM 10,-. Bezug bei: Rainer Schottlaender, Jastrower Weg 17, 12587 Berlin.
Die Broschüre ist dem Philosophen, Publizisten und Übersetzer Rudolf Schottlaender gewidmet. Nach dem zweiten Weltkrieg wurde er an die Dresdner Technische Hochschule berufen. Doch den dortigen Lehrstuhl für Philosophie hatte er nur zwei Jahre inne, da er sich weigerte, sich zum Marxismus zu bekennen. Daraufhin kehrte er 1949 in den Westteil seiner Heimatstadt Berlin zurück. Durch Auftritte u.a. vor dem DDR-Nationalrat weckte er aber auch im Westen das öffentliche Misstrauen und wurde so – unbeliebt auf beiden Seiten – zum Grenzgänger zwischen beiden deutschen Staaten. Nach dem Mauerbau lies er sich – inzwischen von der Humboldt-Universität zum Professor berufen – im Ostteil Berlin nieder. Seine politischen und literarischen Essays konnten aber nur im Westen erscheinen. Bis zu seinem Lebensende zwei Jahre vor Mauerfall war er der Beobachtung u.a. durch das MfS ausgesetzt, das allein aufgrund seines hohen Alters von strengen Maßnahmen abgesehen habe. Das Heft enthält mehrere der in westdeutschen Zeitungen veröffentlichten Essays von Schottlaender. Darüber hinaus sei vor allem auf folgende Beiträge hingewiesen: "Rudolf Schottlaender. Ein Leben zwischen den Systemen. Zum 100. Geburtstag von Rudolf Schottlaender" (Tobias Philippen), "Warum ich dankbar bin, Rudolf Schottlaender gekannt zu haben" (Brigitte Sändig) und "Philosophie und Philologie. Reflexionen über Rudolf Schottlaender" (Volker Riedel).

Naake, Erhard: *Nietzsche und Weimar. Werk und Wirkung im 20. Jahrhundert*, Böhlau Verlag, Köln/Weimar/Wien 2000, 246 S. DM 48,-. Im Buchhandel.

Im hiesigen Kontext interessieren die Kapitel „Tabu. Zum Umgang mit Nietzsche in der DDR“ und „Ein Stück Kultur, das einstweilen durch kein anderes sich ersetzen lässt“. Der Anhang enthält u.a. die Dokumentation einiger illustrierender Dokumente: „Der Präsident des Landes Thüringen, Rudolf Paul, setzt sich für die Sicherstellung des Nietzsche-Nachlasses ein“, „Erich Friedrich Podach über die Bedingungen für die Arbeit mit dem Nietzsche-Nachlass im Goethe- und Schiller-Archiv in Weimar in der Zeit der DDR“, „Über Vorhaben des Ministeriums für Kultur der DDR und der nationalen Forschungs- und Gedenkstätten der klassischen deutschen Literatur zur künftigen Nutzung des ehemaligen Nietzsches-Archivs aus den Jahren 1983/84“, „Stephan Hermlin verteidigt die Forderung nach einem neuen Umgang mit Nietzsche in der DDR gegen Wolfgang Harich“, „Der Direktor des Goethe- und Schiller-Archivs in Weimar 1989 über die Notwendigkeit einer wissenschaftlichen Nietzscheforschung ‚selbst in der DDR‘“.

Teller, Jürgen: *Hoffnung und Gefahr. Essays, Aufsätze, Briefe 1954-1999*. Hrsg. von Hubert Witt. Suhrkamp Verlag, Frankfurt a.M. 2001. 285 S. DM 38,-. Im Buchhandel.

Zum 75. Geburtstag des 1999 verstorbenen Leipziger Philosophen und Schülers von Ernst Bloch erschien der Band mit Essays, Briefen und auch Teilen seiner nachträglich aberkannten Dissertation. Auch nachdem Bloch die DDR verlassen hatte, stand

Teller zu seinem Lehrer. Teller mußte in die Produktion. Nach einem Arbeitsunfall wurde er Lektor und Cheflektor beim Reclam Verlag und beim Insel Verlag. Nach dem Herbst 1989 wurde Teller rehabilitiert, zum Honorarprofessor ernannt und las an der Leipziger Universität drei Semester „Erläuterungen zu Bloch“. Der Band enthält neben Beiträgen von Teller selbst auch Artikel über ihn von Friedrich Dieckmann und Volker Braun, des weiteren Briefwechsel mit Bloch und Braun.

Reiprich, Kurt/Schneider, Kurt/Seidel, Helmut/Wittenberger, Werner (Hg.): **Christentum, Marxismus und das Werk von Emil Fuchs. Beiträge des sechsten Walter-Markov-Kolloquiums.** Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen, Leipzig 2000. 190 S. DM 19,80. Im Buchhandel.

Der Band dokumentiert die Beiträge des 6. Walter-Markov-Kolloquiums, das dem Werk und Wirken des Theologen Emil Fuchs gewidmet war und von der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen in Kooperation mit der 'Initiative Christliche Linke' Leipzig im Dezember 1998 organisiert wurde. Folgende Tagungsbeiträge sind in wissenschafts- und hochschulgeschichtlichem Kontext erwähnenswert: "Emil Fuchs in Leipzig. Ein Erlebnisbericht" (Hermann Klenner), "Die Leitung der Karl-Marx-Universität und die Sektion Theologie 1976-1986 aus persönlicher Sicht" (Hans Piazza), "Emil Fuchs. Christ und Sozialist. Aus persönlichem Erben" (Klaus Fuchs-Kittowski), "Gedanken zu Emil Fuchs' Schrift 'Marxismus und Christentum'" (Horst Pickert), "Als Christ und Sozialist. Gedanken zu Emil Fuchs' Abhandlung 'Marxismus und Christentum'" (Martina Ludwig), "Der späte Emil Fuchs nur in der Sozialgeschichte?" (Günter Wirth). Der Anhang enthält Ausschnitte aus unveröffentlichten Manuskripten von Emil Fuchs, so Textfragmente aus dem Entwurf "Mein Leben" und die Korrespondenz betreffs eines Gnadengesuchs für den Leipziger Studentenfarrer Siegfried Schmutzler.

Hoffmann, Alfred: **"Mit Gott einfach fertig". Untersuchungen zu Theorie und Praxis des Atheismus im Marxismus-Leninismus der Deutschen Demokratischen Republik** (Erfurter theologische Studien Bd. 79). St. Benno-Verlag, Leipzig 2000. 301 S. DM 48,-. Im Buchhandel.

Von 1945 bis 1989 wurde auf dem Gebiet der DDR der Marxismus-Leninismus als staatlich verordnete Ideologie in allen Bereichen der Gesellschaft verbreitet. Wesentlicher Bestandteil war ihr atheistischer Charakter. Die Studie will der philosophischen Propaganda und der gesellschaftlichen Funktion des Atheismus innerhalb des Aufbaus des Sozialismus nachgehen und setzt beides in Beziehung zur Existenz der Christen in der DDR. In zwei sich gegenseitig bedingenden und beeinflussenden Entwicklungslinien werden sowohl die politisch-ideologischen Vorgaben durch die SED auf Parteitage, Tagungen usw. als auch die philosophischen Argumentationen hinsichtlich ihrer atheistischen Stoßrichtung untersucht. Die Studie ist in drei Abschnitte untergliedert: 1. Philosophische Entwicklung der materialistisch-atheistischen Weltanschauung im Marxismus-Leninismus der DDR bis 1971; 2. Materialistisch-atheistische Leitlinien der politisch-ideologischen Entwicklung des Marxismus-Leninismus von 1945 bis 1989; 3. Philosophische Propaganda der materialistisch-atheistischen Weltanschauung in der Periode der „Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft“ (1971 – 1989).

Hübner, Ingolf/Kaiser, Jochen-Christoph (Hg.): **Diakonie im geteilten Deutschland. Zur diakonischen Arbeit unter den Bedingungen der DDR und der Teilung Deutschlands.** Verlag W. Kohlhammer, Stuttgart 1999. 251 S. DM 39,90. Im Buchhandel.

Im Mittelpunkt der Frage nach der Diakonie in der DDR steht der Umstand, dass hier erstmals der aus der Ideologie des Marxismus/Leninismus abgeleitete Sozialismus auf die Tradition der freien Wohlfahrtspflege traf. In der Reaktion darauf war die DDR der einzige Staat des ehemaligen Ostblocks, der kirchlich-diakonische Arbeit in neuem Umfang zuließ. So arbeiteten rund 17.000 Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen in der Diakonie. Dabei wurde die Diakonie in der DDR auch durch die bundesdeutsche Diakonie und Kirche finanziell und institutionell unterstützt. Folgende Beiträge des Sammelbandes sind im hier theologische- und bildungsgeschichtlichen Kontext interessierenden, erwähnenswert: "Ausbildung in der Diakonie in der DDR" (Friedhelm Jostmeier), "Ideentransfer" (Werner Braune), "Diakonisches Schrifttum und Zensur in der DDR. AM Beispiel des von Paul Toasperm herausgegebenen Aufsatzbandes 'Wagnis der Liebe'" (Ute Gause), "Theologie der Diakonie in der DDR" (Ernst Petzold). Im Anhang befindet sich u.a. eine Auswahlbibliographie zur Geschichte der Diakonie in der SBZ/DDR.

Mätzing, Heike Christina: **Geschichte im Zeichen des historischen Materialismus. Untersuchungen zu Geschichtswissenschaft und Geschichtsunterricht in der DDR** (Studien zur internationalen Schulbuchforschung. Schriftenreihe des Georg-Eckert-Instituts Bd. 96). Verlag Hahnsche Buchhandlung, Hannover 1999. 640 S. DM 38,-. Im Buchhandel.

Die Arbeit der Historikerin geht zurück auf die Umbruchszeit von 1989/90 und wurde 1996 vom Erziehungswissenschaftlichen Fachbereich der TU Braunschweig als Dissertation angenommen. Sie schlägt einen Bogen vom Geschichtsverständnis bei Marx und Engels über die kommunistische Historiographie in der Weimarer Republik zur Forschungsentwicklung in der DDR, um anschließend zu fragen, inwieweit der Erkenntnisstand der historischen Fachwissenschaft Eingang in die Lehrpläne und Schulbücher für den Geschichtsunterricht in der späten DDR fand. Als Grundlage dienen Mätzing u.a. Akten, die in der Umbruchszeit eingesehen werden konnten, bei ihrer späteren Übergabe an die zuständigen Archive aber nicht für überlieferungswürdig befunden und kassiert wurden. Für ihre Evaluation nutzt sie eine statistisch vergleichende Betrachtung von Forschungsfeldern und Forschungslücken der ostdeutschen Geschichtswissenschaft zwischen 1970 und 1990. Dabei ist sie bemüht, die Grundannahme von einem alleinigen DDR-Geschichtsbild vorsichtig zu relativieren und spricht von innermarxistischer Pluralität bei den von ihr beschriebenen Entwicklungen.

Petzold, Joachim: **Parteinahme wofür? DDR-Historiker im Spannungsfeld von Politik und Wissenschaft** (Potsdamer Studien Bd. 15, Schriftenreihe der Gemeinnützigen Gesellschaft für Fortbildung, Forschung und Dokumentation). Hrsg. von Martin Sabrow. Verlag für Berlin-Brandenburg, Potsdam 2000. 397 S. DM 58,-. Im Buchhandel.

Mit diesem – posthum erschienenen – Buch will der Autor, Professor für Geschichtswissenschaft, Rechenschaft über sein Historikerleben in der DDR ablegen. Bis zur Auflösung der Akademie der Wissenschaften 1991 arbeitete Petzold 35 Jahre lang am

Zentralinstitut für Geschichte der Akademie der Wissenschaften vor allem zu verschiedenen Phasen der Weimarer Republik. Er wirkte als Historiker an Aufbau des Denkbauwerkes der DDR-Geschichtswissenschaft mit und nahm in ihm wichtige Funktionen ein. Mit dem Untergang der DDR wird Petzold Mitarbeiter des neugegründeten Potsdamer Forschungsschwerpunktes Zeithistorische Studien.

"Helle Panke" zur Förderung von Politik, Bildung und Kultur e.V. (Hg.): **Verfemt. Verfolgt. Verschwiegen. Im Konflikt mit der Macht. Schicksale in der frühen DDR. Kolloquium in Memoriam Wolfgang Kießling** (Pankower Vorträge, H. 26). Berlin 2000, 56 S. Bezug bei: "Helle Panke", Kopenhagener Str. 76, 10437 Berlin, info@helle-panke.de

In diesem Heft werden Beiträge von Wissenschaftlern und Publizisten veröffentlicht, die im Rahmen eines Kolloquiums anlässlich des ersten Todestages des Berliner Historikers Wolfgang Kießling im April 2000 gehalten wurden. Sie sollen Einblicke in einen von Kießling umfangreich bearbeiteten Themenkomplex gewähren. Zu Lebzeiten war er neben seiner Lehrtätigkeit unter anderem langjähriger Redakteur der "Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung". Beiträge: "Repressionen erwachsen aus der Verlässlichkeit dieser Bewegung. Einführungsvortrag" (Günter Benser), "Remigranten als Historiker in der DDR und in den Kontroversen gegenwärtiger Geschichtspolitik" (Mario Keßler), "Der Rückkehrer. Aus den Akten des Geheimprozesses gegen Kurt Vieweg" (Michael F. Scholz) und "Schlußbemerkungen" (Günter Benser). Im Anhang befindet sich die Trauerrede von Wolfgang Hartmann zur Beisetzung von Kießling ("Ein Mensch, der nicht schnell aufgab") sowie ein in der "jungen welt" veröffentlichter Artikel von Holger Becker ("Er konnte Geschichte erzählen. Zum Tode des Berliner Historikers Wolfgang Kießling").

Benser, Günter: **DDR - gedenkt ihrer mit Nachsicht**. Dietz-Verlag, Berlin 2000. 479 S. DM 39,80. Im Buchhandel.

Der Autor war seit Mitte der fünfziger Jahre als Historiker mit Zeitgeschichte befaßt und hat nach seinen Aussagen mit Engagement und Parteilichkeit an der DDR-Geschichte mitgeschrieben. Der Text, der einen Überblick über die Entwicklung und das Ende der DDR bietet, wird durch Schilderungen unterbrochen, wie der Autor als Zeitzeuge die jeweiligen Vorgänge erlebt und wahrgenommen sowie als Historiker behandelt hat. Durch diese Zwischentexte wird der Band auch zu einem wichtigen Dokument für die Historiographiegeschichte der DDR.

Finker, Kurt: **Zwischen Integration und Legitimation. Der antifaschistische Widerstandskampf in Geschichtsbild und Geschichtsschreibung der DDR**. Hrsg. von Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen, Leipzig 1999. 170 S. DM 19,80. Im Buchhandel.

Finker, in der DDR Professor für Geschichtswissenschaft, beschreibt die Bedeutung des Antifaschismus für das Selbstverständnis der DDR, ausgehend vom antifaschistisch-demokratischen Neubeginn nach Kriegsende über die Darstellung von Differenzierungen in Forschung und Geschichtsschreibung in den 60er und 70er Jahren bis zur Erörterung neuer Publikationen und Diskussionen in den 80er Jahren. Nach Ansicht des Autors wird ein widersprüchliches Bild des Wesens des Antifaschismus in der DDR deutlich. Einerseits hätte es ehrliche Antifaschisten gegeben, die sich um die

Bewahrung und Wirkung der Ideale mühten. Andererseits nutzten ehemalige Widerstandskämpfer als selbstgefällige Machthaber ihre antifaschistische Aura zur eigenen Legitimierung und zur Disziplinierung des Volkes.

Lück, Heiner/Freitag, Werner (Hg.): **Historische Forschung in Sachsen-Anhalt. Ein Kolloquium anlässlich des 65. Geburtstages von Walter Zöllner** (Abhandlungen der Sächsischen Akademie der Wissenschaften zu Leipzig – Philologische Klasse Bd. 76, Heft 3). Sächsische Akademie der Wissenschaften zu Leipzig, in Kommission S. Hirzel Verlag, Stuttgart/Leipzig 1999. 173 S. DM 88,-. Im Buchhandel.

Die inhaltlich weit gestreuten Beiträge des Bandes entsprechen dem breiten Forschungsprofil von Walter Zöllner: Historische Hilfswissenschaften, Landesgeschichte, Rechtsgeschichte, Kirchengeschichte, Kunstgeschichte und Geschichte der Historiographie. Einige der Beiträge enthalten sehr persönliche Sichtweisen, die nicht zuletzt durch die tiefe Verankerung der Autoren in der Landesgeschichte „Mitteldeutschlands“ ihre Begründung finden. Des weiteren werden auch die Schwierigkeiten im wissenschaftlichen Leben eines beharrlichen Historikers, der sich der Vereinnahmung durch das politische System der DDR verweigert hat, dargestellt. Im hiesigen Kontext interessieren vor allem folgende Beiträge: „Beharrlich und unbeirrt: Walter Zöllner als Hochschullehrer, Autor und Editor“ (Heiner Lück), „Urkundenforschung und -lehre in Sachsen-Anhalt“ (Walter Zöllner), Bibliographie Walter Zöllner.

Landesheimatbund Sachsen-Anhalt (Hg.): **Mitteldeutschland, das Mansfelder Land und die Stadt Halle. Neuere Forschung zur Landes- und Regionalgeschichte. Protokoll des Kolloquiums zum einhundertsten Geburtstag von Erich Neuß am 28./29. Mai 1999 in Halle** (Beiträge zur Regional- und Landeskultur Sachsen-Anhalts Bd. 15). Halle 2000. 207 S. Bezug bei: Landesheimatbund Sachsen-Anhalt, Große Steinstr. 35, 06108 Halle.

Am 11. Februar 1999 jährte sich zum 100. Male der Geburtstag von Prof. Dr. Erich Neuß. Dem Werk und Wirken des Heimatforschers, Archivars, Wissenschaftlers und Autors war das Kolloquium „Mitteldeutschland, das Mansfelder Land und die Stadt Halle“ gewidmet. Im wissenschaftshistorischen Kontext ist insbesondere auf folgende Beiträge hinzuweisen: „Erich Neuß und die Stadt Halle“ (Otto Koch), „Erlebte Heimat – geliebtes Leben. Lebenserinnerungen von Erich Neuß“ (Elisabeth Schwarze-Neuß), „Zwischen den Stühlen. Der bürgerliche Intellektuelle und das totalitäre System. Eine Kasuistik“ (Werner Neuß), „Prof. Dr. Erich Neuß und sein Mansfelder Freundeskreis“ (Helmut Lohmeier).

Sassning, Ronald: **Geschichte im Visier des MfS der DDR. Wie SED-Führung, Staatssicherheit und Historiker mit den Schicksalen von Thälmann, Kattner und Wehner umgingen** (Hefte zur DDR-Geschichte Nr. 65). Forscher- und Diskussionskreis DDR-Geschichte, Berlin 2000. 72 S. Bezug bei: "Helle Panke" e.V., Kopenhagener Straße 76, 10437 Berlin.

Die Parteigeschichtsschreibung in der DDR wurde insbesondere nach dem Willen der jeweiligen SED-Generalsekretäre Ulbricht und Honecker gesteuert. Eigene Eitelkeiten und politische Prämissen führten zu manchen wechselnden und sogar ganz gegenteili-

gen Umfrisierungen. Die in dieser Ausgabe behandelte Verhaftung Ernst Thälmanns, der "Fall Kattner" und das Problem "Wegner - Wotan" galten als besonders heiße Eisen, die entsprechend gehandhabt wurden. In das gesteuerte SED-Geschichtsbild waren nach Aussagen des Autors nicht nur Historiker involviert. Das MfS spielte in dieser Hinsicht bei der Überwachung, Reglementierung und Manipulierung nicht nur der hier besprochenen Geschichtsdarstellungen eine gravierende Rolle zur Disziplinierung von Historikern wie anderen Autoren.

Deutscher Bundestag (Hg.): **Gesamtdeutsche Formen der Erinnerung an die beiden deutschen Diktaturen und ihre Opfer. Archive** (Materialien der Enquete-Kommission „Überwindung der Folgen der SED-Diktatur in Prozeß der deutschen Einheit“ (13. Wahlperiode des Deutschen Bundestages) Bd. 6), Suhrkamp/Nomos Verlagsgesellschaft, Frankfurt am Main/Baden-Baden 1999. 1424 S. Nur als Bestandteil des achtbändigen Gesamtwerks zu erwerben: DM 980,-. Im Buchhandel.

Der Band enthält die Protokolle der 22. und 44. Sitzung vom 14. Oktober 1996 bzw. vom 10. November 1997 mit den Diskussionen, Vorträgen, Berichten und Expertisen. Im hiesigen Kontext ist insbesondere auf folgende Beiträge hinzuweisen: „Betriebsarchive in der DDR und Akten der Treuhandanstalt“ (Bundesarchiv), „Erfassungen der aus russischen Archiven stammenden und in Deutschland zugänglichen Akten“ (Bundesarchiv), „Betriebsarchive in der DDR und Akten der Treuhandanstalt“ (Rainer Karlsch, Renate Schwärzel), „Unabhängige Archive und Materialien der Bürgerbewegungen. Der Stand von Erfassung, Hebung Sicherung und Erschließung von Oppositionsdokumenten“ (Hans Michael Kloth), „Die Aktenüberlieferung der evangelischen Kirche in der DDR“ (Gerhard Lindemann), „Die Aktenüberlieferung der katholischen Kirche in der DDR“ (Bernad Schärer), „Erfassung der aus russischen Archiven stammenden und in Deutschland zugänglichen Akten, insbesondere Lagerakten“ (Günther Wagenlehner).

Deutsche Assoziation der Absolventen und Freunde der Moskauer Lomonossow-Universität e.V. DAMU (Hg.): **Wolfgang Steinitz, und die westsibirischen Völker der Chanti und Mansi (Lomonossow DAMU-Hefte 2/2000)**, Berlin 2000. 85 S. DM 10,-. Bezug bei: DAMU, PF 33, 10121 Berlin.

Aus Anlaß des 95. Geburtstages des DDR-Sprachwissenschaftlers und -Ethnologen Wolfgang Steinitz (1905-1967) führten die Vereine DAMU und Berliner Freunde der Völker Rußlands e.V. im Mai 2000 ein Symposium durch, das den Steinitz'schen Arbeiten zur Sprache und Kultur der kleinen westsibirischen Völker der Chanti und Mansi gewidmet war. Diese Forschungen zum Chantischen waren ausschlaggebend für die weltweite wissenschaftliche Anerkennung Steinitz'. Sie bildeten den Ausgangspunkt für viele seiner späteren Arbeiten auf weiteren sprachwissenschaftlichen und volkskundlichen Feldern in Deutschland. Die Ausgabe der DAMU-Hefte vereint die Tagungsbeiträge. Außerdem enthält das Heft eine Auswahlbibliographie der Arbeiten von Wolfgang Steinitz in der ungarischen Fachliteratur.

Zum 75. Geburtstag von Professor Dr. phil. habil. Günter Witt. Leipzig 2000. 11 S.

Der seit 1990 im Ruhestand lebende Günter Witt war von 1973 an Leiter der Wissen-

schaftsdisziplin Sportästhetik an der Deutschen Hochschule für Körperkultur (DHfK) Leipzig. Die von seinen Schülern produzierte Broschüre besteht im wesentlichen aus einem Nachdruck des in *hochschule ost* 1/1998 erschienen Beitrags "Sportstudenten, Kunst und Ästhetik. ex post facto betrachtet" von Günter Witt. In ihm beschreibt er die Entwicklung der unter seiner Betreuung entstandenen Spezialsammlung "Sport in der bildenden Kunst" in der DHfK. Die Sammlung umfasst Gemälde, Grafiken und Plastiken, die sowohl auf den Freiflächen wie auch in den weiträumigen Gebäuden der DHfK präsentiert wurden. In der Sammlung sind drei Generationen bildender Künstler vertreten. Besondere Aufmerksamkeit widmete die Hochschule dabei jungen Künstlern.

Rother, Ulrike: **Kunsterziehung in der DDR. Inhalte und Entwicklungstendenzen nachgewiesen an Beiträgen der Fachzeitschrift "Kunsterziehung"**. VDg, Weimar 2001. 341 S. DM 68,-. Im Buchhandel.

Kunsterziehung als Unterrichtsfach und als fachübergreifendes pädagogisches Anliegen existierte über 40 Jahre hinweg getrennt voneinander sowohl in der Bundesrepublik Deutschland als auch in der DDR. In Abhängigkeit von den jeweiligen politischen und sozialen Entwicklungen in Ost und West prägte sich die Kunsterziehung bei gleichen historischen Wurzeln unterschiedlich aus. Die hier vorgelegte Untersuchung widmet sich in ihrem Schwerpunkt der Kunsterziehung in der DDR, dabei primär bezogen auf das Unterrichtsfach in der Polytechnischen Oberschule. Als Untersuchungsgrundlage wird die Fachzeitschrift "Kunsterziehung" genutzt, die von 1953 bis 1991 ein wichtiges Orientierungsmaterial für die Kunsterzieherinnen und -erzieher darstellte. Anhand von Beiträgen der Fachzeitschrift, von Lehrplänen, internen Quellen und unterrichtsbegleitender Literatur, aber auch ausgehend von persönlichen unterrichtspraktischen Erfahrungen der Autorin und Reflexionen weiterer Fachvertreter will die Schrift Entwicklungstendenzen in ihrer Kontinuität, aber auch in ihrer Widersprüchlichkeit aufzeigen. Besondere Aufmerksamkeit wird dem Nachweis gewidmet, daß das Unterrichtsfach Kunsterziehung einerseits von gesellschafts-, schul- und kulturpolitischen Determinanten beeinflusst wurde, andererseits jedoch auch einer mehr oder weniger eigengesetzlichen Entwicklungslinie folgte, die vom Streben nach kunstgemäßen Vermittlungs- und Aneignungsformen getragen war.

Kießling, Angela: **Non sibi sed publico. Nicht für sich, für die Allgemeinheit. Dr. Peter Schmidt (1939 - 1999). Bibliographie seiner Veröffentlichungen** (Veröffentlichungen der Bibliothek "Georgius Agricola" der TU Bergakademie Freiberg Nr. 134). Hrsg. von der TU Bergakademie Freiberg, Universitätsbibliothek "Georgius Agricola", Freiberg 2001. 50 S. Bezug bei: Bibliothek der TU Bergakademie Freiberg, Briefpost, 09596 Freiberg. Mit dieser Ausgabe wird der Öffentlichkeit eine Übersicht der Publikationen von Peter Schmidt vorgelegt, der Kustos der Freiburger Universitätsbibliothek war. Neben seiner Kenntnis um den wissenschaftlichen Altbestand der Bibliothek verschaffte sich Schmidt vor allem durch seine Arbeiten zur Geschichte der Geowissenschaften internationale Anerkennung. Eine vollständige Verzeichnung aller Artikel war für die Autorin nach eigener Auskunft nicht möglich, da sein Werk mit über 400 Arbeiten sehr umfangreich sei. Die Bibliographie ist nach Erscheinungsjahren geordnet.

Goldhahn, Christel: *Walter Schellhas (1897 - 1988). Bibliographie seiner Veröffentlichungen und ihrer Rezensionen sowie der Würdigung seines Wirkens* (Veröffentlichungen der Bibliothek der Bergakademie Freiberg Nr. 122). Hrsg. von der TU Bergakademie Freiberg, Freiberg 1999. 46 S. Bezug bei: Bibliothek der TU Bergakademie Freiberg, Briefpost, 09596 Freiberg. Die Bibliothek der Bergakademie Freiberg veröffentlicht hiermit das Gesamtverzeichnis der Publikationen von Walter Schellhas, einer ihrer ehemaligen Direktoren. Das Verzeichnis wurde ergänzt um die im Nachhinein vorgefundenen und unveröffentlicht geliebten Manuskripte sowie Würdigungen der Leistungen und der Persönlichkeit Schellhas'. Seine berufliche Laufbahn nach dem Studium begann in der Weimarer Republik an der Sächsischen Landesbibliothek sowie der Landesbildstelle. Nach der Tätigkeit als Leiter der Bibliotheken der Sächsischen Kunstakademie und der Kunstgewerbeakademie in Dresden übernahm er in Freiberg 1937 die Leitung des Stadt- und Bergbaumuseums und bald auch die der Städtischen Bücherei und des Stadtarchivs. Als leitender Beamter im Dritten Reich verbrachte er die Jahre von 1945 bis 1950 in Haft. Nach der Rückkehr wurde er bald vom damaligen Rektor der Bergakademie zum Leiter der Bibliothek der Hochschule ernannt. Seine wissenschaftlichen Arbeiten erfuhr zu DDR-Zeiten diverse staatliche Auszeichnungen. Die Bibliographie ist gegliedert in eine nach Erscheinungsjahr geordnete Auflistung von Schellhas' Publikationen, eine Auflistung unveröffentlichter Manuskripte sowie eine Übersicht über Rezensionen zu seinen Veröffentlichungen und Würdigungen seines Wirkens.

Ehrlich, Lothar/Mai, Gunther (Hg.): *Weimarer Klassik in der Ära Ulbricht*. Stiftung Weimarer Klassik, Böhlau Verlag, Köln 2000. 383 S. DM 68,-. Im Buchhandel.

Politik hat sich häufig der Weimarer Klassik bedient und sie für sich vereinnahmt. Die Publikation dokumentiert eine Tagung der Stiftung Weimarer Klassik, die sich im September 1998 dieses Themas während der Ulbricht-Ära widmete. Im wissenschafts-historischen Kontext interessieren folgende Artikel des Sammelbandes: "Weimarer Klassik in der Ära Ulbricht" (Lothar Ehrlich, Gunther Mai, Ingeborg Cleve), "Bildungsbürger, 'Experten', 'Intelligenz', Kontinuität und Wandel der ostdeutschen Bildungsschichten in der Ulbricht-Ära" (Ralph Jessen), "Restauration oder Neuanfang? West-östliche Konfigurationen der Goetherezeption im ersten Nachkriegsjahrzehnt" (Karl Robert Mandelkow), "Die Goethepäpster". Klassikmythos in der Politik der SED" (Gerd Dietrich), "Das klassische Erbe in der Literaturgeschichtsschreibung der DDR" (Rainer Rosenberg), "Gerhard Scholz und sein Kreis. Bemerkungen zu einem unkonventionellen Entwurf von wirkender Literatur und Literaturwissenschaft" (Leonore Krenzlin), "Klassik als Bildungskonzept" (Gunter Schandera), "Die 'Weimarer Klassik' in Pädagogisierungsprozessen der DDR-Gesellschaft. Teil eines 'abgerundeten Welt- und Geschichtsbildes' und Leitbild deutscher Erziehungsarbeit" (Christine Lost), "Die Goethe-Gesellschaft im Spannungsfeld der Deutschland- und Kulturpolitik der SED" (Lothar Ehrlich), "Goethe-Rezeption. Wandel von kulturellen Mustern in der DDR der sechziger Jahre" (Ursula Heukenkamp), "Zur Klassikdebatte in den 'Weimarer Beiträgen'" (Heike Steinhorst) und "Zwischen Ideal und Wirklichkeit. Klassik in Weimar in der Ära Holtzhauer (1954-1973)" (Ingeborg Cleve).

Weimann, Robert: *Zwischen Performanz und Repräsentation. Shakespeare und die Macht des Theaters. Aufsätze von 1959 - 1995* (Reihe Siegen, Bd.

139, Anglistische Abteilung). Hrsg. von Christian W. Thomsen und K. Ludwig Pfeiffer, Universitätsverlag Winter, Heidelberg 2000, 255 S. DM 88,-. Im Buchhandel.

Die in diesem Band präsentierten gesammelten Aufsätze des Shakespeare-Forschers Robert Weimann umspannen vier Jahrzehnte und dokumentieren wichtige Positionen der DDR-Anglistik. Die Aufsätze sollen die Methoden und Ergebnisse ostdeutscher Literaturwissenschaft, ihre Art der Historiographie, ihre Theoriediskurse und methodologischen Herangehensweisen an Literatur beleuchten. Da sie über die Zeit des Umbruchs bis in die Mitte der 90er Jahre hineinreichen, können sie aber auch dokumentieren, wie ein prominenter Literaturwissenschaftler der DDR den politischen Umbruch in seiner wissenschaftlichen Produktion bewältigt. Neben einer Einleitung von Christian W. Thomsen sind den Aufsätzen Weimanns noch Beiträge von K. Ludwig Pfeiffer ("Zur Situierung eines historisch-theoretischen Diskurses") und von Wolfgang Wicht ("Shakespeare in der DDR. Affirmation und Subversion") vorangestellt. Die Publikation läßt ein Schriftenverzeichnis vermissen, so daß die veröffentlichten Aufsätze nicht innerhalb des Weimannschen Gesamtwerkes kontextualisiert werden können.

Fasold, Regina/Giel, Christine/Giel, Volker/Masanetz, Michael/Thormann, Michael (Hg.): *Begegnung der Zeiten. Festschrift für Helmut Richter zum 65. Geburtstag*. Leipziger Universitätsverlag, Leipzig 1999. 419 S. DM 58,-. Im Buchhandel.

Die Festschrift für Helmut Richter, der als Germanistik-Professor an der Universität Leipzig tätig, Mitautor der „Geschichte der deutschen Literatur. Von 1830 bis zum Ausgang des 19. Jahrhunderts“ war und u.a. zu Jean Paul, Ludwig Börne, Karl Leberecht Immermann, Wilhelm Raabe und Theodor Fontane geforscht hat, ist ein Dokument des zweifachen historischen Umbruchs von 1945 und 1989 in Deutschland, da sich in diesem Band Autoren verschiedener Generationen äußern. Im hiesigen Kontext interessieren folgende Beiträge näher: „Ex oriente Lux: Warum Victor Klemperer den Osten dem Westen vorzog. Eine Sicht auf Briefe von und an Victor Klemperer ab Mai 1945“ (Rammon Reimann), „Der Dichter und sein Kritiker. Hans Mayers Verhältnis zu Johannes R. Becher“ (Alfred Klein), „Literaturwissenschaftliche Lehre zwischen literarischer Produktion, Vermittlung und Rezeption. Ein Erfahrungsbericht“ (Walfried Hartinger), Schriftenverzeichnis: Helmut Richter.

Krauss, Werner: *Die nabellose Welt. Kurzroman* (Pamphlete Bd. 2). Hrsg. von Elisabeth Fillmann und Karlheinz Barck, BasisDruck-Verlag, Berlin 2001. 165 S. DM 28,-. Im Buchhandel.

Der Romanist und Aufklärungsforscher Werner Krauss (1900-1976) war als Hochschullehrer in Leipzig und Berlin sowie an der Akademie der Wissenschaften der DDR tätig. Er gründete die "Beiträge zur romanischen Philologie" mit und forschte vor allem zu B. Gracián und M. Cervantes Saavedra. Sein Roman "PLN. Die Passionen der halykonischen Seele" (1946) zählt zu den wesentlichen Werken der deutschen Nachkriegsliteratur. Zwar unterstützt Krauss den Sozialismus, sieht ihn aber zunehmend durch die politische Praxis in der DDR diskreditiert. Dass Ost-Berliner staatliche Stellen ihm einen Vortrag über marxistische Wissenschaftspositionen vor West-Berliner Studenten untersagen, lässt Krauss die Loyalität zu "seinem" Staat, in den er zwanzig Jahre zuvor mit hohen Erwartungen übersiedelt war, endgültig aufkündi-

gen. Als Ausweg empfindet er die Literatur. In dem Kurzroman thematisiert Krauss, ob mit dem Erreichen des utopischen kommunistischen Endzustandes der Schritt ins Reich der Freiheit sich als Absturz in den Abgrund entpuppt. Die hier vorliegende Erstveröffentlichung aus dem Nachlass ist mit einem Anhang versehen, der Textvarianten und einen Text von Krauss unter dem Titel „Restüme 1967“ dokumentiert, Artikel der Hrsg. enthält (Karlheinz Barck: „Abschied vom Utopischen?“; Elisabeth Fillmann: „Zur Entstehungsgeschichte der Nabellosen Welt“) sowie ein Interview mit Carlos Rincón: „Über Werner Krauss und Science / Fiction“.

Parade, Lothar: *Vom Lindener Hinterhof an das Katheder der Leipziger Universität. Besinnliches für meine Enkel*. Sachsenbuch-Verlag, Leipzig 2001, 144 S. DM 23,80. Im Buchhandel.

Der Autor, seit 1977 Professor für Kulturwissenschaft, war bis zu seiner Abwicklung im Herbst 1991 Direktor der Sektion Kunst- und Kulturwissenschaften an der Karl-Marx-Universität Leipzig. Der Band ist seine Autobiographie. Für ihn ist der Leipziger-Lindener Mietshauskomplex, in dem er aufwuchs, die maßgebliche, seinen gesamten Lebensweg prägende moralische Erziehungsanstalt. Sie besitzt für ihn ebensolchen Wert wie die Erfahrung, die er durch seine aktive Teilnahme am Aufbau des Sozialismus in der DDR gewinnen konnte. Da Parade den größten Teil seines Lebens an Universitäten verbracht hat, stehen Schilderungen dortiger Erlebnisse und dort gewonnener Erfahrungen auch im Mittelpunkt dieser Autobiographie.

Schnoor, Rainer (Hg.): *Amerikanistik in der DDR. Geschichte – Analysen – Zeitzeußerberichte* (Gesellschaft – Geschichte – Gegenwart Bd. 19), Trafo-Verlag Dr. Wolfgang Weist, Berlin 1999. 256 S. DM 49,80. Im Buchhandel.

In diesem Band berichten Insider aus persönlicher Erfahrung über die Entwicklung, die Möglichkeiten und Grenzen einer Disziplin, die in der DDR weder ganz wichtig noch ganz unwichtig war. Darunter sind Fachreferenten des Ministeriums für Volksbildung, die für die Koordination der Anglistik-Amerikanistik-Studienprogramme in der gesamten DDR verantwortlich zeichneten, Literaturwissenschaftler, die über die Grenzen eines Landes hinaus bekannt wurden, Ex-Diplomaten, die auch wissenschaftlich über die USA arbeiteten und arbeiten, Landeskundler, die innerhalb der von außen gegebenen und der selbst gesetzten Grenzen um ein adäquates Bild der USA bemüht waren, und schließlich auch der für die USA-Berichterstattung verantwortliche Redakteur der Parteizeitung „Neues Deutschland“. Im hiesigen Kontext interessieren folgende Beiträge: „Ten Years After. Veränderungen in den ostdeutschen Amerikanistik-Landschaften seit 1998“ (Rainer Schnoor), „Amerikanistik in 40 Jahren DDR: eine wissenschaftshistorische Skizze“ (Rainer Schnoor), „Amerikanistik an den Hochschulen und Schulen der DDR zwischen zentralistischer Steuerung und Emanzipation“ (Gudrun Bahls/Wolfgang Wicht), „Die Amerikanistik an der Universität Leipzig (1950-1990). 40 Jahre Gratwanderungen eines ungeliebten Faches“ (Eberhard Brüning), „Zur Erforschung der USA-Historiographie nach dem Zweiten Weltkrieg in der DDR“ (Alfred Loesdau), „Forschung zur Außenpolitik der USA. Zwischen ideologischen Zwängen und der Wahrnehmung von Realitäten“ (Claus Montag), „Die Native American Studies und ihre Rezeption in der DDR“ (Ulrich van der Heyden), „USA-Populärkultur in der DDR: Bewertung und Interpretation in den Medien und in der Amerikanistik“ (Thomas Fuchs), „Westöstliche engagements: Eine bi(bli)ographische Reminiszenz“ (Robert Weimann), „Über den Umgang mit dem Diskurs von Poststruk-

turalismus und Postmoderne in der DDR“ (Utz Riese), „Wie ich ‚Amerika‘ in Greifswald und anderswo studierte: Erinnerungen an die 1980er Jahre“ (Anette Brauer), „Vor und nach drei Semestern am Colby College: Forschungsmöglichkeiten in der USA. Landeskunde und die Rezeption ihrer Ergebnisse in der DDR“ (Elfi Schneiderbach), „Amerikanistik in Potsdam: Eine Chronologie von Erinnerungen“ (Heinz Wustenhanen).

Stoecker, Helmuth: *Socialism with deficits. An academic life in the German Democratic Republic* (Anpassung - Selbstbehauptung - Widerstand Bd. 14). Lit-Verlag, Münster 2000. 120 S. DM 39,80. Im Buchhandel.

Helmuth Stoecker, 1994 verstorben, zählte in der britischen Emigration zu den Mitbegründern der Freien Deutschen Jugend. Als Historiker wurde er 1964 zum Professor an der Berliner Humboldt-Universität ernannt. Von 1974 bis 1983 leitete er dort das Institut für Afrikanistik. Drei Jahre später wurde er emeritiert. Nach dem Ende der DDR begann er, sein Leben zu bilanzieren. Für die einen galt er als ergebener Unterstützer des Regimes, andere sahen in ihm einen Nonkonformisten. Mit diesem Buch legt er seine Autobiographie vor.

Klein, Michael B.: *Das Institut für Internationale Politik und Wirtschaft der DDR in seiner Gründungsphase 1971 bis 1974* (Schriftenreihe der Gesellschaft für Deutschlandforschung 70), Duncker & Humblot, Berlin 1999. 231 S. DM 94,-. Im Buchhandel.

Nach sowjetischem Vorbild seien auch in der DDR politikbezogene Großinstitute entstanden, die für die Staatspartei wichtige Funktionen erfüllten und sehr eng mit den staatlichen Institutionen verflochten waren. Gründung und Aufbau des Instituts für Internationale Politik und Wirtschaft (IPW) in Ost-Berlin zu Beginn der siebziger Jahre haben eng mit dem Wechsel der SED-Politik (dessen Ursprünge und Anfänge vom Verfasser bis weit in die sechziger Jahre zurückverfolgt werden) von der propagandistischen Akzentuierung der deutschen Einheit zum Bestehen auf Zweistaatlichkeit und nationaler Abgrenzung zusammengehängen, die sich nach Honeckers Amtsantritt im Frühjahr 1971 durchsetzte. Das IPW sei inhaltlich nahezu ausschließlich auf die Bundesrepublik ausgerichtet und hatte den dreifachen Auftrag, für die SED-Führung Informationen über das Zielland zu beschaffen und auszuwerten, für die Öffentlichkeit das Feindbild auszuarbeiten und mittels Kontakten zu westdeutschen Akteuren und Einrichtungen Einfluss zu nehmen. Bei der Quellenauswahl habe sich das Problem aufgetan, dass wichtige Zusammenhänge sich augenscheinlich nicht in der bürokratischen Überlieferung der DDR niederschlugen. In anderen Fällen wurden, wie der Autor feststellt, einschlägige Akten systematisch vernichtet. Sieht man davon ab, bietet das Buch eine ebenso zuverlässige wie umfassende Darstellung der IPW-Gründungs-jahre und der sie bestimmenden bzw. der ihnen vorausgehenden SED-Politik.

Hörz, Herbert (Hg.): *Sitzungsberichte der Leibnitz-Sozietät* (Bd. 36, Jahrgang 2000 Heft 1), Trafo Verlag, Berlin 2000. 157 S. DM 35,-. Im Buchhandel.

Dieser Band beschäftigt sich im wesentlichen mit Analysen und Retrospektiven der Wirtschaft und Wirtschaftswissenschaften der DDR. Wissenschaftsgeschichtlich sind vor allem folgende Beiträge von Interesse: „Das Akademie-Institut für Wirtschafts-

wissenschaften im Widerstreit wissenschaftlicher, ideologischer und politischer Auseinandersetzungen“ (Helmut Steiner), „Zum Tode von Gunther Kohlmei (1913-1999). Das kurze Tauwetter“ (Helmut Steiner), „Zum 85. Geburtstag des marxistischen Wirtschaftswissenschaftlers Gunther Kohlmei“ (Helmut Steiner).

Förster, Günter: *Die Juristische Hochschule des Ministeriums für Staatssicherheit. Die Sozialstruktur ihrer Promovenden* (Studien zur DDR-Gesellschaft Bd. VI). Lit-Verlag, Münster 2001. 566 S. DM 39,80. Im Buchhandel.

Die 1965 gegründete Juristische Hochschule (JHS) war die zentrale Bildungs- und Forschungsstätte des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) der DDR. Sie war keine Ausbildungseinrichtung für einen juristischen Beruf, sondern ihre Aufgabe bestand in der Ausbildung von "Kadern" für eine geheimdienstliche Tätigkeit. Etwa 400 höhere Offiziere, die sich mehrheitlich in leitenden und gehobenen Positionen befanden, haben in der Zeit von 1966 bis 1989 an dieser Hochschule zum Dr. jur. und Dr. sc. jur. promoviert und sind Gegenstand dieser Dissertation. Als Grundlage dient die vollständige Bibliographie aller an der JHS durchgeführten Promotionsverfahren. Anhand empirischer Daten wird die Sozialstruktur der Gruppe der Promovenden der JHS untersucht. Sie hatten größtenteils vor ihrer Promotion ein Hochschulstudium abgeschlossen und zeichneten sich durch umfangreiche politische Aktivität auf allen Ebenen aus. Die Mehrzahl von ihnen stammte aus Arbeiterfamilien, nur ein sehr geringer Teil kam aus Akademikerfamilien. Die Zugehörigkeit zu der bevorzugten Gruppe habe absolute Konformität im sozialen Verhalten verlangt. Nach Ansicht des Autors, der bis 1997 in der Abteilung 'Bildung und Forschung' beim "Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes in der ehemaligen DDR" tätig war, ergab sich so das Bild eines fleißigen Kleinbürgers.

Gerber, Stefan: *Zur Ausbildung von Diplomjuristen an der Hochschule des MfS (Juristische Hochschule Potsdam)* (Berliner juristische Universitätschriften, Reihe Grundlagen des Rechts, Bd. 21). Berlin-Verlag Spitz und Nomos-Verlagsgesellschaft, Berlin 2000. 402 S. DM 89,-. Im Buchhandel. Die Hochschule des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) verließ bis 1990 etwa 5.000 Absolventen mit dem Titel eines Diplomjuristen. Die Dissertation will am Beispiel der Offizierschülerlehrgänge die Studieninhalte darstellen. Es wird der Frage nachgegangen, ob und inwieweit die Vergabe eines juristischen Hochschulabschlusses gerechtfertigt war. Zur Klärung dieser Frage erfolgen vergleichende Untersuchungen mit der Ausbildung von Juristen, Kriminalisten und Staatswissenschaftlern an den Universitäten und Hochschulen der DDR. Schließlich werden die beruflichen Perspektiven beleuchtet, die der an der Hochschule des MfS erworbene Abschluß in der DDR bot.

Emmrich, Rolf/Müller, Eva/Tesch, Joachim (Hg.): *Arbeits- und Sozialwissenschaften in der DDR. Anspruch und Wirklichkeit. Beiträge des Kolloquiums zu Werk und Wirken von Hans Thalmann*. Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen, Leipzig 2000. 205 S. DM 22,80. Im Buchhandel. Im Oktober 1997 führte die Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen ein wissenschaftliches Kolloquium zu Werk und Wirken des Arbeits- und Sozialwissenschaftlers Hans Thalmann durch. In jenem Monat jährt sich zum 50. Mal der Beginn der Lehrtätig-

keit Hans Thalmanns an der Leipziger Universität und die Gründung des Instituts für Sozialpolitik, später Institut für Arbeitsökonomik, das bis zu seinem Tode im Jahre 1961 von ihm geleitet wurde. Das Kolloquium nahm dies zum Anlass, Rückschau auf Stand und Entwicklung der Arbeits- und Sozialwissenschaften in den ersten Jahrzehnten der DDR zu halten und dabei das Spannungsfeld zwischen Anspruch und Wirklichkeit sichtbar werden zu lassen. Von besonderem Interesse ist der Beitrag: "Hans Thalmann als Arbeits- und Sozialwissenschaftler. Wesentliche Inhalte seiner Arbeit" von Rolf Emmrich. Im Anhang finden sich eine Übersicht wissenschaftlicher Veröffentlichungen Hans Thalmanns im Zeitraum 1947-1961 sowie Verzeichnisse der Schriftenreihe "Fragen der Arbeitsökonomik" und wissenschaftlicher Konferenzen und Kolloquia mit aktiver Beteiligung Hans Thalmanns.

Bertram, Hans/Kollmorgen, Raj (Hg.): *Die Transformation Ostdeutschlands. Berichte zum sozialen und politischen Wandel in den neuen Bundesländern*. Leske und Budrich, Opladen 2001. 485 S. DM 64,-. Im Buchhandel. Der Sammelband ist in sechs Kapitel unterteilt. Im hiesigen Kontext ist das Kapitel V von besonderem Interesse, das sich den Sozialwissenschaften während des Systemwechsels widmet. Folgende Beiträge sind zu nennen: "Die Transformation Ostdeutschlands und ihrer Erforschung. Eine Einführung in die Arbeit der KSPW und die Beiträge des Bandes" (Hans Bertram, Raj Kollmorgen), "Transformationsforschung" (Max Kaase, M. Rainer Lepsius) und "Das fünfte Rad am Wagen? Die (ost)deutschen Sozialwissenschaften im Vereinigungsprozess" (Raj Kollmorgen, Hans Bertram).

Hörner, Wolfgang/Steier-Jordan, Sonja/Szymanski, Mirosław (Hg.): *Transformation im Bildungswesen und europäische Perspektiven. Deutschland und Polen im Vergleich* (Studien und Dokumentationen zur vergleichenden Bildungsforschung Bd. 83). Hrsg. vom Deutschen Institut für Internationale Pädagogische Forschung, Böhlau Verlag, Köln 1999. 274 S. DM 48,-. Im Buchhandel.

Der Band faßt die Ergebnisse des siebten Seminars einer Reihe polnisch-deutscher erziehungswissenschaftlicher Seminare zusammen, die durch das Komitee für pädagogische Wissenschaften der Polnischen Akademie der Wissenschaften und die Kommission für Vergleichende Erziehungswissenschaft in der Deutschen Gesellschaft für Erziehungswissenschaft veranstaltet wurden. Das hier dokumentierte Kolloquium fand im 1997 statt. Folgende Beiträge sind von besonderem Interesse: "Sozialpädagogik und Sozialarbeit in Polen" (Barbara Smolinska-Theiss), "Akademische Aus- und Weiterbildung von Erwachsenenpädagogen in Polen" (Hanna Solarczyk), "Lehrerbild und Berufsperspektive in Ost und West aus Sicht von Lehramtsstudierenden. Eine vergleichende Studie" (Hein Retter, Georgi Bishkov, Aino Saar, Mirosław S. Szymanski), "Lehrerfortbildung im östlichen Europa. Schwierigkeiten und Möglichkeiten" (Susanne Bandau), "Lehrerberuf und Lehrerbildung in den neuen Bundesländern" (Hans Döbert), "Kommunikative Kompetenzen in der Lehrerausbildung" (Renate Wawrzyniak) und "Bilanz und Perspektiven der deutsch-polnischen Kooperation in Erziehungswissenschaft und Bildungsforschung" (Oskar Anweiler).

Schumann, Karsten: *50 Jahre DHfK. Eine Chronik*. Spotless-Verlag, Berlin 2000. 96 S. DM 9,90. Im Buchhandel.

Im Oktober 1950 wurde in Leipzig die Deutsche Hochschule für Körperkultur (DHfK) gegründet. Sie bildete zahllose Sportpädagogen aus und errang weltweit wissenschaftliche Anerkennung. Im Rahmen der Umstrukturierungen ging die DHfK 1992/93 in der neugegründeten, erheblich kleineren Sportwissenschaftlichen Fakultät der Universität Leipzig auf. Das Heft bietet eine Chronik der Geschichte dieser Forschungs- und Lehrinrichtung von der Gründung bis zur Auflösung.

Macrakis, Kristie/Dieter Hoffmann (Hg.): *Science under Socialism. East Germany in Comparative Perspective*. Harvard University Press, Cambridge/London 1999. 371 + IX S. ISBN 0-674-79477-X. Im internationalen Buchhandel.

Dieses (auch in deutscher Sprache erschienene) Buch enthält Beiträge zur Wissenschaft in der DDR, die sich mit der Wissenschaftspolitik, den Institutionen und den Wissenschaftlern der DDR befassen. Schwerpunktmäßig werden natur- und technowissenschaftliche Themen behandelt. Im hiesigen Zusammenhang ist insbesondere auf folgende Beiträge hinzuweisen: „The Makings of Science under Socialism“ (Kristie Macrakis), „Interpreting East German Science“ (Kristie Macrakis), „Science, Higher Education, and Technology Policy“ (Eckhart Fötisch), „The Reform Package of the 1960s: The Policy Final of the Ulbricht Era“ (Hubert Laitko), „The Shadow of National Socialism“ (Reinhard Siegmund-Schulz), „Espionage and Technology Transfer in the Quest for Scientific-Technical Prowess“ (Kristie Macrakis), „The Foundations of Diversity: Communist Higher Education Policies in Eastern Europe, 1945-1955“ (John Connelly), „From German Academy of Science to Socialist Research Academy“ (Peter Nötzoldt), „The Unity of Science vs. The Division of Germany: The Leopoldina“ (Kristie Macrakis), „Frustrated Technocrats: Engineers in the Ulbricht Era“ (Dolores L. Augustine), „Chemistry and the Chemical Industry under Socialism“ (Raymond G. Stokes), „Nuclear Research and Technology in Comparative Perspective“ (Burghard Weiss), „Politics and Computers in the Honecker Era“ (Gary L. Geipel), „Between Autonomy and State Control: Genetic and Biomedical Research“ (Hainer Hohfeld), „Robert Havemann: Antifascist, Communist, Dissident“ (Dieter Hoffmann), „Kurt Gottschaldt and Psychological Research in Nazi and Socialist Germany“ (Mitchell G. Ash).

Parthier, Benno (Hg.): *Jahrbuch 1998* (Leopoldina Reihe 3, Jahrgang 44). Hrg. von der Deutschen Akademie der Naturforscher Leopoldina, Halle (Saale) 1999. 567 S. DM 20,-. Bezug bei: Leopoldina e.V. August-Bebel-Str. 50a, 06108 Halle (Saale).

Neben statistischen Bestandteilen und Dokumentationen der Veranstaltungen enthält der Band Reden, Berichte und Abhandlungen. Im hiesigen Kontext ist insbesondere auf folgende Beiträge hinzuweisen: „Halle-Forum 1998: Kalter Krieg: Erziehung, Bildung, Wissenschaft. Die strategische und politische Konzeptualisierung und Realisierung im Ost-West-Konflikt“ (Manfred Heinemann), „Festkolloquium anlässlich des 70. Geburtstages von Herrn Prof. Dr. Alfred Schellenberger, Vizepräsident der Leopoldina, am 16. November 1998. Laudatio“ (Benno Parthier), „Ansprache des Jubilars“ (Alfred Schellenberger), „Deutsch-russische Konferenz „Reformen im Wissenschafts- und Hochschulbereich in Rußland und Ostdeutschland: ein Vergleich“ (B. Parthier).

Parthier, Benno (Hg.): *Jahrbuch 1999* (Leopoldina Reihe 3, Jahrgang 45). Hrg. von der Deutschen Akademie der Naturforscher Leopoldina, Halle (Saale) 2000. 576 S. DM 20,-. Bezug bei: Leopoldina e.V. August-Bebel-Str. 50a, 06108 Halle (Saale).

Neben statistischen Bestandteilen und Dokumentationen der Veranstaltungen enthält der Band Reden, Berichte und Abhandlungen. Im hiesigen Kontext ist insbesondere auf folgende Beiträge hinzuweisen: „Festkolloquium zu Ehren des 80. Geburtstages von Herrn Prof. Dr. Dr. h.c. Heinz Bethge, Altpäsident der Akademie. Grußwort des Ministerpräsidenten“ (Reinhard Höpner), „Grußwort der Max-Planck-Gesellschaft“ (Hans F. Zacher), „Festkolloquium zu Ehren des 80. Geburtstages von Herrn Prof. Dr. Dr. h.c. Heinz Bethge, Altpäsident der Akademie. Grußwort des Rektors“ (Reinhard Kreckel), „Grußwort der Alexander-von-Humboldt-Stiftung“ (Reimar Lüst), „Grußwort der Deutschen Physikalischen Gesellschaft“ (Alexander M. Bradshaw), „Grußwort der Deutschen Gesellschaft für Elektronenmikroskopie“ (Harald Rose), „Laudatio zum 80. Geburtstag von Heinz Bethge“ (Benno Parthier), „Elektronenmikroskopie in Halle“ (Johannes Heydenreich), „Dankeswort des Jubilars“ (Heinz Bethge), „Festkolloquium zu Ehren des 70. Geburtstages von Herrn Prof. Dr. Dr. Dr. h.c. Werner Köhler, Vizepräsident der Leopoldina. Laudatio“ (B. Parthier), „Worte des Dankes - Schlußwort des Jubilars“ (Werner Köhler).

Mielke, Ulrich/Klaus Kramer (Hg.): *Die Medizinische Akademie Magdeburg und das Ministerium für Staatssicherheit. Das Wirken der HV A in der Medizinischen Akademie Magdeburg. Hinweise zu Inoffiziellen Mitarbeitern des MfS aus der MAM, die für die Auslandsespionage verpflichtet waren* (Forschungsheft Bd. 5). Hrg. vom Historischen Dokumentationszentrum des Bürgerkomitee Sachsen-Anhalt e.V., Magdeburg 1999. 491 S. Bezug bei: Bürgerkomitee Sachsen-Anhalt e.V., Historisches Dokumentationszentrum, PF 30, 39028 Magdeburg.

Dokumentiert und untersucht wird die Tätigkeit der Hauptverwaltung Aufklärung (HVA) des Ministeriums für Staatssicherheit an der Medizinischen Akademie Magdeburg im Zeitraum von 1949 bis 1989. Die Arbeit dokumentiert Ziele, Zielgruppen und Maßnahmen des MfS innerhalb der Akademie ebenso wie die geschaffenen Organisationsstrukturen und auch widerständiges Verhalten Einzelner an Hand der überlieferten Akten der Staatssicherheit.

Mielke, Ulrich/Klaus Kramer (Hg.): *Die Medizinische Akademie Magdeburg und das Ministerium für Staatssicherheit. Das Wirken der Spionageabwehr des Ministeriums für Staatssicherheit in der Medizinischen Akademie Magdeburg. Die Inoffiziellen Mitarbeiter der Hauptabteilung II (Berlin) und der Abteilung II der Bezirksverwaltung Magdeburg des MfS aus der Medizinischen Akademie Magdeburg und ihre Arbeitsweise* (Forschungsheft Bd. 6). Hrg. vom Historischen Dokumentationszentrum des Bürgerkomitee Sachsen-Anhalt e.V., Magdeburg 2000. 840 S. Bezug bei: Bürgerkomitee Sachsen-Anhalt e.V., Historisches Dokumentationszentrum, PF 30, 39028 Magdeburg.

Diese umfangreiche Dokumentation der Arbeit des MfS in der Medizinischen Akademie Magdeburg, erstellt aus den Akten der Staatssicherheit, ist Teil einer Reihe von Forschungsberichten zu diesem Thema. Die Herausgeber waren selbst viele Jahre in medizinischen Bereichen ihres Forschungsobjektes Medizinische Akademie Magdeburg und nach der Wende als Mitglieder des Bürgerkomitees tätig.

Mielke, Ulrich/Klaus Kramer (Hg.): *Die Medizinische Akademie Magdeburg und das Ministerium für Staatssicherheit. Konspirative Wohnungen der Referate 1 und 3 der Abteilung XX der Bezirksverwaltung für Staatssicherheit Magdeburg* (Forschungsheft Bd. 7). Hrsg. vom Dokumentationszentrum am Moritzplatz Dokumentationszentrum des Bürgerkomitee Sachsen-Anhalt e.V., Magdeburg 2000. 530 S. Bezug bei: Bürgerkomitee Sachsen-Anhalt e.V., Dokumentationszentrum, PF 30, 39028 Magdeburg.

Diese umfangreiche Dokumentation der Arbeit des MfS in der Medizinischen Akademie Magdeburg, erstellt aus den Akten der Staatssicherheit, ist Teil einer Reihe von Forschungsberichten zu diesem Thema.

Sönnichsen, Nils: *Mein Leben für die Charité gegen Aids zwischen Ost und West*. Verlag Das Neue Berlin, Berlin 2000, 286 S. DM 29,90. Im Buchhandel.

Der Autor, einer der bedeutendsten Ärzte in der DDR, legt mit diesem Buch seine Autobiographie vor. Sönnichsen arbeitete von 1970 bis 1993 an der Berliner Charité. In diese Zeit fallen seine Tätigkeiten als Direktor an der Klinik für Haut- und Geschlechtskrankheiten, drei Jahre als Chef der Charité sowie das Amt des Vorsitzenden der AIDS-Kommission der DDR. Neben persönlichen Erlebnissen enthält die Publikation zahlreiche aufschlussreiche Einblicke in das Gesundheitswesen und die akademische Medizin in der DDR.

Kössler, Franz/Höxtermann, Ekkehard (Hg.): *Zur Geschichte der Botanik in Berlin und Potsdam. Wandel und Neubeginn nach 1945* (Studien und Quellen zur Geschichte der Biologie Bd. 2). Verlag für Wissenschafts- und Regionalgeschichte Engel, Berlin 1999. 438 S. DM 82,50. Im Buchhandel.

Die Autoren zeichnen auf der Grundlage von Dokumenten und überlieferten sowie erinnerten Zeitzeugnissen die Nachkriegs- und Aufbaujahre der Botanik in Berlin und Potsdam nach. Dabei wollen sie überkommene Klischees aus der Zeit des Kalten Krieges kritisch hinterfragen. Im Mittelpunkt des Buches stehen die Landes- bzw. Pädagogische Hochschule und ihr Botanisches Institut in Potsdam, das nach Aussagen der Autoren in den 50er Jahren zu einem der Zentren der Botanik in Deutschland avancierte, von dem vielfältige Wirkungen in Ost und West ausgingen. Auf folgende Beiträge vor allem sei hingewiesen: "Erinnerungen an die Botanik in Berlin nach 1945 und an Theo Eckardt" (G. Wagenitz), "Kurt Noack (1888-1963) und die Erneuerung der Botanik an der Humboldt-Universität zu Berlin" (E. Höxtermann), "Mein Werdegang als Botaniker in Berlin und Potsdam 1946-1955" (H. Schlüter), "Gründung, Aufbau und Entwicklung des Botanischen Instituts Potsdam" (K. Michael), "Zur Geschichte des Botanischen Gartens Potsdam" (K. Klopfer) und "Ein Botanikerleben in der Zeit zweier deutscher Diktaturen. W. R. Müller-Stoll (1909-1994)" (K. Müntz). Das dritte Kapitel des Buches enthält Erinnerungen folgender ehemaliger Schüler und

Mitarbeiter von Müller-Stoll: D. Benkert, R. Buschbeck, G. Casperson, U. Karsten, F. Kössler, H. Malke, K. Müntz, J. Overbeck, R. Rath sack-Künzenbach, L. Rufflé, J. Salzer, H. Schröder, L. Steubing und H. Süß. Der Anhang enthält darüber hinaus u.a. noch eine Reihe Dokumente: den Nachdruck eines Vortrages von Müller-Stoll aus dem Jahr 1991 zur Auseinandersetzung um Lyssenko, das Verzeichnis der Schriften von Müller-Stoll sowie die von ihm betreuten und begutachteten Promotionen und Habilitationen. Desweiteren findet man einen Überblick über die botanischen Lehr- und Forschungsstätten in Berlin nach 1945 und deren Vertreter sowie Kurzbiographien der Professoren und Dozenten der Botanik an der Humboldt-Universität zu Berlin und der Pädagogischen Hochschule Potsdam von 1945 bis 1961.

Wessel, Karl-Friedrich/Schulz, Jörg/Hackenthal, Sabine (Hg.): *Ein Leben für die Biologie(geschichte). Festschrift zum 75. Geburtstag von Ilse Jahn* (Berliner Studien zur Wissenschaftsphilosophie & Humanontogenetik Bd. 17), Kleine Verlag, Bielefeld 2000. 236 S. DM 44,-. Im Buchhandel.

Ilse Jahn, Dozentin an der Berliner Humboldt-Universität, Verfasserin des Standardwerkes über die Entwicklung der Biologie „Geschichte der Biologie“ und Verfechterin des Prinzips der Historizität in der Betrachtung der Genese wissenschaftlicher Erkenntnisse sowie Autorin zahlreicher entsprechender Publikationen war von 1969 bis 1973 Vorstandsmitglied der „Gesellschaft für Geschichte der Medizin in der DDR“. Im hiesigen Kontext interessieren: Laudatio für Frau Dr. Ilse Jahn (Günter Tembrock), „Ilse Jahn als Gründungsvorsitzende der ‚Deutschen Gesellschaft für Geschichte und Theorie der Biologie‘“ (Hans-Jörg Rheinberger), „Chancen und Grenzen der Rekonstruktion der Vergangenheit“ (Karl-Friedrich Wessel), „Die Humangenetik im Kontext der Entwicklung der DDR. Genetik aus wissenschaftshistorischer Sicht“ (Jörg Schulz), „Ilse Jahn: Ihr Beitrag zum Berufsverständnis der Zoologen“ (Günter Peters), „Der Rostocker Botaniker Hermann von Guttenberg (1881-1969) und sein Wirken in Berlin“ (Brigitte Steyer), „Autobiographische ‚Anmerkungen‘ zu den freundlichen Laudationes“ (Ilse Jahn), Publikationsliste von Ilse Jahn.

Alfred-Wegener-Institut für Polar- und Meeresforschung (Hg.): *Licht, Raum und Technik für die Wissenschaft*, Bremerhaven 1999. 22 S. Kostenlos bei: Alfred-Wegener-Institut, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, Columbusstraße, 27568 Bremerhaven.

Die Forschungsstelle Potsdam des Alfred-Wegener-Institut für Polar- und Meeresforschung besteht seit 1992 auf dem Telegraphenberg, wo sich bereits in der DDR 30 Jahre lang das Zentralinstitut für Physik der Erde befand. Dieses Werk befasst sich nicht nur mit den Forschungsschwerpunkten der Außenstelle Potsdam sondern auch mit der Eingliederung in den Wissenschaftspark „Albert Einstein“ sowie der Architektur und Gebäudetechnik der Räumlichkeiten des Instituts.

Wissenschaftlich-technische Gesellschaft Adlershof WITEGA e.V. (Hg.): *Vom Optischen Laboratorium in Berlin-Karow bis zum Zentralinstitut für Optik und Spektroskopie in den Jahren 1946-1991. Zur Vorgeschichte und Geschichte des Instituts für Optik und Spektroskopie am Forschungsstandort Berlin-Adlershof* (Wissenschaftshistorische Adlershofer Splitter Bd. 6). Berlin 2000. 260 S. DM 20,-. Bezug bei: WITEGA e.V., Wissenschaftlich-technische

Gesellschaft Adlershof, Justus-Liebig-Straße 3, Gebäude 4.1, 12489 Berlin. Der Band dokumentiert die wechselvolle Geschichte einer der früher international bekanntesten Adlershofer Forschungseinrichtungen, des Zentralinstituts für Optik und Spektroskopie. Die Publikation beginnt mit einer Darstellung der Institutsgründer, die aus der Physikalisch-Technischen Reichsanstalt kamen. Ihre wissenschaftlichen Arbeiten wurden ab 1946 im Optischen Laboratorium in Berlin-Karow, in den 50er und 60er Jahren im Institut für Optik und Feinmechanik bzw. Spektroskopie fortgesetzt und wurden schließlich bis 1991 im Zentralinstitut für Optik und Spektroskopie weitergeführt. Die Beiträge der ehemaligen Institutsmitarbeiter geben Einblick in das vielgestaltige wissenschaftliche Leben und bedeutende Erfindungen dieser Zeit.

Wissenschaftlich-technische Gesellschaft Berlin-Adlershof WITEGA (Hg.): **Zur Geschichte physikalischer, technischer und mathematischer Forschungsstätten der Akademie der Wissenschaften der DDR in Berlin-Adlershof in den 70er und 80er Jahren** (Wissenschaftshistorische Adlershofer Splitter Bd. 7). Berlin 2000. 223 S. DM 20,-. Bezug bei: WITEGA e.V., Justus-von-Liebig-Straße 3, Gebäude 4.1, 12489 Berlin.

Die Publikation beschäftigt sich mit der Geschichte physikalischer, technischer und mathematischer Forschungsstätten der Akademie der Wissenschaften der DDR in den 70er und 80er Jahren. Zu den behandelten Forschungseinrichtungen zählen das Institut für Informatik und Rechen Technik (IIR), Zentrum für wissenschaftlichen Gerätebau (ZWG) und Institut für Automatisierung (IfA) mit ihren vorgeordneten, in Adlershof angesiedelten Forschungsbereichen Mathematik und Informatik (FB M/I) sowie Physik (FB Phys.). Im Gegensatz zu den bisherigen Veröffentlichungen dieser Reihe wird in dieser Ausgabe nahezu ausschließlich Archivgut veröffentlicht: Aktennotizen, Anweisungen, Berichte, Beschlüsse, Briefe, Einladungen, Interviews, Mitteilungen und Grundsatzentscheidungen, Protokolle, Thesen und Vereinbarungen, ergänzt durch reproduzierte Bilddokumente und biographisches Material.

Günther, Manfred/Weichold, Jochen: **Die Akademie der Wissenschaften der DDR in Berlin-Adlershof**, o.O. [Berlin] 2000. 26 S. Bezug bei: WITEGA Wissenschaftlich-technische Gesellschaft Berlin-Adlershof e.V., WITEGA e.V., Wissenschaftlich-technische Gesellschaft Adlershof, Justus-Liebig-Straße 3, Gebäude 4.1, 12489 Berlin.

Bis zum Jahr 2010 entsteht Berlin-Adlershof, eine „Stadt für Wissenschaft, Wirtschaft und Medien“, die zu den 15 weltweit größten Technologieparks gehören wird. In dieser Textsammlung wird ein Einblick in die wechselvolle Geschichte von Johannisthal und Adlershof und der Akademie der Wissenschaften der DDR vom Beginn des vorigen Jahrhunderts bis zu den Jahren 1989/90 gegeben.

Barkleit, Gerhard: **Mikroelektronik in der DDR. SED, Staatsapparat und Staatssicherheit im Wettstreit der Systeme** (Berichte und Studien Bd. 29). Hrsg. vom Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung an der Technischen Universität Dresden, Dresden 2000. 149 S. Bezug bei: Hannah-Arendt-Institut, TU Dresden, Mommsenstr. 13, 01062 Dresden. Nach einem historischen Abriss der Mikroelektronik in der DDR rekonstruiert der Au-

tor Entscheidungs- und Implementierungsprozesse beim Aufbau einer leistungsfähigen mikroelektronischen Industrie in der DDR ab dem Jahr 1977. Im Speziellen wird die Rolle der Staatssicherheit als drittes Steuerungselement neben Partei und staatlicher Administration untersucht.

Stokes, Raymond G.: **Constructing Socialism. Technology and Change in East Germany 1945 – 1990**, Johns Hopkins University Presse, Baltimore 2000, ISBN 0-8018-6391-0. Im internationalen Buchhandel.

With a cloud of blue smoke and a high-pitched whine, Trabant cars carried many East Germans westward after the Berlin Wall came down in November 1989. The car's 1950s design, obvious environmental incorrectness, and all-plastic body became a symbol of the technological limitations of East German communism. Though unfair and oversimplified, the famous image from the early 1990s of the rear of a Trabi protruding from a dumpster seemed to imply that the car, like the system which had produced it, had been consigned to the dustbin of history. But as Raymond G. Stokes points out in *Constructing Socialism*, eastern Germany in 1945 was one of the most highly developed, technologically sophisticated industrial areas in the world. Despite the evident failings of its technology by the late 1980s, the German Democratic Republic maintained advanced technological capability in selected areas. If the system itself was fundamentally flawed, what explains successes under the very same system? Why could the successes not be repeated in other areas? And if examples of success are so isolated, how did East Germany last as long as it did? To answer these questions, *Constructing Socialism* examines the system of innovation that delivered some minimal level of technological excellence into the East German economy and industry. Focusing on success rather than failure, Stokes offers a general history of East German technology between 1945 and 1990. He combines an overview and synthesis of emerging scholarly literature with an examination of newly opened archival material in order to explore issues that include automation, standardization, technology transfer and technological tourism and espionage. *Constructing Socialism* investigates specific technologies and machines but also emphasizes the people who designed and implemented them and the cultural context and meanings of technological systems.

Philipp, Burkhard/Dieter Paul: **Achtzig Jahre Polymerkolloidforschung in Teltow-Seehof. Beiträge zur Geschichte der Kolloidwissenschaften** (Mitteilungen der Kolloid-Gesellschaft Bd. 10). Verlag Reinhard Knof, Nehmtan 2001. 160 S. DM 25,-. Im Buchhandel.

In diesem Band über die Geschichte eines Institutes, in dem von 1919 bis heute die Kolloidchemie eine entscheidende Rolle spielt, spiegeln sich die politischen Umstände genauso wider wie die Entwicklung nach dem II. Weltkrieg zum Institut für Faserforschung, dem späteren Institut für Polymerchemie der Akademie der Wissenschaften der DDR. Nach 1990 kamen mehrere neue Institute hinzu.

Blumtritt, Herbert: **Geschichte der Dresdner Fotoindustrie**. Lindemanns Verlag, Stuttgart 2000, 256 S. DM 38,-. Im Buchhandel. Der Autor hat die weit verstreuten Fakten zur Geschichte der Dresdner Fotoindustrie – als wohl dem Zentrum der deutschen Fotoindustrie – recherchiert, gesammelt, geord-

net und in einen geschichtlich nachvollziehbaren Zusammenhang von den Anfängen bis in die neunziger Jahre gebracht. Des weiteren findet sich z.B. die Übersicht „Wer baute was?“, ein Quellenverzeichnis und ein ausführliches Register. Neben den wirtschaftsgeschichtlichen Aspekten wird zugleich ein wichtiges Stück DDR-Technologie- und Ingenieurwissenschaftsgeschichte geschrieben.

Kirchberg, Peter: *Plaste, Blech und Planwirtschaft. Die Geschichte des Automobilbaus in der DDR*. Verlag Nicolai, Berlin 2000. 798 S. DM 68,-. Im Buchhandel.

Dieses Buch berichtet über die Geschichte der Produkte im DDR-Automobilbau und die Geschichte ihrer Entwicklung und ist zugleich ein gewichtiger Beitrag zur Geschichte der DDR-Ingenieurwissenschaften. Der Aufbau des Bandes, dessen Autor 1990 Professor für Technik- und Verkehrsgeschichte an der Hochschule für Verkehrswesen "Friedrich List" Dresden wurde, entspricht den vier Produktionsgenerationen. Dabei ist die gesamte Automobilindustrie Bezugsfeld der Betrachtung, also nicht nur der Sektor Personenkraftwagen. Ebenso wird auch auf die Forschungs- und Entwicklungsbereiche eingegangen, so z.B. auf das Profil der DDR-Fahrzeugpalette über viele Jahre bestimmende volkseigene Forschungs- und Entwicklungswerk (FEW) Karl-Marx-Stadt. Erinnerungen ehemaliger Ingenieure und Mitarbeiter werden ausgewertet. Eine Typen- und Datenübersicht der ostdeutschen Kraftfahrzeug- und Motorproduktion seit der Nachkriegszeit ergänzt das Werk.

Behrend, Matthias/Eberhard Bräunlich (Hg.): *Von 0 auf 100. Hundert Jahre Autoland Sachsen*. Chemnitz Verlag, Chemnitz 2001. 232 S. DM 34,80. Im Buchhandel.

Geschichte des sächsischen Automobilbaus in Erzählungen, Bildern und Texten. Chronologisch gegliedert werden Forschung, Entwicklung und Produktion von den ersten Modellen des August Horch bis zur heutigen VW-Produktion dokumentiert.

Technische Universität Dresden, Fakultät Bauingenieurwesen (Hg.): *Festschrift der Fakultät Bauingenieurwesen zum Ehrenkolloquium. Prof. Dr.-Ing. habil. Dr. h.c. Günter Zumpe zum 70. Geburtstag*. Dresden [o.J.], 141 S. Bezug bei: TU Dresden, Fakultät Bauingenieurwesen, Dekanat, 01062 Dresden.

Diese Festschrift ist dem von 1990 bis 1996 als Direktor des Instituts für Baumechanik und Bauinformatik in der Abteilung Bauingenieurwesen der Fakultät Bau-, Wasser- und Forstwesen der TU Dresden tätig gewesenen Günter Zumpe gewidmet. Eine Rolle spielt desweiteren Zumpes Engagement beim Wiederaufbau der Dresdner Frauenkirche. Neben Grußworten enthält der Band u.a. die Beiträge "Gedanken zur Übergabe der Modelle für die Kuppel der Dresdner Frauenkirche" von Günter Zumpe und "Der Jubilar und das Trivium" von Peter Busch. Desweiteren finden sich Übersichten der Assistenten und Mitarbeiter des Jubilars, seiner Veröffentlichungen und eine Liste der von ihm betreuten Dissertationen und Habilitationen. Im Anhang sind das "Manifest für den Wiederaufbau der Frauenkirche zu Dresden" und weitere Dokumente abgedruckt, die eine wissenschaftlich fundierte Diskussion über die Varianten des Tragsystems der wiederaufzubauende Frauenkirche einfordern.

Siebert, Stefan (Hg.): *Bibliothek zwischen Kontinuität und Wandel. Festschrift für Peter Hoffmann zum 60. Geburtstag* (Veröffentlichungen der Universitätsbibliothek Rostock Bd. 129). Hrsg. von der Universität Rostock, Universitätsbibliothek, Rostock 2000. 306 S. Bezug bei: Universität Rostock, Universitätsbibliothek, Schriftentausch, 18051 Rostock.

In diesem Band werden zahlreiche Beispiele beschrieben, wie Bibliotheken und deren MitarbeiterInnen den Wandel der sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse nach 1989 mitgestaltet haben: „Die Landesbibliotheken der neuen Bundesländer im Wandel von 10 Jahren deutscher Einheit“ (Claudia Lux), „Die Landesbibliothek Mecklenburg-Vorpommern auf dem Weg zu einem Informationszentrum für und über das Land“ (Wolfgang Weinert), „Wandel diesseits der Einheit: Die Universitätsbibliothek Frankfurt (Oder) auf dem Weg zu ihrem System“ (Ulrike Eich), „Zur baulichen Entwicklung der Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt nach der Wende“ (Heiner Schnellung), „Die bauliche Entwicklung der Universitätsbibliothek Magdeburg seit 1990“ (Eckehard Oehmig), „Die Bibliothek der Ingenieurhochschule für Seefahrt Warnemünde-Wustrow 1969-1991“ (Renate Koch/Kurt Kohlmann), „Die Hochschulbibliothek der Hochschule Wismar“ (Johannes Freydanck), „Die Bibliothek des Institutes für Ostseeforschung Warnemünde (IOW) an der Universität Rostock“ (Anemarie Schröder/Brigitte Sievert), „Hochschulrenewierung und Universitätsbibliothek in Rostock. Herausforderung und Lösungsmöglichkeiten am Beispiel der Fachbibliothek Geschichte 1993-1999“ (Kersten Krüger), „Katalogkonversion an der Universitätsbibliothek Rostock“ (Karin Schmidt, Michael Hexel), „Reorganisation und Modernisierung von Fachbereichsbibliotheken der Universitätsbibliothek Rostock. (Petra Herden), „Die Wiedereinrichtung der Fachbibliothek Rechtswissenschaften an der Universität Rostock“ (Martina Koller), „Die Fachbibliothek Chemie. Entwicklung und Perspektiven nach 111 Jahren am Standort Buchbinderstraße“ (Sigrid Schmidt). Daneben interessieren im hiesigen Kontext folgende Artikel: „Das „Handbuch der historischen Buchbestände in Deutschland“ als Beispiel einer zehnjährigen gesamtdeutschen Zusammenarbeit“ (Friedhilde Krause), „Aasgeier und Schutzengel. Zur Geschichte des Juristischen Seminars an der Universität Rostock 1945-1999“ (Hans-Peter Glöckner) sowie „Das Universitätsarchiv Rostock zwischen 1990 und 1999“ (Angela Hartwig).

Klinkmann, Host/Herbert Wöltge (Hg.): *1992 - Das verdrängte Jahr. Dokumente und Kommentare zur Geschichte der Gelehrtensozietät der Akademie der Wissenschaften für das Jahr 1992* (Abhandlungen der Leibniz-Sozietät Bd. 2). Trafo-Verlag Dr. Wolfgang Weist, Berlin 1999. 292 S. DM 39,80. Im Buchhandel.

Zum 300jährigen Akademiejubiläum liegt hiermit ein Dokumentenband vor, der einerseits statistische Übersichten enthält, andererseits 79 zum größten Teil erstmals veröffentlichte Dokumente aus dem Jahr 1992. Die Materialien setzen Ende 1991 ein und dokumentieren die Entwicklung der Gelehrtensozietät der Akademie der Wissenschaften der DDR bis zum Sommer 1992, ihre Behandlung durch die Politik in Berlin und ihren Übergang in die Leibniz-Sozietät.

Pasternack, Peer/Thomas Neie (Hg.): *stud. ost 1989-1999. Wandel von Lebenswelt und Engagement der Studierenden in Ostdeutschland*. Herausgegeben in Verbindung mit Ralph Meder, Akademische Verlagsanstalt, Leipzig

2000, 464 S. DM 39,80. Im Buchhandel oder unter hso@rz.uni-leipzig.de
10 Jahre Zusammenbruch der DDR und 10 Jahre deutsche Neuvereinigung waren 1999 und 2000 die zentralen Gedenkdaten. Zahlreiche Bilanzen sind gezogen worden. Die zu den Studierenden liegt mit diesem Band vor. StudentInnen befinden sich an Hochschulen in einer eigentümlichen Situation. Sie sind sowohl die „schwächsten“ Hochschulmitglieder, denn sie haben vergleichsweise wenig zu sagen und müssen Prüfungen bestehen. Zugleich sind sie aber auch unbefangenen Angehörigen einer Hochschule, denn sie sind noch vergleichsweise unverbogen und haben ihr Schicksal nicht existentiell an den Ort ihrer Studien geknüpft. Was hat sich für diese und in dieser Gruppe in 10 Jahren radikalem Wandel der Umstände verändert? In Teil A des Buches werden zusammenfassende Retrospektiven vorgelegt. Teil B präsentiert eine umfangliche Dokumentation: sowohl aussagekräftige Zeitzeugnisse wie zeitgenössische Analysen illustrieren die übergreifenden Aussagen der Analysen aus dem ersten Teil, die sich mit folgenden Themen befassen: Die Demokratisierungsimpulse aus der DDR-StudentInnenenschaft 1989/90 (Christian Füller); Die StuRa-StoRy. Studentische Interessenvertretung in Ostdeutschland seit 1989 (Peer Pasternack); Medizinstudium und Interessenvertretung der Medizinstudierenden in Ostdeutschland 1989-1999 (Gero Bühler); Geschichte der sozialdemokratischen Studierendenverbände in Ostdeutschland (Johannes Wien/Christian Hingst); Studentinnen(politik) zwischen 1989 und 2000 (Suse Wagner); Wie ost- und westdeutsche StudentInnen zu Beginn der deutschen Vereinigung sich gegenseitig sahen (Leo Ensel); Die Wanderungen von Studierenden zwischen dem Osten und Westen Deutschlands (Ulrich Heublein); Neue Zeiten – Neue Werte? Studierende zehn Jahre nach der deutschen Einheit (Uta Starke); Akzeptanz der Fachhochschulen durch die Studierenden in den neuen Bundesländern (Heidrun Jahn); Studentisches Wohnen im Übergang (Bernhard Wagner); Studentensexualität im Wandel der Zeiten (Kurt Starke/Konrad Weller). Beschlossen wird der Band durch eine annotierte Bibliographie „Studierende in Ostdeutschland 1989-1999“ (Peer Pasternack).

Goderbauer-Marchner, Gabriele/Hilmer, Ludwig (Hg.): **"Wir da drüben". Gedanken einer vereinigten Generation.** Arcos Media Verlag, Ergolding 2000. 144 S. DM 16,80. Im Buchhandel.

Das Buch will Stimmungen einer Generation wiedergeben, deren Perspektive durch die politischen Veränderungen in Ostdeutschland nachhaltig verändert wurde. 100 Studenten aus ganz Deutschland, nunmehr in Mittweida studierend, die beim Fall der Mauer zwischen acht und 13 Jahre alt waren, haben sich in Form von Beiträgen in diesem Buch Gedanken über zehn Jahre Deutsche Einheit gemacht. Die Texte entstanden im Rahmen eines von den Herausgebern durchgeführten Seminars an der Hochschule Mittweida (Sachsen) in den Studiengängen Medienmanagement und Medientechnik. Erinnerungen von Prominenten aus Politik und Gesellschaft beleuchten das Thema zusätzlich aus deren Sicht.

Fiedler, Martina: **Gesichter der Universität Rostock. Professorinnen und Professoren stellen sich vor, Heft 1.** Hrsg. vom Dezernat Studium und Lehre, Allgemeine Studienberatung und Careers Service der Universität Rostock, Rostock 2000, 129 S. Bezug bei: Universität Rostock, Dezernat Studium und Lehre, Allgemeine Studienberatung & Careers Service, Schwaansche Str. 5, 18055 Rostock.

In diesem Heft sind 19 HochschullehrerInnen der Universität Rostock zu ihren Lebensläufen befragt worden. Um möglichst verschiedene Karrieren vorstellen zu können, wurden ProfessorInnen interviewt, die sich einerseits durch ihre Herkunft sowie ihren Werdegang voneinander deutlich unterscheiden, wie sie andererseits aus den unterschiedlichsten Bereichen kommen. Ihre Karrieremuster sollen Anregungen für eigenes Handeln geben, Lust auf das Kennenlernen machen, Distanz verringern und den Kontakt zum Lehrgebiet noch individueller ermöglichen.

Szagon, Anna-Katharina: **Rostock. Wege entstehen beim Gehen** (Forum Hochschuldidaktik Bd. 1). Lit-Verlag, Münster 2001. 151 S. DM 39,80. Im Buchhandel.

Der Band stellt aktuelle hochschuldidaktische Initiativen an der Universität Rostock vor. Zum einen geht es um die Konzeption und Auswertung der "Tage der Lehre", einem Verbund-Modell, das bei hochschulübergreifender Abstimmung von Bedarfen und Ressourcen für das ganze Land seit 1997 jährlich 15-30 Kursangebote zur Kompetenzerweiterung im Bereich Hochschuldidaktik bzw. Schlüsselqualifikation bereitstellt. Dann werden Anreizsysteme der Qualitätssicherung (z.B. Förderpreis für die Lehre) diskutiert. Zum Dritten werden aus verschiedenen Fakultäten Neuaufbrüche des Lehrens und Lernens vorgestellt.

Märkische Oderzeitung (Hg.): **10 Jahre Europa-Uni Viadrina. Sonderbeilage.** Frankfurt/Oder 11. Juli 2001. 16 S.

Am 15. Juli 1991 wurde die Universität Viadrina offiziell neu gegründet. Die Sonderbeilage der „Märkischen Oderzeitung“ zum 10jährigen Bestehen der Universität gibt einen Überblick über Geschichte und Zukunft der Universität. Im hiesigen Kontext ist insbesondere auf folgende Beiträge hinzuweisen: „Die europäische Oder-Universität oder: Die zweite Erfindung Frankfurts“ (Karl Schlögel), „Zwei Rektoren, eine Präsidentin“ (Dietrich Schröder), „Mit der Region eng verknüpft“ (Dietrich Schröder), „Ein Professor wirft mit Büchern“ (Michaela Grün), „Die Verwandlung eines Zuges und andere deutsch-polnische Wunder“ (Krzysztof Wojciechowski), „Willkommen in Timbuktu“ (Wolfgang Pohl), „Halb deutsch, halb polnisch – aber ganz in Europa“ (Dietrich Schröder), „Zehn Jahre in Daten und Bildern“ (Dietrich Schröder).

Gloede, Klaus/Schirmag, Toralf/Schöler, Klaus: **Ökonomische Wirkungen der Universität Potsdam auf die Region.** Verlag Peter Lang, Frankfurt/Main 1999. 184 S. DM 69,-. Im Buchhandel.

Ziel der Studie ist es, die Wirkungen einer Universität als Wirtschafts- und Standortfaktor in einer Region am Beispiel der Universität Potsdam zu quantifizieren. Zu diesem Zweck wurden die Mittelverwendung der Universität sowie das Ausgabeverhalten der Mitarbeiter und Studenten einer ökonomischen Analyse unterzogen. Die wichtigsten Daten wurden durch Umfragen ermittelt. Damit sollen Antworten auf die Fragen gefunden werden, wer Ausgaben für welche Güter und Dienstleistungen an welchen Orten tätigt. Auf dieser empirischen Grundlage wird ermittelt, in welchen Teilregionen – Potsdam, Berlin, Umland – die Ausgaben zusätzliches Einkommen und Beschäftigung erzeugen. Diese quantitativen Aussagen können nach Ansicht der Autoren einen Beitrag zu einer rationalen, nicht einseitig an den Kosten orientierten Diskussion des Hochschulwesens leisten.

Universität Potsdam, Referat für Presse-, Öffentlichkeits- und Kulturarbeit (Hg.): *PUTZ. Die Potsdamer Universitätszeitung Heft Nr. 5/01, Juni 2001*. Potsdam 2001, 28 S. Kostenlos bei: Universität Potsdam, Öffentlichkeitsreferat, PF 601553, 14415 Potsdam.

Am 15. Juli 1991 wurde die Universität Potsdam als größte Hochschule des Landes Brandenburg gegründet. Sie baut auf Vorgängereinrichtungen auf, wie u.a. der Brandenburgischen Landeshochschule (zuvor PH „Karl Liebknecht“). Anlässlich des zehnjährigen Jubiläums der Universität Potsdam widmet sich die Universitätszeitung PUTZ in dieser Ausgabe fast ausschließlich diesem Ereignis. Zahlreiche Personen, die die kurze Geschichte dieser wissenschaftlichen Institution miterlebten und mitgestalteten, geben in kurzen Statements ihre Meinungen und Impressionen über die Arbeit, Erfolge und Rückschläge wieder. Ein Kalender zu wichtigen Ereignissen der ersten 10 Jahre komplettiert die Jubiläumsausgabe.

Görtemaker, Manfred (Hg.): *Die Universität Potsdam. Geschichte. Bauten. Umgebung* (Einzerveröffentlichung der Brandenburgischen Historischen Kommission e.V. Bd. 3). Berlin-Verlag Spitz, Berlin 2001. 142 S. DM 39,-. Im Buchhandel.

Mit der Gründung der Universität Potsdam im Juli 1991 habe sich Potsdam als wichtiger Wissenschaftsstandort in Deutschland etabliert. Der Band will untersuchen, von welchen Maßstäben und Zielen man sich bei der Gründung leiten ließ und was daraus zehn Jahre später geworden ist. Er beschreibt, in welchem Umfeld sich Studenten, Professoren und Mitarbeiter der Universität bewegen. Und er fragt, welche Rolle die Universität bei der Entwicklung einer Stadt spielen könnte, die nach dem Verlust ihrer historischen Rolle eine neue Identität finden muß. Insbesondere sind folgende Beiträge von Interesse: "Neubeginn an historischem Ort" (Rolf Mitzner), "Zwischenbilanz nach zehn Jahren. Ausbau und Perspektiven" (Wolfgang Loschelder), "Die Standorte. Ihre Bau- und Nutzungsgeschichte" (Thomas Pösl) und "Das Umfeld. Der Wissenschaftsstandort Potsdam" (Ursula Resch-Esser).

Brandenburgische Technische Universität Cottbus, der Präsident (Hg.): *10 Jahre BTU. Special* (BTU Profil - Zeitung der Brandenburgischen Technischen Universität Cottbus). Cottbus 2001. 12 S. Bezug bei: Presse und Öffentlichkeitsarbeit der BTU Cottbus. PF 101344, 03013 Cottbus.

Der 10jährigen Wiederkehr der Gründung der Brandenburgischen Technischen Universität Cottbus (BTU) widmet die universitätseigene Zeitung eine deutsch-englische Sonderausgabe. Mitarbeiter, Politiker und Studenten, die die kurze Geschichte der Universität miterlebten und mitgestalteten, geben in kurzen Statements ihre Meinungen und Impressionen über die Arbeit, Erfolge und Rückschläge wieder. Eine Chronik der wichtigen Ereignissen der ersten 10 Jahre ergänzt die Jubiläumsausgabe.

Koch, Gabriele: *Hochschulnahe Kinderbetreuung in den neuen Bundesländern. Bestandsaufnahme der Kinderbetreuungssituation an den Hochschulen in den neuen Bundesländern und konzeptuelle Vorarbeiten für ein bedarfs- und anforderungsgerechtes Kinderbetreuungsangebot an der Fachhochschule Potsdam* (Arbeitsmaterialien des Fachbereichs Sozialwe-

sen der Fachhochschule Potsdam). Potsdam 1999. 53 S. DM 16,-. Bezug bei: FH Potsdam, FB Sozialwesen, Friedrich-Ebert-Str. 4, 14467 Potsdam.

Ziel der Untersuchung ist, die Bedarfs- und Erwartungslage hinsichtlich hochschulnaher Kinderbetreuung seitens der Studierenden der Fachhochschule Potsdam sowie diesbezügliche Erfahrungswerte anderer ostdeutscher Hochschulen zu erfassen. Die Daten der Erhebung sollen die Grundlage für die Entwicklung eines bedarfs- und anforderungsgerechten Konzeptes für ein hochschulnahes Kinderbetreuungsangebot an der Fachhochschule Potsdam darstellen. Die Untersuchungsergebnisse zeigen nach Ansicht der Autorin, daß ein dringender Bedarf an hochschulnaher Kinderbetreuung besteht, wobei die allgemeine Haltung aller Beteiligten (Eltern, Hochschulverwaltungen) dem Problem gegenüber als aufgeschlossen einzuschätzen ist.

Wirth, Günter: *Der andere Geist von Potsdam. Zur Kulturgeschichte einer Stadt 1918-1989* (st 3134). Suhrkamp Verlag, Frankfurt a. M. 2000. 266 S. DM 19,90. Im Buchhandel.

Dieses Buch will mit seinen essayistischen Betrachtungen, literarischen Texten und Erinnerungen ein Potsdam des 20. Jahrhunderts zeigen, das sich neben preußisch-deutschem Militarismus auch einem anderen, einem Weimar verwandten Geist verpflichtet fühlte, selbst wenn dieser marginal, isoliert und einzelgängerisch war. Der Autor versucht, diesen alternativen Geist in historisch konkreten Situationen zu orten und anhand von Zeitgenossen der Zeiträume um 1930, 1933 und nach 1945 zu beschreiben. Dies sind Personen aus alleingewessenen bürgerlichen und adligen Familien, aber auch Künstler und Wissenschaftler, die für Potsdams Entwicklung von großer Bedeutung waren. Für die DDR-Jahrzehnte ist die Darstellung eine exemplarische Geschichte der Verquickung von Selbstbehauptung, Engagement und Anpassung eines lokal definierten intellektuellen Milieus. Da Potsdam dann auch Hochschulstadt war, ist die Arbeit passagenweise zudem ein Beitrag zur Potsdamer Universitätsgeschichte. Mit Personenregister.

Hochschule für Musik "Hanns Eisler" Berlin (Hg.): *Einblicke. insight*. Berlin 2000. 55 S. + CD. Bezug bei: Hochschule für Musik "Hanns Eisler", Öffentlichkeitsarbeit, Charlottenstraße 55, 10117 Berlin.

Anlässlich ihres 50jährigen Bestehens veröffentlicht die Hochschule in dieser Broschüre einen Essay von Christine Lemke-Matwey (in englisch und deutsch). Als Grundlage dient der Autorin die wechselvolle Geschichte der berühmten Musikhochschule. Neben einer CD mit Aufnahmen verschiedener Preisträger des Hanns-Eisler-Preises für Komposition und Interpretation zeitgenössischer Musik befinden sich in der Broschüre weitere Beihefes, so auch nähere Informationen zu Studienvoraussetzungen, zum Studienablauf und zu den einzelnen Studiengängen.

Becker, Egon: *Die Einflussnahme der SED auf die Entwicklung der Technischen Hochschule Magdeburg Teil II* (Preprint Rektorat Nr. 1/2001), Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg, 183 S. Bezug bei: Universität Magdeburg, Abt. Öffentlichkeitsarbeit, Postfach 4120, 39016 Magdeburg.

Die Anliegen dieser Darstellung sind es zu zeigen, mit welchen Mitteln die SED vorgegangen ist, die vorgegebenen Ziele eines Studiums zu erreichen, und dass trotz aller Bemühungen oft keine Erfolge zu verzeichnen waren, vielmehr die Erziehungspolitik

scheitern musste, weil sie von falschen Voraussetzungen ausging. Die Studierenden stehen im Mittelpunkt der Untersuchung. Die Hochschulparteilung kommt ausführlich mit ihren Äußerungen und den von ihr formulierten Aufgabenstellungen zu Wort; in den Anlagen finden sich Auszüge aus Gesetzestexten, Protokolle von Seminaren, studentischen Feiern und studentischem Ungehorsam, Lehrpläne und Direktiven der SED zum Erziehungsauftrag der Hochschule und zur Durchführung des marxistisch-leninistischen Grundstudiums.

Müller, Walther/Heiner Schnellling (Hg.): *Die denkmalpflegerische Restaurierung des Hauptgebäudes der Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt in Halle*. Fliegenkopf Verlag, Halle 2000. 88 S. DM 29,80 Im Buchhandel.

Am 22. Mai 2000 öffnete die Sonderausstellung „Die Universitäts- und Landesbibliothek nach der Restaurierung“. Der Begleitband zur Ausstellung bietet zahlreiche Details zum Werden und Wachsen der vor 120 Jahren erbauten ULB. Mit folgenden Beiträgen: „Kurze Geschichte der Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt“ (Walter Müller), „Die Baugeschichte der Universitätsbibliothek und ihrer Vorgängerbauten“ (Angela Dolgner), „Die Restaurierung des Hauptgebäudes der Universitäts- und Landesbibliothek in Halle“ (Jörg Kowalski, Thomas Mahler), „Die künftige Entwicklung der Universitäts- und Landesbibliothek“ (Heiner Schnellling), „Chronik zur Geschichte der Bibliothek“ (Walter Müller), „Ausgewählte Literatur zur Geschichte der Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt in Halle“ (Walter Müller).

Hering, Jürgen (Hg.): *Tradition und Herausforderung. Aus der Arbeit der Sächsischen Landesbibliothek zwischen 1960 und 1990* (Schriftenreihe der Sächsischen Landesbibliothek – Staats- und Universitätsbibliothek Dresden Bd.1). Sächsische Landesbibliothek – Staats- und Universitätsbibliothek Dresden, Dresden 2000. 168 S. DM 24,80. Bezug bei: Sächsische Landesbibliothek, 01054 Dresden.

Dieser Band ist dem von 1959-1990 amtierenden Direktor der Sächsischen Landesbibliothek, Prof. Dr. Burghard Burgemeister, aus Anlass seines 75. Geburtstages gewidmet. Auch der Inhalt des Bandes beschäftigt sich wesentlich mit der langjährigen Arbeit Burgemeisters. Mit folgenden Beiträgen: „Die Selbstbehauptung der Sächsischen Landesbibliothek“ (Helmut Voigt), „Vivace rubato. Die Musikabteilung 1960-1990“ (Wolfgang Reich), „Vom Werden und Wachsen einer Phonotheek in der Sächsischen Landesbibliothek“ (Reinhard Haida), „Die Handschriftensammlung“ (Manfred Mühlner), „Sammlung autonomer Pressen in der DDR in der SLUB“ (Helgard Sauer), „Ein bibliographischer Neuanfang“ (Reinhard Eigenwill), „Restaurierung und Buchspflege an der Sächsischen Landesbibliothek“ (Antje Trautmann), „Das Buchmuseum – Schaufenster oder Lehrschau“ (Katrin Nitzsche), „Ein Kurier der anderen Art. Zur Geschichte des SLUB-KURIERS“ (Lothar Koch), „Schlossbibliotheken in der SLUB und ihre gegenwärtige Restituierung“ (Wolfgang Frühauf), „Burghard Burgemeister – Der Chef aus der Sicht seines Stellvertreters“, „Gradwanderung im Rückblick: Erinnerungen an Burghard Burgemeister“ (Ruth Hohendorf), „Bibliographie der Veröffentlichungen von und über Prof. Dr. Burghard Burgemeister“ (Eberhard Stimmel).

Albrecht, Helmuth/Fuchsloch, Norman/Richter, Siegfried H.: *Gaudeamus igitur? Streiflichter aus dem Freiburger Studentenleben 1766 - 1990. Ausstellung des Historischen Kabinetts der TU Bergakademie Freiberg vom 20. Oktober 1998 bis 30. Juni 1999*. Hrsg. von der TU Bergakademie Freiberg, Institut für Wissenschafts- und Technikgeschichte, Freiberg 1999. 34 S. DM 25,-. Bezug bei: TU Bergakademie Freiberg, Institut für Wissenschafts- und Technikgeschichte, Briefpost, 09596 Freiberg.

Die Sonderausstellung "Gaudeamus igitur?" widmete sich der Geschichte des studentischen Lebens und Lernens an der Bergakademie Freiberg von 1766 bis 1990. Die dazugehörige Broschüre dokumentiert durch Wiedergabe der Texttafeln die wesentlichen Inhalte der Ausstellung.

Wolter, Andrä/Karl Lenz/Bernhard Wagner: *Die Studien- und Berufswahl von Studienberechtigten des Abschlussjahrganges 1998 in Sachsen. Eine empirische Untersuchung des Sächsischen Staatsministeriums für Kultus in Zusammenarbeit mit der Technischen Universität Dresden*. Hrsg. vom Sächsischen Staatsministerium für Kultus, Dresden o.J. [1999]. 55 S. Diese Untersuchung bietet einen Überblick über die Studierabsichten der sächsischen Abiturienten des Jahrganges 1998. Hierbei gehen die Autoren auf Ausbildungsvorstellungen und Karrierepläne, Ausbildungsentscheidungen nach sozialen Merkmalen, Ausbildungsentscheidungen und normative Orientierungen, Fachrichtungen und Ausbildungsorte, Studienvorbereitung und Berufsberatung, Bemerkungen über den Wandel des Übergangsverhaltens und Studiemeinungen in Sachsen ein.

Fritsch, Werner/Nöckel, Werner: *Antistalinistische Opposition an der Universität Jena und deren Unterdrückung durch SED-Apparat und Staatssicherheit (1956 - 1958). Eine Dokumentation*. Hrsg. vom Landesbeauftragten des Freistaates Thüringen für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR, Erfurt 2000. 164 S. DM 6,-.

Die Dokumentation behandelt das Aufbegehren von Studenten und Mitarbeitern der Jenaer Universität gegen die Politik der SED-Führung Ende der 50er Jahre und will auf erlittenes Unrecht aufmerksam machen. Anhand zuvor meist noch nicht erschlossener Quellenmaterialien, hauptsächlich Akten der Universitätsparteilung und der Staatssicherheit, sind die Autoren bemüht, eine differenziertes Bild über Ereignisse und Auseinandersetzungen an der Universität zu vermitteln. Ihr Anliegen ist, die Breite und Vielfalt kritischen, oppositionellen Verhaltens aufzuzeigen. Großen Raum nehmen hierbei die Auffassungen und Haltungen von SED-Mitgliedern in den Basisorganisationen ein, die nach dem XX. Parteitag der KPdSU den dogmatischen Kurs der SED-Führung zu kritisieren begannen und wegen ihres Eintretens für grundlegende demokratische Reformen in der DDR und gegen die stalinistische Machtwillkür Repressionen von SED-Parteiapparat und Staatssicherheit ausgesetzt waren. Einbezogen werden dabei die vielfältigen Protesthaltungen und -aktionen von Studenten der einzelnen Fachrichtungen und Bereiche der Universität. Eine Reihe Dokumente spiegelt auch Selbsterlebtes der Autoren wider. Bei der Auswahl der Dokumente wurde vor allem Wert auf jene Materialien gelegt, in denen die Auffassungen und Forderungen oppositioneller, antistalinistischer SED-Mitglieder genau und authentisch wiedergegeben werden sowie die Repressionsmaßnahmen des Parteiapparates und der

Staatsicherheit zum Ausdruck kommen.

Kluge, Gerhard: *Der "NATO-Professor" Walter Brödel. Dokumentation.* Hrsg. vom Landesbeauftragten des Freistaates Thüringen für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR. Erfurt 1999. 70 S.

Als im Herbst 1945 der Studienbetrieb an der Friedrich-Schiller-Universität Jena wieder aufgenommen wurde, lag die Lehre in den Händen von nur noch 28 Hochschullehrern. Die Universität suchte intensiv nach geeigneten Wissenschaftlern, die an der Ausbildung der Studenten mitwirken konnten. Dazu gehörte auch Dr. Walter Brödel, der im Juni 1946 nach Jena kam. Dort fiel er durch seine exzellenten Vorlesungen auf. Im Jahr 1947 erhielt er eine außerordentliche Professur, ein Jahr darauf wurde er Professor mit Lehrauftrag und im November 1949 schließlich zum ordentlichen Professor für Mathematik berufen. Zu jener Zeit hatte er aufgrund des Wohnungsmangels in Jena noch seinen Wohnsitz in Westdeutschland. Als er es in der Folgezeit ablehnte, diesen aufzugeben, wurden mehr und mehr staatliche Stellen auf ihn aufmerksam. Durch seine gelegentlichen kritischen Äußerungen zur sozialistischen Entwicklung in der DDR, die er sich als Bundesbürger leisten konnte, und durch seinen Einsatz für Studenten der evangelischen Studentengemeinde zog er sich frühzeitig das Misstrauen der Universitätsparteileitung zu. Auch das Ministerium für Staatsicherheit wurde aktiv. Nach dem Mauerbau eskalierte die Situation. In einem Disziplinarverfahren an der Universität wurden ihm alle akademischen Titel aberkannt und er fristlos entlassen. Er verließ daraufhin die DDR Richtung Westdeutschland, wo er 1963 eine Professur an der Universität Würzburg erhielt. Die diese Vorgänge dokumentierende Publikation verzichtet auf eine Rekonstruktion und Nacherzählung der Vorgänge um Prof. Brödel. Sie beschränkt sich stattdessen darauf, Aktenmaterial aus den Archiven der Staatsicherheit, dem Thüringischen Staatsarchiv und der Universität Jena zu veröffentlichen.

1.3. Unveröffentlichte Graduiierungsarbeiten

Abendroth, Frank: *Das Ende der marxistisch-leninistischen Geschichtswissenschaft in der DDR.* Dissertation am Fachbereich Politische Wissenschaft der FU Berlin, Berlin 1993. 282 S.

Die Dissertation beschäftigt sich mit den ideologischen Grundlagen der marxistisch-leninistischen Geschichtswissenschaft der DDR, dem Verhältnis zwischen Politik und Geschichtswissenschaft in der DDR (SBZ) von 1945 bis 1990, den Funktionen der DDR-Geschichtswissenschaft, dem Kommunikationssystem zwischen der SED und der Historiographie und den von der SED gesetzten Schwerpunkten in der Forschung und in der Darstellung. Desweiteren dokumentiert die Arbeit die Änderung des Preußen-, Sachsen-, Luther- und des hansischen Geschichtsbildes und geht auf die Änderungen bezüglich der Darstellung des Nationalsozialismus ein.

Zumshlinge, Marianne: *Geschichte der Historiographie der DDR. Das Einwirken von Partei und Staat auf die Universitäten von 1945 bis 1971.* Pullach 1994. 352 S.

Durch das Bundesministerium für Forschung und Technologie wurde 1991 ein Forschungsauftrag über die Geschichte der Historiographie der DDR an zwei Historiker

aus dem westlichen Teil Deutschlands (Ulrich Neuhäuser-Wespy, Marianne Zumshlinge) vergeben. Hierbei wurde die gesamte DDR-Geschichtsschreibung von den Anfängen (etwa 1949) bis zum Ende des Regimes (1989/90) erforscht. Zumshlinge legte eine Arbeit vor, die sich auf den universitären Bereich bezieht.

Salchow, Claudia: *Theaterkritik, Theatertheorie, Theaterdebatte. Zwei Studien zu Wolfgang Heises Teilhabe an den Diskussionen um das Berliner Theater der Nachkriegszeit sowie um das DDR-Theater.* Dissertation. Philosophische Fakultät III der Humboldt-Universität zu Berlin, Berlin 1999. 417 S.

Am Beginn der beruflichen Laufbahn des späteren Philosophen und Ästhetikers Wolfgang Heise stand die Arbeit als Berliner Theaterkritiker für zwei Zeitschriften in der unmittelbaren Nachkriegszeit. Dem theaterkritischen Wirken wurde und wird innerhalb seines Gesamtwerkes aber allenfalls eine marginale Bedeutung zuerkannt. Die Autorin stellt nichtsdestotrotz die Theaterkritiken in den Mittelpunkt ihrer Untersuchung, denn sie seien ein Zeugnis einer intensiven, engagierten und verantwortungsbewußten Begleitung der Entwicklung des Berliner Nachkriegstheaters und Ausweis der (kunst-)ästhetischen Ansichten des jungen Heise. Sie enthaltn im Keim bereits einige seiner Jahre später vertretenen Positionen im Nachdenken über Theater. Die in zwei Studien gegliederte Dissertation untersucht zunächst Wolfgang Heise und das Berliner Theater der Nachkriegszeit. Im zweiten Teil wird sein Verhältnis zum DDR-Theater thematisiert.

Andrä, Bernhard: *Pädagogische Führung und Selbständigkeit der Studenten im Hochschulsport der DDR.* Dissertation. Psychologisch-Pädagogisch-Sportwissenschaftliche Fakultät der Friedrich-Schiller-Universität Jena, Jena 1991. 134 S. + Anh.

Ziel der Untersuchung ist die Beschreibung und praxisnahe Erkundung eines Segments der Prozessgestaltung, das sich im Spannungsfeld von pädagogischer Führung und studentischer Selbständigkeit befindet. Mit den Methoden der Literaturanalyse, der Befragung und der Einsatzprobung werden auf theoretischem, analytischem und empirischem Wege hochschulgemäße Gestaltungsmaßnahmen beschrieben, eine Analyse des Erziehungsfeldes aus der Sicht der Prozesspartner vorgenommen sowie Potenzen und Grenzen ausgewählter selbständiger Handlungskomplexformen untersucht. Die Arbeit will nachweisen, dass die Ausprägung von Selbständigkeit im und durch Sport sowohl für die Sportlehrkräfte als auch für die Studenten ein wichtiges Ziel darstellt, aber über unterschiedliche Mittel und Wege angestrebt wird. Durch die Beibehaltung des Führungsprimats und des Einwirkungskonzeptes werden von den Studenten gewünschte freiere Formen des selbständigen Handelns nur partiell ermöglicht. Die von den Hochschulsportlehrern bevorzugten Studententätigkeiten entsprechen nach Ansicht des Autors nicht den Anforderungen an eine akademische Ausbildung. Die Beachtung dieses Aspektes sei aber für die Akzeptanz des Hochschulsports von grundlegender Bedeutung.

Egetemeyer, Elisabeth: *Implementation of the reorganization of East Germany's higher-education institutions.* Master-Abschlussarbeit. University at Albany (State University of New York), Albany 1999. 71 S.

Die Studie untersucht die Transformation des akademischen Bereichs Ostdeutschlands

unter zwei Aspekten: der Reorganisation der Universitäten und die Restrukturierung der außer-universitären Forschungseinrichtungen. Dabei ist für die Autorin die Rolle des Wissenschaftsrates von besonderem Interesse, da er maßgeblich an der Konzipierung und Umsetzung des Umbaus in beiden recht unterschiedlichen Bereichen beteiligt war. Egetmeyer kritisiert, dass die politisch verantwortlichen Institutionen auf west- und ostdeutscher Seite nicht in der Lage waren, eine dieser einmaligen Situationen angemessene Politik durchzuführen. Ihrer Ansicht nach war die Reform des ostdeutschen Hochschulsystems nur soweit erfolgreich, solange es um den Aufbau westdeutscher Strukturen in Ostdeutschland ging. Damit waren ostdeutsche Wissenschaftler nunmehr jedoch mit den Problemen und teilweise erstarrten Strukturen des althergebrachten westdeutschen Wissenschaftsbetriebes konfrontiert. Die Chance einer umfassenden und notwendigen Erneuerung des akademischen Bereiches in ganz Deutschland blieb somit ungenutzt.

Linke, Holger: *Oskar Röder. Leben und Werk*. Inaugural-Dissertation. Veterinärmedizinische Fakultät der Universität Leipzig. Leipzig 1998. 119 + XLIV S.

Die Dissertation beschäftigt sich mit einer der herausragendsten Persönlichkeiten der Dresdener Tierärztlichen Hochschule und der Leipziger Veterinärmedizinischen Fakultät. Gewürdigt wird Röders Tätigkeit als Hochschullehrer, als Tierarzt und Wissenschaftler. Im Besonderen finden seine Verdienste in der Nachwuchsförderung, bei der Erweiterung der Hochschulbibliothek und beim Wiederaufbau der Veterinärmedizinischen Fakultät Leipzig nach dem II. Weltkrieg Beachtung.

2. Publikationen zu Wissenschaft & Hochschulen in Osteuropa³

2.1. *Nachträge: Erscheinungszeitraum 1990 - 1998⁴*

³ "Osteuropa" steht an dieser Stelle vereinfachend für die früher sozialistischen Staaten Ostmittel-, Ost- und Südosteuropas sowie die außereuropäischen Staaten, die vormals als Sowjetrepubliken zur UdSSR gehörten. Formal werden hier – wie unter Pkt. 1. – selbständige Publikationen erfasst, d.h. unselbständig erschienene Zeitschriften- und Sammelbandartikel finden sich nicht berücksichtigt. Thematisch sind Publikationen einbezogen, die sich (a) mit der Hochschul- und Wissenschaftsgeschichte osteuropäischer Staaten ab 1917 (Sowjetunion) bzw. ab 1945 (alle anderen Länder), (b) mit der Hochschul- und Wissenschaftsentwicklung in Osteuropa seit 1990 sowie (c) mit den west-osteuropäischen Hochschul- und Wissenschaftsbeziehungen beschäftigen. Berücksichtigung finden Publikationen in deutscher und englischer Sprache.

⁴ „Nachträge“ bezieht sich auf folgende Veröffentlichung, die an dieser Stelle (jeweils im Kapitel 2) fortlaufend ergänzt wird: Peer Pasternack: *Hochschule & Wissenschaft in Osteuropa*. Annotierte Bibliographie der deutsch- und englischsprachigen selbständigen Veröffentlichungen 1990 - 1998 / Higher education & Research in Eastern Europe. Annotated Bibliography of Monographs and Contributed Works in German and English language 1990 - 1998, HoF Wittenberg, Wittenberg 1999, 81 S., ISBN 3-9806701-0-4, 25,- DM, Bezug bei: HoF Wittenberg, Collegienstr. 62, 06886 Wittenberg.

Jahn, Heidrun/Schäfer, Hans-Dieter: *Changes in the systems of higher education in Central European Countries: Reforms, Results, Trends. Beiträge auf der Internationalen Konferenz des Center for Science Policy and Higher Education, Warsaw University, Poland vom 7. bis 9.10.1993*. Hrsg. von der Projektgruppe Hochschulforschung Berlin-Karlshorst, Berlin 1993, 16 S. Bezug bei: HoF Wittenberg, Collegienstr. 62, 06886 Wittenberg. Das Heft dokumentiert zwei Beiträge: „Transformation in Higher Education: Some Experiences and Trends in the Newly-Formed German States“ (Hans-Dieter Schäfer), „The Fachhochschule – a response to the Challenges in East Germany?“ (Heidrun Jahn).

Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft (Hg): *Aktuelle Fragen der Wissenschafts- und Forschungsstrukturen. Dokumentation eine deutsch-ungarischen Seminars* (Reihe Bildung – Wissenschaft – International 1/93), Bonn 1993, 111 S. Bezug bei: Bundesministerium für Bildung und Forschung, Postfach 229, 10106 Berlin.

Die ausgewählten Themen wurden jeweils aus ungarischer und deutscher Sicht erörtert. Im Mittelpunkt standen Fragen nach der Organisation von Forschungsförderung, der Kooperation von verschiedenen im Prozess der Forschungsförderung beteiligten Einrichtungen ebenso wie Fragen nach der Bewertung der Qualität von Wissenschaft und Forschung. Die Dokumentation zeichnet nicht nur den Verlauf des Seminars nach, sondern gibt auch einen Überblick über die Situation und zukünftigen Entwicklungstendenzen in Wissenschaft und Forschung beider Länder zu diesem Zeitpunkt. Folgende Beiträge finden sich in der Dokumentation: 1. Darstellungen der aktuellen Situation in Ungarn im Jahre 1992“ (Sandor Toth), „Zu einigen aktuellen Fragen der Entwicklung des ungarischen Hochschulwesens“ (Karoly Kocsis), „Einführung in die Hochschul- und Forschungsstrukturen der Bundesrepublik Deutschland – Rahmenbedingungen und Entwicklungstendenzen in Wissenschaft und Forschung“ (Hans Rainer Friedrich); 2. Entwicklungen und Tendenzen in der Hochschulforschung: „Zur Entwicklung des Hochschulwesens und der Hochschulgesetzgebung in Ungarn“ (Gusztav Serföz), „Die Reform der ungarischen Akademie der Wissenschaften – Bewahrung der Werte und Wandel“ (Sandor Sperlagh), „Die ersten 18 Monate des nationalen Fonds für Wissenschaftliche Forschung“ (Rudolf Andorka), „Förderung der Forschung in den deutschen Hochschulen“ (Christoph Schneider), „Bestandsaufnahme, Bewertung und Neustrukturierung von außeruniversitären Forschungseinrichtungen“ (Wilhelm Krull); 3. Entwicklungen und Tendenzen im Bereich der außeruniversitären Forschung: „Neue Wege bei der Entwicklung der Forschungsstrukturen in Ungarn“ (Maria Hinsekamp-Fehér), „Industriepolitik und Wissenschaft in Ungarn“ (Adam Wein), „Das System der medizinischen Forschung an den medizinischen Universitäten in Ungarn“ (Jozsef Mandl), „Zur Entwicklung der Landwirtschaft und der Agrarforschung in Ungarn“ (Maria Peci), „Rahmenbedingungen und Entwicklungstendenzen in der außeruniversitären Forschung in der Bundesrepublik Deutschland“ (Volker Knoerich), „BMFT-Sonderprogramme zum Aufbau der Industrie-Forschung in den neuen Bundesländern“ (Reinhard Bachelier); 4. Roundtable-Gespräch: Umstrukturierung von Wissenschaft und Forschung in den neuen Bundesländern der Bundesrepublik

blik Deutschland: Beiträge von Carl-Hellmut Wagemann, Helmut Gabriel, Bernhard Raiser, Winfried Benz, Gerhard Maeß, Dieter Bierwolf, Jürgen Tippe, Hans-Dieter Schaefer.

Ebel, Friedrich/Kümmel, Fritz/Beierlein, Christine (Hg.): **Botanische Gärten Mitteleuropas. Geschichte, technische Einrichtungen, Anlagen, Sammlungen und Aufgaben** (Wissenschaftliche Beiträge der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg 1990/27 P 40). Halle 1990. 232 S.

Als Laboratorien botanischer Forschung, Stätten akademischen und schulischen Unterrichts, Refugien vom Aussterben bedrohter Pflanzen und Oasen der Ruhe sind die Botanischen Gärten mit ihren reichhaltigen Sammlungen und umfangreichen technischen Einrichtungen von beachtlichem wissenschaftlichen und wirtschaftlichen, pädagogischen und sozialen Wert. In diesem Buch stellen sich u.a. folgenden Gärten Osteuropas vor: Banská Štiavnica, Bratislava, Brno, Budapest, Keszthely, Ricmanice, Slepčany, Steborice, Szarvas, Szeged, Szombathely, Vácrottót, Warszawa und Wrocław.

2.2. Publikationen ab 1999

Dzarendorf, Ralf: **Universities After Communism. The Hannah Arendt Prize and the Reform of Higher Education in East Central Europe**. Verlag edition Körber-Stiftung, Hamburg 2000. 176 S. DM 24,-. Im Buchhandel.

In Verbindung mit der Hamburger Körber-Stiftung wurde 1995 der Hannah Arendt Preis für herausragende reformorientierte Institutionen auf dem Gebiet des Hochschulwesens in Osteuropa ins Leben gerufen. Sein Ende fand der Preis 1999/2000 in einem Projektwettbewerb unter den ehemaligen Finalisten und Preisträgern. Der Autor beschreibt die Geschichte des Hannah Arendt Preises und die Vorgehensweise der Jury bei der Ermittlung der Preisträger. Die prämierten Initiativen erfahren eine kritische Betrachtung. Die Dankreden der ausgezeichneten Institutionen sind anschließend abgedruckt: Stefan Amsterdamski (Graduate School for Social Research, Warsaw), Josef Jarab (Palacký University, Olomouc), Ágnes Erdélyi (Invisible College, Budapest), Anca Oroveanu (New Europe College, Bucharest), Jerzy Axner (Collegium for Interdepartmental Studies, Warsaw University), Oldrich Tuma (Institute for Contemporary History, Prague), George Soros.

Deutscher Akademischer Auslandsdienst (Hg.): **Studienführer Mittel- und Osteuropa. Polen, Tschechische Republik, Slowakische Republik, Ungarn, Rumänien**. Bertelsmann Verlag, Bielefeld 2000. Im Buchhandel.

Dieser Studienführer richtet sich an Studierende und Absolventen aller Fachrichtungen, die sich für ein Studium in Ländern Mittel- und Osteuropas interessieren. Neben Hinweisen zur Planung und Durchführung eines Auslandsstudiums, Landeskunde und Hinweisen zu Stipendien enthält er eine ausführliche Darstellung des Bildungssystems und des Hochschulwesens der genannten Länder.

Teichmann, Christine: **Die Entwicklung der russischen Hochschulen zwischen Krisenmanagement und Reformen. Aktuelle Trends einer Hochschulreform unter den Bedingungen der Transformation** (HoF-Arbeitsberichte 4'01), hrsg. von HoF Wittenberg – Institut für Hochschulforschung an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg. Wittenberg 2001. 51 S. Kostenlos bei: HoF Wittenberg, Collegienstr. 62, 06886 Wittenberg.

Bis zu ihrem Zusammenbruch im Jahr 1991 war Bildung in der Sowjetunion – wie auch in den anderen staatssozialistischen Ländern Ost- und Mitteleuropas – ein staatliches Monopol. Der mit der Transformation der Gesellschaften in diesen Ländern einsetzende radikale Wandel habe sich auf alle gesellschaftlichen Subsysteme – so auch auf den Hochschulbereich – erstreckt und sei durch ein „Dilemma der Gleichzeitigkeit“ gekennzeichnet, da zeitgleich eine neue Wirtschaftsordnung, eine neue Rechts- und Verfassungsordnung und neue soziale Strukturen geschaffen werden müssen. Als ein wesentliches Phänomen der gesellschaftlichen Transformation wird der Institutionenwandel identifiziert. Die Hochschulen gehörten zu den Institutionen in der Transformationsgesellschaft, die in Grundzügen den Systemwechsel überlebt haben. Für die russischen Hochschulen bedeute dies, dass sie bis weit in die Mitte der 90er Jahre aufgrund der tiefgreifenden Krise in der Gesellschaft und der daraus resultierenden extremen Verknappung der Mittel vorrangig mit dem Überleben beschäftigt waren. Von daher sei es nur ansatzweise zu ersten Reformschritten gekommen. Erst mit der „Konsolidierung demokratischer und marktwirtschaftlicher Strukturen in der Russischen Föderation“, so die Autorin, seien Voraussetzungen für die Durchführung von Reformen im Hochschulbereich geschaffen. Deren Ziele seien im wesentlichen in einer Diversifizierung des Hochschulsystems, einer Studienstrukturreform und der Implementierung neuer Mechanismen zur Qualitätskontrolle und Finanzierung von Hochschulbildung auszumachen. Mit der Studie sollen aktuelle Trends in der Entwicklung der russischen Hochschulen im Kontext der gesamtgesellschaftlichen Transformation nachgezeichnet werden, wobei die Aufmerksamkeit sowohl den transformationspezifischen als auch nationaltypischen Entwicklungsverläufen gelte.

Eiermacher, Karl/Hartmann, Anne (Hg): **Russland im Umbruch – Jugend im Aufbruch?** Hrsg. vom Lotman-Institut für russische und sowjetische Kultur, Bochum 2001, 237 S. Bezug bei: Lotman-Institut für russische und sowjetische Kultur, Ruhr-Universität Bochum, 44780 Bochum.

Mit folgenden Beiträgen: „Zur Situation: Ein Ausblick“ (Karl Eiermacher), „Lebensentwürfe der russischen Studenten in den neunziger Jahren“ (Valerij Lukov), „Die soziale Lage russischer Jugendlicher – ein Mosaik“ (Gerda Winzen), „Die Bedeutung der staatlichen Bildungsstandards für die russischen Hochschulen der neunziger Jahre – Erfahrungen im Bereich der Geschichts- und Kulturwissenschaft“ (Galina Zvereva), „Curriculaentscheidungen an den Hochschulen und die Studenten“ (Elena Limanova), „Die jungen ‚neuen Russen‘. Zum Einfluß der soziökonomischen Lebensbedingungen auf die geistige Entwicklung“ (Ju. P. Melent'eva), „Probleme bei der Reform der literarischen Bildung in Russland in den neunziger Jahren. Von der ideologischen zu einer humanistischen Erziehung“ (Boris Lanin), „Die Studierenden und der Markt“ (Ekaterina Uglanova), „Wie muss ein Studium der sozialen Arbeit beschaffen sein, damit Absolventen in Russland Chancen haben?“ (Friedrich Schmidt), „An Essay on the State of International Cooperation in Russian Universities“ (Alexander Chvorostov), „Beobachtungen einer geisteswissenschaftlichen Gastdozentin an St. Petersburger Un-

niversitäten“ (Karl Maurer), „Erst gescheitert, aber dann... Ein deutschsprachiges MBA-Programm in Moskau“ (Hilka Leicht), „Junge Deutsche in Russland“ (Thomas Hoffmann), „Studieren in Osteuropa. Impressionen und Reflexionen aus der Sicht eines Geisteswissenschaftlers“ (Manfred Heinemann).

Hörner, Wolfgang/Steier-Jordan, Sonja/Szymanski, Miroslaw (Hg.): **Transformation im Bildungswesen und europäische Perspektiven. Deutschland und Polen im Vergleich** (Studien und Dokumentationen zur vergleichenden Bildungsforschung Bd. 83). Hrsg. vom Deutschen Institut für Internationale Pädagogische Forschung, Böhlau Verlag, Köln 1999. 274 S. DM 48,-. Im Buchhandel.

Das hier dokumentierte Kolloquium fand im 1997 statt. Folgende Beiträge sind im hiesigen Kontext von Interesse: „Sozialpädagogik und Sozialarbeit in Polen“ (Barbara Smolinska-Theiss), „Akademische Aus- und Weiterbildung von Erwachsenenpädagogen in Polen“ (Hanna Solarczyk), „Lehrerfortbildung im östlichen Europa. Schwierigkeiten und Möglichkeiten“ (Susanne Bandau) und „Bilanz und Perspektiven der deutsch-polnischen Kooperation in Erziehungswissenschaft und Bildungsforschung“ (Oskar Anweiler).

Genov, Nikolai/Ulrike Becker (Hg.): **Social Sciences in Southeastern Europe**. Hrsg. vom International Social Science Council, Social Science Information Centre, Paris/Bonn 2001. 266 S. DM 28,-. Im Buchhandel.

Dieses Gemeinschaftsprojekt des International Social Science Council Paris und des Social Science Information Centre Bonn/Berlin enthält Beiträge über die Lage der Sozialwissenschaften in acht südosteuropäischen Ländern. Mit folgenden Beiträgen: „Introductory Remarks: Social sciences in a region in flux“ (Nikolai Genov), „Social sciences in Albania“ (Teuta Starova, Artan Fuga), „Social sciences in Bulgaria today: Where from, where to?“ (Nikolai Genov), „Social sciences in Croatia, 1990-2000“ (Silva Mezenaric, Alexander Vukic), „Social sciences in the transitional period in Macedonia“ (Lidija Hristovo), „The challenge of transition in Romanian society and sociology“ (Maria Larionescu, Dumitru Sandu), „Society in transition as reflected by social sciences: the case of Slovenia“ (Frane Adam, Matej Makarovic), „Social sciences in Yugoslavia in the 1990's: characteristics and trends“ (Ljubisa Mitrovic).

Deutscher Bundestag (Hg.): **Gesamtdeutsche Formen der Erinnerung an die beiden deutschen Diktaturen und ihre Opfer. Archive** (Materialien der Enquete-Kommission „Überwindung der Folgen der SED-Diktatur in Prozeß der deutschen Einheit“ (13. Wahlperiode des Deutschen Bundestages) Bd. 6), Suhrkamp/Nomos Verlagsgesellschaft, Frankfurt am Main/Baden-Baden 1999. 1424 S. Nur als Bestandteil des achtbändigen Gesamtwerks zu erwerben: DM 980,-. Im Buchhandel.

Der Band enthält die Protokolle der 22. und 44. Sitzung vom 14. Oktober 1996 bzw. vom 10. November 1997 mit den Diskussionen, Vorträgen, Berichten und Expertisen. Eine Reihe der dokumentierten Beiträge befasst sich mit der Archivsituation in osteuropäischen Ländern: „Die Archivsituation und die zeitgeschichtliche Forschung in Ungarn nach 1989“ (Bernd-Rainer Barth), „Moskau und die SBZ 1945-1949. Archiv-erfahrungen bei der Erforschung der sowjetischen Besatzungspolitik“ (Bernd Bonwetsch), „Auskünfte zur Situation der Archive in Polen, Ungarn und der Tschechi-

schen Republik“ (Bundesarchiv), „Auskünfte zur Situation wichtiger Archive in der Russischen Föderation“ (Bundesarchiv), „Erfassungen der aus russischen Archiven stammenden und in Deutschland zugänglichen Akten“ (Bundesarchiv), „Erfahrungen bei der Arbeit in russischen Archiven“ (Jochen Laufer), „Erfassung der aus russischen Archiven stammenden und in Deutschland zugänglichen Akten, insbesondere Lagerakten“ (Günther Wagenlehner).

Schulze, Eberhard (Hg.): **Alexander Wasiljewitsch Tschajanow. Die Tragödie eines großen Agrarökonom** (Studies on the Agricultural and Food Sector in Central and Eastern Europe Bd. 12). Wissenschaftsverlag Vauk Kiel KG, Kiel 2001. 192 S. DM 77,-. Im Buchhandel.

Dieser Band enthält die bisher in Deutschland weitgehend unbekanntem Verhörprotokolle der OGPU (Vereinigte Politische Hauptverwaltung beim Rat der Volkskommissare der UdSSR) aus den 30er Jahren sowie weitere Beiträge zu Leben und Lehre Tschajanows über die Bauernwirtschaften und Genossenschaften in Russland. Im hiesigen Kontext ist insbesondere auf folgende Beiträge hinzuweisen: „A. W. Tschajanow und seine Lehre über die Bauernwirtschaft und die Genossenschaft“ (W. A. Tschajanow, G. I. Schmeljow), „A. W. Tschajanow in den Vernehmungen der OGPU in der Sache „Werktätige Bauernpartei“ (W. A. Tschajanow, A. W. Petrikow), „Protokolle der Verhöre A. W. Tschajanows (1930-1931)“ (A. W. Tschajanow, L. A. Owtshinzewa, N. N. Gromowa), „Sie träumten davon, das Volk zu ernähren: Die Sache der „Werkstätigen Bauernpartei“ im Zentralen Schwarzerdegebiet 1930-1931“ (A. B. Bolchojewaja), „A. W. Tschajanow während der Verbannung und erneuten Verhaftung“ (W. A. Tschajanow), „Verbannung, Verurteilung und Rehabilitierung A. W. Tschajanows“ (A. A. Nikonow), „Beschluss zur Aufhebung der Urteile gegen Tschajanow und andere“ (Eberhard Schulze).

Ulrich van der Heyden: Die Afrikawissenschaften in der DDR. Eine akademische Disziplin zwischen Exotik und Exempel. Eine wissenschaftsgeschichtliche Untersuchung. Lit-Verlag Münster/Hamburg/London 1999 (Die DDR und die Dritte Welt Bd. 5), 622 S.

Kaum zehn Jahre nach dem Ende der DDR wird ein Kapitel deutscher Wissenschaftsgeschichte im Überblick behandelt. Daß sich Ulrich van der Heyden dieses Themas angenommen hat, kommt für Afrikanisten keineswegs überraschend. Denn zusammen mit dem ehemaligen DDR-Botschafter Hans-Georg Schleicher und dessen Frau Ilona initiierte er sofort nach der Wende den 1993 erschienenen Sammelband "Die DDR und Afrika", dem ein weiterer zu diesem Thema folgte. Daraus entstand die Buchserie "Die DDR und die Dritte Welt", in der das vorliegende Buch als Band 5 erschienen ist.

Mit den ersten Bänden waren auf dem Gebiet der Dritte-Welt-Beziehungen überhaupt die ersten Buchpublikationen zu einem Wissenschaftsgebiet der DDR vorgelegt worden. Die Herausgeber hatten ihre Pionierarbeit geleistet, und beide Sammelbände erbrachten das für ehemalige DDR-Afrikanisten keineswegs überraschende Resultat: Viele ehemalige DDR-Bürger, die die Beziehungen der DDR zu Afrika mitgestaltet hatten, legten aus ihrer Sicht und auf ihrem jeweiligen Sachgebiet Ausarbeitungen vor, die vielfach den Charakter von Memoiren trugen. Die Bereitschaft zu Kritik und Selbstkritik war in den einzelnen Beiträgen – wie erwartet – unterschiedlich ausgeprägt. Die nach 1990 so vielfältig erhobene, berechtigte Forderung an ehemalige DDR-Bürger, die "Vergangenheit zu bewältigen", bleibt halt dem Einzelnen überlassen: Der eine tut's, der andere nicht, schließt doch ein solcher Rückblick auch die Auseinandersetzung mit dem eigenen Wirken ein. Es ist mithin aufschlußreich, nicht nur zu analysieren, wer sich an dieser Aufarbeitung der Vergangenheit im letzten Jahrzehnt beteiligt hat, sondern wer nicht.

Da ist zu konstatieren, daß Beiträge von mehreren Wissenschaftlern, die die Afrikawissenschaft zu DDR-Zeiten maßgeblich mitgestaltet haben, fehlen. Dies ist sehr bedauerlich, denn sie hatten tiefere persönliche Einblicke, welche Vorgaben seitens der SED und der DDR-Regierung in Berlin oder an ihrer jeweiligen Universität bzw. Institution für die Afrikawissenschaft erfolgten und wie sie diese in ihrem jeweiligen Bereich umsetzten – oder auch nicht. Sie hätten auch, da heute die meisten Archi-

ve der DDR-Zeit zugänglich sind, persönliche Erinnerungen durch Forschungen ergänzen können. Als Fazit ergibt sich: Erstens liegen kaum zusammenfassende, kompetente Darstellungen aus den einzelnen Universitäten bzw. Institutionen vor, die an und für sich ganz wesentliche Bausteine für die von van der Heyden vorgenommene Gesamtdarstellung gewesen wären. Aber sollte man deshalb von dem Gesamtüberblick Abstand nehmen oder warten? Zweitens greifen – wie überall in der Wissenschaft, wenn die eigentlich Zuständigen die Aufarbeitung notwendiger Themen nicht oder nicht sofort oder nicht im ausreichenden Maße vornehmen – jüngere Wissenschaftler diese Themen auf. Sie bringen ihre eigenen, unbefangeneren Sichtweisen ein, und das ist zweifellos ein Vorteil, aber gleichzeitig sind sie belastet mit dem Nachteil, auf Grund Ihres Lebensalters nicht alle Etappen der DDR-Geschichte persönlich miterlebt zu haben. Und sie können diesen Nachteil nicht ausgleichen, da die Darstellungen der älteren Generation weitgehend fehlen, oder, wie van der Heyden anmerkt, einzelne selbst nicht zu Interviews bereit waren.

Ulrich van der Heyden ist, aus der Sicht der DDR-Afrikawissenschaften, ein "Nachwuchswissenschaftler". Geboren 1954, studierte er von 1976 bis 1984 an der Humboldt-Universität zu Berlin Geschichte und promovierte bei dem Afrikahistoriker Helmuth Stoecker 1984 mit einer Arbeit über die letzten kolonialen Eroberungskriege in Südafrika. Im selben Jahr nahm er seine erste Arbeitsstelle an der Akademie der Wissenschaften der DDR, seit 1887 am Institut für Allgemeine Geschichte, Bereich Geschichte der Entwicklungsländer in der Gruppe der Afrikahistoriker auf und arbeitete später an seiner Habilitation zur Rolle der Afrikaner im Burenkrieg an Hand der so zahlreichen deutschen Quellen; zur DDR-Zeit war der an sich wünschenswert Aufenthalt in Südafrika angesichts der Restriktionen des Apartheid-Regimes sowie der bekannten Hindernisse von DDR-Seite nicht möglich.

Van der Heyden kam mithin erst in den letzten Jahren der Existenz der DDR in die Afrikawissenschaft, mußte aber das gesamte Endstadium der DDR-Afrikanistik miterleben, die sogenannte "Abwicklung", die man unter den Bedingungen des wiedervereinigten Deutschlands so konsequent durchführte, daß – wie man in Fachkreisen der Orientalistik spaßhaft urteilte – selbst die ägyptischen Mumien in ehemaligen DDR-Museen abgewickelt wurden. Mußte die ältere Generation, sofern sie nicht bereits emeritiert war, den immerhin materiell zufriedenstellenden Weg über Altersübergang und Rente beschreiten, so sahen sich die Jünge-

ren plötzlich mit dem in der DDR für sie unbekanntem Problem des harten Ringens um einen Arbeitsplatz konfrontiert, wenn sie entsprechend ihrer Ausbildung weiter auf ihrem Forschungsgebiet arbeiten wollten. Der Nestor der (west)deutschen Afrika-Politikwissenschaften Franz Ansprenger (FU Berlin) beurteilt in seinem Geleitwort (S. V) die Situation von Heydens wie folgt: Er

„reflektiert kritisch einen Abschnitt deutscher Wissenschaftsgeschichte, der gleichzeitig ein Lebensabschnitt des Autors ist. Das ist ein riskantes Unterfangen. Grundsätzlich halte ich aber solche Bewältigung der Vergangenheit für wichtiger als die Anklageschriften aus der Feder von Zeitgenossen, die nicht dabei waren, vielmehr das Privileg genossen, auf der anderen Seite der Barrikade (hier: der Berliner Mauer...) gelebt zu haben. Hier, mit diesem Buch liegt meines Erachtens ein positiver Beitrag vor sowohl zur Aufklärung wissenschaftshistorischer Zusammenhänge wie zur psycho-politischen Stabilisierung eines individuellen und des kollektiven deutschen akademischen Selbstbewußtseins.“

Dieser Einschätzung kann der Rezensent nur zustimmen. Darüber hinaus ist das vorliegende Buch ein typisches Beispiel für den so komplizierten Prozeß der von dem einzelnen vormals DDR-Wissenschaftler selbst angestrebten Integration, dessen Bedingungen aber vom Wissenschaftssystem der alten Bundesländer oktroyiert wurden.

Van der Heyden reichte die nunmehr in Buchform vorliegende Arbeit, die aus seiner Beteiligung an der Arbeitsgruppe "Wissenschaft und Wiedervereinigung" der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften entstanden war, als Dissertation zur Erreichung des Doktorgrades rer. pol. an der Freien Universität ein, fügte mithin seinem Dr. phil. (Ostberlin) den Dr. rer. pol. (Westberlin) hinzu, sicherlich eine Rarität im wiedervereinigten Deutschland. Dafür hatte er wie so viele der ehemaligen DDR-Wissenschaftler einen "Preis" zu zahlen. Während wir Wissenschafts(früh)rentner "fein raus sind", Themen nach eigenem Justus weiter zu bearbeiten, haben die in den gesamtdeutschen Wissenschaftsbeziehungen abhängigen jüngeren Ex-DDR-Wissenschaftler den ihnen empfohlenen Diktationen und Gliederungen zu folgen.

So hat van der Heyden sein Buch in acht thematische Kapitel gegliedert. Für eine aktuelle politische Analyse hat eine thematische Gliederung zweifellos ihre Berechtigung. Aber "Die Afrikawissenschaft der DDR" umfaßt nun einmal einen Zeitraum von 40 Jahren, folglich hätte eine solche Überblicksdarstellung entsprechend dem in der Geschichtswissenschaft bewährten Prinzip des chronologischen Aufbaus gegliedert werden

müssen: Was hat die Wissenschaft der DDR 1949 (1945) an vorhandenen Institutionen der Afrikawissenschaft, Kadern und Konzeptionen übernommen? Wie wirkten sich die einzelnen Entwicklungsstapen in den vier Jahrzehnten DDR auf die Afrikawissenschaften aus? Welches Fazit ist in den Endstadien der DDR 1989 und 1990 zu ziehen? Sicherlich findet man alles Wesentliche in dem vorliegenden Buch behandelt, aber wohl nicht nur der gelernte Historiker wird zu dem Urteil kommen, daß ein chronologischer Gesamtaufbau die Übersichtlichkeit bedeutend gefördert und den Einfluß bestimmter Perioden in der DDR-Geschichte auf Trends in der Afrikanistik deutlicher veranschaulicht hat.

Liest man das Buch insgesamt, so wird der allgemein Interessierte durchaus nicht nur einen Überblick gewinnen, sondern auch einen Einblick in Hauptprobleme. Wer in den Geisteswissenschaften der DDR tätig war oder gar DDR-Afrikawissenschaftler, wird viele ihm unbekanntes Tatsachen erfahren, Vermutungen bestätigt finden, auch und angesichts der kritischen Interpretationen des Autors persönliche Erfahrungen überprüfen und im Pro wie aber auch Kontra eigene Standpunkte präzisieren. Denn der Autor hat in einem breiten Maße Archivalien von Partei und Regierung in Berlin wie an einzelnen Universitäten usw. ausgewertet (dass dies nicht alle einschlägigen Akten sind, braucht an sich nicht erwähnt zu werden). Er hat eine Bibliographie der in der DDR von Afrikawissenschaftlern erarbeiteten Literatur zusammengestellt und bietet in dem fast ein Viertel des Buches umfassenden Anhang (S. 463-620) zahlreiche Statistiken und Dokumente an. Ein Register der Personennamen wäre sicherlich sehr dienlich gewesen. Damit hat das vorliegende Buch seinen Zweck in der gegenwärtigen Entwicklungsstufe vollkommen erreicht. Es wäre illusorisch, die vorliegende Arbeit insgesamt an der Maßlatte eines Standardwerks messen zu wollen; dazu fehlen einfach die zusammenfassenden Darstellungen aus den einzelnen Universitäten usw. Aber recht ausführliche Kapitel zur Geschichte bestimmter Institutionen werden diesem Anspruch sehr wohl genügen.

Dem Autor gebührt Dank und Anerkennung, daß er trotz der voraussehbaren Komplikationen, die eine so gegenwartsnahe Thematik mit sich bringt, dieses umfassende Thema in Angriff genommen hat (wann wird eine analoge Darstellung über die Afrikawissenschaften der Bundesrepublik 1949-1990 vorliegen, und wie würde sie auf politikwissenschaftlicher Grundlage gestaltet sein?). Van der Heyden hat folglich ein für die Geschichte der Afrikawissenschaft in Deutschland grundlegendes Buch

vorgelegt. Gleichgültig, wie man zur Gesamtkonzeption oder zu einzelnen Wertungen steht: wer auch immer sich mit der Geschichte der Afrikanistik bzw. der Dritte Welt-Forschung beschäftigt, wird dieses Buch auf Grund der hier gegebenen Fakten sowie den Interpretationen des Autors zur Kenntnis nehmen müssen.

Peter Sebald (Berlin/Niesky)

Mario Keßler: Exilerfahrung in Wissenschaft und Politik. Remigrierte Historiker in der frühen DDR (Zeithistorische Studien Bd. 18), Böhlau Verlag, Köln/Weimar/Wien 2001. ISBN 3-412-14300-6. DM 74,80.

Von den vermutlich 134 deutschen Historikern, die unter dem Naziregime aus ihren Universitätsstellungen entlassen worden sind und ins Exil flüchteten, kehrte nur Hans Rothfels für ständig nach Westdeutschland bzw. in die Bundesrepublik zurück. Hierauf macht Georg Iggers im Vorwort zu der Untersuchung von Mario Keßler über in die DDR remigrierte Historiker aufmerksam. Die überwiegende Mehrheit der Exilhistoriker integrierten sich in die politische und wirtschaftliche Kultur ihrer Gastländer und übertrug nicht zuletzt wichtige Impulse auf die Geschichtswissenschaft der englischsprachigen Welt, wie George Mosse oder Eric Hobsbawm, um nur zwei bedeutende Namen zu nennen. Eine ganze Reihe von emigrierten Historikern ist nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges in die Sowjetische Besatzungszone bzw. in die DDR zurückgekehrt. Deren Lebensweg in der frühen DDR und ihre wissenschaftlichen Leistungen untersucht der Autor mit einer kaum nachahmungsmöglichen Akribie. Es handelt sich um Ernst Engelberg, Jürgen Kuczynski, Alfred Meusel, Hans Mottek, Karl Obermann, Arnold Reisberg, Wolfgang Ruge, Albert Schreiner und Leo Stern.

Reisberg und Ruge werden in einem Kapitel (weil beide in der Sowjetunion emigriert und inhaftiert waren) behandelt, allen anderen ist ein eigenes, übersichtlich in Unterkapitel gegliedertes Kapitel gewidmet. Damit sind nicht alle in die DDR remigrierten Historiker und schon gar nicht Vertreter benachbarter Wissenschaftsdisziplinen, wie W. Jacobeit

oder H. Duncker, erfaßt. Erst im Anhang findet man eine kurze überblicksartige Aufstellung über die in die DDR remigrierten Historiker. Es kam jedoch davon ausgegangen werden, daß Keßler eine repräsentative Auswahl getroffen hat. Sicherlich wäre es ebenso lohnend, mit dem gleichen Anspruch wie dem von Keßler diejenigen Biographien von auf dem Gebiet der Geistes- und Sozialwissenschaften arbeitenden Akademikern zu untersuchen, die aus den Westzonen bzw. der Bundesrepublik in die Sowjetische Besatzungszone bzw. in die DDR gewechselt sind. Ein Desiderat stellt auch die Untersuchung von in der DDR wirkenden Wissenschaftlern anderer Fächer dar, die aus dem westlichen Ausland in die ostdeutsche Teilrepublik gewechselt sind.

Aber dies ist nicht Thema der ohnehin schon recht umfangreichen Studie von Keßler. Im Mittelpunkt der vorliegenden Untersuchung stehen die Lebenswege und -leistungen deutscher Historiker, die sich bewußt für den Osten Deutschlands und somit für eine Beteiligung am Aufbau des Sozialismus entschieden haben. Berücksichtigung finden die Jahre bis zum Mauerbau, wengleich, wo immer dies angezeigt erschien, die Darlegungen über diese Zeitgrenze hinaus weitergeführt werden.

Die Thematik macht es auf Grund der vielfältigen Interaktionen indes erforderlich, auch auf das Wirken von anderen in der DDR führenden Historikern einzugehen. Somit entstand eine der besten und ausgereiftesten Geschichten der Geschichtswissenschaft der DDR, an der kein Forscher, der sich mit der historiographischen Wissenschaftsgeschichte oder auch im weitesten Sinne selbst mit der Geschichte der DDR-Eliten befassen will, vorübergehen kann. Dabei ist dies gar nicht das vordringliche Anliegen des Autors gewesen, sondern er wollte sich mit den Biographien remigrierter Wissenschaftler und zugleich mit deren produzierten Schriften auseinandersetzen (S. 19). Es ist das erklärte Ziel des Autors, sowohl wissenschaftliche als auch politische, der Platzbeschränkung angepaßte relativ kurze Biographien vorzulegen. Das scheint ein schier unmögliches Unterfangen zu sein, schaut man sich allein nur die Publikationsliste von Kuczynski an. Dennoch hat es der Autor vermocht, eine Auswahl der wichtigsten Schriften zu treffen und diese zu analysieren, das heißt in den damaligen wissenschaftlichen und wissenschaftspolitischen Kontext zu stellen. Unumgänglich erschien dem Verfasser ein Eingehen auf die DDR-Geschichte im allgemeinen. Auch auf diesem Gebiet beweist Keßler seinen seriösen Überblick über den aktuellen Forschungsstand.

Jeder kann sich vorstellen, welche enorme Anstrengung sich somit der Autor aufgebürdet hat. Er weist nach, daß trotz der dogmatischen Geschichtskonzeption des Marxismus-Leninismus und dessen Sprachkodex, die die Möglichkeit wissenschaftlicher Forschungen und deren Publizierung einengten, die Arbeiten der Remigrierten Fragen aufwarfen, die in der Bundesrepublik aus welchen Gründen auch immer vernachlässigt wurden, wie beispielsweise über das Alltagsleben der arbeitenden Bevölkerung oder über die Rolle ökonomischer Faktoren in politischen Entscheidungen. Solche Fragestellungen dienten als Herausforderung für die bundesdeutsche Geschichtswissenschaft, die sich, so Iggers in seinem Vorwort, seit den sechziger Jahren diesen Fragen zuwandte und dies viel offener und produktiver konnte, als es in der DDR möglich war.

Keßler geht unkonventionell auf die vielschichtigen Problemstellungen ein, zeigt auf, welche politischen und ideologischen Begrenzungen der Geschichtswissenschaft in der DDR auferlegt waren. Ohne Scheuklappen zeigt er jedoch ebenfalls auf, wo welche Freiräume von den DDR-Historikern nicht genutzt wurden. Und vor allem macht er deutlich, daß nicht wenige wissenschaftspolitische Entscheidungen aus dem Konkurrenzverhalten führender Historiker entstanden sind. Dadurch werden sicherlich für einige Leser Ikonen vom Sockel gestoßen. Aber, wie dies aus den oft zur kontroversen Diskussion Anlaß gebenden Werken von Mario Keßler bekannt ist, vermag der Verfasser alle seine Aussagen und Schlußfolgerungen mit Quellen zu belegen. Mit Sicherheit kommen ihm eigene in dem Wissenschaftsbetrieb der DDR gewonnene Erfahrungen zu Gute.

Für die akribische Erarbeitung der Studie sowie für deren in bester Publikationsqualität präsentierte Fassung ist dem Verfasser und dem Verlag gleichermaßen zu danken. Die Fülle der verarbeiteten Literatur ist beeindruckend. Keßler hat sich jedoch nicht mit der Auswertung der von den Remigrierten produzierten Literatur zufriedener gegeben, sondern hat auch auf breiter Basis Sekundärliteratur herausgezogen. Die eine oder andere Lücke in der rezipierten Fachliteratur kann das vorliegende Ergebnis nicht schmälern. Darüber hinaus hat der Autor relevantes Archivmaterial im In- und Ausland ausgewertet. Am meisten Informationen hat er verständlicher Weise aus den Akten der Stiftung Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv sowie aus dem Archiv der Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR entnehmen können.

Das hohe selbstgesteckte Ziel des Autors, "einen Beitrag sowohl zur Geschichte des Exils und der Remigration als auch zur Erforschung der historischen Wissenschaft in der DDR leisten" zu wollen (S. 18), ist nicht nur erfüllt, sondern – wenn es so etwas in der Wissenschaft gibt – ‚über-erfüllt‘ worden.

Ulrich van der Heyden (Berlin)

Handbuch der Universitäten und Fachhochschulen. Deutschland, Österreich, Schweiz [...], 10. Ausg., K. G. Saur, München 2000. 771 S. Geb. 8°. ISSN 1430-4635. DM 368,-.

Das "Handbuch" gehört zu den unentbehrlichen Wissenschafts-Nachschlagewerken aus dem K. G. Saur Verlag. (Zu dem ebenso wichtigen "Kürschners Gelehrtenkalender" s. meine Rez. in *hochschule ost* 1/2001, S. 329ff.) Es erscheint alljährlich, jeweils auf den neuesten Stand gebracht. Es informiert flächendeckend über die Universitäten und sonstigen Bildungseinrichtungen mit Hochschulcharakter, im folgenden kurz: "Hochschulen" (nicht z.B. über Verwaltungsakademien und Konservatorien). Innerhalb des Hauptteils mit den Länder-Abschnitten Deutschland/Österreich/Schweiz (einschließlich der französisch- und italienischsprachigen) ist das Material streng alphabetisch nach Städten, Hochschulen, Fakultäten, Instituten usw. geordnet; in "Weitere Einrichtungen" sind Sonderforschungsbereiche u.ä. genannt. Sämtliche Institutionen sind durchnummeriert. Auf die Länder-Abschnitte folgen das Sach- und das Personenregister. Alle fünf Teile sind seitlich am Schnitt farbig markiert, so daß man schnell das Gesuchte findet. Stichproben ergaben weitgehende Vollständigkeit und Korrektheit der Angaben.

Zum Länderteil: Im Kopf der Hochschul-Lemmata sind mitgeteilt: Anschrift, Telefon usw., Gründungsjahr, Studentenzahl, Leiter ("Rektor/Präsident"); im Kopf der Fakultäts- und Institutsabschnitte: Anschrift, Telefon etc., Leiter, gegebenenfalls spezielle Forschungs- und Lehrgebiete, die Professoren (ohne Emeriti und Gastprofessoren).

Das Sachregister nennt die Wissenschaftsdisziplinen, alphabetisch nach den Hochschulen („Freie Universität Berlin“, „Friedrich-Schiller-Universität Jena“ ...), mit Angabe des Instituts und der laufenden Num-

mer im Hauptteil. Dieses Register, das von "Abdominalchirurgie" bis "Zytopathologie" reicht, präsentiert z.B.: Bier/ Brauereiwesen (5 Eintragungen), Dirigieren (24), Erdöl (3), Feministische Theologie (1), Jagd (2), Jazz (15), Wildbachverbauung (1); an Forschungsschwerpunkten, die einzelne Persönlichkeiten betreffen: Brahms, Büchner, Hegel, Huxley, Leibniz, Schleiermacher, Schönberg, Shakespeare, Swift. Dem Sachregister ist eine Übersicht aller Stichwörter vorangestellt. Es ist weit differenzierter als das Register des "Kürschner": Hat dieser z.B. eine große Gruppe "Klassische Philologie, Byzantinistik, Spät- und Mittellatinistik" (die Neogräzistik ist bei der Byzantinistik, die Neolatinistik bei der Mittellatinistik mit erfaßt), so unterscheidet das hier vorzustellende Handbuch folgende Gebiete: Altertumskunde, Griechisch-römisches Altertum, Klassische Sprachen und Literaturen, Byzantinistik, Neugriechische Philologie, Mittellateinische Philologie, Neulatinische Philologie. Das ist insofern nützlich, ja notwendig, als beispielsweise in Greifswald die Klassischen Philologen innerhalb eines "Instituts für Altertumswissenschaften" arbeiten, François Paschoud in Genf im "Département des sciences de l'antiquité". Manche Institutionen sind in mehreren Rubriken verzeichnet, so die Jenaer Gräzistik und Latinistik sowohl unter "Klassische Sprachen...", weil ihre Lehrstühle solche für "Klassische Philologie" sind, als auch unter "Altertumskunde", weil sie innerhalb des "Instituts für Altertumswissenschaften" angesiedelt sind.

Natürlich kann die Redaktion Zuordnungen nur vornehmen, soweit die Fächer in den Namen der Institute in Vorlesungsverzeichnissen usw. begegnen. Das ist z.B. bei der Byzantinistik/Neogräzistik der Universität Leipzig nicht der Fall; so ist zwar ihr Vertreter G. S. Henrich im Hauptteil (Universität Leipzig, Institut für Klassische Philologie) und im Personenregister verzeichnet, doch seine beiden Fächer nicht im Sachregister. Es fehlt aber auch "Zypermforschung" (09001: Institut für interdisziplinäre Zypernstudien der Universität Münster). In anderen Fällen, wo es ebenfalls nur *ein* Institut gibt, ist das Gebiet durchaus im Sachregister angeführt, z. B. "Zoomorphologie".

Im Länderteil vermißt man aus der Universität Leipzig das "Institut für Linguistik", das sich den Fragen widmet, mit denen sich das – im "Handbuch" angeführte – "Institut für Angewandte Sprachwissenschaft und Translatologie" nicht beschäftigt; das Frankreichzentrum (entsprechende Institutionen anderer Hochschulen sind im Sachregister unter "Frankreich" registriert), das "Simon-Dubnow-Institut für jüdische Ge-

schichte und Kultur" (Leiter: Prof. Dan Diner; er fehlt so auch im Personenregister). Sind die doch recht zahlreichen "An-Institute" etwa grundsätzlich nicht berücksichtigt? Ungenannt bleibt auch das Fachsprachenzentrum (im Leipziger Vorlesungsverzeichnis zwar ohne Leiter, aber mit Adresse genannt); für Hamburg ist das Zentrale Fremdspracheninstitut verzeichnet! – Irritierend sind Angaben wie zu 01609 "Philologisches Seminar [...] Byzantinistik": Dort wird nicht etwa nur Byzantinistik, sondern auch und vor allem Klassische Philologie betrieben!

Gelegentlich müssen vor der nächsten Auflage auch Angaben zur Person überprüft werden: Die Byzantinistin E. Mathiopoulos ist im Personenregister und entsprechend im Hauptteil gleich dreimal genannt, aber sie ist nur in Köln fest angestellt; in Bonn hat sie eine Gastprofessur, Gastprofessuren werden aber prinzipiell nicht mitgeteilt.

Doch ungeachtet mancher Monenda: Es ist bewundernswert, welche Fülle nützlicher Informationen in durchweg zweckmäßiger Weise gegeben werden. Man muß dem Verlag K. G. Saur auch für dieses Werk dankbar sein.

Jürgen Werner (Berlin)

Hochschullehrer-Verzeichnis. Band 1: Universitäten Deutschland, hrsg. vom Deutschen Hochschulverband. 9. Ausg.; Band 2: Fachhochschulen Deutschland, 4. Ausg. München 2001: K. G. Saur. Brosch. X, 732 S.; X, 349 S. 198,- DM; 148,- DM. ISBN 3-598-23835-5; 3-598-23836-3.

Das traditionelle Hochschullehrer-Verzeichnis¹ liegt wieder vor, nunmehr im K. G. Saur Verlag, der sich auch um andere derartige Wissensspeicher verdient macht,² nicht mehr als Loseblattsammlung, sondern wieder in Buchform. Band 1 soll alljährlich, Band 2 aller zwei Jahre erscheinen.

¹ Zu älteren Ausgaben s. meine Rez. in *Das Hochschulwesen* 38, 1990, S. 342; 39, 1991, S. 45; 40, 1992, S. 195.

² Dort erscheinen jetzt z.B. "Kürschners Deutscher Gelehrten-Kalender" (zur 18. Ausgabe s. meine Rez. in *hochschule ost* 1/2001, 329ff.) und "Handbuch der Universitäten und Fachhochschulen" (zur 10. Ausgabe s. meine Rez. im vorliegenden Heft).

Der Aufbau ist bei beiden gleich: Auf Vorwort usw. folgen der Hauptteil "Hochschullehrer/Fachhochschullehrer Deutschland"; Register nach Wissenschaftsgebieten; Anschriften der Einrichtungen.

Bei Band 2 sind der Redaktionsschluß (30.4.2001) und die Quellen angegeben (die Vorlesungsverzeichnisse des WS 2000/01, gegebenenfalls ergänzt durch die entsprechenden Internet-Seiten), bei Band 1 nicht; auf jeden Fall sind dort im Jahr 2000 berufene Hochschullehrer angeführt.

Der Hauptteil nennt alphabetisch in Band 1 die Professoren einschließlich der außerplanmäßigen und außerordentlichen sowie der Honorarprofessoren, Emeriti und Pensionäre, Privatdozenten, sonstige Habilitierte; in Band 2 "Hochschullehrer mit Professorentitel, Honorar- und pensionierte Professoren", in Band 1: 51000, in Band 2: 15000 (laut Prospekt). Mitgeteilt wird jeweils: Name, Vorname, akademische Titel, Funktionen wie "Arbeitskreisleiter"; Universitäts; Fächer; Dienst- und Privatadresse mit Telefon, Fax, E-Mail, Website.

Stichproben ergaben bedauerlicherweise Lücken. So fehlen zehn von 25 Emeriti der Philologisch-historischen Klasse der Sächsischen Akademie der Wissenschaften, aber auch einige nicht der Akademie angehörende Berliner Professoren. Hier sind wohl gleichfalls die Vorlesungsverzeichnisse zugrundegelegt worden: Die acht Leipziger unter den zehn fehlenden Professoren halten keine Lehrveranstaltungen mehr, sind also nicht im Leipziger Vorlesungsverzeichnis erfaßt, und im Personalverzeichnis erwähnt die Universität Leipzig ihre Emeriti und Pensionäre bzw. Rentner (diesen Status haben dank der bundesdeutschen Gesetzgebung zahlreiche Ost-Professoren) bisher nicht; Magnifizenz Bigl will das ändern. Allerdings vermißte ich etwa auch eine voll im Lehrbetrieb stehende Leipziger Germanistik-Professorin, die im Vorlesungs- und im Personalverzeichnis aufgeführt ist! Sieben der zehn vermißten Wissenschaftler stehen übrigens in "Kürschners Deutschem Gelehrtenkalender" (s. Anm. 2), der ebenfalls im Saur-Verlag erscheint: Warum hat man nicht auf hauseigene Dateien zurückgegriffen? Einige der fehlenden Hochschullehrer sind ferner in "Wer ist wer" zu finden; dazu s. meine Besprechung *hochschule ost 1/2001*, 326ff.

Zum Register nach Wissenschaftsdisziplinen: Die in Band 1 verwendete Systematik entspricht der des "Kürschner". In Band 2 sind die Fächer alphabetisch gereiht wie im "Handbuch der Universitäten ..." (s. Anm. 2), von "Abdominalchirurgie" bis "Zytopathologie", wobei diese Stichwörter nur in der vorangestellten "Übersicht" vorkommen, im Regis-

ter selbst nicht, da es diese Gebiete an den Fachhochschulen gar nicht gibt, ebenso wie "Balkanologie" oder "Didaktik der Alten Sprachen"; in der "Übersicht" existieren über 30 "Didaktiken", im Register selbst nur sieben. – Der Anhang schließlich enthält die Anschriften der Hochschulen wie im "Handbuch der Universitäten ...".

Das "Hochschullehrer-Verzeichnis" leistet schon jetzt gute Dienste und wird es, ständig aktualisiert und verbessert, auch in Zukunft tun.

Jürgen Werner (Berlin)

Stephan Laske/Tobias Scheytt/Claudia Meister-Scheytt/Claus Otto Scharmer (Hg): Universität im 21. Jahrhundert. Zur Interdependenz von Begriff und Organisation der Wissenschaft (Universität und Gesellschaft – Schriften zur Universitätsentwicklung Bd. 1). Rainer Hampp Verlag: München und Mering 2000, 507 S., DM 68,05, EURO 34,80

Noch ein Buch über die Universität im 21. Jahrhundert! Angesichts der Fülle von Büchern, Konferenzthemen, Zeitschriftenartikeln gleichen oder ähnlichen Titels reizt dies kaum mehr zum Lesen. Der Untertitel klingt dagegen schon interessanter, verheißt theoretisch Anspruchsvolleres und macht neugierig. Die den Beiträgen zugrundeliegende These und das Projekt des Sammelbandes wird von den Herausgebern im Vorwort dargelegt: "Begriff und Organisation von Wissenschaft scheinen zunehmend entkoppelt – obwohl ihre Interdependenz unaufhebbar ist" (5). Ziel des Buches ist der Versuch, diese Interdependenz zu verdeutlichen und mit der Paradoxie von Anspruch und Realität der Universität zu konfrontieren. Ausgangspunkt ist dabei die "Perspektive des organisationalen Wandels und Lernens unter Berücksichtigung der spezifischen Bedingungen in der Organisation Universität" (6). Zugleich sollen Ansätze einer interdisziplinären Theorie der Organisation Universität erkennbar gemacht werden, die über die gängigen Prinzipien des 'new public management' und verwandter Modelle hinausgeht. Dies ist auch in den Textsorten und Darstellungsformen der verschiedenen Beiträge reflektiert: Interviews, Berichte aus der Praxis, Reflexionen, Briefe, Märchen u.a.

Solch offensichtlicher Eklektizismus macht zunächst einmal skeptisch. Auch die in der Einleitung vorgetragene Begründung für die Zusammenführung dieser unterschiedlichen Ansätze vermag die Skepsis

nicht ganz auszuräumen. Es entsteht also erst einmal der Eindruck eines Sammelsuriums unterschiedlichster Texte, wie man sie häufig in Festschriften findet, denn auch dieser Band ist eine Festschrift. Allerdings hat er daneben weitere Funktionen und Anliegen. Die in dem Band entwickelten Ideen zur Organisationsreform der Hochschule und zu diesbezüglichen betriebswirtschaftlichen Ansätzen berücksichtigen Fragen qualitativer Art, wie man es sich in den heute typischen Diskussionen stärker und häufiger wünscht. Neu ist vor allem eine zusätzliche Konzentration auf den Menschen, hier gefasst als 'reflektierender Praktiker'. Die Herausgeber sind denn auch eine Gruppe von Leuten, die das Unternehmen gewagt haben, als Hochschulreformpraktiker (modellhafte Reform der Organisationsstrukturen der Universität Innsbruck) ihre eigene Praxis zu reflektieren. Unter den Autorinnen und Autoren sind eine Reihe von Vertretern der neuen Management- und Controlling-Ansätze im Hochschulbereich bzw. Organisationstheoretiker unterschiedlicher Couleur, die sich allerdings wohl mehrheitlich dem Ansatz von *Peter M. Senge* und seinem Konzept der Entwicklung der Universität von der 'wissenden Organisation' zur 'lernenden Organisation' verpflichtet fühlen. Darüber hinaus treten vielfach anthroposophische Konzepte von Bildung zwischen den Zeilen hervor.

Die Gliederung ist interessant, auch wenn nicht alle Beiträge gleichermaßen gelungen sind. Doch gehören der Eklektizismus und die Unterschiedlichkeit der Beiträge gleichsam notwendig zum Zugang. Darüber hinaus merkt man vielen Autoren den Spaß an der Arbeit, die Lust am Text an. Positiv fällt auch der Bezug auf ältere Literatur auf. Das sorgt zwar nicht immer für Originalität, ruft aber halb vergessene Texte und Thesen wieder in Erinnerung, die heute noch oder wieder aktuell sind.

Der Band ist in sieben größere Schwerpunktkapitel gegliedert, von denen das erste die 'Perspektive' darlegen soll und mit dem Beitrag *Senges* programmatisch besetzt ist. Das letzte Kapitel, ebenfalls programmatisch mit 'Entwicklung' betitelt, besteht aus einem offenen Interview mit *Ekkehard Kappler*. Dazwischen liegen fünf Kapitel mit jeweils vier Beiträgen, von denen der erste immer in das Thema einleiten soll. Thematisch bilden diese Kapitel einzelne Aspekte von Begriff und Organisation der Wissenschaft ab, deren Interdependenz der Band untersuchen will: Bildung, Wissenschaft, Politik, Strategie, Organisation.

Peter M. Senge's Perspektive "Die Hochschule als lernende Gemeinschaft" (17-44) wurzelt in der Systemtheorie und einem systemischen Denken, das ein Verständnis von Komplexität und deren Dynamik in Veränderungsprozessen entwickeln will. Der Beitrag ist ein Versuch, das vom Autor entwickelte Konzept organisationalen Lernens in Unterneh-

men auf Hochschulen anzuwenden. *Senge* konstatiert eine Krise der Hochschulen, die in der Trennung von Denken und Handeln sowie in einer über-intellektualisierten Sicht des Wissens besteht, also dem Mythos der instrumentellen Rationalität verhaftet ist (32). Er setzt statt dessen auf die Figur des 'reflektierenden Praktikers', in der die notwendige, d.h. die Krise überwindende, Verbindung von Denken und Handeln wiedergewonnen wird (35). Diesen Persönlichkeitstyp sollen Hochschulen heute ausbilden, indem sie eine Gleichwertigkeit von praktischem und theoretischem Wissen bejahen. Das bedeutet auch, Studierende als Ressourcen für die Lehre und als Mitgestalter von Lernprozessen anzusehen. Für die Hochschule heißt dies, sich von der 'wissenden' zur 'lernenden' Organisation zu entwickeln (41), um die Kluft zwischen Theorie und Praxis zu verkleinern. Um aber das Überleben der Institution im 21. Jahrhundert zu sichern, schlägt *Senge* darüber hinaus den Aufbau von Lerngemeinschaften zwischen Hochschulen und Unternehmen oder zwischen mehreren Hochschulen vor, in deren Rahmen nicht nur die erforderlichen Innovationen generiert werden, sondern die zudem als 'Lernfeld' für und über organisationales Lernen fungieren (42).

Der erste Beitrag im Schwerpunktkapitel Bildung von *Dirk Baecker* „Die Universität als Algorithmus. Formen des Umgangs mit der Paradoxie der Erziehung“ (47-74) versucht, aus „enttäuschter Liebe“ (48) zur Universität einen Algorithmus aufzustellen, aus dem heraus sich die Form einer Universität ergeben kann. Ausgehend von der „Universität als Erziehungsanstalt“ (48) beschreibt *Baecker*, sich auf Kant berufend, den Gegensatz von Zwang und Freiheit in der Erziehung, den er als Paradoxie auffasst. Dieses Verhältnis, in dem durch Zwang zur Freiheit erzogen werden soll, verfolgt er durch unterschiedliche historische Epochen mit ihren jeweiligen Universitäts- und Wissenstypen. So kommt der Klassiker Humboldt genauso zu Wort wie der Zeitgenosse Niklas Luhmann, wird die griechische Akademie ebenso herangezogen wie die Universität der Scholastik und die Universität der Moderne. *Baeckers* Schluss: jeder Universitätstypus ist durch die Art und Weise geprägt, wie in ihm die „Paradoxie der Erziehung“ entfaltet worden ist. Die Unterschiede sind das Produkt des Versuchs, die Paradoxie handhabbar zu machen, mit ihr umzugehen, sie "zu verdecken" meint *Baecker* (56). *Baeckers* Algorithmus ist also einer, "der aus der Unterscheidung, die an die Stelle der Paradoxie der Erziehung tritt, die Form der dann möglichen Universität ableitet" (56).

Angesichts des heutigen, unter Berufung auf Derrida und Luhmann (65f.) als postmodern charakterisierten Wissenstyps versucht *Baecker* dann, den Algorithmus zu entwerfen, aus dem sich die Form der postmo-

deren Universität ergeben kann. Er sieht zwei Tendenzen, die der postmodernen universitären Erziehung entgegenkommen. Zum einen das Konzept des lebenslangen Lernens und zum anderen und daraus folgend, der Zwang zu lebenslanger Freiheit, wobei der Freiheitsbegriff im Sinne Luhmanns als Fähigkeit definiert wird, innerhalb bestehender Verhältnisse Alternativen zu erkennen. Hier erst sieht *Baecker* das Paradoxon der Erziehung aufgelöst: „Erziehung zur Freiheit ist dann zuguterletzt keine Paradoxie mehr, sondern die Kunst, jene Kompetenzen und jenes Wissen auszubilden, das die Zöglinge, erwachsen oder nicht, in die Lage versetzt, dort Alternativen zu sehen und wahrzunehmen, wo zunächst einmal keine sind“ (72). Die Form der postmodernen Universität ist also "Reflexionsformel der modernen Universität", in welcher Erziehung zur Freiheit die "Transformation" von Sachzwängen "in Wahlmöglichkeiten" bedeutet (73).

Baeckers Essay führt eine oft zu unrecht vernachlässigte Form der Reflexion vor, die dem Prozess des forschenden Lernens nicht unähnlich ist. Dieser nach vielen Seiten offene und unabschließbare Prozess ist nicht linear, nicht auf ein wahrnehmbares Ziel bezogen, sondern frei, etwas ungeordnet, manchmal mit überraschenden Wendungen versehen, eklektizistisch und gerade deshalb spannend und interessant. Mit *Kappler* ließe sich dieser Prozess auch als "rhizomatisch" charakterisieren (506), denn er ist Ausdruck einer „fröhlichen Wissenschaft“ (Nietzsche), deren Ergebnisse in neue Fragen und in „Erkenntnis für freie Menschen“ (Feyerabend) münden. Dennoch bleibt *Baeckers* Fassung des Algorithmus für die postmoderne Universität unbefriedigend. Zwar wird die „Erziehung zur Freiheit“ zur „Kunst“ gewandelt, aber das Paradoxon besteht weiter. Schon allein der Begriff des „Zöglings“ mit seinen Konnotationen ins 19. Jahrhundert lässt Zweifel aufkommen, ob hier das Hierarchiegefälle, das zur Konstitution der Paradoxie von Zwang und Freiheit in der Erziehung beiträgt, tatsächlich sich geändert hat. Ein zweiter Punkt ist didaktischer Natur. Die Ausbildung von Wissen und Wahrheit verweist auf die Frage, wie das denn geschehen kann. Wie sehen die Lernprozesse aus, wie die Prozesse der Wissensvermittlung und -aneignung, wie kann die Kunst der Lehre und des Lernens aussehen, damit tatsächlich ein Mensch zunächst nicht vorhandene Alternativen erkennen und dann auch noch danach handeln kann? Dass es *Baecker* nicht gelingt, das Paradoxon aufzulösen, hängt vielleicht auch damit zusammen, dass der Professor der Universität Witten-Herdecke zwar den Terminus „Erziehung zur Freiheit“ oft benutzt, sich aber niemals auf die anthroposophische Tradition und Gegenwart dieser Vorstellung bezieht. Aber das ist wohl eine der Fragen, die „das Denken weitertreiben“ sollen.

Der Beitrag „Studium für die Zukunft“ (97-108) ist ebenfalls dem Schwerpunktkapitel Bildung zugeordnet und besteht aus einem Interview, das *Claus Otto Scharmer* mit *Peter Littmann* geführt hat. Das Interview kreist um drei Themen: (a) Studium, (b) „Kernkompetenzen für Führungskräfte der Zukunft“ und (c) die „Universität des unternehmerischen Menschen“. *Littmann* spricht über seine Biographie, deren Stationen Kristallisationspunkte (s)einer Bildungsgeschichte sind: Studium des Maschinenbaus und der politischen Ökonomie in der ehemaligen CSSR, kurz vor Niederschlagung des Prager Frühlings nach Köln; dort Studium der Philosophie und Theaterwissenschaft; Regieassistent beim WDR, dann leitende Funktionen in Industriebetrieben, Aufsichtsratsmandate und eine Honorarprofessur an der Universität Witten/Herdecke. Anhand dieser Geschichte wird versucht, die Frage zu beantworten, wie eine („unternehmerische“) Universität aussehen soll, die solche erfolgreichen „unternehmerischen Menschen“ und damit die „Führungskräfte der Zukunft“ hervorbringt.

Zwang und Freiheit, eine der grundsätzlichen Antinomien der Erziehung, werden im Verlauf von *Littmanns* Bildungsgeschichte in verschiedenen Formen ausgeprägt. Er beschreibt seine Erfahrungen während des Studiums in der CSSR unter dem Zwang eines autoritären Systems als grundsätzliche „Herausforderung für einen jungen Menschen, aber als eine hervorragende Ausbildung für später“ (99), an der er als Persönlichkeit wachsen konnte. Im Gegensatz dazu war für ihn die „große Freiheit“ während des Studiums in Köln eher „langweilig“, eine zynische „Zweck-Mittel-Übung“ (*Scharmer*). *Littmann* kommt zu dem Schluss: „Ich glaube, dass ich während des Studiums in Köln in Wirklichkeit nichts gelernt habe“. Man ahnt, was nun kommt: der Zwang, dem er während seines Studiums in der CSSR ausgesetzt war, hat es ihm erst ermöglicht, Alternativen zu sehen und eine davon – nämlich die, sein Heimatland zu verlassen – zu wählen. Interessant wird nun, welche Konsequenz das für die Universität in demokratischen Gesellschaften hat.

Im Interview werden nun die „Kernkompetenzen für Führungskräfte der Zukunft“ bestimmt (101ff.). *Littmann* versucht, Forderungen an die Bildungsziele der „Universität für unternehmerische Menschen“ aus seiner eigenen Biographie zu bestimmen. Es besteht jedoch ein signifikanter Unterschied zwischen *Littmanns* Biographie und der daraus abgeleiteten universitären Bildungsbiographie für den 'unternehmerischen Menschen der Zukunft'. *Littmanns* Erfahrungen verdanken sich nicht einem universitären Schonraum, sondern der Realität eines Lebens, das durch eine Vielzahl von Brüchen und Inkonsistenzen gezeichnet ist. Der Student in der hier entworfenen zukünftigen Universität wird eben nicht dem Zwang

unterliegen, sich selbst zu reflektieren, die herrschende Lehrmeinung sowohl anzuerkennen als auch subversiv gegen sie zu arbeiten, wie es in einem autoritären System für einen jungen Menschen überlebensnotwendig war. Der hier entworfene Student der Zukunft, also die zukünftige Führungskraft, der unternehmerische Mensch, muss nicht, um sich oder seine geistige Integrität zu retten, möglichst viel Wissen anhäufen. Auch die Verknüpfung des Wissens zu Zusammenhängen ist eine Leistung, die er nicht vollbringen muss. Ihm fehlt schlichter existenzieller Druck! Er hat zwar die Freiheit, subversiv zu sein, Lehrmeinungen zu reproduzieren, sich eindeutig zu verhalten oder auch die verschiedensten Formen der Doppelzüngigkeit zu erproben. Doch bedeutet „Freiheit“, wie sie *Littmann* in Köln empfunden hat, eben auch die „Freiheit zu verkommen“ (Jaspers zitiert bei *Baecker*, 50). Das ist der Preis der Freiheit. Und dies ist wiederum die Voraussetzung für Verantwortung. Wo die Universität eher Schonraum ist, der existenzieller Druck also fehlt, wird auch das 'Sortieren der Angebote' nach anderen als den von *Littmann* selbst erfahrenen Kriterien für die Wahl zwischen Alternativen erfolgen.

Auch in diesem Interview wird nach Argumenten gesucht, um die einseitige Orientierung am Mainstream des ökonomischen Denkens zu durchbrechen oder zumindest zu schwächen und den Menschen wieder zum 'Maß aller Dinge' werden zu lassen. Dies gilt ebenso für die Neugestaltung von Hochschulen. *Littmann* macht bei aller Kritik eines deutlich: Auch die alten Bildungskonzepte, wie etwa das anthroposophische, sind durchaus in der Lage, Hochschulreform zu orientieren. Sie genügen nicht einfach per se aufgrund ihres 'Alters' den modernen Anforderungen nicht mehr. Es ist möglich, den Menschen in den Mittelpunkt stellende Konzepte so zu interpretieren, dass sie einer der postmodernen Welt angemessenen Universität eine Orientierung verschaffen können. Dennoch steht vielleicht zu befürchten, dass diese Konzepte für die Erreichung ökonomischer Ziele in Dienst genommen werden. Das würde ihr Überleben zwar sichern, aber nicht um ihrer selbst willen. Die Logik des „homo oeconomicus“ ist eindeutig: Entweder Wissenschaften und Universitäten werden sich in den Dienst der Ökonomie stellen (nationale Wettbewerbsvorteile und Standortsicherung), oder die Wirtschaft wird zunehmend selbst unternehmerische Ausbildungsstätten für künftige Führungskräfte und unternehmerische Menschen schaffen. Vielleicht in Witten?

Aus dem Kapitel 'Wissenschaft' soll zunächst der einleitende Beitrag von *Peter Heintel* "Über die Universität und die 'Einheit der Wissenschaften'" (135-162) herausgegriffen werden. Es ist ein philosophischer Essay über die Frage, ob die 'Einheit der Wissenschaften' in einer Institution wie der Universität gesichert werden kann. *Heintels* Ausgangsthese ist, dass

die Institutionalisierung von Wissenschaft "den Entscheidungscharakter von Wahrheit tabuisiert" (142) und solchermaßen Autonomie gefährdet, weil Autonomie sich nur über die Freiheit herstellt, auch anders denken und entscheiden zu können. Letztgültige Wahrheiten und kanonisiertes Wissen stehen dazu im Widerspruch (141). Auch die in den letzten Jahren propagierte neue Form der Autonomie der Hochschulen als kollektive Selbstorganisation werde durch ökonomische Begrenzungen und institutionelles Unvermögen behindert. Dazu *Heintels* These: Institutionelle Autonomie "bedeutet nicht nur Freiheit ..., sondern auch Einheitszwang" (153). Eine solche Aussage greift ein Grundthema der idealistischen Philosophie und Pädagogik auf, das auch in der anthroposophischen Erziehung und Bildung wichtig ist, nämlich die zuvor in dem Interview mit *Littmann* zur Sprache gebrachte Antinomie von 'Freiheit und Zwang'. In klassischer Argumentation deutet *Heintel* den Einheitszwang als prozeduralen Einigungszwang, so dass die Verwirklichung institutioneller Autonomie "in einer selbstgesetzgebenden Einigung" (158) besteht. *Heintels* – an Kants 'Streit der Fakultäten' anschließende – Frage ist aber, wie sich die "Einheit der Universität bei gleichzeitiger Vielheit der Einzelwissenschaften" (158) herstellen lässt? Seine Antwort: Wirkliche Autonomie ist in der Lage, mit der Gleichberechtigung aller Unterschiede, Interessen und Widersprüche umzugehen, damit Wissenschaft offen und die Institution der Ort eines "grundsätzlichen Zweifels" (160) bleiben kann. Auf der quantitativen Seite entspricht dem die akkumulative Vorstellung von Einheit als "enzyklopädische Ansammlung von möglichst vielen Wissenschaften" (161) sowie die Mannigfaltigkeit der Meinungen, Schulen und Positionen. Autonomie im Sinne *Heintels* stellt sich allerdings erst in einem Transzendierungsprozess her, in welchem das Nebeneinander der Vielheiten durch einen gemeinsamen Auseinandersetzungs- und Argumentationsprozess ersetzt wird. Dieser Prozess soll dazu dienen, über die Produktion von Sinn Einigkeit herzustellen. Angesichts der vielen äußeren Zwänge, mit denen die Institution Universität konfrontiert ist, ist Einigung erforderlich weniger über das, was man weiß, als über das, was man will. Prozessethik nennt *Heintel* diese Form der kollektiven Einigung und kommt damit vielleicht der Einlösung des Buchprojekts, etwas über die Interdependenz von Begriff und Organisation der Wissenschaft zu sagen, von allen Beiträgen am nächsten. Allerdings wird seine Argumentation diejenigen am meisten überzeugen, die keine Probleme mit der idealistischen Philosophie haben. In dem Band sind jedoch auch Vertreter postmoderner Ansätze und Sichtweisen repräsentiert, für die das herrschende Performanzprinzip, mit dem die heutigen Hochschulen konfron-

tiert sind, das Konzept einer Hochschulautonomie obsolet werden lassen müsste.

Mit dem Beitrag von *Gerd Walger* "Die Universität in der Wissensgesellschaft" (185-206) im Kapitel Wissenschaft werden Zusammenhänge gestiftet, die eine besondere Qualität der Bildung darstellen. Der Beitrag beschäftigt sich zwar mit dem Verständnis von Wissen und Wissenschaft in der „Knowledge Society“ im Sinne Druckers (188), aber *Walgers* Versuch einer Rekonstruktion der Universität in der Wissensgesellschaft mit Bezug auf Humboldt führt notwendig zu dessen Konzept der Persönlichkeitsbildung. So schafft der Beitrag Verbindungen zwischen den verschiedenen Kapiteln der Sammlung.

Walger kontrastiert ein klassisches, auf Platon zurückgehendes Verständnis von Wissen und Wissenschaft mit einem neuzeitlich-aufgeklärten Wissens- und Wissenschaftsverständnis. Damit schafft er eine Folie, die es erlaubt, die Zustandsbeschreibung der Universitäten in der Wissensgesellschaft neu zu fokussieren: Nicht etwa „die Abwendung von oder gar das falsche Bekenntnis zu Humboldts Universitätsidee“ hat den maroden Zustand der Universitäten herbeigeführt, *Walger* sieht ihn eher durch das moderne Wissens- und Wissenschaftsverständnis "generiert" (190). Deshalb stellt er sich die Frage, „wie die Humboldtsche Universitätsidee unter den Bedingungen der modernen Wissensgesellschaft gedacht werden kann“ (193). Sein Projekt ist die "Rekonstruktion der Idee der Universität" (193ff.), für die sich die Humboldtsche Universitätsidee und sein Konzept der Bildung deshalb besonders eignen, weil auch Humboldt auf der "Grenze zwischen Klassik und Moderne" (193) eine Übergangsposition einnahm. Eine solche Umbruchszeit sieht *Walger* auch heute mit dem Übergang von der modernen zur postmodernen Wissensgesellschaft gegeben. Klassische Persönlichkeitsbildung und klassische Universitätsidee stellen aber gerade in solchen Zeiten die Möglichkeit zur "Selbstvergewisserung und Selbstreflexion" (203) zur Verfügung.

Zusammenfassend lässt sich sagen: Eine klassisch ‚schöne‘ Auseinandersetzung mit den Bedingungen der Möglichkeit einer Universität in der Wissensgesellschaft auf der Basis der Humboldtschen Sichtweise. Hier wird tatsächlich direkt auf Humboldt Bezug genommen und seine Bildungstheorie wie deren Beziehung zu unserem modernen Verständnis von Wissen und Wissenschaft diskutiert. Das Fazit sieht die Humboldtsche Idee der Universität in seiner Vermittlungsposition zwischen Klassik und Moderne und ist insofern als Rekonstruktion einer modernen Sichtweise wieder ein Paradoxon. Die Wissensgesellschaft braucht notwendig subjektive Bildung, um das „tote Wissen“ zu beleben (201).

Der Beitrag lotet allerdings den Begriff von Bildung nicht vollständig aus. Reflexion und Selbstvergewisserung enthalten nicht selbstverständlich auch Elemente des Sozialen, der Verantwortung für Welt und Mensch, also wesentliche Dimensionen des Humanismus.

Michael Daxners Beitrag "Jenseits des Marktes" (223-237) leitet das Kapitel über Politik ein. Angesichts Daxners derzeitiger Tätigkeit, im Kosovo ein Hochschulsystem aufzubauen, wundert es kaum, dass er über die zentrale Rolle der Universität in der Zivilgesellschaft reflektiert. Seine funktionale Begründung für diese Zentralität ist, dass sich in der Universität die Verbindung von notwendiger Selbstreflexivität der Gesellschaft und Bewältigung von konkretem Problemlösungsdruck mit Hilfe wissenschaftlicher Verfahren herstellt (228). Neben Problemlösung und gesellschaftlicher Selbstreflexion sieht *Daxner* allerdings auch die Persönlichkeitsbildung als dritte wichtige Aufgabe der Universität. Entsprechend seiner andernorts entfalteten These von der "Hochschule als republikanischem Ort", sieht *Daxner* die Möglichkeit von Hochschulreform und Gesellschaftsreform nur dann gegeben, wenn es eine "leitende Idee von der guten Universität" gibt (236). Deshalb, so *Daxners* Postulat, muss jede Gesellschaft Wertentscheidungen bezüglich ihrer Idee der Universität treffen. Für ihn stehen vier solcher Entscheidungen im Vordergrund: (a) Arbeitskraft selber qualifizieren versus kaufen; (b) Wert von Exzellenz, um sich selber zu denken; (c) Bewertung des Verhältnisses zwischen gesellschaftlichem Mehrwert und individuellen Mitnahmeeffekten; (d) Wert von Stabilität und Selbsterneuerung des Hochschulsystems (232ff.). 'Jenseits des Marktes' ist für *Daxner* der Ort, an dem die Reformuniversität, also die republikanische Universität, zu finden ist. Doch endet der Beitrag pessimistisch. Noch gibt es sie nämlich nicht, diese Universität. Man sollte sie "an einigen Orten ... neu gründen oder ... aus alten Hochschulen ausgründen ... oder mit radikalen Kernen innerhalb beliebiger Hochschulen beginnen" (236). Erst dann können Hochschulen zum Markt jenseits des Marktes und zu einer politischen Macht werden. Zugleich bedarf es jedoch auch einer politisierten Gesellschaft, im Sinne einer aufgeklärten, republikanischen Öffentlichkeit, die bereit und willens ist, "ihr Eigentum an den Hochschulen anzutreten" (236).

Ebenfalls im Politikkapitel finden wir *Fritz Hodeiges* Beitrag "Brief an Nora" (265-272). Dort führt ein Großvater ein fiktives Gespräch mit seiner 13- oder 14-jährigen Enkelin, das in Briefform gefasst ist. In fünf Jahren wird sie vielleicht zu studieren beginnen, und er will ihr sagen, wie dann die Hochschulen seiner Meinung nach aussehen werden: leistungsbezogene Bezahlung der Professoren, Studierende als Kunden, Studiengebühren, Eliteförderung ..., alles sehr amerikanisch, alles ernsthaft

und ziemlich patronisierend argumentiert und zum Teil mit Fremdwörtern gespickt, die Kinder in dem Alter wohl eher nicht verstehen. Aber man fragt sich angesichts der besonders hervorgehobenen Aspekte zukünftiger Hochschulen, ob dies nicht Themen sind, die eher den Großvater als die Enkelin interessieren, von der der Großvater wie selbstverständlich annimmt, sie werde einmal zur Elite gehören. So bleibt das fiktive Gespräch Fiktion, Phantasie und – durch die gewählte Briefform natürlich auch – Monolog eines Großvaters darüber, wie er denn die Universität gern hätte. Zum Thema trägt der Brief nicht viel bei – weder im Kapitel Politik noch zur Frage der Interdependenz von Begriff und Organisation der Wissenschaft.

Aus dem Strategiekapitel wollen wir den Beitrag von *Michael Habersam* und *Martin Piber* "Paradoxon 'Universität'" (359-371) vorstellen. Er tendiert zu einer eher postmodernen Sicht auf die Gesellschaft und die Universität. Die Autoren konstatieren zunächst für die heutige Gesellschaft einen "Imperialismus der Zeit" (360) im Sinne von 'Zeit ist Geld'. Die damit verbundene Beschleunigung führt zu permanenter Zeitknappheit und schnellen Entscheidungen, die jedoch mit hohen Folgekosten verbunden sind und Nachdenken verhindern. Die historische Kontinuität der Institution Universität konnte demgegenüber nur gesichert werden, als sie immer ein gewisses Maß an Zeitunabhängigkeit besessen hat, die ihr den Umgang mit Paradoxien und die Herstellung immer wieder neuer Balancen ermöglichte. Wird solchermaßen die Gesellschaft und insbesondere die Wirtschaft durch Beschleunigung und die Dominanz des Prinzips 'Haben' gekennzeichnet, so ist die Universität durch ein gewisses Maß an Langsamkeit charakterisiert, die stärker auf dem Prinzip des 'Sein' beruht.

Als "Vordenk- und Nachdenkanstalt" ihrer Gesellschaft ist die Universität jedoch auch an der Entstehung der Paradoxien beteiligt, "zu deren Handhabung sie in der Folge wiederum ihre Beiträge leistet" (364). Hierin sehen die Autoren eine konstante Komponente der Universität. Die Handhabung von Paradoxien ist den Autoren zufolge nicht durch ein "entweder-oder" möglich, sondern nur durch ein "sowohl-als-auch" (366), also der Herstellung immer wieder neuer Balancen. Dazu braucht es Zeit für kritische Reflexion oder Nach-Denken, also Entschleunigung. *Habersam* und *Piber* sehen deshalb in dem Versuch, die Universität in eine zeitökonomisch geprägte Verwertungslogik zu überführen, eine große Gefahr. Kritische Reflexion braucht aber nicht nur Entschleunigung, sondern auch die richtige Balance von Nähe und Distanz zur Gesellschaft, um gesellschaftliche Relevanz herstellen zu können. Angesichts der bereits sichtbaren gesellschaftlichen Beschleunigungspathologien

schlagen die Autoren vor, dass die Universität sich auf ihre "zentrale eigene Fähigkeit der 'Paradoxiehandhabung'" (369) zurückbesinnt und entsprechend interveniert: Selbstorganisation als eine Strategie des sich nicht Änderns, allerdings mit dem Anspruch, die Universität wieder in die Gesellschaft einzuführen und die Gesellschaft wieder in die Universität. Wie das nun wiederum vor sich gehen soll, gelingt in der Erläuterung von *Scheytt* und *Meister-Scheytt* besser als bei *Habersam* und *Piber*.

Der Spaß, den *Tobias Scheytt* und *Claudia Meister-Scheytt* an ihrem Beitrag "Das ausgesparte Zentrum: Zum Widerspruch des Anspruchs eines professionellen Hochschulmanagements" (419-446) im Kapitel Organisation hatten, überträgt sich auf den Leser. Selten ist einem Text die Lust der Autoren am Schreiben so deutlich anzumerken. Der Untertitel "Eine sportstrategische Analyse" weist auf ein in den letzten Jahren vermehrt zu beobachtendes Phänomen hin, nämlich die Analyse von Hochschulen bzw. Hochschulsystemen mit Hilfe von systemischen Kollektivsymbolen aus dem Sportbereich – hier ist es der Fußball – zu unterlegen. Da wird etwa Hochschulranking mit dem Zustandekommen von Bundesligatabellen verglichen oder – wie hier – die Anforderungen an modernes Hochschulmanagement mit den Anforderungen an Spielmacher neuen Typs auf dem Fußballfeld.

Auch *Scheytt* und *Meister-Scheytt* gehen davon aus, dass die Logik der Organisation Universität auf Paradoxie beruht. Ausgangspunkt der Autoren ist die Beobachtung, dass mit dem Einzug des Managements in die Hochschulen als neues Steuerungselement noch lange keine Erfolgs-garantie verbunden ist, da Universitäten hochkomplexe Organisationen sind und die Folgen von Entscheidungen daher notwendig diffus bleiben, ungewollte Effekte nach sich ziehen und Wirkungen wenig kalkulierbar sind. Hochschulen sind also – wie Cohen und March bereits zu Beginn der 1970er Jahre feststellten – 'organisierte Anarchien', eine Formulierung, der bereits die Paradoxie inhärent ist. Wie muss – so fragen die Autoren dann – angesichts der Paradoxie der Universität das Management-Handeln oder auch 'academic leadership' gestaltet werden, um angemessen zu sein? Welcher Art muss die Persönlichkeit sein, die eine Universität erfolgreich leitet, und welcher Art müssen ihre Fähigkeiten sein. 'Multi-tipe!' wäre die eher zynische Antwort des ehemaligen Hochschulpräsidenten *Daxner* (436f.), doch geben sich die Autoren damit nicht zufrieden. Die typischen Verfahren und Prozesse der Besetzung von hochschulischen Leitungsfunktionen im deutschsprachigen Raum bringen aber auch nicht den richtigen Kandidaten bzw. die richtige Kandidatin hervor. Systematisches Suchen und Finden reicht also nicht aus. An diesem Punkt ihrer Analyse gelangen die Autoren zu einem ersten Schluss: "Die komple-

xe Beziehung zwischen Person und Struktur, zwischen Handlungen und Struktur sind die kritischen Größen und das – noch – ausgesparte Zentrum in den Diskussionen zum Hochschulmanagement" (440). Und dann wird in einem furiosen Finale die Fußball-Metaphorik voll 'ausgespielt': Eine für die heutige Zeit erfolgreiche Konzeption von Hochschulmanagement benötige den 'Spielmacher neuen Typs', dessen 'Spielsystem' ein intelligentes und komplexitätsbejahendes Vorgehen erfordere und der den "Doppelpaß als soziales System" (Esser 1991) begreife, in welchem "durch das Erkennen und Ausnutzen kleinster Vorteile und zufälliger Chancen" ein spielerisches Übergewicht oder die Chance zur Tempoveränderung erzielt werde; also, wie die Autoren es mit *Baecker* (1994) ausdrücken: "postheroisches Management" (442f.).

Insgesamt: Das Buch ist anregend, in Teilen sogar spannend, doch wird der im Untertitel implizit formulierte Anspruch nicht eingelöst, nämlich Begriff und Organisation der Wissenschaft angesichts ihrer zunehmenden Entkoppelung wieder schlüssig zusammenzuführen. Allerdings muss auch die Frage erlaubt sein, ob das überhaupt möglich ist, wenn man davon ausgeht, dass Praxis sich nicht beschreiben, sondern nur tun lässt. Die unterschiedlichen Zugänge und Darstellungsformen, wenngleich nicht durchgängig gelungen, bringen die Paradoxien der Universität umso deutlicher zutage. Für Paradoxien aber gibt es keine Lösung, nur Auswege. Und die sind am ehesten im 'Faktor' des gebildeten Menschen zu finden. Dass diese – nicht so neue – Erkenntnis einmal wieder präsentiert und vertreten wird, ist erfreulich. Trotz der Tatsache also, dass in diesem Buch anthroposophische, klassisch-idealistische und postmoderne Sichtweisen kaum vermittelt nebeneinander stehen und Brüche produzieren, ist es hochgradig lesenswert.

Der Band lässt sich allerdings auch noch ganz anders lesen, nämlich als nachträgliche Reflexion einer Gruppe österreichischer Hochschulreformer und ihres Umkreises über ihre Praxis im Rahmen eines großangelegten und vom österreichischen Ministerium finanzierten Modellversuchs. Dieser bestand in der exemplarischen Implementation des neuen österreichischen Universitätsorganisationsgesetzes von 1993 an der Universität Innsbruck, gekoppelt mit einer grundlegenden institutionellen Strukturreform durch Einführung 'dezentraler Rahmensteuerung'. Was dieses Konzept bedeutet sowie das hochkomplexe Projekt selbst wird ausführlich im Beitrag von *Stephan Laske* und *Alfred Zauner* "Architektur und Design universitärer Verhandlungssysteme. Zur Konzeption und Praxis mehrfach geschichteter Rahmensteuerung" (447-487) dargestellt und vermittelt einen durchaus nachvollziehbaren und plausiblen Eindruck davon, was die 'Interdependenz von Begriff und Organisation der Wis-

senschaft' bedeuten kann. Sowohl mit dem Projekt als auch mit dem dieses Projekt reflektierenden Sammelband ist ein Versuch weitgehend gelungen, die Universität zum Thema eines öffentlichen Diskurses zu machen, bzw. "... die Universität nicht nur mit sich selbst, sondern auch mit der Gesellschaft 'ins Gespräch' zu bringen" (2), wie es als Anspruch für die Reihe formuliert wurde, die der Band eröffnet.

Im übrigen war der Band auch eine Festschrift für *Ekkehard Kappler*, mit dem das den Band beschließende Interview über "Begeisterung als Bedingung universitärer Entwicklung" geführt wurde und das viele "unbeantwortbare Fragen" ergab (491-509) – allerdings auch die reizvolle Überlegung, die Organisation Universität mit dem Konstruktionsmodell des Rhizoms zu vergleichen (506). Man legt das Buch mit dem Gefühl aus der Hand, eine Menge weiterführender Anregungen bekommen zu haben. Der damit Geehrte ist geehrt.

Achim O. Eckhardt / Barbara M. Kehm (Kassel/Wittenberg)

Mit dem vorliegenden Heft wird der zehnte Jahrgang von „hochschule ost“ abgeschlossen. Es wird dies zugleich das letzte Heft unter dem angestammten Namen sein. Ab 2002 erscheint die Zeitschrift unter dem Titel „die hochschule. journal für wissenschaft und bildung“. Zugleich wechselt sie von der Universität Leipzig, wo sie seit 1991 vom Arbeitskreis Hochschulpolitische Öffentlichkeit ediert wurde, nach Wittenberg. Sie wird künftig von HoF Wittenberg – Institut für Hochschulforschung an der Universität Halle-Wittenberg herausgegeben. Peer Pasternack, seit 1997 in Wittenberg tätig und dort im Institutsvorstand für die Forschungskoordination zuständig, wird weiterhin redaktionell für die Zeitschrift verantwortlich bleiben.

Der Abschluss des 10. Jahrgangs wie der Orts- und Namenswechsel der Zeitschrift bedeuten nicht, dass nun auch die Beschäftigung mit DDR-Hochschul- und Wissenschaftsgeschichte sowie ostdeutscher Hochschul- und Wissenschaftstransformation abgeschlossen werden. Im Gegenteil: HoF Wittenberg sieht sich als einziges Institut, das in Ostdeutschland mit Forschung über Hochschulen befasst ist, und als Einrichtung, die in einer windungsreichen Geschichte letztlich im Zentralinstitut für Hochschulbildung der DDR wurzelt, seit seiner Gründung 1996 in einer besonderen Verantwortung hinsichtlich der wissenschaftlichen Bearbeitung spezifisch ostdeutscher Themen. Dazu gehört sowohl die DDR-Hochschul- und Wissenschaftsgeschichte – unlängst hat das Institut eine erste Bilanz seiner diesbezüglichen Bemühungen vorgelegt¹ –, wie HoF Wittenberg ebenso eine Reihe von Beiträgen zur hochschulspezifischen Transformationsforschung erbracht hat und weitere Beiträge zur zweiten Phase der Transforma-

¹ Peer Pasternack (Hg.): DDR-bezogene Hochschulforschung. Eine thematische Eröffnungsbilanz aus dem HoF Wittenberg, Weinheim/Basel 2001

tionsforschung – die wesentlich auch Transformationsfolgenforschung sein wird – plant.

So wie HoF Wittenberg sich zwar als ein Institut der gesamtdeutschen und internationalen Hochschulforschung versteht, aber zugleich eine besondere Aufmerksamkeit für ostdeutsche Entwicklungen und Themen pflegt, so hat sich umgekehrt „hochschule ost“ zwar dominant ostdeutschen und gelegentlich osteuropäischen Gegenständen gewidmet, aber zugleich und in den letzten Jahren zunehmend auch übergreifenden Themen zugewandt. Derart gibt es eine inhaltliche Schnittmenge zwischen der Zeitschrift und dem Institut, die tragfähig für die Zukunft erscheint. Die Zeitschrift wird ihre Wurzeln nicht kappen, und die Herausgeberschaft des Instituts wird der weiteren thematischen Öffnung dienlich sein. Das Institut wird seine öffentliche Wahrnehmbarkeit durch die bereits etablierte Zeitschrift steigern können, und die Zeitschrift wird von Imagetransfereffekten profitieren.

Der deutschsprachige Zeitschriftenmarkt im Themenfeld Hochschul- und Wissenschaftsforschung ist nicht sehr dicht besetzt. Im Bereich der Wissenschaftsforschung dominieren historisch orientierte Journale, in denen Zeitgeschichte und Gegenwartsanalyse nur marginal vorkommen. Im hochschulforscherischen Bereich sind mehrere der existierenden Titel im engeren Sinne weniger wissenschaftliche Zeitschriften, sondern z.T. Verbandsorgane, z.T. nur Quasi-Zeitschriften, d.h. de facto Sammelbände. Fachjournale im Überlappungsbereich von Hochschul- und Wissenschaftsforschung zeichnen sich überwiegend durch einen sehr präzise bestimmten inhaltlichen Fokus – etwa Wissenschaftsmanagement oder Wissenschaftsrecht – aus.

„die hochschule“ soll sich in diesem Feld als akademisches Journal mit Ausstrahlung auf Entscheider in Politik und Verwaltung positionieren und inhaltliche Offenheit praktizieren, ohne in Beliebigkeit abzugleiten. Das künftige thematische Spektrum der Zeitschrift lässt sich in fünf Punkten beschreiben:

- Der gesamte Bereich der Forschung über Hochschulen wird in „die hochschule“ eine publizistische Heimat haben – von Hochschulgeschichte über Hochschulmanagement, -recht- und -verwaltung, Hochschulorganisation und Hochschulpolitik über Hoch-

schuldidaktik, Studenten- und Curriculumforschung bis hin zu Problemen der Eingangs- und Ausgangsschnittstellen, also des Verhältnisses von Schule und Hochschule bzw. Hochschule und Arbeitsmarkt.

- Ausflüge in die Wissenschaftsforschung, auch wenn es dabei um außerhochschulische Gegenstände geht, und ebenso Ausflüge in allgemeine Themen der Bildungsforschung werden, wie bisher, ihren Platz in der Zeitschrift haben, da Hochschulentwicklung nicht abgekoppelt von allgemeiner Wissenschafts- und Bildungsentwicklung betrachtbar ist.
- In spezifischer Anknüpfung an die „hochschule ost“-Geschichte der Zeitschrift wird eine spezielle Aufmerksamkeit für ostdeutsche Hochschul- und Wissenschaftsgeschichte und -entwicklung beibehalten, nicht zuletzt indem die Bibliographie zur ostdeutschen Nachkriegsentwicklung von Hochschule und Wissenschaft fortgeführt wird.²
- Osteuropäische Entwicklungen werden verstetigte Behandlung erfahren: hierzu ist eine regelmäßige Rubrik „Mittel-Ost-Europa-Ticker“ geplant.
- Als Supplement wird das bislang selbständig erschienene Newsletter des Instituts für Hochschulforschung – künftig unter dem Namen „HoF-Berichterstatter“ – der Zeitschrift beigelegt.

Diesem geplanten Themenspektrum trägt der neue Name der Zeitschrift Rechnung: „die hochschule. journal für wissenschaft und bildung“ –

Im Juli 2001 hatte sich HoF Wittenberg einer externen Evaluation gestellt. Anlass dafür war das Ende der ersten fünfjährigen Förderphase. Diese Evaluation erbrachte ein positives Ergebnis, was die wesentliche Voraussetzung dafür bildete, dass das Land Sachsen-Anhalt und der Bund eine weitere mittelfristige Grundfinanzierung des Instituts zusagten. Damit ist die institutionelle Stabilität von HoF Witten-

² womit zugleich das einschlägige bibliographische Werk zum Thema, erschienen in der HoF-Schriftenreihe „Wittenberger Hochschulforschung“, fortgesetzt wird, mithin eine bereits seit Jahren andauernde gemeinsame Aktivität von Zeitschrift und Institut kontinuiert wird: Peer Pasternack, Hochschule & Wissenschaft in SBZ/DDR/Ostdeutschland 1945-1995. Annotierte Bibliographie für den Erscheinungszeitraum 1990 - 1998, Weinheim 1999.

berg für die nächsten Jahre gesichert. Hierdurch wiederum war eine wichtige Bedingung erfüllt, um die zwischen Redaktion und Institut seit geraumer Zeit diskutierte Übernahme der Zeitschrift nach Wittenberg mit zufriedenstellendem Abschluss verhandeln zu können.

Die bisherige Redaktion verabschiedet sich damit zugleich von der unmittelbaren gestaltenden Einflussnahme. Einzelne ihrer Mitglieder werden der Zeitschrift als AutorInnen und RezensentInnen erhalten bleiben. Die Gesamtverantwortung indes wird nunmehr in dem gutem Gefühl nach Wittenberg abgegeben, mit dem Institut für Hochschulforschung einen angemessenen und für das ursprüngliche Gründungsanliegen von „hochschule ost“ sensiblen Partner als neue herausgebende Einrichtung gewonnen zu haben.

Leipzig, im Dezember 2001

*Redaktion
hochschule ost.
leipziger beiträge zu hochschule & wissenschaft*

Autorinnen & Autoren

Egon Becker, Prof. Dr., Physiker, 1957–1989 Assistent bzw. Oberassistent am Institut für Werkstoffkunde der Hochschule für Schwermaschinenbau bzw. Technischen Hochschule Magdeburg, 1962 Promotion, 1971 Habilitation, 1992 Rehabilitation, 1993 Ernennung zum Professor.

Manfred Bräuer, Dr. sc. agr., Dozent für Fachdidaktik an der Humboldt-Universität zu Berlin, Landwirtschaftlich-Gärtnerische Fakultät, Institut für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften des Landbaus, Fachgebiet Fachdidaktik Land- und Gartenbauwissenschaft; Studienfachberater für den Lehramtsstudiengang mit der beruflichen Fachrichtung Land- und Gartenbauwissenschaft.

Clemens Burrichter, Prof. Dr., Soziologe, 1975–1993 Direktor des Instituts für Gesellschaft und Wissenschaft (IGW) an der Universität Erlangen-Nürnberg, heute Senior Fellow am Zentrum für Zeithistorische Forschungen Potsdam und wohnhaft in Berlin.

Achim O. Eckhardt, ausgebildeter Musiker (Laute/Gitarre) und Lehrer für Musik und Gesellschaftslehre, tätig als Musikproduzent, -lehrer und -wissenschaftler in Kassel.

Lutz Gilbert, Dipl.-Math., Referent im Sächsischen Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst.

Oliver Benjamin Hemmerle, Dr. des., M.A., Historiker, wissenschaftlicher Mitarbeiter in einem DFG-Projekt am Lehrstuhl Erziehungswissenschaft III der Universität Mannheim. hemmerle@uni-mannheim.de

Ulrich van der Heyden, Dr. phil. Dr. rer. pol., wissenschaftlicher Mitarbeiter am Seminar für Afrikanistik der Humboldt-Universität zu Berlin. h1107dpp@rz.hu-berlin.de

Barbara M. Kehm, Dr. phil., ist Hochschulforscherin am HoF Wittenberg – Institut für Hochschulforschung an der Universität Halle-Wittenberg. kehm@hof.uni-halle.de

Klaus Kramer, Dr. rer. nat., von 1957 an wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Medizinischen Akademie Magdeburg, später Abteilungsleiter am Bezirks-Institut für Blutspende- und Transfusionswesen Magdeburg, 1981–1992 wieder an der Medizinischen Akademie Magdeburg, seither im Ruhestand.

Arnulf Kutsch, Prof. Dr., Professor für Historische und Systematische Kommunikationswissenschaft am Institut für Kommunikations- und Medienwissenschaft, Universität Leipzig. kutsch@uni-leipzig.de

Andreas Malycha, Dr. phil., Historiker, bis 2001 am Zentrum für Zeithistorische Forschungen Potsdam, Publikationen zur Geschichte der SED und laufende Forschungen zur Wissenschaftsentwicklung in der DDR. Malycha@t-online.de

Ulrich Mielke, Dr. rer. nat., seit 1963 wissenschaftlicher Mitarbeiter am Zoologischen Garten Magdeburg bzw. an der Medizinischen Akademie Magdeburg, in den 90er Jahren dann am Institut für Arbeitsmedizin und Hygiene der Medizinischen Fakultät der Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg, 1994–2001 Mitglied im Allgemeinen Hauptpersonalrat des Kultusministeriums des Landes Sachsen-Anhalt und des Gesamtpersonalrates der Universität Magdeburg.

Sigrun Nickel ist als Mitglied im wissenschaftlichen Leitungsteam des Projektes Universitätsentwicklung der Universität Hamburg tätig und freiberufliche Beraterin bei einer Hamburger Organisationsberatungsfirma. sigrun.nickel@uni-hamburg.de

Peer Pasternack, Dr. phil., Hochschulforscher am HoF Wittenberg – Institut für Hochschulforschung an der Universität Halle-Wittenberg, Lehrbeauftragter für Politikwissenschaft an der Universität Leipzig. pasternack@hof.uni-halle.de

Karin Schmidt, Dr. agr., ist wissenschaftliche Mitarbeiterin für Fachdidaktik an der Humboldt-Universität zu Berlin, Landwirtschaftlich-Gärtnerische Fakultät, Institut für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften des Landbaus, Fachgebiet Fachdidaktik Land- und Gartenbauwissenschaft.

Peter Sebald, Dr. phil. habil., ist Afrikanistiker und lebt in Berlin und Niesky.

Ralf Sowitzki, Dr., Dozent für Wirtschaftswissenschaft am FB Sozialverwaltung und Sozialversicherung der FH der Sächsischen Verwaltung Meißen. sowitzki@t-online.de

Hans-Jörg Stiehler, Prof. Dr., Professor für Empirische Kommunikations- und Medienforschung am Institut für Kommunikations- und Medienwissenschaft, Universität Leipzig. stiehler@uni-leipzig.de

Jürgen Werner, Prof. Dr. phil., em. Professor für Klassische Philologie an der Universität Leipzig und Ordentliches Mitglied der Sächsischen Akademie der Wissenschaften zu Leipzig.

Achim Wiesner, Politologe, wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Politikwissenschaft der Universität Hamburg, dort im DFG-Projekt „Die Mikrostrukturen einer Policy – eine Fallstudie der deutschen Hochschulpolitik“ (Leitung Prof. Dr. Frank Nullmeier) mit politikethnologischer Forschung befasst. wiesner@sozialwiss.uni-hamburg.de; <http://www.mikropolitik.de>

Günter Wirth, Prof. Dr. phil. Dr. theol. h.c., Kirchenhistoriker und Publizist, lebt in Berlin.

hochschule ost. leipziger beiträge zu hochschule & wissenschaft

1. Jahrgang 1991/92

Themenschwerpunkte: Die ostdeutschen Hochschulgesetze & Die Erneuerung und ihre Kriterien * Hochschulstruktur in Sachsen * Heinrich Fink * Ostdeutsche Geschichtswissenschaft * Kirchliche Hochschulen * Geistes- und Sozialwissenschaften * Europäische Universität Erfurt * Die Studierenden während des Umbruchs

2. Jahrgang 1992/93

Themenschwerpunkte: Drei Jahre Wissenschaftsumbau in Berlin-Ost * Frauen in der Ostwissenschaft * Sächsische Hochschuleerneuerung aus Oppositionsperspektive * Ostdeutsche Studentengemeinden * Hochschulen und MFS * Ostdeutsche Entwicklungsländerforschung * Personalstruktur-Neugestaltung * Die ostdeutschen Archive * Forschung und Technologie in Osteuropa * Aktivitäten politischer Stiftungen an ostdeutschen Hochschulen

3. Jahrgang 1993/94

Themenschwerpunkte: Erneuerungsgruppen bilanzieren * Landeshochschulrecht * Politische Kündigungen in der ostdeutschen Hochschulmedizin – eine Debatte * Gleichstellungsmanagement Ost * Industrieforschung in den neuen Bundesländern * Streitfall Multiple Choice * Studierende 1994 * Berufungsverfahren West und Ost * Singularitäten

4. Jahrgang 1994/95

Themenschwerpunkte: Forschung über Wissenschaft Ost * Dissertationen in der DDR * Singularitäten * Fern studieren in Ostdeutschland * Archive in Ostdeutschland II * Mittel- und Osteuropa: Wissenschaft im Transit * Sozialistische Intelligenz * Kirche & Hochschule, Theologie & Politik I * *special:* Thomas Neie: Synopse Hochschulrecht Ost

5. Jahrgang 1995/96

Themenschwerpunkte: Prekäre Wissenschaftsstrukturen Ost * Singularitäten * Erziehungswissenschaft & Bildungsforschung Ost * Kirche & Hochschule, Theologie & Politik II * Dialektik der Einpassung * Tschechien: Hochschulforschung & Bibliothekssystem * Frauenforschung Ost: Geschichte & Bilanz des Neubeginns * Ausbildungsförderung: Politik & Protest in Ost & West * kunsthochschule ost

6. Jahrgang 1997

Themenschwerpunkte: Göttinger Vorträge zum Wissenschaftsumbau Ost * Akademische Medizin * Haushaltspolitik & Hochschulstrukturentwicklung II * Wissenschaftliche Zeitschriften in Ostdeutschland * Bibliotheken in Ostdeutschland * *special:* Edelbert Richter (Hg.): Ostdeutsche SozialwissenschaftlerInnen melden sich zu Wort

7. Jahrgang 1998

Themenschwerpunkte: Hochschulbau & Hochschulkunst in der DDR * Ost-Studierende 1998 * „Acht Magnifizenzen“. Bilderstreit in Jena * *Themenehefte:* Peer Pasternack (Hg.): Der innerdeutsche Philosophenstreit 1996/97 * Falk Bretschneider (Hg.): Hochschulpolitikerneuerung. Perspektiven für Sachsen

8. Jahrgang 1999

Themenehefte: Georg Schuppener (Hg.): Jüdische Intellektuelle in der DDR. Politische Strukturen und Biographien * Falk Bretschneider / Peer Pasternack (Hg.): Akademische Rituale. Symbolische Praxis an Hochschulen

9. Jahrgang 2000

Themenehefte: Monika Gibas / Frabk Geißler (Hg.): Chancen verpaßt – Perspektiven offen? Zur Bilanz der deutschen Transformationsforschung * Thomas Neie (Hg.): Ziemlich prekär. Die Reform der Hochschulpersonalstruktur

Nachbestellungen bis auf wenige Hefte möglich.

Schutzgebühren: Einzelheft DM 55,-. Jahresabonnement DM 98,-. PrivatabonnementInnen DM 42,- (Abogebühren inklusive Versandkosten)

Kündigungen: Jeweils bis 4 Wochen vor Ablauf des Jahres für den folgenden Jahrgang.

Konto: 45 37 343, HypoVereinsbank Leipzig, BLZ 860 200 86.

Gemäß §33 BDSG weisen wir unsere AbonnentInnen darauf hin, daß wir Namen und Anschrift ausschließlich zum Zweck der Abonnementverwaltung maschinell gespeichert haben.

Kopiervorlage:

Bestellung	
Ich/wir bestelle/n:	
1. Probeexemplar	
2. Nachbestellung(en):	
3. mal <i>hochschule ost</i> im Jahresabonnement	à DM 98,-
4. mal <i>hochschule ost</i> im PrivatabonnementInnen-Abo	à DM 42,-
Die Bezahlung erfolgt nach Rechnungslegung mit dem ersten Heft. Ich erkläre mich damit einverstanden, daß sich mein Abonnement jeweils um ein Jahr verlängert, wenn ich es nicht bis vier Wochen (Poststempel) vor Ablauf der Bestellfrist (Jahresende) kündige.	
..... Name	
..... Adresse	
..... Datum	
..... Unterschrift	
Es ist mir bekannt, daß meine Bestellung erst wirksam wird, wenn ich sie gegenüber dem Anbieter nicht innerhalb von zehn Tagen (Poststempel) widerrufe.	
..... 2. Unterschrift	

Einzusenden an:
Red. *hochschule ost*, Universität Leipzig,
PF 920, 04009 Leipzig